

8. Parteitag, 1. Tagung der Partei DIE LINKE
Erfurt, 24. bis 26. Juni 2022

Antragsheft 3

DIE LINKE.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeines	Seite 5
Einladung zu einem Plenum von migrantischen und migrantisierten Menschen	Seite 5
Einladung zu offenen Vorberatung über die Leitanträge	Seite 199
Hygienekonzept	Seite 6
Awareness-Konzept	Seite 7
Berichte	Seite 9
Bericht des Ältestenrates	Seite 11
Bericht der AG Beitragstabelle	Seite 17
Bericht der Bundesfinanzrevisionskommission	Seite 19
Bericht der Linksjugend [‘solid]	Seite 21
Bericht des Parteivorstandes	Seite 25
Maßnahmen zur Solidarität mit Betroffenen und konsequentes Handeln gegen Sexismus, Grenzüberschreitungen und sexualisierte Gewalt	Seite 87
Diskussionspapier zur Mandatszeitbegrenzung	Seite 91
Kandidaturen für den Parteivorstand	Seite 97
Änderungsanträge zu	Seite 155
<i>Anträgen zu den Regularien</i>	Seite 157
<i>Anträgen mit überwiegendem Bezug zur Gesellschaft</i>	Seite 166
<i>Anträgen mit überwiegendem Bezug zur Partei</i>	Seite 170
<i>Anträgen zur Satzung</i>	Seite 184
<i>Anträgen von grundsätzlicher Bedeutung (§ 17 (5) Satzung)</i>	Seite 201
Leitantrag L01 »Gemeinwohl statt Profit. Klimagerechtigkeit statt Aufrüstung. DIE LINKE ist bereit für die neue Zeit«	Seite 201
Leitantrag L02 »DIE LINKE aufbauen«	Seite 306
Leitantrag L03 »Keine Aufrüstung, kein Krieg. Für eine neue Friedensordnung und internationale Solidarität«	Seite 362
Leitantrag L04 »Neuer Aufbruch für uns und unser Land«	Seite 455
Leitantrag L05 »Konkrete Zukunftskonzepte für eine sozialistische Gesellschaft entwickeln«	Seite 458

Impressum/Kontakt

Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin
www.die-linke.de

Redaktionsschluss: 15. Juni 2022

Einladung

Liebe Genoss*innen,

zum zweiten Mal laden wir zum Parteitag zu einem Plenum von migrantischen und migrantisierten Menschen ein. Letztes Mal hatten wir uns coronabedingt nur online treffen können. Auf diesem Parteitag kommen wir live und persönlich zusammen.

Das Plenum findet hier statt:

Freitag, 24. Juni 2022, 21 Uhr

Panoramasaal, im CongressCenter 3. OG.

Nach dem Parteitagsbeschluss im Februar 2021 ist es ein Ziel der LINKEN, Menschen mit Migrationsgeschichte besser zu vernetzen und einen Austausch zu ermöglichen. In dieser für uns als Partei schwierigen Zeit ist es außerdem wichtig, dass wir uns vor richtungweisenden Entscheidungen am Parteitag besprechen.

Das Plenum wird etwa eine Stunde dauern. Mit kurzen Beiträgen aus dem Wahlkampf aus NRW und Partei(aufbau-)arbeit aus Berlin wollen wir zeigen und gemeinsam diskutieren, wie erfolgreiche migrantische Arbeit aussehen kann.

Anschließend wollen wir über den Parteitag – und darüber hinaus – sprechen.

Nach dem Plenum gibt es die Möglichkeit, den Abend gemeinsam in einer Kneipe oder Shisha-Bar ausklingen zu lassen.

Wir freuen uns auf euch!

Mit solidarischen Grüßen

Ates Gürpınar und Jules El-Khatib

Hygienekonzept Bundesparteitag Messe Erfurt 2022

Laut aktueller Thüringer SARS-CoV-2 Infektionsschutz-Maßnahmenverordnung gelten bei Messen, Kongressen und Veranstaltungen keine Einschränkungen mehr.

Dennoch empfehlen wir das Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes überall dort, wo der Mindestabstand von 1,5 Metern nicht eingehalten werden kann. Zusätzlich wird es an verschiedenen Punkten auf dem Gelände der Messe Erfurt Desinfektionsmittelspender geben. Des Weiteren bitten wir alle, sich vor dem Kommen (freiwillig) zu testen/testen zu lassen. So können wir gemeinsam das Infektionsrisiko reduzieren.

Awareness und Awareness-Team auf dem Bundesparteitag der Partei DIE LINKE

Begriffserklärung

Der Begriff »Awareness« kommt aus dem Englischen »to be aware« und bedeutet (im weiteren Sinne) »sich bewusst sein, sich informieren, für bestimmte Problematiken sensibilisiert sein«. Gemeint ist ein achtsamer und respektvoller Umgang miteinander. Auch innerhalb der Partei gibt es Ungleichheiten, die sich in Geschlecht, Wissen, Herkunft, Lebensweise oder Kultur zeigen. Dabei können Menschen aufgrund bestimmter Merkmale bevorteilt (Privilegierung) und benachteiligt (Diskriminierung) werden – ob bewusst oder unbewusst ist dabei unerheblich.

Awareness ist ein Konzept, das sich gegen jede Form von Diskriminierung, Gewalt und Grenzverletzungen stellt, gegen verletzendes und grenzüberschreitendes Verhalten, wie zum Beispiel sexistische, rassistische, homo-, transphobe, ableistische oder vergleichbare Übergriffe.

Awareness-Team auf dem Bundesparteitag der LINKEN

Diskriminierendes oder grenzüberschreitendes Verhalten ist mit den Prinzipien der Partei DIE LINKE nicht vereinbar. Gleichwohl hat es in der Vergangenheit solche Fälle gegeben. Um dem entgegenzutreten, wird auf dem Parteitag ein Awareness-Team eingesetzt.

Während des gesamten Parteitages ist das Awareness-Team telefonisch und per Email erreichbar und an einem Awareness-Point im Veranstaltungssaal ansprechbar.

E-Mail-Adresse: vertrauensgruppe@die-linke.de

Telefonnummer: +49 151 23 42 23 22

Das Awareness-Team ist für alle von Diskriminierung Betroffenen ansprechbar. Auf dem Parteitag steht Betroffenen und dem Awareness-Team ein geschützter Raum zur Verfügung.

Aufgaben des Awareness-Teams:

Das Awareness-Team hat die Aufgabe, Betroffenen von Diskriminierung und persönlichen Grenzüberschreitungen auf dem Bundesparteitag beizustehen und im Interesse dieser Betroffenen zu handeln.

Das Awareness-Team wird aktiv, wenn grenzüberschreitendes oder diskriminierendes Verhalten

- beobachtet wird oder Betroffene sich an das Awareness-Team wenden
- von anderen darauf hingewiesen wird
- von Personen in Bezug darauf um Hilfe gebeten wird.

Das Awareness-Team steht allen Teilnehmenden des Parteitages zur Verfügung.

Grenzüberschreitendes Verhalten ist eine Sache subjektiver Wahrnehmung Betroffener oder von Beobachter*innen. Die Definition darüber, ob grenzüberschreitendes oder diskriminierendes Verhalten vorgefallen ist, liegt ausschließlich bei der betroffenen Person. Jede von Sexismus/ sexualisierter Gewalt oder Diskriminierung betroffene Person bestimmt aufgrund der persönlichen Geschichte, Gegenwart und Erfahrung für sich selbst, was sie als grenzüberschreitend wahrnimmt. Nach diesem Grundsatz nimmt das Awareness-Team des Parteitages die Perspektive von Betroffenen ein und schützt sie; es klärt nicht auf und es schlichtet nicht. Sondern es stellt einen Rückzugsraum und Gesprächspartner*innen zur Verfügung und bespricht Handlungsmöglichkeiten.

Unsere Awareness-Arbeit ist angelehnt an Awareness-Konzepte aus der Partei bzw. dem Jugendverband Linksjugend [solid] und dem Grundkonzept von <https://b-aware-berlin.de/>.

Berichte

Bericht des Ältestenrates an die 1. Tagung des 8. Parteitages

Beginnen wir mit dem Ende.

Am 26. März 2022 hat der Geschäftsführende Parteivorstand »in großer Einmütigkeit« beschlossen, den Ältestenrat neu zu berufen. Beschlossen wurde auf der Zusammenkunft ferner, dass Ende April Struktur und künftige Arbeitsweise des Ältestenrates im Parteivorstand beraten und beschlossen werden sollten. Dem neuen Ältestenrat sollte, wie öffentlich kommuniziert, der bisherige Vorsitzende Hans Modrow nicht mehr angehören.

Die Beratung zu Struktur und künftiger Arbeitsweise des Ältestenrates ist bisher so wenig erfolgt wie die Neuberufung des Gremiums.

Deshalb wird der Bericht über die Tätigkeit des Ältestenrates seit dem 7. Parteitag im Februar 2021 von dem noch immer in seiner alten Struktur und personellen Zusammensetzung bestehenden Ältestenrat erstattet.

Der Beschluss des Geschäftsführenden Parteivorstandes vom 26. März 2022, auch dies soll hier erwähnt werden, war die Reaktion auf eine zwei Tage zuvor öffentlich verbreitete Mitteilung. Am 17. März hatte ein Meinungsaustausch des Ältestenrates zu aktuellen Fragen stattgefunden, darüber war eine Mitteilung angefertigt worden, die der internen Verständigung diene.

In dem Meinungsaustausch war das zentrale Thema der am 24. Februar 2022 durch den Einmarsch der russischen Truppen ausgelöste Krieg. Eine Formulierung in der Mitteilung zum Charakter des Krieges in der Ukraine erschien dem Bundesgeschäftsführer als missverständlich, weshalb er telefonisch und per Mail um Korrektur nachsuchte. Diese Korrektur erfolgte durch den Ältestenrat umgehend. Tage später wurde durch verschiedene Medien die interne Kommunikation über das Papier öffentlich und insofern auch skandalisiert, als die vom Bundesgeschäftsführer monierte Passage von ihm als »eine Relativierung des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine« bezeichnet wurde. Diese sei inakzeptabel und müsse darum scharf zurückgewiesen werden. Die öffentlich gewordene oder öffentlich gemachte interne Verständigung wurde augenscheinlich zugespitzt und den Medien zugespitzt, um dadurch ein Problem zu lösen, das während des Berichtszeitraums wiederholt in der Öffentlichkeit wahrgenommen worden war: Die Haltung des Ältestenrates zur politischen Strategie der Partei.

Darauf soll hier eingegangen werden.

Der Ältestenrat kam im Berichtszeitraum zu *fünf Beratungen* zusammen und machte darüber schriftlich Mitteilung an den Geschäftsführenden Parteivorstand. Drei Mal berichteten wir auch dem Bundesausschuss.

Das Gremium diskutierte und handelte dabei gemäß der Bundessatzung der Partei: »Der Ältestenrat berät aus eigener Initiative oder auf Bitte des Parteivorstandes zu grundlegenden und aktuellen Problemen der Politik der Partei. Er unterbreitet Vorschläge oder Empfehlungen und beteiligt sich mit Wortmeldungen an der parteiöffentlichen Debatte.«

Im Wesentlichen konzentrierten wir uns dabei auf zwei Themenfelder:

1. Welchen Beitrag können wir leisten, damit die Partei erfolgreich ist bei der Bundestagswahl und folgenden Landtagswahlen? Womit können wir helfen, dass gesellschaftliche Probleme nicht aus dem Blick geraten und mit der nötigen Sorgfalt behandelt werden?
2. Wie lassen sich die unbefriedigenden Arbeitsbeziehungen, die augenscheinlich zwischen Ältestenrat und dem Parteivorstand, dem Bundesausschuss und der Bundestagsfraktion herrschen, verbessern und intensivieren?

Am **12. April 2021** beriet der Ältestenrat über den Entwurf des Wahlprogramms und machte in seiner Stellungnahme neben anderem darauf aufmerksam, dass die für DIE LINKE desaströsen Ergebnisse bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen im September 2019 politische Defizite sichtbar

gemacht hatten. In Brandenburg flog DIE LINKE nach zehn Jahren aus der Regierung (minus 10,7 Prozent bei den Zweit-, minus 8,4 bei den Erststimmen), in Sachsen betrug der Verlust minus 8,5 Prozent bei den Zweit- und minus 8,7 Prozent bei den Erststimmen. Wir mahnten an, dass die Besonderheiten in Ostdeutschland unseres Erachtens in den Wahlkämpfen unzureichend berücksichtigt worden waren. Man müsse nach Überzeugung des Ältestenrates zu den tiefer liegenden gesellschaftlichen Problemen vordringen, um die Ursachen für die Verluste zu erkennen und sie künftig zu berücksichtigen. Eine breit debattierte Konzeption für die Bewältigung der ökonomisch-sozialen aber auch politisch-ideologischen Transformation in die kapitalistische Marktwirtschaft sei dringend geboten.

Gleichermaßen machten wir darauf aufmerksam, dass es für ein nach der Bundestagswahl angestrebtes Regierungsbündnis von Rot-Rot-Grün noch »keine belastbare innerparteiliche Debatte über inhaltliche Zielvorstellungen und Partner eines Parteien- und Regierungsbündnisses« gebe. Die Partei strebe zwar einen Politikwechsel an, »aber die Schritte des Umbaus der gesellschaftlichen Verhältnisse bleiben vage«, hieß es in der Mitteilung. Unmissverständlich forderte der Ältestenrat in diesem Zusammenhang »die Klärung der Strategie der Partei als sozialistische LINKE in der kapitalistischen Gesellschaft«.

Nach unserer Bewertung blieben Schlüsselfragen aus 2021 offen:

Was ist der Beitrag der Partei DIE LINKE in dem angestrebten gesellschaftlichen Bündnis, wie können wir die sozialen Interessen der Lohnabhängigen in der ökologischen Transformation der sozialen Marktwirtschaft einbringen und wie überzeugen wir in der politischen Kommunikation?

Am **19. August 2021** beriet der Ältestenrat erneut. Im Juni hatte Sachsen-Anhalt gewählt, DIE LINKE verlor dort 5,3 Prozent.

Unsere Zusammenkunft war die erste seit Beginn der Coronakrise, die unter Präsenzbedingungen stattfand. Angesichts der anstehenden Bundestagswahl im September 2021 konnte die neuerliche Wahlniederlage in einem ostdeutschen Bundesland nicht ausgewertet werden, wir konzentrierten uns auf die politisch konzeptionelle Anlage des Wahlkampfes zur Bundestagswahl im September, was durch die Beteiligung des Bundesgeschäftsführers an der Beratung unterstrichen wurde.

Unsere politischen Bedenken in dieser Beratung zielten wiederum auf das unser Erachtens Schlüsselproblem: Haben wir in der politischen Kommunikation hinreichend deutlich gemacht, was in dem gesellschaftlichen Bündnis mit der Forderung nach einem Politikwechsel angestrebt wird? Und ist die Zielsetzung innerparteilich auch hinreichend vermittelt? An die Adresse unserer Parteiführung gerichtet, erklärten wir besorgt: »Die ostdeutschen Länder spielen für uns eine größere Rolle als für andere Parteien. Die Niederlage in Sachsen-Anhalt wurde nicht so ernst genommen, wie es erforderlich gewesen wäre.« Wir sollten auf die Präsentation einer kohärenten Konzeption für die ostdeutschen Bundesländer in dem anstehenden Prozess der Dekarbonisierung und Digitalisierung großen Wert legen.

Mit Blick auf Thüringen, wo die im Frühjahr 2021 geplante Landtagswahl zunächst auf September 2021 verschoben und dann abgesagt worden war, weil die für die Auflösung des Parlaments erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht zustande kam, warnten wir vor weiterer Anpassung etwa in der Geschichts- und Erinnerungspolitik an den Mainstream. Das sei ein gefährlicher Verzicht für die Ausgestaltung und Fortführung unserer sozialistischen Ziele. In den zurückliegenden Wahlauseinandersetzungen habe das Defizit einer überzeugenden eigenen Konzeption zur Überwindung »der besonderen Benachteiligung der ostdeutschen Regionen und ihrer Bürgerinnen zu einem massiven Rückgang an Wählerstimmen geführt«. Darum forderte der Ältestenrat unmissverständlich im August: »Für unsere Partei DIE LINKE, die ihre Stärke einst in ostdeutschen Ländern hatte, gilt es, einen nachhaltigen, gesamtdeutschen Bundestagswahlkampf zu führen, ohne die noch immer bestehenden Elemente der Zweiheit unbeachtet zu lassen, wie es noch immer geschieht.«

Sollte heißen: Auch beim Bundestagswahlkampf müssten die sozialen und mentalen Unterschiede von Ost und West stärker beachtet werden, als es bisher geschah. Allerdings wurden diese Hinweise nicht aufgegriffen.

Unmittelbar nach der Bundestagswahl tagte der Ältestenrat am **5. Oktober 2021**. Das Ergebnis der Wahl war bekanntlich desaströs – wir hatten über zwei Millionen Stimmen verloren, die Hälfte unserer Wählerschaft von 2017 hatte sich von uns abgewandt. Ohne die drei Direktmandate wären wir mit 4,9 Prozent nicht mehr im Bundestag vertreten.

Wir forderten eine »gründliche, selbstkritische Aufarbeitung« dieses »politischen Absturzes«. Uns war bewusst, und darauf wiesen wir in unserer Mitteilung auch hin, dass die aktuelle Krise der politischen Repräsentanz der LINKEN nicht auf Fehler im Wahlkampf oder die Pandemie-Maßnahmen zurückzuführen war. Auch nicht auf überraschende Verschiebungen der gesellschaftlich-politischen Architektur der bundesdeutschen Gesellschaft. Es lag am »Niedergang unserer politischen Substanz«, an der »Beschädigung der innerparteilichen Demokratie«. Wir forderten nicht zum ersten Mal »eine konstruktive Debatte mit klaren Entscheidungen zur Strategie und zur Parteientwicklung« und auch eine Diskussion über das Führungspersonal der Partei und dessen Qualifikation.

Am **11. November 2021** stellten wir auf unserer Beratung bedauernd fest, dass »die Einschätzung des Ältestenrates von der Bundestagswahl und die politischen Schlussfolgerungen« keine Beachtung im Parteivorstand gefunden hatten.

In einem Bericht an den Bundesausschuss unterstrichen wir, dass das »existenzbedrohende Ergebnis« Folge einer »längeren politischen Entwicklung« sei, kein »konjunkturelles Problem«. Wir nannten unter anderem als Gründe das mangelnde Problembewusstsein für die ostdeutschen Belange und die strukturellen Schwächen der westlichen Landesverbände. Für die bevorstehenden Wahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen prognostizierten wir, dass die Partei »chancenlos« sei, die Fünfprozenthürde zu überspringen. Desgleichen im Saarland. Der Verlust bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern im September hatte sich mit 3,3 Prozent fast noch in Grenzen gehalten; die Tatsache, dass die regierende SPD sich von der CDU als Koalitionspartner verabschiedete und DIE LINKE in die Regierung holte, täuschte nur bedingt über das grundsätzliche Problem der Partei hinweg, was der Ältestenrat in seiner Mitteilung benannte: »Die Partei DIE LINKE hat in ihrer Kernkompetenz ‚soziale Gerechtigkeit‘ erheblich an Zustimmung verloren. Ihr Ruf als Friedenspartei hat Einschränkungen erfahren.«

Es gehe um die politische Existenz der Partei, so die Sorge und Befürchtung des Ältestenrates.

Die ebenfalls in dieser Mitteilung kritisierte »unübersehbare Schwäche der innerparteilichen Kultur« machte auf das zweite Feld des politischen Wirkens des Ältestenrates im Berichtszeitraum aufmerksam.

Am **25. November 2021** schrieb der Ältestenrat in einer weiteren Mitteilung über unsere Beratung zur Lage nach der Bundestagswahl, dass die Partei »ihren einstigen Hochburgen in Ostdeutschland an die AfD verloren« habe, und im Westen gebe es »eine unzureichende gesellschaftlich-politische Verankerung«. Neuerlich wurde eine »konstruktive Debatte mit klaren Entscheidungen zur Strategie und Parteientwicklung eingefordert«. Die fortgesetzte Ignoranz unserer innerparteilichen Kritik wertete der Vorsitzende des Ältestenrates als »eklatante Verletzung der auch satzungsgemäßen Regeln der innerparteilichen Demokratie. Ältestenrat und Bundesausschuss haben in der gesamten zurückliegenden Periode weder eine Zurückweisung der vorgelegten Vorschläge noch eine konstruktiv-kritische Umsetzung feststellen können.«

Auch der in dieser Mitteilung formulierte Vorschlag, es solle deshalb geprüft werden, ob »der Beratungsauftrag für den Parteivorstand durch den Ältestenrat aufgehoben wird«, blieb ohne Resonanz.

Diese fortdauernde Ignoranz führte dazu, dass der Vorsitzende des Ältestenrates am 18. Januar 2022 den beiden Parteivorsitzenden einen persönlichen Brief schrieb. Darin stellte er sowohl sein Amt wie auch den Ältestenrat als Institution zur Disposition.

Diese Zusammenhänge und die tiefe Enttäuschung über die Verweigerung einer internen Debatte spielte dann in jener Beratung am 17. März 2022 ebenfalls eine Rolle, was aber in der eingangs erwähnten Kontroverse wegen der Passage zum Krieg in der Ukraine völlig unterging. Oder eben auch

nicht. Der Parteivorstand reagierte mit dem Beschluss, den Ältestenrat neu zu besetzen. Der bis heute allerdings nicht umgesetzt wurde.

Welche Schlüsse ziehen wir aus diesem Bericht? Was geben wir dem nächsten Ältestenrat mit auf den Weg?

1. Die Partei war noch nie zuvor in ihrer Existenz und politischen Substanz so bedroht wie gegenwärtig. Wir müssen alles unternehmen, damit wir die Krise überwinden. Der abtretende Ältestenrat ist von der Notwendigkeit und der Existenzberechtigung einer linkssozialistischen Partei mit einer klaren Interessenvertretung der lohnabhängigen und benachteiligten sozialen Schichten überzeugt. Der Krieg in Europa und der alle Regionen der Welt erfassende Wirtschaftskrieg macht eine starke Stimme für Frieden und Abrüstung notwendiger denn je. Und zwar als eine in der Gesellschaft verankerte und in den Parlamenten tätige, engagierte Formation. Es muss mit aller Kraft, die wir noch aufzubieten in der Lage sind, verhindert werden, dass wir als eine politische Sekte in der Bedeutungslosigkeit enden.
2. Wir brauchen eine personelle und eine politische Erneuerung, das heißt vor allem: eine klare Strategie. Wofür stehen wir, und wo wollen wir hin? Wir müssen erkennbar werden für Wählerinnen und Wähler, für Menschen, die in dieser Gesellschaft nicht beheimatet sind oder sich nicht vertreten fühlen. Wir müssen den Stimmlosen Stimme sein und den Orientierungslosen Kompass.
3. Ein klares Bekenntnis zu den Zielen schließt ein Bekenntnis zur Herkunft ein. Wer keine Vergangenheit hat, hat auch keine Zukunft. Wir müssen sagen, auf welchen Schultern wir stehen, worauf unsere Überzeugungen gründen. Der vorliegende umfangreiche Abriss der Geschichte des Ältestenrates der Partei DIE LINKE könnte dafür ein dienlicher Beitrag sein.
4. Marx wollte den Zweifel nicht nur an den Beginn der wissenschaftlichen Arbeit gesetzt wissen. An allem ist zu zweifeln, sagte er. Wir sollten jede These, jede Behauptung, jede Propaganda, jedes Dogma infrage stellen und nicht bedenkenlos übernehmen. Wir brauchen die innerparteiliche Kritik, sonst gibt es auch keine innerparteiliche Demokratie. Wenn wir die bürgerliche Demokratie kritisieren und ihre Grenzen benennen, müssen wir selber sozialistische Demokratie leben und im Umgang miteinander praktizieren.
5. Politik ist kein Job, Politik zu treiben kein Selbstzweck und Mittel zur eigenen Daseinsvorsorge. Idealismus schadet nicht, er ist geradezu nötig. Sonst entsteht keine Leidenschaft.
6. Der LINKEN sollte die Wahlniederlage in NRW – dem größten westdeutschen Bundesland – zum Ausgangspunkt einer Neuerfindung nehmen: Bei geringer Wahlbeteiligung hat sie mit 2,1 Prozent ein desaströses Wahlergebnis eingefahren und wurde von den Wählern zur Kleinpartei degradiert. Die nähere Analyse zeigt, dass insbesondere die Wahlberechtigten in prekären Wohngebieten, also Menschen aus Familien mit geringen Einkommen oder mit Sozialleistungsbezug nicht zur Wahl gegangen sind. Daraus kann man nur schließen, dass die Bürger*innen die Hoffnung auf Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensverhältnisse aufgegeben haben, dass sich ihre soziale Situation parlamentarisch zum Besseren wenden könnte. Die Resignation vieler Bürger*innen führt zu einer unzureichenden Repräsentanz der Interessen in den politischen Institutionen. Diese politische Asymmetrie ist durch die Coronakrise, die Folgen des Klimawandels und den Rückwirkungen aus dem Krieg verstärkt worden. Die massiven Preissteigerungen und Kaufkraftverluste sind in den unteren Schichten der Bevölkerung besonders bedrückend und zum Teil verheerend. DIE LINKE hat nur eine Chance als parlamentarische Kraft, wenn die inhaltlichen Unklarheiten beseitigt und den selbstzerstörerischen innerparteilichen Kräften klare Grenzen gesetzt werden. Gleichzeitig gilt es, die Strukturen auch in den gesellschaftlichen Bündnissen zu stärken, die für eine Zukunftsfähigkeit einer linken Partei mit dem Blick auf soziale Gerechtigkeit und Sicherheit unverzichtbar sind.
7. Im Rückblick auf die Entwicklung der Partei DIE LINKE empfehlen wir den zukünftigen Führungsorganen, ein stärkeres Gewicht auf die Konkretisierung der Perspektive des Systemwechsels zu legen. Wir können die Mehrheit der erwerbstätigen Bevölkerung nur für eine Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft gewinnen, wenn wir die Entwicklung der gescheiterten Versuche des

Systemwechsels kritisch aufarbeiten. Es gibt im Narrativ der LINKEN bisher keine befriedigende Deutung über das Scheitern der Sowjetunion und keine Analyse der postsowjetischen Gesellschaften. Es ist keine Überraschung, dass wir auf die Herausbildung der spezifischen Ökonomie und Herrschaftsstruktur Russlands und der anderen Gesellschaften des postsowjetischen Raumes nur auf unzureichende Kenntnisse zurückgreifen können. Zu diesen Defiziten für eine kapitalismuskritische LINKE gehört auch für eine konstruktiv kritische Analyse der sozialistischen Marktwirtschaft in der VR China offen zu sein. Der krisenhafte Weg der LINKEN, seine Ursachen und Folgen vermitteln wichtige Lehren und Erfahrungen auf der Suche nach einem neuen Aufbruch. Sie erfassen entscheidende Bereiche der gesellschaftlichen Entwicklung, so bezüglich der Haltung zu den weltanschaulichen ideologischen Grundpositionen, zum Umgang mit der Geschichte und mit den Erfordernissen kompetenter Analysetätigkeit. Diese Defizite haben sich aktuell in den Diskussionen über den Umbruch der bestehenden Weltordnung negativ ausgewirkt.

Wir wollen deshalb als sozialistische Partei an einer antikapitalistischen Perspektive unserer Gesellschaft gemäß unserem in Erfurt 2011 beschlossenen Parteiprogramm festhalten und unsere Grundpositionen stärker und sichtbarer in der Öffentlichkeit vertreten.

8. 1891 fand in Erfurt schon einmal ein Parteitag statt. Die SPD fand nicht nur zu ihrem Namen, sondern gab sich auch ein Programm. Das hatte einen theoretischen und einen praktischen Teil. In der Theorie orientierte sich die Partei wieder stärker an Marx als noch 1875 in Gotha, in der aktionspolitischen Arbeit an der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Bekanntlich begann mit Erfurt der Aufstieg der Partei. Natürlich wiederholt sich Geschichte nicht – aber sie hilft bei der programmatischen Ausrichtung.
9. Aus unserer Sicht und gerade im Rückblick auf die zurückliegenden Entwicklungen bedauern wir die aktuelle Tendenz des Niedergangs der LINKEN. Wir ermutigen die Delegierten des 8. Parteitages zu selbstkritischem Handeln. Mögen eure Beschlüsse den überfälligen Aufbruch einleiten.

Bericht der AG Beitragstabelle an die 1. Tagung des 8. Parteitags der Partei DIE LINKE, 24. Juni bis 26. Juni 2022

1. Die 2. Tagung des 7. Parteitags hatte beschlossen, dass die paritätisch aus Landesschatzmeister*innen und Landesgeschäftsführer*innen zusammengesetzte AG Beitragstabelle ihre Arbeit fortsetzt. Sie sollte insbesondere prüfen, »ob im Bereich des Medianeinkommens zwischen 1.500 und 2.500 Euro eine Beitragsabsenkung erreicht werden kann, um den Parteieintritt für abhängig beschäftigte Arbeiter und Angestellte attraktiver zu machen und die Beitragsehrlichkeit zu erhöhen.« Geprüft werden sollte »auch eine Erhöhung des Mindestbeitrags unterhalb des Einkommensteuerfreibetrags auf 5 € (einschließlich Härtefallregelung).« Weiter hieß es in dem Beschluss, dass der Bundesschatzmeister in Zusammenarbeit mit dem Bundesfinanzrat »eine mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2022 bis 2025 erstellt«, in der »sowohl eine Neuordnung der Beitragstabelle und die vom Bundesfinanzrat vorgeschlagene Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen berücksichtigt« wird.
2. Mit dem Ergebnis der Bundestagswahlen und der Landtagswahlen 2021 und 2022 haben sich die finanziellen Rahmenbedingungen der Partei dramatisch verschlechtert: Die Einnahmen aus der staatlichen Parteienfinanzierung reduzieren sich im Jahr 2022 um ca. 2,6 Mio., dazu kommen wegen der geringeren Zahl von Bundestagsabgeordneten 600.000 Euro weniger Einnahmen aus Mandatsträgerbeiträgen. In den Folgejahren bis 2025 belaufen sich die Mindereinnahmen gegenüber dem Jahr 2021 nach einer vorläufigen Projektion auf 1,5 bis 1,6 Millionen Euro jährlich. Gleichzeitig haben die Wahlergebnisse der Vergangenheit auch zu einer Verschlechterung der Finanzsituation der Landesverbände geführt. Im Ergebnis führt dies zu verminderten Zuführungen der Landesverbände an den Zentralen Wahlkampffonds und damit zu einer Reduzierung der für Wahlkämpfe zur Verfügung stehenden Mittel. Sollten die Landtagswahlergebnisse in diesem Jahr schlechter als bei den vorangegangenen Wahlen ausfallen, würde das auch zu einer weiteren Verschlechterung der Situation im Zentralen Wahlkampffonds führen.
3. 2018 hatte der Bundestag mit den Stimmen von CDU und SPD beschlossen, die sog. »absolute Obergrenze« der staatlichen Parteienfinanzierung zu erhöhen. Dies hätte zu einer deutlichen Erhöhung der staatlichen Mittel geführt. Die damaligen Oppositionsfraktionen DIE LINKE, Grüne und FDP hatten gegen diese Erhöhung vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt. Im November 2021 hatte zuletzt eine mündliche Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht stattgefunden; eine Entscheidung liegt jedoch bis heute nicht vor. Die vom Bundesfinanzrat vorgeschlagene Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen sah eine Neuaufteilung der Mittel zwischen Bundespartei und Landesverbänden unter der Voraussetzung einer Erhöhung der absoluten Obergrenze vor. Da der Ausgang des Verfahrens vor dem BVerfG nach wie vor ungewiss ist, ist eine Planung auf dieser Grundlage nicht möglich.
4. Angesichts der erheblichen Einnahmeverluste aus der staatlichen Parteienfinanzierung und aus Mandatsträgerbeiträgen mussten erhebliche Kürzungen bei den Sachausgaben und Ausgaben für politische Arbeit im Finanzplan des Parteivorstands vorgenommen werden. Gleichzeitig erfolgten Verhandlungen mit ver.di über eine tarifvertragliche Regelung, um betriebsbedingte Kündigungen von Mitarbeiter*innen auszuschließen. Dies soll über eine Reduzierung von Arbeitszeit und Gehalt erreicht werden. Im Rahmen dieser Verhandlungen wurden verschiedene Modelle reduzierter Arbeitszeit und Gehalt entwickelt, die den Mitarbeiter*innen im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens angeboten werden. Erst nach Abschluss dieses Verfahrens werden die Tarifverhandlungen weitergeführt. Damit ist zum Zeitpunkt der Berichtserstellung eine definitive Aussage über die künftige Entwicklung der Personalkosten nicht möglich.
5. Die AG Beitragstabelle hat nochmals die Beitragsstruktur analysiert. Dabei wurde u.a. folgende Auffälligkeiten festgestellt:

- 19 Prozent unserer Mitglieder zahlten keinen Beitrag (Stichtag: 31.12.2020), wobei die Zahlen zwischen den einzelnen Landesverbänden stark differieren. Die Bandbreite zwischen den Landesverbänden reicht von 6,09 Prozent bis 27,92 Prozent.
- Circa 70 Prozent unserer Mitglieder zahlen einen Mitgliedsbeitrag in der Spanne von 1,50 Euro bis 19,00 Euro. Nach der Beitragstabelle würde dies bedeuten, dass 70 Prozent unserer Mitglieder nur über ein Nettoeinkommen von unter 1.000 Euro verfügen.
- Ca. Zweidrittel des Beitragsaufkommens resultieren aus Beitragszahlungen über 19 Euro bis 4 Prozent des Nettoeinkommens, davon allein 45 Prozent aus Beitragszahlungen zwischen 19 Euro und 45,50 Euro.

6. Die AG-Beitragstabelle ist vor diesem Hintergrund zu folgendem Ergebnis gekommen:

- Angesichts der schwierigen und mit einer Reihe von Unsicherheiten verbundenen Finanzlage der Partei gibt es keine Reserven, die die mit einer Änderung der Beitragstabelle verbundenen Risiken abfedern könnten.
- Eine Absenkung der Beiträge im Bereich von 1.500 bis 2.500 Euro würde den Bereich umfassen, aus dem 45 Prozent der Beitragseinnahmen stammen und wäre deshalb mit einem nicht einschätzbaren Risiko verbunden. Hinzu kommt, dass der Anteil der zahlenden Mitglieder in diesem Bereich sehr stark zwischen den Landesverbänden differiert. Die Landesverbände mit einem höheren Beitragsdurchschnitt wären daher deutlich stärker betroffen.
- Ein Mindestbeitrag in Höhe von 5 Euro bis zu einem Einkommen in Höhe des Steuerfreibetrags würde eine Beitragserhöhung für Bezieher*innen von Transferleistungen und Menschen mit sehr niedrigem Einkommen treffen. Dies dürfte angesichts der gegenwärtigen Preissteigerungen nur auf wenig Akzeptanz stoßen. Außerdem würde die Erhöhung bei den bislang weniger als 5 Euro zahlenden Mitgliedern die Absenkung der Beiträge im Bereich von 5 Euro bis 15 Euro (entspricht ungefähr der Steuerfreigrenze) kaum kompensieren.
- Allerdings lässt das Ergebnis, dass ca. 70 Prozent der Mitglieder einen Mitgliedsbeitrag bis 19,00 Euro zahlen, vermuten, dass eine Vielzahl von Mitgliedern bei der Selbsteinstufung eher ihren Mitgliedsbeitrag entsprechend ihrer individuellen Zahlungsbereitschaft/-fähigkeit festlegen und weniger nach dem in der Beitragstabelle geforderten Beitrag. Wie hoch dieser Anteil und wie groß die Abweichung gegenüber der Beitragstabelle ist, entzieht sich mangels Daten unserer Kenntnis.
- Dringend ist das Ergebnis zu prüfen und zu ändern, wonach zum Stichtag 31.12.2020 die Zahl der Mitglieder ohne Beitragszahlung ca. 19 Prozent betragen.

7. Die AG schlägt deshalb vor,

- angesichts der finanziellen Unsicherheiten und möglichen Risiken gegenwärtig keine Änderung der Beitragstabelle vorzunehmen;
- nach den Landtagswahlen in Niedersachsen eine Finanzkonferenz mit Landes- und Kreis-schatzmeister*innen einzuberufen, um mit den Verantwortlichen vor Ort einen besseren Einblick in das Zahlungsverhalten der Mitglieder und die damit verbundenen Aktivitäten der Finanzverantwortlichen vor Ort zu erhalten;
- eine anonymisierte Umfrage unter den Mitgliedern durchzuführen, um eine bessere Datengrundlage insbesondere über das Verhältnis von Einkommen und individueller Zahlungsbereitschaft/-fähigkeit zu bekommen;
- mit einer derart verbesserten Datengrundlage die Beitragstabelle zu überarbeiten und eine Beschlussfassung vor Beginn der Europawahlkampagne herbeizuführen.

Bericht der Bundesfinanzrevisionskommission an die 1. Tagung des 8. Parteitags der Partei DIE LINKE, 24. Juni bis 26. Juni 2022

Die BFRK ist ein vom Parteitag gewähltes Organ und erfüllt gemäß § 9 Abs. 5 Parteiengesetz die Aufgaben innerparteilicher Rechnungsprüfer.

Die Mitglieder der BFRK haben im Berichtszeitraum folgende Prüfungen durchgeführt:

16.10.2021	Landesverband Nordrhein-Westfalen
5./6.11.2021	Bundesgeschäftsstelle
05.11.2021	Landesverband Berlin
27.11.2021	Landesverband Niedersachsen
2.4.2022	Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

Diese fünf Prüfungen wurden in analoger Varianz vorgenommen.

Erstmals probiert die Bundesfinanzrevisionskommission im Landesverband Hessen eine digitale Prüfung aus. Die Durchführung digitaler Prüfungen soll weiter evaluiert werden und in Abhängigkeit von den vorhandenen Möglichkeiten implementiert werden.

Der Rechenschaftsbericht der Partei soll bis zum 30.9. des Folgejahres beim Bundestagspräsidenten eingereicht werden. Erstmals musste für die Abgabe des Rechenschaftsberichtes 2019 eine Fristverlängerung beantragt werden.

Die Landesverbände Hamburg und Niedersachsen wurden bei der Erstellung ihrer Rechenschaftsberichte für das Jahr 2020 umfassend von der Bundesgeschäftsstelle unterstützt. Für die Jahre 2021 und 2022 werden die Rechenschaftsberichte von zwei weiteren Landesverbänden (Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg) unter maßgeblicher Beteiligung der Bundesgeschäftsstelle erstellt werden.

Schwerpunkte unserer Prüfungen sind grundsätzlich die Entwicklung der Mitgliederzahl unserer Partei, die Entwicklung der Mitgliedsbeiträge und die Entwicklung der Mandatsträgerbeiträge.

Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Partei, die Entwicklung der Mitgliedsbeiträge, die Entwicklung der Mandatsträgerbeiträge, die Entwicklung der Parteispenden und die Einnahmen aus staatlichen Mitteln können dem Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes entnommen werden.

Die Mitgliedsbeiträge der Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlamentes wurden bei der Prüfung in der Bundesgeschäftsstelle ausgewertet. Folgende Beitragszahlungen wurden festgestellt:

- bis zu 50,- Euro: zwei Abgeordnete
- bis zu 100 Euro: zwei Abgeordnete
- bis zu 150,- Euro: acht Abgeordnete
- bis zu 200,- Euro: 14 Abgeordnete
- bis zu 250,- Euro: neun Abgeordnete
- bis zu 300,- Euro: sechs Abgeordnete
- bis zu 350,- Euro: zwei Abgeordnete
- bis zu 400,- Euro: ein/e Abgeordnete/r.

Von den 68 Mitgliedern des 19. Bundestages haben 70 Prozent in der Spanne von 151,- Euro bis 250,- Euro ihren Beitrag beglichen. Im 20. Bundestag mit 39 Mitgliedern zahlen 48 Prozent der Mitglieder in dieser Spanne. Insgesamt ist ein Rückgang der Beitragszahlungen der Abgeordneten zu verzeichnen.

Die satzungsgemäße Zahlung der Mitgliedsbeiträge der Mitglieder des Bundestages und des Europäischen Parlamentes sind von den jeweiligen Landesverbänden zu prüfen und auszuwerten.

Dabei sind auch Nebeneinkünfte aus Honoraren für Bücher, Fernsehauftritte, Aufsichtsratsvergütungen u. ä. zu berücksichtigen. Diese Einnahmen sind über Parliamentswatch einsehbar.

Zu den Mandatsträgerbeiträgen der Abgeordneten des 20. Deutschen Bundestages war zum Zeitpunkt der Prüfung festzustellen, dass von sechs neuen Mitgliedern des Bundestages noch keine Vereinbarung zur Zahlung eines Mandatsträgerbeitrages vorlag und somit noch kein Zahlungseingang registriert wurde.

Der Bundesschatzmeister erinnert bei fehlendem Zahlungseingang des Mandatsträgerbeitrages die Abgeordneten schriftlich und mündlich an die ausstehende Zahlung.

Die Information des Bundesschatzmeisters zur aktuellen finanziellen Situation der Partei ist fester Bestandteil der Arbeit des Parteivorstandes.

Die digital durchgeführten Parteitage 2020 und 2021 verursachten zwar erhebliche Verschiebungen in den zu beauftragenden Leistungen, führten aber nicht zu nennenswerten Einsparungen.

Die schlechten Wahlergebnisse zur Bundestagswahl und den nachfolgenden Wahlen in diversen Landesverbänden haben negative Auswirkungen auf die Finanzsituation der Partei. Hinzu kommen vermehrte Austritte aus der Partei, vor allem im ersten Quartal 2022. Allein im Landesverband Hessen waren 160 Austritte zu registrieren.

Der neu zu wählende Parteivorstand muss die Finanzentwicklung der Partei als vorrangige Aufgabe auf die Tagesordnung setzen, geeignete Maßnahmen zur Mitgliederentwicklung und auch Einsparungen in verschiedenen Bereichen der Partei vorschlagen.

Die Bundesfinanzrevisionskommission empfiehlt dem Parteitag die Entlastung des Parteivorstandes.

Bericht des Jugendverbands Linksjugend ['solid]

Seit November 2021 sind wir als Bundessprecher:innenrat im Amt. In diesem halben Jahr haben wir viel miterlebt, alte Projekte weitergeführt und neue begonnen.

Das letzte halbe Jahr war ein sehr bewegtes Jahr und das nicht auf eine einfache Art. Nach dem desaströsen Ergebnis bei der letzten Bundestagswahl war die Ausgangslage für linke Politik auch unter Jugendlichen nicht einfach. Durch den brutalen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine haben sich aber auch inhaltlich große neue Herausforderungen auf dem Gebiet der Friedenspolitik herausgebildet.

Der MeToo-Skandal bewegte uns als Verband tief und erschütterte auch viele Basismitglieder.

Verbandsentwicklung

Die Bundestagswahl 2021 beeinflusste sehr stark das Verbandswachstum seit letztem Jahr. Durch den Jugendwahlkampf bzw. jährlich stattfindende Events, wie zum Beispiel die diesjährige Winterakademie und die Versammlungen/Camps der Landesverbände, kann die Linksjugend ['solid] einen großen Wachstum an aktiven Mitgliedern verzeichnen.

Auch zeichnet sich ab, dass der Verband diverser und jünger wird; immer mehr FLINTA*-Personen (Frauen, Lesben, inter, trans, nicht binäre und agender Personen) finden ihren Weg in die Strukturen des Verbands. Landesverbände wie Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern florieren enorm und sind bereit, die nächsten Schritte zur Stärkung ihrer Strukturen zu gehen.

Daran gilt es festzuhalten und diese Entwicklung mit kommendem Wandel und weiteren Unternehmungen auszubauen und zu festigen; dafür braucht es Stärkung und weitere Struktur nach innen und aktiveres bzw. diverseres Auftreten nach außen.

Bundeskongresse

Bundeskongress im November 2021

Bei der ersten Tagung des 14. Bundeskongress wurden regulär die Gremien der Bundesebene der Linksjugend ['solid] neu gewählt und Anträge behandelt. Die Beschlüsse setzen überwiegend den Fokus auf eine klare sozialistische Linie des Jugendverbands sowie diverse Konkretisierungen und Positionierungen zu verschiedenen Themen, darunter die Solidarität mit ungewollt Schwangeren, der Beitritt zum Unblock-Cuba-Bündnis, der Kampf gegen Transfeindlichkeit, Verbesserungen in der Barrierefreiheit des Jugendverband, die Arbeitsbedingungen im Gesundheitssystem und das Thema Klimagerechtigkeit.

Die Linksjugend fordert seit November 2021 explizit eine Impfpflicht für Corona. In einem Antrag wurde dargelegt, dass und wie die Wirtschaft demokratisch organisiert werden muss. Während parlamentarische Arbeit zur Politik dazugehört, kann diese nicht alleine erfolgreich sein und insbesondere ihr eigenes System nicht überwinden, weshalb die Linksjugend ['solid] sich für eine stärkere außerparlamentarische Orientierung ausspricht. Zuletzt wurden in einem Leitantrag Eckpunkte für die Arbeit des nächsten Jahres festgelegt, namentlich dass es einen Fokus auf viele aktive Mitglieder geben soll, insbesondere aktive FLINTA* (Frauen, Lesben, inter, nicht-binäre, trans und agender Personen) und solide sozialistische (Aus-)Bildung.

Bundeskongress im April 2022

Für den 24. April 2022 wurde der Bundeskongress zu einer weiteren Tagung einberufen, um die Bundesparteitagsdelegation der Linksjugend ['solid] neu zu wählen.

Die Tagung fand am Sonntag von 13 Uhr bis etwa 18 Uhr online statt, gewählt wurde digital mit Bestätigung durch Briefwahl.

Nächster Bundeskongress

Der kommende 15. Bundeskongress der Linksjugend ['solid] soll von 4. bis 6. November 2022 in Magdeburg, das heißt wieder in Präsenz, stattfinden.

Wichtige Themen sind weiterhin der Verbandsaufbau sowohl in der Breite als auch in der Spitze und die Steigerung der Diversität des Verbands, vor allem des FLINTA*-Anteils (Frauen, Lesben, inter, nicht binäre, trans und agender Personen). Das bedeutet: Wir wollen viele Mitglieder, wir wollen aktive Mitglieder, wir wollen diverse Mitglieder und wir wollen gut ausgebildete Mitglieder. Inhaltlich wollen wir weitere Leerstellen in der Beschlusslage füllen und das sozialistische Profil des Verbands schärfen.

Veranstaltungen und Kampagnen

Neumitgliederseminare

Wie immer gab es unsere Neumitgliederseminare, wenn auch wegen Corona unter erschwerten Bedingungen. Dabei schulen wir neue Mitglieder in marxistischen Grundlagen und vermitteln die Grundlagen der Verbandsarbeit.

Winterakademie

Ein besonderes Highlight im vergangenen halben Jahr war unsere Winterakademie: Die Winterakademie ist traditionell eine der wichtigsten bundesweiten Bildungsveranstaltungen. Dieses Jahr konnten wir nach einer digitalen Winterakademie im letzten Jahr in die Präsenz zurückkehren und über 60 Genoss:innen in Magdeburg begrüßen.

Unser Schwerpunkt lag dieses Jahr auf materialistischem Feminismus und materialistischer Rassismuskritik, womit wir unsere linken Positionen zu diesen Themengebieten auch stärker theoretisch untermauern und von linksliberalen Positionen abgrenzen wollten, die sich aufgrund ihrer Hegemonie in Teilen der Gesellschaft auch im Umfeld von Partei und Jugendverband oft wiederfinden. Neben diesen Schwerpunkten gab es aber auch ein vielfältiges weiteres Programm, u.a. eine Einführung in den Marxismus und ein Podium zum fünfzehnjährigen Jubiläum der Linksjugend ['solid].

Die Veranstaltung war ein großer Erfolg. Wir haben es dieses Jahr auch geschafft, eine Teilnehmer:innenschaft zu gewinnen, die mehrheitlich weiblich oder nicht binär war in einem insgesamt doch leider überwiegend männlich geprägten Verband – bemerkenswert, insbesondere, da Theorieveranstaltungen oft noch einmal stärker von Männern geprägt sind.

Möglich war die Winterakademie nur dank der Spenden vieler Abgeordneter der LINKEN, dafür bedanken wir uns sehr.

Öffentlichkeitsarbeit

Wir führten unsere Social-Media-Arbeit auf Instagram und Twitter erfolgreich fort.

Auf Twitter haben wir mittlerweile fast 15 000 Follower:innen, davon ca. 1 500 seit Anfang des Jahres, und sind verifiziert. Instagram wird von uns deutlich mehr bespielt und hat deshalb mittlerweile ca. 35 000 Follower:innen zu verzeichnen. Mit täglichen Posts und einheitlichem Corporate Design haben wir ein stetiges Wachstum. Die Hälfte unser Follower:innen ist zwischen 18 und 24 Jahren, 26 Prozent sind 25 bis 34. Der Rest ist jünger oder älter. Circa 43 Prozent haben bei Instagram angegeben, weiblich zu sein, und 57 Prozent männlich.

Wir starteten vor kurzem unseren TikTok-Account, um sich der modernen Medienlandschaft anzupassen. Mit 53 Prozent weiblichen und 37 Prozent männlichen Follower:innen haben wir innerhalb von knapp 2 Monaten ca. 1 600 Follower:innen gewonnen. Bisher haben wir 27 500 Likes insgesamt auf unsere Videos, die 222 000 Aufrufe zu verzeichnen haben.

Ukrainekrise

Als alles kurz ruhig erschien, brach der Krieg in der Ukraine aus. Wir beteiligten uns mit fast täglicher Berichterstattung und einem Positionspapier an dem Diskurs und waren geschockt von den 100

Milliarden Sondervermögen für die Aufrüstung der Bundeswehr. Auch innerhalb des Verbands hatten wir mehrere Diskussionsveranstaltungen und regen Austausch zum Thema und die Folgen die aus diesem mörderischen Krieg entstehen. So forderten wir, wie unsere Genoss:innen in Osteuropa einen Schuldenschnitt für die Ukraine um den Wiederaufbau zu ermöglichen. Auch mit Forderungen, wie die Enteignung von russischen Milliardären und Staatsunternehmen, haben wir uns in die Öffentlichkeit eingebracht um den Diskurs weg von den sogenannten deutschen Sicherheitsinteressen zu bringen. Aber auch weniger beleuchtete Effekte des Kriegs, wie den steigenden antislawischen Rassismus versuchten wir zusammen mit Betroffenen aufzuarbeiten und ein geschärftes Bewusstsein unter Genoss:innen zu erreichen.

Kommende Veranstaltungen

Im Sommer werden Theorieseminare ohne Männer und Awarenessschulungen folgen, um die Situation für Frauen und nicht-binäre Menschen in der Linksjugend [‘solid] nachhaltig zu verbessern und sicherer zu machen.

Das erste Theorieseminar ohne Männer findet im August statt und befasst sich mit Kapitalismus und Krisen. Diese Themen sind vor allem von Männern in Diskussionen besetzt. Ein ähnliches Seminar zum Thema Politische Theorie findet im November statt.

Die Awarenessschulung im August wird Menschen darauf vorbereiten, in unserem bundesweiten Awarenesssteam mitzuhelfen und dabei sowohl Betroffene von sexueller Gewalt unterstützen als auch bei Veranstaltungen für eine sichere Atmosphäre zu sorgen.

Im Herbst wenden wir uns an Auszubildende und fordern in einer Kampagne garantierte Ausbildungsplätze und bessere Bezahlung. Damit wollen wir weg vom Studi-Klischee und einen breiteren Teil der jungen Bevölkerung erreichen.

Vom 26. Bis 28. August bringen wir unseren Mitgliedern in einem Wochenendseminar Organizing bei, um im Jahr darauf eine gut strukturierte Kampagne ausarbeiten und beginnen zu können.

Im September steht unser Verbandswochenende an, bei dem Menschen aus Bundesarbeitskreisen und anderweitig Interessierte zusammen diskutieren können. Einen Monat später vermitteln wir unseren Mitgliedern bei einer Skillshareakademie zentrale Fähigkeiten für die Verbandsarbeit, also wie man Sharepics macht, Veranstaltungen organisiert und sonstige nützliche Fähigkeiten erwirbt.

Strategiepapier

In unseren Augen muss die Krise der politischen Linken auch strategisch aufgearbeitet werden. Damit beschäftigt sich unser im Winter veröffentlichtes Strategiepapier, in dem wir aufzeigten, wie wir die Veränderungen, die vorgenommen werden müssen, um Begriffe wie »Solidarität«, »Feminismus«, »Emanzipation«, etc. tatsächlich Realität werden zu lassen, gestalten und angehen wollen.

Dabei steht im Zentrum, dass DIE LINKE sowohl neue Analysen als auch an dem aktuellen gesellschaftlichen Geschehen orientierte Projekte in Angriff nehmen muss. Dies beinhaltet auch eine rigorose Aufarbeitung innerer Inhalte und Problematiken.

#LinkeMeToo

Am 15. April 2022 – also am Karfreitag – wurde ein Artikel vom Spiegel veröffentlicht, in dem Vorfälle sexueller Übergriffe und patriarchaler Machtstrukturen innerhalb der Partei DIE LINKE aufgedeckt wurden. Der Fokus dieses Artikels lag dabei lediglich auf dem Landesverband Hessen. Es sollte sich jedoch herausstellen, dass die bis dato publik gemachten Vorfälle nur die Spitze eines Eisbergs waren, dessen eigentliche Masse erst mit der Flut an Meldungen weiterer Vorkommnisse dieser Art bei den Awarenesspersonen nach der Veröffentlichung zu erahnen war.

Die sich im Zuge dessen entwickelnde Welle an immer mehr und schwerwiegender werdenden Fällen unter #LinkeMeToo hat gezeigt: Zwischen feministischem Anspruch und patriarchaler Realität liegen in großen Teilen der Partei DIE LINKE noch Welten.

Da es jedoch als sozialistische Partei unsere Aufgabe ist, für die Befreiung aller Unterdrückten einzustehen, sollten wir glaubwürdig hinter denen, die vom Patriarchat diskriminiert, ausgebeutet oder mit direkter Gewalt konfrontiert werden, und dieser Bewegung stehen.

Im Zuge des drastischen Ausmaßes des Artikels veröffentlichten wir als erste Reaktion einen offenen Brief mit Forderungen, die nicht nur konkret an den Landesverband Hessen, sondern auch an die gesamte Partei und ihre Strukturen gerichtet wurden und weiterhin werden, da die patriarchalen Zustände, die solche Vorkommnisse überhaupt erst entstehen lassen, struktureller Natur sind.

Diese Sofortmaßnahmen als Ausdruck innerparteilicher feministischer Praxis beinhalteten folgende Punkte:

- Den Rücktritt aller beteiligten Personen, die selbst Täter sind oder die von den Taten wussten und diese gedeckt haben, von ihren Parteiämtern und Funktionen – unabhängig davon, in welcher Position sie sich befinden. Durch diese Rücktritte werden auch Nach- und ggf. Neuwahlen in den jeweiligen Gremien fällig.
- Transparente und lückenlose Aufklärung aller Vorfälle.
- Verpflichtende Awarenessstrukturen, deren Mitglieder nicht in einem Abhängigkeitsverhältnis zur Partei stehen oder Abgeordnete sind.
- Verpflichtende Seminare zum Thema Awareness und Feminismus für Funktionär:innen und Angestellte.
- Finanzielle Unterstützung durch DIE LINKE für alle Betroffenen, wenn sie juristische oder auch psychologische Beratung und Hilfe in Anspruch nehmen.
- Eine Vertrauensperson für Mitarbeitende von Partei, Mandatsträger:innen und Fraktionen, die von Sexismus, verbalen Übergrifflichkeiten und sexualisierter Gewalt betroffen sind.

Leider sind unsere Forderungen bis heute nur in Teilen erfüllt worden.

Gerade die Aufklärung der Vorfälle wird immer schwieriger, da Beschuldigte gegen Betroffene mit juristischen Mitteln, beispielsweise Unterlassungsklagen, vorgehen.

Unterlassungsklagen befassen sich nicht mit der Frage, ob ein Sachverhalt vorliegt oder nicht, sondern ob der Sachverhalt geäußert werden darf. Ob der Sachverhalt geäußert werden darf, ist nicht einzig davon abhängig, ob dieser der Wahrheit entspricht, sondern auch, welche Auswirkungen eine Äußerung auf den Kläger hat und mit welcher Motivation der Sachverhalt zur Sprache gebracht wurde. Nochmal weniger geeignet sind Unterlassungsverfügungen in Eilverfahren zur Wahrheitsermittlung, da diese von vornherein üblicherweise keine Zeugenanhörung umfassen. Diese Unterlassungsklagen erschweren die Aufklärung und Aufarbeitung jedoch schwerwiegend.

Als Linksjugend [solid] hatten und haben wir in diesem Komplex durch unsere Awarenessarbeit und, weil wir nicht aufhören, uns für Konsequenzen und Aufklärung einzusetzen, immer noch eine zentrale Rolle in den Aufarbeitungsprozessen und uns dadurch auch das Vertrauen vieler Betroffener erarbeitet. Wir begrüßen es darum sehr, dass uns mit Christina Clemm und Dorothea Zimmermann zwei erfahrene Feministinnen bei der Aufklärung unterstützen und wir in engem Austausch mit ihnen stehen können.

Doch nicht alle in der Partei finden unsere Linie gut und unterstützen uns: Immer wieder kommt es besonders gegen unsere Awarenessbeauftragten zu Kommentaren, die weit über bloße Antipathie hinausgehen, und zu anderweitigen Angriffen.

Dennoch ist trotz aller Beleidigungen, Diskreditierungen und Anzeigen gegen uns klar: Wir stehen an der Seite aller Betroffenen, egal in welchem Landesverband und egal wie alt.

Die daraus erwachsende finanzielle Belastung ist für die Betroffenen teils kaum zu tragen. Deshalb haben wir ein Soli-Shirt entworfen, welches sowohl auf dem Bundesparteitag als auch online zu erwerben ist. Es stellt einen kleinen, aber wichtigen Teil des Ausdrucks unserer praktischen Solidarität dar und wir sind guter Dinge, in diesen Belangen so tatkräftige Hilfe leisten zu können.

Bericht des Parteivorstandes an die 1. Tagung des 8. Parteitages

Beschluss des Parteivorstandes vom 21. Mai 2022

Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes an die 1. Tagung des 8. Bundesparteitages der Partei DIE LINKE, Erfurt, 24. bis 26. Juni 2022

Gemäß § 9 (5) des Parteiengesetzes der Bundesrepublik Deutschland und § 15 (2) e der Bundessatzung der Partei DIE LINKE legt der Parteivorstand dem Bundesparteitag einen Tätigkeitsbericht vor. Der Berichtszeitraum begann mit der Wahl des Parteivorstandes auf der 1. Tagung des 7. Bundesparteitages am 26./27. Februar 2021, der online in Berlin stattfand. Redaktionsschluss für diesen Bericht war der 12. Mai 2022.

Grundlagen der Arbeit des Parteivorstandes

Der Parteivorstand arbeitete auf Grundlage des Parteiprogramms, der Bundessatzung, der Ordnungen der Partei, des 2019 beschlossenen Europawahlprogramms, des 2021 beschlossenen Bundestagswahlprogramms und der weiteren 2007 beschlossenen Gründungsdokumente der Partei DIE LINKE. Im Berichtszeitraum gaben die Bundesparteitage die grundsätzliche Orientierung für die Vorstandsarbeit:

Die 1. Tagung des 7. Parteitages der Partei DIE LINKE am 26./27. Februar 2021 (Onlineparteitag in Berlin) mit folgenden Beschlüssen:

- Die Friedenspolitischen Positionen der LINKEN bekräftigen
- Zum Mitgliederentscheid bedingungsloses Grundeinkommen
- Für eine migrantische und antirassistische LINKE
- Nie wieder Krieg! Frieden und Zusammenarbeit statt Aufrüstung und Konfrontation!
- Wie wir gerecht aus der Krise kommen – Mit einem sozialen, friedlichen und ökologischen Systemwechsel

Die 2. Tagung des 7. Parteitages der Partei DIE LINKE am 19./20. Juni 2021 (Online-Wahlparteitag in Berlin) mit folgenden Beschlüssen:

- Das Bundestagswahlprogramm 2021
- Fristen setzen
- AG Beitragstabelle

Alle von Bundesparteitagen an den Parteivorstand überwiesenen Anträge wurden bearbeitet oder beraten und entschieden. Dies wurde auf der *Website der Partei* dokumentiert. (<https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteitag/wahlprogrammparteitag-2021/beschluesse/detail/ueberweisungen-an-den-parteevorstand/>)

Der Parteivorstand regelte seine Tätigkeit mit Sitzungs- und Terminplänen sowie einer Geschäftsordnung. Er hatte satzungsgemäß 44 Mitglieder. Drei Mitglieder des Parteivorstandes traten im Berichtszeitraum zurück. Der Geschäftsführende Parteivorstand bestand satzungsgemäß aus zwölf Mitgliedern. Es waren dies außer den vom Parteitag nach § 19 (1) a bis d gewählten Mitgliedern (Susanne Hennig-Wellsow (Rücktritt am 20.4.2022), Janine Wissler, Ali Al-Dailami, Ates Gürpınar, Tobias Pflüger, Martina Renner, Katina Schubert, Jana Seppelt, Jörg Schindler, Harald Wolf) noch Friederike Benda und Wulf Gallert, die in der Klausurberatung des Parteivorstandes am 14. März 2021 gewählt wurden. Die Parteivorstandsmitglieder verabredeten Zuständigkeiten für einzelne Politikfelder.

Die Personalverantwortung im Parteivorstand übten die Parteivorsitzenden und in deren Auftrag der Bundesgeschäftsführer in Abstimmung mit dem Bundesschatzmeister aus. Personalentscheidungen

wurden im Geschäftsführenden Parteivorstand getroffen. Der Stellenplan 2022 wurde im Parteivorstand im Rahmen des Finanzplans beschlossen.

Der Parteivorstand tagte 25-mal und der Geschäftsführende Parteivorstand führte 51 Beratungen (infektionsbedingt vorwiegend im Onlineformat) durch, um Entscheidungen zu operativen Vorgängen, Finanz- und Personalfragen zu treffen, sowie die Sitzungen des Parteivorstandes vor- und nachzubereiten. Über die Sitzungen des Parteivorstandes und dessen Beschlüsse wurde in Sofortinformationen des Bundesgeschäftsführers im Internet und im Newsletter der Partei informiert. Alle Beschlüsse (sofern sie nicht Personalfragen betrafen) wurden im Internet veröffentlicht.

Regelmäßig beriet der Parteivorstand oder der Geschäftsführende Parteivorstand mit den Landesvorsitzenden, den Fraktionsvorsitzenden, mit dem Vorstand der Bundestagsfraktion und mit den Mitgliedern des Bundesausschusspräsidiums. Regelmäßige Abstimmungen fanden auch mit den LINKEN in Landesregierungen statt. Auf Einladung des Bundesgeschäftsführers tagten ca. sechswöchentlich die Landesgeschäftsführerinnen und Landesgeschäftsführer.

Der Parteivorstand beriet vorwiegend in Videokonferenzen. Erst sieben Monate nach seiner Wahl kam der Parteivorstand erstmals in Präsenz zusammen. Diese Arbeitsweise sparte zwar Ressourcen, lässt aber die intensiveren persönlichen Begegnungen vermissen, die für die Bewältigung so schwieriger Prozesse, wie sie im Berichtszeitraum anstanden, eigentlich unerlässlich sind.

Kommissionen:

Neben den gewählten Parteitagskommissionen gibt es vom Parteivorstand berufene Kommissionen und Gremien:

Von der **Historischen Kommission** liegt ein schriftlicher Bericht im Antragsheft 1 vor. Eigentlich war ein gemeinsamer Termin zwischen Parteivorstand und Historischer Kommission sowie deren Neuberufung vorgesehen, kam aber nicht zustande. Der nächste Parteivorstand sollte diese Aufgabe übernehmen.

Die **Internationale Kommission** wurde neu berufen, ihre Arbeit wird im Abschnitt Internationale Politik dieses Berichtes dargestellt. Auch die Arbeit der **Kommission Politische Bildung** wird im entsprechenden Abschnitt dieses Berichtes erwähnt.

Die Parteivorsitzenden und der Bundesgeschäftsführer trafen sich mehrmals mit dem **Ältestenrat** bzw. seinem Leitungsgremium. Hans Modrow brachte seinen Standpunkt in die meisten Parteivorstandsberatungen ein. Im März 2022 kam es zwischen dem Parteivorstand und den Sprecher*innen des Ältestenrates zu einem Konflikt über die Beurteilung des Krieges in der Ukraine, wobei auch strukturelle Probleme sichtbar wurden. In deren Folge wurde beschlossen, den Ältestenrat neu zu berufen, eine Amtszeitbegrenzung beim Parteitag zu erwirken und die Satzung des Ältestenrates zu verändern. Die Neuberufung des Ältestenrates steht aus und muss vom nächsten Parteivorstand vorgenommen werden.

Außerdem wurde im Berichtszeitraum eine **Arbeitsgruppe** zum Thema **Mandatszeitbegrenzung** eingerichtet, welche sich auf Grundlage eines Parteitagsantrages mit dem Thema auseinandersetzte. Sie legte im November 2021 ein Diskussionspapier vor, das nach zweimaliger Behandlung im Parteivorstand am 16. Januar 2022 beschlossen und anschließend der über die Landesgeschäftsführer*innen zur Diskussion in die Partei gegeben wurden. Das Papier findet sich in diesem Antragsheft und ist hier nachzulesen: <https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteivorstand/parteivorstand/detail/diskussionspapier-des-parteivorstands-die-linke-zur-mandatszeitbegrenzung/>.

Kommission Religionsgemeinschaften, Weltanschauungsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft

Die Kommission des Parteivorstandes traf sich jährlich zwei- bis dreimal. Im Berichtszeitraum beschloss sie konsensual mehrere Positionspapiere, u. a. zur »Ablösung der Staatskirchenleistungen (Dotationen)«. Letzteres war auch eine der Grundlagen für den Gesetzentwurf von der LINKEN dazu im

Bundestag. Im Mai 2022 legt die Kommission einen Abschlussbericht vor. Die Positionspapiere der Kommission sind online abrufbar.

Ethikkommission

Ziel der 2020 vom Parteivorstand berufenen Ethik-AG ist es, die bundesweite Debatte – innerhalb und außerhalb der Partei – darüber anzustoßen, in was für einer Gesellschaft wir leben wollen und welches Menschenbild das unsere ist. Die AG möchte dazu beitragen, die bio- und medizinethische Diskussion und die relevanten Gesetzgebungsvorhaben sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene zu begleiten und den Gremien der Partei Empfehlungen zu unterbreiten. In verschiedenen Online-Diskussionen hat die AG zu aktuell ethischen Fragen diskutiert, wie beispielsweise dem assistierten Suizid, dem Infektionsschutzgesetz, der Corona-Impfpflicht oder der Frage von Krieg und Frieden aus ethischer Sicht.

Coronabedingt fand der Start der AG unter schwierigen Bedingungen statt. Bisher gab es keine Präsenzveranstaltung. Das hat das Zusammenwachsen der AG als Gremium sehr erschwert. Die AG schätzt ein, dass es in der Partei an Sensibilisierung für ethische Fragestellungen fehlt. Doch gerade Corona hätte ethische Debatten befördern können. Die Widersprüche unserer Gesellschaft wirken auch in unsere Partei hinein – diese Widersprüche müssen in der AG stärker abgebildet werden. Gemessen am Parteitagsbeschluss ist es nicht gelungen, eine bundesweite Debatte anzustoßen oder zu befördern. In Zukunft will die AG die Mitglieder der Partei und insbesondere die Bundesarbeitsgemeinschaften stärker in die aktuellen Debatten einbinden. Mit dem Vorstand und der Bundestagsfraktion will sie klare Absprachen darüber treffen, welche Fragen diskutiert werden sollen und was in der Partei an Positionen (Fragestellungen und Argumente) gebraucht wird.

Gewerkschaftsrat

Der Parteivorstand hat die Einrichtung eines Gewerkschaftsrates beschlossen, um den Austausch mit der gewerkschaftlichen Verankerung der LINKEN zu fördern und einen engeren Austausch mit den Gewerkschaften zu institutionalisieren. Der Gewerkschaftsrat hat zweimal getagt, zur Konstituierung am 28. Januar 2022 und zuletzt am 20. Mai 2022. Der Beschluss zur Gründung des Gewerkschaftsrates ist hier zu finden: <https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteivorstand/parteivorstand/detail/einfuehrung-eines-gewerkschaftsrates/>.

Ziel des Gewerkschaftsrates sind eine Stärkung der strategischen Orientierung der LINKEN auf die Welt der Arbeit und mehr Kontinuität im Austausch zwischen Parteivorstand und linken Funktionsträger*innen in den Gewerkschaften. Es sollen systematisch Vorschläge erarbeitet werden, wie die zuletzt rückläufige Verankerung der LINKEN in den Betrieben und unter gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten gestärkt werden kann. Die Zusammensetzung des Gewerkschaftsrates mit aktiven Kolleg*innen aus verschiedenen Sektoren soll dabei eine zielgerichtete Diskussion der Herausforderungen fördern. Die konstituierende Sitzung fand am 28. Januar 2022 statt.

Einen wichtigen Schwerpunkt der Diskussion bildet die Frage der Herausforderungen des sozial-ökologischen Umbaus von Wirtschaft und Industrie. Hier sehen viele Beteiligte Nachholbedarf für die LINKE. In den nächsten Beratungen des GWR im Mai und im Herbst soll weiter an Vorschlägen diskutiert werden, wie linke Gewerkschaftspolitik in den aktuellen Transformationskonflikten gestärkt werden und welche Rolle DIE LINKE dafür einnehmen kann.

Die Bundesgeschäftsstelle

Die Schwerpunkte der Parteizentrale im Berliner Karl-Liebknecht-Haus waren die Führung des Bundestagswahlkampfes und die Unterstützung der Landtagswahlkämpfe, die Durchführung, Vor- und Nachbereitung der Bundesparteitage sowie der Beratungen des Parteivorstandes und des Bundesausschusses, die Durchführung von Tagungen, Bildungsveranstaltungen, Konferenzen und Workshops und Vorbereitung und Unterstützung von Kampagnen und Aktionen der Partei. Im Berichtszeitraum lag die Mitarbeiter*innenzahl bei ca. 80.

Die Bundesgeschäftsstelle versteht sich vor allem als Serviceeinrichtung für die Organe, Gliederungen und Zusammenschlüsse der Partei, für die Parteimitglieder und für die Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehören die Unterstützung der Parteimitglieder in der ehrenamtlichen Arbeit, die Beantwortung von einigen Tausend Bürger*innen-Briefen und -Posts, die Betreuung von Besucher*innen, als auch die inhaltliche Unterstützung, z.B. durch kurze Analysen der aktuellen politischen Lage und Gegnerbeobachtungen von den Parteitagern anderer Parteien, Zuarbeiten und Vorschläge für die Fachtagungen oder Strategieberatungen. Die Arbeit der Kommissionen und des Ältestenrates fanden ebenso die Unterstützung des Karl-Liebknecht-Hauses wie die der bundesweiten Zusammenschlüsse, u.a. durch die Bereitstellung von elementaren Arbeitsbedingungen, vom Arbeitsraum über Videokonferenzlösungen bis zur Cloud. Durch die Bundesgeschäftsstelle wurden regelmäßige Beratungen der Landesvorsitzenden, Landesgeschäftsführer*innen und Landesschatzmeister*innen (Bundesfinanzrat) organisiert und unterstützt. Neben den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gab es im Karl-Liebknecht-Haus Corona-bedingt nur wenige Praktikantinnen und Praktikanten, deren Aufgaben, Arbeitsbedingungen und Entlohnung in einer Praktikumsordnung geregelt sind.

Die Corona-Pandemie veränderte die Arbeitsbedingungen deutlich. Die Bundesgeschäftsstelle stellte für die Gliederungen und Gremien der Partei neue Software-Angebote zur Verfügung, um die Parteiarbeit online durchführen zu können. Dazu gehörten vor allem mehrere Videokonferenzmodelle und eine Antragssoftware, die auf vielen Parteitagern und Beratungen von Zusammenschlüssen angewendet wurden. Für die Bundesgeschäftsstelle wurde ein Infektionsschutzkonzept entwickelt, zweimal wurde mehrere Monate lang im Corona-Homeoffice gearbeitet, es gab zu dieser Zeit kaum Besucher*innenverkehr in der Bundesgeschäftsstelle. Mit dem Betriebsrat wurden zwei neue Betriebsvereinbarungen - zum mobilen Arbeiten und zur Zeiterfassung - abgeschlossen.

Weil nach der Bundestagswahl deutlich weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, auch für das Personal der Bundesgeschäftsstelle, wurde eine Debatte über die Konzentration und Reduzierung von Aufgaben und Arbeitszeit begonnen. Im Fokus steht dabei, dass die Arbeitskraft der Bundesgeschäftsstelle darauf gerichtet wird, bessere Wahlergebnisse zu erreichen, Mitglieder zu gewinnen und die Parteistrukturen zu stärken sowie die öffentliche Wahrnehmung und Wirkung zu erhöhen. Um bei einem geringeren Personalbudget betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden, wurden Tarifverhandlungen zur Förderung von Teilzeitarbeit aufgenommen. Fast alle Mitarbeiter*innen der Bundesgeschäftsstelle erklärten sich zu deutlichen Reduzierungen bereit, sodass die Tarifverhandlungen in einem Einigungspapier mündeten, das bei der Mehrheit zu einer Reduzierung der Arbeitszeiten auf 79 Prozent - bei Entgeltreduzierung auf 84 Prozent - führt. Dies gilt ab 1. Juni.

Wahlen

Im Zentrum des Berichtszeitraumes lag der Bundestagswahlkampf, zu dem ein Abschlussbericht vorgelegt wurde, der diesem Bericht anhängt. Das Wahlergebnis von 4,9 Prozent erschütterte die Partei. Schlussfolgerungen aus dem Wahlkampf waren von Oktober 2021 bis Februar 2022 ständig Thema im Parteivorstand. Unter anderem wurden in diesem Zusammenhang eine Mitgliederbefragung, eine Befragung der Kandidierenden und Wahlkampfverantwortlichen und mehrere Mitgliederzooms durchgeführt und ausgewertet, die Wahlkämpfe in ausgewählten Direktwahlkreisen wurden betrachtet und es wurde an der inhaltlichen Weiterentwicklung der Partei - z.B. am Thema sozial-ökologischer Umbau und friedliche Außenpolitik und solidarischer Internationalismus - gearbeitet, Ergebnisse flossen u.a. in die Leittrträge zum Parteitag ein. Für die Zeit bis zur Bundestagswahl 2025 wurde ein erster Fahrplan erarbeitet. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung initiierte eine Studie, deren erste Ergebnisse im Umfeld des Parteitags im Juni 2022 vorgestellt werden.

Ferner unterstützte der Parteivorstand die Landtagswahlkämpfe in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen und wertete die Ergebnisse gemeinsam mit den Landesvorständen aus. Der Parteivorstand beteiligte sich an der vorbereitenden Unterstützung des Landtagswahlkampfes in Niedersachsen. Die Kommunal- und Bürgermeister*innenwahlen wurden in unterschiedlichem Umfang logistisch unterstützt.

Kampagnen

Kampagnenaktivitäten der Mieten- und Pflegekampagne des Parteivorstandes im Jahr 2021/22

Die bundesweiten Mieten- und Pflegekampagnen, die im Jahr 2018 begannen, wurden im Jahr der Bundestagswahl schrittweise in die Bundestagswahlkampagne überführt. Im Wahlkampf waren mieten- und pflegepolitische Forderungen Schwerpunkte der Wahlkampagne.

Dabei wurde eine Vorwahlkampf-Kampagne ab März 2021 mit je drei thematischen Flyern zu Pflege-themen (Auflage 324.000) und Mietenthemen (Auflage 245.000), sowie je einem Aufkleber (Auflage »Pflege« 45.000 und »Miete« 40.000) mit Beteiligung von 156 Kreisverbänden und Bereitstellung von Onlineaktionspaketen (Kopiervorlagen, SharePics, MusterPEs, #, etc.) zum 8. März »Frauen*kampftag«, 27. März »Housing Aktion Day«, 7. April »Weltgesundheitstag« und 12. Mai »Tag der Pflege« durchgeführt. Die Vorwahl-Kampagne endete nach der 2. Tagung des 7. Parteitags (19./20. Juni) mit einer Aktionswoche und ging nahtlos in die erste Welle zur Briefwahlmobilisierung über, in der Gesundheit und Miete wesentliche Teile der Wahlargumente für DIE LINKE bildeten.

Weitere Aktivitäten im Rahmen der Mietenkampagne:

- Unterstützung der Landtagswahlkämpfe in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen durch thematische Bustouren
- Workshops zu Pflege- und Mietenkampagne bei der Online Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz am 17./18. April
- Online-Aufrufe für einen »Bundesweiten Mietendeckel« (3660 Unterzeichner*innen) und »Impfpatentfreigabe« (7069 Unterzeichner*innen).
- Unterstützung der 2. Sammelphase des Berliner Volksbegehrens »Deutsche Wohnen & Co enteignen« und des bundesweiten Sammel-Camps von Deutsche Wohnen & Co. enteignen in Berlin (21.-23. Mai)
- Beteiligung an der bundesweiten »Enteignungsvernetzung«
- Es wurden drei weitere aufblasbare »Miethaie« angeschafft, sodass insgesamt 5 »Miethaie« als Kampagnenelemente in den Landesverbänden und der Städtetour unterwegs sind
- Mit der bundesweiten Mietendemo am 11.09.21 und der dortigen LINKEN Kundgebung wurde eines der ursprünglichen Kampagnenziele erreicht.
- Beteiligung an den Aktionen zum Housing Aktion Day am 19.03.22

Weitere Aktivitäten im Rahmen der Pflegekampagne:

- Pflgetour in Thüringen im Juni 2021 durchgeführt vom LV.
- Pflgetour in den Kommunalwahlen Hessen: Durchgeführt vom LV und Achim Kessler u.a.
- Transparentaktionen zur Impfpatentfreigabe: LV Hessen (Marburg), LV RLP (Mainz) und LV Sachsen-Anhalt (Dessau) jeweils mit SocialMedia Begleitung und Öffentlichkeitsarbeit.
- InApp Werbung für die Wahlen in BaWü, RLP und Hessen mit rund 200.000 Einblendungen im Umkreis von Krankenhäusern in den Bundesländern.
- Pflege und Gesundheit war ein wesentliches Thema im Niedersächsischen Kommunalwahlkampf mit vielen Aktionen der Kreise und des Landesverbands
- Online Pflege- und Gesundheitsratschlag »Systemrelevant? Systemwechsel!« mit 6 Online-Veranstaltungen von Bundestagsfraktion und Rosa-Luxemburg-Stiftung
- Vernetzungstreffen von Gesundheitsarbeiter*innen in der LINKEN
- Unterstützung Europäische Bürgerinitiative »Keine Profite durch die Pandemie« <https://noprofitonpandemic.eu/de/>
- Unterstützung der Proteste gegen die Gesundheitsministerkonferenz (16./17. Juni in Berlin) und Beteiligung an dezentralen Protesten bundesweit
- Materialpakete zum Pflegeaktionszeitraum nach dem 8. März 2022

- Verschiedene Aktionen mit der »Großen Petra« und dem Wall of Shame
- Aktivitäten zum Tag der Pflege 12.Mai 2022

Nächste Schritte in der bundesweiten Kampagnenarbeit der LINKEN wurden am 26. Februar 2022 beschlossen:

Gute linke Wahlergebnisse basieren auf gesellschaftlicher Präsenz und Glaubwürdigkeit, auf der Fähigkeit, in sozialen Kämpfen um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen einen spürbaren Unterschied zu machen.

Auf dieser Grundlage wird DIE LINKE mit dem Mittel der aktiven organisierenden Kampagnenarbeit in die Politikfelder Pflege, Miete und Mobilität intervenieren und den Druck auf die neue Bundesregierung erhöhen die Arbeits- und Lebensverhältnisse für die Mehrheit der Menschen zu verbessern. Darüber hinaus wird DIE LINKE bundesweit Kämpfe für gute Arbeit und Tarifaueinandersetzung aktiv begleiten und kampagnenförmig unterstützen. Die gewerkschaftliche Verankerung soll durch gezielte Aktionsschwerpunkte gestärkt werden.

- Für die genannten Themenbereiche wurde eine Materialserie für die Arbeit der Gliederungen produziert.
- »Menschen vor Profite: Pflegenotstand stoppen!«, soll zu der bundesweiten zentralen Kampagne weiterentwickelt werden, die mit deutlicher Zuspitzung die Auseinandersetzung mit der Pflegepolitik der Ampel-Parteien sucht.
- Die Landes- und Kreisverbände sollen im Rahmen der bundesweiten Kampagnenarbeit befähigt werden lokale Kampagnen zu den Themen Miete und Mobilitätswende durchzuführen, um den unterschiedlichen Gegebenheiten von Stadt und Land sowie Ost und West gerecht zu werden.
- Methoden der organisierenden Kampagnenarbeit mit einem aufsuchenden Ansatz in der Partei sollen weiter etabliert werden.
- Die Kampagnenarbeit soll durch technische Tools wie die LINKE App oder Linksaktiv auf allen Ebenen unterstützt werden.
- Zur Steuerung und besseren Verankerung sollen ein bundesweiter Kampagnenrat und ein Aktivenrat eingerichtet werden.

Arbeitsschwerpunkte und Aktionen

Die Priorität lag im Berichtszeitraum auf den Bundestagswahlen und der kritischen Begleitung von Koalitionsvertrag und Regierung(sbildung). In Abstimmung und Bezugnahme darauf wurden auf der Grundlage von Parteivorstandsbeschlüssen weitere Arbeitsschwerpunkte umgesetzt. Diese beinhalten die Themenfelder Arbeit gegen Rechts, Frieden, Arbeit, Klimagerechtigkeit und die Verkehrswende, die Ampelregierung, sowie die Corona-Pandemie. Zusätzlich kamen noch eine Reihe weiterer Aktivitäten, Mobilisierungen und Arbeitsvorhaben hinzu.

Dazu gab es in der Regel eigenes Material der Bundespartei, (Online-) Veranstaltungen und Info- und Aktionspakete für die Arbeit in den Kreisverbänden und der Kommunalpolitik. Ziel ist dabei immer eine enge Zusammenarbeit mit den jeweiligen außerparlamentarischen Bewegungen, Bündnissen und Gewerkschaften. Zudem wird bei den verschiedenen Themen und Bereichen immer versucht organisierend zu wirken um vor Ort stärker zu werden und die gesellschaftliche Verankerung zu erhöhen.

Arbeitsschwerpunkt Arbeit:

- www.arbeitdiezumlebenpasst.de
- Aktionspaket Metall- und Elektroindustrie Tarifrunde 2021
- Materialpakete zum 1. Mai 2021 und 2022
- Infopaket und Aufruf zu den Betriebsratswahlen 2022

- Aufwertung von personennahen Dienstleistungen und die Tarifrunde der Sozial- und Erziehungsdienste 2022
 - Online-Mitgliederveranstaltungen zur Tarifrunde S+E
 - Aktionspaket für die Kreisverbände zur Tarifrunde S+E
 - Material und Konzept zur direkten Ansprache von Beschäftigten
 - Konzept zur Bearbeitung der Tarifrunde in den Kommunalparlamenten
 - Einladung an die LINKEN Bürgermeister*innen und Kommunalverantwortlichen zur Tarifrunde Sozial- und Erziehungsdienst

Arbeitsschwerpunkt Ampelregierung:

- Begleitung Koalitionsverhandlungen
- Aktionswoche "Gerechtigkeit jetzt!" (22. bis 29. Oktober 2021) und Demoaufruf "Solidarisch geht anders! - Gerechtigkeit jetzt!" (24. Oktober 2021)
- Infopakete zu den Regierungsvorhaben
- Informationen zu (und Kritik von) Entlastungspaketen der Regierung angesichts von Preissteigerungen und Inflation.

Arbeitsschwerpunkt Corona:

- Infopakete zur LINKEN Corona-Politik – Gesundheit vor Profit!
 - Themenseite
 - Online- und Printmaterial
 - Wahlkampf / Parteiarbeit unter Pandemiebedingungen
- Impfpatente freigeben
 - Aufruf der LINKEN
 - Großtransparentaktionen vor Impfstofffabriken
 - Aktionspaket
- Noprofitonpandemic
 - Unterstützung des Bündnisses
 - Aktionspaket

Arbeitsschwerpunkt: Arbeit gegen Rechts, Antirassismus

Die Partei beteiligte sich an den Mobilisierungen gegen die Bundes- und Landesparteitage der AfD und nutzte ein Info- und Aktionspaket zum internationalen Tag gegen Rassismus 2021/2022. Es gab eine enge Zusammenarbeit mit dem Bündnis »Aufstehen gegen Rassismus« und ein Aktionspaket mit der Aktionszeitung des Bündnisses zur Bundestagswahl. Ein Schwerpunkt in der außerparlamentarischen Mobilisierung und Zusammenarbeit lag beim Bündnis #unteilbar und der Großdemonstration am 4.9.2021. Zum Arbeitsschwerpunkt wurden den Kreisverbänden verschiedene Flyer, Plakate und eine Broschüre zur Verfügung gestellt. Selbstverständlich äußerte sich die Partei zum Tag der Befreiung und stellte dafür Material bereit.

Arbeitsschwerpunkt: Gegen Krieg und Aufrüstung, für eine friedliche Außenpolitik

Der Arbeitsschwerpunkt wurde und wird regelmäßig mit Beschlüssen, Publikationen und Materialien für die Kreisverbände begleitet. Im Einzelnen zu folgenden Bereichen:

- Aktionspaket für Demonstrationen gegen den russischen Angriffskrieg

- Kundgebungen und Mahnwachen gegen den russischen Angriffskrieg u.a. eine auf dem Rosa-Luxemburg-Platz
- Aktionspaket und unterstützende Unterschriftensammlung von #derAppell
- Aktivitäten und Aktionspaket gegen 100 Mrd. Aufrüstungsprogramm
- Aktionspakete zu den Ostermärschen 2021 und 2022
- Aktionspaket zum Weltfriedenstag / Anti-Kriegstag 2021

Arbeitsschwerpunkt: Klimagerechtigkeit

Im Berichtszeitraum unterstützte der Parteivorstand intensiv die Proteste der globalen Klimagerechtigkeitsbewegung. So beteiligte sich DIE LINKE in Zusammenarbeit mit dem Jugend- und Studierendenverband z.B. an den Global Strikes von Fridays for Future und unterstützte die Proteste des Aktionsbündnis »Ende Gelände« sowie die Protestaktion des Bündnisses »Wir haben es satt« für eine soziale und ökologische Landwirtschaft. (Die jährliche Großdemonstration des Bündnisses wurde aufgrund der zugespitzten Corona-Situation abgesagt.) Den Kreisverbänden wurden verschiedene Print- und Onlinematerialien für eigene Aktivitäten zur Verfügung gestellt.

Arbeitsschwerpunkt LINKE Verkehrswende

Mit dem Aktionsschwerpunkt LINKE Verkehrswende verfolgt DIE LINKE als Teil einer umfassenden sozial-ökologischen Transformation das Ziel, auch den Verkehrssektor und die Mobilität der Menschen sozial und klimagerecht zu gestalten. In diesem Zusammenhang wurden Forderungen nach einem Ausbau des ÖPNV und des Bahnverkehrs, der Re-Kommunalisierung des ÖPNV und die systematische Verbesserung des Nahverkehrs hin zu einem kostenfreien Angebot, sowie die notwendige Konversion der Automobilindustrie bei Schutz der Arbeitsplätze erhoben. Strategisch wurde der Prozess fortgesetzt, der – aufbauend auf den Erfahrungen der Unterstützung der Verdi-Tarifrunde im kommunalen Nahverkehr – eine Brücke schuf zwischen den Kämpfen für gute Arbeit in den Verkehrsbetrieben und für mehr Klimaschutz durch einen flächendeckenden ÖPNV Ausbau.

Gemeinsam mit lokalen Verkehrsinitiativen und bundesweiten Akteur*innen der Klimagerechtigkeitsbewegung gründete DIE LINKE die bundesweite Vernetzung #MobilitätswendeJetzt für eine soziale und klimagerechte Mobilitätswende. Im Jahr 2021 wurde zu zwei dezentralen bundesweiten Aktionstagen aufgerufen und auch im Juni 2022 werden die nächsten gemeinsamen Aktionen geplant. Darüber hinaus wurden die Proteste gegen die Internationale Automobilausstellung (IAA) in München unter anderem mit eigenem Verteilmaterial und einem Demonstrationenauftritt vor Ort unterstützt. Mit dem aufblasbaren »roten Bus« gab es die Möglichkeit für Kreis- und Landesverbände, ein bildstarkes Aktionselement für Aktionen vor Ort auszuleihen. So wurden mit dem »roten Bus« z.B. Landtagswahlkämpfe in den Jahren 2021 und 2022 unterstützt. Auch im Bundestagswahlkampf 2021 war der »rote Bus« an verschiedenen Orten im Einsatz. Aktionen der Kreis- und Landesverbände wurden unter anderem auf der Aktionswebseite www.linke-verkehrswende.de sichtbar gemacht. Die Aktionswebseite wurde außerdem dafür genutzt, neue Aktive für DIE LINKE zu gewinnen, in dem Interessierte Appelle unterstützen konnten gegen die IAA und die drohende Zerschlagung der Bahn durch die Ampel-Koalition. In Planung ist die Kreisverbände darin zu unterstützen, lokale Kampagnen im Themenfeld Mobilität zu initiieren.

Weitere Aktivitäten, Mobilisierungen und Arbeitsvorhaben

- Mobilisierung zum Aktionstag Seenotrettung #unverhandelbar
- Beteiligung an der Hanfparade zur Cannabis-Legalisierung
- Zusammen mit dem Bündnis #Werhatdergibt wurde zu Aktionen #maketherichpay aufgerufen, dafür gab es eigene Mobilisierungen und Aktionspakete
- Aktionswoche "Gerechtigkeit jetzt!"
- Demonstration "Solidarisch geht anders! - Gerechtigkeit jetzt!"
- Vorbereitung Mitgliederentscheid Bedingungsloses Grundeinkommen

Bündnisarbeit und Vernetzung

Die Bundespartei arbeitet nach Beschlüssen des Parteivorstandes in folgenden Bündnissen mit und unterstützt diese inhaltlich und teilweise auch finanziell: Aufstehen gegen Rassismus, Bündnis Umfairteilen, Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung, Bündnis gerechter Welthandel (TTIP, Ceta), Wohnen ist Menschenrecht, Housing for All, Deutsche Wohnen und Co enteignen, #unteilbar und #welcome United.

Bestehende Vernetzungen wie der »Bewegungsratschlag« wurden fortgesetzt. Im Bewegungsratschlag kamen Aktive aus unterschiedlichen Bewegungen und der engagierten Zivilgesellschaft mit den Parteivorsitzenden und anderen Mitgliedern des Parteivorstandes zusammen. Die Gespräche dienten dem Austausch über strategische Einschätzungen und Pläne. Neben regelmäßig teilnehmenden Gruppen, Organisationen und Verbänden bzw. ihren Vertreter*innen wechselte die Zusammensetzung z.T. mit dem thematischen Schwerpunkt. Themen der Gespräche waren unter großer Beteiligung die Frage »Wie weiter für soziale Bewegungen und LINKE nach der Bundestagswahl?« Ferner gab es eine kurzfristig einberufene kleinere Runde zum russischen Krieg gegen die Ukraine und den politischen Konsequenzen für Zivilgesellschaft und Friedensbewegung hierzulande.

Zur Weiterentwicklung der Positionen der LINKEN fanden verschiedene Fachgespräche mit externen Expert*innen, Parteivorstandsmitgliedern, Abgeordneten und befreundeten Gruppen und Organisationen statt (online und offline). Dazu gehörten Beratungen mit Sozialverbänden und Gewerkschafter*innen zur Besteuerung von Reichtum und Vermögen. Außerdem fanden Strategieberatungen mit Gewerkschafter*innen, Betriebsrät*innen und Aktiven aus der Pflege, sowie Fachleuten und Vertreter*innen von befreundeten Bündnissen und Organisationen (Verein Demokratischer Ärztinnen und Ärzte, Krankenhaus statt Fabrik, Ver.di u.a. Pflegebündnisse) statt.

Feministische Politik

Die neu gewählten und für feministische Politik im Parteivorstand zuständigen Frauen* führten nach der Bundestagswahl gemeinsam mit dem frauenpolitischen Bereich der Bundestagsfraktion eine strategische Debatte und verständigten sich auf ein Papier »Feminismus für die 99% - Zu den Aufgaben der LINKEN in der anstehenden Legislaturperiode«, welches der Parteivorstand im Januar 2022 beschloss. Zur Unterstützung der feministischen Arbeit der Partei gehören der monatlich erscheinende Gendernewsletter und die Facebook-Seite LINKE Frauen- und Genderpolitik. Die für feministische Politik zuständigen Frauen* bearbeiteten und beteiligten sich an jährlich wiederkehrenden Veranstaltungen: Demonstrationen zum Frauenkampftag, Beteiligung am Frauen*Streik, Equal Pay Day, Frauenplenum beim Parteitag und Gegenaktionen gegen den »Marsch für das Leben«. Für den Internationalen Frauentag wurden Öffentlichkeitsmaterialien zur Verfügung gestellt, die an der Basis der Partei sehr aktiv genutzt wurden. Im Rahmen des Frauen*kampftages gab es einen feministischen Aufruf »Aufruf zum Frauenkampftag 2022 Frauen*kampftag: Für Frieden und soziale Gerechtigkeit. Ohne Frieden ist alles nichts! Die Waffen nieder!«, und es wurden die Streiks in den Sozial,- und Erziehungsdiensten mit einem Aufruf und Öffentlichkeitsmaterial unterstützt.

Höhepunkt war eine Veranstaltung in der Reihe SuperTuesday unter dem Motto »Feminismus für die 99%«. Die jährliche Verleihung des Clara-Zetkin-Preises 2021, fand auf Grund der Corona-Pandemie am Rande des Festes der LINKEN statt. Den Preis erhielt das queer-feministische deutsch-polnische Kollektiv »Dziewuchy« für ihren Kampf für legale Schwangerschaftsabbrüche. Ein Ehrenpreis wurde an die in der Türkei inhaftierte kurdische Politikerin Gültan Kışanak verliehen.

2021 wurde der jährliche Gleichstellungsbericht erstellt.

Im Sommer 2021 wurden die Mitglieder des Parteivorstandes mit dem Vorwurf sexueller Übergriffe durch ein Parteimitglied konfrontiert. Der Geschäftsführende Parteivorstand befasste sich damit und ließ sich über die damit verbundenen Maßnahmen im betreffenden Kreisverband informieren. Im Oktober 2021 richtete der Parteivorstand eine Vertrauensgruppe ein, an die sich Betroffene von Übergriffen, Machtmissbrauch oder Diskriminierung innerhalb der Partei DIE LINKE wenden und Beratung und Beistand erfahren können. Die Vertrauensgruppe erfuhr von weiteren Vorwürfen sexueller Übergriffe. Nachdem im April 2022 solche Vorwürfe öffentlich wurden, beschloss der Parteivorstand umgehend

eine Reihe von Maßnahmen, um Sexismus, Grenzüberschreitungen und sexualisierte Gewalt im Parteikontext zu bekämpfen. Es wurde eine externe Expertinnenkommission berufen, eine Satzungsänderung initiiert, in fast allen Landesverbänden wurden Beschlüsse gegen Sexismus und sexuelle Übergriffe gefasst, sowie Vertrauenspersonen oder Awarenessbeauftragte eingesetzt und es wird eine Richtlinie für solidarischen und gewaltfreien Umgang für die Partei erarbeitet.

Politische Bildung

Die bundesweite innerparteiliche Bildungsarbeit wurde vom Bereich Politische Bildung der Bundesgeschäftsstelle in engem Austausch mit der Kommission Politische Bildung entwickelt und organisiert.

Die Arbeit fand unter der besonderen Herausforderung der Corona-Pandemie statt, sodass die Bildungsarbeit weitgehend in den digitalen Raum verlegt werden musste.

Einen Schwerpunkt bildete die Wahlkampf-Bildungsarbeit in Vorbereitung auf die Bundestagswahl und mehrere Landtagswahlen. Die Seminarformate Kandidat*innen-Seminar, Wahlkampfleiter*innen-Seminar und ‚Aktiver Wahlkampf vor Ort‘ haben im Zeitraum September 2020 bis August 2021 insgesamt 429 Genoss*innen durch 27 Wahlkampfbildungsangebote (Super Tuesday nicht eingerechnet) erreicht.

Mit Abstand das erfolgreichste Format war der neu entwickelte Super Tuesday, eine Online-Bildungsreihe rund um praktische Wahlkampfunterstützung. Mit 1011 Anmeldungen und 30 Workshops war dies eine der größten Bildungsreihen der Bundesgeschäftsstelle. Durch den großen Erfolg ermuntert findet seit Januar 2022 eine Fortsetzung mit 16 neuen Workshop-Themen rund um den Parteaufbau statt.

Ein kontinuierlicher Schwerpunkt lag bei der Unterstützung der Landesverbände, ihre Bildungsarbeit zu verstetigen und auszubauen. Zwei Online-Sitzungen der Kommission Politische Bildung im Berichtszeitraum und enge Absprachen und Unterstützung der Landes-Bildungsvertreter*innen, sowie diverse Fortbildungsangebote für Teamer*innen dienten diesem Zweck. Diese Anstrengungen sollen durch die Gründung eines bundesweiten Teamer*innen-Netzwerkes im April 2022 (»ZIMT und Zucker«) verstärkt werden.

Ein neuer Schwerpunkt der Bildungsarbeit lag auf der Weiterbildung für Kreisvorstände. In mehreren Bundesländern haben Kreisvorstands-Seminare in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden stattgefunden. Zudem wurde ein Teamer*innen-Arbeitskreis gegründet, deren Ziel eine Multiplikator*innenausbildung ist. Das Prinzip »Team the Teamer« ist somit feste Säule der politischen Bildungsarbeit der Bundesgeschäftsstelle.

Ein weiteres Thema lag auf der organisierenden Bildungsarbeit. Ein Online-Organizing-Seminar hat das Ziel, Kreisverbände interventionsfähig bei lokalen Konflikten zu machen und den sozialen Radius ihrer Aktivitäten zu erweitern. Eine Online-Neumitglieder-Multiplikator*innenausbildung (»Was ist und was will DIE LINKE?«) hatte das Ziel, die Neumitgliederarbeit in den Landesverbänden zu verbessern.

Die Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung konnte verbessert werden.

Satzungskommission

2021 wurde vom Parteivorstand erneut eine bundesweite Satzungskommission eingesetzt. Vertreten waren die Landesverbände, die bundesweiten Zusammenschlüsse, Mitglieder des Parteivorstandes und Mitarbeiter*innen der Bundesgeschäftsstelle. Für den Bundesparteitag 2022 wurden eine Reihe von Vorschlägen erarbeitet, welche vom Parteivorstand als satzungsändernde Anträge an den Parteitag eingereicht wurden.

Organisierung in sozialen Brennpunkten

Die Projektphase »Modellprojekte für LINKE Organisierung in sozialen Brennpunkten« endete im April 2020. Im Berichtszeitraum wurden der Abschlussbericht und der im Projekt entstandene Film weiter in Seminaren, Workshops und Veranstaltungen eingesetzt. Aus den Erfahrungen entstanden einige Konzepte der Parteientwicklung für die Gliederungen, deren Ausweitung soll der nächste Schritt sein. Zudem wurde der organisierende Ansatz Teil der Wahlstrategie zur Bundestagswahl und Grundlage

des Haustürwahlkampfes. Die Erfahrungen daraus flossen sowohl in »Politik jenseits der Metropolen«, als auch in den Leitantrag für den Bundesparteitag ein. Am 5. und 6. November 2021 fand eine große Aktionskonferenz »Wie weiter mit Organizing und Haustürarbeit nach der Bundestagswahl?« statt, an der Genoss*innen aus über 100 Gliederungen der LINKEN teilnahmen. Seit den Modellprojekten gibt es kontinuierlich mehr Nachfrage nach Beratung zum Thema Organizing aus Kreisverbänden, die vom Bereich Kampagnen und Parteientwicklung in der Bundesgeschäftsstelle beantwortet werden.

Veranstaltungen und Aktionen

Fest der Linken

Das »Fest der Linken« fand 2021, wie schon im vorherigen Jahr, in digitaler Form statt. Diskussionsrunden, Live-Talks, Konzerte und die Verleihung des Clara-Zetkin-Frauenpreises sorgten für ein buntes und kompaktes Programm. 2022 fand kein »Fest der Linken« statt.

Jahresauftakte

Aufgrund unsicherer Verordnungen unter Pandemiebedingungen fand 2021 kein Jahresauftakt in Präsenz statt. Im Jahr 2022 wurde der Jahresauftakt am 15. Januar digital durchgeführt und per Livestream übertragen. Bundespräsidentenskandidat Gerhard Trabert eröffnete durch ein Grußwort die Veranstaltung. Ihm folgten Beiträge von dem Gast John McDonnell (Labour Party) und den Parteivorsitzenden Susanne Hennig-Wellsow und Janine Wissler.

Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenzen

Am 17. und 18. April 2021 fand die Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz auf Grund des Lock-downs online statt. Schwerpunkt war die gemeinsame Vorbereitung der Bundestagswahl. Teilgenommen haben 135 Kreisvorsitzende, Wahlkampfleitungen und Kampagnenverantwortliche.

Inhaltlich wurden folgende Workshops angeboten: Wahlkampf in Coronazeiten; Haustürwahlkampf; Offene Wahlkampftreffen; Linksaktiv; die LINKE (Wahlkampf) App; Storytelling – eine linke Geschichte; Organizing in der Nachbarschaft in Wahlkampfzeiten.

Die nächste Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz ist als Unterstützungskonferenz für die Landtagswahlen in Niedersachsen in Planung.

Weitere Veranstaltungen

Der Parteivorstand beteiligte sich wie in jedem Jahr am traditionellen Gedenken an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am zweiten Januar-Wochenende.

Der Parteivorstand beschloss am 12.12.2021 – entsprechend einem früheren Parteitagsbeschluss – einen Mitgliederentscheid zum Bedingungslosen Grundeinkommen durchzuführen. Zur Vorbereitung des Mitgliederentscheides wurden bereits vier Veranstaltungen durchgeführt, fünf weitere befinden sich in der Planung, sie wurden und werden von einer inhaltlichen Broschüre begleitet. Für regionale Veranstaltungen wurde ein Referent*innenpool erstellt.

Partei- und Mitgliederentwicklung 2021-2022

I Fakten zur Mitglieder- und Parteientwicklung

a) Mitgliederentwicklung

DIE LINKE hatte zum 31.03.2022 59.207 Mitglieder, ein Minus 1160 Personen gegenüber dem 31. Dezember 2020. Die Frauenquote ist mit 36,8 Prozent um 0,4 Prozent gewachsen. Die Entwicklung verlief bundesweit uneinheitlich, stärkste Verluste waren im ersten Quartal 2022 in allen Landesverbänden zu verzeichnen. Die Landesverbände im Westen und Berlin verzeichnen eine positive Entwicklung, die Landesverbände im Osten und im Saarland verzeichnen eine negative Entwicklung. Der Anteil von unter 35-jährigen Mitgliedern stieg von 27 Prozent auf 31 Prozent der Mitgliedschaft. Bei den

Neumitgliedern liegt der Anteil von unter 35-jährigen bei 74 Prozent, bei den Austritten bei 64 Prozent, damit verjüngt sich die Mitgliedschaft weiter deutlich.

b) Kreisverbände

Im Berichtszeitraum veränderte sich die Zahl der Kreisverbände von 341 auf 348. Dahinter stehen Neuaufteilungen zum Zweck der Verbesserung der formalen Arbeitsfähigkeit in der Fläche. Gerade in den westdeutschen Flächenländern ist die Mitgliederdichte nicht hoch genug, um in allen Landkreisen über eigenständige Strukturen verfügen zu können. Regionalkreisverbände aus mehreren Landkreisen bieten dort eine bessere Möglichkeit des Parteaufbaus. Ziel ist dort, in der Fläche über den Aufbau von Ortsverbänden von unten strukturbildend zu wirken um eigenständige Kreisverbände entlang der Landkreise bilden zu können, was im Berichtszeitraum in sieben Kreisverbänden passierte.

c) Zusammenschlüsse

Im Berichtszeitraum blieb die Anzahl der bundesweiten Zusammenschlüsse mit 27 konstant. Dazu kommen weitere 18 Zusammenschlüsse, die beim Parteivorstand gemeldet sind, aber nicht die Kriterien für die Bezeichnung »bundesweit« erfüllen. Die Arbeit der Zusammenschlüsse wird vom Parteivorstand mit einem eigenen Budget unterstützt, erfolgt sonst aber politisch selbständig.

d) Jugend- und Studierendenverband

Zum 10.5.2022 betrug die Zahl der Mitglieder des Jugendverbandes der Partei 8.220. Im Jahr 2020 waren es 6.762 Mitglieder. Der Nettozuwachs betrug im vergangenen Jahr ca. 15 Prozent, damit war unser Wachstum ca. dreimal höher als in den vergangenen Jahren. Von den knapp 1900 Neumitgliedern, welche letztes Jahr hinzugekommen sind, gaben ca. 30 Prozent an auch Mitglied der LINKEN zu sein. Der Frauenanteil lag bei den Neumitgliedern bei 41 Prozent womit der Anteil insgesamt auf 34 Prozent im Jugendverband gesteigert wurde.

In diesen Zahlen nicht enthalten sind passive Mitglieder des Jugendverbandes, das heißt junge Mitglieder der Partei, die ihre Mitgliedschaft im Jugendverband nicht aktiviert haben.

Auch der Studierendenverband DIE LINKE.SDS konnte weiter Zuwachs verzeichnen. Die Zahl der Hochschulgruppen hat sich im Berichtszeitraum von 61 auf 65 Gruppen erhöht. Die Zahl der Mitglieder stieg im Studierendenverband von 626 auf 1003 an.

II konkrete Maßnahmen der Partei- und Mitgliederentwicklung

a) Maßnahmen der Mitgliedergewinnung und -beteiligung:

Die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Gewinnung neuer Mitglieder, sowie zur Verbesserung der Mitgliederkommunikation und -beteiligung mit speziellem Fokus auf die Bundestagswahl gehörten im Berichtszeitraum zu den organisationspolitischen Schwerpunkten. Wichtig war dabei die Unterstützung der Verantwortlichen für die Mitgliederarbeit in den Landes- und Kreisverbänden und den Wahlkreisen, sowie der Austausch mit und zwischen den Verantwortlichen der verschiedenen Gliederungsebenen unserer Partei.

Im Mai 2021 wurde eine Mitgliederoffensive beschlossen, die sich in vier Schwerpunkte gliedert:

Kommunikation – Top-Thema Mitgliederarbeit- und Entwicklung; Wachstum organisieren; Mitgliederwerber*innen / Mitglieder werben Mitglieder; Mitgliederwerbung im Wahlkampf

Die Mitgliederoffensive wurde zusammen mit den Gliederungen und den Wahlkämpfer*innen in den Wahlkreisen umgesetzt. Während der Bundestagswahlkampagne konnten in den Monaten Juli, August und September 2021 insgesamt rund 2800 Mitglieder gewonnen werden.

Die bundesweite Koordinierungsgruppe für Mitgliederentwicklung, in der die Mitgliederarbeit der Landesverbände und des Bereichs Kampagnen und Parteientwicklung der Bundesgeschäftsstelle koordiniert wird, wurde weitergeführt und trifft sich seit 2020 online. Gemeinsam wurden die unterschiedlichen Tendenzen in der Mitgliederentwicklung diskutiert, konkrete Konzepte und Materialien für die

praktische Arbeit vor Ort ausgetauscht, sowie Vorschläge für eine Mitgliederoffensive vorgestellt und diskutiert.

Der »Tag der Mitgliederverantwortlichen«, das seit 2012 stattfindende bundesweite Treffen der Mitgliederverantwortlichen und an Mitgliederarbeit Interessierten der Kreisverbände, findet seit 2020 online statt, für 2022 ist wieder ein Präsenz-Treffen geplant. Das eintägige Treffen umfasst den Erfahrungsaustausch und Workshops zur Weiterqualifizierung der praktischen Arbeit vor Ort.

Neu eingeführt wurden die regelmäßigen bundesweiten Mitglieder-Videokonferenzen mit der Parteispitze an denen regelmäßig 500-650 Mitglieder teilnehmen sowie der Mitgliederbrief der Bundespartei, der zweimal jährlich in gedruckter Form an die Mitglieder geht.

Im Dezember 2021 fand eine bundesweite Mitgliederbefragung statt. Die Ergebnisse sind in die Diskussion und in die Leitanträge zum Bundesparteitag eingeflossen und werden nun für die Landes- und Kreisverbände aufbereitet.

b) Linksaktiv - Maßnahmen zur Aktivierung und Beteiligung von Unterstützerinnen und Unterstützern

Das Netzwerk Linksaktiv wuchs von rund 21.000 auf 23.811 Kontakte an, davon sind ca. ein Drittel Mitglieder der LINKEN. Im Berichtszeitraum lag der Schwerpunkt auf der Bundestagswahl. Die Kampagnen und Arbeitsschwerpunkten standen im Zentrum der Arbeit mit dem Netzwerk. Für die zukünftige Arbeit werden Linksaktiv, Kampagnen, organisierende Arbeit und die neue APP www.die-linke.app zusammengebracht.

c) LINKE.APP

Im Rahmen der Bundestagswahl 2021 wurde eine eigene APP für DIE LINKE entwickelt, mit ihr lassen sich alle Wahlkampfaktivitäten vor Ort, Veranstaltungen, Plakatieren, Infostände und vor allem die direkte Ansprache an den Haustüren, planen, grafisch darstellen und neue Aktive direkt einbinden. Sie ist in den APP- bzw. Play- Stores downloadbar und über www.die-linke.app zu erreichen. Für den Wahlkampf ist sie vollständig einsetzbar. Die APP wird schrittweise weiterentwickelt und soll auch jenseits der Wahlkämpfe für die Arbeit der Landes-, Kreis- und Ortsverbände genutzt werden. Zusätzlich dient sie der Vernetzung und Aktivierung neuer Mitglieder in der Fläche.

d) Aufsuchende organisierende Arbeit

Im Berichtszeitraum wurden Arbeitsmethoden und Elemente des Transformativ/Community Organizing und des Canvassings für DIE LINKE und ihre Wahlkämpfe nutzbar gemacht. Gleichzeitig wurde ein Netzwerk von Aktiven innerhalb der und um DIE LINKE geschaffen, welches diese Methoden auch in der politischen Praxis der Partei zur Anwendung bringt. Mittlerweile finden jährlich zwei bundesweite Organizing-Seminare statt.

Im Berichtszeitraum lag der Schwerpunkt auf der Vorbereitung der Bundestagswahlkampagne und deren Durchführung mit dem Arbeitsschwerpunkt Organisierung durch Haustürwahlkampf. Schwerpunkte waren Seminare und Praxiseinsätze, sowie der Haustürwahlkampf zur Bundestagswahl, sowie in den danach folgenden Landtags- und Kommunalwahlen.

Insgesamt wurden im Berichtszeitraum 110 Workshops und Praxiseinsätze durchgeführt. Beteiligt haben sich daran 2.175 Genoss*innen aber auch Nichtmitglieder, rund 2.200 Aktive haben im direkten Gespräch an der Haustür Erfahrung gesammelt. In 250 Kreisverbänden / Bundestagswahlkreisen gibt es Koordinator*innen für die Haustürarbeit.

Das Projekt »LINKE Politik jenseits der Metropolen«, in dem gerade für ländlichere Kreisverbände die Erfahrungen aus dem Organizing für die Parteientwicklung nutzbar gemacht wird, ging in die erste Umsetzung. Hier sind nach der Bundestagswahl die ersten Pilotprojekte angelaufen.

e) »DIE LINKE hilft«

Die Vernetzung und Unterstützung von Beratungsangeboten (in erster Linie Sozial- und Mietrechtsberatung) der Partei und ihres Umfeldes wurde unter dem Titel »DIE LINKE hilft« im Berichtszeitraum

fortgesetzt. Die vorhandenen Sozialberatungsangebote der Partei, ihrer Abgeordneten und kooperierenden Einrichtungen können weiter über ein zentrales Portal erreicht werden (<https://www.die-linke.de/partei/die-linke-hilft/>). Eine umfassende Aktualisierung der Beratungsangebote ist derzeit in Vorbereitung. Während der Corona-Pandemie wurden die Beratungen darum gebeten, auf telefonische Angebote umzustellen. Das im Vorjahr erschienene Handbuch »DIE LINKE hilft – beraten.organisieren.kämpfen« kann digital und gedruckt in der Bundesgeschäftsstelle bestellt werden.

f) Inklusion / Barrierefreiheit

Die Arbeit mit dem Teilhabekonzept der Partei, mit dem eine inklusive und barrierearme Parteilarbeit angestrebt wird, wurde durch Margit Glasow als Inklusionsbeauftragter und der Arbeitsgruppe Teilhabe (mit Vertreter*innen aus Landesvorständen und der Bundesgeschäftsstelle) fortgesetzt. Es wurden wieder Preise für barrierefreie oder -arme Geschäftsstellen ausgelobt und vergeben.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der LINKEN

Auf der Webseite www.die-linke.de informierte der Parteivorstand ausführlich und tagesaktuell über die Positionen und Aktionen der Partei. Themenspezifische Informationen, Publikationen, Presseerklärungen und Positionspapiere sind hier abrufbar. Die Website lädt zum (Mit-)Machen ein. Im Berichtszeitraum hatte die Website durchschnittlich 5.600 Besucher*innen pro Tag. Während der Bundestagswahlkampagne 2021 (Mitte Juli 2021 bis zum Wahltag) informierten sich fast 1,38 Millionen Besucher*innen über unsere Website. Die durchschnittlichen Besucher*innenzahlen zum Vergleichszeitraum 2019 bis 2021 haben sich damit verdoppelt. Dieser Effekt ist aber vor allem auf das Interesse an unseren Positionen während des Bundestagswahlkampfes zurückzuführen.

Neben der zentralen Website der Bundespartei (www.die-linke.de) werden zahlreiche kleinere Websites betrieben und betreut. So z. B. der Blog international.die-linke.de sowie die Kampagnen-Websites pflegenotstand-stoppen.de (über 120 Besucher*innen täglich) und miete-bezahlbar.de (ca. 50 Besucher*innen täglich).

Über das vom Parteivorstand angebotene LINKE CMS (LCMS) werden ca. 150 weitere Websites betrieben – zum überwiegenden Teil Websites von Untergliederungen. Rechnet man die Seiten dazu, die von eigenständigen Installationen des LCMS von Landesverbänden und Fraktionen betrieben werden, kommen noch einmal 450 weitere Websites hinzu.

Unser Online-Mitgliedermagazin *links bewegt* (www.links-bewegt.de) erreicht gegenwärtig durchschnittlich rund 220 Besucher*innen täglich. *Links bewegt* hat den Anspruch, über alle wesentlichen Ereignisse in und mit der Partei (Bundesparteitage, Kampagne, außerparlamentarische Aktivitäten, Kommunalpolitik, Landtags- und Kommunalwahlen ...) ausführlich und in unterschiedlichen journalistischen Formaten zu berichten. Gleichzeitig ist es eine Diskussionsplattform für Mitglieder. Gerade bei der Auswertung der Bundestagswahl (über 30 Beiträge) und bei der Diskussion über unsere friedenspolitischen Positionen zum Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine (knapp 30 Beiträge) etablierte sich *LINKSBEWEGT* zum zentralen Ort der innerparteilichen Debatte.

Der wöchentliche Newsletter wird gegenwärtig an etwa 32.000 Abonnent*innen (+ 28 Prozent gegenüber dem letzten Berichtszeitraum) verschickt. Weil viele E-Mail-Programme eine statistische Auswertung der Öffnung unterbinden, gibt es keine präzise Angabe über die Öffnungsrate, geschätzt liegt diese bei 15 bis 20 Prozent. Zu besonderen Anlässen werden Sondernewsletter verschickt. Zudem gibt es den Kommunalpolitischen Newsletter mit 6.000 Abonnent*innen, einen Newsletter zur Bildungsarbeit mit über 1700, den Newsletter Bildungsarbeit mit rund 800 sowie den Frauen- und Gender-Newsletter mit rund 1.150 Abonnent*innen.

Für die Öffentlichkeitsarbeit des Parteivorstandes sind die sozialen Medien ein integraler Bestandteil. Im Berichtszeitraum war DIE LINKE auf folgenden Plattformen aktiv vertreten: YouTube, Facebook, Flickr (mit ca. 14.000 Aufnahmen für die freie Nachnutzung) (+ 14 Prozent), Twitter, Instagram und Telegram. DIE LINKE informierte dort direkt, unmittelbar und aktuell.

Facebook- oder Instagram-Posts erhielten in der Regel mehrere Hundert (in seltenen Fällen auch über Tausend) Kommentare. Die Diskussionen werden moderiert und Fragen beantwortet.

Insgesamt hat DIE LINKE in den sozialen Netzwerken mehr als eine halbe Million direkte Kontakte:

- Twitter: 348.000 (+ 48.000)
- Facebook: 245.000 (- 8.000)
- Instagram: 121.000 (+ 33.000)
- YouTube: 27.400 (+ 6.400)
- Telegram: 9.400 (+ 4.600)

Damit werden monatlich weit über eine Million Personen erreicht. Im Berichtszeitraum hat sich vor allem Instagram neben Facebook und Twitter zu einem dritten wichtigen Kanal entwickelt, über den insbesondere jüngere Menschen unter 35 Jahren erreicht wurden und werden.

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 182 Videos und Livestreams auf dem YouTube-Kanal des Parteivorstandes veröffentlicht. Die Videos erzielten dabei über 1,4 Millionen Aufrufe. Darunter Videos für den Parteitag, Wahlkampfvideos und Wahlprogrammvideos. Zudem wurde ein Talk mit den Parteivorsitzenden und zugeschalteten Gästen zum Internationalen Frauentag am 8. März 2021 produziert, die Konferenz »No Paseran« im März 2022 übertragen, das Bildungsformat »Aufmischen« zu linker Klimapolitik produziert und verschiedene Videos für unseren Präsidentschaftskandidaten Gerhard Trabert erstellt.

Zweimal im Berichtszeitraum wurden Workshops zu politischer Kommunikation zu den Themen Social Media, Fotografie, Textarbeit und Videoerstellung im Rahmen der Reihe »Super Tuesday« angeboten und durchgeführt.

Zur Vertiefung sei an dieser Stelle auf den Bericht zur Öffentlichkeitsarbeit zur Bundestagswahl 2021 verwiesen.

Sharepic-Generator

Im Rahmen der Bundestagswahl wurde ein Sharepic-Generator eingerichtet. Dieser ist für Administrator*innen von Social-Media-Kanälen der Partei und in den sozialen Medien aktive Mitglieder nutzbar. Die Zugangsberechtigungen werden von den Landesgeschäftsstellen erteilt. Bisher haben sich rund 1.000 User*innen bei unserem Sharepic-generator registriert.

Printmaterial

Im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes erschien das Mitgliedermagazin »Links bewegt« erstmals als Printmagazin. Auf den 24 Hochglanzseiten wurden den Mitgliedern die Spitzenkandidierenden vorgestellt, zentrale Wahlkampfthemen kommuniziert und wahlkampfpraktische Beiträge veröffentlicht. Die Ausgabe diente vor allem der Aktivierung und Motivation der Mitglieder, sowie der vertieften Identifizierung mit Inhalten und Spitzenpersonal der Partei.

Im Berichtszeitraum wurden Druckerzeugnisse und Vorlagen zu verschiedenen Themen und Anlässen produziert:

- Internationaler Frauentag
- Ostermarsch
- Klimastreik
- 1. Mai

Ein besonderer Schwerpunkt lag 2022 auf Materialien zum Ukrainekrieg. Hier wurden in kürzester Zeit diverse Flyer, Kopiervorlagen, Plakate, Banner sowie Social-Media- und Website-Motive entwickelt und fortlaufend aktualisiert.

Der Mitgliederbrief erschien zweimal im Berichtszeitraum. Die angestrebte Erhöhung des Spendenaufkommens konnte dadurch erreicht werden. Korrespondierend wurde das Mailing zum Versand der Spendenbescheinigungen überarbeitet und aufgewertet.

Bürger*innendialog

Monatlich wurden ca. 600 bis 800 Emails und bis zu 100 Briefe und Materialanfragen beantwortet sowie 300 Anrufe von Bürger*innen angenommen. Die Bürger interessierte insbesondere die Themenfelder Corona / Impfpflicht, Koalitionsbildung, Friedenspolitik und unsere Position zur Bundestagswahl sowie zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Buches »Die Selbstgerechten«, die von Sahra Wagenknecht geäußerten Thesen über die Partei und die gesellschaftliche Linke. Aufgrund der Corona-Pandemie wurden in diesem Berichtszeitraum keine Besuchergruppen im Karl-Liebknecht-Haus empfangen.

Pressearbeit

Wesentliches Ziel der Außenkommunikation der Partei DIE LINKE ist das Erreichen einer möglichst großen Öffentlichkeit, das Vermitteln eines positiven Bildes der Partei in der Öffentlichkeit und das Mitwirken an der öffentlichen Meinungsbildung zu für die Partei relevanten Themen.

Praktisch täglich wurden mehrere Stellungnahmen von Mitgliedern der Parteispitze an die Presse übermittelt. Wöchentlich fanden Pressekonferenzen statt. Darüber hinaus wurden initiativ inhaltliche Vorschläge in Medien platziert.

Die Initiativen, Kampagnen und Termine der Partei, wie z.B. Bundesparteitage und Wahlen wurden durch eine aktive Kommunikation mit den Medien begleitet, um eine möglichst umfangreiche und positive Berichterstattung zu erreichen. Zudem waren kommunikativ schwierige Ereignisse (Russlands Überfall auf die Ukraine, Sitzungsbericht des Ältestenrats, Sexismus und sexuelle Übergriffe in der Partei und der Rücktritt der Parteivorsitzenden Susanne Hennig-Wellsow) durch eine abgestimmte und professionelle Krisenkommunikation zu bewältigen.

DIE LINKE International

Die internationalen Entwicklungen im Berichtszeitraum waren komplex und vielfältig. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zieht vielerlei Konsequenzen nach sich. Auch der fortgesetzte Krieg im Jemen und anhaltende Gewalt gegen Kurdinnen und Kurden, Jesidinnen und Jesiden und weitere Konflikte machen die angespannte Weltlage mehr als deutlich. Der Parteivorstand hat sich deshalb in verschiedenen Formaten und Zusammenhängen an Initiativen und Konferenzen beteiligt, die sich der Friedensfrage widmeten, so beispielsweise die Friedenskonferenz von EH Bildu im baskischen Guernica oder ein Treffen mit mittel- und osteuropäischen Parteien in Warschau auf Einladung von Razem.

Obwohl die Pandemie im Berichtszeitraum die Anzahl persönlicher Begegnungen im internationalen Umfeld einschränkte, lag weiterhin ein Hauptaugenmerk auf der Pflege und Entwicklung der internationalen Beziehungen und der Festigung des internationalistischen Charakters der Partei. In verschiedenen Online-Formaten gab es unter anderem Beteiligung an internationalen Konferenzen der PLM aus den Philippinen, der PSM aus Malaysia und der KP des Irak. Der Parteivorstand beteiligte sich an der WOMXN-Unite 2.0 Konferenz, bei der Frauen aus linken und progressiven Parteien und Bewegungen zur Stärkung der feministischen Arbeit zusammenkamen.

Die Parteivorsitzenden trafen im Rahmen eines Parteiendialogs mit der Kommunistischen Partei Vietnams auf Le Hoai Trung, Mitglied des ZK und Vorsitzender der Kommission für externe Angelegenheiten, sie sprachen mit Peter Mertens und Marc Botenga von der belgischen Partei der Arbeit, Susanne Hennig-Wellsow kam in Berlin mit Alexis Tsipras zusammen. Janine Wissler traf den kubanischen Botschafter Ramon Ripoll Diaz, sowie Swetlana Tichanowskaja aus Belarus.

Ein Highlight war die gemeinsam mit der Partei der Europäischen Linken (EL) durchgeführte internationale Konferenz No Pasaran in Berlin, wo sich über 300 online und offline Teilnehmende zu Antifaschismus und Rassismus verständigten.

Der Parteivorstand entsandte eine Delegation zum 5. Europäischen Forum in Brüssel, welches von der EL mitorganisiert wurde. Mitglieder der Partei nahmen an Seminaren der Sommeruniversität der EL teil, die aufgrund der Pandemie nur virtuell stattfinden konnte.

Die Situation in der Westsahara war Gegenstand der Diskussion in der Internationalen Kommission. Es fand ein regelmäßiger Austausch mit der Frente Polisario dazu statt, unter anderem durch Ali Al-Dailami und Jörg Schindler. Ebenfalls im Fokus der Arbeit die Situation der Kurdinnen und Kurden in der Türkei. Mit der HDP wurden zahlreiche Gespräche geführt, unter anderem von Susanne Hennig-Wellsow und Jörg Schindler.

Im Zuge der Flucht von Ukrainerinnen und Ukrainern vor dem Krieg unternahm der Parteivorstand eine Reise an die polnisch-ukrainische Grenze, um Hilfsgüter zu bringen und ukrainische Familien die sichere Weiterreise nach Deutschland zu ermöglichen.

Heinz Bierbaum traf als Präsident der EL und als Vorsitzender der Internationalen Kommission unter anderem mit folgenden Persönlichkeiten zusammen: Miguel Diaz-Canel, Lula da Silva, Monica Valente, Jean-Luc Mélenchon, Fabien Roussel, Jeremy Corbyn, Caterina Martins, Ione Belarra, Alexis Tsipras, Rafael Correa, Katerina Konecna,

DIE LINKE war im Berichtszeitraum unter anderem bei folgenden Parteitag, Konferenzen und Ereignissen vertreten: Rifondazione Comunista (Italien), SYRIZA (Griechenland), Rot-Grüne Einheitsliste (Dänemark), Linksbund (Finnland), Linkspartei (Iran), KSCM (Tschechien), Kommunistische Partei Kubas Democratic Socialists of America (DSA), Linksbund (Portugal), Podemos (Spanien), Razem (Polen). DIE LINKE beteiligte sich an den internationalen Pressefesten, sofern diese in Zeiten der Pandemie stattfanden.

Die Internationale Kommission traf sich in regelmäßigen Abständen und tauschte sich zu einer großen Anzahl internationaler Themen aus und bereitete Parteivorstandsbeschlüsse vor. Über die internationale Arbeit der LINKEN wird in einem Blog DIE LINKE. International, mit einem englischsprachigen Newsletter und mit einer deutsch/englischen Facebook-Seite über informiert. Während der letzten Monate wurden verschiedene Online-Diskussionsformate durchgeführt, beispielsweise zur Entwicklung Brasiliens oder zur Frage der globalen Impfgerechtigkeit mit Beiträgen aus Südafrika, Argentinien und Europa. Es wurden Fachgespräche zu internationalen Themen durchgeführt, so eines zum Einsatz der Bundeswehr in Mali. Die Solidaritätsarbeit der BAG Cuba Sí wurde wie in den Vorjahren personell und materiell unterstützt.

Zur finanzpolitischen Arbeit des Parteivorstandes

Im Berichtszeitraum hat der Parteivorstand auf der Grundlage des Parteiengesetzes und der Bundesfinanzordnung öffentlich Rechenschaft über die Herkunft und die Verwendung der Mittel, sowie über das Vermögen der Partei für die Jahre 2019 und 2020 gelegt. Beide Rechenschaftsberichte wurden fristgemäß durch den Bundesschatzmeister im Auftrag des Parteivorstandes, versehen mit dem uneingeschränkten Testat des Wirtschaftsprüfers, beim Präsidenten des Deutschen Bundestages eingereicht. Die Rechenschaftsberichte der Partei sind im Internet unter <https://www.die-linke.de/partei/ueber-uns/finanzen/rechenschaftsberichte/> veröffentlicht. Gegenwärtig wird die Rechenschaftslegung der Partei für das Kalenderjahr 2021 erarbeitet.

Anhand der Ergebnisse der Rechenschaftslegung 2020 lassen sich gegenüber 2019 folgende Entwicklungen erkennen:

Die Gesamteinnahmen der Partei betragen im Jahr 2020 33.684 T€ und waren damit um 530 T€ niedriger als 2019. Zwar stiegen unter anderem die Einnahmen aus Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträgen um insgesamt 438 T€, doch konnte dadurch beispielsweise der Rückgang der Spendeneinnahmen in Höhe von 356 T€, der Einnahmen aus staatlichen Mittel in Höhe von 221 T€ oder der sonstigen Einnahmen in Höhe von 249 T€ nicht ausgeglichen werden. Bezüglich der rückläufigen Spendeneinnahmen ist zu berücksichtigen, dass im Rahmen des Wahlkampfes zum Europaparlament eine zentrale Spendenkampagne durchgeführt wurde, die zu Spendeneinnahmen in Höhe von 229 T€ geführt hat.

Die Ausgaben haben sich 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 7.332 T€ auf 26.908 T€ vermindert. Dieser Rückgang beruht vor allem auf den um 744 T€ niedrigeren Ausgaben für allgemeine politische Arbeit und den um 6.952 T€ niedrigeren Wahlkampfausgaben.

Der Überschuss betrug im Jahr 2020 insgesamt 6.776 T€. Im Jahr 2019 war dagegen ein Defizit von 25 T€ zu verzeichnen. Der Überschuss dient im Wesentlichen als Grundlage für die Bildung von Rücklagen zur Finanzierung von Europa-, Bundes- und Landtagswahlkämpfen.

Im Jahr 2020 betragen die Einnahmen aus **Mitgliedsbeiträgen** 10.650 T€. Sie sind gegenüber 2019 um 198 T€ gestiegen. Die Mitgliedsbeiträge wurden in 2020 durch 60.350 Mitglieder eingezahlt; das sind 515 Mitglieder weniger als im Vorjahr. In 2021 betrug die Anzahl der Mitglieder 60.862.

Der monatliche Durchschnittsbeitrag je Mitglied ist im Jahr 2020 in der Gesamtpartei um 0,40 € auf 14,71 € gestiegen; in den Landesverbänden der neuen Bundesländer um 0,68 € auf 18,97 € und in den Landesverbänden der alten Bundesländer um 0,33 € auf 10,29 €.

Die **Mandatsträger*innenbeiträge** haben sich 2020 um 239 T€ auf 5.459 T€ erhöht. Davon entfielen auf die Bundesebene 1.244 T€, auf die Landesverbände der neuen Bundesländer 2.158 T€ und auf die Landesverbände der alten Bundesländer 2.057 T€.

Die **Parteispenden**, fast ausschließlich von Mitgliedern sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten, waren 2020 mit 2.418 T€ um 355 T€ niedriger als im Jahr der Wahl des Europaparlaments 2019. DIE LINKE erhält keine Großspenden von Unternehmen. Die Spenden von juristischen Personen betragen in den Rechnungsjahren 2020 2,5 T€ bzw. 2019 0,5 T€ und überstiegen somit nicht einmal 0,01 Prozent der Gesamteinnahmen.

Die **Einnahmen aus staatlichen Mitteln**, die auf der Basis der Zuwendungen an die Partei (Mitgliedsbeiträge, Mandatsträger*innenbeiträge und Spenden) und der erzielten Wählerstimmen festgesetzt werden, betragen 2020 14.172 T€ gegenüber 14.393 T€ im Jahr 2019. Gemäß Festsetzung des Präsidenten des Deutschen Bundestages für das Jahr 2021 betragen die staatlichen Mittel für DIE LINKE insgesamt 12.598 T€; das sind 1.574 T€ weniger als für 2020.

In den staatlichen Mitteln sind für das Jahr 2020 1.838 T€ und für das Jahr 2021 1.634 T€ enthalten, die auf der Erhöhung der Obergrenze für die Parteienfinanzierung beruhen. Gegen die Erhöhung der Obergrenze und damit die Erhöhung der Parteienfinanzierung klagen die Bundestagsabgeordneten der Fraktionen DIE LINKE., Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Die finanziellen Mittel stehen daher unter dem Vorbehalt der Rückzahlung.

Das **Reinvermögen** der Partei wies per 31. Dezember 2020 eine Höhe von 45.344 T€ aus; davon 24.328 T€ im Parteivorstand und 21.016 T€ in den Landesverbänden. Es hat sich insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 6.776 T€ erhöht. Vom gesamten Vermögen betrafen 32.149 T€ die Geldbestände der Partei, darunter 14.688 T€ beim Parteivorstand und 17.461 T€ in den Landesverbänden. In dem Geldvermögen, das dem Parteivorstand zuzurechnen ist, sind zum 31.12.2020 staatliche Mittel in Höhe von 5.573 T€ enthalten, die auf die Erhöhung der absoluten Obergrenze der Parteienfinanzierung entfallen. Da über die Verfassungsklage gegen die Erhöhung der Parteienfinanzierung noch nicht entschieden wurde, stehen diese Mittel unter dem Vorbehalt der Rückzahlung und folglich aktuell für die Parteiarbeit nicht zur Verfügung.

Zur Finanzierung von Landtagswahlkämpfen im Jahr 2020 wurden aus dem **zentralen Wahlkampffonds** auf Beschluss des Parteivorstandes mit Zustimmung des Bundesfinanzrates insgesamt Mittel in Höhe von 982 T€ für nachstehende Landesverbände bereitgestellt:

Baden-Württemberg	282 T€
Hamburg	250 T€
Mecklenburg-Vorpommern	50 T€
Rheinland- Pfalz	400 T€

Im Jahr 2021 sind aus dem zentralen Wahlkampffonds zur Finanzierung von Landtags- und Abgeordnetenhauswahlkämpfen auf Beschluss des Parteivorstandes mit Zustimmung des Bundesfinanzrates

insgesamt 2.122 T€ den nachstehenden Landesverbänden in folgender Höhe zur Verfügung gestellt worden:

Baden-Württemberg	281 T€
Berlin	681 T€
Mecklenburg-Vorpommern	310 T€
Niedersachsen	30 T€
Nordrhein-Westfalen	200 T€
Sachsen-Anhalt	400 T€
Schleswig-Holstein	170 T€
Thüringen	50 T€

Für 2022 ist vom Parteivorstand mit Zustimmung des Bundesfinanzrates die Bereitstellung von 1.601 T€ aus dem zentralen Wahlkampffonds beschlossen worden. Die Entnahmen werden in nachstehender Höhe zur Finanzierung von Landtagswahlkämpfen verwendet:

Niedersachsen	410 T€
Nordrhein-Westfalen	840 T€
Saarland	171 T€
Schleswig-Holstein	180 T€

Für den Bundestagswahlkampf 2021 wurden auf zentraler Ebene 6.613 T€ ausgegeben und dem Wahlkampffonds entnommen. Geplant war die Verwendung des Zentralen Wahlkampffonds in Höhe von 6.800 T€. Folglich verbleiben im zentralen Wahlkampffonds aus bisherigen Einzahlungen der Bundespartei 187 T€ zur Finanzierung zukünftiger Wahlkämpfe.

Im Rahmen des Bundestagswahlkampfes wurde eine zentrale Spendenkampagne durchgeführt. Dabei wurden 508 T€ eingenommen. Von den nach Abzug der Plakatspenden in Höhe von 122 T€ verbleibenden 386 T€ wurden den Landesverbänden 80 Prozent bzw. 309 T€ zur Verfügung gestellt.

Parteivorstand und Bundesausschuss haben im Berichtszeitraum den Finanzplan des Parteivorstandes und den Plan des zentralen Finanzausgleichs für das Jahr 2021 beschlossen. Der Finanzplan und der Plan des zentralen Finanzausgleichs für das Jahr 2022 wurden im März 2022 durch den Parteivorstand beschlossen und liegen zum Zeitpunkt der Berichterstellung dem Bundesausschuss zur Beschlussfassung vor.

Zugleich mit den Planungen wurden bzw. werden dem Parteivorstand und dem Bundesausschuss die Finanzabrechnungen der Jahre 2020 und 2021 vorgelegt. Der Finanzplan 2021 einschließlich der Abrechnung für das Jahr 2020 sind im Internet veröffentlicht. Die Veröffentlichung des Finanzplans 2022 und der Finanzplanabrechnung 2021 erfolgt nach Beschlussfassung durch den Bundesausschuss.

Im Ergebnis der Bundestagswahlen 2021 sinken im Vergleich zu den Planwerten 2021 die für das Jahr 2022 zu erwartenden Gesamteinnahmen um 3.066 T€ auf 10.686 T€. Trotz der dadurch erforderlichen erheblichen Reduzierung von Personal- und Sachausgaben wird ein Defizit verbleiben, das durch die Entnahme aus den Rücklagen in Höhe von 1.963 T€ zu finanzieren ist.

Die Einnahmen aus zentralen staatlichen Mitteln betragen laut Festsetzung der staatlichen Teilfinanzierung für das Jahr 2021 sowie der Berechnung der Abschlagszahlungen 2022 durch den Bundestagspräsidenten vom 28. Januar 2022 insgesamt 11.291 T€. Da von den staatlichen Mitteln 1.634 T€ auf der Erhöhung der Obergrenze für die Parteienfinanzierung beruhen, sind nur 9.657 T€ finanzplanwirksam bzw. sind zur Finanzierung der Ausgaben in 2022 verfügbar. Eine weitere Reduzierung um 1.331 T€ auf 8.326 T€ ergibt sich aus der teilweisen Rückzahlung von Vorauszahlungen für 2021.

Weiterhin trägt vor allem der zu erwartende Rückgang der Einnahmen aus Mandatsträgerbeiträgen um 567 T€ auf 688 T€ zu den sinkenden Gesamteinnahmen bei.

Die Abführungen der Landesverbände aus den staatlichen Mitteln in Höhe von knapp 1.316 T€ dienen in gleicher Höhe der Bildung des zentralen Wahlkampffonds. Aus den zentralen Mitteln beträgt die Zuführung zum zentralen Wahlkampffonds 2.440 T€.

Die Personalausgaben wurden für 2022 mit 4.486 T€ um 717 T€ niedriger geplant. Um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden, fanden für die Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle Tarifverhandlungen mit dem Ziel der Arbeitszeitverkürzung bei gleichzeitiger Reduzierung der Einkommen statt. Der Finanzplan steht insoweit unter dem Vorbehalt der zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht vollständig abgeschlossen Verhandlungen.

Gleichzeitig müssen die steuerbaren Sachausgaben gegenüber dem Planansatz 2021 um etwa 40 Prozent reduziert werden. Die Konsequenz ist eine deutliche Einschränkung der Mittel für die politische Arbeit. So werden - ohne Berücksichtigung der Zuschüsse an den Jugendverband - die Mittel des Fonds des Parteivorstandes um 164 T€ auf 206 T€ und die Budgets der Bereiche der Bundesgeschäftsstelle um insgesamt 168 T€ auf 264 T€ sinken.

Die Zuschüsse an den Jugendverband werden um 65 T€ niedriger ausfallen und folglich auf 250 T€ sinken.

Die Ausgaben für die Partei der Europäischen Linken (EL) sind wie im Vorjahr in Höhe der zu erwartenden Einnahmen aus EL-Mitgliedsbeiträgen von 295 T€ geplant worden. Hiervon werden in Abstimmung mit dem EL-Schatzmeister 125 T€ direkt an die EL abgeführt. Damit finanziert DIE LINKE. im Vergleich zu den anderen EL-Mitgliedsparteien weiterhin den größten Anteil an den Gesamteinnahmen der EL.

Für die Zusammenschlüsse sind 89 T€ geplant und damit 59 T€ weniger als im Vorjahr. Die Aufteilung wurde in der gemeinsamen Beratung der Zusammenschlüsse mit dem Bundesgeschäftsführer am 19. Februar 2022 abgestimmt. Daneben werden für von den Zusammenschlüssen genutzte Räume Mietkosten in Höhe von 17 T€ übernommen und für externe Publikationen der Zusammenschlüsse sind Kopier-, Versand- und Druckkosten von insgesamt 34 T€ vorgesehen.

Die Zuschüsse des Parteivorstandes an die Landesverbände im Rahmen des Länderfinanzausgleichs werden wie im Vorjahr 1.192 T€ betragen.

Ausgabenerhöhend wirken sich die auf die Bundespartei entfallenden Kosten des Mitgliederentscheids zum bedingungslosen Grundeinkommen aus. Hierfür sind 60 Prozent der Gesamtkosten bzw. 60 T€ im Finanzplan angesetzt.

Der **Bundesfinanzrat** hat unter Leitung des Bundesschatzmeisters im Berichtszeitraum bisher drei Sitzungen durchgeführt. Schwerpunkte waren:

- die Vorbereitung und Auswertung der Rechenschaftslegung der Partei
- die Neuwahl des Wirtschaftsprüfers und dessen Beauftragung zur Prüfung der Rechenschaftslegung der Partei
- die Weiterentwicklung der Finanzordnung
- die Entwicklung des zentralen Wahlkampffonds sowie die Bestätigung und Abrechnung von Mitteln aus diesem Fonds
- die Finanzplanung und Finanzabrechnung des Parteivorstandes
- die Entwicklung des zentralen Buchhaltungszentrums
- die Weiterentwicklung und Modernisierung des Mitgliederprogramms MGL4web sowie der Datenschutz

- die Neugestaltung der Beitragstabelle und die Neuordnung der innerparteilichen Finanzstruktur. Zur Umsetzung des entsprechenden Beschlusses der 1. Tagung des 6. Parteitags (8.-10. Juni 2018) wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe von Bundes- und Landesschatzmeister*innen sowie Landesgeschäftsführer*innen gebildet.

In den Sitzungen des Parteivorstandes und des Bundesausschusses wurde regelmäßig umfassend über die Finanzsituation informiert und diskutiert. Mit dem Betriebsrat sowie dem Gesamtbetriebsrat gab es eine gute Zusammenarbeit.

Anlage 1: Beschlüsse des Parteivorstands

Beschlüsse des Parteivorstands vom 13. März 2021 bis zum 9. Mai 2022
(außer Personalmaßnahmen)

2021/100	Geschäftsordnung	2021/139	Unterstützung Aufruf Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung
2021/101	Sitzungsplan	2021/140GV	P. Bereit für die kommenden Kämpfe
2021/103 G.12	Neustart für das Gesundheits- und Pflegesystem	2021/141	finanzielle Unterstützung zur Teilnahme an der Hanfparade 2021
2021/103 G.15	Keine Rückkehr zu unsozialer Kürzungspolitik	2021/103 P.28	Linke Kommunalpolitik stärken
2021/103 G.32	Rüstungsexporte verbieten	2021/144	migrantisches Plenum Bundesparteitag
2021/103 P.09	Gegen Hass aus LSBTTI in Polen Stellung beziehen	2021/145	Unterstützung des Internationales Tages gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie
2021/103 P.06	Einführung eines Gewerkschaftsrates	2021/146	Mitgliederoffensive
2021/103 R FP	Resolution Frauenplenum	2021/147	Solidarität mit der HDP
2021/103 P.33	Fahrtkostenentschädigung innerhalb der Partei	2021/148	Morddrohungen türkischer Faschisten
2021/104	Personalverantwortung	2021/150	Entnahme Zentraler Wahlkampffond Landtagswahl Niedersachsen
2021/105	Zuständigkeiten im Parteivorstand	2021/151	Entnahme Zentraler Wahlkampffond Landtagswahl Nordrhein-Westfalen
2021/106	Hauptamtliche Ausübung von Parteitämern	2021/152	Entnahme Zentraler Wahlkampffond Landtagswahl Schleswig-Holstein
2021/115	Aktionen im Vorwahlkampf	2021/153	Eskalierende Gewalt in Kolumbien
2021/116	Ostermarschaufruf 2021	2021/155GV	DWE Sammelcamp Pflingsten
2021/119	Solidarität mit den Arbeitskämpfen in der Metall- und Elektroindustrie	2021/156	Fairkehrswende-Aktionstag + IAA Proteste
2021/121	Resolution Volksbegehren Deutschen Wohnen und Co.	2021/157	Vorschlag Gewerkschaftsrat
2021/103 G.19	Parität jetzt	2021/159	Wahlprogramm Abschnittsbevollmächtigte
2021/103 G.25	Bevorteilung von Homöopathie	2021/160	Sachlich notwendige Änderungsanträge zum Bundestagswahlprogramm
2021/103 P.13	Wahl der Geschlechteroptionen für Mitglieder	2021/162	Clara-Zetkin-Frauenpreis 2021
2021/103 P.14	Sprachregelung für das dritte Geschlecht »divers«	2021/163	Stoppt die Gewalt in Israel und Palästina – für eine Ender der Zwangs-räumungen in Sheikh Jarrah
2021/122	Einberufung Juni-Parteitag 2021	2021/165	Vorschlag zur Strukturierung der Generaldebatte
2021/123	Zeitplan Juni-Parteitag 2021	2021/166	Delegiertenschlüssel für den 8. Parteitag
2021/124	Geschäftsordnung Juni-Parteitag 2021	2021/167	Berufung Internationale Kommission
2021/126GV	Netzwerk Verkehrswende	2021/168	Kampf gegen Rechts unterstützen
2021/127	Unternehmensspende Cuba Si	2021/169	Die Klimafrage nicht den Grünen überlassen – klimapolitisch in die Offensive kommen
2021/135	Kommunalkongress 2021		
2021/136	Wir sind alle LinX		
2021/137	#Unteilbar Freiheit geht nur solidarisch		
2021/103 D.1	Menschen vor Profite		

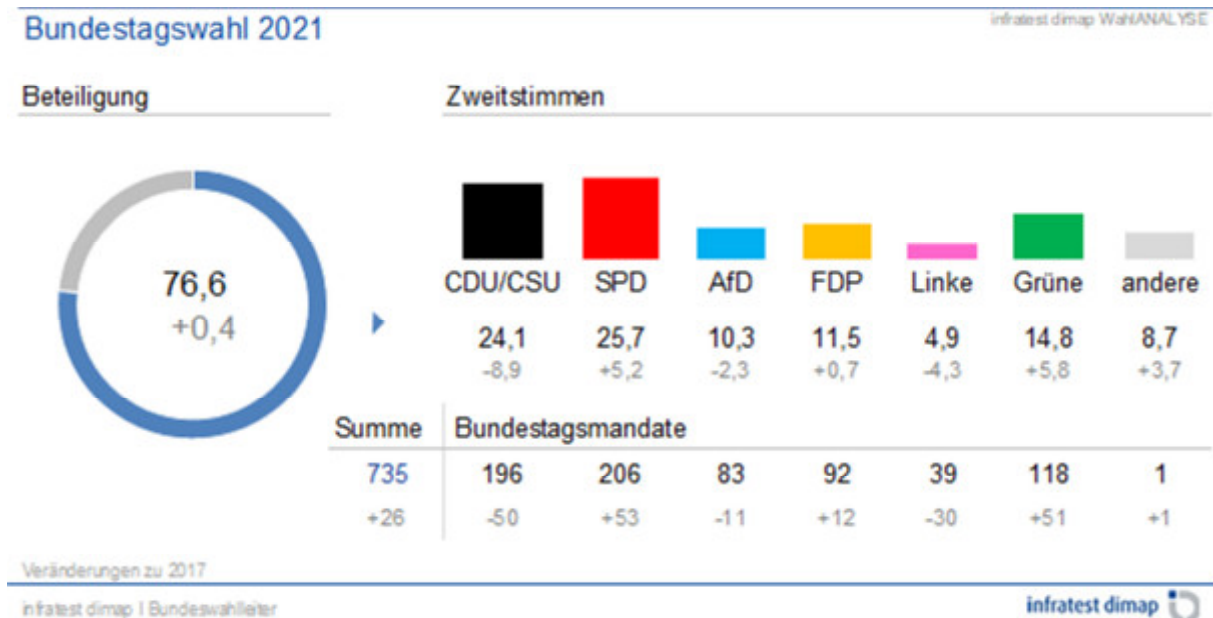
2021/171	Plakatkampagne Bundestagswahl	2021/215	Zusammenarbeit Partei und Fraktion
2021/172	Unterstützung #unteilbar Bündnis 2021	2021/216GV	Energiepreise – Haushalte mit kleinen Einkommen wirksam entlasten
2021/176	Protest gegen Festsetzung uns Ausweisung von Delegationen in den Nordirak	2021/217GV	Sondierung
2021/103 P.04	Parteiinterne Organisation digitalisieren	2021/179 P.7	Leitantrag statt Leidantrag
2021/177	Unterstützung der Fiesta de Solidaridad	2021/218	Seniorentag 2021 in Hannover
2021/180	Entnahme Zentraler Wahlkampffond Landtagswahl Thüringen	2021/221	Entsendung von Prozessbeobachter*innen zu Prozessen gegen die HDP (Verbotsverfahren und Kobane-Verfahren)
2021/181	Selbstbestimmung, soziale Sicherheit, Schutz – queere Solidarität hier und überall!	2021/224	Proteste gegen AfD-Parteitag 2021
2021/182	Sitzungsplan 1. Halbjahr 2022	2021/229	Klimagipfel
2021/183	Teilfinanzierung des Ratschlags »Gewerkschaftlicher Aufbruch Ost«	2021/230	Solidarität hilft. Gesundheit vor Profite
2021/185GV	Solidarität mit der HDP	2021/232	Gegen die Zerschlagung der Bahn
2021/188GV	DKP wegen Parteienstatus	2021/233 A+B	»Corona gemeinsam besiegen – solidarische Notbremse jetzt« »Corona konsequent die Stirn bieten«
2021/190GV	Forderung nach Hitzefrei	2021/234GV	Luxemburg-Liebkecht-Ehrung 2022
2021/191	Abstimmungsempfehlung Afghanistan Mandat	2021/235GV	Fest der Linken 2021 absagen
2021/192	Entnahme Zentraler Wahlkampffond Landtagswahl Berlin	2021/236	Veranstaltungspaket Ökosozialismus
2021/193GV	Vertretung im Kuratorium SAPMO	2021/237	Nachwuchsförderung
2021/194GV	Mietdemo 11. September 2021	2021/239	Verfahren zum Mitgliederentscheid zum bedingungslosen Grundein- kommen
2021/195	Nein zum Krieg! Aktionen anlässlich des 20. Jahrestags des Beginns des Afghanistankriegs	2021/240	No Pasaran Konferenz
2021/197	Berufung Satzungskommission	2021/241	Arbeitspapier Mandatszeitbegrenzung
2021/198	Solidarität mit den Beschäftigten im Öffentlichen Dienstag	2021/247GV	Aschermittwoch 2022
2021/199GV	Für Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit	2021/250	Öffentlichkeitsarbeit
2021/179 P.06	Neue Debattenformate braucht das Land!	2021/252GV	Wir haben es satt Demoaufruf 2022
2021/202	GdL-Solidarität	2022/001	Zusammensetzung Gewerkschaftsrat
2021/203	Umverteilen, Umbauen, Investieren: So geht die solidarische Gesell- schaft	2022/003	Feminismus für die 99% Prozent - zu den Aufgaben der LINKEN in der anstehenden Legislaturperiode
2021/204	Solidarität mit den Krankenhausstreiks	2022/004	Unterstützung »Wir haben´s satt – Neustart Agrarpolitik«
2021/209	Solidarität mit in Türkei festgehaltener Genossin	2022/005	Unterstützung der Energie-Kampagne »Power to the people« der The Left Linksfraktion im Europäischen Parlament
2021/210	Aktionswoche »Gerechtigkeit jetzt«	2022/006	Entnahme Zentraler Wahlkampffond Landtagswahl Saarland
2021/212	Begleitung der Sondierungsgespräche und Koalitionsverhandlungen	2022/007	Konzept parteipflichtliche Debatte zum bedingungslosen Grundein- kommen – Mitgliederentscheid
2021/213	Bildung einer Vertrauensgruppe im Parteivorstand		
2021/214GV	Unterstützung des IG Metall Aktionstags »Fairwandel«		

2022/008	Antrag zur Unterstützung der Aktivitäten von Aufstehen gegen Rassismus 2022	2022/045GV	Demos gegen Krieg am 13.3.2022
2022/009GV	Bundespräsidentenskandidat	2022/046	Finanzielle Unterstützung der Fiesta de Solidaridad
2022/012	Solidarität statt »Querdenken«	2022/047	Finanzplan 2022
2022/014	Internationaler Aktionstag gegen Rassismus	2022/048GV	Kein Kuschelkurs mit der Türkei
2022/017	Vertreter:innen Bundesausschuss	2022/050GV	Rheinmetall entwaffnen
2022/018GV	Märzaktionen/8. März	2022/055	Energiewende endlich konsequent angehen
2022/019GV	Frieden	2022/057	Kritik Ältestenrat
2022/020GV	Unterstützung Klimastreik	2022/058	Dringlichkeitsantrag Unterstützung DerAppell
2022/021GV	Finanzielle Unterstützung VVN wegen 9.Mai	2022/059	Einberufung 1. Tagung 8. Parteitag Erfurt 2022
2022/021GV	Aufruf an Mitglieder – Beteiligung Betriebsratswahlen	2022/060	Zeitplan 1. Tagung 8. Parteitag
2022/022	Parteitag 2022	2022/061	Geschäftsordnung 1. Tagung 8. Parteitag
2022/025	Unterschied Stadt und Land	2022/062	Gremienbesetzung 1. Tagung 8. Parteitag
2022/026	Ausschreibung barrierefreie Büros	2022/063	Arbeitsweise des Ältestenrates
2022/028	Mitgliederentscheid bedingungsloses Grundeinkommen	2022/065	Bestimmung einer Abstimmungskommission zum Mitgliederentscheid
2022/029	Eine allgemeine Impfpflicht garantiert nicht den Weg aus der Pandemie	2022/066	Pressefeste 2022
2022/035	Frauenstreik 2022	2022/068	Leitantrag Gemeinwohl statt Profit....
2022/036	Clara-Zetkin-Frauenpreis 2022	2022/069	Leitantrag Keine Aufrüstung, kein Krieg...
2022/037GV	Ostermarsch, 1. Mai 2022	2022/070	Leitantrag DIE LINKE aufbauen
2022/040	Kampagnenarbeit 2022	2022/071	Satzungsänderungsanträge und Antrag zur Finanzordnung
2022/041	Solidarität mit Jules EH-Khatib	2022/072	Landwirtschaft
2022/042	Nein zum Krieg	2022/078	Krise der Partei
2022/043	Menschenkette für den Frieden – Stoppt den Krieg! Frieden für die Ukraine und ganz Europa	2022/079	LINKE Parteivorstand beschließt Neuwahl im Juni
2022/044	Auf die Straße gegen AfD-Aktionstag	2022/080GV	Aktionswochenende Mobilitätswende Juni 2022
		2022/081GV	Nachdruck Material zu Frieden und PR-Aktion gegen Hochrüstung im Grundgesetz

Abschlussbericht zum Bundestagswahlkampf 2021

1. Das Ergebnis

1.1. Übersicht



Wahlsieger ist die SPD, die 5,2 Prozent zulegte und nun wieder auf dem Niveau ihres Ergebnisses von 2013 angekommen ist. Die Union verlor fast 9 Prozent und erreichte ihr schlechtestes Ergebnis seit 1949. Die Grünen erreichten die meisten Zuwächse aller Parteien und ihr historisch bestes Ergebnis, bleiben aber deutlich unter den Erwartungen auf dem dritten Platz. Die FDP verbesserte sich nur leicht. Die AfD verlor deutlich, bleibt aber zweistellig. Die Sonstigen gewannen deutlich dazu. DIE LINKE verlor stark und ist nur aufgrund der Grundmandatsklausel weiter im Bundestag vertreten. Die Wahlbeteiligung stieg um 0,4 Prozent auf 76,6 Prozent.

Der Bundestag besteht nun aus 735 Abgeordneten. Die größte Fraktion bildet die SPD. Da DIE LINKE mit 39 Abgeordneten mindestens 5 Prozent der Abgeordneten stellt, erhält sie Fraktionsstatus. Außer einer Neuaufgabe der Koalition aus Union und SPD unter sozialdemokratischen Vorzeichen sind nur Dreierkonstellationen möglich. Kenia- und Deutschland-Koalition würden den dritten Partner (Grüne oder FDP) rechnerisch nicht benötigen. Daher bleiben Jamaika und Ampel als wahrscheinliche Regierungskonstellationen.

CDU/CSU nach Rekordverlust mit Tiefstand und hinter der SPD: Die Unions-Parteien unter Armin Laschet erreichten gemeinsam einen Zweitstimmenanteil von 24,2 Prozent. Gegenüber 2017 büßte die CDU/CSU 8,7 Punkte ein, so viel wie nie zuvor bei Bundestagswahlen. Erstmals seit 2005 verfehlen die Unionsparteien den ersten Platz. Die CDU kam auf 18,9 Prozent, 7,8 Punkte weniger als 2017. Die allein in Bayern antretende Schwesterpartei CSU erzielte bundesweit 5,3 Prozent, 0,9 Punkte weniger als vor vier Jahren, auch dies ein Negativrekord.

SPD wieder stärkste Kraft: Die SPD erzielte einen Zweitstimmenanteil von 25,7 Prozent. Sie verbesserte sich gegenüber der letzten Bundestagswahl um 5,2 Punkte und wurde erstmals seit 2002 wieder stärkste Partei.

Union und SPD: schwindende Dominanz. CDU/CSU und SPD belegen seit 1949 durchgehend die beiden ersten Plätze bei Bundestagswahlen, auch nach dieser Bundestagswahl. Mit zusammen 49,9 Prozent (-3,5) stimmten aktuell allerdings so wenige Wähler*innen wie nie zuvor bei Bundestagswahl-

len für CDU/CSU und SPD. Zugleich war bei keiner Bundestagswahl die Siegerpartei so schwach wie diesmal.

Die **AfD** büßte gegenüber der letzten Bundestagswahl 2,2 Punkte ein. Mit einem Zweitstimmenanteil von 10,4 Prozent belegte die Partei am 26. September den fünften Rang.

Die **FDP** legte gegenüber 2017 um 0,7 Punkte zu. Sie erreichte mit 11,5 Prozent der Zweitstimmen ihr vierbestes Bundestagswahlergebnis und zog an der AfD vorbei.

Grüne mit **Rekordzuwachs** und Höchststand: Die Grünen verbesserten sich um 5,7 Punkte, ein Rekordzuwachs für die Partei. Mit einem Zweitstimmenanteil von 14,6 Prozent erreichten die Grünen zugleich ihr mit Abstand bestes Ergebnis bei Bundestagswahlen und werden erstmals seit 19 Jahren wieder drittstärkste Kraft im Bund.

Die große und heterogene Gruppe der **übrigen Parteien** erreichte einen Zweitstimmenanteil von 8,7 Prozent, ein Zuwachs gegenüber 2017 um 3,7 Punkte. Vergleichsweise am erfolgreichsten schlossen die Freien Wähler ab. Mit 2,5 Prozent (+1,5) blieben sie jedoch deutlich unter der bundesweiten Mandatsschwelle.

DIE LINKE blieb 4,3 Punkte hinter dem Ergebnis von vor vier Jahren und erreichte einen Zweitstimmenanteil von 4,9 Prozent. Sie verlor in absoluten Stimmen gegenüber der letzten Bundestagswahl 2.027.277 **Zweitstimmen**. Die Verluste im Westen belaufen sich auf 3,6 Prozentpunkte, im Osten auf 7,2. In den **Metropolregionen** (alle im Westen) erzielt sie die höchsten Ergebnisse im Rhein-Main-Gebiet (5,3 Prozent) Großraum Hamburg (5 Prozent, gleichzeitig mit 4,5 Prozent höchste Verluste). In den **Großstädten** erreicht DIE LINKE die besten Ergebnisse in Berlin-Ost (15,8 Prozent, -10 Prozent), Leipzig (13,7 Prozent, -7,4 Prozent) und Dresden (12,2 Prozent, -6,4 Prozent). Sie verliert am stärksten in Gebieten mit stark **negativem Geburtensaldo** (-6,2 Prozent), am wenigsten in Regionen mit nur leicht negativem Geburtensaldo (-3,8).

1.2 Langfristige Wahltrends

Betrachtet man die Trends des Wahlzyklus, fällt die Bilanz der **Union** deutlich negativ aus. Hier ragen (negativ) ihre zweistelligen Verluste bei den Landtagswahlen in Bayern, Hessen (beide 2018) und Thüringen (2019) heraus. Die **SPD** konnte mit dieser Bundestagswahl (und der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern) erstmals in vier Jahren bei Wahlen zulegen; davor hat sie in 16 von 19 Wahlen verloren. Der Stimmanteil von **SPD und Union zusammen** ging bei 14 der letzten 19 Wahlen zurück. Die **AfD** hat mit den aktuellen Wahlen einen Dämpfer erhalten. Zuvor hatte sie schon in den Landtagswahlen 2020 und 2021 verloren. Die **FDP** konnte bei 15 von 19 Wahlen zulegen. Die **Grünen** haben in 14 von 19 Wahlen hinzugewonnen, besonders in Hamburg (2020), Europa (2019), Hessen und Bayern (2018) und bei der Bundestagswahl 2021. In Niedersachsen und NRW haben sie (2017) am meisten verloren. **DIE LINKE** hat in 10 der letzten 19 Wahlen hinzugewonnen, am meisten in Thüringen, wo auch das beste Ergebnis erzielt wurde. In den ostdeutschen Hochburgen büßte DIE LINKE ein, im Westen konnte sie hinzugewinnen, aber in geringerem Umfang. Größte Zugewinne im Westen lagen u.a. in Bremen, wo sie nach Berlin 2021 und Saarland 2017 mit 11,3 Prozent auch das vierbeste Ergebnis erreichte.

Ergebnisse sortiert nach Anteilsveränderungen

Union	SPD	AfD	FDP	Linke	Grüne
ST 21 +7,4	MV 21 +9,0	SN 19 +17,7	BTW 17 +6,0	TH 19 +2,8	HH 20 +11,9
NW 17 +6,6	BTW 21 +5,2	TH 19 +12,8	NW 17 +4,0	NW 17 +2,4	EU 19 +9,8
SL 17 +5,5	NI 17 +4,3	BB 19 +11,4	SH 17 +3,3	HB 19 +1,8	BY 18 +9,0
HB 19 +4,2	BE 21 -0,1	BY 18 +10,2	MV 21 +2,8	SH 17 +1,5	HE 18 +8,7
SH 17 +1,2	RP 21 -0,5	HE 18 +9,1	BB 19 +2,6	NI 17 +1,5	BTW 21 +5,9
BE 21 +0,4	SL 17 -1,0	BTW 17 +7,9	TH 19 +2,5	HE 18 +1,1	BB 19 +4,6
NI 17 -2,4	BW 21 -1,7	NW 17 +7,4	HE 18 +2,5	BY 18 +1,1	RP 21 +4,0
BW 21 -2,9	ST 21 -2,2	SL 17 +6,2	BW 21 +2,2	BW 21 +0,7	BE 21 +3,7
RP 21 -4,1	SH 17 -3,2	NI 17 +6,2	EU 19 +2,1	BTW 17 +0,6	SN 19 +2,9
HH 20 -4,7	TH 19 -4,2	SH 17 +5,9	SL 17 +2,0	HH 20 +0,6	BW 21 +2,4
MV 21 -5,7	SN 19 -4,6	EU 19 +3,9	BY 18 +1,8	RP 21 -0,3	HB 19 +2,3
EU 19 -6,5	BTW 17 -5,2	HB 19 +0,6	ST 21 +1,6	BE 21 -1,6	MV 21 +1,5
SN 19 -7,3	BB 19 -5,7	HH 20 -0,8	BTW 21 +0,8	EU 19 -1,9	ST 21 +0,8
BB 19 -7,4	HH 20 -6,4	BTW 21 -2,3	SN 19 +0,7	MV 21 -3,2	BTW 17 +0,5
BTW 17 -8,6	NW 17 -7,9	ST 21 -3,4	BE 21 +0,5	SL 17 -3,3	SH 17 -0,3
BTW 21 -8,8	HB 19 -7,9	MV 21 -4,1	HB 19 -0,6	BTW 21 -4,3	TH 19 -0,5
BY 18 -10,5	HE 18 -10,9	RP 21 -4,3	RP 21 -0,7	ST 21 -5,3	SL 17 -1,0
HE 18 -11,4	BY 18 -11,0	BW 21 -5,4	NI 17 -2,4	BB 19 -7,8	NI 17 -5,0
TH 19 -11,7	EU 19 -11,4	BE 21 -6,2	HH 20 -2,5	SN 19 -8,5	NW 17 -5,0
Gewinne 6 x	3 x	12 x	15 x	10 x	14 x
Verluste 13 x	16 x	7 x	4 x	9 x	5 x

1.3 Themen und Dynamik des Wahlkampfes

Als wahlentscheidend wurden die Themen **soziale Sicherheit** (28 Prozent), gefolgt von **Umwelt und Klima** (22 Prozent) sowie **Wirtschaft und Arbeit** (22 Prozent) benannt (InfratestDimap). Weit weniger wurden Steuern, Corona und Zuwanderung als entscheidend angesehen (je 7 Prozent), Europa und internationale Politik war für 4 Prozent der Befragten entscheidend. Ein »Weiter so« wollte kaum eine oder ein Befragte/r: 51 Prozent fanden allerdings einige Kurskorrekturen ausreichend. 40 Prozent wünschten einen grundlegenden Wandel. Die wirtschaftliche Lage wurde nicht mehr so positiv wahrgenommen wie noch zur letzten Bundestagswahl. 2017 bewerteten 84 Prozent die wirtschaftliche Lage in Deutschland positiv; 2021 sind es nur 59 Prozent. Der Eindruck, dass es in Deutschland insgesamt gerecht zugeht, hat nachgelassen. 2017 fanden 38 Prozent, dass es in Deutschland eher ungerecht zugeht. 2021 sind 45 Prozent dieser Meinung. Dreiviertel der Befragten halten die Wohlstandsverteilung für ungerecht

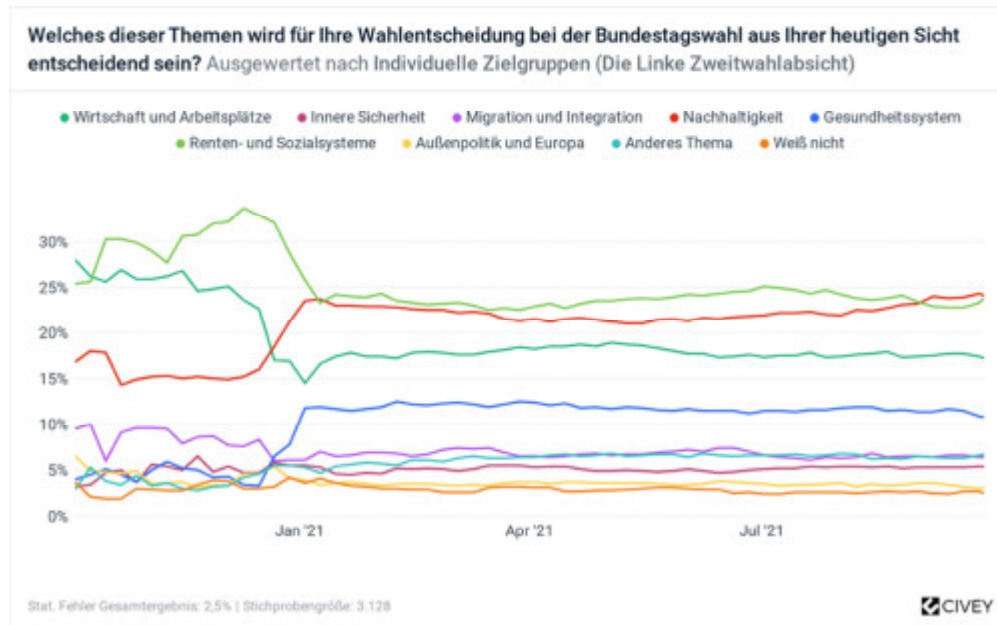
Lange Zeit legten die Umfragen neben einer Neuaufgabe der Koalition von Union und SPD allein eine schwarz-grüne oder grün-schwarze Regierungsoption nahe. In dieser Situation konnten die Grünen Stimmen von Wähler*innen anziehen, die das Thema Klima in dieser Konstellation stark machen wollten. Mit Einsetzen des eigentlichen Wahlkampfes wurde die Zerrissenheit und Erschöpfung der CDU und die Schwäche ihres Kanzlerkandidaten deutlich. Der Anteil derer, die der CDU zutrauten, die wichtigsten Probleme des Landes zu lösen, halbierte sich (2017: 49 Prozent, 2021: 26 Prozent). Das führte dazu, dass (eher konservative) sozialdemokratische Wähler*innen, die von Merkel für die CDU gewonnen waren, sich umorientierten. Gut 30 Prozent der SPD-Wähler*innen geben an, die Partei wegen des Spitzenkandidaten gewählt zu haben. Scholz kann sich kompetent sowohl als Vertreter der bisherigen Regierung als auch einer erneuerten Sozialdemokratie präsentieren. Verbunden damit, dass in der Grünen-Kommunikation einige Fehler gemacht wurden, konnte die SPD in den Umfragen bei diesen

zulegen. Erneuten Schwung erhielt die SPD, als die Umfragen einen SPD-Vorsprung sahen: grüne und LINKE Wähler*innen orientierten sich zur SPD, damit die CDU nicht stärkste Partei würde.

Die Debatte war stark strukturiert durch die Frage »wer wird Bundeskanzler*in«, wer bildet die Regierung. Dagegen wurden Themen, die für viele Menschen als wichtig empfunden wurden, nicht in den Mittelpunkt der Kommunikation gestellt. SPD und Grüne waren bemüht, Wähler*innen in der Mitte / von der CDU zu gewinnen und gleichzeitig ihr Potenzial in Richtung auf DIE LINKE auszuschöpfen bzw. zu verteidigen – ohne dabei Themen aufzurufen, die DIE LINKE stärken würden (wie 2013 und z.T. 2017 der Fall war). Dabei ist das Thema Außenpolitik /NATO besonders geeignet, weil es mitten durch das LINKE Potenzial schneidet.

1.4. LINKE Themen

Bei den **Themen** für die Wahlentscheidung waren (nach Infratest Dimap, Vorwahlbefragung) »soziale Sicherheit« (39 Prozent) und »Umwelt/Klima« (32 Prozent) die zentralen Beweggründe für LINKEN-Wähler*innen. Dabei stehen die LINKEN Wähler*innen auf dem zweiten Platz aller Parteien bei der Zustimmung zu der Aussage, dass »Umwelt und Klima bei meiner Wahlentscheidung die größte Rolle spielen«. Auf dem dritten Platz der wichtigsten Themen für die Wahlentscheidung steht »Wirtschaft/Arbeit« mit 12 Prozent. Die Kompetenzzuschreibungen beim Thema Klima werden auch bei einem Teil der LINKEN Wähler*innen stärker bei den Grünen verortet als bei der eigenen Partei. Beim Thema Wirtschaft und Arbeitsplätze werden Kompetenzen stark der SPD zugeschrieben.



Hinsichtlich ihrer **Kompetenzzuschreibungen** verlor DIE LINKE durchgehend, sie erreichte ihre Spitzenwerte bei den Themen »soziale Gerechtigkeit« (11 Prozent/-5), »angemessene Löhne« (9 Prozent/-5) und »Altersvorsorge« (7 Prozent/-3). Auch in den Bereichen Familienpolitik, Steuerpolitik, Gesundheitspolitik und Flüchtlingspolitik verlor sie jeweils drei Prozentpunkte. Bei der Außenpolitik verlor sie auf bereits niedrigem Niveau nochmal (auf 2 Prozent).

Deutschland vor der Wahl 2021
Parteikompetenzen Linke



soziale Gerechtigkeit	-5	11
angemessene Löhne	-5	9
Altersversorgung	-3	7
Familienpolitik und Kinderbetreuung	-3	7
Steuerpolitik	-3	6
Gesundheitspolitik	-2	5
Asyl- und Flüchtlingspolitik	-3	4
Wirtschaft	±0	2
Außenpolitik	-1	2
Deutschland gut durch Krisen führen		2
Umwelt / Klima	±0	2
Kriminalität und Verbrechen bekämpfen	-1	2
wichtigste Aufgaben in Deutschland lösen	±0	3
beste Antworten auf die Fragen der Zukunft		3

Nun zu einigen politischen Aufgaben. Welcher Partei trauen Sie am ehesten zu, diese Aufgaben zu lösen?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent / Veränderungen in Prozentpunkten zu September 2017
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Anderer Partei / keiner Partei / weiß nicht / keine Angabe



Laut Infratest verlor die LINKE auch 4 Prozentpunkte bei der Zuschreibung, dass sie »ehrlich sage, was sie will« – hier landet sie mit noch 36 Prozent auf dem vierten Platz hinter FDP, SPD und Grünen.



1.5 Wahlverhalten der Bevölkerung nach Alter /Tätigkeit/Bildung/soziale Lage

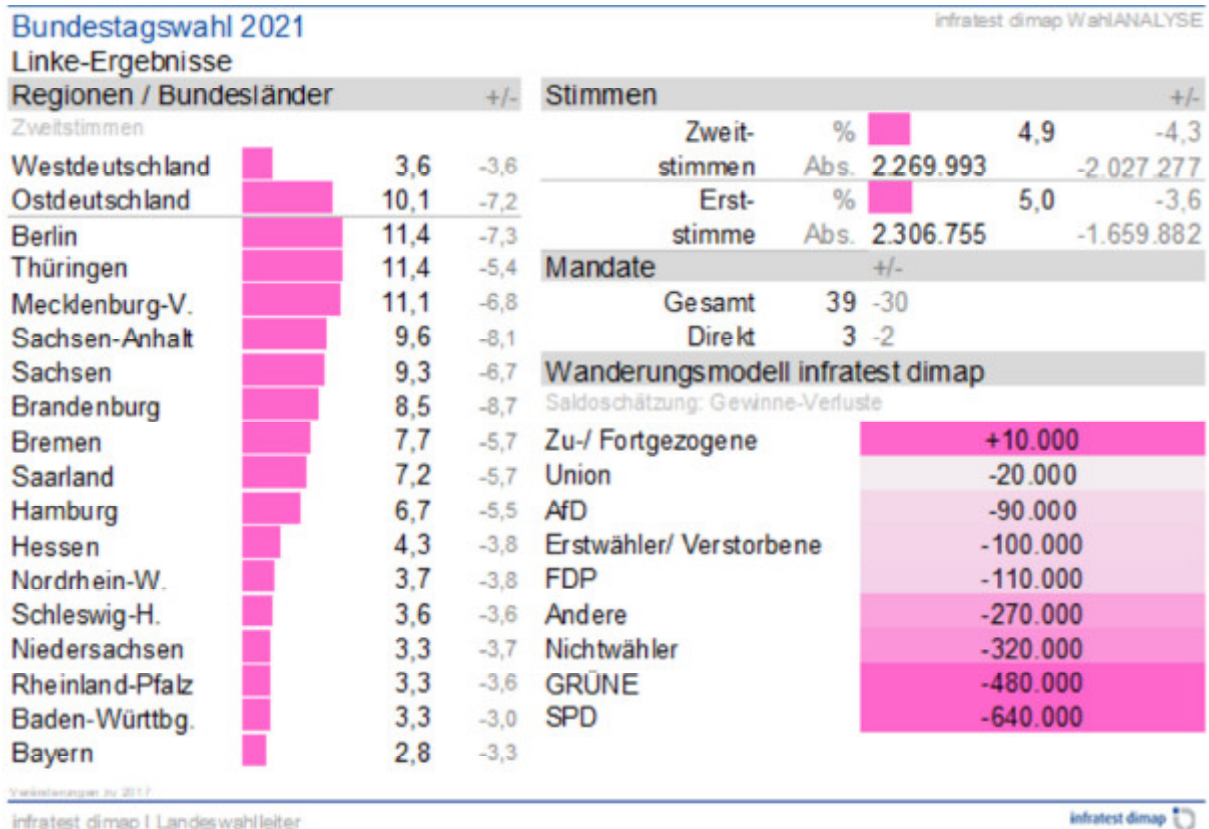
Wahlverhalten in Bevölkerungsgruppen

Bundestagswahl 2021

	Union	SPD	AfD	FDP	Linke	Grüne
	+/-	+/-	+/-	+/-	+/-	+/-
Gesamt						
18 - 24 Jahre	10 -14	15 -4	7 -3	21 9	8 -3	23 10
25 - 34 Jahre	14 -12	17 -1	12 -2	15 4	7 -4	21 11
35 - 44 Jahre	19 -11	20 4	15 -1	12 1	5 -3	18 7
45 - 59 Jahre	23 -8	26 6	12 -2	12 1	4 -5	16 6
60 und älter	33 -7	34 10	8 -2	8 -2	4 -4	9 3
Frauen	24 -12	27 6	8 -1	10 0	5 -4	16 6
18 - 24 Jahre	10 -16	16 -3	6 -2	16 7	9 -2	26 10
25 - 34 Jahre	14 -15	17 -1	11 0	12 3	7 -3	25 12
35 - 44 Jahre	19 -14	22 5	12 0	11 1	5 -3	20 7
45 - 59 Jahre	22 -12	27 7	10 -1	11 1	4 -5	17 5
60 und älter	34 -9	34 11	6 -1	8 -2	4 -4	10 4
Männer	24 -6	25 5	12 -3	13 1	5 -4	14 6
18 - 24 Jahre	10 -12	14 -5	9 -2	27 12	6 -5	20 10
25 - 34 Jahre	14 -10	17 0	13 -4	17 4	8 -4	18 10
35 - 44 Jahre	18 -10	18 2	17 -2	14 1	5 -3	16 7
45 - 59 Jahre	23 -6	25 5	14 -3	12 1	4 -5	14 5
60 und älter	33 -4	33 8	9 -3	8 -2	4 -5	9 4
Bildung						
niedrig	31 -7	33 7	13 -1	7 -1	3 -3	5 1
mittel	24 -9	27 6	15 -2	11 2	5 -5	9 3
hoch	21 -9	22 4	6 -3	13 0	6 -4	23 9
Tätigkeit/Beruf						
Rentner	34 -7	35 11	7 -4	7 -3	4 -4	10 4
Arbeiter	20 -5	26 3	21 0	9 1	5 -5	8 3
Angestellte	20 -11	24 4	11 -1	13 2	5 -4	17 6
Beamte	29 -7	19 1	6 -4	13 2	3 -2	24 8
Selbständige	26 -10	16 5	9 -3	19 0	5 -3	16 6
wirtsch. Lage						
sehr gut/ gut	25 -10	26 6	9 -2	12 1	4 -4	16 7
weniger gut/schlecht	17 -1	27 4	19 -3	8 1	8 -7	11 4

Gesamt = alle Wähler
Anteile in Prozent, Differenzen zu 2017 in Prozentpunkten

1.6. LINKE Ergebnisse



DIE LINKE hat in **allen Bundesländern** verloren, besonders in Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Dabei verlor sie im **Osten** stärker als im **Westen**. Im Ergebnis schneidet sie in Ostdeutschland immer noch besser ab als im Westen, zugleich sind die innerdeutschen Unterschiede kleiner geworden. Im Westen erreichte DIE LINKE 3,6 Prozent der Stimmen, im Osten 10,1 Prozent, bzw. 9 Prozent ohne Berlin.

Die größten Verluste hatte sie in den **Wahlkreisen** Berlin-Lichtenberg, Märkisch-Oderland-Barnim II und Berlin Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg Ost. Ihre **besten Zweitstimmenergebnisse** erzielte die Linke in **Berlin, Mecklenburg-Vorpommern** und **Thüringen**. Ihre schlechtesten Ergebnisse hat sie im Süden, d.h. in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern, ebenso in Niedersachsen.

DIE LINKE hat ihren **größten Rückhalt** zur Bundestagswahl bei den jüngeren Wähler*innen (8 Prozent, junge Frauen 9 Prozent). Junge Wähler*innen in der Stadt haben DIE LINKE zu 11 Prozent gewählt. Bei Wähler*innen über 45 Jahren kommt sie auf 4 Prozent. Besser als im bundesweiten Schnitt lag die Linke zudem bei formal höher Gebildeten und bei denen, die die eigene wirtschaftliche Lage weniger gut (7 Prozent) oder schlecht (10 Prozent) einschätzen. Allerdings hat sie hier auch überdurchschnittlich verloren (-7). Das **stärkste Ergebnis** erzielte DIE LINKE bei den **Erwerbslosen** (12 Prozent/+1); hier konnte sie als einziges zulegen. Bei **Arbeiter*innen, Angestellten** und **Selbstständigen** erreichte sie 5 Prozent. Bei **Rentner*innen** und **Beamten** nur noch 4 bzw. 3 Prozent. Die Forschungsgruppe Wahlen kommt hier zu ähnlichen Ergebnissen.

6,4 Prozent der Gewerkschafter und 7,4 Prozent der Gewerkschafterinnen haben DIE LINKE gewählt, überdurchschnittlich zum Bundesergebnis, allerdings hat DIE LINKE auch überdurchschnittlich verloren (-5,2 Prozent), während die SPD überdurchschnittlich gewonnen hat.

So haben Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gewählt

Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern* (in Prozent)

■ SPD ■ CDU/CSU ■ Grüne ■ FDP ■ AfD ■ Linke ■ Sonstige

Frauen



Männer



*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenschaft)
Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim

Anteil der Zweitstimmen bei der Bundestagswahl (in Prozent)

■ SPD ■ CDU/CSU ■ Grüne ■ FDP ■ AfD ■ Linke ■ Sonstige

Alle WählerInnen**



GewerkschafterInnen



*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenschaft); **vorläufiges Endergebnis, 27.09.2021
Quelle: Der Bundeswahlleiter / Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim

© DGB-einblick 10/2021 / CC BY 4.0

© DGB-einblick 10/2021 / CC BY 4.0

Die besten **Zweitstimmen**-Ergebnisse erreichte DIE LINKE im **Osten**: in Berlin-Lichtenberg (18,2 Prozent) Berlin Treptow-Köpenick (16 Prozent) und Berlin-Marzahn-Hellersdorf (15,9 Prozent), Leipzig I (12,6 Prozent) und Leipzig II (14,6 Prozent), Erfurt-Weimar-Weimarer Land II (14 Prozent), Rostock-Landkreis Rostock II (13,2 Prozent), Jena-Sömmerda-Weimarer Land I (12,8 Prozent) und Dresden II-Bautzen II (11,1 Prozent).

Im **Ost-West-Bezirk** Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg Ost erreichte DIE LINKE 18,1 Prozent.

Im **Westen** fanden sich die **stärksten Zweitstimmen-Ergebnisse** in Berlin-Neukölln (12 Prozent), Saarbrücken (9,6 Prozent), Hamburg-Altona (9 Prozent), Bremen I (8,5 Prozent), Frankfurt am Main I (7,2 Prozent) und Freiburg (6,9 Prozent)

Erststimmen-Ergebnis:

In drei Wahlkreisen konnten die **Direktmandate** verteidigt werden. Das gelang Gregor Gysi in Berlin-Treptow-Köpenick mit 35,4 Prozent, Gesine Löttsch in Berlin-Lichtenberg mit 25,8 Prozent und Sören Pellmann in Leipzig II mit 22,8 Prozent. **Herausragende Ergebnisse** wurden darüber hinaus in Berlin-Marzahn-Hellersdorf mit Petra Pau (21,9 Prozent), in Dresden I mit Katja Kipping (18,9 Prozent), in Rostock-Landkreis Rostock II mit Dietmar Bartsch (18,2 Prozent), in Jena-Sömmerda-Weimarer Land I mit Ralph Lenkert (16,9 Prozent) und in Erfurt-Weimar-Weimarer Land II mit Susanne Hennig-Wellsow (16,4 Prozent) erreicht.

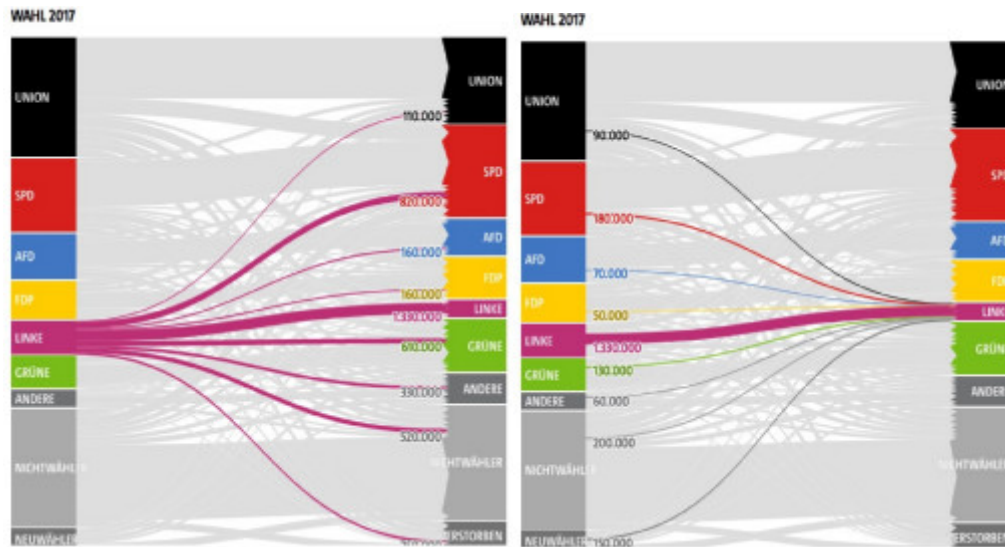
Herausragende Erststimmenergebnisse **im Westen** wurden von Lucia Schnell in Berlin-Neukölln erreicht (13,1 Prozent), in Mainz von dem parteilosen Gerhard Trabert mit 12,4 Prozent (+6), in Hamburg-Altona von Cansu Özdemir mit 9,7 Prozent, in Hamburg-Mitte von David Stoop mit 9,1 Prozent und in Frankfurt am Main I mit Janine Wissler mit 8,8 Prozent.

Zuwächse konnte DIE LINKE In den Wahlkreisen in Mainz (+6) und Lübeck (+3,2) erreichen. Die **geringsten Verluste** wurden in Göttingen (5,1 Prozent, -0,8), Frankfurt/M (8,8 Prozent, -1,0), Rhein-Erft-Kreis und Würzburg (je -1,5 Prozent) eingefahren. Freiburg kommt auf 5,3 Prozent und hat nur 2 Prozentpunkte eingebüßt.

1.6.1. Wähler*innen wandern

DIE LINKE verlor an alle Parteien, am stärksten an SPD (im Saldo 640.000) und Grüne (im Saldo 480.000), zusammen mehr als eine Million Stimmen. Außerdem verlor sie stark an die Nichtwähler*innen (im Saldo 320.000) und die Anderen (im Saldo 270.000). Betrachtet man Zu- und Abwande-

zung von Wähler*innen, fällt auf, dass DIE LINKE 180.000 Stimmen ehemaliger SPD-Wähler*innen, 130.000 Stimmen ehemaliger Grünen-Wähler*innen und 200.000 ehemaligen Nichtwähler*innen gewinnen konnte.



In der **Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen war allgemein viel Bewegung**. Alle Parteien haben hier einen Wähler*innenaustausch von um die 30 Prozent. Auch DIE LINKE hat hier 30 Prozent derjenigen nicht halten können, die DIE LINKE 2017 gewählt haben, und 32 Prozent der Wähler*innen von anderen Parteien gewonnen. In der Altersgruppe darüber (60-69) liegen die Wanderungsquoten nur noch zwischen 12 und 20 Prozent. 63 Prozent der abgewanderten Wähler*innen waren aus dem Westen (37 Prozent Ost). 77 Prozent der von anderen Parteien gewonnenen Wähler*innen wurden im Westen gewonnen (23 Prozent Ost). 63 Prozent der abgewanderten Wähler*innen befürworteten rot-rot-grün, bei den von anderen Parteien zur Linken hin gewanderten Wählerinnen sind es 77 Prozent, die r2g gut finden.

2. Wahlstrategie

Der Erarbeitung der Wahlstrategie gingen folgende Studien im Auftrag der LINKEN voraus: fünf Fokusgruppen im linken Potenzial und ca. 400 ausgewertete Interviews an Haustüren und Telefonbefragungen (durch Kantar/Emnid) zur Ermittlung von Themenvorlieben, Akzeptanz von Einzelforderungen, Erwartungen an Kommunikationshaltung und Wahrnehmung von Kompetenzen und Wahlgründen / Wahlhindernissen. Darüber hinaus wurden online-Befragungen mit Schwerpunkt auf LINKE Wähler*innen und das linke Potenzial ausgewertet. Außerdem wurden die Themenplakate repräsentativen Pretests unterzogen. Einschlägige sozialwissenschaftliche Studien wurden ebenso ausgewertet wie Studien der Wahlforschung zur Wirkung von Wahlkampfmaterialien und Methoden der Mobilisierung von Wähler*innen an die Wahlurnen.

Die Wahlstrategie wurde noch vor dem Hintergrund der zweiten Welle der Corona-Pandemie formuliert. Der Pflegenotstand war im öffentlichen Bewusstsein; der Mietendeckel in Berlin war noch intakt. Dass die Debatten um Kosten der Pandemie und der Wirtschaftshilfen auf die Zeit nach der Bundestagswahl verschoben werden würden, stand bereits zu befürchten. Die Umfragewerte der SPD waren noch tief im Umfragenloch, die Grünen im Hoch. Dass die CDU als Volkspartei erschüttert war – besonders ohne Angela Merkel als Kanzlerkandidat*in – war bereits deutlich.

Die Themenlinien der Wahlstrategie nahmen als wichtig empfundene Themen im LINKEN Potenzial (und der Kompetenzzuschreibungen an DIE LINKE) auf:

- **Sinnvolle Gute Arbeit**, bei der sich niemand zwischen der Zukunft der eigenen Kinder und dem Arbeitsplatz entscheiden muss. Die Löhne müssen steigen! Arbeit, die zum Leben passt, mehr Zeit, weniger Stress und Überstunden, weniger Arbeitslosigkeit. Aufwertung von Berufen der (personen-

nahen) Dienstleistungen. Wir treten für Arbeitszeitverkürzung auf um die 30 Stunden an, mit vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich ein.

- **Friedliche Außenpolitik, Waffen- und Rüstungsexporte stoppen.** Wir schicken die Bundeswehr nicht ins Ausland, wir stehen gegen die Militarisierung im Innern. Wir kämpfen für ein Verständnis von Sicherheit, das auf sozialer Gerechtigkeit beruht, weltweit. Dass aus Deutschland Waffen und Rüstungsgüter in die Krisen- und Kriegsgebiete der Welt exportiert werden, schafft Leid und Fluchtursachen. DIE LINKE ist die Friedenspartei.
- **Soziale Sicherheit**, garantiertes Mindesteinkommen, so dass niemand in Rente, Erwerbslosigkeit, Ausbildung unter 1.200 Euro fällt. Soziale Sicherheit heißt auch: Was für alle da ist, muss allen gehören. Exemplarisch am Wohnen / zuhause sein / sicher in der Nachbarschaft, was bleibt vom Lohn, nicht einfach dem Markt ausgeliefert sein.
- **Klimaschutz geht nur sozial gerecht.** Wir zeigen, dass das geht und das Leben für alle besser wäre; z.B. anhand vom Ausbau und besserem, günstigerem und stufenweise entgeltfreiem ÖPNV. Wir greifen die Verursacher des Klimawandels an: Konzerne und die oberen 10 Prozent der Reichen und Vermögenden. Niemand darf gezwungen sein, sich zwischen dem Arbeitsplatz und der Zukunft der eigenen Kinder zu entscheiden. Wir zeigen, wie eine gute Zukunft mit klimafreundlicher Mobilität, mit öffentlicher Beschäftigungssicherung, mit mehr Lebensqualität für alle geht. Die Zukunft entscheidet sich jetzt und mit uns.
- **Ökologischer und sozial gerechter Umbau der Industrie:** stärken, was die Umwelt schont. Pflege und Gesundheit, Bildung und Erziehung, Produktion von Bus, Bahn und Schiene, Ausbau des ÖPNV, sozialer Wohnungsbau. Das macht – für uns und für viele – Wohlstand aus. Das Öffentliche stärken, auch in den Betrieben – staatliche Unterstützung als Beitrag zu einer Wirtschaft, die stärker an Menschen und Umwelt ausgerichtet und demokratischer ist.
- **Ungleichheit ist unsozial** – aber zum Glück heilbar. Wir streiten für gleiche und gerechte Lebensmöglichkeiten – in allen Bereichen. Nicht nur Reichtum besteuern, auch Mieten deckeln und Mindestlohn erhöhen. Kein Profitstreben im Gesundheitssystem, keine Zwei-Klassen-Medizin. Investitionen in eine Bildung, die soziale Ungleichheit ausgleicht und nicht verstärkt. Eine Zukunft für den Osten, Gerechtigkeit heißt Gleichheit: in Löhnen, Chancen, Renten, Entwicklung.
- **Demokratie und Solidarität:** Klare Kante gegen rechts, gegen Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und jede weitere Form von Rassismus, FÜR Gleichberechtigung und ein gutes Miteinander, für den Schutz von Menschen- und Grundrechten. Solidarität & Demokratie brauchen Strukturen in der öffentlichen Daseinsvorsorge, der breiten Teilhabe. Die werden durch die Schuldenbremse und den zu erwartenden Sozialabbau gefährdet. Solidarität ist nicht nur ein Wert, sondern eine Praxis, eine Art, die Gesellschaft zu organisieren, für alle.
- **Solidarität statt Ausgrenzung:** gegen das tödliche Grenzregime, für legale Fluchtwege. Gerechte Teilhabe migrantischer Menschen, Schutz vor Hetze und Gewalt. Die Hälfte der Welt (und der Zeit, des Lohnes etc.) für die Frauen*: Im Beruf, in den Gehaltsstrukturen, in der Unverletzlichkeit, im Zugang zur Macht, bei der Veränderung der Welt. Wir streiten für die Unabhängig vom Einfluss der Wirtschaftslobby: Regeln müssen auch für die großen Fische, für Reiche und Konzerne gelten.
- **Gesundheitsschutz und soziale Absicherung** sind in Zeiten von Corona untrennbar verbunden. Die Politik der Bundesregierung sorgt für Existenznöte bei Beschäftigten sowie Kulturschaffenden, Gastronomen, Kleingewerbetreibenden. Wir fordern soziale Absicherung, einen Systemwechsel im Gesundheitssystem und verbindliche Regelungen zum Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz.

Für die **Tonalität** legte die Wahlstrategie fest, dass DIE LINKE sich mit den Reichen und Mächtigen im Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung anlegt. Sie ist eine **verlässliche Stimme für soziale Gerechtigkeit**. Sie ist die Partei, die Probleme offen anspricht und unabhängig von Wirtschaftsinteressen auch für die Teile der Bevölkerung kämpft, die nicht über die Mittel der mächtigen Wirtschaftslobby verfügen. Wir machen Druck, wir zeigen auf, wo die anderen nur schöne Worte machen, aber nicht handeln. Wir treiben die Themen von sozialer und ökologischer Gerechtigkeit so, dass die anderen nicht darum herumkommen.

Unsere **Funktion Misstände zu benennen, Alternativen aufzuzeigen und Widerstand zu mobilisieren, ist ein wichtiger Ankerpunkt unserer Kommunikation.** Wir zeigen, dass es anders geht, konkret und machbar, ohne unsere Ansprüche – und damit die Lebensansprüche von großen Teilen der Bevölkerung – zu mindern. Wir haben gute Ideen und durchgerechnete Konzepte. Für die werben wir offensiv für unsere Ideen. Wir treten geschlossen auf und sprechen mit einer Stimme. Wir führen einen einheitlichen Wahlkampf. Wir unterbreiten den Wähler*innen Angebote, nicht den anderen Parteien. Wir wollen, dass sich wirklich was ändert, wir streiten ums Ganze, um einen sozialen und ökologischen Systemwechsel, nicht nur neue Farbe auf alte Verhältnisse. Deshalb lohnt sich eine Stimme für DIE LINKE. Wir streiten für eine starke LINKE und wir sind Teamplayer. Wir trauen uns zu, unsere Ideen auch umzusetzen. **Wir strahlen aus, dass wir die sozialen und ökologischen Veränderungen, konsequente Friedenspolitik auch durchsetzen wollen** – mit allen, die auch dazu bereit sind. Wir sind überzeugt, dass es möglich und vor allem notwendig ist, mit einem konsequenten Politikwechsel zu beginnen – nicht irgendwann, sondern **jetzt**. Wir wollen Bündnisse, die die soziale und ökologische Gerechtigkeit in unserem Land verbessern.

Als **Zielgruppen** wurden benannt:

- **Beschäftigte**, kleine Selbstständige und gewerkschaftlich Aktive, besonders im Bereich der (personennahen) Dienstleistungsbereiche und in den von Corona und der Transformation besonders betroffenen Bereichen
- **Frauen** (auch in ihren besonderen Lebenslagen z.B. als Alleinerziehende)
- die vielen, auch Menschen mit »normalem« Einkommen, die unter den Gerechtigkeitslücken der Corona-Krise leiden und unter alltäglichem Druck (steigende Mieten, schlechte Infrastruktur / Schulen...) stehen
- junge Menschen, von denen viele von großen Zukunfts- und Gerechtigkeitsfragen bewegt werden
- ältere Menschen, die nicht nur den größten Teil der Wahlberechtigten ausmachen
- Menschen im Osten an, wir wissen um die Ungerechtigkeiten, die sie in Lohn, Rente, Zukunftschancen erfahren und wir wissen, dass die die Zukunft gestalten können
- Wir wollen möglichst viele Menschen zur Wahl mobilisieren, die bei den vergangenen Wahlen nicht gewählt haben.
- Menschen mit Migrationserfahrungen erfahren oft mehrfach Abwertungen und sind häufig besonders betroffen von prekären Arbeits- und Lebenssituationen. Wir kommunizieren auf Augenhöhe, wir suchen das Gespräch, wir machen Vielfalt sichtbar.
- Menschen in besonderen sozialen Lagen: Erwerbslose, Alleinerziehende, Soloselbstständige und prekär Beschäftigte, die es auch mit höheren Bildungsabschlüssen und den Institutionen der höheren Bildung gibt.

3. Wahlprogramm und Themen

3a. Wahlprogrammerstellung

Der erste Entwurf des Wahlprogramms »Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit« wurde von den Vorsitzenden Bernd Riexinger und Katja Kipping am 8. Februar 2021 präsentiert. Es folgten sechs programmatische Ratschläge, in denen Kapitel des Programms ausführlich diskutiert wurden. Die Beratungen waren offen für alle Mitglieder der Partei. Der Entwurf wurde von den dann neu gewählten Vorsitzenden Janine Wissler und Susanne Hennig-Wellsow in den Parteivorstand eingebracht und am 10. April 2021 (nach Verhandlung von 188 Änderungsanträgen) als Leitantrag für den Parteitag verabschiedet. Sitzungsgemäß konnten zum Leitantrag Änderungsanträge eingereicht werden; von den antragsberechtigten Parteigliederungen wurden 1060 Änderungsanträge gestellt. Diese wurden im Vorfeld in neun offenen Beratungen mit Vertreter*innen des Parteivorstandes diskutiert. Am 20. Juni 2021 wurde das Wahlprogramm vom Parteitag verabschiedet.

3b. Argumentationsmaterialien

Es wurden ca. 750 **Wahlprüfsteine** beantwortet; die Mehrheit bestand aus acht Themenblöcken / Fragen; es wurden aber auch bis zu 60 Fragen in einem einzelnen Wahlprüfstein gestellt). Dabei kam zum ersten Mal das mit den anderen Parteien verabredete gemeinsame Online-Verfahren zum Einsatz. Die beantworteten Wahlprüfsteine finden sich hier: <https://www.die-linke.de/wahlen-btw21/wahlpruefsteine-2021/>. Neben unzähligen **Presseanfragen** wurden Materialien für **Wahlhilfen** erarbeitet. Der Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung wurde fristgerecht beliefert – er wurde zur Bundestagswahl 21.251.706 Mal genutzt. Das Format der »-o-Maten« hat sich weiter verbreitet: Neben Steuerrechner und Sozial-o-Mat der Sozialverbände, Klima-Check u.a. haben viele kleinere Organisationen und Internetplattformen systematisiert Positionen abgefragt – und wurden in den meisten Fällen auch beantwortet (insgesamt 65). Auch Anfragen und neue Formate auf Facebook, Twitter u.a. wurden mit LINKEN Forderungen und -Positionen versorgt.

Es wurden 7 **Themenflyer** zu den LINKEN Kernthemen des Wahlkampfes und ein Kurzwahlprogramm aufgelegt.

Zur Unterstützung der Kandidierenden entstanden **75 BattleCards**, eine Synopse, die die Wahlprogramme aller Parteien vergleichbar machte, sowie diverse Briefings und Spickzettel. Die Kandidierenden und Wahlkampfleitungen wurden wöchentlich mit **Kommunikationslinien** versorgt.

Das Format »**Auf-den-Punkt-gebracht**« (AdPg) erschien 14-mal - jeweils zu wichtigen inhaltlichen Auseinandersetzungen des Wahlkampfes (<https://www.die-linke.de/themen/auf-den-punkt-gebracht/>): 1 Mio Klima-Jobs; Die LINKEN Einkommensteuer; Afghanistan – Menschen retten, Solidarität mit den Streikenden der Bahn, Sozialabbau nach der Bundestagswahl? Was geplant ist; Die »Anpassung« der Hartz IV Sätze bleibt Armut per Gesetz; Zum Gutachten des Scholz-Ministeriums gegen die Vermögensabgabe; Warum radikaler Klimaschutz nicht über den Markt geht; 16 Jahre Merkel: mehr Ungleichheit, mehr Armut; Nach Corona: Schluss mit der Zweiklassenmedizin; Stiftung der Reichen wehrt sich gegen Vermögensteuer; Macht das Land gerecht! 2003 darf sich nicht wiederholen; Olaf Scholz, der cum-ex-Kandidat; Solidarität mit der Krankenhausbewegung!

Um die Finanzierbarkeit unserer Vorschläge zu untermauern, wurde eine **Einnahmen-Ausgabenrechnung** erarbeitet. Sie fand Eingang in die Wahlzeitung und wurde als eigenständige Information in den Wahlkampf eingespeist.

4. Wahlkampfmittel

4.a Plakate, Großflächen

Im Bundestagswahlkampf wurden bundesweit 298.403 Themenplakate (A1 und A0 Easyplates, Pappe und Papier) mit acht verschiedenen Motiven sowie 34.681 Personenplakate der Spitzenkandidat*innen und der Fraktionsvorsitzenden erstellt. Für die Spitzenkandidat:innen und die Kandidat:innen der strategischen Direktwahlkreise wurden insgesamt 600.000 Personenfolder produziert.

Insgesamt wurden 2.200 mobile Großflächen und 322 Festnetzflächen durch die Bundespartei beauftragt, in drei Wellen mit unterschiedlichen Motiven. Durch Plakatspenden kamen 371 weitere Großflächen bundesweit hinzu. Einige Landesverbände buchten weitere Großflächen für die Kandidatinnen und Kandidaten hinzu, die genaue Anzahl liegt in der Bundesgeschäftsstelle jedoch nicht vor.

4.b Print außer Plakaten

Das Wahlprogramm wurde in einer Auflage von 25.000 Stück produziert, das Kurzwahlprogramm in einer Auflage von 2,5 Mio. Stück.

Das Kurzwahlprogramm wurde in 19 Fremdsprachen übersetzt und als Download zur Verfügung gestellt. Ferner wurde das Kurzwahlprogramm in Brailleschrift und in Einfacher und in Leichter Sprache produziert sowie als Audioversion eingesprochen. *Audio-Wahlprogramm: DIE LINKE. Bundestagswahl 2021 Archiv (die-linke.de)*

Das zentrale Verteilmaterial war die 8-seitige Wahlzeitung mit einer bundesweiten Auflage von 8,3 Millionen Exemplaren in 15 landesweiten Regionalteilen und einer Bundesausgabe. Die Regionalausgaben sind wichtig für die Vorstellung der Kandidat*innen in den Bundesländern und zur Hervorhebung spezifischer regionaler Themen und Besonderheiten. So nutzte beispielsweise der Landesverband Sachsen seine Regionalausgabe auch zur Bearbeitung der Benachteiligung Ostdeutschlands 31 Jahre nach der Vereinigung.

Die Türhänger mit der Wahlaufforderung wurden in einer Auflage 320.120 Stück Mitte August an die Gliederungen als Verteilmaterial für den Wahlkampfendspurt und den 48-Stundenwahlkampf zur Verfügung gestellt.

4.c Kleinwerbemittel zur Bundestagswahl

An Kleinwerbemitteln wurden folgende von der Bundespartei finanzierten Formate den Gliederungen zur Verfügung gestellt (und entsprechend einem Länderschlüssel aufgeteilt): 300.000 Kugelschreiber, 74.000 Malbücher, 130.000 Papiertragetüten, 75.000 Sattelschoner, 300.000 Gummibärchen, 220.000 Saattütchen.

Ein Großteil der Landesverbände stockte ihre Bestellungen aus eigenen Mitteln auf bzw. setzte u.a. Luftballons, Fruchtgummis, Einkaufschips, Papiertüten, Papiertaschentücher, Pappbecher, Windmühlen im Wahlkampf ein.

Zusätzlich wurde die Anschaffung von Lastenrädern für die Kreisverbände finanziell mit insgesamt 100.000 Euro unterstützt.

4.d. Formate zwischen Print und Online

Ob Haustürwahlkampf, Wahlkampfaktionen vor dem Jobcenter in Nürnberg oder die Präsentation unseres Sofortprogramms – das **Mitglieder-Magazin LINKSBEWEGT** informierte die Mitglieder regelmäßig über die Wahlkampfaktivitäten. Im Gesamtzeitraum der heißen Wahlkampfphase (ab Kampagnenpräsentation am 21.7.2021) lag die Besucher*innenzahl insgesamt bei 14.000. Der Artikel »Verbunden mit Cum-Ex, Wire Card und Agenda 2010: Olaf Scholz« war dabei mit 6.300 eindeutigen Aufrufen der am häufigsten gelesenen Artikel. Zur Einstimmung auf den Wahlkampf wurde eine Printausgabe des Mitgliedermagazins LINKSBEWEGT produziert und im Mai an alle Mitglieder verschickt. Schwerpunkte waren die Vorstellung der wichtigsten Themen unseres Wahlprogramms und die Mobilisierung der Mitglieder für den Wahlkampf.

Zur Reaktion auf aktuelle Themen wurden insgesamt über 120 verschiedene Formate (Kopiervorlagen, »Auf den Punkt gebracht«, Battlecards und Positionspapiere) gestaltet und über E-Mail-Verteiler verschickt bzw. auf der Website und in der Cloud zum Download zur Verfügung gestellt. Zu den Kernthemen des Wahlkampfes wurden acht thematische Flyer als Druck- und Kopiervorlage produziert und auf der Website und in der Cloud zum Download zur Verfügung gestellt.

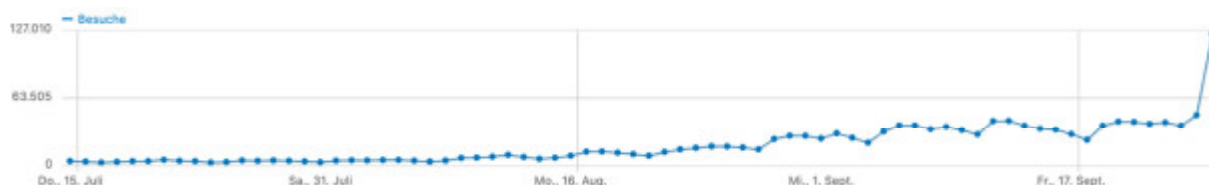
4.e. Online-Wahlkampf

Kurz vor dem Wahlprogramm-Parteitag im Juni 2021 gab es einen umfassenden konzeptionellen, sowie gestalterischen Relaunch der Webseite. Das Layout der Webseite wurde an das neue Design der Wahlkampagne angeglichen. Vor allem die vielen bunten Kästchen unterscheiden sich zentral von der Gestaltung davor. Ein besonderes Augenmerk wurde auf die Überarbeitung der Startseite hin zu einem aktivierenden Kampagnen-Layout gesetzt. Das Video soll Besucher*innen auf emotionaler Ebene für DIE LINKE begeistern, und Calls-to-Action laden ein, gleich aktiv zu werden, einzutreten, zu spenden oder sich für den Newsletter anzumelden.

Vom Start der Kampagne am 21. Juli bis zum Wahlabend am 26. September 2021 hatte wir insgesamt über 1,3 Millionen Besucher*innen auf www.die-linke.de und ihren Unterseiten. Herauszuheben ist, dass sich der Trend hin zur mobilen Nutzung weiter verstärkt und bei 71,1 Prozent liegt (902.034 Smartphone, 45.087 Phablet (Kreuzung von Smartphone und Tablet), 37.936 Tablet). Demgegenüber haben 382.654 Menschen mit dem Desktop-Computer auf unsere Inhalte zugegriffen.

In der Analyse der Webstatistik zeigen sich verschiedene Höhepunkte auf der Webseite während des Wahlkampfes. Die mit Abstand höchsten Zugriffe hatten wir mit 123.308 eindeutigen Besucher*innen am Wahltag (26.Sept.) selbst. Das sind 15 Prozent mehr als 2017. Außer am Wahlabend selbst erreichte die Webseite in den letzten drei Wochen vor der Bundestagswahl kontinuierlich die meisten Views. Dies lag sehr wahrscheinlich an der verstärkten medialen Aufmerksamkeit rund um den Diskurs einer LINKEN Regierungsbeteiligung und an der kontinuierlichen Suchbegriffe-Werbung der Website bei Google seit Mitte August, die wir, je näher der Wahltag rückte, steigerten.

Ein vermehrtes Interesse an der Webseite lässt sich bereits ab dem 9. August erkennen. Ab diesem Zeitraum stiegen unsere Besucher*innenzahlen kontinuierlich von durchschnittlich 4.500/ Tag (1.1.2021-8.8.2021) auf 24.388/ Tag (9.8.2021-25.9.2021).



Die am häufigsten besuchten Seiten waren mit Abstand das »Wahlprogramm« und »10 Gründe DIE LINKE zu wählen« (21.Juli-26.Sept.: 815.701 Views). Die »Wahlprogramm«-Seite mit Wahlprogrammen in Leichter und Einfacher Sprache sowie in diversen Fremdsprachen und dem Audio-Wahlprogramm wurde nur leicht mehr besucht als das Kurzwahlprogramm mit den Links zu den einzelnen Themenseiten. Beide Seiten waren als Google-Anzeige geschaltet und konnten darüber die Hälfte der Aufrufe erzielen. Die Seite »Wahlprogramm« konnte darüber hinaus durch die unzähligen Wahlberichterstatter eine hohe Aufmerksamkeit bekommen, da diese direkt auf die Seite verlinkten.

Die Wahlen-Seite (die-linke.de/wahlen) und ihre Unterseiten wurde mit 41 Prozent mit Abstand am häufigsten besucht. Danach haben die Startseite (16 Prozent), die verschiedenen Themenseiten (14 Prozent) und die Parteiseite inklusive Unterseiten (11,3 Prozent) eine ähnliche Anzahl an Besucher*innen auf ihre Seite locken können. Die Seiten »Mitmachen« und ihre Unterseiten zu Linksaktiv, Haustürgesprächen und Spenden wurde vergleichsweise seltener aufgerufen.

Herauszuheben ist, dass neben dem Wahlprogramm die Themenseite eine große Rolle in der Übermittlung zentraler Wahlthemen darstellt. Sie geben auch Aufschluss darüber, für welche Themen sich viele Menschen interessieren. Die Themenseiten wurden durch Google-Anzeigen beworben und konnten ihre Views dadurch verdoppeln.

Die Top 10 der besuchten Themenseiten (Zeitspanne: 21.Juli – 26. Sept.)

☰ steuern	47.365	41.762	80 %	00:01:26	68 %
☰ klimaschutz	39.308	33.097	72 %	00:02:00	59 %
☰ frieden	23.415	20.615	79 %	00:01:21	66 %
☰ rente	23.178	20.636	79 %	00:01:25	58 %
☰ flucht-und-migration	20.309	17.847	77 %	00:01:37	58 %
☰ arbeit	20.202	17.060	82 %	00:01:32	48 %
☰ soziale-sicherheit	20.103	17.277	85 %	00:01:10	60 %
☰ wohnen	16.100	14.522	87 %	00:01:13	62 %
☰ corona	15.859	13.767	71 %	00:01:37	56 %
☰ bildung	14.994	12.165	65 %	00:02:26	50 %

Downloads: Das Wahlprogramm wurde über 46.000-mal von unserer Webseite heruntergeladen (Zeitspanne: 21. Juli – 26. September). Das Kurzwahlprogramm verzeichnete 8.915 Downloads. Das Wahlprogramm in Einfacher Sprache 14.093 Downloads und in Leichter Sprache 3.979 Downloads.

Abschließend ist zu berichten, dass im »Großen Parteien Webseite Check« unsere Webseite den ersten Platz erreichen konnte. (<https://www.mosaiq.com/blog/allgemeines/2021/09/06/parteien-website-check-2021/>)

Social Media

In unserer Social-Media-Strategie haben wir uns als Bundespartei auf die reichweitenstarken Kanäle Facebook, Twitter, Instagram und YouTube konzentriert. Erstmals haben wir in diesem Wahlkampf mit der Gründung der »Linken Einhornfabrik« ein Werkzeug geschaffen, um die Mitgliedschaft aktiv in den Online-Wahlkampf einzubinden. Es registrierten sich über 2.000 Mitglieder in unserem Social-Media-Aktiven-Netzwerk, 1.700 waren in der Facebook-Gruppe aktiv, 870 abonnierten die Einhorn-Telegram-Gruppe. Zur Unterstützung unserer Social-Media-Aktiven vor Ort stellten wir einen Sharepic-Generator zur Verfügung und richteten über die Einhornfabrik eine Cloud ein, über die Sharepics und Videos für alle zugänglich waren.

In den sozialen Netzwerken übertrugen wir die Wahlkampfveranstaltungen aus Rostock (Auftakt), Frankfurt am Main und Berlin (Auftakt 48-Stunden-Wahlkampf) sowie einen Talk mit Gregor Gysi und unserem Spitzenkandidaten Dietmar Bartsch live. Jeder dieser Livestreams wurde von mehreren Hundert Menschen gleichzeitig verfolgt.

Die großen TV-Formate, Trielle und TV-Sendungen mit unseren Spitzenkandidat*innen (z. B. Sommerinterviews, Vierkampf, Schlussrunde) begleiteten wir aktiv bei Twitter und bereiteten sie in den anderen sozialen Medien nach. Insgesamt veröffentlichten wir in der heißen Wahlkampfphase 1.000 Posts und Tweets. Ziel war dabei, mit Zuspitzungen, Gegnerbezügen, Vergleichen und dem Werben für die eigene Position, eine möglichst große Reichweite zu erzielen. Bei Facebook und Instagram erreichten wir in der heißen Wahlkampfphase jeweils rund 7 Millionen Menschen, bei Twitter wurden unsere Tweets rund 7,5 Millionen Mal angezeigt. Unsere Videos wurden bei YouTube 1,1 Millionen Mal aufgerufen.

Bei den bezahlten Social-Media- und Online-Wahlkampf-Anzeigen konzentrierten wir uns auf die letzten acht Wochen vor dem Wahltag. Die Werbeanzeigen-Ausspielung begann bei Facebook und Instagram Ende Juli mit Spenden-Kampagnen (Plakat- und Kleinspenden). Ab Mitte August - mit dem Versand der Wahlbenachrichtigungen - bewarben wir auf Google (Suchnetzwerk-Anzeigen) und einer YouTube-Bumper-Anzeigen (nicht-überspringbares 6-sekündiges Video) für die Briefwahl. Ebenfalls ab Mitte August wurde auf Facebook die Wahltour fortlaufend in den jeweiligen Städten beworben. Hinzu kam Werbung für die Gaming-App (Bobby's Rising). Ebenfalls zu diesem Zeitpunkt starteten wir in die breite Bewerbung des Kino-Spots (16 Jahre verschollen) mit den Werbezielen Reichweite, Videowiedergaben und Link-Klicks (Spendeshop zum Kinospot). Zudem wurden das Sofortprogramm und der TV-Spot ab Mitte September beworben und die thematischen Microsites ausgespielt. Zum Ende gingen auf Facebook/Instagram und Google/YouTube noch mal der TV-Spot und Banner für herausgehobenen Direktkandidat*innen-Wahlkreise in die Werbung. Am Wahlwochenende selbst wurden auf YouTube die beiden Clips (Kino und TV) und auf Facebook/Instagram die »Lindner- / Söder-Gesichter« sowie am Wahltag ein Wahlwecker-Sharepic beworben. Im September erreichten wir täglich mehrere 100.000 Einzelpersonen und erzielten tausende Link-Klicks.

Bei Google und YouTube erreichten wir darüber hinaus mit Suchbegriffe-Anzeigen insgesamt rund 6 Millionen Impressionen und 362.000 Website-Aufrufe. Beworben und mit Wahlanzeigen versehen wurden dabei bestimmte thematische Suchbegriffe und Begriffe rund um die Bundestagswahl. Bei YouTube wurden mit jeweils passenden Suchbegriffen auch unsere zehn Wahlprogrammvideos gezielt beworben.



	Impressionen	erreichte Personen	Link-Klicks	Klick-Rate
Facebook/Instagram	14.262.528	4.892.016	270.469	1,9 Prozent
Google/YouTube	6.149.102	2.000.000	59.916	1,0 Prozent
Online-Anzeigen	3.200.000	1.000.000	10.000	0,5 Prozent
Google-Suchanzeigen	4.876.859	keine Angabe	362.889	7,4 Prozent
YouTube (u. a. Wahlprogramm-Videos)	1.088.688	keine Angabe	107.346 (Aufrufe)	9,9 Prozent

Top 10 der Posts (ohne Werbeschaltungen der Agentur, inkl. eigener Schaltungen)



Betrachtungszeitraum: 21.7.2021 (Präsentation Kampagne) bis 26.9.2021

Facebook

Reichweite gesamt 7 Millionen, Anzahl der Posts 101 / 1,5 pro Tag






Reaktionen: 202.327, Follower-Wachstum:2.000




FACEBOOK	Reichweite	Interaktionen
1. Unternehmens- und Lobbyisten-spenden müssen verboten werden. (24.8.2021)	G: 375.073 Ad: 117.897	G: 6.978 S: 2.116
2. Das LINKE Steuerversprechen in einer schönen Grafik. (27.7.2021)	G: 350.189 Ad: 0	G: 2.858 S: 1.385
3. Warum eigentlich wird eine Milliarde Euro Steuergeld für den Strukturwandel in der Autoindustrie verwendet? (18.8.2021)	G: 221.149 Ad: 18.108	G: 7.677 S: 2.094
4. Nach »Triell«, »Schlagabtausch« und »Vierkampf« hier für Dich die Zusammenfassung. (14.9.2021)	G: 218.257 Ad: 149.177	G: 2.673 S: 476
5. Unser Wahlprogramm-Check: DIE LINKE #MachtdasLandgerecht (30.8.2021)	G: 206.013 Ad: 74.221	G: 3.512 S: 963
6. #Scholz, #Baerbock, #Laschet - wer hat wohl das #Triell gewonnen (12.9.2021)	G: 203.972 Ad: 108.665	G: 5.015 S: 546
7. DIE LINKE wählen, für soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz. Und für den Blick von Lindner. (25.9.2021)	G: 191.349 Ad: 0	G: 6.130 S: 523
8. 16 Jahre: Genug Zeit verloren. (28.8.2021)	G: 187.220 Ad: 125.739	G: 2.478 S: 771

FACEBOOK		Reichweite	Interaktionen	
9.	In Thüringen stellt sich heute ein Faschist zur Wahl als Ministerpräsident. Und die CDU so? (23.7.2021)		G: 180.197 Ad:0	G: 7.490 S: 1.534
10.	Wir finden das gar nicht erstaunlich, sondern konsequent. (3.8.2021)		G: 172.459 Ad: 33.056	G: 3.571 S: 1.067
		G = gesamt Ad: davon bezahlt	G = gesamt S: davon Shares	

Instagram

Reichweite gesamt 6,7 Millionen, Anzahl der Posts: 104 / 1,5 pro Tag, Reaktionen 514.807, Follower-Wachstum: 16.000

INSTAGRAM FEED		Reichweite	Interaktionen (Engagement)	
1.	Wahlspot DIE LINKE: Gemeinsam machen wir das Land gerecht. JETZT. (12.9.2021)		217.046	8.989
2.	Unternehmens- und Lobbyistenspenden müssen verboten werden. (24.8.2021)		208.901	10.986
3.	DIE LINKE wählen, für soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz. (25.9.2021)		195.977	19.293
4.	Gestern beim #Vierkampf: Wir machen das Land gerecht! (14.9.2021)		159.927	13.620
5.	Das ist wirklich eine gute Nachricht für alle Demokrat*innen: (4.9.2021)		157.871	11.284
6.	Unser Wahlprogramm-Check: DIE LINKE #MachtDasLandgerecht (30.8.2021)		154.613	18.195
7.	Wir kämpfen für konsequenten Klimaschutz. (10.0.2021)		150.332	11.005

INSTAGRAM FEED		Reichweite	Interaktionen (Engagement)
8.	Für soziale Gerechtigkeit gibt es nur ein sehr gutes Mittel: DIE LINKE! (28.7.2021)		126.492 8.332
9.	Vielen Dank allen Wähler*innen, die uns mit ihren Stimmen unterstützt haben. (26.9.2021)		120.715 22.239
10.	In Thüringen stellt sich heute ein Faschist zur Wahl als Ministerpräsident. Und die CDU so? (23.7.2021)		119.101 11.303







Insta Reels (Kurz-Videos)

- 7 Gründe DIE LINKE zu wählen (Daphne Weber) / 107.000 Reichweite
- LINKEoderLindner (Redeausschnitt Dietmar Bartsch) / 57.900 Reichweite
- Oma Delia erklärt, warum ältere jetzt ihre Enkel anrufen müssen / 54.000 Reichweite

Twitter

Impressionen gesamt 7,3 Millionen, Anzahl der Posts: 809 / 12 pro Tag, Reaktionen: 116.548, Follower-Wachstum: 10.039

TWITTER		Reichweite	Likes	Retweets	
1.	16 Jahre: Genug Zeit verloren. Gemeinsam machen wir das Land gerecht. #MachtdasLandgerecht #btw21 (28.8.2021)		302.320	2.490	683
2.	Unternehmens- und Lobbyistenspenden müssen verboten werden. #Lobbyismus #FDP #Parteispenden (24.8.2021)		210.070	1.974	483
3.	DIE LINKE wählen, für soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz. Und für den Blick von Lindner. #MachtdasLandgerecht #btw21 (25.9.2021)		190.470	2.670	304
4.	Jahre war Zeit, den Abzug vorzubereiten. Wir haben diesen Einsatz immer abgelehnt, aber jetzt, heute und in dieser und den kommenden Wochen geht es vor allem darum, so viele Menschen wie irgend möglich in Sicherheit zu bringen. #Afghanistan #Kabul #kabulairport (16.8.2021)		164.165	624	119

TWITTER		Reichweite	Likes	Retweets	
5.	<p>Vielen Dank allen Wähler*innen, die uns mit ihren Stimmen unterstützt haben. Vielen Dank liebe Genoss*innen und Sympathisant*innen für den großartigen Einsatz im Wahlkampf. #btw21 (26.9.2021)</p>		144.750	2.063	159
6.	<p>@DietmarBartsch: »Der größte Polizeieinsatz in der Geschichte von NRW war rechtswidrig. Das ist ein Fakt, den sich ein Kanzlerkandidat nicht leisten darf. #Laschet ist nicht kanzlerfähig.« #LaschetRuecktritt #HambacherForst (9.9.2021)</p>		140.998	3.541	569
7.	<p>Zum Schluss unseres #Triell-Wahlprogrammchecks kommt #Laschet. Da gibt es nur ein #Fazit: #CDUrausausderRegierung (29.8.2021)</p>		111.724	1.529	250
8.	<p>Das ist wirklich eine gute Nachricht für alle Demokrat*innen: @katjakipping kann nach aktuellen Umfragen ihren Wahlkreis in #Dresden gewinnen und verhindern, dass ein Mann vom Höcke-"Flügel" der #noAfD direkt in den Bundestag gewählt wird. #btw21 #unteilbar (4.9.2021)</p>		90.106	1.739	222
9.	<p>Guten Morgen, auf ins Wahllokal, DIE LINKE wählen! #MachtDasLandGerecht #btw21 #Bundestagswahl</p>		85.790	932	219
10.	<p>.@Janine_Wissler: »Armin #Laschet hat einen rechtswidrigen Polizeieinsatz angewiesen, damit #RWE Wald für Braunkohle roden kann. Damit ist er untragbar als Ministerpräsident und sollte umgehend zurücktreten.« #LaschetRuecktritt #HambacherForst (9. September 2021)</p>		85.202	2.122	303
11.	<p>Wir wollen #Cannabis legalisieren, eine vorrangig nichtkommerzielle Bezugsmöglichkeit schaffen und den Besitz sowie den Anbau zum eigenen Bedarf erlauben. (23.8.2021)</p>		81.641	1.728	189
12.	<p>Gestern beim #Vierkampf: Wir machen das Land gerecht! #Wissler (14.9.2021)</p>		79.877	2.169	239

YouTube

1.139.418 Aufrufe, 42 veröffentlichte Videos, 17 Livestreams

Video	Veröffentlichung	Aufrufe	Wiedergabedauer (Durchschnitt)	Wiedergabedauer (in Prozent)
Insgesamt		1.139.359	0:01:55	26.48
1. 16 Jahre: Genug Zeit verloren. Machen wir das Land gerecht. - Wahlspot zur Bundestagswahl 2021	28.8.2021	299.390	0:00:36	98.81
2. Wahlspot DIE LINKE: Gemeinsam machen wir das Land gerecht. JETZT.	12.9.2021	277.366	0:01:08	76.13
3. Macht das Land gerecht. Jetzt.	10.5.2021	88.691	0:01:15	77.47
4. Caren Lay nimmt die AfD-Männer auseinander, die angeblich Frauenrechte verteidigen	22.2.2018	40.425	0:03:02	51.37
4. Wahlprogrammparteitag 2021 in 86 Sekunden.	23.6.2021	40.160	0:01:11	83.51
Stefan Liebich zerpfückt die Fakenews der AfD zum Migrationspakt	30.11.2018	27.577	0:03:55	60.01
Gysi und Sonneborn: Das Kanzlerduell der Herzen	15.9.2013	26.009	0:05:31	48.66
Janine Wissler (DIE LINKE): Nachhilfe für die AfD in Sachen Meinungsfreiheit	7.11.2019	17.179	0:03:07	55.83
5. Klimaschutz sozial gerecht: Das Wahlprogramm der LINKEN zur Bundestagswahl 2021 erklärt	8.9.2021	13.606	0:01:10	70.06
Gysi & Wissler: Die DDR, Marx und der Demokratische Sozialismus	5.12.2019	12.714	0:08:05	31.95
6. Für Dresden: Am 26. September: Katja Kipping wählen	10.9.2021	9.761	0:00:44	87.32
7. Wir machen Wohnen bezahlbar: Das Wahlprogramm der LINKEN zur Bundestagswahl 2021 erklärt	8.9.2021	9.761	0:01:10	63.92
8. Wir machen den Sozialstaat sicher: Das Wahlprogramm der LINKEN zur Bundestagswahl 2021 erklärt	20.9.2021	9.368	0:01:10	62.22
9. Solidarität ist unteilbar: Das Wahlprogramm der LINKEN zur Bundestagswahl 2021 erklärt	3.9.2021	9.162	0:00:55	73.27

Video	Veröffentlichung	Aufrufe	Wiedergabedauer (Durchschnitt)	Wiedergabedauer (in Prozent)
10. Waffenexporte verbieten! Das Wahlprogramm der LINKEN zur Bundestagswahl 2021 erklärt	16.9.2021	9.039	0:01:06	69.01
11. Das Wahlprogramm der LINKEN erklärt	20.0.2021	8.792	0:04:57	27.44
12. Solidarische Gesundheitsversorgung: Das Wahlprogramm der LINKEN zur Bundestagswahl 2021 erklärt	14.9.2021	7.922	0:01:07	64.04
13. Arbeit die zum Leben passt: Das Wahlprogramm der LINKEN zur Bundestagswahl 2021 erklärt	14.9.2021	7.895	0:01:14	58.92
14. Zeit zu handeln! Vorstellung des Wahlprogrammmentwurfs zur Bundestagswahl	8.2.2021	7.673	0:05:36	20.92
15. Janine Wissler und Dietmar Bartsch: Sozial und klimagerecht. Wir machen das.	6.9.2021	7.672	0:09:23	19.64
DIE LINKE: TV-Spot zur Bundestagswahl	17.7.2013	7.088	0:00:55	59
16. Gerechte Steuern und Umverteilung: Das Wahlprogramm der LINKEN zur Bundestagswahl 2021 erklärt	13.9.2021	6.996	0:01:06	68.35
17. Gregor Gysi und Dietmar Bartsch live aus Rostock	15.9.2021	6.334	0:09:10	9.9
18. Ein Dialog bei Anne Will über Störgefühle zwischen Janine Wissler und Helene Bubrowski	6.9.2021	6.182	0:00:42	80.78
19. Jan Korte spricht Klartext: Über Lindners FDP	2.9.2021	5.921	0:00:55	72.94
Unsere Antwort auf Rezo Video "Die Zerstörung der CDU"	23.5.2019	5.791	0:00:10	96.88
20. DIE LINKE: Präsentation der Kampagne zur Bundestagswahl	21.7.2021	5.569	0:06:58	19.69
Katja Kipping: Warum ich niemals einen AfDler wählen werde.	12.3.2020	5.238	0:01:03	81.93

(Grau: Videos, die keinen unmittelbaren Wahlkampfbezug hatten und vor dem 1.1.2021 veröffentlicht wurden.)

Telegram-Kanal

9.000 Menschen haben unseren Telegram-Kanal abonniert, den wir in der heißen Wahlkampfphase 14 mal mit Hinweisen zu aktuellen Positionen, der Veranstaltungstour und TV-Terminhinweisen sowie zur Bewerbung der LINKE-App, des Games Blobby's Rising und des Haustürwahlkampfes bespielten.

Wahlprogramm-Clips

Um die Inhalte des Wahlprogramms zu popularisieren und insbesondere auf YouTube der Fremddeutung des Wahlprogramms eine Eigendarstellung entgegenzusetzen, wurde eine 10-teilige Videoreihe produziert, die die wesentlichen Politikfelder unseres Wahlkampfes behandelt. Das Format richtet sich vor allem an ein jüngeres Publikum. In konzeptioneller und ästhetischer Hinsicht orientiert es sich an populären Vlogger-Formaten (Vlog = Video-Blog). Inhaltlich ist es eng an das Kurzwahlprogramm angelehnt.

Auf YouTube erzielte die Videoreihe 85.679 Views. Die reichweitenstärksten Clips sind »Klimaschutz sozial gerecht« (13.647 Views), »Wir machen Wohnen bezahlbar« (9.769) und »Wir machen den Sozialstaat sicher« (9.403 Views). Darüber hinaus fand die Videoclips zum Teil auch auf den anderen Social-Media-Kanälen der Partei Verbreitung und wurden über die LINKE Einhornfabrik zur privaten Verbreitung zur Verfügung gestellt.

Zusätzlich stellten wir das Kurzwahlprogramm auch als Gebärdensprach-Video auf unserer Website zur Verfügung.

Audio-Wahlprogramm

Das Wahlprogramm wurde in 26 Teilen als Audio-Format beziehungsweise Podcast produziert und veröffentlicht. Es kann u.a. auf den Plattformen Spotify, Google Podcasts und Apple Podcasts abgerufen werden. Bisher wurde es 4.400-mal aufgerufen. Die Seite, die auf der Parteiwebseite zum Audio-Wahlprogramm eingerichtet wurde, wurde bisher 4.554-mal aufgerufen.

Einhornfabrik

Anfang Juni gründeten wir die LINKE Einhornfabrik, deren Ziel die Aktivierung und Beteiligung unserer Mitglieder am Online-Wahlkampf war. Nach der Mitgliedermail am 3. Juni im Vorfeld des Bundesparteitags im Juni registrierten sich über 2.000 Mitglieder, die aktiv die sozialen Netzwerke rot machen wollten. In der Facebook-Gruppe waren rund 1.716 Menschen aktiv, die Einhorn-Telegram-Gruppe abonnierten 871 Genoss*innen. Auch wenn für eine erfolgreiche Diskursintervention die Einhornfabrik noch zu schwach war, so zeigt der Start des digitalen Unterstützer*innennetzwerks doch, dass hier für die Zukunft ein hohes Potenzial liegt, damit LINKE Narrative in den sozialen Medien verstärkt werden.

Was hat die Einhornfabrik konkret getan hat:

- Janine Wissler und Dietmar Bartsch bei Talkshow-Auftritten und Sommerinterviews auf Twitter unterstützt
- bei Vierkampf und Schlussrunde für Janine Wissler auf Twitter und danach auf Facebook gestritten. Es ist gelungen, die entsprechenden Twitter-Hashtags zeitweise zu dominieren
- Agendasetting: linke News zu den Themen Vier-Tage-Woche, Schere zwischen Arm und Reich, Hartz IV, Armut, Versagen beim Wohnungsbau der Bundesregierung etc. verbreitet
- Facebook-Action: die linke Position bei Facebook-Posts großer Medien und reichweitenstarker Seiten zeitnah einbringen.
- In thematischen Facebook- und WhatsApp-Gruppen die Themen-Videos zum Wahlprogramm posten.
- Landtagswahlkämpfe in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern unterstützen.
- Außerparlamentarisch: Sea Eye, Krankenhausbewegung, Deutsche Wohnen & Co enteignen online unterstützen.
- Sharepics, Videos und Argumentationshilfen in der Cloud vorrätig gehalten.

- auf Hartz-IV-Seiten die Sofortmaßnahme, den Satz um 100 Euro zu erhöhen, gegen rechte Trolle verteidigt.
- Die wöchentlichen Programmschwerpunkte der Pressekonferenzen mit Verbreitung der Sharepics der LINKEN und der sächsischen LINKEN unterstützt.
- die Verbreitung der beiden Wahlwerbevideos unterstützt;
- Aufruf, die Seiten von Janine Wissler, Dietmar Bartsch und der LINKEN an Freund*innen zu empfehlen.
- Aufruf und Anleitung, den WhatsApp-Status als Plattform zu nutzen
- wiederholte Hinweise darauf, mit Daumen hoch und Kommentaren für mehr Reichweite auf YouTube zu sorgen
- Wahlprogrammvergleiche und positive Zitate zum Wahlprogramm verbreitet
- #IchWähleLinks (über zwei Tage auf Platz 1 in den Trends)
- Aktivität in Facebook-Gruppen zu HartzIV, Pflege, Rente, Armut und Klima, mit 200 bis 20000 Mitgliedern
- Aufruf zum Haustüraktionstag und über die Aktivitäten online zu berichten.
- Die Twitter-Linke-Telegram-Gruppe reaktiviert.
- Informationen zur Afghanistan-Abstimmung zur Verfügung gestellt, damit Einhörner online die Enthaltung begründen und dabei das Versagen der Bundesregierung beim Rettungseinsatz thematisieren konnten.
- Neue Aktive gewonnen und gepusht, vor allem auf Twitter, aber auch auf Facebook und TikTok/Instagram.
- Den 48-Stunden-Online-Wahlkampf zusammen durchgeführt
- Einen Ort für den seelisch-moralischen Zusammenhalt angesichts der sich abzeichnenden Wahlniederlage geschaffen.

4.f. Auswertung Bürger:innendialog Bundestagswahl 2021

Im Zeitraum der heißen Wahlkampfphase ab Präsentation der Kampagne am 21. Juli 2021 sind beim Bürger:innendialog knapp 1.900 inhaltliche E-Mails und 174 Briefe eingegangen.

Folgende Materialien wurden verschickt:

Wahlprogramme zur Bundestagswahl (Langfassung)

- verschickt: 837
- über Wachdienst abgegeben: 18
- über Kleinen Buchladen abgegeben: 6

Kurzwahlprogramme zur Bundestagswahl

- Für individuelle Anfragen sowie Anfragen aus Schulen und Bildungseinrichtungen (Klassensätze für Schulen, max. 40 Stück) wurden rund 2.500 Exemplare verschickt.
- Kurzwahlprogramm in Leichter Sprache: 623 (hauptsächlich an Institutionen und Betreuungseinrichtungen)
- Kurzwahlprogramme in Einfacher Sprache: 527 (hauptsächlich an Institutionen und Betreuungseinrichtungen)
- in Brailleschrift: 200 (an eine Einrichtung in Sachsen). Weitere Anforderungen lagen nicht vor. Es gab 5 Anfragen von Sehbehinderten, die aber eher an der Audioversion interessiert waren. Eine Anfrage gab es zu einem barrierefreien PDF / zu einer Word-Datei, für die der Anrufer ein Vorleseprogramm besaß.

Es wurden 328 Plakate hauptsächlich (und auf Anforderung) an Schulen und Bildungseinrichtungen für Präsentationen im Politikunterricht, für U-18 Wahlen, für Wahlpartys von Privatpersonen, auch an Museen, an ein JVA-Bildungszentrum und an eine Kommunikationsfirma verschickt.

Auf allgemeine Anfragen nach Informationen über DIE LINKE wurden die Kurzwahlprogramme und die Wahlzeitung (ca. 1.000 Stück) verschickt.

Weiterhin wurden seit Juli 2021 90 Anforderungen nach Infomaterial, Autogrammkarten und Werbegegenständen bearbeitet. Ab dem 23. September (Donnerstag vor der Wahl) kamen noch rund 350 Materialbestellungen von jüngeren Menschen, die sich nach einem Video bei »tictoc«, wie man sich Give-Aways bei den Parteien holen kann, an DIE LINKE wandten.

Massenzuschriften

Seit Juli erreichten uns Postkarten aus drei Aktionen. Alle Schreiber*innen dieser Postkarten, die ihren Absender angegeben hatten, haben von uns ein Antwortschreiben erhalten.

- Ohne Rüstung Leben e. V. (»Meine Stimme für das Atomwaffenverbot«): 625 Postkarten (292 Antworten)
- Greenpeace-Forderungen an die Parteien zur Bundestagswahl: 1.314 (136 Antworten)
- ProAsyl: 182 (161 Antworten)

Es gab 12 positive telefonische Rückmeldungen auf unseren Antwortbrief (Atomwaffenverbot und Greenpeace), man hätte nicht mit einer Antwort gerechnet, und DIE LINKE sei die einzige Partei, die sich zurückgemeldet hat.

Rätsel Wahlzeitung

Zum Rätsel in der Wahlzeitung der LINKEN sind 2497 Antworten per Email und 695 Antworten per Brief/Postkarte mit dem richtigen Lösungswort eingegangen.

Die hauptsächlichsten Themen in den Briefen, Telefonaten und Mails:

Stärkstes Thema war Corona (Impfungen, Einschränkung der Freiheitsrechte durch die Coronamaßnahmen). Im Themenfeld Umwelt, Energie- und Verkehrswende wurden oft die Themen Benzinpreis, Tempolimit, E-Auto angesprochen oder diskutiert. Weitere häufige Themen waren Sozialpolitik (ganz besonders Rente), Vermögensteuer, Frieden bzw. NATO-Austritt sowie der Antrag auf Parteiausschluss gegen Sahara Wagenknecht.

Fundraising

Für die Bundestagswahl wurden mehrere Online-Spendenkampagnen für verschiedene Zielgruppen eingerichtet und auf Facebook und Instagram beworben. Zentraler Claim war »Werde Lobbyist:in für...«. Der Aufruf "Werde Lobbyist:in für soziale Gerechtigkeit" erzielte mit ca. 6.000 Euro den größten Spendenanteil, wobei dieser auch abseits von Social Media auf unzähligen Seiten der Webseite und im Newsletter beworben wurde. Insgesamt wurden im August bis 26. September 33.781,05 Euro (685 Einzelspenden) durch Onlinespenden eingenommen.

4.g Veranstaltungen der Wahlkampftour 2021 im Rahmen der Bundestagswahl

Die Wahlkampftour begann am 27. August unter dem Slogan »Sozial gerecht. Vor Ort. JETZT!« in Rostock und endete am 25. September in Potsdam.

Insgesamt fanden an 26 Tagen 42 überwiegend klassische Wahlkampfveranstaltungen mit Reden und Talks statt. In jedem Bundesland fand mindestens eine Veranstaltung statt. Insgesamt wurde eine Strecke von 5.385 Kilometern zurückgelegt. Als Veranstaltungsorte wurden vorwiegend zentrale Plätze in der Stadt gewählt. Waren die Veranstaltungsorte außerhalb der Stadt, konnten weniger Menschen mobilisiert werden.

Grundsätzlich waren die Veranstaltungen sehr gut besucht. Die größten Veranstaltungen waren mit ca. 1.000 Teilnehmenden die Veranstaltungen in München, Mainz, Köln und Frankfurt am Main. Der

Großteil der Veranstaltungen konnte mit Auftritten von Parteipromis (Janine Wissler, Dietmar Bartsch, Amira Mohamed Ali, Gregor Gysi) abgedeckt werden. Begleitend gab es ein Kulturprogramm mit Live-Musiker*innen (Calum Baird, Tobi Thiele, Ole Pistole und teilweise lokale Künstler*innen). Die meisten Veranstaltungen wurden durch einen von vor Ort organisierten Infostand inhaltlich ergänzt, was wichtig für die Kommunikation nach außen war.

Auf den Veranstaltungen gab es keine größeren Zwischenfälle bis auf eine Gegenkundgebung in Halle durch einen stadtbekanntem Neonazi und einen Eierwurf auf das LINKE-Auto in Jena. Bei Androhungen im Vorfeld wurden die Sicherheitsmaßnahmen erhöht

Bis auf die Großveranstaltung in Rostock waren bei den anderen vier Großbühnen-Veranstaltungen Gebärdensprachdolmetscher*innen im Einsatz. Drei Großbühnen-Veranstaltungen wurden gestreamt und über Facebook übertragen (Rostock, Frankfurt am Main, Berlin).

4.h Anzeigenwerbung Print

Für die klassische Anzeigenwerbung stand ein (im Vergleich zu anderen Positionen) kleineres Budget von ca. 90.000 Euro zur Verfügung, mit dem in einigen special-interest-Magazinen geworben wurde. Die mit den größten Reichweiten waren verdi publik, Super-Illu, 11 Freunde, rtv-TV-Magazin und das Zeitmagazin. Darüber hinaus gab es Wahlaufforderungsanzeigen in Der Freitag, ND und taz.

5.Mobilisierung, Mitgliederarbeit

5.a. Wahlkampfqualifizierung

Im Zeitraum September 2020 bis August 2021 wurden insgesamt 27 Wahlkampfbildungsangebote durchgeführt. (Super Tuesday nicht eingerechnet). Damit konnte in 15 von 16 Landesverbänden Wahlkampfbildung stattfinden.

Insgesamt wurden so 429 Genoss*innen erreicht. Sechs Seminare fanden als Tagesseminare in Präsenz statt mit 123 Teilnehmer*innen, das macht durchschnittlich 20,50 Teilnehmer*innen. 17 Tagesseminare wurden online durchgeführt mit insgesamt 250 Teilnehmer*innen, durchschnittlich 14,71 Teilnehmer*innen pro Onlineseminar. Ferner wurden vier Workshops abgehalten mit insgesamt 56 Teilnehmer*innen, durchschnittlich 14 Teilnehmer*innen.

	TN absolut	TN Durchschn.	Angebote
Gesamt	429	15,85	27
Präsenz	123,00	20,50	6
Online TS	250,00	14,71	17
WS	56,00	14,00	4

Die Präsenzseminare waren auch unter Hygienebestimmungen gut besucht. Durch die hohen Inzidenzzahlen musste dann aber vollständig auf Onlinetagesseminare umgestellt werden. Das eröffnete die Möglichkeit, die Seminare auch mit mehreren Landesverbänden gleichzeitig durchzuführen.

Die Bundesgeschäftsstelle bot fünf verschiedene Tagesseminare an: Kandidat*innenseminar Standard, Kandidat*innenseminar Fortgeschrittene, Wahlkampfleitung Standard, Wahlkampfleitung Fortgeschrittene, Aktiver Wahlkampf vor Ort. Es wurden von den Landesverbänden fast ausschließlich die Kandidat*innenseminare Standard und Wahlkampfleitung Standard nachgefragt.

Der Bereich Politische Bildung arbeitete eng mit den Landesverbänden bei der Ausgestaltung der Wahlkampfbildung zusammen. Nahezu jeder Landesverband konnte so mit seinen Bedarfen abgedeckt werden. Die hohe Zahl an Online-Seminaren ließ logistische Fragen in den Hintergrund treten. Die Genoss*innen konnten so ihre Fähigkeiten für den Wahlkampf unkompliziert von zu Hause aus weiter-

entwickeln. Allerdings muss auch konstatiert werden, dass die Vernetzung zwischen den Mitgliedern und eine daraus resultierende gemeinschaftliche Stärkung der Parteistrukturen online sehr schwierig möglich ist. Präsenzseminare sind dafür weiterhin das geeignetere Format.

Für die Zukunft wird wichtig sein, die Onlineangebote so anzupassen, dass eine höhere Verbindlichkeit bei den Teilnehmenden entsteht. Bei einer Rückkehr zu Präsenzseminaren könnten die Onlineangebote zur speziellen Vertiefung und Ergänzung genutzt werden.

Parallel zu den oben genannten Tagesseminaren und Workshops wurde erstmals der Super Tuesday angeboten. Mit 1011 Anmeldungen und 30 Workshops war dies eine der größten Bildungsreihen der Bundesgeschäftsstelle.

Insgesamt wurden daher vom Bereich Politische Bildung 1.440 Teilnehmer*innen in diesem Wahlkampfjahr mit 23 Tagesseminaren und 34 Workshops erreicht. Das ist eine sehr positive Entwicklung, die in den nächsten Jahren fortgeführt wird.

5.b. zentraler Kandidierenden-Service im Wahlkampf

Zur Information aller Kandidierenden und Unterstützung insbesondere der Kandidat*innen ohne hauptamtliche Mitarbeiter*innen wurde wieder der Kandidierenden-Service eingerichtet. Für DIE LINKE traten insgesamt 343 Direkt- und Listenkandidat*innen zur Bundestagswahl 2021 an. In vier von 299 Wahlkreisen hatte DIE LINKE keine Direktkandidat*innen. In einem Wahlkreis wurden die Wahlunterlagen nicht ordnungsgemäß eingereicht, in zwei wurden keine Kandidat*innen aufgestellt und in einem Wahlkreis wollte der aufgestellte Kandidat nicht mehr für DIE LINKE antreten.

Der Kandidierenden-Service nahm nach dem Wahlprogramm-Parteitag seine Arbeit für die Kandidierenden auf. Insgesamt gab es 25 Ausgaben der »Kandidierenden-Info« per Email. Damit wurden Positionspapiere, Argumentationshilfen, Schulungsangebote sowie Musterantworten für Kandidat*innen-Checks und Wahlprüfsteine verschickt. Außerdem wurden die wöchentlichen Kommunikationslinien an alle Kandidierenden versendet, die mehrfach als sehr hilfreich von Kandidat*innen gelobt wurden. In der Kandidierenden-Cloud wurden, bis auf die Wahlprüfsteine, die auf der Webseite der Partei veröffentlicht wurden, alle Informationen und Materialien den Kandidierenden gesammelt zur Verfügung gestellt.

Auf der Webseite der Partei wurde für alle Kandidat*innen ein Profil eingerichtet, das von den Kandidierenden um biografische und politische Angaben ergänzt werden sollte. Knapp ein Drittel der Kandidat*innen ergänzte sein Profil bis zum Wahltag überhaupt nicht, für die Hälfte davon konnte der Kandidierenden-Service aus öffentlichen Quellen Informationen ergänzen. Wähler*innen konnten ihre Kandidierenden mittels PLZ-Suche finden. An der Verbesserung der Profile auf der Webseite muss weitergearbeitet werden.

Die Zahl der Unterstützungsanfragen liegt mit insgesamt ca. 200 unter denen des Bundestagswahlkampfes 2017. Die Kandidierenden benötigten inhaltliche Unterstützung für Presseanfragen, Podiumsdiskussionen, Zuschriften von Bürger*innen und Antworten für Wahlprüfsteine. Der Großteil der Anfragen ging per Email ein, die Telefon-Hotline wurde dagegen kaum genutzt.

Aufgrund der Corona-Pandemie und damit verbundener personeller Engpässe begannen die Vorbereitungen für den Kandidierenden-Service viel später als geplant. Die zentrale Erfassung der Kontaktdaten der Kandidierenden dauerte bis Anfang August, mit einigen Landesverbänden war die Zusammenarbeit hervorragend.

Bei Anfragen der Presse und von anderen Organisationen zu den Kandidierenden spielten Fragen der Herkunft diesmal eine deutlich größere Rolle. Hier sollte diskutiert werden, ob zukünftig mehr Informationen zu den Kandidierenden systematisch erfasst werden sollen und auch an Pressevertreter:innen weitergegeben werden.

5.c. 221.000 Hinweise für eine starke LINKE / Haustürwahlkampf

»Wir waren anfangs ein kleiner und zögerlicher Kreis. Am Ende waren wir 10 eingespielte und motivierte Aktive. Im von uns besuchten Stadtteil hatten wir fantastische 11,3 Prozent. Ich freue mich, dass wir als Partei strategisch auf Haustürgespräche setzen!« (Jonathan, Kreisvorstand DIE LINKE Wiesbaden)

Zur Bundestagswahl 2021 gab es in der Bundesgeschäftsstelle erstmalig ein Team Haustürwahlkampf. Im März 2020 sollte aufbauend auf guten Erfahrungen in der Partei die erste bundesweite Haustürwahlkampf-Kampagne aus dem Boden gestampft werden, dies fiel ausgerechnet mit dem Beginn der Corona-Pandemie zusammen.

Trotz drei großer Pandemiewellen wurden unzählige Mitglieder, Abgeordnete und Kandidierende in die Lage versetzt, über das Gespräch mit ihren Nachbar*innen ihre Verankerung zu stärken und ihr Wahlergebnis zu verbessern. Zusammen waren wir seit Juni 2021 an 221.000 Haustüren, in allen Bundesländern und in über 130 Orten.

Seit August 2020 hat das dreiköpfige Team Haustür der Bundesgeschäftsstelle 110 Workshops angeboten, für die sich 2175 Genoss*innen angemeldet haben. Die neu entwickelte Haustürdatenbank umfasst 759 Haustürwahlkämpfer*innen. Aus hunderten Gesprächen mit Aktiven wissen wir, dass es in der Fläche noch sehr viel mehr Haustürwahlkämpfer*innen gibt, als die Datenbank abbildet. Mit 364 Mitgliedern wurde die Telegram-Gruppe ein motivierender und bestärkender Raum zur kurzfristigen Vernetzung, Unterstützung und zur Kommunikation der Ergebnisse.

Das aktive Zentrum des Wahlkampfes bildeten die 226 Haustür-Koordinator*innen, die sich registriert haben, um Verantwortung für die Organisation lokaler Einsätze zu übernehmen. Sie wurden dabei telefonisch, in Präsenz und in Online Formaten vom Team Haustür unterstützt.

Die Wirksamkeit von Haustürgesprächen ist für DIE LINKE bewiesen. Unsere Genoss*innen wollen, dass ihre Arbeit effektiv ist, sie wollen aktiv für eine bessere Welt kämpfen und sie wollen Spaß bei der politischen Arbeit haben – deshalb gehen sie an die Haustür. Keine Wahlkampfmethodik ist so erfolgreich wie das persönliche Gespräch. Denn wenn wir den Anspruch erheben, eine Mitglieder-, Bewegungs-, und Kümmererpartei zu sein, helfen Haustürgespräche, die Alltagssorgen mit den Menschen gemeinsam anzugehen, Mitglieder zu gewinnen, und sie machen unsere Gesichter vor Ort bekannt. Will DIE LINKE erfolgreich sein, muss diese koordinierende, motivierende Arbeit in der Bundesgeschäftsstelle und in den Landesverbänden durch hauptamtliche Koordinator*innen weitergeführt werden.

Zur Wirksamkeit von Haustürgesprächen anhand von ausgewählten Wahllokalen zu den Wahlen am 26.09.2021:

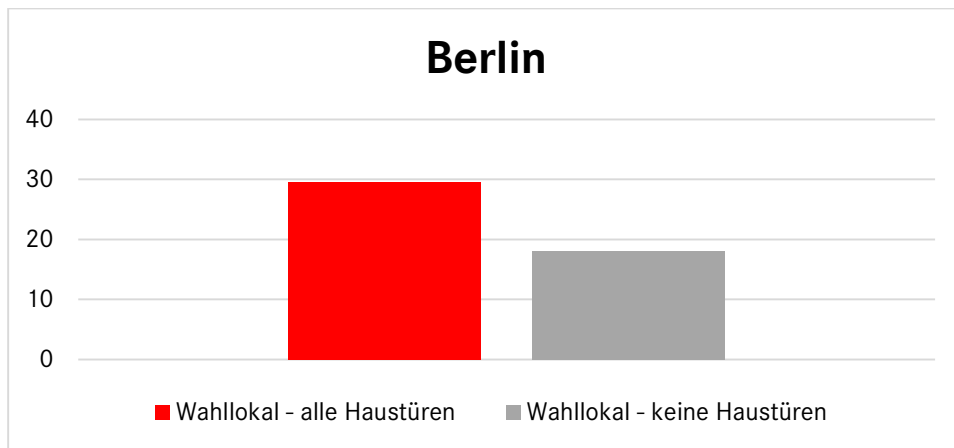
Verglichen werden hier jeweils zwei Wahllokale, die geografisch eng nebeneinander liegen und deren Bewohner*innenschaft hinsichtlich der Sozialstruktur vergleichbar ist. Die Ergebnisse weisen die Wirksamkeit von Haustürgesprächen eindeutig nach.

Beispiel 1: Berlin Wedding – AGH21

In diesem AGH Wahlkreis wurden von März 2021 bis zum Wahltag viele Haustürgespräche geführt. Im Wahllokal 620 (rote Darstellung) wurden 1400 und damit alle Haustüren des Wahllokals besucht. Im benachbarten Wahllokal 622 wurden fast keine Haustüren besucht (90). Beide Wahllokale liegen im selben »Kiez« mit vergleichbaren Milieus/Sozialstruktur.

Im Wahllokal 620 wurde das Ergebnis durch die Haustürgespräche um 12,5 Prozent auf 29,6 Prozent (rot) im Vergleich zu 2016 gesteigert. Ohne Haustürgespräche haben sich die Ergebnisse um 3,3 Prozent verschlechtert, auf 18,1 Prozent (grau) in Wahllokal 622.

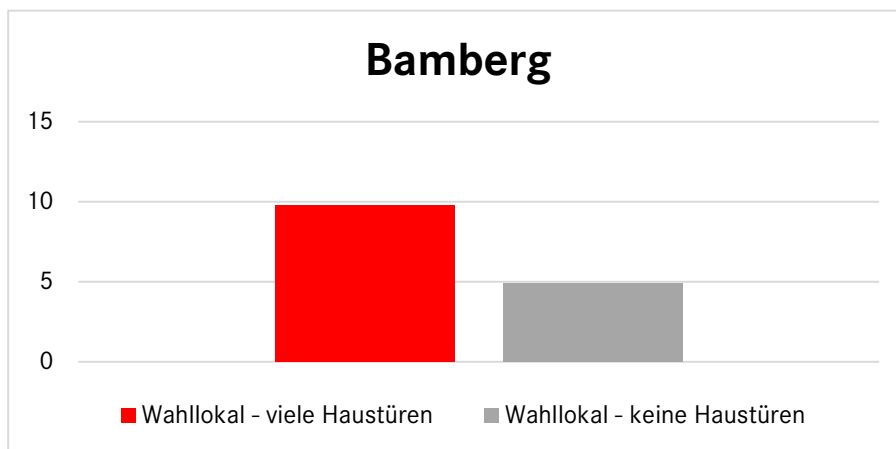
Fazit:



Beispiel 2: Bamberg – BTW2 1

In Bamberg und Forchheim wurde sehr aktiv Haustürwahlkampf geführt, jedoch ohne an alle Haustüren eines einzelnen Wahllokals zu gehen. In zwei benachbarten Wahllokalen mit vergleichbarer Bewohner*innenschaft lässt sich die Wirkung von Haustürgesprächen aufzeigen. Im Wahllokal 0016 wurden sehr viele Haustürgespräche geführt, im Wahllokal 0015 nicht.

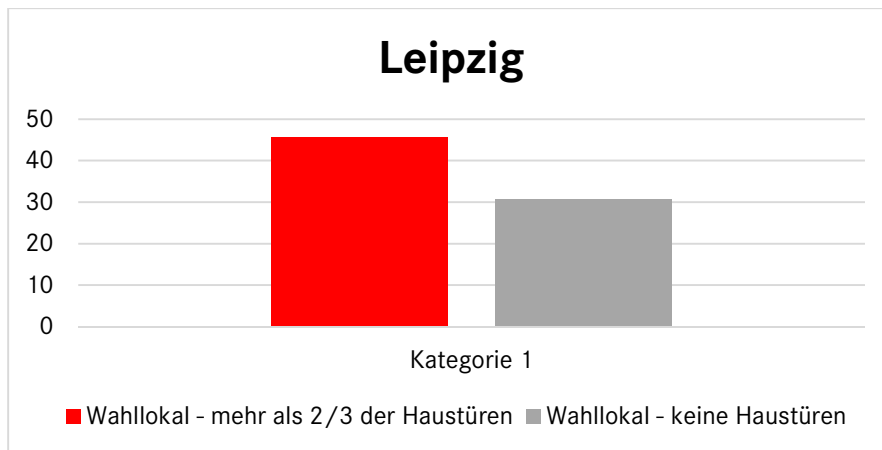
Das Ergebnis mit sehr vielen Haustürgesprächen ist in Wahllokal 0016 mit 9,8 Prozent (rot) doppelt so stark wie »nebenan«, wo in Wahllokal 0015 nicht direkt mit den Wähler*innen gesprochen wurde und lediglich 4,9 Prozent DIE LINKE wählten.



Beispiel 3: Leipzig – BTW21

In Leipzig sind die Ortsteile Volkmarsdorf und Neustadt-Neuschönefeld hinsichtlich der Bewohnerschaft und deren Problemen (Einkommen, Altersstruktur, Berufsstand der Bewohner*innen, Haushaltsgröße, steigende Mieten etc.) sehr ähnlich. Verglichen werden Wahllokale in Volkmarsdorf (Wahllokal 2119, rot) und Neustadt-Neuschönefeld (Wahllokal 2029, grau).

In Wahllokal 2119 (rot) wurden mehr als 2/3 der Haustüren besucht und ein Zweitstimmen-Ergebnis von 45,7 Prozent erreicht. In Wahllokal 2029 (grau) wurden keine Haustürgespräche geführt, das Ergebnis beträgt 30,7 Prozent.



5.d. Entwicklung DIE LINKE APP

Die Wahlkampf-App sollte rechtzeitig zur Wahl einsatzbereit sein und in der Partei implementiert werden. Funktionsumfang sollte sein: Planen und Monitoren von Zeitung/Flyer-Steckaktionen; Planen und Auswerten von Haustürgesprächen; Planen und Monitoren der Plakatverteilung; Planen von Infoständen; Planen von Wahlkampfveranstaltungen und Darstellung sämtlicher Wahlkampfaktivitäten einer Region.

Priorität in der Entwicklung sollte der Teil der App für den aufsuchenden Wahlkampf – Haustürwahlkampf, Befragungen und Wahlkampfplanung via Karten haben. Zusätzlich wurde der Wunsch formuliert, über die App einen Kommunikationskanal an die Wahlkämpfenden bzw. die App-Nutzer:innen zu bekommen.

Die LINKE App hat ihre Ziele im Grundsatz erreicht und hat zum Stand 26.9.2021 insgesamt 3493 angemeldete Benutzer*innen, davon sind 371 Koordinierende in insgesamt 172 Kreisverbänden, in denen insgesamt 2917 Aktionen in der App beworben wurden. In den letzten 14 Tagen vor der Wahl hatte die App im Durchschnitt 579 einzelnen Benutzer*innen täglich. Über den Playstore von Google haben 2.736 Menschen die App heruntergeladen (2.736 aktive Geräte), über den Appstore von Apple haben 2.359 Menschen die App installiert. Hier ein Überblick über alle Aktionen, die während des Wahlkampfes veröffentlicht wurden und wo deutlich sichtbar wird, dass eine flächendeckende Nutzung der App erreicht wurde:

<https://api.die-linke.app/woo2phueLai7kaWa/events.html#5.67/51.253/10.505>

Die LINKE App war zum Haustürwahlkampftag am 5. Juni 2021 mit der Funktion Haustürarbeit nutzbar. In dieser ersten Einführungsphase war die App nur zugänglich für die Haustüraktiven. Seit Anfang Juni haben wir mit regelmäßigen Schulungen und Veranstaltungen, Vorstellungen der App in Landeswahlbüros und dem Erstellen von Anleitungen und einem intensiven Support die Einführung der App in der Partei vorangetrieben. Gleichzeitig wurden die weiteren Funktionen weiterentwickelt und stückweise ergänzt. Seit dem 21. Juli war die App für alle als Progressive Web App verfügbar und über alle Browser nutzbar. Seit dem 30.7. gab es die Funktion zum Hängen von Plakaten und veröffentlichen von Veranstaltungen. Um die Zugänglichkeit der App zu verbessern wurden die Apps zusätzlich in den Appstores von Apple und Google veröffentlicht. Da auf Grund des Debakels um die Sicherheitslücken der CDU-WahlkampfApp am Anfang des Wahlkampfes die Aufmerksamkeit der Presse und Öffentlichkeit auf Sicherheit und Datenschutzkonformität von Parteiapps größer war, haben wir sicherheitshalber ein Security-Audit im Juli zusätzlich in Auftrag gegeben. Dabei wurde die App von einem externen, auf Sicherheit spezialisierten Dienstleister intensiv geprüft. Es wurde kleinere Probleme gefunden, die im Laufe des Julis alle behoben wurden, auch wenn von Seiten der Sicherheitsfirma trotzdem grünes Licht für eine Veröffentlichung gegeben wurde.

Die einzelnen Schritte der Entwicklung der App im Überblick:

- Funktionstest: 15. März 2021
- Field Test: 19. März 2021
- Implementation: Ab Ende Mai 2021 (public Beta)
- Erste Schulung: 25. Mai 18:00 Uhr (Super Tuesday)
- Zweite Schulung: 30. Mai 12:00 Uhr
- Haustüraktionstag: 5. Juni
- Wahlkampfeinsatz: ab 21. Juni
- Feature: Plakate und Veranstaltungen: 30.7.2021
- Externe Sicherheitsüberprüfung der App: Juli 2021
- Öffnung der Registrierung: 21.7.2021
- App wird breit beworben und ist verfügbar über App-Stores: 30.8.2021
- Feature: Flyer verteilen: 4.9.2021
- Feature: Plakate abhängen: 23.9.2021

Neben der Erstellung der App war eine der größten Herausforderungen die Implementation in der Partei, die durch die Schritte Bewerbung, Schulung und Support realisiert wurden. Die Bereiche Schulung und Support wurden durch das Team App realisiert. Es fanden 10 Online-Schulungen im Zeitraum Mai – September statt und es wurden im Zeitraum 550 Supportanfragen beantwortet. Eine Responsezeit von maximal einem Tag wurde von uns angestrebt, was in den meisten Fällen auch realisiert werden konnte. Die Bewerbung der App erfolgte maßgeblich durch das Team App (Anne, Marcus, Susanne) durch folgende einzelne Maßnahmen:

- eine von uns im Laufe des Jahres aufgebaute Community (Netzpolitisch interessierte und Haustür-aktive),
- von uns geschriebene Artikel in *Links bewegt* (31.3. <https://www.links-bewegt.de/de/article/280.die-linke-app-im-ersten-test.html>) und in der Luxemburg (Mai: <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/systematisch-wahlkaempfen/>)
- im eigens aufgebauten Newsletter (232 Mitglieder, 13 Newsletter)
- eine von uns (Beratung durch Bianca / BMÖ) aufgebaute Website (<https://die-linke.app>) und von uns eigens produzierter Film (31.8., nur durch das Team App beworben, 1738 Aufrufe <https://www.youtube.com/watch?v=EAnFhnf20yU>)
- ein Mitgliedermailing und durch Erwähnung im Mitgliederbrief
- eine Bewerbung im Telegram-Verteiler durch BMÖ
- Vorstellung der App in Landeswahlbüros Bayern, Thüringen, Brandenburg, Berlin, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und im Bundeswahlbüro.
- mehrere Kreisverteiler-Mailings und Linksaktiv-Mailings
- eine am 2.9.2021 versandte Pressemitteilung
- mehrere Tweets und Diskussionen über die App durch Anneroth (bspw: <https://twitter.com/annalist/status/1433438856716734470>)
- ein durch uns vorbereiteter Tweet durch BMÖ am 17.9.2021 (<https://twitter.com/dieLinke/status/1438801597010694145?s=20>)
- ein durch uns vorbereitetes Facebook-Posting von Jörg Schindler (24.9. <https://www.facebook.com/joergschindlerlinke/posts/2506464102831595>)

Die App hatte ausreichend finanzielle Ressourcen, allerdings nicht genügend Entwicklungszeit. Die Konzeptentwicklung fand in 2 Monaten statt, nach Ausschreibung und Vergabe blieb den Dienstleis-

tern Ctrl.Alt.Coop nur Zeit vom 21.10.2020 (Auftragsvergabe) bis zum 5.6.2021, um die App rechtzeitig zum ersten bundesweiten Haustüreinsatz funktionsfähig zu veröffentlichen. Wir lösten diese Zeitknappheit, in dem viele Prozesse parallelisiert wurden und ein zweiter Dienstleister im laufenden Prozess die Qualitätskontrolle gewährleistete (Open Video). Obwohl es gelungen ist, die App in sehr guter Qualität zu produzieren, ist dieses Verfahren grundsätzlich sehr fehleranfällig und prekär. Dass es dennoch gelang verdanken wir der sehr guten Arbeit der Agenturen, die von März bis September in einem permanenten Ausnahmezustand arbeitete.

Die personelle Ausstattung für ein Projekt dieser Größe war mit, einer 80 Prozent Stelle für die Koordination und Projektleitung schon gering, bei der Implementierung konnten aber 1. Juli bzw. 1. August noch zwei Mitarbeitende gewonnen werden, eine davon ehrenamtlich. Die Mitarbeit der beiden war unschätzbar wichtig und hilfreich. Wäre dieses Personal ab Januar verfügbar gewesen, wäre es möglich gewesen, eine noch breitere bzw. vor allem frühere Verankerung in der Partei zu ermöglichen. So konnten wir nur erreichen, dass viele Genoss*innen die App kennenlernten und anfangen, diese zu nutzen. An den meisten Orten hat die App im logistischen Teil des Wahlkampfes keine große Rolle gespielt – die Einführung der App war zu langsam und zäh, weil wir zu wenige Personen waren, die zu spät erst in die Kommunikationsoffensive kommen konnten.

Breite Unterstützung wäre bei der Implementierung und Bewerbung notwendig gewesen um die APP unter den Mitgliedern und den Gliederungen bekannt zu machen. Warum es diese nicht gab wird noch zu klären sein.

5.e. Linksaktiv

Im Rahmen des Bundestagswahlkampfes wurde das Projekt Linksaktiv weiter ausgebaut und vor allem in die Fläche gebracht. Die Idee war es, möglichst viele passive Mitglieder sowie Sympathisant*innen der LINKEN für den Wahlkampf zu aktivieren um sie anschließend in die lokalen Wahlkampfstrukturen zu »vermitteln«. Sollte das nicht möglich sein, konnten die gewonnenen Personen kostenlos die Wahlkampfzeitung über Linksaktiv bestellen, um diese vor Ort zu verteilen oder auszulegen. Neue Kontakte gab es in erster Linie über die Webseite linksaktiv.de sowie über Aufrufe. Vom 1. Januar bis zum 26. September 2021 wurden 5.320 neue Kontakte gemacht, davon haben 637 Personen angegeben, Mitglied der LINKEN werden zu wollen. Über 70 Prozent der Kontakte in der Linksaktiv-Datenbank sind nicht Mitglied der LINKEN. Den Kontakten in der Linksaktiv-Datenbank wurde darüber hinaus die Mitarbeit bei der LINKEN Einhornfabrik angeboten.

Die Linksaktiv-Verantwortlichen in den Kreisverbänden wurden im Juni darin geschult, offene Wahlkampfereignisse durchzuführen. Für Nachfragen gab es Videosprechstunden mit dem Team Linksaktiv. 160 von 350 Kreisverbänden haben mindestens einen Zugang zur Datenbank, vor dem Bundestagswahlkampf waren es 120 Kreisverbände. Dort wo Linksaktiv im Kreisverband genutzt wurde, kamen neue Menschen in die Wahlkampfstrukturen und machten mit, in diesem Jahr waren es knapp 50 Kreisverbände, die diesen Ansatz verfolgten. Leider zu viele Kreisverbände nutzen das Angebot nicht und verzichten damit auf die Integration weiterer Aktiver in den Wahlkampf.

Das Angebot Wahlkampfzeitungen zu bestellen wurde 767-mal genutzt, das Bestellvolumen lag bei 356.100 Stück. Somit konnten wir mit diesem Angebot eine Reihe von Menschen außerhalb der klassischen Wahlkampfstrukturen erreichen. Die Anzahl der Bestellungen betrug etwa die Hälfte vom Bundestagswahlkampf 2017. Die Zeitungsauflage insgesamt lag 2017 nur geringfügig höher als 2021. Dass über Linksaktiv deutlich weniger bestellt wurde kann drei Gründe haben: Wahlkampfzeitungen haben als Wahlkampfmittel an Bedeutung verloren, die Landes- und Kreisverbände haben 2021 ihren Bedarf im Vorfeld genauer ermittelt / geschätzt oder es gab bei diesem Wahlkampf weniger Aktive insgesamt.

Neue Kontakte

Seit dem 1. Januar 2021 haben wir 5.320 neue Kontakte gemacht, davon haben 637 Personen angegeben Mitglied der LINKEN werden zu wollen. Die neuen Kontakte wurden über folgende Aufrufe gewonnen:

Pflegekam- pagne	Ver- kehrs- wende	Linksak- tiv	Mietenkam- pagne	Impfpa- tente	Briefwahlwe- cker	Afghanis- tan
290	125	1.589	649	828	522	534

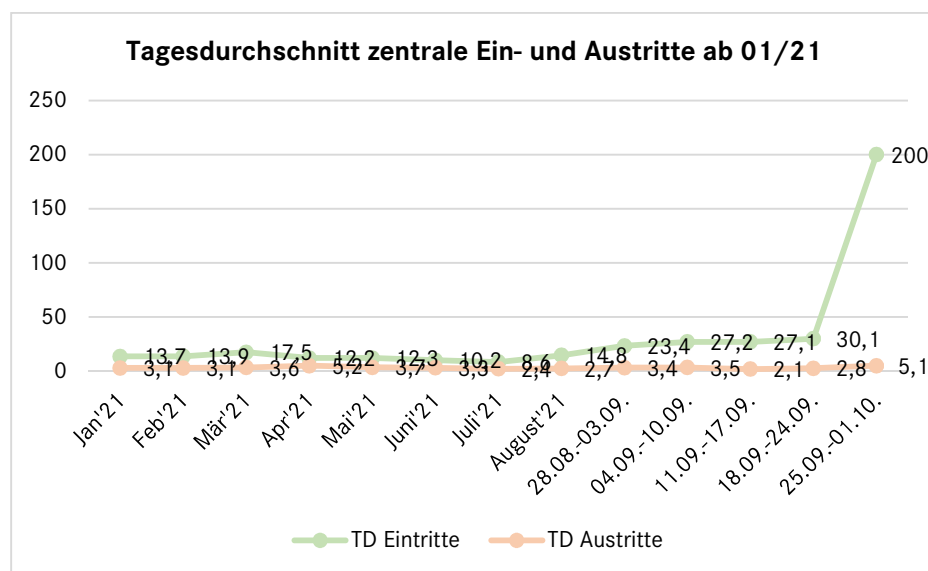
Fazit

1. Durch die Bewerbung von Aufrufen und Petitionen werden über 10 Prozent der Unterzeichner*innen Mitglied der LINKEN.
2. Durch die lokale Ansprache der Linksaktiv Kontakte können Sympathisant*innen und passive Mitglieder der LINKEN für Wahlkämpfe mobilisiert werden.
3. Durch die Sammlung von Kontakten erreichen wir weitere Menschen außerhalb der klassischen Parteistruktur und können ihnen Angebote zum Mitmachen unterbreiten.
4. Kreisverbände sollten stärker darin unterstützt werden, Sympathisant*innen und passive Mitglieder einzubinden

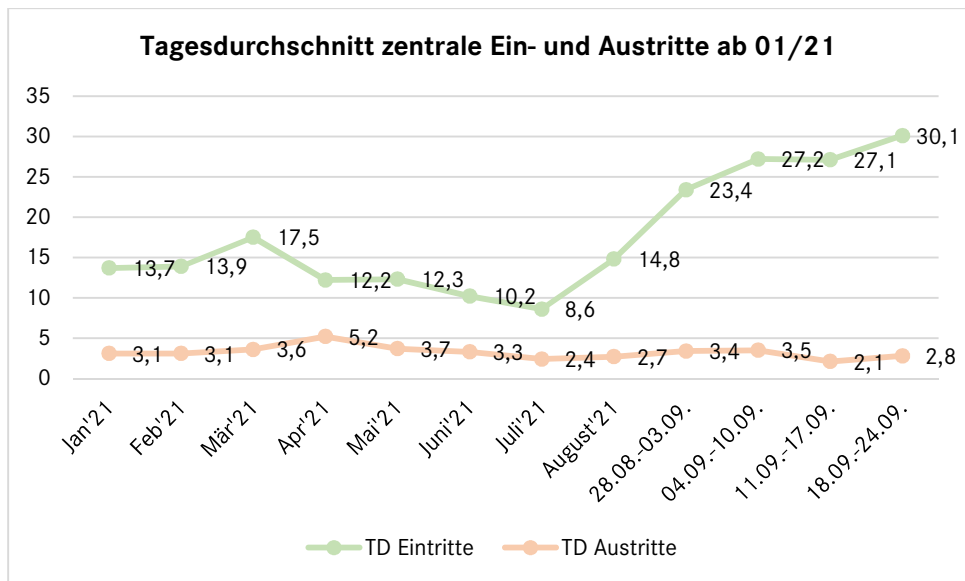
5.f. Mitgliedergewinnung im Wahlkampf

Die Mitgliedergewinnung im Wahlkampf war Bestandteil der vom Parteivorstand beschlossenen Mitgliederoffensive 2021. Regelmäßig wurde die Gewinnung von neuen Mitgliedern im Wahlkampf thematisiert und ein eigener Neumitgliederwettbewerb gestartet. Ab Mitte August gab es verstärkt Eintritte direkt am Infostand und vor allem an den Haustüren. Über Linksaktiv konnten im Wahlkampf allein 637 neue Mitglieder gewonnen werden.

Insgesamt konnten von Mitte Juli bis einschließlich September rund 2.580 neue Mitglieder gewonnen werden. Davon gut die Hälfte in der Woche nach der Bundestagswahl.



Zur besseren Sichtbarkeit die Übersicht bis zum Wahlwochenende.



5.g. Gewerkschafter*innen wählen LINKS

Der Aufruf wurde von 107 Erstunterzeichner*innen unterschrieben. Es wurde darauf geachtet, dass ehrenamtliche Gewerkschaftsfunktionär*innen, betriebliche Interessenvertreter*innen und Frauen ausreichend vertreten sind. Dieser Anspruch wurde nicht durchgehend eingelöst. Die Erstunterzeichner*innen wurden schnell und problemlos gewonnen.

Der Aufruf mit den Erstunterzeichner*innen wurde am 16. August 2021 über die Website <https://www.gewerkschafterinnen-waehlen-links.de> veröffentlicht. Er sollte zeitgleich über die Pressekonferenz bekannt gemacht werden, was aufgrund der Afghanistan-Entscheidung im Bundestag zurückgestellt wurde. Der Aufruf wurde über die verschiedenen Mailinglisten (BAG- und LAG-E-Mail-Verteiler, Newsletter, Linksaktiv, KV-Verteiler), Facebook <https://www.facebook.com/wirwaehlenlinks> und die gedruckte Wahlausgabe der Zeitung »betrieb & gewerkschaft« beworben.

Der Aufruf wurde bis 26. September 2021 von insgesamt 490 Personen online unterzeichnet, plus sechs Unterschriften per Post. Gegenüber früheren Aufrufen von Gewerkschafter*innen ist das nur etwa die Hälfte an Unterzeichnenden.

6. Pressearbeit / Mediale Widerspiegelung

Medial war der Wahlkampf von der Frage »Was kommt nach Merkel?« dominiert. TV-Formate aber auch Berichte fokussierten sich auf die Wahl der Kanzlerin bzw. des Kanzlers. Dieser Fokus wurde immer wieder auch als »inhaltsleer« kritisiert. Inhaltlich war das Thema »Klima/Klimakatastrophe« dominant. Hinzu kam später Außenpolitik mit Blick auf den Abzug aus Afghanistan. DIE LINKE war nicht Teil der Debatte um die Nachfolge von Merkel, stattdessen wurde die Frage der »Regierungsfähigkeit« an uns herangetragen. Gerade mit Blick auf diese Frage hat sich die Kommunikation rund um das Abzugs-Desaster aus Afghanistan als schwierig erwiesen. Zu den »Triell«-Formaten waren nur CDU/SPD/Grüne eingeladen. Insgesamt war der Fokus auf die Personen der drei größten Parteien medial kein einfaches Feld für uns.

Punktuell gelang es, einige weitere Themen zu setzen. So wurden die Parteiprogramme erstaunlich detailliert auf die Frage nach Besteuerung und Staatshaushalt/Schuldenbremse, etc. durchleuchtet. Im Fahrwasser der Kampagne »Deutsche Wohnen und Co« enteignen war auch das Thema Wohnen/Mieten immer wieder im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung.

Inhaltlich ist es mit den Papieren zu Rente und auch zu Einkommenssteuer gelungen, Aufmerksamkeit zu erhalten. Auch ein konkretes Regierungs-Sofortprogramm konnte medial erfolgreich platziert werden. Allerdings erfuhren diese Beiträge wenig virale Verbreitung.

Die beiden Spitzenkandidierenden waren in unterschiedlichen Formaten vertreten. Beiden gelang es, die Position der Linken in Abgrenzung zu den anderen Parteien zu verdeutlichen. Neben sozialer Gerechtigkeit war dabei die sozialökologische Transformation/Klimagerechtigkeit von großer Bedeutung.

Wenngleich unsere Themen, Wohnen, Gerechtigkeit, Klima, Steuern durchaus positiv bewertet wurden, war der mediale Fokus an vielen Stellen darauf gerichtet, die Afghanistan-Frage zur entscheidenden »Regierungs-Frage« zu erklären. Insgesamt war das Themensetting entlang von Kernthemen wie Löhne, Rente, Gesundheit/Pflege, Wohnen, aber auch das Platzieren interessanter Forderungen und Konzepte mit »Neuigkeitswert« in diesem Wahlkampf erschwert, und es ist vor der Phase des Wahlkampfendspurts nur unzureichend gelungen, Alleinstellungsmerkmale auch öffentlich in die Diskussion zu bringen.

7. Wahlkampforganisation

Die Leitung des Wahlkampfes hatte der Parteivorstand dem Bundesgeschäftsführer übertragen. Dieser berief einen Wahlstab aus Mitarbeiter*innen der Bundesgeschäftsstelle, entsandten Mitarbeiter*innen der Bundestagsfraktion und Vertretern der beiden beauftragten Agenturen. Der Wahlstab konstituierte sich bereits im Oktober 2019 und begann mit der Erarbeitung von mehreren Konzepten und Grundlagen für den Wahlkampf, darunter:

- zur Wirksamkeit von Werbemitteln
- Wahlkampf-Bildungsprogramm
- Konzept zur Mobilisierung und Aktivierung von Mitgliedern und Sympathisant*innen
- Konzept für den Haustürwahlkampf
- Konzept zur Unterstützung der Kandidierenden
- Konzept für eine LINKE.App

Diese Konzepte wurden im September 2020 auf einer Klausur des Wahlkampfkoordinierungsrates (die monatliche Beratung aller Wahlkampfleiter*innen aus den Landesverbänden, früher Bundeswahlbüro genannt) zur Diskussion gestellt und damit eine gemeinsame konzeptionelle Grundlage erarbeitet. Später wurden auch die Grundzüge der Wahl- und der Kommunikationsstrategie, des Finanzplans, das Veranstaltungs- und das Online-Konzept, Handreichungen zur Kandidat*innenaufstellung, der Printplan, die Logistik und das Großflächenkonzept im Wahlstab erarbeitet. In der Umsetzungsphase des Wahlkampfes wurden Vorschläge für die Themenplanung, für schnelle Reaktionen und Nachjustierungen besprochen. Alle politischen Entscheidungen wurden zunächst im Parteivorstand oder Geschäftsführenden Parteivorstand oder unmittelbar in Abstimmung des Wahlkampfleiters mit den Parteivorsitzenden und dem Bundesschatzmeister getroffen. Ab dem Parteitag verlagerte sich die Entscheidungsinstanz in eine Abstimmungsrunde zwischen Parteivorsitzenden, Fraktionsvorsitzenden und Wahlkampfleiter, manche Entscheidung wurden auch direkt zwischen Spitzenkandidat*innen und Agentur getroffen. Der Wahlkampfleiter informierte den Parteivorstand regelmäßig über die Wahlkampf vorbereitungen und den Stand des Wahlkampfes.

Im dritten Quartal 2020 lud die Partei drei Agenturen zu einem Pitch ein und entschied sich im Ergebnis für die Agentur DIG/Plus. Ein gewichtiges Argument war dabei, dass diese Agentur auch schon für die Landtagswahlkämpfe in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern gebunden wurden war und sich damit ein Wahlkampf aus einem Guss versprochen wurde. Die Zusammenarbeit mit der ausgewählten Agentur war nicht ganz flüssig. Mit der Großflächenbuchung und der Produktion der Wahlkampfmittel wurde die Agentur MediaService beauftragt.

Der Wahlkampfkoordinierungsrat (Wakora) als Gremium der Landeswahlkampfleiter*innen traf sich etwa monatlich, fast nur in Online-Konferenzen. In den Auswertungen der Wahlkampfleiter*innen aus den Landesverbänden offenbarten sich folgende Ergebnisse:

- Die Plakatsmengen waren etwas zu gering, der Verteilschlüssel wurde aber akzeptiert.

- Zeitplanung der Materialauslieferung: Entgegen der früheren Jahre erlauben offenbar etliche Kommunen eine deutliche frühere Plakatierung, was erfordert, dass die gesamte Materialplanung und Auslieferung deutlich früher erfolgen müssen. Im Jahr 2021 kollidierte das mit dem Parteitagstermin Ende Juni. Erst zu diesem Zeitpunkt bestand Klarheit über die inhaltliche Positionierung, konnte das Gros der Wahlkampfmaterialien erstellt werden, aber einige Landesverbände hätten die Printprodukte und Plakate gerne schon im Juli gehabt.
- Es gab zahlreiche Beschwerden über das Großflächenmanagement, das betraf fehlende oder falsch platzierte Flächen oder falsche Motive. Hier agierte der Großflächenanbieter sehr eigenmächtig und wenig kommunikativ.
- Der erstmals zur Verfügung gestellte Druckshop fand wenig Zuspruch, weil die Produktionszeiten zu lang und die Kosten zu hoch waren.
- Die Unterstützungsangebote der Bundesgeschäftsstelle wurden vorwiegend positiv beurteilt, insbesondere Kandidierenservice, Bildungsangebote, BattleCards, Themenflyer, Unterstützung bei Fragen zur rechtssicheren Kandidatenaufstellung, Wahlkampf-App und Veranstaltungstour. Bei der Terminkoordinierung gab es Unzufriedenheiten, die aber vor allem nicht erfüllte Wünsche betrafen, zu »Linksaktiv« gibt es zwar viel Zustimmung, aber regionale Skepsis, der Haustürwahlkampf wurde – wo er stattfand – positiv bewertet und gleichzeitig beklagt, dass es dafür keine Ressourcen gegeben hätte.

In der Bundesgeschäftsstelle wurde wie in früheren Jahren eine *Wahlquartier* genannte Wahlkampfstruktur gebildet, indem die vorhandenen Strukturen auf die Kernelemente Mobilisierung/Aktivierung, Öffentlichkeitsarbeit und inhaltliche Arbeit zusammengezogen wurden. Dies wurde in der räumlichen Konzentration im Konferenzzentrum des Karl-Liebknecht-Hauses nur rudimentär abgebildet, weil nicht alle relevanten Personen dabei waren. Die Mitarbeiter*innen der Bundesgeschäftsstelle reichen in der Regel nicht für die gesamte Wahlkampforganisation. Darum wurde mit Praktikant*innen und einigen Teilzeitverträgen aufgestockt. Dies blieb – wie auch schon in vorigen Wahlkämpfen – unzureichend und führte teilweise zu einer über das Erträgliche hinausgehenden Überlastung, z.B. bei der Bearbeitung der Wahlprüfsteine.

Insgesamt beeinträchtigte die Corona-Pandemie den gesamten Wahlkampf erheblich. Das betraf die verspätete Wahl des Parteivorstandes (mit dem Wechsel der Parteivorsitzenden) ebenso wie die Zusammenarbeit. Der Wahlstab tagte ab Pandemiebeginn bis zum Auswertungstreffen nach der Wahl ausschließlich online. Ähnliches galt für die politischen Entscheidungsberatungen und für den Wakora. Die Bundesgeschäftsstelle war nach Monaten des Homeoffice nur schwer wieder in eine schnell miteinander agierende Präsenzorganisation zu bringen.

Finanzen

Der Parteivorstand beschloss im April 2020 ein Wahlkampfbudget in Höhe von 6,8 Mio Euro. Zum Berichtstermin war es zu 90 Prozent ausgeschöpft. Die größten Positionen blieben die Budgets für die Großflächen (1,4 Mio) und für die Druck- und Vertriebskosten (1,3 Mio), die zusammen etwa die Hälfte des gesamten Etats umfassen. Drittgrößte Posten mit ca. 400.000 bis 500.000 Euro bildeten die Ausgaben für den Online-Wahlkampf, die Agenturkosten und der Haustürwahlkampf (hier insbesondere für die Entwicklung der LINKE.App). Das Wahlkampfbudget war ausreichend, der Etat wurde nicht überzogen und musste zwischen den einzelnen Planpositionen allerdings ausgeglichen werden. Über dem Plan lagen die Agenturkosten, die Ausgaben für Großflächen und Druck, für die strategischen Direktwahlkreise und für Video-Clips. Deutlich unter dem Plan lagen die Kosten für Veranstaltungen und für PR-Maßnahmen. Das Spendenziel von 500.000 Euro wurde mit der Summe von 495.993,59 knapp verfehlt. Beim Spendenvolumen stieg im Verhältnis zur Bundestagswahl der Anteil der Plakatspenden von 14 Prozent auf 23 Prozent.

8. Schlussfolgerungen

Wie sich in den zahlreichen Auswertungspapieren nach dem Wahlkampf zeigt, war die inhaltliche und strategische Ausrichtung des Wahlkampfes in der Partei umstritten, auch wenn die politischen Beschlüsse wie der über das Wahlprogramm auf dem Parteitag (88 Prozent) oder über die Wahlstrategie im Parteivorstand (3 Gegenstimmen) mit großen Mehrheiten gefasst wurden. Unterschiedliche Auffassungen bestanden insbesondere über die Zielgruppen, die Schwerpunktthemen und die Tonalität der Ansprache, hierbei die Verknüpfung der Anforderungen des notwendigen ökologischen Umbaus der Gesellschaft mit dem Thema der sozialen Gerechtigkeit und der Ernsthaftigkeit und Dringlichkeit ("Jetzt!") eines solchen Politikwechsels. Diese innerparteilich verschieden beantwortete Rolle der Partei DIE LINKE für einen solchen Politikwechsel und in der Gesellschaft beeinträchtigte den Wahlkampf bis zum letzten Tag. Insbesondere konnte unsere Partei die aus der Gesellschaft an sie gerichtete Frage nicht plausibel genug klären, ob und ggf. welche Rolle sie in einem solchen Modell eines Politikwechsels spielen kann, wenn sich Fragen sozialer Gerechtigkeit mit ökologischen und Fragen der kulturellen Modernisierung der Gesellschaft verbinden.

Die Wahlkampagne fand in der Partei zwar vorwiegend Zustimmung, konnte aber insgesamt nur eine Minderheit der LINKEN Anhänger*innen überzeugen (43 Prozent), bei den SPD-Anhänger*innen überzeugte unsere Kampagne nur 1 Prozent, bei den Grünen 3,4 Prozent. Während wir in der Kommunikationsstrategie benannt hatten, dass wir Missstände anprangern, uns mit den Mächtigen anlegen wollen und SPD und Grüne vor uns hertreiben, kommunizierten wir über die Großflächen auf der Linie der LINKEN Identität. Zu wenig gaben wir Wahlgründe für DIE LINKE in Abgrenzung zu Wahlgründen für SPD und Grüne. Teilweise identifizierten wir uns selbst zu stark als Teil eines Lagers links von Laschet ("CDUrausausderRegierung"). Anfang September machte uns das kurzfristig interessant, reichte aber nicht dafür, dass ausreichend Wähler*innen eine strategisch-eigenständige Funktion der LINKEN erkannten.

Kommunikativ wurde die Aufgabe der eigenständigen Profilierung wenig bespielt. Es herrschten programmatische und konzeptionelle Äußerungen vor (nicht unwichtig bei der Vermittlung ans eigene Klientel, dass die Partei die richtige für sie ist) und Angriffe auf den gemeinsamen Gegner CDU bzw. später FDP.

Allerdings wurde über die Ansprache an ein linkes Bündnis hinaus wenig die strategische eigenständige Funktion der LINKEN kommuniziert. Hier liegt – wenn man den Erkenntnissen aus den Studien folgt – ein Spannungsverhältnis zu den Wahl- /-hinderungs-Gründen in unseren unterschiedlichen Klientels vor:

Menschen mit geringerem Einkommen, unsere prekären Wähler*innen, sagen häufiger, dass sie nicht erwarten, dass DIE LINKE etwas durchsetzt. Hieraus wird oft geschlussfolgert, dass von der Partei mehr Orientierung auf Regierungsbeteiligung erwartet wird. Jedoch wirkt hier auch eine allgemeine Skepsis über die Auswirkungen von Wahlen auf die eigene Lebensrealität. Diese Skepsis wird mit Verweis auf die Regierungsoption nur zum Teil bearbeitet, weil die Skepsis sich auch auf das Wirken einer LINKEN in einer Regierungsbildung bezieht. In diesem Segment ist Wechselwahl weniger ein Problem als die tatsächliche Mobilisierung zur Wahl. Hierfür braucht es direkte Ansprache und die Vermittlung, dass DIE LINKE weiß, was bei ihnen los ist. Das gelingt in der Regel nur im direkten Gespräch. Gerade dafür haben wir den Haustürwahlkampf verstärkt, aber noch lange nicht ausreichend. Besonders hinderlich für den Wahlkampf war in dieser Situation die innerparteiliche Kontroverse um die zu erreichenden Milieus: Die Kommunikation aus der Partei selbst- als Kronzeugin -, dass DIE LINKE für Prekäre u.a. angeblich nichts machen würde, wirkte da demobilisierend. Anhand der Eintrittszahlen lässt sich auch ablesen, dass sich diese Kontroverse massiv lähmend auf die Mobilisierung der Partei legte, denn diese brachen – nach einem kurzzeitigen Anstieg nach der Wahl der neuen Parteiführung – mit der Aufstellung der Landesliste NRW und innerparteiliche Auseinandersetzungen folgend – ab März ein und blieben danach für mehrere Wochen gering.

Im nicht-prekären links-grünen Milieu unserer Wähler*innen gibt es zwar Sorge, die eigene Stimme zu verschenken (darauf zielte die Kommunikation von Grüne und SPD, wenn sie uns als Bündnispartner zurückgewiesen haben), ansonsten entscheiden sie sich aber je Situation und Priorität für SPD, Grüne

oder LINKE. Hier muss also im Verhältnis zu diesen Parteien kommuniziert werden, warum die Wahl auf DIE LINKE fallen soll. Hier wirkte die Kommunikation wie mit angezogener Handbremse. Die CDU zu Fall zu bringen, war hier kein spezifischer Wahlgrund für DIE LINKE. Die Kommunikation, dass sich nur mit der Linken "wirklich etwas ändert", erfolgte zu wenig eindringlich, jedenfalls auch zu spät (letzte Großfläche).

Die Afghanistan-Abstimmung im Bundestag und die sich daran anschließende Debatte hat die Partei zudem stark getroffen und verunsichert, da das sicher geglaubte Alleinstellungsmerkmal, das Ausweis für Glaubwürdigkeit und humanitäre Gesinnung war, mit einem Schlag erschüttert wurde. Es ist offen, inwiefern eine gemeinsames Abstimmungsverhalten und eine einheitliche Kommunikation darüber dies abgemildert hätte. Es verweist jedenfalls auch auf ungelöste linke Fragen im Bereich der antimilitaristischen und internationalistischen Politik. Jedenfalls wurde in der Folge DIE LINKE durch die Öffentlichkeit und vor allem auch durch die politische Konkurrenz auf das Thema Außenpolitik festgenagelt - ein Themenfeld, von dem wir vorher wussten, dass zwischen SPD und Grünen einerseits und uns andererseits schwankende Wähler*innen am wenigsten unserer Außenpolitik zustimmen.

Für künftige Wahlkämpfe soll hier festgehalten werden:

- Mehr Verbindlichkeit bei den grundlegenden inhaltlichen Beschlüssen, aber auch bei deren Kommunikation herstellen. Als Partei einig in den Wahlkampf gehen.
- Die Entscheidungsstrukturen im Wahlkampf eindeutig klären.
- Den Wahlparteitag früher legen, damit das Wahlprogramm eine Grundlage für die Aufstellung der Kandidierenden sein kann und damit Wahlparteitag und Präsentation der Kampagne und die Auslieferungen erster Materialien zeitlich entzerrt werden.
Dafür ein gemeinsames Event (wie es mal der Konvent sein sollte) unmittelbar vor dem Wahltermin planen.
- Mehr Haustürgespräche, da sie das wirksamste Wahlkampfmittel für die Ansprache insbesondere der prekären Wähler*innen sind.
- Frühzeitiger planen und frühzeitiger Materialien ausliefern, insbesondere wenn die Wahl wieder relativ kurz nach den Sommerferien stattfindet. Die Plakatierfristen liegen immer früher, manche Landesverbände wollen bereits vor den Sommerferien ihre Wahlkampfmittel nach draußen bringen.
- Die Briefwahlergebnisse danach auswerten, wie bzw. ob die Briefwahlkampagne anders justiert werden müsste.
- Die Erwartungen an die Kreativ-Agentur und ihre Rolle sind frühzeitig zu klären.
- Das Großflächenmanagement ist zu verbessern, mehr Controlling, bessere Kommunikation, schnellere Korrekturen.
- Im Wahlkampfbudget sind größere Positionen für den Drucketat, für die Direktwahlkreise und für Videos einzuplanen.

Maßnahmen zur Solidarität mit Betroffenen und konsequentes Handeln gegen Sexismus, Grenzüberschreitungen und sexualisierte Gewalt

Beschluss des Parteivorstandes vom 21. Mai 2022

Wir sind entsetzt und betroffen über die Fälle sexualisierter Übergriffe im Zusammenhang mit der Parteiarbeit. Es ist uns ein großes Anliegen, sexualisierte Übergriffe in der Partei zu verhindern. Wir wollen unsere Strukturen und unseren Umgang miteinander einer gewissenhaften Überprüfung unterziehen um zu erkennen, wie und wo Fehlverhalten stattfindet und oder gedeckt wird. Wir möchten auch für die Betroffenen angemessen auf die Vorfälle reagieren und auf entsprechende Konsequenzen für die Täter*innen hinwirken.

Nach dem öffentlichen Bekanntwerden von sexuellen Übergriffen in der Partei hat der Parteivorstand am 20. April 2022 die Betroffenen um Entschuldigung gebeten und einen Beschluss mit Maßnahmen gefasst. Im Folgenden wird dargestellt, was auf den Weg gebracht wurde.

1. Prävention

In fast allen Landesverbänden wurden Maßnahmen und Stellungnahmen gegen Sexismus beschlossen und Vertrauenspersonen oder Awarenessbeauftragte berufen, eine Liste liegt dieser Information an. Es ist wünschenswert, dass bis auf die Kreisebene Vertrauensgruppen oder Awareness-Strukturen gebildet werden, aber auf Landesebene sollen diese verbindlich und flächendeckend eingerichtet werden. Das Controlling liegt in der Bundesgeschäftsstelle. In der Anlage zu diesem Bericht findet sich eine Übersicht mit Links zu den Beschlüssen und Unterstützungsstrukturen in den Landesverbänden

Die Bundesgeschäftsstelle wird sich einem Check nach den Kriterien der Antidiskriminierungsstelle Berlin unterziehen. Gleiches wird den Geschäftsstellen und den Betrieben in der linken Familie (Bundestagsfraktion, RLS) empfohlen.

2. Sichere Räume

In der Parteiarbeit werden Plena, Veranstaltungen und Gesprächsformate bereitgestellt, in denen über Sexismus oder diskriminierendes Verhalten gesprochen werden kann. Mit den Landesgeschäftsführer*innen wurde darüber gesprochen, dass solche Räume eingerichtet werden.

Auf dem Parteitag wird am Freitag parallel zur Plenardebatte und zum Frauenplenum und daran anschließend ein geschützter Raum angeboten. Auch beim Parteitag und bei größeren Veranstaltungen der Partei werden Schutz- oder Awarenesskonzepte vorgehalten.

3. Qualifizierte Unterstützung

a. Vertrauensgruppe

Die Zusammensetzung der Vertrauensgruppe ist auf der Website aktualisiert: [Vertrauensgruppe: DIE LINKE. \(die-linke.de\)](#)

Die Vertrauensgruppe hat im Geschäftsführenden Parteivorstand eine Ansprechpartnerin, ebenso in der Bundesgeschäftsstelle.

b. Expertinnenkommission (EK):

Es wurden zwei Frauen für die Expertinnenkommission gewonnen und eine Einladung ausgesprochen, sich bei diesen im Falle von sexuellen Übergriffen zu melden. Die beiden Mitglieder der EK sind Berufsgeheimnisträgerinnen. Sie hören Betroffene an und geben in Abstimmung mit den Betroffenen der Partei Handlungsempfehlungen. Die EK bietet auch den

Vertreter*innen des Jugendverbandes (wo mehrere Vorwürfe gesammelt wurden) das Gespräch und die Unterstützung an, damit sie ihre »Fälle« an die Expertinnenkommission abgeben.

- c. In einem späteren Schritt, wenn Erfahrungen und Empfehlungen aus der EK vorliegen, wird eine parteieigene Unterstützer*innenstruktur aufgebaut und qualifiziert.
- d. Es wird an einer Richtlinie für einen solidarischen und gewaltfreien Umgang in der Partei gearbeitet und es werden Bildungsformate bereitgestellt. Eine solche Richtlinie sollten Parteivorstand und Bundesausschuss bis Oktober 2022 beschließen.

4. Untersuchung

siehe oben zur Expertinnenkommission

Priorität hat bei allen Vorwürfen haben der Schutz und die Unterstützung der Betroffenen. Es muss in jeder Struktur der LINKEN klar sein, an wen man sich wenden kann, wenn man im Parteikontext Übergriffen ausgesetzt ist.

Die Partei hat keine Ermittlungsorgane, um Vorwürfe aufzuklären. Wir haben dafür nur die parteiinterne Gerichtsbarkeit der Schiedskommissionen. Der Parteivorstand hat Änderungsanträge zur Satzung eingebracht, um in Fällen von sexualisierter Übergriffe schnell handeln zu können und Sanktionen außerhalb des Parteiausschlusses zu ermöglichen.

Wenn eine verbindliche Richtlinie für solidarisches und nicht-diskriminierendes Verhalten vorliegt, wird damit eine weitere Richtschnur geschaffen, um übergriffiges Verhalten zu ahnden.

5. Konsequenzen

Die Offenlegung von sexualisierten Grenzverletzungen und Übergriffen ist die Voraussetzung dafür zu erkennen, wo Strukturen oder Verhaltensweisen geändert werden müssen. Dabei bedeutet Offenlegung nicht Veröffentlichung, darum gibt es geschützte Räume. In konkreten Fällen müssen auch konkrete Maßnahmen ergriffen werden.

Darüber hinaus muss – auch im Lichte der Handlungsempfehlungen der Expertinnenkommission – geprüft werden, wo es Handlungsbedarf gibt, unsere Parteipraxis zu ändern. Dafür sollte der Parteivorstand bis Oktober 2022 eine Zwischenbilanz ziehen.

Anlage:

Strukturen/ Beschlüsse/ Richtlinien der LINKEN für Betroffene von Sexismus und sexueller Belästigung in der LINKEN in den Landesverbänden

LV	Richtlinie/ Beschlüsse/ Vertrauenspersonen
Baden-Württemberg	Beschluss LV: https://www.die-linke-bw.de/nc/presse/presse/presse/news/die-linke-baden-wuerttemberg-kein-platz-fuer-sexismus/ Es wurden landesweite Awareness-Strukturen eingerichtet: https://www.die-linke-bw.de/awareness-strukturen/awareness-strukturen/ Diese wird in der nächsten Zeit ergänzt.
Bayern	Beschluss des LV aus 2021: Vertrauensperson eingesetzt, Awareness-Team für Landesparteitage eingerichtet
Berlin	Beschluss des LV vom 4. Mai 2022: Zusammenarbeit mit einer Beratungsstelle (kurzfristig) und Etablierung von Parteistrukturen sowie einer Antidiskriminierungsstelle (mittel- und langfristig) https://dielinke.berlin/start/det/lv-beschluss-8-048-22/
Brandenburg	Beschluss des LV vom 19. April 2022: » <i>Sexismus und sexualisierte Gewalt bekämpfen</i> «, Zusammenarbeit mit einer Beratungsstelle, Erarbeitung eines Konzeptes zur Bekämpfung von sexualisierter Gewalt im LV, Einrichtung einer Vertrauensgruppe
Bremen	Beschlüsse des Landesparteitages vom 9./10. November 2019, Satzungsänderung und » <i>Sexismus bekämpfen, anti-sexistische Kultur in der Partei strukturell stärken</i> « Vom 25. April 2022 zu Awareness: https://www.dielinke-bremen.de/politik/artikel/detail-neu/news/unsere-strukturen-gegen-sexismus-querfeindlichkeit-und-grenzueberschreitendes-verhalten/ Leitfaden: https://www.dielinke-bremen.de/fileadmin/user_upload/Landesvorstand/Terminemail/2022/Leitfaden_fr_ei_n_solidarisches_Miteinander.pdf
Hamburg	
Hessen	Beschluss des LV vom 4. März 2022 »Verhaltenskodex und Selbstverpflichtung« – Etablierung Vertrauenspersonen, https://www.die-linke-hessen.de/politik/aus-dem-landesvorstand/528-einsetzung-von-vertrauenspersonen-konsequentes-handeln-gegen-sexismus,-grenz%C3%BCberschreitungen-und-sexualisierte-gewalt.html Awareness-Struktur: https://www.die-linke-hessen.de/%C3%BCber-uns/awareness.html
Mecklenburg-Vorp.	Beschluss des LV vom 4. Mai 2022: Einrichtung einer AG-Awareness-Struktur, Strukturdebatte im LV https://www.originalsozial.de/politik/aktuelles/detail/news/kein-platz-fuer-sexismus-1/
Niedersachsen	Zeitnah Verständigung und Beschluss zu Vertrauenspersonen und Strukturdebatte geplant

LV	Richtlinie/ Beschlüsse/ Vertrauenspersonen
Nordrhein-Westfalen	Beschluss des LV vom 23. April 2022: Einrichtung einer Vertrauensgruppe, Verhaltenskodex » <u>Verhaltenskodex zum Schutz vor sexualisierter Gewalt in allen Gliederungen und Arbeitsgemeinschaft im Landesverband Nordrhein-Westfalen.</u> «
Rheinland-Pfalz	
Saarland	
Sachsen	Beschluss des Landesparteitages vom 14. November 2021: Richtlinie »Für einen antisexistischen Konsens« -, Vertrauensperson beim Landesvorstand https://www.dielinke-sachsen.de/wp-content/uploads/2021/11/F.8.16.LPT.1.T.Fuer-einen-antisexistischen-Konsens.pdf
Sachsen-Anhalt	Beschluss des Landesvorstandes vom 25. April 2022, Einrichtung Vertrauensperson(en)/ Strukturen in Kooperation mit dem sächsischen Landesverband in Planung. Beschluss hier: » <u>Sexismus entgegenreten – Unterstützungsstrukturen für Betroffene aufbauen, antisexistische Arbeit erweitern</u> «: <u>DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt (dielinke-sachsen-anhalt.de)</u> «
Schleswig-Holstein	Einrichtung einer Vertrauensgruppe
Thüringen	Beschluss des Landesvorstandes vom 18. März 2022:Wahl von Vertrauenspersonen des Landesvorstandes, umgesetzt hier: <u>Vertrauenspersonen: DIE LINKE. Landesverband Thüringen (die-linke-thueringen.de)</u>

DIE LINKE zur Mandatszeitbegrenzung

Diskussionspapier des Parteivorstands

Beschluss des Parteivorstandes vom 16. Januar 2022

Aufgrund eines Antrags an den Bundesparteitag hat sich der Parteivorstand ausführlich mit dem Thema »Mandatszeitbegrenzung« beschäftigt und dazu das folgende Vorgehen festgelegt:

- Die Forderung nach Mandatszeitbegrenzung ist berechtigt, aber auch umstritten. Das Thema beschäftigt DIE LINKE seit ihrer Gründung. Die Frage sollte deswegen breit in allen Gliederungen der Partei diskutiert werden. Dabei sollte das Ziel sein, zu einem mehrheitsfähigen Vorschlag für eine Satzungsänderung zu kommen.
- Die Debatte der Partei und ihrer Gremien sollte zunächst nur die hauptamtliche Parlamentsarbeit auf Europa-, Bundes- und Landesebene umfassen, weil dort Probleme und Möglichkeiten einer Lösung ähnlich sind.
- Man mag zur Mandatszeitbegrenzung stehen, wie man will, der PV plädiert dafür, diese Frage als strukturelle Frage – unabhängig von Personen oder gar der Bewertung ihrer Qualitäten – zu diskutieren. Die Auseinandersetzung muss respektvoll gegenüber den Mandatsträger*innen der LINKEN geführt werden, die viel Lebenszeit und Energie in die Amtsausübung investieren.
- Schritte der Auseinandersetzung mit Mandatszeitbegrenzung:
 - Diskussion im Parteivorstand auf Grundlage unseres Arbeitspapiers (Nov./Dez. 2021)
 - Der PV verabschiedet das (eventuell abgeänderte) Arbeitspapier.
 - Der PV fordert Landes- und Kreisebene der Partei auf, in geeigneten Formaten über mögliche Optionen zur Mandatszeitbegrenzung zu diskutieren. Als Diskussionsgrundlage stellt der PV ein Diskussionspapier mit Pro- und Contra-Argumenten zur Verfügung (s. Anhang).
 - Auf Grundlage der parteiinternen Diskussion legt der Parteivorstand dem Parteitag einen Änderungsantrag zur Satzung und zur Wahlordnung vor. Dieser sollte durch einen zweiten Antrag zur politischen Einordnung, Bewertung und Zielsetzung der neuen Regelung in der LINKEN ergänzt werden. Auf einem Parteitag wird über eine Satzungsänderung zur Mandatszeitbegrenzung und eine entsprechende Änderung der Wahlordnung entschieden.

Anhang: Daten und Fakten zu Mandaten der LINKEN

Bundestag:

Im November 2021 (Ende der 19. WP) stellt sich die Zusammensetzung der LINKE-Bundestagsfraktion wie folgt dar:

- 8 MdBs in der ersten Legislaturperiode
- 10 MdBs in der zweiten Legislaturperiode
- 21 MdBs sind mindestens die dritte Legislaturperiode oder länger im Amt
- Darunter sind 19 MdBs mindestens die vierte Legislaturperiode oder länger im Amt.
- Einige MdBs waren vorher bereits MdLs.

https://www.bundestag.de/resource/blob/272478/df574272f988d4df34aa29a54b9946ae/Kapitel_03_04_Dauer_der_Mitgliedschaft_im_Bundestag-pdf-data.pdf

Landtage:

DIE LINKE ist in 10 Bundesländern in Landtagen. Sie hat insgesamt 135 Landtagsabgeordnete, davon sind 45 erstmals, 48 zweimal und 42 drei- oder mehrmals gewählt.

Die Bedingungen in den Landtagen sind in den verschiedenen Bundesländern (Wahlgesetzgebung, Höhe der Diäten, Altersregelungen etc.) äußerst unterschiedlich.

Europaparlament:

DIE LINKE hat 5 MdEP, von denen eine in der ersten, die anderen mindestens in der zweiten Legislaturperiode tätig sind.

PRO und CONTRA Mandatszeitbegrenzung

Verkrustungen aufbrechen vs. vorhandene Strukturen erhalten

Parlamentarier*innen, insbesondere langjährige, haben Einfluss auf die Parteistrukturen in ihrem Wahlkreis und ihrem Bundesland – im Guten wie im Schlechten. Personelle Veränderungen bedeuten immer Brüche, bei denen neue Perspektiven entstehen (können), aber auch alte Strukturen wegbrechen (können).

PRO:

Langjährige Mandate leisten dem Verkrusten von Parteistrukturen Vorschub. Posten innerhalb des Kreisverbandes werden eher von politisch Vertrauten oder Mitarbeiter*innen der/s MdBs besetzt. Der/m MdB politisch nicht so nahestehende Aktive haben es oft schwer oder geben resigniert auf. Für neue und junge Menschen sind diese Strukturen wenig attraktiv. Überalterung der Mitglieder, Aktiven und Wähler*innen und damit Stagnation bzw. ein Schrumpfen der Partei droht.

CONTRA:

Mandatsträger*innen bringen ihre Vernetzungen z. B. in Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen mit in die Partei und sie bauen Kontakte, Netzwerke und z. B. Bindungen zu Journalist*innen auf, die – wenn sie ihr Amt beenden/verlieren – für die Partei verloren gehen können. Gerade im ländlichen Raum ist die Parteiarbeit oft genug auf die Abgeordnetenbüros und deren Mitarbeiter*innen angewiesen.

PRO:

Die Kämpfe um Listenplätze bestimmen einen großen Teil des Parteilebens; sie sind Energie zehrend und wirken entpolitisierend. Auf Menschen, die sich inhaltlich und praktisch engagieren wollen, wirken sie abschreckend.

Kürzere Mandatszeiten bieten die Chance, mehr Menschen an den Spitzenfunktionen der linken Politik und den damit verbundenen Erfahrungen zu beteiligen. Diese Erfahrungen können in die Parteiarbeit vor Ort zurückgetragen werden.

Mandate, i.d.R. mit Diäten bzw. Aufwandsentschädigungen und Macht verbunden, sind – so zeigt die Erfahrung – attraktiver als Parteiposten. Parteiämter und Mitarbeiterstellen werden z. T. als Sprungbretter für Bundestagsmandate betrachtet.

DIE LINKE hat die Ausübung von Parteiämtern auf acht Jahre beschränkt. Warum sollte bei der Wahrnehmung von Mandaten nicht ähnlich verfahren werden? Abgeordnete und Fraktionen üben einen prägenden Einfluss auf die Partei und ihre Außerdarstellung aus. Mehr noch, sie verfügen zusätzlich über eine staatliche Finanzierung ihrer politischen Aktivitäten.

CONTRA:

Parlamentsarbeit erfordert Einarbeitung und Fachkompetenz. Eine Legislaturperiode ist zum Einarbeiten nötig, eine zweite zum Arbeiten und dann ist schon wieder Schluss?

Prominente »Aushängeschilder« der Partei, die sich in der Öffentlichkeit, vor Ort oder in einem bestimmten Fachgebiet einen Namen gemacht haben, sind ohne Mandat unter Umständen nicht mehr als Akteur*innen der LINKEN erkennbar.

DIE LINKE hat mehrere Direktmandate, die für uns sehr wichtig sind, und die Chance noch mehr zu gewinnen. Diese sind teilweise an in ihrem Wahlkreis stark verankerte und/oder prominente Personen gebunden. Eine Lösung könnte so aussehen, dass man sich zwar nur zweimal für die Landesliste aufstellen kann, aber noch öfter als Wahlkreiskandidat antreten kann.

Mandatszeitbegrenzung kann verkrustete Strukturen nur teilweise aufbrechen. Neue Abgeordnete sind abhängig von Mitarbeitenden, die länger im »Geschäft« sind als sie und die mit ihrem »Know-How«, Einfluss auf Netzwerke und die inhaltliche Ausrichtung nehmen können.

Verhältnis Partei/Parlamentarismus**PRO:**

»Der Kampf für eine andere, bessere Welt« muss auch das Aufbrechen der uns vom Parteigesetz vorgegebenen hierarchischen Organisationsstruktur beinhalten. Wir schreiben im Erfurter Programm: »Wir wollen dazu beitragen, dass aus passivem Unmut aktive Gegenwehr wird.« Das muss sich auch im Ringen um beteiligungsorientiertere Strukturen widerspiegeln.

Die Geschichte linker Parteien und Bewegungen zeigt, dass die Fixierung auf Parlamentsmandate und die Machtverschiebung zu Gunsten der Fraktionen eine inhaltliche Rechtsbewegung und Akzeptanz der herrschenden Verhältnisse bedeuten. Außerdem wirkt der Machtkampf zwischen Partei und Fraktion nach innen und außen entpolitisierend, weil es vor allem um Macht über finanzielle Mittel, Personal, Zugang zur Presse usw. geht.

Wahlkämpfe können nur das stärken, was zuvor an gesellschaftlicher Verankerung aufgebaut wurde. Sie können aber nicht die Parteiaufbauarbeit ersetzen. Je mehr sich die Fraktionen durch Dauerpräsenz einzelner Genoss*innen verselbständigen, werden die Wahlkämpfe nur noch Mittel, diese parlamentarischen Strukturen zu verteidigen, nicht aber die Partei aufzubauen. Die Geschichte zeigt, dass sich dies periodisch immer mehr zuspitzt. Nach zwei Legislaturperioden drängen sich immer mehr die konservativen Kräfte, die bestehenden Strukturen zu erhalten, in den Vordergrund.

DIE LINKE muss den Widerspruch, die herrschenden Verhältnisse zu bekämpfen und gleichzeitig mitgestalten zu wollen, aushalten und immer wieder neu austarieren. Die Begrenzung der Mandatszeiten ist ein Mittel auf Selbsterhalt ausgerichtete Machtstrukturen in Parlamenten aufzubrechen.

Welche Politiker*innen wollen wir?

PRO:

Der Wunsch »Abgeordnete/r« auf Dauer zu werden bzw. das Mandat als Beruf auszuüben, widerspricht den Grundsätzen einer bewegungsorientierten, gesellschaftsverändernden und basisdemokratischen Partei. Nach zehn Jahren Parlament sind die Parlamentarier*innen andere Menschen geworden. Die materiellen Privilegien und manchmal sogar mehr die immateriellen Schmeicheleien und Machtteilhabespielchen verändern den stärksten Menschen. DIE LINKE hat in den letzten Jahren viele junge Mitglieder gewonnen. Die Kandidat*innen, die sich für Landes-, Bundes- Europaparlamente bewerben, sind zahlreicher geworden. Wir verfügen in der Breite über viele junge Menschen, die fähig, engagiert, in politischen Themen verankert sind und Ausstrahlung haben. Es gibt also keinen Mangel an Nachwuchs (mehr).

Eine Mandatszeitbegrenzung würde ein deutliches Signal setzen, dass MdB oder MdL kein Lebensberuf werden kann und junge Menschen dazu motivieren, bevor sie Mandate übernehmen, außerhalb der Partei eine politische sowie berufliche Verankerung anzustreben.

Wir sind eine feministische Partei. (Sorge-)Arbeit und Zeit umverteilen heißt auch die Trennung zwischen Berufspolitiker*innen und Basis aufzuweichen. Mandate sind mit viel Arbeit verbunden, es macht Sinn diese Arbeit über die Jahre auf viele Schultern zu verteilen.

CONTRA:

Das hat allerdings auch eine Kehrseite: In der Anfangszeit der LINKEN (und der PDS) verfügten die Mandatsträger*innen in der Regel über eine politische und berufliche Sozialisation außerhalb der Partei. Heute ist ein Trend absehbar, dass junge Menschen in Karrieren »hineinschliddern« oder eine Berufspolitiker-Laufbahn anstreben, die von der Uni über ein Abgeordnetenbüro zur Bewerbung um einen aussichtsreichen Listenplatz führen.

Mandatszeitbefristung könnte ein Hindernis für Menschen sein, die gut in einem Beruf und in Netzwerken verankert sind und nicht für eine bestimmte Zeit »aussteigen« können. 5 oder 10 Jahre einen anderen beruflichen Schwerpunkt zu wählen, heißt in vielen Bereichen, dass es keine »Rückkehrmöglichkeit« mehr gibt – man/frau ist einfach raus: thematisch, Kontakte usw. Das Mandat ist keine Auszeit, sondern eine bewusste Entscheidung für eine andere berufliche Entwicklung, das kann die Entscheidung für viele stark beeinflussen.

Die Mandatsbefristung kann zu einer Nichteinbeziehung von Qualität und Leistung führen, so dass sich Mittelmaß durchsetzt.

Eine formale Mandatszeitbegrenzung ohne Berücksichtigung von Qualität und Leistung führt dazu, dass das Mandat als zwischenzeitliche persönliche Absicherung gesehen wird. Das Bild nach außen ruft Unverständnis bei Menschen hervor, die sehr gute Erfahrungen mit »tollen« Abgeordneten gemacht haben.

Wir haben keine Optionen für das »Danach«. Es gibt in der LINKEN kein Personalentwicklungskonzept. Nach dem Mandat ist der Abgeordnete auf sich allein gestellt oder er/sie hat die Zeit des Mandates intensiv genutzt, um für sich eine weitere berufliche Absicherung zu organisieren – was eigentlich nicht zu den Aufgaben eines Mandates gehört. In bestimmten Politikbereichen – z. B. Antirassismus/Antifaschismus – bestehen darüber hinaus auch besondere Gefahren für die Betroffenen, die zum Teil durch das Mandat geschützt waren.

Juristische und formale Fragen

Für eine Regelung zur Mandatszeitbegrenzung gibt es juristische Hürden und Grenzen. Die Diskussion, wie wir als linke Partei unsere Strukturen gestalten wollen, sollte aber nicht entlang juristischer Gegebenheiten, sondern politisch geführt werden. Wenn sich aus dieser Diskussion ein Modell herausbildet, muss juristisch geprüft werden, wie das verfassungskonform in der Satzung umgesetzt werden kann.

Eine Soll-Bestimmung ist verfassungsrechtlich unbedenklich.

Die für eine Satzungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit sollte angestrebt werden. Vor allem, weil eine breite Mehrheit in der Partei für ein neues Verständnis von Parlamentsarbeit vorhanden sein sollte.

Optionen zur Mandatszeitbefristung:

- Begrenzung auf eine Legislaturperiode,
- Begrenzung auf zwei Legislaturperioden,
- Begrenzung auf drei Legislaturen, verbunden mit einer Quote für Neueinsteiger*innen, z. B. jeder zweite Listenplatz wird mit einer* Neueinsteiger*in besetzt
- Weitere kombinierbare Maßnahmen/Fragen:
 - Ausnahme für einzelne Bewerber*innen mittels eines Sondervotums der Wahlversammlung mit qualifizierter Mehrheit (Zweidrittel- oder Dreiviertel-Mehrheit).
 - Einführung einer Neueinsteigerquote für jede Parlamentsfraktion.
 - Ist eine Wiederwahl in der übernächsten Legislatur möglich?
 - Ist eine Wahl in einer anderen parlamentarischen Ebene möglich?
 - Bezieht sich die Begrenzung nur auf die Landesliste oder generell auf eine Kandidatur?
 - Zusätzlich zur Gender-Quotierung die Installierung weiterer Quoten für Migrant*innen u. a.

Ausblick auf weitere zu klärende Fragen

Wenn DIE LINKE eine Debatte über die Mandatszeitbefristung beginnt und entsprechende Regelungen beschließt, dann ergeben sich sehr bald weitere zu lösende Problemkreise:

- An erster Stelle der Umgang mit kommunalen Mandaten in Bezirks-, Kreis- und Stadträten sowie bei Wahlämtern in der Verwaltung. Ihr Einfluss auf die Partei und das Leben in den Kreisverbänden ist oft noch viel gravierender als der Einfluss von »höheren« Abgeordneten und ihrer Bürostrukturen.
- Die Rolle der Mitarbeiter*innen von Abgeordneten muss ebenfalls geklärt werden. Dabei sind die politischen Zielsetzungen, möglichst feste, unbefristete Anstellungen einschließlich einer gewerkschaftlichen und betriebsrätlichen Betreuung für die Mitarbeiter*innen zu gewährleisten und andererseits die politische Willensbildung der Partei und ihrer Mandatsträger*innen (egal ob erste oder zweite Legislaturperiode) sicherzustellen, miteinander zu verbinden.
- In diesem Zusammenhang ist zu überprüfen, ob die Regelungen der Partei zur Trennung von Parteiamt und parlamentarischen Mandat ausreichen, oder ob sie stärker auf die Mitarbeiter*innen ausgedehnt werden sollten.
- Letztlich hat DIE LINKE heute schon ein Problem mit Ämterhäufung. Sowohl parlamentarische Mehrfachämter als auch die Häufung von Parteiämtern sind fast überall schon ein Hindernis für eine demokratische Mitgliederentwicklung.
- All diese Prozesse könnten in einer Diskussion über so genannte »Personalentwicklungskonzepte« zusammengeführt werden.

Kandidaturen

Julia Bonk

Kandidatur für den Parteivorsitz

Landesverband Sachsen



Aufbruch: die Welt braucht ihn

Das Land und die Welt brauchen die Antworten, die wir Linke geben können. Wir brauchen Gewaltfreiheit. Einen Wandel der Arbeitswelt, hin zu mehr selbst verfügbarer Tätigkeit. Dafür müssen wir an die Eigentumsfrage ran. Wir brauchen Wohlstand für alle. Freie Bildung. Und eine Ermächtigung im politischen System. Das geht nur, wenn wir stärker werden. Wenn wir unsere Methoden weiter entwickeln, unsere Kultur und unsere Ausrichtung: hin zu grundlegender Veränderung der Gesellschaft, zu mehr Anerkennung und Freiheit.

Ich war zehn Jahre Abgeordnete im Sächsischen Landtag, war im Parteivorstand, habe in Bündnissen und programmatischen Initiativen gewirkt, Gesetze geschrieben und vor Gericht überprüft. Habe nun acht Jahre außerparlamentarische Erfahrung. In der Zeit habe ich in politischen Ideen promoviert, eine Familie gegründet, Corona. Habe in dieser Zeit noch ein Buch veröffentlicht. Wir kennen uns lange, viele von uns. Beginnen wir einen neuen Abschnitt. Einen, der uns weiter bringt. In unseren Zielen, unseren Aktionen, unserem Miteinander.

Ich werde in kein Parlament gehen, wenn ihr mich als Vorsitzende wählt. Nicht dass ich was gegen Parlamente hätte. Ich halte das bestehende System nur nicht für die Ultima Ratio der Geschichte. Darum sollte es einen Anker in der Partei geben, der sie ins Kommende hinein verbindet. Das wir gemeinsam finden. Ich stehe für eine LINKE, die über den Sinn des Zusammenlebens nachdenkt: und deshalb für andere Formen des Zusammenlebens eintritt. Formen von Teilhabe, Gemeinsamkeit und Anerkennung grundlegender Verschiedenheit. Das sollten wir leben: Freude an unseren Zusammenkünften, weil jeder gesehen und geachtet ist und uns Ideen und Vorhaben einen. Ich stehe nicht nur für DIE LINKE, die wir sind, sondern für DIE LINKE, die wir werden wollen.

Julia

Wolfgang Kolonko

Kandidatur für den Parteivorsitz

Landesverband NRW



Ich weiß, dass ich mit 64 Jahren nicht gerade die größten Chancen habe, möchte mich aber für den Bundesvorsitz bewerben.

Warum?

Ich persönlich finde, dass sich die Partei weit von ihren eigentlichen Themen entfernt hat und gerade die Themen, wie Mietendeckel, soziale Verantwortung gegenüber Kleinverdiener, Rentner, Alleinerziehende, usw. Energiewende (ÖPNV), mittlerweile selbst der AfD als Themen überlässt.

Wir erklären dem Bürger nicht die »Entlastungspakete« mit deutlichen nachvollziehbaren einfachen Beispielen, wir müssen intensiver mit den Kreisverbänden und Landesverbänden zusammenarbeiten und die regionalen Probleme deutlich, einfach und immer wiederholen den Bürgern erklären. Nicht wie bisher nur mit Schlagworten. Auch sollten wir nicht nur »Fff« hinterherlaufen, sondern viel mehr eigene Aktionen regional und auch landesweit betreiben.

Klare Stellung und reale Antworten auf zurzeit gegenüber Russland beziehen, aber auch ständig die anderen »Kriegsschauplätze« (Türkei, Mali, Afghanistan, usw) immer wieder (ausführlich und mit klaren einfachen Worten) zum Thema machen. Stärkere Förderung von Startups in Deutschland und Europa bis hin zur staatlichen Beteiligung, Bildung fördern mit kleineren Klassen und ausreichend Lehrpersonal, Einbindung von Rentnern und älteren Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt, Förderung und Ausbildung von ALGII-Empfängern gerade im Pflegebereich, Ausstattung von Schulen und Ausbildungsförderung, und vieles mehr.

Vielen Dank für eure Zeit für meine Bewerbung.

Wolfgang Kolonko

Christoph Mehrle

Kandidatur für den Parteivorsitz

Landesverband Saarland

Liebe Genossinnen,

hiermit bewerbe ich mich als Vorsitzende unserer Partei.

Viele Grüße

Christoph Mehrle

Sören Pellmann

Kandidatur für den Parteivorsitz

Landesverband Sachsen



Zu meiner Biografie:

- geb. 1977, Leipziger, verheiratet
- Grund- und Förderschullehrer (mehrjährige Berufspraxis)
- Parteieintritt 1993
- Stadtrat seit 2009 (Fraktionsvorsitzender seit 2012); direkt gewählter MdB 2017, 2021

DIE LINKE – eine Partei mit Zukunft!

Die aktuelle Lage unserer Partei ist ernst. Aber gemeinsam können wir gewinnen: Jüngst offenbarte eine Studie, dass 18 Prozent der Menschen sich vorstellen können, DIE LINKE zu wählen – vor allem wegen unseres Einsatzes für soziale Gerechtigkeit. Auch für die Forderung »Mehr Sozialismus wagen« gibt es in der potenziellen Wählerschaft viel Resonanz. Ich selbst konnte an diese Stimmungslage mit einem milieuübergreifenden Wahlkampf in Leipzig erfolgreich anknüpfen.

Allerdings wählen uns viele Menschen im Land nicht mehr. Sie haben unsere unproduktiven, bisweilen rabiat geführten Debatten der letzten Jahre endgültig satt. Sie wollen und erwarten zu Recht eine kämpferische LINKE, die mit Ausstrahlungskraft und Glaubwürdigkeit insbesondere für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung, der Rentner*innen und der Benachteiligten eintritt, statt sich durch interne Machtkämpfe selbst zu zerstören.

Es ist an der Zeit, die Gräben endlich zu überbrücken. Mit Blick auf Energiekrise, Inflation, Ukraine-Krieg und Klimanotstand wird klar, dass uns viel mehr verbindet als uns trennt. Die gemeinsamen Inhalte müssen wir als sozial-ökologisch ausgerichtete Partei mit einer sozialistischen Perspektive im Parlament und auf der Straße in die Gesellschaft tragen. Dabei stehen wir nicht allein, sondern streiten an der Seite mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, mit Fridays for Future und vielen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen für eine bessere Welt.

Es braucht eine ehrliche Kommunikation miteinander und klare inhaltliche Orientierung an aktuellen Parteitagsbeschlüssen. Mit meiner Basiserfahrung und dem Ziel einer flügel- und generationsübergreifenden Zusammenarbeit möchte ich dazu beitragen, dass DIE LINKE eine Partei mit Zukunft ist und bleibt!

Heidi Reichinnek

Kandidatur für den Parteivorsitz

Landesverband Niedersachsen



Liebe Genossinnen und Genossen,

in DIE LINKE. trat ich ein, weil ich die Lobby für Menschen ohne Lobby stärken wollte. Mich schmerzt, dass unsere Wahrnehmung als diese Kraft in der breiten Bevölkerung schwindet. Ich möchte dazu beitragen, dass wieder erkennbar wird, welchen Nutzen DIE LINKE hat. Dafür muss unsere Partei stark aufgestellt sein und ein eindeutiges Profil haben: soziale Gerechtigkeit. Hier besitzen wir Glaubwürdigkeit und Expertise. Deswegen: Gemeinsamkeiten nach vorne, Differenzen intern diskutieren. Wir wollen auf niemanden verzichten, solange die Grundfesten unserer Partei nicht verlassen werden. Wir müssen gut zueinander sein, um gute Politik für und mit den Millionen zu machen, für die wir unabdingbar sind.

Wie bitter nötig das ist, habe ich in meiner Arbeit in der Jugendhilfe noch vor wenigen Monaten hautnah miterlebt.

Geringverdienende und Erwerbslose wenden sich von der LINKEN ab. Diese Menschen gilt es zu erreichen, denn die (Nicht-)Teilnahme an der Wahl ist eine Klassenfrage. Hierfür benötigen wir eine Nichtwähler:innen-Strategie. Viele Menschen haben keine Kraft und Zeit, sich für ihre Belange einzusetzen. Dafür braucht es uns. Das gilt auch für Ökologie und Klimaschutz. Dieses zentrale Politikfeld aus der Perspektive und im Interesse der arbeitenden Bevölkerung zu bearbeiten, ist entscheidend.

Auch außenpolitische Positionen unterscheiden uns zu Recht deutlich von denen anderer Parteien. Es muss vor allem darum gehen, wie wir linke Friedenspositionen nachvollziehbar kommunizieren. Das heißt auch: friedliche Lösungen ausbuchstabieren und keine doppelten Standards in der Außenpolitik.

Als einzige soziale Opposition gilt es, mit einem sozialistischen Feminismus für die 99 Prozent, welcher vor körperlicher und ökonomischer Gewalt schützt, die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen zu verbessern.

Es braucht uns!

Mehr zu meiner Kandidatur findet ihr auf meiner Kandidaturwebsite www.heidi-die-linke.de

Martin Schirdewan

Kandidatur für den Parteivorsitz

Landesverband Thüringen



Liebe Genossinnen und Genossen,

ich bitte um Euer Vertrauen, um mit euch gemeinsam als Parteivorsitzender die Erneuerung unserer Partei zu gestalten.

Mit euch will ich unsere Partei DIE LINKE zu einer modernen sozialistischen Gerechtigkeitspartei entwickeln, die alle gesellschaftlichen Herausforderungen aus der Logik der sozialen Gerechtigkeit beantwortet.

Ich will Vorsitzender einer Partei werden, von der die große Mehrheit der Mitglieder in zwei Jahren wieder stolz sagen kann: Ja, ich bin Mitglied der LINKEN. Das schafft niemand alleine, deswegen brauche ich Euch und eine sich als Team verstehende Partei, die diese Philosophie gemeinsam vertritt.

Die Pandemie hat die Folgen des Kahlschlags im Gesundheitsbereich bloßgelegt. Ungleichheit und Ungerechtigkeit in unserem Land nehmen ungebremst zu. Jährlich werden neue Höchsttemperaturen erreicht. Russland führt einen nicht zu rechtfertigenden Angriffskrieg, bei dem tagtäglich unschuldige Menschen getötet werden.

Deswegen brauchen die Menschen in Deutschland und Europa eine kraftvolle LINKE, die sich für die Interessen und Belange derjenigen einsetzt, die am Ende des Monats nicht wissen, wie sie noch ihre Packung Butter bezahlen sollen. Sie brauchen eine LINKE, die sagt, dass radikaler Klimaschutz und digitaler Umbau nur gelingen, wenn sie sozial gestaltet sind und alle Menschen mitnehmen.

Sie wollen eine LINKE, die sich im Parlament, auf der Straße und in Regierungsverantwortung mit den Großen und Mächtigen anlegt und die Krieg als Mittel der Politik ablehnt. Dafür brauchen sie eine LINKE, die mit einer Stimme spricht.

Ich will DIE LINKE wieder politikfähig machen und werbe für eine Streitkultur in unserer Partei, die einbindet und nicht ausgrenzt. DIE LINKE hat ihre Wurzeln im Osten genauso wie im Ruhrpott, auf dem flachen Land wie in den großen Städten. Überall dort, wo die Interessen der Menschen mit denen des Kapitals kollidieren, wird eine starke LINKE benötigt. Diesen Weg möchte ich gemeinsam mit Euch gehen.

Euer *Martin*

Rolf Schümer

Kandidatur für den Parteivorsitz

Landesverband Sachsen-Anhalt



Ich bewerbe mich als Bundesvorsitzender, weil ich vor allem unterstützen will:

Inhaltliche Erneuerung unserer Partei durch:

- klares Profil einer marxistischen, sozialistischen Partei,
- konsequenter Internationalismus und Antifaschismus,
- Vermittlung marxistischer Grundlagen in der Bildungsarbeit der Partei,
- Absage an alle Formen von Opportunismus,
- aufzeigen der antikapitalistischen Perspektive in den tages- und kommunalpolitischen Auseinandersetzungen,
- Meinungsvielfalt und Pluralität anerkennen, aber Verzicht auf fraktionsähnliche Zusammenschlüsse in der Partei,
- Schwerpunktsetzung auf die arbeitenden Menschen und den Erhalt der Natur, die beiden Springquellen gesellschaftlichen Reichtums,
- Ablehnung von Regierungsbeteiligungen auf Bundes- und Landesebene mit Parteien, die Militarisierung, Aufrüstung, Rüstungsexporte und Auslandseinsätze der Bundeswehr befürworten;
- Benennen von Kriegsgefahr, Klimakrise und Umweltzerstörung als Bedrohung für den Fortbestand der Menschheit;
- Kampf um eine Gesellschaft ohne Streben nach Macht und Geld, ohne kapitalistische Produktionsverhältnisse sind Grundlage unseres Wirkens;
- für eine soziale und ökologische Umgestaltung der Gesellschaft, die nicht mehr Ressourcen verbraucht und die Umwelt nicht stärker mit Schadstoffen belastet, als unser Planet Erde in der Lage ist, selbst zu regenerieren.
- Personelle Erneuerung durch Wahlen auf dem Parteitag, indem Kandidierende gewählt werden, die mehrheitlich die Funktion, für die sie kandidieren, vorher nicht ausgeübt haben, die nicht Mitglied einer der Zusammenschlüsse sind, die für das negative Erscheinungsbild unserer Partei in der Öffentlichkeit mitverantwortlich sind, die nicht bereit sind, Grundsätze und Ziele des Erfurter Programms aufzuweichen oder aufzugeben, die für mehr Einfluss unserer Basisorganisationen bei der Gestaltung der Parteipolitik eintreten, die in Einheit von Wort und Tat gegen jede Form von Diskriminierung anderer Menschen stehen.

Torsten Skott

Kandidatur für den Parteivorsitz

Landesverband Mecklenburg-Vorpommern



Ich bin für Freiheit, Gleichheit, Demokratie im Sinne der Basisdemokratie von unten, ich bin für Gleichberechtigung aller sexuellen Orientierung, ich bin für höhere Steuern für Reiche und geringere für Arme.

Ich bin für ein ökologisches wirtschaften, für Grundversorgung in öffentliche Hand, für kostenfreien Nahverkehr, für kostenfreie Kinderbetreuung vom Baby bis ins erwachsene Alter inklusive Schule und allem was dazu gehört.

Ich bin für eine Abschaffung der Bedeutung des Mehrwertes und gegen Grundnahrungsmittel an der Börse...

Ich bin links, auch weil ich zutiefst überzeugt bin, das der Mensch gut ist, ihm oft aber die notwendige Bildung fehlt.

Ich bin links, weil ich Inklusion als eines der wichtigsten Dinge in meinem Leben betrachte, auch aus meiner Position als an Multiple-Sklerose-Erkrankter.

Ich bin links, weil das heißt für alle Menschen da zu sein und nicht nur für die 10 Prozent der Gesellschaft.

Ich bin links, weil ich lieber kiffe als saufe...Und ich bin links, weil ich für den Verbot von Waffen bin und gegen jeglichen Krieg in der Welt.

Deshalb kandidiere ich wieder für den Vorsitz der Partei. Ich glaube, dass unsere Partei zweistellige Ergebnisse einfahren kann, wenn wir die Menschen, die wir vertreten, auch im Vorstand der Partei in den Vordergrund stellen. Ich weiß, dass es viele Herausforderungen in dieser Partei gibt, aber ich bin der festen Überzeugung, dass wir diese lösen, wenn wir uns besinnen, was wir wollen.

Am Ende geht es um ein besseres Leben für alle, lasst uns etwas mehr SOZIALismus wagen, um dem KAPITALismus etwas entgegen zu setzen. Für mich als Vorsitzenden dieser linken, sozialistischen Partei wäre die erste Forderung ein Mindestlohn von 15 Euro, denn grad in der jetzigen Zeit bringen uns 12 Euro nicht weiter.

Liebe Genossinnen und Genossen,

lasst uns Träumen. Fachpersonal haben wir genug. Nun brauchen wir Menschen, die das glaubwürdig in die Republik tragen.

Sozialistischen Gruß

Skotti (Torsten Skott)

Janine Wissler

Kandidatur für den Parteivorsitz

Landesverband Hessen



- geboren am 23. Mai 1981
- von 2014 bis 2021 stellvertretende Parteivorsitzende
- von 2009 bis 2021 Fraktionsvorsitzende im Hessischen Landtag
- seit 2021 Parteivorsitzende
- Mitglied bei verdi, Pro Asyl und attac

Unsere Partei, die wir vor 15 Jahren gegründet haben, steckt in einer tiefen Krise. Es geht um die Existenz einer pluralen, demokratisch-sozialistischen Partei links von SPD und Grünen.

DIE LINKE hat immer noch ein großes Potenzial und ein starkes Fundament. Wir haben es selbst in der Hand, Vertrauen zurückzugewinnen. Mit einem klaren Kurs, für Solidarität, Frieden und Gerechtigkeit – für mehr Team und weniger Einzelkämpfer:innen.

Unsere Aufgabe: Wir machen angesichts steigender Preise und Mieten Druck für eine spürbare Entlastung der geringen und mittleren Einkommen. Von Armut, Niedriglöhnen, drohender Altersarmut sind Millionen Menschen betroffen – wir sprechen sie gezielter an und stellen sie ins Zentrum unserer Politik. Nur DIE LINKE steht klar für Deeskalation, Abrüstung und konsequente Friedenspolitik. Die Klimakrise ist die Schicksalsfrage der nächsten Jahrzehnte. Statt 100-Mrd.-Sondervermögen für Waffen und Militär, wollen wir Investitionen in Klimaschutz und Soziales.

All das schaffen wir nur, wenn wir in zentralen Fragen mit einer Stimme sprechen und unsere Widersprüche solidarisch klären.

Es geht darum, DIE LINKE als aktive Mitgliederpartei zu stärken und in der Gesellschaft zu verankern. Durch bundesweite Kampagnen, durch engagierte Kommunalpolitik, durch unser Engagement in Betrieben und Gewerkschaften. Linke Politik zeichnet sich durch eine Perspektive aus, die über den Kapitalismus hinausweist. Auch unsere Wähler:innen erwarten von uns grundsätzliche Antworten.

Ich bin mit vollem Einsatz und aus ganzem Herzen Parteivorsitzende. Ich habe viele Mitglieder getroffen, die sich ein Bein ausreißen für DIE LINKE als Gerechtigkeitspartei. Ich will, dass sie wieder stolz sein können, wenn sie morgens in die Zeitung schauen. Lasst uns DIE LINKE wieder stark machen!

Lorenz Gösta Beutin

Kandidatur für den
stellvertretenden Parteivorsitz

Landesverband Schleswig-Holstein



Liebe Genoss*innen,

eine Partei, deren Positionen widersprüchlich erscheinen, wird nicht gewählt. Falsch verstandene Pluralität, die dazu führt, dass wir zu historischen Fragen von Krieg und Frieden, Globalisierung und Migration, Pandemie und Klimakrise Stimmengewirr bieten statt Orientierung, wird unserer Verantwortung als Kraft fortschrittlicher Vernunft und sozialer Gerechtigkeit nicht gerecht. Der Parteitag muss eine klare Richtung einschlagen: Wir haben ein Programm. Wir fassen die Beschlüsse. Wir widersprechen, wenn unser Parteikonsens in Frage gestellt wird. Alle Genoss*innen sind unseren demokratischen Leitlinien verpflichtet.

Statt Wähler*innengruppen oder die eigene Partei schlechtzureden, müssen wir uns auf den Kern linker Politik besinnen: Ob beim sozial-ökologischen Umbau, Lohnkämpfen, Flüchtlingssolidarität, Antifaschismus, Kampagnen gegen Hartz IV, Mietenwahnsinn und Pflegenotstand, Überwindung patriarchaler Strukturen, auch in eigenen Reihen: Wir stehen auf Seiten derer, die bedrängt sind von unhaltbaren Zuständen, geben konkrete Antworten und ringen um die Utopie einer Gesellschaft der Freien und Gleichen.

Als Mitbegründer der LINKEN und langjähriger Landessprecher in Schleswig-Holstein, als ehem. Klima- und Energiesprecher in der Linksfraktion, beim Aktionsplan Klimagerechtigkeit und an der Seite der Klimabewegung, als Mitglied des Parteivorstands für unser öko-sozialistisches Profil, immer bewegt mich unser Gründungskonsens: Wir wollen »die globale Klimakatastrophe« verhindern, »Vielfalt individueller Lebensentwürfe und das Aufbrechen traditioneller Rollen der Geschlechter« als »Chance für Individualitätseinfaltung« befördern. »Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Internationalismus und Solidarität sind unsere grundlegenden Wertorientierungen«, »untrennbar« (!) mit »Frieden, Bewahrung der Natur und Emanzipation verbunden«.

Ich kandidiere als stellvertretender Vorsitzender, um DIE LINKE in diesem Sinne, gemeinsam mit Euch, zu stärken.

Wulf Gallert

Kandidatur für den
stellvertretenden Parteivorsitz

Landesverband Sachsen-Anhalt



Unsere Partei befindet sich in einer schweren Krise, für die es unterschiedliche Ursachen gibt. Unser größtes Problem liegt in unserer inhaltlichen Aufstellung. Die Frage, was es heißt, eine linke Partei des 21. Jahrhunderts zu sein, wird von uns unzureichend und wenig überzeugend beantwortet.

Eines der Themenfelder, in denen die Partei die geringste Kompetenzzuschreibung hat, ist die Außenpolitik. Unsere friedenspolitischen Positionen erschöpften sich in der Vergangenheit meist in einer möglichst radikalen Ablehnung der Nato und der Aufrüstung sowie der Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Eigene Konzepte, die den realen Sicherheitsinteressen aller Menschen und Staaten, insbesondere in Osteuropa, entsprechen, vermissen wir jetzt schmerzhaft.

Angesichts der russischen Aggression in der Ukraine ist es unumgänglich, überzeugende Antworten auf folgende Fragen zu erarbeiten:

- Wie kann eine europäische Sicherheitsarchitektur aussehen, wenn souveräne Staaten durch einen militärischen Aggressor akut bedroht werden, ohne eine Spirale der Aufrüstung in Gang zu setzen?
- Soll die EU aus unserer Perspektive eine Rolle bei der Sicherheitsarchitektur spielen?
- Welche Rolle soll die EU spielen, wenn sich eine Auseinandersetzung zwischen den USA und China nach dem Vorbild des Kalten Krieges des 20. Jahrhunderts herauskristallisiert?
- Welche Maßstäbe muss linke Außenpolitik entwickeln, wenn die zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts die Verhinderung der Klimakatastrophe mit all ihren sozialen Folgen ist?

Auf all diese Fragen haben wir zurzeit keine überzeugenden oder sich widersprechenden Antworten. Und wir haben verdammt wenig Zeit, um dies zu ändern. Spätestens im Vorfeld der Europawahlen 2024 brauchen wir eine grundlegende Verständigung zu einem außenpolitischen Profil, das den Anforderungen des 21. Jahrhunderts entspricht, uns als LINKE eint und Menschen überzeugen kann.

Daran will ich mitwirken.

Vitali Gert

Kandidatur für den
stellvertretenden Parteivorsitz

Landesverband NRW



Mein Name ist Vitali Gert. Ich bin 37 Jahre alt, verheiratet und ein frisch gebackener Papa. Ich kandidiere für den stellv. Vorsitz.

Vollgepackt mit Ambitionen möchte ich DIE LINKE führen, nach außen voller Enthusiasmus präsentieren, und unsere Partei gemeinsam punktuell neu ausrichten. Ich möchte DIE LINKE nach oben an die 10-Prozent-Marke bundesweit bringen.

Eine Politik vom Bürger für Bürger gestalten: Diskussionsrunden organisieren in: Schulen, Hochschulen und Vereinen. Dadurch unsere Politik dem Bürger näher bringen und junge Wähler gewinnen.

Transparenz: Gestaltung einer Tabelle auf unserer Internetseite unserer Ziele: nach dem was wir erreicht haben und wieso wir etwas nicht erreicht haben – dazu den Grund nennen (z. B.: SPD verhinderte die Mehrheit dazu). So erreichen wir eine Übersicht für den Bürger was wir tatsächlich bewegen.

Wir dürfen uns nicht von den Kriegsparteien: CDU, SPD, FDP und den OLIV-GRÜNEN in die irre führen lassen. Wir müssen unsere Partei geschlossen für den Frieden einsetzen. Für einen Dialog mit allen Beteiligten.

Die Situation heute fordert eine flexible angepasste Gestaltung der Politik für unser Land. Das spüren und fordern die Bürger.

Ja, ich bin jung und das braucht DIE LINKE. Gerne möchte ich mich als ein Baustein für DIE LINKE als stellvertretender Vorsitz einbringen, dazu bitte ich um euer Vertrauen.

Ates Gürpınar

Kandidatur für den
stellvertretenden Parteivorsitz

Landesverband Bayern



Liebe Genoss:innen,

vor zehn Jahren durfte ich erstmalig an einem Bundesparteitag teilnehmen – in Göttingen. Damals drohte der Fall in die Bedeutungslosigkeit. Mit einem gewaltigen Kraftakt von der Spitze bis zur Basis schafften wir es nach dem Parteitag, wieder als starke linke Stimme wahrgenommen zu werden.

Heute ist die Aufgabe nicht leichter. Ich möchte als stellvertretender Parteivorsitzender meinen Beitrag leisten, unsere Partei in mehreren Bereichen voranzubringen:

Erstens – Wahrnehmbarkeit und Struktur

Krieg, Klimawandel, Pandemie: Die Krisen häufen sich, eine linke Stimme wird gebraucht. Wir müssen diese gemeinsame Stimme finden und die dissonante Vielstimmigkeit stoppen. Dafür brauchen wir andere Strukturen und verlässliche Debattenräume, um konstruktiven Streit zu ermöglichen und nach außen geeint aufzutreten.

Zweitens – Organisation und Kampagnenführung

Wir arbeiten nicht allein FÜR die Menschen, wir verändern die Gesellschaft MIT ihnen. Den Mut und die Kraft der Menschen, die sich vor Ort für die Klasse der Werktätigen einsetzen, dies gilt es wieder zu entfachen – und sie dafür zu befähigen. Ob für den Ausbau des ÖPNV, gegen die Krankenhaus-schließung, für Freiräume, gegen Rechts: Wir müssen die Möglichkeiten ausweiten, um vor Ort Kampagnen zu stützen.

Drittens – Motivation und Vision

Wie vor zehn Jahren schaue ich voller Hoffnung auf diese Partei: Größte Hochachtung habe ich vor denen in NRW und Schleswig-Holstein, die trotz der Ausgangslage Einsatz im Wahlkampf zeigten. Es ist nun unsere Aufgabe, die Genoss:innen wieder zu motivieren. Da geht es um mehr als ein konkretes Projekt. Da geht es um neue Hoffnung angesichts einer Welt vor dem Abgrund, angesichts einer Gesellschaft voller Krisen. Andere Parteien geben diese Hoffnung nicht, fehlt ihnen schlicht die Vision für eine bessere Welt. Es wird der erste Schritt sein, in die Kreisverbände zu gehen, zuzuhören und sie für den anstehenden Kraftakt neu zu motivieren. Darauf freue ich mich.

Katina Schubert

Kandidatur für den
stellvertretenden Parteivorsitz

Landesverband Berlin



Liebe Genossinnen und Genossen,

auch ich möchte meinen Beitrag leisten, unsere Partei aus der Krise zu führen. Ich bin seit 5,5 Jahren Landesvorsitzende in Berlin. Wir zeigen dort, dass wir bei allen Meinungsverschiedenheiten und Unterschieden in der politischen Positionierung gemeinsam handlungs- und politikfähig sind, in der rot-grün-roten Regierungsbeteiligung genauso wie in der Arbeit im außerparlamentarischen Raum. Wir begreifen Pluralität als Element der Weiterentwicklung unserer politischen Positionen, nicht als politische Beliebigkeit.

Pluralität heißt nicht Vielstimmigkeit. Parteien müssen auch Entscheidungen treffen und sie dann gemeinsam tragen. Entscheiden müssen wir in den nächsten Monaten über eine Renovierung unseres Programms bei der sozialökologischen Transformation (Verbindung von Klimaneutralität und sozialer Gerechtigkeit oder beim Frieden (neue Friedensordnung angesichts des aggressiven Großmachtstrebens Russlands und der möglichen Erweiterung der NATO). Auch bei Digitalisierung und guter Arbeit müssen wir unser Programm den Entwicklungen des letzten Jahrzehnts entsprechend überarbeiten und mit der gesellschaftlichen Linken diskutieren.

Genauso nötig ist die strategische Debatte, um den Gebrauchswert der Linken für unsere potentiellen Wähler*innen zu erhöhen. Eine zerstrittene Partei braucht kein Mensch. Eine Partei, die von links reale Verbesserungen erkämpft und sich gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen stemmt, ist aber notwendig. Lasst uns unsere unterschiedlichen Möglichkeiten der politischen Einflussnahme in diesem Sinne nutzen. Ein Viertel aller Bundesländer haben dem Aufrüstungswahnsinn der Bundesregierung die Zustimmung verweigert, nur fünf Prozent der Bundestagsabgeordneten. Lasst uns unsere Regierungen nutzen, um gemeinsam mit Parteivorstand und Bundestagsfraktion die politischen Kräfteverhältnisse nach links zu verschieben, lasst uns in diesem Sinne alle Kraft auf die nächsten Wahlkämpfe richten.

Jana Seppelt

Kandidatur für den
stellvertretenden Parteivorsitz

Landesverband Berlin



Unsere Partei steht vor enormen Herausforderungen: In den letzten Monaten erlebten wir desaströse Wahlergebnisse, den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands in Europa, eine sich gerade derzeit wieder stark öffnende Schere zwischen Arm und Reich und die Auswirkungen eines durch die Jahrzehnte der großen Koalition verursachten Investitionsstaus in Sachen Energie- und Verkehrswende. DIE LINKE braucht es mehr denn je. Als klare Friedenspartei, die sich nicht an die Seite der Kriegstreiber, sondern an die Seite der leidenden Bevölkerungen stellt. Und vor allem auch als die Partei, die die Interessen der abhängig Beschäftigten stärker als jede andere Partei vertritt.

Auch unter der Ampel gilt: Die Koalition geht weder die durch Corona eklatant sichtbar gewordenen Missstände im Gesundheitswesen oder der öffentlichen Verwaltung beherzt an, noch schließt sie die Lücken im sozialstaatlichen Netz oder verteilt endlich von oben nach unten um.

Gerade als Gewerkschafterin in der öffentlichen Daseinsvorsorge ist für mich klar, dass es weiterhin darauf ankommt, das Öffentliche systematisch zurück zu gewinnen und damit die politische Kontrolle wieder zu erlangen und für die Zukunft zu sichern. Es gilt, dies im Parlament und in der außerparlamentarischen Opposition mit unseren Bündnispartner*innen einzufordern und bisher Erreichtes zu verteidigen.

Konsequenter Klimaschutz, Ausbau des Öffentlichen und soziale Gerechtigkeit gehören dabei untrennbar zusammen. Unsere Themen liegen auf der Straße – gehen wir sie gemeinsam, in Abstimmung zwischen Partei und Fraktion und mit Verve im Partei- und Bündnisaufbau sowie im Wahlkampf an. An der Seite der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften.

Dafür trete ich wieder als stellvertretende Vorsitzende an und werbe um Eure Unterstützung.

Janis Ehling

Kandidatur für die Bundesgeschäftsführung

Landesverband Berlin



- aufgewachsen in Ost-Berlin
- Eintritt 2009
- 2011–13 Bundesvorstand DIE LINKE.SDS
- 2013–15 Kreisvorsitzender DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
- 2014–17 Bundesgeschäftsführer DIE LINKE.SDS
- 2016–18/ 2021 Parteivorstand DIE LINKE

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich brenne für unsere Partei und möchte sie durch diese Krise führen. Als Bundesgeschäftsführer unseres Studierendenverbandes DIE LINKE.SDS habe ich gelernt, wie eine Organisation gemeinsam schlagkräftig wird. In meiner Zeit als Bundesgeschäftsführer ist der Studierendenverband um das Doppelte gewachsen. Das habe ich im Team mit vielen tollen Genoss:innen erreicht und möchte diese Erfahrung gerne einbringen.

Als Bundesgeschäftsführer werde ich Klartext reden. Alles andere hilft in einer Krise nicht. Trotzdem dürfen wir uns niemals kleiner machen als wir sind. Durch die gestiegenen Lebensmittel- und Energiepreise sind die sozialen Gerechtigkeitsfragen so stark zurück wie seit 2009 nicht mehr. Während die Vermieter dazu noch die Mieten erhöhen, ist seit 3 Jahren bei den Löhnen Ebbe angesagt. Das zu skandalisieren und konkrete Lösungen vorzuschlagen, schulden wir unseren Wähler:innen und auch jenen, die uns 2021 nicht mehr gewählt haben.

Ja, eine linke Partei streitet immer. Das ist so. Aber ich will das wir um Lösungen und um die bessere Idee ringen. Es ist an uns den Kampf für soziale Gerechtigkeit, für Emanzipation und gegen den Klimawandel zu verbinden. Das geht nur gemeinsam – auch wenn das eine Herkulesaufgabe ist, aber es ist unsere Aufgabe.

Ich möchte gemeinsam mit euch diese Partei strukturell und programmatisch erneuern. Unsere Partei muss wieder schlagkräftiger werden, sie muss in der Öffentlichkeit stärker durchdringen und die Mittel, die sie hat, besser nutzen. Mit euch will ich DIE LINKE als starke Mitgliederpartei und als die Kraft für eine soziale und ökologische Wende 2024 gestärkt ins Europaparlament und 2025 wieder in den Bundestag führen!

Maximilian Philipp Peter

Kandidatur für die Bundesgeschäftsführung

Landesverband Hessen



Liebe Genoss*innen,

weder das Ergebnis der Bundestagswahl 2021 noch die darauf folgenden für unsere Partei ernüchternden Landtagswahlen im Saarland, Schleswig-Holstein oder Nordrhein-Westfalen sind ein Zufall oder reines Produkt der ungünstigen äußeren Umstände, sondern viel mehr ein Ausdruck einer politischen und strukturellen Krise, in der sich unsere Partei nicht erst seit dem vergangenen Herbst befindet.

Unsere Stellung in der deutschen Parteienlandschaft wurde von uns zu lange als eine reine Selbstverständlichkeit angesehen.

Es ist richtig, dass DIE LINKE gebraucht wird, doch um als Partei unser Potenzial ausschöpfen zu können, müssen unsere Strukturen komplett auf den Prüfstand und alte Machtbündnisse aufgebrochen werden.

Die Enthüllungen im Rahmen des »LinkeMetoo«-Skandals zeigen dies nur zu deutlich.

In dieser Frage stehe ganz klar hinter den im April aufgestellten Forderungen eines breiten Bündnisses innerhalb unserer Partei und des Jugendverbandes.

<https://www.linksjugend-solid.de/notification/offener-brief-feministische-linke/>

Als Mitglied, welches kein Teil einer Strömung ist oder jemals bei einem Abgeordneten angestellt war, verspreche ich euch den notwendigen Erneuerungsprozess innerhalb unserer Partei transparent und unabhängig mitzugestalten.

Die Erfahrungen, welche ich in diversen Funktionen als kommunalpolitisch Aktiver in meinem Kreisverband gesammelt habe, möchte ich hierbei mit einbringen.

DIE LINKE braucht eine Erneuerung und ich möchte diese mitgestalten.

Denn klar ist: Es braucht eine linke Partei und ich möchte, dass die Linke wieder zu einer schlagkräftigen, sozialistischen Partei wird.

Das möchte ich mit euch gemeinsam erreichen und dafür trete ich an.

Melanie Wery-Sims

Kandidatur als Bundesschatzmeisterin

Landesverband Rheinland-Pfalz



Key facts:

- 38 Jahre
- staatl. geprüfte Fremdsprachenassistentin
- Fortbildung zur Betriebswirtin
- 4 Kinder im Alter von 7 bis 13 Jahren
- wohnhaft in Breit (RLP)

Liebe Genoss*innen,

denjenigen eine Stimme zu geben, die sonst nicht gehört werden und für sie auf allen Ebenen zu kämpfen, ist seit Anfang an meine Motivation. In Deutschland haben wir die privilegierte Situation, als große linke Partei in Parlamenten vertreten zu sein. Das scheinen wir aber in letzter Zeit als viel zu selbstverständlich anzusehen.

Im vergangenen Jahr habe ich mit wunderbaren Genoss*innen den beschwerlichen aber auch erfolgreichen Weg gewagt, für den Landesvorstand zu kandidieren. Unser Ziel war es von Anfang an, alte und toxische Machtbündnisse zu durchbrechen und neue Strukturen zu etablieren, die es endlich allen Genoss*innen ermöglichen, sich innerhalb der Partei zu entfalten und Politik mit uns zu gestalten. Genau das möchte ich auch auf Bundesebene erreichen!

Wir müssen den Menschen endlich wieder zuhören und Politik machen, die Hoffnung schenkt und Leute zum Mitmachen bewegt. Um dies zu erreichen, müssen wir Fehler eingestehen und es in Zukunft besser machen. Dazu gehört der Kampf gegen jegliche Formen des Sexismus, Diskriminierung und sexualisierter Gewalt, aber auch der Mut, sich von Formelkompromissen zu verabschieden. Wir müssen endlich wieder unsere Deutungshoheit zurückerlangen.

Last but not least: der Unterbau muss stimmen. Als ehemalige Mitarbeiterin für Finanzen weiß ich, welch schwierigen Job unsere Kreis- und Landesschatzmeister*innen und die Mitgliederbeauftragten leisten und dass sie oft mit ihren Fragen alleine dastehen. Als Bundesschatzmeisterin werde ich für Euch das Sprachrohr zur Bundesebene sein und mit Euch und den Mitarbeiter*innen gemeinsam eine sinnige Struktur aufbauen. Dabei muss alles auf den Prüfstand, ganz vorneweg das MGL (Mitgliederprogramm) und die Unterstützung der Landesverbände ganz generell.

Harald Wolf

Kandidatur als Bundesschatzmeister

Landesverband Hamburg



Zur Person:

1991 – 2002 MdA Berlin, 1996 – 2002 Fraktionssitzender, 2002 – 2011 Wirtschaftssenator.
2011 – 2020 MdA, PV seit 2014, Bundesschatzmeister seit 2018. Mitgliedschaft u.a. bei ver.di, dem BUND, im Präsidium des ASB LV Berlin und Eurosolar.

Liebe Genoss*innen,

DIE LINKE steht finanziell vor großen Herausforderungen. Die Stimmenverluste bei Landtags- und Bundestagswahlen bedeuten massive finanzielle Einbußen: im Jahr 2022 über drei Millionen Euro geringere Einnahmen aus staatlicher Parteienfinanzierung und Mandatsträgerbeiträgen. Mit dem »Tarifvertrags zur Förderung der Teilzeit« konnten wir betriebsbedingte Kündigungen in der Bundesgeschäftsstelle ausschließen und Kosten senken. Damit haben die Mitarbeiter*innen großes Engagement und Solidarität mit der Partei gezeigt.

Auch die Finanzen für politische Arbeit mussten gekürzt werden. Die knappen Mittel der Partei müssen auf die politischen Schwerpunkte konzentriert und so möglichst hohe politische Wirksamkeit erzielt werden.

Dazu gehört die Digitalisierung der Partei voranzutreiben und die Landesverbände zu stärken. Falls die laufende Verfassungsklage gegen die Erhöhung der Parteienfinanzierung abgewiesen wird, sollten zusätzliche Mittel u.a. zur Stärkung der Landesverbände und des zentralen Wahlkampffonds genutzt werden.

Mit der Gründung der nd-Genossenschaft wurde dem nd eine Perspektive als unabhängige sozialistische Tageszeitung eröffnet und das Gebäude am FMP1 als Plattform für linke Politik gesichert. Auch künftig sollten wir die Unternehmensbeteiligungen der Partei stärker nutzen.

Bessere Finanzen gibt es nur mit einer besseren Politik. Klimaschutz und soziale Garantien miteinander verbinden, Milieus nicht gegeneinander ausspielen, sondern das Gemeinsame identifizieren. Konsequenz gegen Militarisierung eintreten. Solidarität mit den von Krieg und Unterdrückung bedrohten Menschen und nicht mit Staaten – das sollte unser Grundkonsens sein.

Gerrit Arens

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Hessen

Zur Person:

- geb. 1987 in Siegen
- Wohnort: 63110 Rodgau, LV Hessen, KV Kreis Offenbach
- Parteimitglied seit 2014, im Ortsvorstand Rodgau seit 2016, im Kreisvorstand seit 2019
- Seit der Bundestagswahl 2017 im Kreiswahlkampfteam, bei der Landtagswahl 2018 als Direktkandidat
- Beruflicher Hintergrund: 1. Staatsexamen Lehramt; seit 2015 in der Jugendhilfe tätig, überwiegend mit unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten; derzeit Studium der Politikwissenschaften.

Liebe Genossinnen und Genossen,

nach vielen Jahren politischer Arbeit auf Kreis- und Stadtebene habe ich mich dazu entschieden, für den Bundesvorstand zu kandidieren. Trotz schwieriger Zeiten für unsere Partei sehe ich genau jetzt den richtigen Zeitpunkt dafür. Immer wieder sehe und höre ich eine Unterscheidung zwischen »denen in Berlin« und »uns an der Basis«. Gleichzeitig fühlen sich Genoss*Innen vor Ort alleine gelassen und wünschen sich mehr Unterstützung vor Ort. Genau jetzt möchte ich dazu beitragen, diese Verbindung wieder aufzubauen.

Basis und Landes-/Bundesverbände, Partei und Fraktionen, die verschiedenen Strömungen, BAGen und LAGen, wir alle müssen miteinander statt gegeneinander arbeiten. Wenn wir gemeinsam Lösungen finden, wenn Sitzungen Spaß machen, wenn wir voneinander lernen, dann sind wir stark!

Selten wurden wir so sehr gebraucht wie jetzt! Bereits vorhandene Kriege und die beginnende Aufrüstungsspirale gefährden den Frieden wie noch nie! Wir rasen auf eine Umweltkatastrophe zu! Von immer absurderem Reichtum einiger weniger zulasten der vielen ganz zu schweigen!

Um den Weg in eine sozial-ökologische Zukunft zu gehen stehe ich bereit. Mit Basiserfahrung, Fachwissen und der Bereitschaft zu vermitteln und voneinander zu lernen.

Mit solidarischen Grüßen

Gerrit

Didem Aydurmus

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Berlin



Biografie:

geb. 1984; M.A. in Ethnologie, Islamwissenschaft, Politikwissenschaft Südasiens; Doktor in Umweltpolitik; Lohnarbeit: von Reinigungskraft bis zur Dozentin.

Mitglied im Sprecher*innenrat der Ökologischen Plattform, der BAG Klimagerechtigkeit, der BAG Tierrechte sowie der Projektgruppe Sozialökologischer Umbau und Klimagerechtigkeit des Parteivorstands, der Internationalen Kommission, der AG Umwelt der Europäischen Linken

Liebe Partei,

als Ökosozialistin setze ich mich dafür ein., dass wir um unseren Planeten kämpfen als hätten wir nur einen einzigen und dass unsere Partei im Blick hat, wo die zentralen Bruchlinien sind, nämlich zwischen Kapital und Kapitallosen. Sicherlich war ich im PV für manche eine zu kritische Stimme. Aus der Wissenschaft kommend habe ich andere, zum Teil höhere, Ansprüche an unser Niveau und Umgang mit inhaltlichen Differenzen. Ehrlichkeit, Transparenz und sachgerechtes Streiten sind extrem wichtig. Allen voran müssen wir Parteiarbeit mehr als Teamarbeit sehen und den Gegner außerhalb verorten. Wir haben viel Expertise in Basis und Zusammenschlüssen, die wir leider selten mobilisieren. Einige Arbeitsprozesse sind mir zu hierarchisch und von Misstrauen gekennzeichnet, wo ich mir wesentlich mehr Respekt wünsche. Ich möchte entsprechend weiterhin integrativ wirken.

In einer Welt mit zunehmenden Umweltkatastrophen, immer größerer Kluft zwischen Arm und Reich, in der die Probleme des Kapitalismus unübersehbar sind, hat eine linke Partei nicht nur ein enormes Potential, sondern auch große Verantwortung. Wir haben uns auf ein Wahlprogramm geeinigt, auf das wir durchaus Stolz sein können. Um Menschen zu begeistern, müssen wir es allerdings endlich schaffen unsere Erzählung von einer zukunftsfähigen, gerechten Gesellschaft zu zeichnen, im Einklang mit internationaler Solidarität.

Ich habe Projekte angefangen und meine Rolle als Eure Vertretung ernst genommen, war stets aufmerksam und ansprechbar. Ich würde mich über Eure Stimme sehr freuen.

Tobias Bank

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Brandenburg



Liebe Genoss:innen,

um die schwere Krise unserer Partei zu lösen wird es mehr denn je auf die Genoss:innen ankommen, die sich selbst nicht ganz so wichtig nehmen, die integrieren können und trotzdem den Mut haben Entscheidungen zu treffen. Dabei sollte es nicht darauf ankommen, wer etwas sagt, sondern was gesagt wird. Als Vorsitzender eines Gemeinderates ist dieser Ansatz mein tägliches Handwerkszeug.

Kommunalpolitik wird oft als Herzstück unserer Partei bezeichnet, weil eine kommunalpolitische Verankerung die beste Voraussetzung für gute Wahlergebnisse ist. Kommunalpolitiker:innen sind dabei das Gesicht der LINKEN vor Ort, die den Gebrauchswert der LINKEN erkennbar machen. Zweimal infolge habe ich die meisten Stimmen von allen Kandidierenden zur Kommunalwahl in unserer Gemeinde bekommen, seit Jahren bilde ich Kommunalpolitiker:innen weiter und möchte mit diesen Erfahrungen das kommunalpolitische Profil unserer Partei im PV weiter schärfen. Denn Kommunalpolitik muss in unserer Partei immer eine zentrale Rolle spielen!

Teils gegenteilige Äußerungen führender Parteimitglieder zu Inhalten der LINKEN und die Auseinandersetzungen darum, machen uns für Wähler:innen unattraktiv. Dabei nimmt die soziale Spaltung der Gesellschaft zu. Dies braucht unseren Widerspruch. Darauf sollten wir uns konzentrieren und dazu möchte ich mit kommunalpolitischer Entschlossenheit beitragen. Täglich findet der Kampf um soziale Daseinsvorsorge irgendwo statt. Sei es, wenn es z.B. um bezahlbaren Wohnraum, gute Bildung für alle, soziale und barrierefreie Infrastruktur, eine nicht auf den Autoverkehr fokussierte Ortsentwicklung oder um ein breites Kulturangebot geht. Dabei ist gerade Kultur demokratierelevant und trägt zu einer lebendigen und vielfältigen Gesellschaft bei.

Unsere Partei hat enormes Potenzial, unsere Gesellschaft gerechter zu machen und mit vor dem Klimakollaps und dem nächsten Krieg zu bewahren. Dafür möchte ich weiterhin meinen Beitrag leisten und bitte erneut um Euer Vertrauen.

Herbert Behrens

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Niedersachsen



Die kommenden zwei Jahre werden entscheidend sein für die Entwicklung unserer Partei. Das Erfurter Programm von 2011, breit diskutiert in der neu entstandenen LINKEN, ist dabei ein solides Fundament für die Konsolidierung und Weiterentwicklung der Partei. »Wir wollen alle gesellschaftlichen Verhältnisse überwinden, in denen Menschen ausgebeutet und entrechtet und entmündigt werden und in denen ihre sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen zerstört werden.« So heißt es im Programm. Nicht weniger!

Dazu brauchen wir die politische Klugheit unserer Genossinnen und Genossen – aller. Gemeinsam müssen wir verloren gegangenes Vertrauen der Menschen wiedergewinnen. Ich weiß, dass sie auf uns setzen – in Arbeitskämpfen, bei der Abwehr von Mieterhöhungen, beim sozial-ökologischen Umbau und letztlich beim Entwickeln der Vision einer zukunftsfähigen Gesellschaft ohne Krieg und Selbstzerstörung.

Mit meinen Kenntnissen und Erfahrungen will ich im Parteivorstand dazu beitragen, diesen Prozess zu gestalten. In der aktuellen Situation unserer Partei braucht es diese Kenntnisse, um die Krise zu überwinden und als politische Alternative in der Kommune, im Land und im Bund wieder erkennbar zu werden.

Seit 2005 bin ich parteipolitisch engagiert (WASG), habe den Prozess des Zusammengehens mit organisiert, war lange Jahre Mitglied des Landesvorstandes Niedersachsen, zwei Jahre davon als dessen Vorsitzender und bin durchgehend in meinem Kreisverband aktiv. In meiner ehrenamtlichen kommunalpolitischen Arbeit seit 2006 und meiner hauptberuflichen von 2009 bis 2017 im Bundestag habe ich die Partei auf ganz unterschiedliche Weise kennen gelernt. Politisches Wissen aus Jahrzehnten ehrenamtlicher Gewerkschaftsarbeit im Betrieb und später als Gewerkschaftssekretär kommen hinzu.

Ich bin davon überzeugt, dass es im Parteivorstand gegenwärtig dieser Erfahrungen bedarf. Nehmt gern Kontakt mit mir auf: herbert.behrens@die-linke-ohz.de oder www.die-linke-ohz.de.

Salome Berhanu

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Berlin



Zur Person:

- seit 2019 Mitglied der Partei DIE LINKE, BV Pankow
- Mitglied bei der BAG queer
- Studium: Bibliotheks- und Informationswissenschaft und Amerikanistik
- geb. 1988 in Berlin

Liebe Genoss*innen,

es wird keine einfachen Lösungen für unsere Probleme geben, aber wir müssen Antworten auf die dringendsten Fragen unserer Zeit finden!

Was kann linke Politik heute noch leisten? Was muss linke Politik leisten? Wie wollen wir den Klimawandel bekämpfen? Wie können wir die digitale Transformation vorantreiben? Wie können wir die Probleme der modernen Arbeitswelt lösen? Was brauchen Menschen, um selbstbestimmt leben zu können? Wie können wir Diskriminierung in all ihren Formen bekämpfen?

Die Liste der Fragen ist lang und die Antworten bleiben vermehrt aus. Ich halte DIE LINKE für fähig, sich zu erneuern und Antworten auf all diese Fragen zu finden. Wir haben bereits in mehreren Landesregierungen bewiesen, dass linke Politik funktioniert und gebraucht wird. Wir könnten auch auf Bundesebene viel erreichen, dafür brauchen wir aber eine neue Ausrichtung.

Die Menschen, für die wir Politik betreiben, erreichen wir nicht mehr. Auch innerhalb unserer Partei selbst schwindet das Vertrauen in DIE LINKE. Dabei werden wir jetzt am meisten gebraucht! Die Menschen kämpfen zunehmend nur noch für sich selbst und können dadurch nichts mehr erreichen. Zusammen ist man einfach stärker. Wir haben eine Pflicht gegenüber diesen Einzelkämpfern. Deswegen dürfen wir DIE LINKE nicht aufgeben!

In den nächsten Monaten müssen wir unsere Partei reformieren und neue Ansätze für unsere zukünftige Parteiarbeit ausprobieren. Wir müssen klären, wofür wir als Partei stehen und insbesondere, wofür wir nicht stehen! Und wir müssen die Probleme in unseren eigenen Reihen lösen. Nur dann wird DIE LINKE noch eine Zukunft haben.

Ich würde mich gerne an diesem Veränderungsprozess beteiligen.

Bernard Osei Bonsu

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Niedersachsen

Ich bin Bernard aus dem Landesverband Niedersachsen. Ich bin 38 Jahre alt, habe keinen Dokortitel. Ich bin ein Humanist und bin seit zwei Monaten wieder Parteimitglied, kämpfe dafür, dass das Erfurter Parteiprogramm unverändert bleibt. Ich bewerbe mich für den Parteivorstand. Ich kämpfe dafür, dass die Partei konfliktfreudiger wird, bin ein rebellischer Geist und möchte gerne zusammen mit Sören Pellmann aus dem Parteivorstand dafür wirken, dass die Partei wieder wie früher einen Klassenstandpunkt gegen das kapitalistische System einnimmt.

Zusammen mit Sören und mir wird der Ältestenrat mit Hans Modrow an seiner Spitze mehr Gewicht innerhalb der Partei bekommen.

Mit mir werden Frieden und gegen Rechts eine der zentralen Rollen einnehmen. Als dritter Arbeitspunkt werde ich dafür kämpfen, dass Behindertenpolitik aus dem Nischendasein herauskommt. Ich fordere, dass jeder Landesverband einen Inklusionsbeauftragten bekommt. Für junge Menschen mit Handycap möchte ich ein Bildungskonzept auflegen.

Ich möchte, dass wir nicht mehr stellvertreterisch über die Köpfe der People Of Color einfach hinweg diskutieren und dass wir hier eine große Konferenz machen. Außerdem bin ich Mitglied der AKL (Antikapitalistische Linke).

Ich würde mich freuen, wenn wir gemeinsam Geschichte schreiben und Ihr mich, einen schwarzen Rollstuhlfahrer, wählen würdet.

Euer *Bernard*

Norbert Brandes

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband NRW

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich bin seit 14 Jahren in der Partei. Bin seitdem im KV Dortmund und im KV Bochum tätig und im AKL NRW. Habe einen B.A. Fühle mich kompetent in Sozial-Wirtschafts- und Bildungspolitik.

Mit solidarische Grüßen

Frederick Broßart

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Niedersachsen



Hiermit bewerbe ich mich für den Vorstand von DIE LINKE und ziehe meine Kandidatur für den Parteivorsitz zurück. Mein Name ist Frederick Broßart und ich bin im KV Emden tätig. Ich bin 37 Jahre alt und arbeite bei Volkswagen in Emden.

Warum bewerbe ich mich?

Ich sehe DIE LINKE an einen Scheidepunkt. Wir brauchen keine Transformation. Wir müssen uns nicht neu erfinden. DIE LINKE hat Grundwerte wie die Entmilitarisierung und ein gutes Leben für jeden zu schaffen. Doch ich sehe diese Grundwerte gefährdet. Wir waren eine Kümmerer-Partei. Ich setze mich für unsere Grundwerte ein. Da ich Gewerkschaftler bin, vermisse ich die Nähe zur Arbeiterklasse. Dieses muss endlich wieder fokussiert werden. In Zeiten von hoher Inflation müssen die Arbeitnehmer viel verkraften. Mehr als schon vorher. Es braucht höhere Gehälter und eine Deckelung der Preise für Lebensmitteln. Die prekären Arbeitsverhältnisse für Millionen Menschen müssen verbessert werden. Das System Hartz IV gehört abgeschafft und durch ein menschenwürdiges System ersetzt.

Die Menschen im Gesundheitswesen brauchen endlich höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Wir als Linke müssen den Menschen in den Vordergrund stellen. Ich stehe für ein Verbot von Waffenlieferungen auch wie jetzt in die Ukraine. Wir müssen die Stimme der Vernunft sein. Ein Aufweichen der Entmilitarisierung bedeutet für mich eine Transformation zu »die Grüne 2.0«. Die Diplomatie und die humanitäre Hilfe müssen in den Vordergrund. Putins feiger Angriff zeigt, dass es Zeit dafür ist. Zeit dafür die Vernunft walten zu lassen. Mehr Waffenlieferungen bedeuten nur noch mehr Leid. Doppelmoral ist es den Ukrainern keine Perspektive aufzuzeigen und Waffenlieferungen zu fordern. Wir als Linke müssen endlich intern streiten und nicht alles nach außen tragen. Lasst uns streiten Genossinnen und Genossen! Aber für eine bessere Zukunft für die Menschen und nicht für ein gegenseitiges Zerfleischen und für bessere Posten!

Christine Buchholz

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Berlin



Liebe Genossinnen und Genossen,

ich bin 1971 geboren und lebe mit meiner Familie im Berliner Bezirk Treptow-Köpenick. Seit einigen Monaten arbeite ich in der wunderbaren Aktivengruppe Treptow-Nord mit.

Davor war ich zwölf Jahre lang für die hessische LINKE im Bundestag. Als Mitglied des Verteidigungsausschusses habe ich gegen Krieg, Aufrüstung und Waffenexporte argumentiert – im Plenarsaal und auf Kundgebungen und Veranstaltungen bundesweit.

Als Mitglied des Parteivorstands bis Februar 2021 habe ich friedenspolitische, antifaschistische und antirassistische Initiativen der LINKEN koordiniert. Seit 2016 vertrete ich DIE LINKE bei »Aufstehen gegen Rassismus«.

Ich kandidiere zum Parteivorstand, weil ich möchte, dass die Partei ohne Wenn und Aber gegen Krieg und Aufrüstung steht und zum Aufbau einer Bewegung dagegen beiträgt.

100 Milliarden Euro für die Bundeswehr, Grundgesetzänderung, Kampfdrohnen – diese Entscheidungen der Ampel brauchen unseren entschlossenen Widerstand.

Wir leben in einer Zeit verschärfter imperialistischer Konkurrenz. Es wäre fatal, wenn DIE LINKE als Antwort auf Putins mörderischen Krieg ihre Kritik an der Expansionspolitik der NATO, an der Einsatzorientierung der Bundeswehr sowie der Aufrüstung infrage stellen würde. Mobilisierung gegen Krieg, Waffenlieferungen und Aufrüstung ist ein Beitrag zur Deeskalation.

Unter dem Krieg leiden zuerst die Menschen in der Ukraine. Aber auch in Russland, im Globalen Süden und in Deutschland sind die Folgen von Krieg und Eskalation spürbar. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Inflation die Einkommen auffrisst und die Armut vergrößert.

Darum muss DIE LINKE Menschen organisieren und mit ihnen Perspektiven des Widerstands entwickeln. Die Aktivität der vielen ist der Schlüssel zur Veränderung.

Bei Fragen schreibt mir an christine.buchholz@posteo.de.

Weitere Infos:

www.linke-gegen-krieg.de

www.christinebuchholz.de

Kathrin Gebel

Kandidatur für den Parteivorstand



Linksjugend ['solid]

- nominiert von Linksjugend ['solid] als Jugendpolitische Sprecherin
- 2018–2020 Bundessprecher*innenrat Linksjugend ['solid]
- seit 2015 Mitglied DIE LINKE
- seit 2016 Internationale Kommission Linksjugend ['solid]
- Koordinatorin Youth Working Group der Europäischen Linken
- Mitglied ver.di & SDS

Liebe Genoss:innen,

Wir stehen vor der größten Krise unserer Partei seit 1990. Gerade in Zeiten von unbezahlbaren Mieten, Aufrüstungswahn & Pflegenotstand braucht es allerdings eine geeinte LINKE. Wer soll dagegen anhalten, wenn nicht wir? Daher ehrt es mich, dass die Linksjugend ['solid] mir ihr Vertrauen als *Jugendpolitische Sprecherin* gibt.

Für einen glaubhaften Feminismus müssen wir uns kritisch mit unserer Arbeit & Parteikultur auseinandersetzen. Ich möchte unsere Partei attraktiver für Frauen machen. Dazu gehört auch eine **konsequente Prävention von sexualisierter Gewalt** und Belästigung in der Partei. Das wirksamste Mittel hierfür: eine konsequente Verfolgung. Das bedeutet auch konsequente Aufdeckung. Gelingen kann das nur mit einer Studie, die Vorfälle von sexueller Belästigung & sexualisierter Gewalt gezielt aufdeckt & Involvierte benennt. Wir schulden es den Betroffenen, ihre Aufdeckungsarbeit fortzuführen.

Als Russlanddeutsche geht mir der Krieg in der Ukraine sehr nahe. Nur eine Hoffnung bleibt: Die LINKE als Friedenspartei. Alle Parteien der "Mitte" stimmten für die riesige Aufrüstung – für Bildung oder Gesundheit sei aber kein Geld da. Wir müssen außermilitärische Lösungen konkret ausformulieren – sonst können sie keine echte Alternative sein. Das Ende des Krieges wird kommen und die Soziale Frage wird dann eine große Rolle spielen. Hier ist unsere Chance Genoss:innen vor Ort zu unterstützen! Mit Druck für einen Schuldenschnitt können wir unser außenpolitisches Profil schärfen & zeigen, wie internationale Solidarität funktionieren kann.

Als klare und laute Vertretung des Jugendverbandes werbe ich um Euer Vertrauen.

Lasst uns gestärkt aus dieser Krise hervorgehen!

Margit Glasow

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Mecklenburg-Vorpommern



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

nichts treibt mich gegenwärtig mehr um als die Frage, ob meine Kinder und Enkelkinder und mit ihnen Millionen Menschen auch in Zukunft noch einen lebenswerten Raum auf unserer Erde haben werden. Mich treibt die Frage um, wie wir als LINKE unserer Aufgabe, eine konsequent internationalistische Friedenspartei zu sein, gerecht werden können. Wie wir den Menschen Zuversicht und die Überzeugung vermitteln können, dass das Handeln jedes Einzelnen wichtiger denn je ist. Darin sehe ich die Verantwortung für uns als LINKE. Darin sehe ich meine persönliche Verantwortung.

Ich habe im Laufe meines Lebens gelernt zu kämpfen: Gegen Ausgrenzungserfahrungen als Frau mit einer sichtbaren Behinderung. Gegen berufliche Perspektivlosigkeit nach der politischen Kehre als Lateinamerikawissenschaftlerin im Osten. Ich habe gelernt, mutig zu meinen Überzeugungen zu stehen. Und ich habe – als Inklusionsbeauftragte unserer Partei und als Journalistin – eins verinnerlicht: Über meinen eigenen kleinen Tellerrand zu blicken.

Die Entwicklung einer Gesellschaft, in der ich leben möchte – nicht fremdbestimmt diktiert, sondern demokratisch, sozialistisch verfasst – muss mit allen gemeinsam geschehen. Das heißt auch, denjenigen, die eine andere, vielleicht unbequeme Meinung haben, zuzuhören, sie verstehen zu wollen, um Lösungsansätze zu streiten und respektvoll miteinander umzugehen. Die Mehrheit zu erreichen, für die wir stehen.

Mein politischer Schwerpunkt ist und bleibt die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben. Inklusion als Gegenentwurf zu sozialer Spaltung, zu Rassismus, Neofaschismus und Ausgrenzung. Ein tiefgreifender Prozess zum Abbau gesellschaftlicher Ungleichheiten und Barrieren, der sich auf all die Menschen bezieht, die von Teilhabe ausgeschlossen werden – aufgrund von Armut, ethnischer Zugehörigkeit, aufgrund von Behinderungen, des Alters oder des Geschlechts. Dafür will ich mich weiterhin einsetzen.

Thomas Goes

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Niedersachsen



Eine mögliche Zukunft: In zwei Jahren haben wir die Krise unserer Partei gelöst, wir arbeiten geschlossen an einem besseren Land. Die Menschen wissen, dass DIE LINKE die besten Vorschläge macht, um die Klimakatastrophe zu verhindern, weil wir soziale Gerechtigkeit und die Interessen der abhängig Beschäftigten in den Mittelpunkt stellen. Es ist den Leuten klar, dass wir die Ursache der Klimakrise nicht im Konsumverhalten, sondern im Kapitalismus sehen. Sie schätzen unsere klugen Vorschläge für einen linken Green New Deal. Es spricht sich wieder mehr rum, dass wir die Partei der guten Arbeit, der Gewerkschaften und der Solidarität sind. Unsere Ideen, wie wir unseren Sozialstaat ausbauen und mehr Sicherheit und Lebensglück für die Mehrheit schaffen können, werden breit diskutiert. Auch, weil wir uns als erlebbare Partei vor Ort um die Sorgen derjenigen kümmern, die es schwer haben, weil ihre Regionen abgehängt oder ihre Viertel vernachlässigt werden. Und unsere LINKE wird als Garantin der Freiheit und der Demokratie gesehen, weil wir glaubwürdig an der Seite derjenigen stehen, die sich gegen Unterdrückung wehren – überall. Und ja: Man glaubt uns wieder, dass wir für eine Welt der Solidarität kämpfen, weil wir auch in der Partei wieder solidarisch miteinander umgehen.

Es ist noch ein Stück zu gehen, um diese Zukunft wahr zu machen. Dafür brauchen wir klare Ziele, wir müssen aber auch zweifeln. Formelkompromisse werden uns nicht stärker machen, aber Klarheit im Weg und in den Zielen gewinnen wir auch nur dann, wenn wir bereit sind zum Gespräch. So möchte ich im Bundesvorstand arbeiten.

Ich bin Thomas Goes, 42 Jahre alt, habe zwei Kinder und arbeite als Arbeitssoziologe an einem Forschungsinstitut. Seit 2007 bin ich Mitglied der LINKEN, ich war Bildungsbeauftragter, Direktkandidat, Kreis- und Ortsverbandssprecher, aktuell bin ich Sprecher des Kreisverbandes Göttingen-Osterode. Ich möchte unserer sozialistischen Partei eine Zukunft geben und bitte euch um Euer Vertrauen.

Passar Hariky

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Berlin



- Geb. 1992 in Berlin
- Mitglied DIE LINKE seit 2018 in BV Reinickendorf Berlin
- Studium: Politikwissenschaft, Schauspiel
- Beruf: Tätigkeit im Bereich Flucht und Migration, diverse Schauspielertätigkeiten, Geschäftsführer Rojava News, Head Output Manager Kurdistanmonitor, Geschäftsführer Passarname
- Mitgliedschaften: Stabiler Rücken e.V., Qubahan e.V.

Liebe Genoss*innen,

die kürzlichen Wahlergebnisse brachten Probleme ans Licht, die es gilt, gemeinsam zu lösen. Als geschlossene Kraft, die in Deutschland die Politik bewegt und mitverändert. Das muss unser Standard sein.

Wir als Partei stehen für soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung, Vielfalt und Diversität. Die Themen, die unsere Gesellschaft prägen und beschäftigen, werden gekonnt von anderen Parteien ignoriert. Es braucht eine starke LINKE, die sich für die Menschen einsetzt und unsere Gesellschaft widerspiegelt. Die sich an den Geschehnissen unserer Zeit orientiert und wegweisend ist.

Ich kandidiere, um eine starke LINKE zu verwirklichen. Meine Stärken liegen in der Sicherheits- und Außenpolitik, Nahostpolitik, Migration und Flucht, Antirassismus und Diskriminierung und beim Thema Kurdistan. Ich möchte mich für mehr Diversität und Antirassismus innerhalb der LINKEN einsetzen, gleichzeitig möchte ich eine Brücke zu diversen linken Akteuren in der MENA-Region bauen. Ich möchte Städtepartnerschaften schaffen und eine internationale Partnerschaft anstreben.

Wir. Können. Mehr. Erst recht im Vergleich zu der CDU, die durchtränkt ist von Korruption durch das aserbaidische Regime. Der SPD, die auf Kuschelkurs mit einem despotischen Erdogan ist. Einer FDP, die einen Mietendeckel verhindert und den Grünen, die schnell ihre feministische Außenpolitik fallen lassen, sobald es hart auf hart kommt.

Gemeinsam für eine Zukunft, in der wir nicht um unsere Werte bangen müssen. Daher bitte ich um eure Stimmen und euer Vertrauen. Hoch die internationale Solidarität!

Alexander Kauz

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Baden-Württemberg



Politische Kurzbiografie:

- Mitglied der VVN
- aktives Mitglied der IG Metall (Verwaltungsstelle Freiburg), Betriebsratsvorsitzender, DGB Kreisvorsitzender
- Friedensaktivist, Grüne – Austritt 1999 – Jugoslawienkrieg & Hartz IV
- Arbeit gegen Militarismus und Rüstungsexporte
- Kurdistansolidarität
- 2005 Eintritt in die PDS, 2007–2021 Mitglied im Kreisvorstand, 2015–2021 Mitglied im Landesvorstand und Delegierter meines Landesverbandes im Bundesausschuss, seit 2019 Mitglied im Kreistag Emmendingen, aktiv in der BAG Betrieb und Gewerkschaft

Liebe Genoss*innen,

Mit dem Zusammenschluss von PDS und WASG zur Partei DIE LINKE war 2007 eine sozialistische Partei geschaffen worden, um der herrschenden Politik eine Alternative entgegenzustellen.

Ich bin davon überzeugt, dass nur die Politik der LINKEN für die Soziale Gerechtigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft und für eine nicht-militärische, sondern auf Verständigung und Dialog aufbauende Außenpolitik steht.

Leider ist uns die Ausrichtung auf unsere Ziele abhandengekommen. Interne Querelen haben uns selbst geschwächt. Gerade jetzt muss es darum gehen, dass wir wieder zusammenrücken, uns gegenseitig zuhören und die richtigen Schlüsse für die Zukunft unserer Partei ziehen. Lasst uns die Gräben überwinden und kreativ und mutig gemeinsam für eine starke solidarische LINKE eintreten. Wir müssen das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen, die unsere Werte mittragen und die diesen Weg mit uns gehen wollen.

Die Zivilisation ist weltweit in Gefahr. Globale Ungerechtigkeit, Kriege und die Klimakrise verschärfen das Elend in der Welt. Ich bin mir sicher, dass wir in der Einschätzung übereinstimmen, dass der Kapitalismus als Quelle dieser Entwicklung bekämpft werden muss. Nur DIE LINKE wird eine soziale Transformation garantieren.

Daran möchte ich im neuen Parteivorstand mitwirken und DIE LINKE wieder auf Erfolgskurs bringen. Hierfür bitte ich Euch um Eurer Vertrauen und Stimme.

Der Landesverband Baden-Württemberg unterstützt meine Kandidatur.

Sebastian Koch

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Berlin



Liebe Genoss*innen,

unser diesjähriger Parteitag in Erfurt steht vor der großen Aufgabe DIE LINKE wieder auf die Erfolgspur zu setzen. Ich bewerbe mich bei euch für die Wahl in den Parteivorstand, um dabei aktiv mitzuhelfen.

Ich bin seit fast sechs Jahren Landesgeschäftsführer in Berlin. In dieser Zeit haben wir im Landesverband einen kooperativen Politikstil etabliert und das Verbindende in den Mittelpunkt gestellt. Wir machen uns dabei die Mühe, möglichst viele Genoss*innen, viele Haltungen und Herkünfte in unsere Politikentwicklung mit einzubinden. Kompromiss heißt dabei allerdings nicht Beliebigkeit, sondern politische Positionen so zu entwickeln, dass sich möglichst große Teile der Partei dahinter versammeln können. Das nötigt vielen Genoss*innen auf allen Seiten viel ab, aber im Ergebnis stehen wir dadurch in der Öffentlichkeit als weitgehend geschlossene Partei da. Das wird von unseren Anhänger*innen erwartet und stärkt uns: Trotz des massiven Einbruchs der LINKEN zur Bundestagswahl 2021 konnten wir unser Wahlergebnis zur zeitgleich stattgefundenen Landtagswahl in absoluten Stimmen sogar leicht steigern. Die Partei ist dabei auch nach fünf Jahren erfolgreicher linker Regierungspolitik ein eigenständiger Akteur und Ort von Diskussion und Aktion geblieben. Darauf bin ich stolz und ich will, dass wir auch im Rest des Landes wieder stolz auf unsere Partei sein können.

Ich möchte mit meiner Kandidatur allerdings nicht nur meine persönlichen Erfahrungen und Fähigkeiten in die Arbeit des Parteivorstands einbringen. Ich bin ebenso überzeugt, dass der Parteivorstand nicht losgelöst vom Rest der Partei agieren darf, sondern alle Mitglieder des neuen Parteivorstands eine Verankerung in den Landesverbänden und Zusammenschlüssen mitbringen sollten. Nur so können Entscheidungen auch in der Breite getragen und umgesetzt werden. Ich will jenseits der alten Strömungskonflikte mit allen arbeiten, die zum gemeinsamen Erfolg beitragen wollen.

Tanja Krauth

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Rheinland-Pfalz



- Geboren 05.07.1968
- KV Birkenfeld

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Parteitag in Erfurt mit seinen Vorstandswahlen wird wegweisend sein für die Zukunft der Linken.

In Teilen der Partei werden neue Gesichter und eine personelle Neuaufstellung gefordert. Nach 17 Jahren Parteizugehörigkeit, Kreisvorsitzende und als Fraktionsvorsitzende im Kreistag Birkenfeld fühle ich mich den Anforderungen als Mitglied im Parteivorstand gewachsen. Zurzeit herrscht große Unsicherheit was die Ausrichtung der LINKEN betrifft.

18 Prozent können sich vorstellen DIE LINKE zu wählen. DIE LINKE hat Ihr höchstes Potenzial bei Personen mit niedrigem Einkommen. Ausschlaggebend für eine mögliche Wahl der LINKEN ist das «hohe soziale Engagement» der Partei und ihr »Einsatz für soziale Gerechtigkeit«. Es ist ein stabiles Potenzial für eine sozial-ökologisch ausgerichtete linke Partei mit sozialistischer Perspektive vorhanden. Die Ausschöpfung dieses Potenzials gelingt bisher nicht. Damit dies möglich wird, müssen zunächst die parteiinternen Probleme gelöst und die internen Auseinandersetzungen befriedet werden (lt. RLS).

Das bedeutet für uns, dass wir Grabenkämpfe umgehend beenden und nach außen gemeinsame und für alle verbindliche Sprachregelungen finden müssen. Das bedeutet aber auch, dass bei unauflösbaren Widersprüchen Entscheidungen getroffen werden müssen.

In der Sexismusdebatte fordere ich eine vollständige und sachliche Aufklärung wenn es um Belästigungsvorwürfe innerhalb unserer Partei geht.

Die Zeit der gesellschaftlichen Umverteilungskämpfe hat gerade erst begonnen. Damit aber auch den Menschen bewusst wird, dass DIE LINKE mehr denn je gebraucht wird und **für sie persönlich ein Mehrwert ist** müssen wir in klarer und einfacher Sprache kommunizieren, dass wir an der Seite der sozial Benachteiligten stehen und deren Interessen vertreten.

Ich bitte Euch hiermit um Eure Unterstützung für meine Kandidatur.

Domenik Leipold

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Bayern



Liebe Genossinnen und Genossen,

ich bitte um Euer Vertrauen, damit unsere Partei eine richtige Erneuerung erfahren darf. Mein Name ist Domenik Leipold, ich bin 26 Jahre jung und Mitglied im Kreisvorstand von DIE LINKE. Oberfranken-Ost.

Als ich im letzten Jahr der Linken beigetreten bin, wusste ich bereits über unsere Schwächen Bescheid, was mich aber nicht daran hinderte Mitglied zu werden. Unsere Defizite können nur mit Aufrichtigkeit, Ehrlichkeit, und gegenseitigen Respekt angegangen werden, und dafür möchte ich meinen Anteil im neuen Parteivorstand leisten.

Unser größtes Ziel muss sein, das wir die Bürgerinnen und Bürger wieder auf Augenhöhe begegnen, und sie aktiv teilhaben lassen. Unsere Programmatik sollte von Basis und den Wählerinnen und Wählern gleichermaßen bestimmt werden, denn nur als progressive und sozialistische Mitmachpartei können wir diese Krise überwinden. Lasst uns gemeinsam unsere Partei DIE LINKE. wieder zu einer richtigen sozialen Alternative für unser Land und die Menschen die hier leben machen.

Mit solidarischen Grüßen

Domenik Leipold

Karsten Lippmann

Kandidatur für den Parteivorstand



Landesverband Sachsen-Anhalt

- Homepage: www.karstenlippmann.de
- Familienstand: ledig, kinderlos
- Beruf: Historiker (Zeitgeschichte)
- Kreisverband: Harz
- Ehrenämter: Vorstandsmitglied im Allgemeiner Behindertenverband in Sachsen-Anhalt (ABiSA); Institut Behinderung & Partizipation (IB&P); KV Harz des Sozialverbandes Deutschland (SoVD);
- In unserer Partei: Mitgliedschaften im OV Halberstadt; KV Harz; LaVo Sachsen-Anhalt (seit 2019); BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
- Mandate: keine

Im Jahr 2021 war ich Bundestagsdirektkandidat für DIE LINKE im Wahlkreis Harz-Aschersleben-Seeland. Ich erhielt Platz 6 unserer Landesliste.

Mein Team und ich führten einen engagierten Wahlkampf. Parteimitglieder und Unterstützer*innen aus allen Generationen konnten sich so einbringen, wie es ihren Möglichkeiten entsprach. Leider gelang mir der Einzug in den Bundestag nicht. Dank der gemeinsamen Kraftanstrengung Aller erreichte ich aber immerhin das drittbeste Erststimmenergebnis für DIE LINKE in Sachsen-Anhalt.

Das beweist die Wichtigkeit unseres Kampfes für eine Gesellschaft, in der alle Menschen ihren guten Platz haben, in ihren Bedürfnissen gesehen, gehört und ernstgenommen werden. Eine solche inklusive Gesellschaft würde ganz automatisch auch eine friedliche Gesellschaft sein. Nicht zuletzt das lohnt die Mühe.

Als Rollstuhlfahrer verstehe ich mich als Bindeglied zwischen der LINKEN und den Menschen mit Beeinträchtigungen. Natürlich bringe ich die Positionen unserer Partei in die Verbandsarbeit ein. Umgekehrt würde ich im Parteivorstand darauf achten, dass die Interessen von Menschen mit Beeinträchtigungen berücksichtigt werden. In diesem Sinne müssen wir als LINKE auch weiterhin die Partei der konsequenten Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sein.

Dafür bitte ich um Euer Vertrauen und Eure Stimme.

Dr. Karsten Lippmann

Dr. Karsten Lippmann

Dana Lützkendorf

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Berlin



- bis 2022 Charité Intensivpflegerin, Diplompflegepädagogin
- seit 4.2022 Gewerkschaftssekretärin ver.di Berlin-Brandenburg
- Sprecherin LAG Gesundheit/ Pflege Berlin

Als aktives Mitglied und als Gewerkschafterin liegt mir – politisch wie fachpolitisch – die Zukunft der LINKEN am Herzen. Es war richtig, in den letzten Jahren in der LINKEN Gesundheitspolitik das Profil zu schärfen und an der Seite der Kolleg*innen zu stehen.

Als LINKE müssen wir dranbleiben und unsere Inhalte sowohl im Parlament als auch im gesellschaftlichen Raum gemeinsam erarbeiten, vermitteln und umsetzen. Dafür möchte ich mich im Parteivorstand einsetzen: Wir müssen öffentlich sichtbarer werden, Beschäftigte wie Wähler*innen von unseren Inhalten begeistern und sie an uns binden. Hierfür braucht es Angebote zur Vernetzung, fachpolitischer Diskussion und einer klaren Orientierung, was DIE LINKE gesundheits- und pflegepolitisch will.

Für mich enthält dieses Profil u.a.: Zugang zu Gesundheitsleistungen für alle in Deutschland lebenden Personen mit den gleichen Standards. Wir brauchen dringend eine Veränderung in der Krankenhausfinanzierung, die Abschaffung des Fallpauschalensystems. Wir müssen alternative Finanzierungsmodelle (weiter-)entwickeln, die sich am Bedarf der Menschen orientieren.

Für mich heißt das aktuell: Wir nehmen als LINKE auf wichtige Weichenstellungen auf Bundesebene Einfluss. Dazu gehört neben der Unterstützung gewerkschaftlicher Forderungen für gute Arbeitsbedingungen und Löhne auch Interventionen zu den aktuellen Projekten der Koalition: Entwicklung von Positionen zur von Lauterbach eingesetzten Krankenhaus-Kommission, die einseitig besetzt und ohne die Organisationen der Gesundheitsarbeiter*innen auskommt. Zum anderen verspricht Lauterbach Entlastung der Pflege: Unsere Aufgabe ist, die aktuellen Entlastungsbewegungen auf allen Ebenen zu unterstützen, die Gesetzgebungsprozesse kritisch zu begleiten, ob das Ziel der flächendeckenden Entlastung mit den Konzepten erreicht werden kann.

Anja-Kerstin Meier-Lercher

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Hessen



Liebe Genoss:innen und Genossen,

wieder werden in Erfurt Zukunftspläne für unsere Partei geschmiedet und Weichen gestellt. Es ist unumgänglich neue Strukturen und Organisationsformen zu bilden und umzusetzen. Wir müssen wieder eine Partei der Menschen auf der Straße sein und unseren sozialen Kampf laut, vehement und gemeinsam vorantreiben.

Dies war und sollte stets unser Alleinstellungsmerkmal sein. Niemand darf zurückgedrängt oder abgekoppelt werden!

Eine Aufweichung unserer klaren Position gegen Kriegsbeteiligung oder kritische Sicht zur NATO darf nicht geschehen, wir würden uns selbst überflüssig machen.

Als 49-jährige Förderschullehrerin mit fünf leiblichen und einem Adoptivkind, habe ich im Alltag viele Eindrücke und Knackpunkte aus dem Bereich Bildung, Integration und Inklusion.

Es gibt so viel zu tun, um unseren Mitmenschen gleiche Chancen und Zugänge in allen Bereichen zu ermöglichen.

Packen wir es an!

Mit einer Sprache und Haltung, auf Augenhöhe. Nur so werden wir in der Gesellschaft wieder verankert und dies ist der einzige Weg um wieder ein Teil, ein gemeinsames Sprachrohr für uns mit unseren Sympathisant:innen und Sympathisanten zu sein.

Gerne beantworte ich eure inhaltlichen Fragen vor Ort.

Mit motivierten und solidarischen Grüßen,

Anja Kerstin Meier-Lercher

Sigurd Meier-Lercher

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Hessen



Liebe Parteimitglieder:innen,

unsere gemeinsamen Ziele werden von Wählerinnen und Wählern immer weniger wahrgenommen. Die Lebenssituation eines Großteils unserer/ meiner Mitmenschen wird jeden Tag schwieriger und komplexer. Wir bieten hierfür eine Vielzahl guter Lösungen und Zukunftskonzepte. Diese guten politischen Ansätze kommen allerdings zunehmend bei unseren Mitmenschen nicht mehr an. Wir sprechen schon lange nicht mehr dieselbe Sprache. Ich möchte dazu beitragen uns wieder näher zu kommen, das gegenseitige Verständnis zu erhöhen und so gemeinsam die Lebensumstände aller Menschen zu verbessern.

Ich bin verheiratet, Jahrgang 62, habe vier leibliche Kinder und sechs Kinder plus. Richtig! Das macht zehn. Mehr als zehn Jahre war ich alleinerziehend. Meine Lebenserfahrung hat viele Schnittmengen mit der meiner Mitmenschen, als Elternbeirat, Vereinsmitglied, verzweifelter Vater im Umgang mit Schule und anderen Institutionen, Betriebsrat, Stadtverordneter in Kirchhain, einer Stadt mit rund sechzehntausend Einwohnern, Kreisausschussmitglied im Kreis Marburg-Biedenkopf und ehemaliges Kreisvorstandsmitglied der LINKEN.

Mich persönlich langweilt es des Öfteren, wenn die Aktivitätenliste so mancher Kandidaten kein Ende nehmen will, dafür entschuldige ich mich an dieser Stelle bei Euch. Viel lieber komme ich auf unserem Parteitag mit Euch ins Gespräch und beantworte gerne Eure Fragen.

Sigurd Meier-Lercher

Marion Morassi

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Rheinland-Pfalz



- Kreissprecherin DIE LINKE. KV Ahrweiler seit 2010
- Mitglied in der BAG LISA und Kontaktperson für RLP
- Sprecherin und Gründungsmitglied der LAG AKL RLP, Mitglied im BSpR der AKL
- Sprecherin und Gründungsmitglied der LAG Ökologische Plattform RLP
- Stadträtin für DIE LINKE in Bad Neuenahr – Ahrweiler

Liebe Genoss*innen,

als Betroffene der Flutkatastrophe im Ahrtal weiß ich, was es bedeutet, fast bei Null wieder anzufangen und alles neu aufzubauen. Dies geht nur gemeinsam und solidarisch. Das wird nur dann gelingen, wenn das Wohl aller im Mittelpunkt steht, statt die Einzelinteressen derjenigen, die am lautesten brüllen und sich in den Vordergrund zu stellen versuchen.

Deshalb bewerbe ich mich um einen Platz im zukünftigen Parteivorstand, weil auch DIE LINKE beinahe wieder bei Null anfangen muss und wir auch dies nur gemeinsam und solidarisch schaffen werden.

Aus Erfahrung weiß ich: Ein Aufbau kann sehr lange dauern. Auch Rückschläge dürfen uns nicht davon abhalten, weiter an unseren roten Haltelinien festzuhalten, für die uns die Menschen wählen. Diese Haltelinien sind für mich die Friedenspolitik, soziale Gerechtigkeit, der Einsatz für Minderheiten und der Klima- und Umweltschutz. Der Klimawandel ist nicht mehr weit entfernt, sondern real bei uns festzustellen, mit all seinen verheerenden Folgen! Wir als LINKE müssen uns dafür einsetzen, dass nicht die sozial Benachteiligten die Kosten dafür tragen und einige wenige aus Kriegen und Klimakatastrophen ihre Profite ziehen, wie dies leider im Kapitalismus tagtäglich und weltweit passiert!

Meine politischen Schwerpunkte liegen in den folgenden Politikfeldern: Ökologie, Klimaschutz, Geschlechtergerechtigkeit, Friedenspolitik, Bündnisarbeit mit Gewerkschaften und NGO's, Antifaschismus und Antirassismus.

Ich möchte meinen Beitrag zum Parteaufbau im Parteivorstand leisten und meine langjährigen Erfahrungen einbringen. Darum bitte ich um euer Vertrauen.

Mit solidarischen Grüßen,

Eure *Marion Morassi*

Onur Ocak

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband NRW



- Beruf: Volljurist bei ver.di
- Titel: Dr. jur.
- Alter: 34
- KV: Bielefeld
- Twitter/Instagram: dronurocak Facebook: Dr. Onur Ocak

Gewerkschaftspolitik

Wir verlieren seit Jahren Zustimmung innerhalb der Arbeiterklasse. Dies spiegelt sich auch in der Mitgliedschaft wieder und beeinträchtigt die Glaubwürdigkeit. Die bisherige Gewerkschaftspolitik beschränkt sich zu sehr auf Organizing. Organizing ist eine von vielen Methoden, die aber keine gewerkschaftspolitische Orientierung ersetzt. Die Hans-Böckler-Stiftung und auch unsere Fraktion haben Reformvorschläge für das Betriebsverfassungsgesetz vorlegt. In der Partei spielt das Thema keine Rolle. Ebenfalls unterbelichtet ist die Stärkung der Tarifbindung als wirksamster Hebel gegen Armut und prekäre Beschäftigung. Sie bietet Anknüpfungspunkte für linke Wirtschaftspolitik, die nur unzureichend auf Parteiebene bearbeitet wird.

Strategie

Nach Jahrzehnten des Neoliberalismus und den Verschlechterungen der Lebensverhältnisse eines Großteils der Arbeiterklasse glauben viele Menschen nicht mehr an Verbesserungen und haben sich von der Politik abgewandt. Die Linke muss ihren Gebrauchswert beweisen und Kompetenzen neu aufbauen. Dies gelingt ihr nicht durch markige Sprüche und reiner Agitation, sondern durch konkrete Arbeit vor Ort - als Partei, die sich kümmert und mit den Menschen mühsam kleine Verbesserungen erkämpft.

Im Kampf um die kleinen Erfolge zeigt sich der Gebrauchswert. Wir müssen eine politische Strategie entwickeln und Konfliktfelder herausarbeiten, um diese kleinen Erfolge gegen das Kapital zu ermöglichen. Aus den kleinen Schritten für die Verbesserung der eigenen Lebenslage können die Menschen ermächtigt werden, künftig größere Schritte zu gehen.

Dabei wird die Frage der Regierungsbeteiligung oft als Glaubensfrage diskutiert. Für mich ist sie jedoch eine Frage der Analyse der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse.

Ich möchte im PV für diese gewerkschaftlich orientierte Reformpolitik eintreten.

Ellen Ost

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Thüringen



- Fachkrankenschwester am UKJ
- Bezirksfachbereichsvorstand Thüringen
- Bundestarifkommission öD

Die ersten Monate der Ampelregierung haben gezeigt, dass es zu keiner Veränderung der neoliberalen Politik gekommen ist. Die Coronapandemie, die Klimakrise und jetzt noch die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine machen deutlich, wie wichtig eine starke linke Partei für die lohnabhängig Beschäftigten in Deutschland ist.

DIE LINKE steht vor einer großen Herausforderung! Es geht darum, Krankenhäuser zu erhalten und die wohnortnahe Grund- und Notfallversorgung zu sichern, es geht um den Erhalt von Schulen und Kitas, gleiche Bildungschancen für alle, den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs als wirkliche Alternative zum Individualverkehr und es geht um menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen, wobei Löhne und Gehälter zum Leben reichen müssen. Dabei wird die Verteilungsfrage immer mehr an Bedeutung gewinnen nach den Kosten für die Coronapandemie, die Bereitstellung von 100 Milliarden Sondervermögen für die Bundeswehr und die Folgen des Klimawandels.

Zivilgesellschaftliches Engagement, da besonders die Gewerkschaften als die Krankenhausbewegung, Deutsche Wohnen und Co enteignen oder Fridays for Future und DIE LINKE gehören dabei untrennbar zusammen. Diese Machtressource wahrzunehmen und gemeinsam mit Beschäftigten und Menschen, egal welcher Herkunft, ob FLINTA, mit oder ohne Pass, für eine gerechte und soziale Politik in den Betrieben, den Kommunen und auf Landes- und Bundesebene zu kämpfen.

Ich sehe meine Aufgabe im Parteivorstand der LINKEN darin, auf die Situation der Pflegekräfte und anderer Gesundheitsarbeiter*innen aufmerksam zu machen und sie für die politische Arbeit in unserer Partei zu gewinnen, so wie ich 2019 nach der Tarifauseinandersetzung krankenhauspolitisch aktiv geworden bin.

Luigi Pantisano

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Baden-Württemberg



Liebe Genoss:innen,

als Sohn italienischer Migrant:innen bin ich 1979 geboren. Mit meiner Frau und unseren beiden Kindern lebe ich in Stuttgart. Von Beruf bin ich Architekt und Stadtplaner. Seit 2016 bin ich Stadtrat im Stuttgarter Gemeinderat und ich bin Stellvertretender Landessprecher in Baden-Württemberg.

Im Jahr 2020 habe ich bei der Wahl zum Oberbürgermeister der Stadt Konstanz den 1. Wahlgang mit 38 Prozent gewonnen und im 2. Wahlgang mit 45 Prozent der Stimmen den Wahlsieg nur knapp verpasst. Wir können mit einer sozialen und ökologischen Politik Wahlen und auch die Herzen der Menschen für uns gewinnen.

Seit meiner Jugend engagiere ich mich politisch und gesellschaftlich im direkten Austausch mit Menschen, in Bewegungen und Initiativen. Für mich gehören die Kämpfe für eine solidarische Gesellschaft, für Klimagerechtigkeit und gegen Rassismus zusammen.

DIE LINKE braucht es in der Kommune, im Stadtteil, verbindend und unterstützend aktiv an der Seite der Menschen. Arbeiter:innen, Junge und Ältere, Hartz-IV-Empfänger:innen, Migrant:innen, und Geflüchtete müssen wissen, dass wir bei ihren alltäglichen Herausforderungen an ihrer Seite stehen. Wir müssen diejenigen sein, die entschieden gegen hohe Preissteigerungen bei Energie, Lebensmitteln und Miete auf der Straße und im Parlament vorgehen.

DIE LINKE braucht es als konsequente Friedenspartei und wir müssen das weiter bleiben. Wir lehnen weiter Waffenexporte und Aufrüstung ab. Frieden zu fordern, wenn Frieden herrscht, ist einfach. Für Frieden einzustehen, wenn Krieg herrscht, ist zwar schwierig, aber es ist unsere Pflicht und Aufgabe!

Arbeitskämpfe in der Pflege und der Automobilindustrie müssen wir mit der Rettung des Klimas und einer vielfältigen Gesellschaft verbinden. Soziale Teilhabe, Klimagerechtigkeit und Menschenrechte gehören zusammen. In diesem Sinne möchte ich mich im Parteivorstand einbringen und bitte Euch um Eure Stimme.

Meine Kandidatur wird vom Landesvorstand Baden-Württemberg unterstützt.

Maximilian Reimers

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Schleswig-Holstein



Liebe Genoss:innen,

ich bin Maximilian Reimers, 23 Jahre alt und aus der kleinen Stadt Rendsburg in Schleswig-Holstein. Als Kind einer alleinerziehenden Mutter, die zwischen Hartz IV und Minijobs jongliert, habe ich schnell gespürt, wie ungerecht unser System ist. Diese Erfahrung hat mich politisiert und zur LINKEN gebracht!

Seit bald fünf Jahren bin ich Mitglied der LINKEN. Mit voller Überzeugung mache ich Politik, zum Beispiel als Fraktionsvorsitzender einer kleinen aber feinen Kreistagsfraktion. Weil die klimagerechte Erneuerung unserer Gesellschaft nicht den Reichen, sondern Armen und Arbeiter:innen nützen soll, bin ich vor 3,5 Jahren auch zur Bewegung Fridays For Future gegangen.

Ich bin überzeugt: Von Methoden sozialer Bewegungen kann unsere Partei lernen und sollte die Klimatransformation als große sozialistische Chance sehen!

Hierzu konkrete Ideen, wie ich mich im Parteivorstand dafür einsetzen möchte, dass DIE LINKE miteinander fürsorglich und kampagnenfähig wird:

1. Wir brauchen sichere Strukturen, in denen sich gegenseitig gefördert und fürsorglich behandelt wird.
2. Ein gemeinsamer Plan mit inhaltlichen und strategischen Zielen muss her, dafür möglichst alle an einen Tisch, um sachlich zu beraten. Wer öffentlich lieber streitet, wird eben kein Teil des Plans.
3. Klimagerechte Erneuerung unserer Gesellschaft ist die sozialistische Chance, schreiben und erzählen wir die Geschichte unserer ökosozialistischen Welt!
4. Transformationsbeirat aus Gewerkschaft, Klimabewegung, Sozialverbänden, Partei, Fraktion uvm. einsetzen, statt Soziales und Klima gegeneinander auszuspielen!
5. Über ein Parteiforum und Schulungscamps wird die Vernetzung über Ortsvereine hinweg besser und bringen uns gegenseitig Fähigkeiten für den politischen Kampf bei.
6. Regelmäßige Videocalls für alle Mitglieder und OV's die wie in einer Graswurzelbewegung zusammen planen und gewinnen!

Bei Fragen etc. könnt ihr mich jederzeit kontaktieren: 0172 6714898.

Über euer Vertrauen beim Parteitag freue ich mich sehr!

Jan Richter

Kandidatur für den Parteivorstand

BAG Betrieb & Gewerkschaft



Zu mir:

Gelernter Einzelhandelskaufmann, z.Z. Koordinator im AK »Arbeit und Soziales« der Bundestagsfraktion I im BSPR der BAG Betrieb & Gewerkschaft | Mitglied: ver.di und NGG

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich habe 2021 für den PV kandidiert, um als Sprecher der BAG Betrieb & Gewerkschaft dazu beizutragen, dass Partei und Gewerkschaften ein besseres Verhältnis zueinander entwickeln. Einen Gewerkschaftsrat zu etablieren, ist uns gelungen. Gesellschaftliche Entwicklungen durch die Brille der Beschäftigten zu betrachten, ist mir aber auch als langjähriger BR-Vorsitzender im Einzelhandel wichtig. Bei H&M ließen sich Kämpfe nie allein führen. Wo wir herkamen, war so unwichtig wie die Frage, ob wir einander mochten. Wir waren Kolleginnen und Kollegen. Wollten wir Verbesserungen durchsetzen, mussten wir uns zusammenrotten.

Übertragen auf die Partei heißt das: Es ist unwichtig, wo wir herkommen. Wichtig ist, dass wir uns für DIE LINKE entschieden haben. Zusammenzustehen, auch wenn wir nicht immer einer Meinung sind, ist dabei zentral. Dazu aber braucht es Grundsolidarität, das Bedürfnis nach Einheit und die Fähigkeit, trotz einzelner Differenzen füreinander einzustehen.

Notwendig ist auch ein strategischer Klärungsprozess. Unsere „Vielstimmigkeit“ ist Mangel an Orientierung. Fehlende Richtungsentscheidungen lähmen uns. Strategische Klärung ist aber mehr als die Verdrängung ungeliebter Positionen. Sie ist ein gemeinsamer Aushandlungsprozess auf Augenhöhe, der gesellschaftliche Kräfteverhältnisse analysiert und die Rolle unserer Partei definiert.

Strömungskämpfe mit Siegern und Besiegten schaden uns. Wir brauchen stattdessen ein strategisches Zentrum, das unsere Partei stabilisiert. Ich bin stolz, dass die BAG B&G zu strategischer Klarheit und Versachlichung beiträgt. Ich möchte auch weiter daran mitwirken, DIE LINKE zu einer starken Akteurin in den sozialen Auseinandersetzungen zu machen. Stark sind wir aber nur, wenn sich in der Partei niemand schwach fühlt.

Euer Jan

Oliver Schröder

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband NRW



Liebe Genoss:innen,

seit gut drei Jahren hat DIE LINKE. überwiegend, teils schwere Wahlniederlagen eingefahren, die mit der Bundestagswahl 2021 den Höhepunkt hätte erreichen müssen - hat es aber nicht.

Wir LINKE. hören seitdem von einer Erneuerung, von einer Neuausrichtung und Neuorientierung der Partei. Diese ist nicht nur notwendig, sondern unausweichlich. Aber was ist denn diesbezüglich bisher passiert oder umgesetzt worden? Nichts und das lässt nicht nur uns in der Partei fragend und unzufrieden zurück, sondern auch unsere Wähler:innen! Aber wer sind unsere Wähler:innen? Was ist unser Wählerklientel? Die Probleme im alltäglichen Leben, die Sorgen und Nöte der Bürger:innen sind so vielschichtig und vielseitig, weshalb es die klassische Wählergruppe meiner Meinung nach nicht mehr gibt und dass sich diese nicht mehr so leicht definieren lässt.

Trotz dieses düsteren Bildes, welches ich gezeichnet habe, sollten wir nicht vergessen, dass wir sowohl Antworten auf die Sorgen und Nöte der Bürger:innen, als auch Ideen und Visionen für ein ökologisch- und sozialgerechtes Deutschland haben. Dies wird uns auch von parteiunabhängigen Instituten bestätigt. Das Meinungsforschungsinstitut Kantar hat uns gar ein Wählerpotenzial von 18 Prozent zugesprochen. Jedoch stellen wir uns sowohl durch unsere innere Zerstrittenheit als auch durch unsere Vielstimmigkeit in der Öffentlichkeit immer wieder selbst ein Bein. Dies erweckt dann den Eindruck, dass wir uns a) uneinig in den Thematiken sind und uns b) mehr mit uns selbst beschäftigen, als mit den Sorgen und Nöten der Bürger:innen und das muss aufhören - jetzt!

Mein Name ist Oliver Schröder und ich komme aus einer strukturschwachen Region im nordöstlichen Ruhrgebiet. Ich kandidiere für den Bundesvorstand nicht um eine Parteikarriere anzuschieben oder mir Freunde zu machen, es geht mir mit meiner Kandidatur allein um die Partei, die ohne Wenn und Aber gebraucht wird! Ich habe richtig Bock und werbe hiermit um Euer Vertrauen.

Ellena Nilima Schumacher Koelsch

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Baden-Württemberg



Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Bundesdelegierte,

durch meine Mandate im Kreis- und Gemeinderat in Schwäbisch Hall nehme ich immer wieder wahr, dass DIE LINKE in jeder Kommune gebraucht wird. Wir bringen diverse Themen ein, die andere Parteien nicht für wichtig erachten. Wir trauen uns den Diskurs aufzumachen, Stellung zu beziehen und klare Haltung zu zeigen. Neben meiner kommunalpolitischen Arbeit, bin ich in unserer Partei als Mitglied im Kreisverband Schwäbisch Hall/ Hohenlohe und im Landesverband Baden-Württemberg aktiv.

Als staatlich anerkannte Sozialarbeiterin und Erzieherin bin ich bei ver.di Mitglied. Meine Einwanderungsbiografie, meine persönliche Auseinandersetzung mit meiner Herkunft und Themen zur Interkulturalität und Diversität, brachte mich zur VVN-BdA und machte mich zur Komplizin beim Zentrum für Politische Schönheit. Als Landes- und Bundesdelegierte habe ich Einblicke in die parteipolitische Arbeit der LINKEN bekommen können. All dies führt mich zu meiner Motivation für den Parteivorstand zu kandidieren.

Ich danke meinem Kreis- und Landesverband für ihre Unterstützung und dem Vertrauen, dass ich im Parteivorstand LINKE Themen aus Baden-Württemberg repräsentieren kann.

Ich freue mich auf unseren Austausch am Bundesparteitag.

Mit solidarischen Grüßen aus Schwäbisch Hall

Ellena Nilima Schumacher Koelsch

Detlef Strietzel

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Bremen

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit bewerbe ich mich für den Parteivorstand. Dieses interessante, sinnvolle und schöne Ehrenamt mit großer Gestaltungspotenz reizt mich zu bekleiden.

Ich bin 62 Jahre alt, geboren in Bremen. Abgeschlossener Ausbildungsberuf im Speditionsgewerbe, ehemaliger Zivildienstleistender. Aktueller Status ist Erwerbsminderungsrentner (100 Prozent – unbefristet).

Als politisch motivierter »einfacher Bürger« nahm ich bereits seit den 1990er Jahren regelmäßig an öffentlichen Beiratssitzungen teil. Ebenso nahm ich an Aktivitäten von Initiativen teil, zum Erhalt und Verbesserung von Lebensqualität im Stadtteil, u.a. Demos für den Erhalt eines großen Landschaftsschutzgebietes.

Seit 2010 bin ich Parteimitglied und aktiv u.a. in Links-Treffs, auf Demos, Wahlkämpfen, Stadtteilfesten, Kreis- und Landesparteitagen und Beirätetagungen. Ab 2016 engagiere ich mich im Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen.

2018 bis 2020 war ich Vertreter im Landesrat. 2021 wurde ich als Ersatzvertreter für den Landesrat gewählt. 2018/19 wurde ich auch in die Wahlkommission des Landesparteitages und Mitgliederentscheides gewählt.

Meine Interessenschwerpunkte sind Verkehr, Bau, Umwelt, Gesundheit und Parteileben. Ein besonderes Augenmerk werde ich im Falle meiner Wahl den gesundheitlich Beeinträchtigten widmen. Dieser Punkt ist in der Partei sträflich missachtet und wird bei der Wahl für Ämter und Mandate krass deutlich in den Ergebnissen kandidierender Beeinträchtigte. Ich spreche aus Betroffenheit bei Delegiertenwahlen für die Landesparteitage Bremen.

Ich habe das Motiv, dass auf einer Sandbank havarierte Seeschiff DIE LINKE vor dem Auseinanderbrechen mit zu bewahren und bergen, und wieder in ein sicheres Fahrwasser zu schleppen.

Hiermit bitte ich um eure Stimmen und mich in den Parteivorstand zu wählen! Für die Stimmen danke ich.

Maja Tegeler

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Bremen



Liebe Genoss*innen,

ich bin Maja Tegeler aus Bremen; seit etwa 3 Jahren Abgeordnete, aber viel länger schon Aktivistin. Im letzten PV arbeitete ich zu den Themen Gleichstellung, Queer, Gesundheit und Internationales. Ich war Teil der Vertrauensgruppe gegen sexistische Übergriffigkeit und der Internationalen Kommission.

Warum kandidiere ich nach einem Jahr Zugehörigkeit erneut für den Parteivorstand?

Zum Einen möchte ich dabei helfen – bei all unseren Versäumnissen als gesamte Partei – die guten eingeleiteten Prozesse weiter mit voran zu treiben: klare Beschlusslagen und Forderungen im Bereich Frieden und Außenpolitik und einen deutlich verbesserten Umgang der verschiedenen Parteistrukturen mit Sexismus und Übergriffigkeit.

Ein bisschen sind wir vorangekommen, auch wenn es nicht annähernd reicht; ich hoffe, wir werden da eine gute Diskussion auf dem Parteitag haben. Dazu kommt, dass die Themen, die ich bei meiner Vorstellung zur letzten PV-Wahl ansprach, überwiegend wichtig bleiben: Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern bzw. verstärkt prekäre Arbeitsverhältnisse von Frauen*, eine deutliche Aufwertung von Sorgearbeit, Bleiberecht für queere Geflüchtete. §218 ist immer noch in Kraft, genauso wie das unsägliche Transsexuellengesetz. Kleine Schritte vorwärts sind auch durch unseren Einsatz zu verzeichnen: die Streichung von §219a und die Diskussion über ein Selbstbestimmungsgesetz für uns trans*Menschen.

In Bremen haben wir uns auf den Weg gemacht, den Gewaltschutz deutlich zu verbessern ebenso wie die Versorgungslage bei Schwangerschaftsabbrüchen. Zusammen mit queeren Gruppen und Initiativen haben wir viel bewegt und noch mehr vor. Die Verbesserung der Lebensumstände für Alleinerziehende sind zentrales Anliegen. Für all dies und noch viel mehr kämpfe ich – an der Seite von Bewegungen, im Parlament, in unseren Basisgruppen.

Die Erfahrungen und den Schwung dieser Kämpfe würde ich im Fall meiner Wahl gern mit in den neuen PV nehmen.

Frank Tempel

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Thüringen



Liebe Genossinnen und Genossen,

der Vorstand soll vorzeitig neu gewählt werden, und das ist Grund genug ein paar Dinge zu benennen. Vor einer Neuwahl hätte ich gern inhaltliche Fragen geklärt. Seit Jahren sprechen wir über Erneuerung, ohne dass wirklich definiert wurde, was wer damit meint. Klimawandel, Krieg und drastische soziale Verschlechterungen für viele Menschen sind in der Bevölkerung die beherrschenden Themen. Nicht in der LINKEN. Wir sind seit Jahren in erster Linie mit uns selbst beschäftigt.

Mehr interne Demokratie in der LINKEN gehört für mich zu den dringenden notwendigen Erneuerungen. Das begrenzt sich nicht auf Urwahlen und Mitgliederentscheide. Eine Schwachstelle in unsere Arbeit war nun lange genug, dass die Schnittstellen zwischen Bundesgeschäftsstelle, Landesverbänden, Senioren- und Jugendvertretungen, Bundesarbeitsgemeinschaften mehr als dürrftig war. Hier müssen Synergieeffekte immens ausgebaut werden. Zusätzlich müssen wir die Digitalisierung endlich nutzen, jedem Mitglied Teilhabe an den Diskussionsprozessen zu gewährleisten.

Wir müssen auch aufhören, Themen gegeneinander auszuspielen. Mein Thema Drogenpolitik ist zum Beispiel für manchen Genossen ein Lifestyle-Thema – und doch verlassen sich in diesen Fragen bisher noch viele Menschen auf DIE LINKE.

Und bei Kernthemen wie den Klimawandel? Braucht es nicht gerade da eine LINKE die sich mit ihrer sozialpolitischen Sicht stark macht? Wer den Klimawandel bremsen will muss die Menschen mitnehmen. Alles andere bleibt wirkungsloser Buzenzauber, der Rechtspopulisten in die Hände spielt. Das berühmte 9 € Ticket zeigt uns zwei Dinge – Die Menschen lassen das Auto freiwillig stehen, wenn sie eine bessere Alternative haben – und viele Menschen haben diese bessere Alternative wie einen ÖPNV oder sichere Radwege bisher nicht.

Ich möchte als Vorstandsmitglied helfen die LINKEN auf einen Kurs zu bringen, in der uns gute Ideen einen – nicht Lagerzugehörigkeiten trennen.

Sascha H. Wagner

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband NRW



Liebe Genoss:innen,

unsere Partei ist in einer ihrer stärksten Krisen. Harte innerparteiliche Auseinandersetzungen und ungeklärte politische Fragen, haben dazu geführt, dass unsere öffentliche Wahrnehmung nicht produktiv und kritisch, sondern als unkoordiniert und heillos zerstritten wahrgenommen wird. Die Ergebnisse können wir auch in meinem Bundesland Nordrhein-Westfalen sehen. Wo wir einst noch knapp mit 4,9 Prozent bei nur 8.400 Stimmen den Einzug in den Landtag verpassten, sind wir heute kurz vor der Bedeutungslosigkeit und mageren 2,1 Prozent der Stimmen abgeglitten.

Was uns hier bleibt ist für lange Jahre die kommunale Arbeit, sei sie außerparlamentarisch in Bündnissen und Initiativen oder in den Stadt- und Gemeinderäten oder Kreistagen.

In der Zeit von 2012, als wir aus dem Landtag in NRW herausgewählt wurden, durfte ich acht Jahre lang den größten Landesverband als dessen Landesgeschäftsführer stabilisieren, den Parteaufbau strategisch voranbringen und als Wahlkampfleiter mit 53 Kreisverbänden die Wahlkämpfe solidarisch bestreiten. Mit meiner langjährigen Erfahrung möchte ich eben zu einer solchen Stabilisierung unserer Partei beitragen.

Als jemand der tief mit meinem Landesverband verwurzelt ist und dessen Mitgliederstärke auch künftig Berücksichtigung im Parteivorstand erfahren sollte, möchte ich den jetzigen Abwärtstrend gemeinsam mit Euch aufhalten.

Auf übergeordneter Ebene durfte ich die Europäische Bürgerinitiative »Right2Cure« mitgründen. Dies wird nicht ohne Streit und die Klärung ob der Frage des Verhältnisses zwischen Parteiführung und Fraktion gelingen können. Ich möchte zur Klärung dieser und anderer Fragen streitbar, aber solidarisch einen Beitrag leisten und freue mich über Eure Unterstützung.

Meine vollständigen Angaben zur Vita, beruflichem und Parteiwirken könnt Ihr auf meiner Webseite unter: www.sascha-h-wagner.de nachlesen, wo ich auch verschiedene Beiträge veröffentlicht habe.

Mit solidarischen Grüßen

Sascha H. Wagner

Marius Wallstein

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Sachsen



Liebe Genoss*innen,

2019 bin ich in unsere Partei DIE LINKE eingetreten. In Thüringen auf dem Dorf aufgewachsen und politisch sozialisiert hat es mich zum Studium nach Leipzig verschlagen, weshalb ich politisch seither sowohl in Sachsen als auch in Thüringen aktiv bin.

Als LINKE haben wir es sowohl in Thüringen als auch in Leipzig geschafft die Menschen anzusprechen und mitzunehmen. Wir haben die verschiedensten Gruppen ins Gespräch gebracht, im Kampf für ein gemeinsames Ziel: eine sozial gerechtere Gemeinschaft.

Daran anschließend müssen die Strukturen unserer Partei überarbeitet und aktualisiert werden. Als feministische Partei darf es keinen Platz für Sexismus, Rassismus und Queerfeindlichkeit geben und ich werde mich dafür einsetzen, dass Strukturen wie eine Ombudsstelle geschaffen werden, die dies sicherstellen. Ich setze mich aber auch dafür ein, dass eine Grundsatzkommission gebildet wird, die nach dem Parteitag aktiv wird und durchdekliniert, was links sein in unserer Partei bedeutet. Dieser Wertekompass soll gemeinsam mit den Mitgliedern erstellt werden und uns als Leitlinie unseres Handelns dienen. Dabei liegt mir eins besonders am Herzen: Diversität und Umverteilung schließen sich nicht aus, sondern sind untrennbar miteinander verbunden.

Gerade diese Bestrebungen des Verbindens von Kämpfen möchte ich nach vorne stellen. Es ist dabei nicht nur die Überwindung des Stadt-Land-Gefälles, was mir am Herzen liegt, sondern auch der Austausch zwischen den Generationen. Wir sehen in unserer Partei immer häufiger, dass Junge und Ältere nicht mehr miteinander sprechen, worunter unsere Parteikultur stark leidet. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass Formate gefunden werden, in denen wir Genossinnen und Genossen frei in den Austausch miteinander kommen können, egal, ob jung, ob alt, ob vom Dorf oder aus der Metropole. Nur, mit einem guten Parteileben an der Basis, können wir nach außen seriös auftreten.

Die Zeit des Laberns ist vorbei. Jetzt wird angepackt. Gemeinsam.

Daphne Weber

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Niedersachsen



- seit 2021 PV-Mitglied
- seit 2021 Sprecherin Landesrat LINKE Frauen Niedersachsen
- 2019–2021 Landesvorstand DIE LINKE NDS
- 2017–2019 Bundesvorstand SDS
- aktiv in antimilitaristischen & feministischen Initiativen
- Mitglied ver.di, GEW

Liebe Genoss*innen,

wir stehen vor riesigen Herausforderungen und ich habe enorm Respekt vor den Aufgaben, die den Parteivorstand erwarten. Millionen Menschen und ihre Interessen sind in diesem Land nur durch DIE LINKE repräsentiert und unsere Partei steht am Abgrund! All diesen Menschen sind wir Politikfähigkeit schuldig, all jenen, die nicht auf dem dicken Geldbeutel sitzen, die sich nach Gerechtigkeit und Frieden sehnen. Sinkende Wahlbeteiligungen deuten an, dass viele Menschen die etablierte Politik gänzlich abgeschrieben haben. Das wollen wir ändern.

Dazu müssen wir die tiefen strukturellen Krisen unserer Partei überwinden, indem wir den Parteaufbau priorisieren, Wissen weitergeben und den Dialog der Generationen fördern. Wir brauchen eine gemeinsame Sprache, die sowohl unsere Identität als Sozialist*innen widerspiegelt, als auch die Köpfe und Herzen der Menschen erreicht. Wir wollen Selbstbewusstsein entwickeln, unsere Ideen offensiv zu vertreten. Ja, wir haben gute Antworten auf die Krisen unserer Zeit und wir werden gebraucht! Dabei kommt es auf jede*n einzelne*n und unsere gemeinsame Vision an.

Mein Arbeitsschwerpunkt im Vorstand wird weiterhin der Kampf für Abrüstung, gegen Rüstungskonzerne und ihre Profite sein.

Eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen ist außerdem, dass die ökologische Transformation der Wirtschaft wirksam und sozial gerecht wird. Wir stellen Beschäftigte und Erwerbslose ins Zentrum und fordern ein Klimajobprogramm. Schlagkräftig werden wir in dieser zentralen Auseinandersetzung der nächsten Jahre nur, wenn wir breite Bündnisse mit Gewerkschaften und Klimabewegung eingehen, für gutes Leben und Solidarität. Daran möchte ich mitwirken.

Über euer Vertrauen würde ich mich sehr freuen.

Solidarische Grüße

Eure *Daphne*

Michael Weinreich

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Niedersachsen



... der Zukunft zugewandt

Die Themen der nahen Zukunft werden linke Themen sein! Und die linken Antworten und Lösungen müssen Empathie, Zuwendung, ein Streben nach Gerechtigkeit und nach wirksamer Teilhabe enthalten. Die LINKEN müssen trotzig und zuversichtlich die alternative Systemfrage stellen, sind somit ein Gegenpol zu rückwärtsgewandten Erscheinungen, wie die Angst für Deutschland. Es wird um das Thema Sicherheit gehen!

Vor sozialem Absturz, Armut, Ausgrenzung, Diskriminierung (Geschlecht, sexuelle Orientierung, Hautfarbe), Nazis, Kriminalität, digitalem oder persönlichem Mobbing, insbesondere auch bei Helfer:in oder (Kommunal-)Politiker:in, vor Bildungsausschluss im Erbschaftsland Deutschland, vor schlechtem Klima, vor Krieg. Es wird um das Thema Heimat gehen! Bin ich willkommen? Kann ich im Kiez wohnen bleiben? Kann ich mich beim Hausarzt oder im nahen Krankenhaus gut begleitet fühlen? Auch wenn ich kein Privatpatient bin? Kann ich Heimat finden, wenn ich als junger Mensch mich einsam fühle, weil die digitale Erlebniswelt mir keine Beziehungsnähe bietet; wenn ich als alter Mensch erlebe, dass mir Partner:in, Freund:in, Nachbar:in wegsterben? Gibt es eine »empathische Heimat«, die mir Verstehen, Akzeptanz, Resonanz gibt; wo Verständnis durch Rollentausch und Perspektivwechsel befördert oder erlernt wird? Es wird um Freiheit gehen!

Wer definiert die Freiheit des Wortes? Reiche Verlegerfamilien? Geldmacht der Medienkonzerne? Parteien? Bedeutet Freiheit auch gesichert und geschützt zu sein? Sozial. Finanziell. Die Zukunft! Der Grund einzutreten!

Dass ich gerade neues Mitglied bin, bedeutet auch, dass ich mich keiner Strömung, Orientierung, Fraktionierung zugehörig fühle. Ich bin an einem gemeinsamen Weg interessiert, möglicherweise mit einem Projekt Linke 2.0.

Ein wichtiges menschliches Organ ist nicht in der Mitte verortet, aber von zentraler Bedeutung! Auf die Zukunft!

Jan Werner

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Baden-Württemberg



Liebe Genoss*innen,

unsere Partei steht vor einem Scheideweg. Die Entscheidung liegt bei uns: Entweder verschwinden wir in der Bedeutungslosigkeit oder beweisen uns als das, was wir sein müssen: eine sozialistische Partei des 21. Jahrhunderts, die ehrlich zu sich selbst ist. Wer von Gerechtigkeit, Solidarität und Transparenz spricht, muss diese auch leben. #LINKEmetoo, Machstrukturen alteingesessener Funktionäre und toxische Debatten zeigen, dass wir einiges verändern müssen, um diesem Anspruch gerecht zu werden. Unsere Partei ist kein Selbstzweck - wer sie aufgrund von sozialer und finanzieller Abhängigkeit dafür missbraucht, fällt nicht nur der Basis in den Rücken, sondern auch den Menschen, die auf sozial gerechte Politik angewiesen sind.

Wir brauchen eine neue LINKE, die sich nicht nur Veränderung wünscht, sondern diese auch intern umsetzt. Basismitglieder müssen personelle Besetzungen innerhalb der Partei und Fraktionen transparent verfolgen können und mit mehr Basisdemokratie ebenfalls beteiligt werden. Auch die Abberufung aus Schlüsselpositionen muss möglich gemacht werden, um Stillstand in Strukturen zu vermeiden. Außerdem brauchen wir eine echte Programmdebatte. Ein Programm von 2011 kann nicht auf ewig alle Fragen der Zukunft beantworten. Das Ganze muss mit einem optischen und kommunikativen Neuanstrich verbunden werden.

Das oben genannte ist nur wenig von vielem, das wir zeitnah umsetzen müssen, damit DIE LINKE politisch relevant bleibt. Aber wer meckert, muss auch selbst mit anpacken. Deswegen bitte ich um eure Unterstützung.

Ich bin 20 Jahre alt, habe einen russlanddeutschen Migrationshintergrund – bin Student, aber kenne auch Werkshallen seit Jahren von innen. Im letzten Jahr habe ich zwei Wahlkämpfe im württembergischen Allgäu geleitet. Außerdem engagiere ich mich in diversen Arbeitsgruppen des LV Baden-Württemberg, bin stellvertretendes Mitglied im Bundesausschuss und bei der DGB-Jugend sowie in der Konstanzer Hochschulpolitik aktiv.

Änderungs- anträge

Hinweis zur vollständigen Übersicht von Antragsteller*innen

Um Papier- und Druckkosten auf ein Minimum zu reduzieren und eine formal einheitliche Angabe der Antragsteller*innen, die sich an § 17 (6) der Bundessatzung orientiert, zu haben, werden bei Anträgen mit weiteren Antragssteller*innen diese nicht im Antragsheft aufgeführt. Um diese Informationen dennoch zugänglich zu machen, sind die vollständigen Anträge mit allen weiteren Antragssteller*innen sowohl in OpenSlides als auch auf unserer Webseite unter: <https://www.die-linke.de/parteitag2022> einzeln einsehbar.

Antrag R01.017.1: Änderungsantrag zu R01

Änderungsantrag zu R01

Antragsteller*in: OV Seehausen (LV Sachsen-Anhalt)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 17

17 5. Beschlussfassung zu den Leitanträgen ~~des Parteivorstandes~~

Begründung

Es wurden zwei Monate vor dem Parteitag, entsprechend der Frist zur Einreichung grundsätzlicher Anträge, insgesamt fünf Leitanträge eingereicht, davon drei vom Parteivorstand, ein vierter von einem Orts- und ein fünfter von einem Kreisverband. Die Behandlung aller fünf Leitanträge im selben Tagesordnungspunkt entspricht den Grundsätzen innerparteilicher Demokratie. Die Leitanträge, die nicht vom Parteivorstand formuliert wurden, in den Tagesordnungspunkt 8 zu weiteren Anträgen zu verschieben, wie es sich aus der vorläufigen Tagesordnung ergibt, kann eine Nichtbehandlung zur Folge haben, da dieser TOP laut Zeitplan erst gegen Ende des Parteitages aufgerufen wird. Es ist auch formal nicht korrekt, denn im TOP 8 reihen sich diese Leitanträge ein in Anträge, die unter anderen Bedingungen, fehlende Grundsätzlichkeit und kürzere Einreichungsfrist, zur Befassung kommen.

Antrag R01.017.2: Änderungsantrag zu R01

Änderungsantrag zu R01

Antragsteller*in: KV Potsdam-Mittelmark

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 17

17 5. Beschlussfassung ~~zu den Leitanträgen~~ zum Leitantrag der Delegierten des Parteivorstandes ~~8.~~ Parteitages

Zeile 20

20 8. ~~Beratung und Entscheidung weiterer Anträge an~~ Beschlussfassung zur Festsetzung des Termins ~~für die~~ 1.-2. Tagung des 8. Parteitages

Begründung

DIE LINKE. befindet sich in ihrer schwersten Krise seit ihrer Gründung. Die aktuellen Wahlergebnisse und Wahlprognosen sind in Anbetracht des prognostizierten Wählerpotentials desaströs. Ohne grundlegende innerparteiliche Neuausrichtung, sowohl in Struktur als auch Programmatik, droht der zukünftige Ausschluss der Vertretung im Bundestag sowie in weiteren Landesparlamenten. Auch der Einfluss in kommunalen Parlamenten und Kreistagen schwindet und reduziert unsere Möglichkeiten für die Bürger:innen aktiv zu werden und in der politischen Öffentlichkeit erkennbar zu bleiben. Nur in einer großen, gemeinsamen Kraftanstrengung ist dieser verhängnisvolle Trend aufzuhalten. Der bisherige Vorschlag des Bundesvorstandes, den Parteitag „wie gehabt, in bewährter Form“ durchzuführen, wird der immensen Gefahr, in der sich unsere Partei befindet, nicht gerecht.

Deshalb sollen die Inhalte der bisher in einer Tagung vorgeschlagenen Arbeitsschwerpunkte auf zwei getrennte Tagungen aufgeteilt werden. Dabei hat die erste Tagung ausschließlich die Frage der zukünftigen Struktur der Partei, d.h. die Zusammensetzung des Bundesvorstandes, aller weiteren Gremien, sowie der Organisation von Bundesarbeitsgruppen zum Thema. Diese Tagung ist auch den Wahlen des Parteivorstandes vorbehalten.

In einer max. achtstündigen Generaldebatte wird allen Delegierten ausreichend Zeit gegeben, über die zukünftige Struktur der Partei und die Zusammensetzung des Bundesvorstandes und weiterer Gremien zu diskutieren. Danach soll eine Leitlinie der Delegierten, als erste Orientierung für die Öffentlichkeit verabschiedet werden. Sie kann nicht die Leitlinie des Bundesvorstandes sein, da dieser erst danach neu gewählt wird, sondern nur ein Vorschlag des bisherigen Bundesvorstandes.

Bundespolitische Anträge und die Diskussion über die zukünftige politische Leitlinie der Partei bleibt einer zweiten Tagung, die zeitnah im Herbst durchgeführt werden sollte, vorbehalten. Um keine Zeit zu verlieren soll die 2. Tagung des 8. Parteitages noch in diesem Jahr stattfinden. Bis dahin hat die Basis der Partei ausreichend Zeit, sich inhaltlich an der beschlossenen Neuausrichtung zu beteiligen und ihre Kritik und Vorschläge für eine grundsätzliche Verbesserung der Wahrnehmung der LINKEN in der Bundesrepublik Deutschland einzubringen.

Antrag R01.018.1: Änderungsantrag zu R01

Änderungsantrag zu R01

Antragsteller*in: OV Seehausen (LV Sachsen-Anhalt)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 18

18 6. ~~Beschlussfassung zu Satzungsanträgen~~

Begründung

Der Tagesordnungspunkt „Satzungsänderungen“ wird ersatzlos gestrichen. Einzige Ausnahme bilden Anträge, die im Zusammenhang mit der Debatte „Kampf gegen patriarchale Machtstrukturen, Gewalt und Sexismus“ vorliegen oder gestellt werden.

Der nach dem vorläufigen Zeitplan vorgesehene Umfang für Satzungsänderungen wird zur Erweiterung der Generaldebatte verwendet.

Der diesjährige Parteitag konzentriert sich auf die Fragen der inhaltlichen und personellen Erneuerung und die diesbezüglichen Debatten. Die im vorläufigen Zeitplan vorgesehene, nur zweistündige Generaldebatte ist dafür unzureichend.

Da sich vor allem erst bei der Umsetzung der inhaltlichen Erneuerung in der Praxis zeigen wird, welche innerparteilichen Strukturen dabei hilfreich oder hemmend sind, können die aus diesem Prozess resultierenden Satzungsänderungsanträge von der Antragskommission gesammelt, der Parteiöffentlichkeit zur Verfügung gestellt und beim nächsten Parteitag zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Daraus ergeben sich folgende Änderungen für den Zeitplan:

Freitag, 24.6. 15.45 Uhr Fortsetzung der Generaldebatte

Sonntag, 26.6. 9 Uhr Fortsetzung der Beschlussfassung zu den Leitanträgen des Parteivorstandes, dazwischen Gastrede

Die Beschlussfassung über Anträge zu „Kampf gegen patriarchale Machtstrukturen, Gewalt und Sexismus“ erfolgt nach Ende der diesbezüglichen Debatte, nachfolgende Abläufe verschieben sich nach hinten.

Antrag R01.021.1: Änderungsantrag zu R01

Änderungsantrag zu R01

Antragsteller*in:

KV Karlsruhe, LV Baden-Württemberg, Kreisvorstand
Pforzheim / Enzkreis, weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 21

21 9. Wahlen des Parteivorstandes

9.1 Nominierung der Fraktionsvorsitzenden der Bundestagsfraktion durch den Bundesparteitag

Begründung

Entsprechend dem Änderungsantrag zu P08 sollen schon auf dieser Tagung des Bundesparteitags neue Fraktionsvorsitzenden nominiert werden. Zu einer grundlegenden Erneuerung der Strukturen unserer Partei gehört auch die Neubesetzung der Fraktionsspitze der Bundestagsfraktion durch den Bundesparteitag. Die Bundestagsfraktion und ihre Fraktionsspitze haben durch ihr Auftreten das öffentliche Bild der Partei mit entscheidend negativ geprägt und haben damit einen maßgeblichen Anteil an der Krise der Partei zu verantworten.

Antrag R02.008.1: Änderungsantrag zu R02

Änderungsantrag zu R02

Antragsteller*in:

OV Seehausen (LV Sachsen-Anhalt)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 8 - 9

8 15.45 Uhr TOP ~~5 Beschlussfassung zu den Leitanträgen des Parteivorstandes~~

9 ~~dazwischen Gastrede~~ 4 Fortsetzung der Generaldebatte

Zeile 27

27 9.00 Uhr TOP ~~6~~ 5 Fortsetzung der Beschlussfassung zu ~~Satzungsanträgen~~ den Leitanträgen des Parteivorstandes, dazwischen Gastrede

Begründung

Der Tagesordnungspunkt „Satzungsänderungen“ wird ersatzlos gestrichen. Einzige Ausnahme bilden Anträge, die im Zusammenhang mit der Debatte „Kampf gegen patriarchale Machtstrukturen, Gewalt und Sexismus“ vorliegen oder gestellt werden. Der nach dem vorläufigen Zeitplan vorgesehene Umfang für Satzungsänderungen wird zur Erweiterung der Generaldebatte verwendet.

Die Beschlussfassung über Anträge zu „Kampf gegen patriarchale Machtstrukturen, Gewalt und Sexismus“ erfolgt nach Ende der diesbezüglichen Debatte, nachfolgende Abläufe verschieben sich nach hinten.

Der diesjährige Parteitag konzentriert sich auf die Fragen der inhaltlichen und personellen Erneuerung und die diesbezüglichen Debatten. Die im vorläufigen Zeitplan vorgesehene, nur zweistündige

Generaldebatte ist dafür unzureichend. Da sich vor allem erst bei der Umsetzung der inhaltlichen Erneuerung in der Praxis zeigen wird, welche innerparteilichen Strukturen dabei hilfreich oder hemmend sind, können die aus diesem Prozess resultierenden Satzungsänderungsanträge von der Antragskommission gesammelt, der Parteiöffentlichkeit zur Verfügung gestellt und beim nächsten Parteitag zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Antrag R02.008.2: Änderungsantrag zu R02

Änderungsantrag zu R02

Antragsteller*in: KV Potsdam-Mittelmark

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 8 - 9

- 8 15.45 Uhr TOP ~~5 Beschlussfassung zu den Leitanträgen des Parteivorstandes~~
9 ~~dazwischen~~ 4 Weiterführung der Generaldebatte
10 17.30 Uhr Gastrede

Zeile 19

- 19 9.25 Uhr TOP 5 Beschlussfassung ~~zu den Leitanträgen~~ zum Leitantrag der Delegierten des Parteivorstandes 8. Parteitages

Zeile 21

- 21 13.15 Uhr TOP ~~9 Wahlen~~ 6 Beschlussfassung zu Satzungsanträgen

Zeile 22

- 22 ~~18.45~~ 15.00 Uhr Pause

Zeile 23

- 23 ~~18.30~~ 15 Uhr ~~Fortsetzung~~ TOP 9 Wahlen

Zeile 24

- 24 ~~21.30 Uhr~~ ~~TOP 8 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge~~

Zeile 27

- 27 9.00 Uhr Fortsetzung TOP ~~6 Beschlussfassung zu Satzungsanträgen~~ 9 Wahlen

Zeile 31

- ~~31 14.00 Uhr Fortsetzung TOP 8 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge~~

Begründung

Die vorgeschlagenen Änderungen in den Zeilen 8 und 19 ergeben sich logischerweise bei einer Annahme des Antrages [R01.017.2](#).

Die vorgeschlagenen Änderungen in den Zeilen 21, 22, 23, 24, und 27 sind zwingend notwendig, wenn Änderungen an der Zusammensetzung des Bundesvorstandes beantragt werden. Sonst würde eine Annahme diesbezüglicher Anträge keine Wirkung entfalten, da die Wahlen (wie bisher vorgesehen) schon vorher stattgefunden hätten. Außerdem findet sich schon im bisher vorgeschlagenen RO 1 eine Umkehrung von Wahlen und Satzungsänderungen.

Die vorgeschlagene Änderung in der Zeile 31 ergibt sich logischerweise bei einer Annahme des Antrages [R01.017.2](#).

Antrag R02.010.1: Änderungsantrag zu R02

Änderungsantrag zu R02

Antragsteller*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 10

10 18.00 Uhr ~~Fortsetzung TOP 4 Generaldebatte mit dem Schwerpunkt~~ Frauenplenum (FLINTA*-Plenum)

Zeile 11

11 ~~„Kampf gegen patriarchale Machtstrukturen, Gewalt und Sexismus“~~ 19.00 Uhr Fortsetzung TOP 4 Generaldebatte mit dem Schwerpunkt

Zeile 12

12 ~~19.00 Uhr Frauenplenum~~ „Kampf gegen patriarchale Machtstrukturen, Gewalt und Sexismus

Antrag R02.020.1: Änderungsantrag zu R02

Änderungsantrag zu R02

Antragsteller*in: LV Rheinland-Pfalz

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 20

20 ~~12.3500~~ Uhr ~~Pause~~ TOP 6 Beschlussfassung zu Satzungsanträgen zu Wahl und Zusammensetzung des Parteivorstandes

Zeile 21

21 ~~13.1500~~ Uhr ~~TOP 9 Wahlen~~ Pause

Zeile 22

22 ~~183.1530~~ Uhr ~~Pause~~ TOP 9 Wahlen

Zeile 23

23 18.30 Uhr ~~Fortsetzung TOP 9 Wahlen~~ Pause

Zeile 24

24 ~~21:30~~ 18:45 Uhr Fortsetzung TOP 9 Wahlen

25 21:45 Uhr TOP 8 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge

Begründung

Wir beantragen die Änderung des Zeitplans, um alle satzungsändernden Anträge, welche die Zusammensetzung und Wahl des Parteivorstandes betreffen, auch vor der Durchführung der Wahlen auf diesem Parteitag beraten und beschließen zu können.

Die Partei muss aus diesem Bundesparteitag mit einem Signal des Neustarts herausgehen. Dies trifft sowohl auf inhaltliche Aspekte, als auch auf strukturelle Fragen zu. Solch ein Signal kann nicht gelingen, wenn alle Anträge zur Veränderung der Zusammensetzung und Wahl des Parteivorstandes erst nach den Wahlen auf diesem Parteitag in Kraft treten und somit die Strukturreform erneut defacto zum zwei Jahre verschoben wird.

Wenn wir Reformen und Strukturveränderungen stets nur „ankündigen“ – diese aber nicht vollzogen werden, machen wir uns auch auf diesem Feld unglaubwürdig.

Auch wenn die satzungsändernden Anträge nicht angenommen werden sollten, sehen wir es als wichtiges Signal an, dass diese zumindest VOR der Wahl des Parteivorstandes behandelt werden und nicht durch einen „Trick“ in der Struktur der Zeitplanung der TOP 6 dann doch nach dem TOP 9 behandelt wird.

Antrag R03.025. 1: Änderungsantrag zu R03

Änderungsantrag zu R03

Antragsteller*in:

BV Hamburg-Mitte, Gunhild Berdal (Hamburg), Kristian Glaser (Hamburg), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 25

25 Gästen des Parteitages kann das Wort durch die Tagungsleitung erteilt werden ~~-,~~ im Zweifel entscheidet der Parteitag.

26 Entsprechende Anträge sind an das Tagungspräsidium zu richten.

Begründung

Letztlich entscheidet der Parteitag, ob er einen Gast hört oder nicht.

Antrag R03.030. 1: Änderungsantrag zu R03

Änderungsantrag zu R03

Antragsteller*in:

BV Hamburg-Mitte, Gunhild Berdal (Hamburg), Kristian Glaser (Hamburg), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 30

- 30 Stimmenthaltungen bleiben dabei unberücksichtigt, werden aber ausgezählt. Stimmengleichheit gilt als
31 Ablehnung.

Begründung

Eine Enthaltung ist eine gleichberechtigt zu behandelnde politische Willensbekundung.

Antrag R03.145.1: Änderungsantrag zu R03

Änderungsantrag zu R03

Antragsteller*in:	BV Hamburg-Mitte, Gunhild Berdal (Hamburg), Kristian Glaser (Hamburg), weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 145 - 149

- 145 c) ~~Antragsteller:innen~~Antragsteller*innen haben bei Befassung ihrer Anträge im Plenum das
Recht, ihre
146 Anträge vor dem Plenum einzubringen und zu begründen. ~~Wird~~Dies gilt auch, wenn eine Tagung
des Parteitags
147 als ~~e~~Online-Parteitag durchgeführt, ~~kann der Parteitag (auf Vorschlag der~~
148 ~~Antragskommission) beschließen, dass die Einbringung und Begründung von Anträgen~~
149 ~~durch schriftliche Veröffentlichung an die Mitglieder des Bundesparteitags erfolgt~~ wird.

Begründung

Parteitage sind – ob in Präsenz oder online – politisch lebendig und keine virtuellen Spiele. Antragsteller*innen müssen unter Bezugnahme auf den Parteitag argumentieren können, Delegierte müssen diese Argumente hören und sich auf sie beziehen können, um qualifiziert entscheiden zu können. Antragsteller*innen bleibt es unbenommen, ihre Anträge nicht zu begründen.

Antrag R04.025.1: Änderungsantrag zu R04

Änderungsantrag zu R04

Antragsteller*in:	Parteivorstand
--------------------------	----------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 25 - 50

- 1 Der Parteivorstand schlägt der 1. Tagung des 8. Parteitags folgende Gremienbesetzung
2 vor.
- 3 **Tagungspräsidium**
4 Katina Schubert, Berlin
5 Stefan Hartmann, Sachsen
6 Susanne Schaper, Sachsen
7 Stefan Glander, Rheinland-Pfalz

- 8 Nina Eumann, NRW
9 Christian Schaft, Thüringen
10 Birke Bull-Bischoff, Sachsen-Anhalt
11 Amid Rabieh, NRW
12 Kathrin Flach Gomez, Bayern
13 Elwis Capece, Bawü
14 Ulrike Grosse-Röthig, Thüringen
15 Benjamin Immanuel Hoff, fds
16 Katharina Slanina (Brandenburg)
17 Jan Schalauske, Hessen
18 Melanie Wery-Sims, RLP (für nächste Tagung)
19 Michael Erhardt, Hessen
20 Jenny Luca Renner, BAG.queer
21 Didem Aydurmus, Ökologische Plattform
22 Barbara Borchardt, BAG B&G
23 Sofia Leonidakis, Bewegungslinke
24 Doris Achelwilm, Bremen
25 Pascal Meiser, Berlin
26
27 [Jörg Schindler, Parteivorstand](#)
[Keyvan Taheri, Hamburg](#)
[Regina Preysing, SL](#)

Antragskommission

- 28 Charlotte Roffalski, Sachsen
29 Peter Brill (MV)
30 Marika Tändler-Walenta, Sachsen
31 Sebastian Koch, Berlin
32 Cornelia Swillus-Knöchel, NRW
33 Tim Detzner, Sachsen
34 Carola Kunde, Sachsen-Anhalt
35 Marc Mulia
36 Sabine Berninger, Thüringen
37 Jean-Paul Marienfeld, MV
38 Karin Binder, Bawü
39 Christopher Neumann, Brandenburg
40 Franziska Liebich, Bewegungslinke
41 Thomas Hecker, KPF
42 Jakob Migenda, Hessen
43
44 [Giesela Brandes-Steggewentz, SL](#)
[Stefan Hölzl, Bayern](#)
[Luisa Mayer \(Linksjugend \['solid\]\)](#)
[Manuel Lautenbacher, RLP](#)
[Charlie Birner \(Linksjugend \['solid\]\)](#)

Wahlkommission

- 45 Jessica Pohl, Sachsen
46 Christoph Kröpl, Berlin
47 Isabell Fuhrmann, BaWü
48 Frank Puskarev, Sachsen
49 Patricia Usée, Brandenburg

50 Lukas Eitel, Bayern
51 Kersten Steinke, Thüringen

52 [Malte Lier, Bremen](#)
[Katrin Werner, Rheinland-Pfalz](#)
[Rainer Benecke, fds](#)
[Martin Wittmaack, Hamburg](#)

Mandatsprüfungskommission

51 Annetta Juckel, Berlin
52 Hermann Ruttman, Bayern
53 Heike Kretschmer, NRW
54 Valentin Schötz, Bayern
55 Rita-Sybille Heinrich, Brandenburg
56 Bernhard Strasdeit, Bawü

Antrag G02.001.1: Änderungsantrag zu G02

Änderungsantrag zu G02

Antragsteller*in:

Partei Vorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1 - 2

- 1 1. Der Parteivorstand wird beauftragt, ~~in Zusammenhang mit der Friedenskooperative-~~
- 2 ~~und der Friedens- und Zukunftswerkstatt~~ einen Konvent zu ~~veranstalten~~ initiieren und zu
- 3 unterstützen, um einen
- 4 steten Austausch mit sozialen, friedensbewegten und ökologischen Bewegungen zu etablieren

Begründung

Die Friedens- und Zukunftswerkstatt und die Friedenskooperative sind nur zwei von möglichen Initiativen, die an einem solchen Konvent beteiligt werden können. Die Friedensbewegung in Deutschland wirkt überaltert und ist sich auch in der Frage des Ukraine-Krieges in einigen Punkten uneins. Um eine Erneuerung der Bewegung zu fördern, sollte man sich von Beginn an breiter aufstellen. Wenn das Ziel ist, soziale Bewegung, Friedens- und ökologische Bewegung zu verbinden, müssen deutlich mehr als die benannten Akteure eingebunden werden.

Erfahrungsgemäß ist bei Konferenzen, die von der Partei veranstaltet werden, das Risiko, dass man "unter sich" bleibt, relativ groß. Wirklich breiten Austausch zwischen verschiedenen Bewegungen und Partei und Bewegungen erreicht man eher, wenn auch die Vorbereitung für einen Konvent von Beginn an auf breite Füße gestellt wird. Dazu müsste aber vorher geklärt werden, welche Rolle die Partei dann in der Vorbereitung spielen kann und sollte und ob ein solcher Konvent nicht sinnvollerweise eher von der RLS vorbereitet werden könnte.

Der Parteivorstand wird beauftragt, einen Aktionstag für eine bundesweit mobilisierende Demonstration vor dem Bundestag in Berlin vorzubereiten und aufzurufen. Der Parteivorstand erklärt sich bereit, die Durchführung der Demonstration finanziell, mobilitätstechnisch und personell zu unterstützen.

Hier empfiehlt sich, gemeinsam mit dem Bereich Kampagnen abzustimmen, ob eine bundesweite Demo durchführbar ist, und ob es ggf. Sinn macht, diesen Vorschlag um weitere Kampagnenmerkmale zu ergänzen

Antrag G03.019.1: Änderungsantrag zu G03

Änderungsantrag zu G03

Antragsteller*in:

Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 19

- 18 • Folgewirkungen des Lockdowns auf den Zusammenhalt der Gesellschaft mit ihren
- 19 grundgesetzlich verankerten Werten sind festzustellen
 - Die Auswirkung des Klimawandels und der Umweltzerstörung auf Gesundheit und das

Gesundheitswesen, die Aufklärung über ihr gesundheitliches Gefährdungspotenzial und Gegenentwürfe

Begründung

Die Entwicklung und Verbreitung von Krankheitserregern ist nicht losgelöst von der Klimakatastrophe und der Zerstörung von Biodiversität und Lebensräumen zu betrachten. Die Veränderung von Klimazonen bringt Krankheitserreger an Orte, wo sie bisher nicht präsent waren. Die Zerstörung von Lebensräumen zwingt Erreger zur Anpassung und erleichtert die Kontakte zwischen verschiedenen Spezies, so dass Erreger sich auch Menschen als neue Wirte suchen.

Auch Hitzeereignisse sind tödlich und belasten vulnerable Gruppen. Vorbelastete Menschen werden durch die steigende Hitze in ihrer Mobilität behindert und sterben vorzeitig. Gerade im globalen Süden drohen höhere Sterblichkeiten durch Hitze und Lebensräume werden zunehmend unbewohnbar. Auch in Europa ist mit schweren Auswirkungen zu rechnen. Das Agrarsystem zerstört systematisch die medizinische Wirksamkeit von Antibiotika durch Mißbrauch von Medikamenten zur Ertragssteigerung etc. Eine vorsorgende Gesundheitsvorsorge, muss die umwelt- und klimapolitischen Entwicklungen aktiv einbeziehen - linke Politik muss diese aufzeigen und skandalisieren. Konzepte, wie auf diese Auswirkungen des Anthropozäns reagiert werden kann, sind dringend auf die Tagesordnung zu nehmen und auch präventiv zu beantworten.

Antrag G04.027.1: Änderungsantrag zu G04

Änderungsantrag zu G04

Antragsteller*in:

Sozialistische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 27 - 34

26 4. DIE LINKE wird sich in den Landesregierungen, an denen sie beteiligt ist, für ein
27 Nein im Bundesrat zu der vorgesehenen Grundgesetzänderung einsetzen. ~~Eine Enthaltung~~
28 ~~in dieser Frage reicht nicht aus. In der Frage von Krieg und Frieden hat DIE LINKE~~
29 ~~eine eindeutige Haltung, da gibt es nichts zu enthalten.~~
30 ~~An einer Regierung, die der Grundgesetzänderung nicht widersprochen hat, wird sich~~
31 ~~DIE LINKE nicht länger beteiligen. DIE LINKE wird solche Koalitionen in diesem Fall~~
32 ~~aufkündigen. An Verhandlungen zu künftigen Regierungen wird sich DIE LINKE nur~~
33 ~~beteiligen, wenn diese Sondierungen die Rücknahme der Grundgesetzänderung und des~~
34 ~~damit verbundenen Aufrüstungsprogramms als vorrangige Aufgabe verfolgen.~~

Begründung

In Landesregierungen geht es primär um Landespolitik, das sind keine Koalitionen für die Bundespolitik. Die übliche Regelung in Landeskoalitionen ist, dass im Bundesrat bei Uneinigkeit der Partner Enthaltung gestimmt wird. Bei einer Grundgesetz-Änderung und anderen Gesetzen, die eine Zustimmung des Bundesrates erfordern, wirkt eine Enthaltung wie ein Nein. Mehr kann nicht sinnvoll verlangt werden.

Antrag G04.034.1: Änderungsantrag zu G04

Änderungsantrag zu G04

Antragsteller*in:

Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 34

26 4. DIE LINKE wird sich in den Landesregierungen, an denen sie beteiligt ist, für ein
27 Nein im Bundesrat zu der vorgesehenen Grundgesetzänderung einsetzen. Eine Enthaltung
28 in dieser Frage reicht nicht aus. In der Frage von Krieg und Frieden hat DIE LINKE
29 eine eindeutige Haltung, da gibt es nichts zu enthalten.
30 An einer Regierung, die der Grundgesetzänderung nicht widersprochen hat, wird sich
31 DIE LINKE nicht länger beteiligen. DIE LINKE wird solche Koalitionen in diesem Fall
32 aufkündigen. An Verhandlungen zu künftigen Regierungen wird sich DIE LINKE nur
33 beteiligen, wenn diese Sondierungen die Rücknahme der Grundgesetzänderung und des
34 damit verbundenen Aufrüstungsprogramms als vorrangige Aufgabe verfolgen.

5. DIE LINKE erkennt hingegen an, dass wir uns mit der Klimakatastrophe und dem Artensterben tatsächlich in einer Zeitenwende befinden, die aber eine andere ist, als uns die Ampel-Regierung weiß machen möchte. Aufrüstung, Kriegsgerät und Eskalation sind keine Antwort auf die Menschheitskrisen und führen die Menschheit weiter in eine Richtung, die ihre Existenz gefährdet. Die Regierung betreibt Unsicherheitspolitik, der sich DIE LINKE entgegenstellt. Die Lösung dieser Gefahren ist nur durch Kooperation, Abrüstung, Deeskalation, ohne imperialistische Politik und in Frieden möglich.

Begründung

Schon ohne Krieg ist das Militär durch extremen Ressourcenverbrauch und die Zerstörung von Lebensräumen ein relevanter Faktor für den Klimawandel. Allein ein Panzer verbraucht mehr als 200 Liter Diesel auf 100 km, vor allem raubt Rüstung einer nachhaltigen Entwicklung alle notwendigen Ressourcen.

Alle verfügbaren Kräfte müssten seit Jahren auf dem sozialökologischen Wandel, liegen, um der Menschheit ein Überleben zu ermöglichen, stattdessen werden sie jetzt in tödliche Rüstung investiert.

Wir stellen uns der Uminterpretation einer "Zeitenwende" durch die Regierung entgegen.

Antrag G06.066.1: Änderungsantrag zu G06

Änderungsantrag zu G06

Antragsteller*in:

Hanna Wanke (Bayern · Nr. 230)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 66

64 Wir kämpfen für die Erfüllung des Potsdamer Abkommens der Siegermächte und Befreier
65 vom 2. August 1945 heute: Denazifizierung durch Verbot der NPD, Abschaffung des
66 Verfassungsschutzes und konsequente Aufklärung der Morde des NSU, in Halle und in Hanau!
67 Demilitarisierung durch konsequente Abrüstung, Rüstungsexporte stoppen und Diplomatie
68 befördern statt Aufrüstung und Völkerhass. Demonopolisierung für die demokratische
69 Kontrolle wirtschaftlicher Macht, wie überhaupt die Demokratisierung aller
70 gesellschaftlichen Bereiche zur solidarischen Teilhabe aller! Wir wirken insbesondere
71 für die (Wieder-)Herstellung aller Grundrechte und die Ausweitung auf den
72 Sozialbereich, inklusive der Wiederherstellung des Asylrechts.

Begründung

In einem Antrag, in dem es um die konsequente Aufarbeitung des deutschen Faschismus geht, sollte auch der antisemitische Terroranschlag von Halle im Jahr 2019 in der Liste der aufzuarbeitenden Morde vorzufinden sein.

Antrag G07.001.1: Änderungsantrag zu G07

Änderungsantrag zu G07

Antragsteller*in:

Partei Vorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1 - 10

- 1 DIE LINKE fordert, zuletzt in ihrem Bundestagswahlprogramm 2021, ~~dass die~~
2 die Entfernungspauschale für den Weg zum Arbeitsstätte durch ein Mobilitätsgeld ~~ersetzt~~
3 wird zu ersetzen. Diese soll ~~pro Entfernungskilometer allen Beschäftigten unabhängig von ihrem~~
4 Einkommen den gleichen Geldbetrag erstatten. Das Mobilitätsgeld soll wie die
5 Entfernungspauschale unabhängig davon sein, ob der Weg zu Fuß, per Fahrrad, Motorrad,
6 Auto oder ÖPNV zurückgelegt wird. Für Beschäftigte mit geringen Einkommen, die keine
7 oder so wenig Einkommensteuer zahlen, dass eine Verrechnung mit der Einkommensteuer
8 nicht möglich ist, soll das Mobilitätsgeld als Zuschuss ausgezahlt werden. Eine
9 Umstellung der bisherigen Entfernungspauschale entspräche einem Mobilitätsgeld von 13 zehn
10 Cent pro Entfernungskilometer, betragen und allen Beschäftigten unabhängig von ihrem
Einkommen den gleichen Geldbetrag erstatten. Das Mobilitätsgeld soll wie die
Entfernungspauschale unabhängig davon sein, ob der Weg zu Fuß, per Fahrrad, Motorrad, Auto
oder ÖPNV zurückgelegt wird. Für Beschäftigte mit geringen Einkommen, die keine oder so wenig
Einkommensteuer zahlen, dass eine Verrechnung mit der Einkommensteuer nicht möglich ist, soll
das Mobilitätsgeld als Zuschuss ausgezahlt werden.

Begründung

Die Forderung zum Mobilitätsgeld wurde innerhalb der Bundestagsfraktion entwickelt. Als Anpassung an die gestiegenen Energiekosten fordert die Bundestagsfraktion ein Mobilitätsgeld in Höhe von 10 Cent und nicht von 13 Cent. Ein Mobilitätsgeld von 13 Cent würde mehrere Milliarden zusätzliche Steuermittel binden.

Antrag P01.002.1: Änderungsantrag zu P01

Änderungsantrag zu P01

Antragsteller*in: LV Rheinland-Pfalz

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2

- 1 Der Parteitag beruft eine Kommission zur Reform der Partei- und
- 2 Entscheidungsstrukturen ein. Die Kommission erarbeitet bis zum Parteitag im ersten Halbjahr
- 3 2023 entscheidungsfähige Vorschläge. Dabei sollen u.a. geprüft werden:

Zeile 10

- 9 • Die Aufgabenbeschreibung und -teilung zwischen Parteivorstand und
- 10 Bundesausschuss ist entsprechend zu überarbeiten.
 - Der Diskussion über die Schaffung eines weiteren Gremiums zur Verständigung des Parteivorstandes und der Landesverbände/Landesvorstände (kleiner Parteitag) und dessen Einbindung in die dann vorhandenen Strukturen und Gremien.

Zeile 12

- 11 Die Kommission besteht aus dem/der Bundesgeschäftsführer*in sowie drei weiteren
- 12 Mitgliedern des Parteivorstandes, ~~vier Vertreter*innen~~ jeweils eine/n Vertreter*in aus Landesvorständen und zwei
- 13 Vertreter*innen der Zusammenschlüsse.

Begründung

Die Strukturen unserer Partei sind schwerfällig und ineffizient. Entscheidungen werden aufgeschoben oder es werden Kommissionen gebildet, welche entweder zu keinem Ergebnis kommen oder Ergebnisse nicht umgesetzt werden. Das sind wir mittlerweile gewohnt.

Aus unserer Sicht muss ALLES bei einer Diskussion über die Zukunft der Partei auf den Prüfstand und dies muss schnell unter Einbindung aller Landesverbände, wenn sie dies wollen, geschehen.

Nur um das klar zu stellen: Wir setzen uns für Veränderungen bereits auf diesem Bundesparteitag ein. Sollte jedoch die Mehrzahl der Delegierten sich gegen Satzungsänderungen auf diesem Parteitag aussprechen, sehen wir es als unerlässlich an, diese nochmals zeitnah zu diskutieren.

Antrag P01.004.1: Änderungsantrag zu P01

Änderungsantrag zu P01

Antragsteller*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 4

- 4 • Eine Verkleinerung des Parteivorstands und des Geschäftsführenden Parteivorstandes (sofern nicht auf dem Parteitag schon beschlossen);

Zeile 10

- 9 • Die Aufgabenbeschreibung und -teilung zwischen Parteivorstand und
10 Bundesausschuss ist entsprechend zu überarbeiten.
- weitere Anträge zur Struktur und zur Satzung, wie sie dem Erfurter Parteitag vorliegen oder z.B. zur weiteren Digitalisierung der Partei erforderlich sind.

Begründung

Die Größe des derzeitigen Parteivorstandes von 44 Mitgliedern ist das Produkt der Fusion von PDS und WASG, als es zwei Vorstände à 22 Mitglieder gab. Damit ist er einerseits so groß, dass Verantwortung innerhalb des Gremiums diffundiert und die Verbindlichkeit sinkt. Diskussions- und Entscheidungsprozesse von 44 Personen dauern naturgemäß sehr viel länger als bei einem kleineren Gremium. Der Parteivorstand muss viele operative Entscheidungen, dies wird durch die Größe des Gremiums erschwert.

Neben Parteivorstand und Bundesausschuss finden Beratungen des Geschäftsführenden Parteivorstands mit den Landesvorsitzenden statt. Zudem findet regelmäßig die Konferenz der Fraktionsvorsitzenden statt. Darüber hinaus gibt es eine Abstimmungsrunde der Regierungsländer. Diese erfüllt die wichtige Aufgabe der Koordinierung im Vorfeld von Bundesratssitzungen, eine Einbeziehung und Diskussion von Aktivitäten und Initiativen der LINKEN in Regierungen in unsere generelle Politik findet jedoch nur ungenügend und sporadisch statt.

All diese Abstimmungsrunden haben eine wichtige Funktion. Sie finden jedoch in der Satzung keine Entsprechung. Ziel einer Reform unserer Parteistruktur sollte die Bündelung von Entscheidungsstrukturen und damit eine Erhöhung unserer politischen Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit sein. In der Vergangenheit gab es mehrmals Bedarf nach einem Gremium mit hoher Legitimität, das zwischen den Parteitagen wichtige Grundlinien – jenseits des operativen Politikgeschäfts – diskutiert und entscheidet. Dem bisherigen Bundesausschuss kommt diese Funktion in der aktuellen Satzung nicht zu.

Dem Parteitag liegen weitere Anträge zur Satzung und zur Strukturreform vor, die vermutlich nicht alle auf dem Parteitag bearbeitet werden können, aber für einen kommenden Parteitag diskutiert und geprüft werden sollen.

Antrag P01.012.1: Änderungsantrag zu P01

Änderungsantrag zu P01

Antragsteller*in:	Ökologische Plattform
--------------------------	-----------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 12 - 13

- 11 Die Kommission besteht aus dem/der Bundesgeschäftsführer*in sowie drei weiteren
12 Mitgliedern des Parteivorstandes, ~~vier~~, Weiterhin aus zwei Vertreter*innen aus Landesvorständen-
~~und zwei~~, zwei Vertreter*innen aus Kreisvorständen, zwei Mitgliedern ohne Vorstandsposten und
zwei
13 Vertreter*innen der Zusammenschlüsse. Die Bestimmung der Personen bzw. der zur Entsendung
aufgeforderten Einheiten und ihrer Ersatzvertreter erfolgt per Los. Bei der Besetzung wird darauf
geachtet, dass 50% der Vertreter*innen keine Amts- oder Mandatsträger bzw. Angestellte der
Partei oder von Amts- und Mandatsträgern sind und dass die Geschlechterparität beachtet wird.

Begründung

Die Reform der Partei und Entscheidungsstrukturen ist ein Prozess, der nicht allein die höchsten Entscheidungsgremien, sondern alle Ebenen der Partei betrifft. Hier ist es sinnvoll von allen Ebenen Expertise abzufragen. Im Umweltbereich haben sich an vielen Stellen Bürgerräte bewährt, die Expertise auch bei Menschen abfragen, die sonst nicht gefragt werden. Daher schlagen wir vor, dass auch Vertreter der Basis per Los mit einbezogen werden. Die Vertreter, die nicht aus dem Parteivorstand kommen, sollten allesamt zufällig ausgelost werden, wobei es sich, mit Ausnahme der zwei Mitglieder, um eine Bestimmung der Gebietskörperschaften handelt, die dann im Vorstand (immer mit Bedacht und klug wie bei uns üblich) über den Vertreter entscheiden. Die Limitierung auf 50% soll dazu beitragen, dass die Sicht und Bedürfnisse von Mitgliedern ausserhalb des Apparats ebenso in die Strukturentwicklung einfließt, wie die derjenigen, die von der Politik leben.

Antrag P01.013.1: Änderungsantrag zu P01

Änderungsantrag zu P01

Antragsteller*in: Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 13

- 11 Die Kommission besteht aus dem/der Bundesgeschäftsführer*in sowie drei weiteren
- 12 Mitgliedern des Parteivorstandes, vier Vertreter*innen aus Landesvorständen und zwei
- 13 ~~Vertreter*innen der Zusammenschlüsse~~ Vertreter*innen der Zusammenschlüsse. Sie fragt die Ideen und Vorschläge des PV aller Landes-, Kreis und Ortsverbände, der Fraktionen sowie der Zusammenschlüsse zu Beginn des Prozesses ab.

Begründung

Die Partei wird auf den unterschiedlichen Ebenen aus guten Gründen unterschiedlich wahr genommen. Es macht Sinn die Kommission schlank zu halten, aber bei einer grundsätzlichen Strukturänderung sollten alle Ebenen die Möglichkeit haben, ihre Erfahrungen einfließen zu lassen, auch um zu verhindern, dass das Thema bereits beim nächsten BPT wieder aufgemacht werden muss. Es macht Sinn sich dies als Erinnerung mit ins den Berufungsbeschluss zu schreiben.

Antrag P01.013.2: Änderungsantrag zu P01

Änderungsantrag zu P01

Antragsteller*in: LV Thüringen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 13

- 11 Die Kommission besteht aus dem/der Bundesgeschäftsführer*in sowie drei weiteren
- 12 Mitgliedern des Parteivorstandes, vier Vertreter*innen aus Landesvorständen und zwei
- 13 Vertreter*innen der Zusammenschlüsse.
Begleitend zur Reform der Partei- und Entscheidungsstrukturen müssen organisationspolitische Fragen der Partei auf allen Ebenen in den Blick genommen werden. Deshalb wird weiterhin auf Bundesebene eine Arbeitsgruppe Parteientwicklung gegründet.
Diese gibt sich einen Arbeitsplan und berät regelmäßig, mindestens jedoch jährlich den

Bundesvorstand zu Fragen der Parteientwicklung und den vorgeschalteten strategischen Erwägungen. Die AG erarbeitet bis zum Bundesparteitag 2023 erste entscheidungsfähige Vorschläge zur Weiterentwicklung der Parteistrukturen sowie Mitgliederarbeit und -entwicklung im Sinne einer modernen, sozialistischen Mitglieder- und Mitmachpartei insbesondere auf Ebene der Basisorganisationen, Kreis- und Stadt sowie Landesverbände.

Dieser Arbeitsgruppe gehören stimmberechtigt an:

- 4 Mitglieder des Parteivorstandes

- Der/Die Leiter*in der für Parteientwicklung zuständigen Abteilung im Karl-Liebknecht-Haus

- 3 Mitglieder von ostdeutschen Landesverbänden mit Landesvorstandstätigkeit

- 3 Mitglieder aus westdeutschen Landesverbänden mit Landesvorstandstätigkeit

- 4 mit Parteientwicklung Beauftragte aus den Landesverbänden

- 4 mit Mitgliederbetreuung Beauftragte aus ostdeutschen Stadt- und Kreisverbänden

- 4 mit Mitgliederbetreuung Beauftragte aus westdeutschen Stadt- und Kreisverbänden

Begründung

Momentan steht DIE LINKE vor großen Herausforderungen auch organisationspolitischer Art. Mit dem Leitantrag L02 „Die Linke aufbauen“ wurde versucht, erste Erwägungen in organisationspolitische Wahrheiten zu fassen. Im Gegensatz zu den im Leitantrag 02 vorgeschlagenen Verfahrensweisen, sollen die Vorschläge dieses Änderungsantrages eine geeignete Weise darstellen, eine moderne, sozialistische Mitglieder- und Mitmachpartei (fort-) zu entwickeln. Der Vorschlag des Änderungsantrages setzt auf ein Resultat kollektiver Prozesse unserer Partei. Es erscheint fraglich, ob die Vorschläge des Leitantrages 02 geeignet sind, unsere mannigfaltigen strukturellen Probleme zu lösen. Grundsätzliche und bisher vermeintlich feststehende Überlegungen sind durch die krisenhaften Erfahrungen wie Corona, Wahlniederlagen aber auch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine überholt und stellen die Parteiarbeit, den Parteaufbau und die Parteientwicklung vor Herausforderungen, aus denen sich Fragen ergeben, die innerhalb eines strukturierten Prozesses bearbeitet werden müssen. Beispielhaft wäre zu benennen:

- Wieso reden wir über „Kampagnen von unten“, aber nicht über eine „Partei von unten“? Und welche Anforderungen stellen wir an eine Partei von unten?
- Wie können wir mit einem Mix aus verschiedenen strukturellen, aber auch gesellschaftlich wirkenden Ideen ein verbindendes Parteileben gestalten?
- Wenn eine Partei auf 100.000 Mitglieder anwachsen soll, wo und wie soll dieses Mitgliederwachstum generiert werden? Insbesondere, wenn wir doch in ostdeutschen Landesverbänden einen realen Mitgliederverlust durch Überalterung beobachten und dieser Trend auch noch mindestens die nächsten 5 Jahre anhalten wird? Wollen wir weiterhin, wie Ende 2018 überlegt, ein Augenmerk auf die Verhinderung von satzungsgemäßen Streichungen legen oder müssen wir nicht auch an die aktiven Austritte heran?
- Sind unsere Analysen partizipativ und antizipativ genug? Bilden Sie überhaupt die Problemlagen unserer Mitglieder ab oder zielen nicht schon die Fragestellungen an den „Problemen vorbei? Welche organisationspolitischen Auswirkungen haben die Befragungen überhaupt?
- Werden unsere untersten Strukturen, die Ortsverbände und die Basisorganisationen, überhaupt noch von den verschiedenen Altersgruppen, den Geschlechtern aber auch politischen Lagern als verbindendes und gemeinsames Fundament unserer Partei und insbesondere der alltäglichen Partei wahrgenommen? Welche neuen Räume, Formate und Strukturen braucht es? Welche satzungsrechtlichen Fragen müssen in diesem Zusammenhang geklärt werden?

Das waren nur ein paar alltägliche Fragen, die uns und unsere Kreis- und Stadtverbände umtreiben. Momentan werden weder die Fragen noch ein Verfahren zur Bearbeitung dieser Fragen in der Antragslage repräsentiert. Der vorgelegte Änderungsantrag basiert auf den Erfahrungen strategischer

Mitgliederarbeit und konzeptioneller Erneuerungsansätze. Wir erachten den Vorschlag einer solchen Arbeitsgruppe als unabdingbar.

Das waren nur ein paar alltägliche Fragen, die uns und unsere Kreise umtreiben. Momentan finden wir weder die Fragen noch unseren vorgeschlagenen Weg repräsentiert. Der vorgelegte Änderungsantrag basiert auf den Erfahrungen strategischer Mitgliederarbeit und konzeptioneller Erneuerungsansätze. Wir erachten die vorgeschlagene AG als unabdingbar und hoffen, dass dieser Antrag bei der Diskussion um L02 Beachtung findet.

Antrag P03.005.1: Änderungsantrag zu P03

Änderungsantrag zu P03

Antragsteller*in:

Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 5 - 11

1 Die kontroversen Debatten der letzten Jahre in der Partei zur Migrations- und
2 Integrationspolitik, zur Außen- und Sicherheitspolitik, zur Europapolitik, zum
3 sozial-ökologischen Umbau und zur Bewältigung der Klimakrise, zur universalen
4 Gültigkeit der politischen und sozialen Menschenrechte sowie zur Feminismus- und
5 Gleichstellungspolitik haben ~~deutlich gemacht, dass das Erfurter Programm insgesamt~~
6 ~~weiterentwickelt werden muss, um in~~bei einigen den ~~aktuellen Auseinandersetzungen zeitgemäße~~
7 ~~Antworten für die Politik der Partei geben zu können.~~
8 ~~Der mit dem Bundesparteitag eingeleitete Prozess zur~~Eindruck erweckt, das Parteiprogramm
9 ~~Positionen darf.~~ Der Parteivorstand wird daher ~~nicht als abgeschlossen gelten. Vielmehr muss er~~
10 ~~mit Blick auf~~
11 ~~die Europawahlen 2024 und die Bundestagswahlen 2025 systematisch geplant und~~
~~vorangetrieben werden~~damit beauftragt im Rahmen der Mitgliederbefragung zum
Bedingungslosen Grundeinkommen die Mitglieder zu befragen, ob das Programm geändert
werden muss.

Zeile 12 - 15

12 ~~Der Parteivorstand~~Bei einer absoluten Mehrheit wird ~~daher~~ der Parteivorstand beauftragt, einen
13 solchen Prozess zur Weiterentwicklung
14 des Parteiprogramms einzuleiten und ihn mindestens in den genannten Feldern
15 systematisch zu organisieren und voranzutreiben. Weitere Themen sind zu prüfen.
16 Es sind alle Möglichkeiten der Beteiligung der Mitglieder zu ~~prüfen und zu~~
17 praktizieren.
18 Diese Debatte programmatischer Positionen sollte organisierte Dialoge mit Verbänden
19 und Organisationen der Zivilgesellschaft, sozialen Bewegungen, NGOs und
Gewerkschaften einschließen.

Begründung

Die Behauptung, der Bedarf einer Überarbeitung des Programms läge deutlich auf dem Tisch, halten wir für falsch. Die Debatte um das Parteiprogramm fokussiert auf die falschen Aktivitäten und löst die aktuelle Krise nicht. Das Programm, das in einem langen Prozess erstellt wurde, ist weiterhin eine gute Ausgangsbasis für unsere Politik und steht kaum etwas im Wege. Die Beschäftigung mit dem

Programm fixiert uns weiter auf eine Beschäftigung mit uns selbst, obwohl das Programm eigentlich alle politischen Möglichkeiten offen hält. Unsere Partei braucht zuallererst einen Wandel in der Praxis, den Strukturen und der Kommunikation. All dies lässt sich nicht durch ein Programm ändern.

Antrag P05.001.1: Änderungsantrag zu P05

Änderungsantrag zu P05

Antragsteller*in:

Partei Vorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1 - 5

~~1 Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand wird zum nächsten Parteitag einen
2 Antrag ausarbeiten, der eine Mandatszeitbegrenzung von Bundestagsabgeordneten auf 2,
3 oder maximal 3 Legislaturen vorgibt. Des Weiteren soll der Parteivorstand einen
4 Vorschlag zur Regelung einer Mandatszeitbegrenzung auf Landes- sowie Europa-Ebene
5 erarbeiten.~~

Der Parteivorstand wird beauftragt, auf Grundlage des „Arbeitspapiers Mandatszeitbegrenzung“ der Arbeitsgruppe des Parteivorstandes dem nächsten Bundesparteitag abstimmungsfähige Vorschläge vorzulegen, die:

6

- eine Mandatszeitbegrenzung für Bundestagsabgeordnete auf 2 bzw. in begründeten Ausnahmefällen maximal 3 Legislaturen vorgeben sowie (als Abstimmungsalternative zur Mandatszeitbegrenzung) eine Erneuerungsquote von mindestens 30 Prozent für Landeslisten für Wahlen zum Deutschen Bundestag festlegen
- eine Mandatszeitbegrenzung für Abgeordnete des Europaparlaments auf 2 bzw. in begründeten Ausnahmefällen maximal 3 Legislaturen vorgeben sowie (als Abstimmungsalternative zur Mandatszeitbegrenzung) eine Erneuerungsquote für der Liste der LINKEN für Wahlen zum Europaparlament festlegen
- eine Mandatszeitbegrenzung für Abgeordnete der Parlamente in den Bundesländern auf 2 bzw. in begründeten Ausnahmefällen maximal 3 Legislaturen vorgeben sowie (als Abstimmungsalternative zur Mandatszeitbegrenzung) eine Erneuerungsquote für Landeslisten für Wahlen zu den Landesparlamenten festlegen

Begründung

Der vergangene Bundesparteitag hatte diesen Antrag des KV Herford an den PV überwiesen:

Der Bundesparteitag der Partei DIE LINKE möge folgende Satzungsergänzung beschließen:

Unter »6. Die allgemeinen Verfahrensregeln der Partei« wird in Paragraph 32 ein neuer Absatz (4) eingefügt:

Die Ausübung von Landtags-, Bundestags- und Europaparlamentsmandaten soll auf zwei, in begründeten Ausnahmefällen auf maximal drei Legislaturperioden begrenzt werden. Kandidierende sind angehalten sich an diese Regelung zu halten. Delegierte sind aufgerufen bei Listenaufstellungen entsprechend dieser Regelung abzustimmen.

Dementsprechend beauftragt hat der PV eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die dieses Thema gründlich beraten hat und dem Parteivorstand das Arbeitspapier zur Mandatszeitbegrenzung vorgelegt hat (das Arbeitspapier ist den Parteitagsunterlagen beigefügt). Dieses Papier wurde auch den Landesverbänden zur Debatte übergeben. Der Parteivorstand soll auf Grundlage dieser gründlichen und breiten Debatte dem Bundesparteitag alternative Vorschläge zur Entscheidung vorlegen. Die hier

vorgelegten Änderungen zum Ursprungsantrag sollen folgendes ermöglichen: während eine Mandatszeitbegrenzung (auch als „Soll“-Regelung) eine Änderung der Satzung voraussetzt - und damit das hohe Quorum von 2/3 der Delegierten - kann eine Erneuerungsquote auch „unterhalb“ eines satzungsändernden Beschlusses verabschiedet werden. (Als verbindlich für die Landesverbände ist jedoch auch diese nur dann wirksam, wenn sie in der Satzung verankert wird). Die Wirksamkeit der Erneuerungsquote ist zB im Landesverband Sachsen sichtbar, der diese bereits zweimal bei der Erstellung der Landesliste zu den Landtagswahlen angewendet hat. Im Ergebnis sind in der derzeitigen Landtagsfraktion in Sachsen nur 15% der MdL länger als zwei Wahlperioden im Landtag.

Antrag P06.001.1: Änderungsantrag zu P06

Änderungsantrag zu P06

Antragsteller*in: Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1 - 8

- 1 ~~Im Parteiprogramm (Beschluss des Parteitags der Partei DIE LINKE vom 21. bis 23.~~
- 2 ~~Oktober 2011 in Erfurt) wird in Kapitel 4.2 im Abschnitt "Migration und Integration~~
- 3 ~~als soziale und demokratische Frage — offene Grenzen für Menschen in Not!" nach den~~
- 4 ~~Sätzen "DIE LINKE richtet ihre Flüchtlingspolitik nach Humanität und Menschenrechten,~~
- 5 ~~so dass der Schutz von Menschen in Not im Vordergrund steht und nicht~~
- 6 ~~ordnungspolitische oder ökonomische Überlegungen. Deshalb setzt sich DIE LINKE für~~
- 7 ~~die Abschaffung der Grenzschutzagentur FRONTEX ein, die das wichtigste~~
- 8 ~~Abschottungsinstrument der EU darstellt." hinzugefügt:~~

Begründung

Es gibt keinen Konsens, unser brauchbares Programm aktuell aufzubohren. Der Antrag ist richtig und wichtig und sollte vom Bundesparteitag als Stellungnahme erfolgen, weswegen der zweite Absatz dieses Antrages unverändert bestehen bleiben soll.

Eine Änderung des Programms steht aktuell nicht an.

Antrag P07.022.1: Änderungsantrag zu P07

Änderungsantrag zu P07

Antragsteller*in: Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 22 - 24

- 22 ~~IV. Bis zur formellen Bestätigung der neuen Parteivorsitzenden wird die Partei~~
- 23 ~~kollektiv von den stellvertretenden Parteivorsitzenden und den Mitgliedern des~~
- 24 ~~Parteivorstandes geleitet.~~

Begründung

Der Modus ist nicht notwendig. Wir haben aktuell eine Parteivorsitzende, die bisher auch keine vollen zwei Jahre amtiert. Sollte sich der Parteitag für den Antrag entscheiden, sollte diese das Ruder

während dem vorgeschlagenen Prozess in der Hand behalten.

Antrag P08.001.1: Änderungsantrag zu P08

Änderungsantrag zu P08

Antragsteller*in:	KV Karlsruhe, LV Baden-Württemberg, Kreisvorstand Pforzheim / Enzkreis, weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1 - 3

- 1 ~~Der Bundesparteitag~~Dieser Erfurter Parteitag gibt ~~auf seiner nächsten Tagung~~ ein Votum dafür ab, ~~wer die~~
2 welche Genoss*innen die Bundestagsfraktion in Zukunft als Fraktionsvorsitzende repräsentieren
3 ~~soll-~~
4 sollen.
5 Dafür soll ein reguläres, geheimes Wahlverfahren stattfinden, bei dem sich
6 Abgeordnete der Linksfraktion im Deutschen Bundestag zur Wahl stellen können.
7 Nominiert werden zwei Vorsitzende unter Berücksichtigung der Geschlechterquotierung.
8 Dieser Prozess sollte als Aufgabe des Bundesparteitages institutionalisiert werden,
9 angepasst an den Wahlrhythmus der Fraktion.
10 Die Bundestagsfraktion muss mit ihren prominenten Vertreter*innen klar und deutlich
11 die Politik unserer Partei repräsentieren. Sie muss mehr als eine Ansammlung von
12 Einzelinteressen sein. Ihre Arbeit muss in die generelle Strategie und Erzählung der
13 Partei eingebettet sein. Dafür muss sie im engen Austausch mit dem Parteivorstand
14 stehen.

Begründung

Zu einer grundlegenden Erneuerung der Strukturen unserer Partei gehört die Neubesetzung der Fraktionsspitze der Bundestagsfraktion durch den Bundesparteitag. Die Bundestagsfraktion und ihre Fraktionsspitze haben durch ihr Auftreten das öffentliche Bild der Partei mit entscheidend negativ geprägt und damit einen maßgeblichen Anteil an der Krise der Partei zu verantworten.

Mit diesem Änderungsantrag soll erreicht werden, dass der jetzige Erfurter Parteitag mit einem Votum die personelle Neubesetzung der Fraktionsspitze anstößt und so den Weg für einen Neuanfang auch in der Bundestagsfraktion ebnet.

Antrag P13.029.1: Änderungsantrag zu P13

Änderungsantrag zu P13

Antragsteller*in:	Sozialistische Linke
--------------------------	----------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 29 - 33

- 28 Im April dieses Jahres haben wir eine mediale Debatte über Fälle von sexistischen
29 Übergriffen und Machtmissbrauch in unserer Partei erlebt. ~~Es war gut, dass der~~
30 ~~Jugendverband das ausgesprochen hat. Für eine Partei mit feministischem Anspruch sind~~
31 ~~wir auf Fälle sexualisierter Gewalt zu schlecht vorbereitet, das muss ehrlich und~~

32 ~~selbstkritisch festgestellt werden. Der Aufschrei hat gezeigt, dass wir dringend~~
33 ~~handeln müssen.~~ Wenn Fälle von sexueller Belästigung, Machtmissbrauch und
34 sexualisierter Gewalt auftreten, müssen diese unabhängig aufgearbeitet werden, am
35 besten mit Hilfe einer externen Begleitung mit professioneller Expertise. Die
36 Betroffenen müssen ernst genommen, geschützt und ihnen muss zugehört werden. Der
37 Parteivorstand hat hierfür erste konsequente Schritte beschlossen, wie etwa einen
38 Pool externer Expert*innen, an die Betroffene schnell und unkompliziert vermittelt
39 werden können. Diese richtigen Schritte müssen jetzt konsequent weiterverfolgt
40 werden.
41 In Aufarbeitungsprozessen sollten auch unsere Genossen Verantwortung übernehmen, denn
42 die Aufklärung und Bekämpfung von Sexismus und sexualisierter Gewalt kann nicht auf
43 Frauen, nicht-binäre, trans-, intergeschlechtliche und queere Menschen abgewälzt
44 werden. Wir alle sind verantwortlich.

Begründung

Die Art und Weise, wie der Jugendverband konkrete und dazu nicht geeignete Vorgänge öffentlich skandalisiert und damit eine Kampagne gegen bestimmte Genoss:innen und die Partei in Gang gesetzt hat, war nicht gut, sondern schädlich und sollte nicht durch so einen Satz faktisch gutgeheißen werden.

Antrag P13.035.1: Änderungsantrag zu P13

Änderungsantrag zu P13

Antragsteller*in:	linksjugend ['solid]
--------------------------	----------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 35

28 Im April dieses Jahres haben wir eine mediale Debatte über Fälle von sexistischen
29 Übergriffen und Machtmissbrauch in unserer Partei erlebt. Es war gut, dass der
30 Jugendverband das ausgesprochen hat. Für eine Partei mit feministischem Anspruch sind
31 wir auf Fälle sexualisierter Gewalt zu schlecht vorbereitet, das muss ehrlich und
32 selbstkritisch festgestellt werden. Der Aufschrei hat gezeigt, dass wir dringend
33 handeln müssen. Wenn Fälle von sexueller Belästigung, Machtmissbrauch und
34 sexualisierter Gewalt auftreten, müssen diese unabhängig aufgearbeitet werden, am
35 besten mit Hilfe einer externen Begleitung mit professioneller Expertise. Die Wir wollen herausfinden mit welchen Arten von Gewalt wir es zu tun haben und wie hoch das Ausmaß an sexualisierter Gewalt, Machtmissbrauch und sexueller Belästigung in unserer Partei wirklich ist. Aus repräsentativen Untersuchungen wissen wir: Die meisten Betroffenen sprechen nicht offen über das Erlebte. Daher müssen wir davon ausgehen, dass das tatsächliche Ausmaß viel größer ist, als uns bisher bekannt. Nun ist unsere Chance das Momentum zu nutzen und für echte Aufklärung und Aufarbeitung zu sorgen! Dafür brauchen wir eine vertrauliche Möglichkeit für alle Genoss:innen ehrlich über ihre Erfahrungen zu sprechen. Eine anonyme Studie ist hierfür der geeignete Weg. Dabei sollte an geeigneter Stelle ein möglichst offenes Antwortformat angewandt werden, um Genoss:innen in den Schilderungen ihrer Erfahrungen nicht einzuschränken. Die Studie soll ebenfalls den Zusammenhang von sexueller Belästigung und sexualisierter Gewalt mit Mehrfachdiskriminierung aufdecken können. Erst mit geeigneter Aufklärung, Aufarbeitung und Prävention können wir als Partei anfangen zu heilen. Die
36 Betroffenen müssen ernst genommen, geschützt und ihnen muss zugehört werden. Der
37 Parteivorstand hat hierfür erste konsequente Schritte beschlossen, wie etwa einen

38 Pool externer Expert*innen, an die Betroffene schnell und unkompliziert vermittelt
39 werden können. Diese richtigen Schritte müssen jetzt konsequent weiterverfolgt
40 werden.
41 In Aufarbeitungsprozessen sollten auch unsere Genossen Verantwortung übernehmen, denn
42 die Aufklärung und Bekämpfung von Sexismus und sexualisierter Gewalt kann nicht auf
43 Frauen, nicht-binäre, trans-, intergeschlechtliche und queere Menschen abgewälzt
44 werden. Wir alle sind verantwortlich.

Begründung

Wir danken den Genoss:innen aus der BAG LISA für ihren wichtigen Antrag. Einen wesentlichen Blickpunkt wollen wir aber ergänzen:

Aus repräsentativen Untersuchungen des Bundesministeriums für Familie, Frauen, Senioren und Jugend wissen wir, dass 37% der von körperlicher und 47% der von sexualisierter Gewalt betroffenen Frauen nie mit jemandem über die Gewalt gesprochen haben. Davon auszugehen, dass unter #linkemetoo alle oder auch nur ein relevanter Teil der Fälle von Gewalt in unserer Partei aufgedeckt worden wäre, wäre folglich naiv.

Studien der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zeigen außerdem, dass zur Prävention von sexueller Belästigung besonders eine konsequente Verfolgung wirksam ist. Für eine konsequente Verfolgung brauchen wir aber auch eine konsequente Aufdeckung. Und deshalb ist eine Studie unter allen Genoss:innen zur konsequenten Aufdeckung der Fälle von sexueller Belästigung und sexualisierter Gewalt nötig.

Deswegen bitten wir um Eure Unterstützung, liebe Genoss:innen! Wer Aufklärung, Aufarbeitung und Prävention ernst nimmt, sollte für diesen Änderungsantrag stimmen.

Antrag P13.102.1: Änderungsantrag zu P13

Änderungsantrag zu P13

Antragsteller*in:	Parteivorstand
--------------------------	----------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 102 - 104

- 101 • Die Einrichtung von den Parteihierarchien unabhängiger Ombudspersonen/-Gruppen
102 bzw. Vertrauenspersonen/ -Gruppen mit eigenem Budget als Anlaufstellen bei sexistischer
103 Belästigungen und
104 Übergriffen im Zusammenhang mit der Partei. ~~In jedem Fall müssen die~~
~~Ansprechpersonen dafür bezahlte Schulungen erhalten~~Für die Wahrnehmung dieser Aufgabe ist
mindestens eine spezielle Schulung / Bildungsveranstaltung dazu zu besuchen, welche durch
die Partei finanziert wird. Weiterführend werden professionelle Angebote der Supervision und
der Weiterbildung für die Ombudspersonen/-Gruppen bzw. Vertrauenspersonen/ -Gruppen
angeboten. Den Landesvorständen wird empfohlen, mit externen Beratungsstellen
zusammenzuarbeiten.

Begründung

In den Gliederungen der Partei sind eher die Begriffe Vertrauensperson bzw. Vertrauensgruppe geläufig als die Begriffe Ombudspersonen oder Ombudsgruppen.

Entscheidung bei den Schulungen ist nicht, dass sie bezahlt sind, sondern dass die Ansprechpersonen überhaupt eine Qualifizierung in diesem Bereich erfahren und dass Rat bei externen Beratungsstellen

gesucht wird.

Antrag P13.105.1: Änderungsantrag zu P13

Änderungsantrag zu P13

Antragsteller*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 105

- 105 • Weiterführung und bei Bedarf Ausbau des Expert*innenpools, den der Parteivorstand bereits
106 begonnen hat, zur Aufklärung von Vorfällen und zur konkreten Unterstützung
107 Betroffener.

Begründung

Der Expert*innenpool muss nur dann erweitert werden, wenn Bedarf dafür besteht.

Antrag P13.131.1: Änderungsantrag zu P13

Änderungsantrag zu P13

Antragsteller*in: Sozialistische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 131

- 131 • ~~Verpflichtende~~ Seminare/ Weiterbildung zur Sensibilisierung für
132 Sexismus/sexualisierte Gewalt für Mandatsträger und Personen in leitender
133 Funktion.

Begründung

Es ist nicht möglich Genoss:innen zur Teilnahme zu verpflichten, und es ist auch nicht angemessen, diese Problematik so höher zu gewichten als andere Bildungsangebote.

Antrag P13.132.1: Änderungsantrag zu P13

Änderungsantrag zu P13

Antragsteller*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 132 - 133

- 131 • Verpflichtende Seminare/ Weiterbildung zur Sensibilisierung für
132 Sexismus/sexualisierte Gewalt für ~~Mandatsträger~~ Mandatsträger*innen und Personen in
133 leitender Funktion sowie Mitarbeiter*innen der Partei DIE LINKE und der Linksfaktionen.

Begründung

Für Sexismus sollten nicht nur männliche Mandatsträger sensibilisiert werden. Mitarbeiter*innen der Partei und der Fraktionen sind ebenso in besonderer Verantwortung für die Kultur und den Umgang in der Partei

Antrag P13.134.1: Änderungsantrag zu P13

Änderungsantrag zu P13

Antragsteller*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 134 - 136

- 134 • ~~Verpflichtende~~ Es sind Bildungsangebote in ausreichendem Umfang für die Kreis- und
135 Ortsverbände zu Feminismus, Sexismus und Misogynie und feministischer Arbeit in
136 den Landesverbänden und auf Bundesebene. Die Landes- und Kreisvorstände werben bei den Genoss*innen für die Teilnahme an den Veranstaltungen und sensibilisieren dafür.

Begründung

Verpflichtende Veranstaltungen sind auf dieser Ebene nicht realisierbar, es kommt auf Überzeugungsarbeit an.

Antrag P13.134.2: Änderungsantrag zu P13

Änderungsantrag zu P13

Antragsteller*in: Sozialistische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 134

- 134 • ~~Verpflichtende~~ Bildungsangebote in ausreichendem Umfang für die Kreis- und
135 Ortsverbände zu Feminismus, Sexismus und Misogynie und feministischer Arbeit in
136 den Landesverbänden und auf Bundesebene.

Begründung

Es ist nicht möglich Genoss:innen zur Teilnahme zu verpflichten, und es ist auch nicht angemessen, diese Problematik so höher zu gewichten als andere Bildungsangebote.

Antrag P13.142.1: Änderungsantrag zu P13

Änderungsantrag zu P13

Antragsteller*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 142 - 144

- 142 • All diese Elemente müssen bedarfsgerecht ausfinanziert werden. Dafür ~~sind die~~
143 ~~Landesverbände zuständig. Finanzstärkere Verbände unterstützen hierbei~~
144 ~~finanzschwächere. Notfalls springt der Bundesverband~~ müssen auf den verschiedenen Ebenen
(Bund / Landesverbände) finanzielle Mittel bereitgestellt werden und ein Solidarprinzip
zwischen den Landesverbänden vereinbart werden.

Begründung

Mit dieser Formulierung wird die Finanzierung mehr zu einer Gemeinschaftsaufgabe der Partei gemacht.

Antrag P13.144.1: Änderungsantrag zu P13

Änderungsantrag zu P13

Antragsteller*in:	KV Frankfurt am Main
--------------------------	----------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 144

- 142 • All diese Elemente müssen bedarfsgerecht ausfinanziert werden. Dafür sind die
143 Landesverbände zuständig. Finanzstärkere Verbände unterstützen hierbei
144 finanzschwächere. Notfalls springt der Bundesverband ein.
- Ein Verhaltenskodex zu sexuellen oder diskriminierenden Übergriffen wird erarbeitet und dauerhaft veröffentlicht.
 - Die Mitglieder aller Schiedskommissionen werden für das Thema sexuelle oder diskriminierende Übergriffe durch Schulungen sensibilisiert.
 - Eine Beschleunigung von Schiedsverfahren in dringlichen Fällen sexueller oder diskriminierender Übergriffe wird angestrebt.

Begründung

Verhaltenskodex:

Um der Schiedskommission eine Grundlage zu geben, Fälle sexueller und diskriminierender Übergriffe zu behandeln, ist es dringend erforderlich, einen Verhaltenskodex gegen sexuelle und diskriminierende Übergriffe auf Bundesebene zu formulieren, denn in der Bundessatzung (§ 37 Schlichtungs- und Schiedsverfahren) steht: „Zur Schlichtung und Entscheidung von Streitigkeiten in der Partei oder eines Gebietsverbandes mit einzelnen Mitgliedern und Streitigkeiten über Auslegung und Anwendung dieser Satzung und nachgeordneter Ordnungen (...) sind durch den Parteitag und durch die Parteitage der Landesverbände Schiedskommissionen zu bilden.“ Als Grundlage für die Eröffnung eines Schiedsverfahrens muss also klar dargelegt werden, dass gemäß § 10 Abs. 4 PartG durch sexuelle oder diskriminierende Übergriffe „vorsätzlich gegen die Satzung oder erheblich gegen Grundsätze oder Ordnung der Partei“ verstoßen und der Partei somit „schwerer Schaden“ zugefügt wird.

Sensibilisierung von Schiedskommissionen:

Auf dieser Grundlage sind es die Schiedskommissionen, die das geeignete Gremium darstellen, um Fälle sexueller und diskriminierender Übergriffe zu behandeln und endgültige Entscheidungen über Maßnahmen zu treffen. Zur Optimierung der Arbeit der Schiedskommissionen bei Fällen sexueller und diskriminierender Übergriffe müssen Mitglieder der Schiedskommissionen für das Thema sensibilisiert werden.

Beschleunigung von Schiedsverfahren

Beteiligten sollte keine Verfahrensdauer von mehreren Monaten zugemutet werden. Um Betroffene in Parteistrukturen zu halten oder wieder zu integrieren, müssen Parteimaßnahmen schnell greifen.

Antrag S02.006.1: Änderungsantrag zu S02

Änderungsantrag zu S02

Antragsteller*in:

LV Rheinland-Pfalz

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 6 - 7

6 § 17 (6) Anträge, welche von Landes-, Kreis- und Ortsverbänden, die mindestens ~~1/500~~
7 ~~der~~ 125 Mitglieder der Partei, die zum Zeitpunkt der Feststellung der Delegierten für den
8 Bundesparteitag Mitglied waren, repräsentieren, bundesweiten Zusammenschlüssen, Organen der
9 Partei, Kommissionen des Parteitages oder mindestens von 25 Delegierten gestellt
10 werden, sind durch den Parteitag zu behandeln oder an den Parteivorstand bzw. den
Bundessausschuss zu überweisen.

Begründung

Die durch den Parteivorstand gewählte Formulierung von 1/500 lässt aus unserer Sicht zu viel Interpretationsspielraum offen und schafft damit eine Lösung, welche Tür und Tor für Schiedsverfahren und Meinungsverschiedenheiten öffnet, da völlig unklar ist, zu welchem Zeitpunkt die 1/500 gelten.

Je nachdem zu welchem Zeitpunkt dieses Quorum angelegt wird, kann sich eine erhebliche Verschiebung in der Hürde der Antragsstellung ergeben, sodass Antragssteller:innen evtl. gar nicht wissen, ob ihr Antrag nun das Quorum erfüllt oder nicht.

Ohne die Einfügung eines Stichtages, bspw. „1/500 zum 31.12. des Vorjahres“ oder „1/500 zum Zeitpunkt der Antragstellung“ wird diese Hürde zu einem intransparenten Instrument. Weiterhin müsste aus unserer Sicht den Mitgliedern und Gliederungen der Partei jeweils mitgeteilt werden, was 1/500 bedeutet, damit diese wissen, ob ihr Antrag nun wunschgemäß gestellt ist oder nicht.

Um all dies zu umgehen, sprechen wir uns für eine eindeutige Zahl aus, mit der jede und jeder kalkulieren kann, und einem eindeutigen Datum, hier die Feststellung der Delegierten zum Bundesparteitag, um diese Unklarheiten zu beseitigen und für jede und jeden die Antragsstellung zu erleichtern.

Antrag S03.008.1: Änderungsantrag zu S03

Änderungsantrag zu S03

Antragsteller*in:

Andreas Hein-Foge (LV Bremen, KV Nord-West)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 8

6 § 36 (3) Die Aufstellung der Wahlbewerberinnen und Wahlbewerber und die Festlegung
7 ihrer Reihenfolge auf der Landesliste erfolgt in einer Versammlung aller
8 wahlberechtigten Mitglieder oder in einer besonderen Vertreterinnen- und Vertreterversammlung
9 (LandesvertreterInnenversammlung), ab 1.000 Mitgliedern im Landesverband in jedem Fall als
besondere
9 Vertreterinnen- und Vertreterversammlung (LandesvertreterInnenversammlung).

Begründung

Warum sollen Landesverbände, die beispielsweise 900 Mitglieder haben, keine Vertreter*innenversammlung durchführen dürfen? Das wurde bei der Formulierung des Antrages offenbar nicht bedacht und mit vorliegendem Änderungsantrag geheilt, so dass auch kleine Landesverbände die Chance haben, eine Vertreter*innenversammlung zur Wahl der Landesliste durchzuführen.

Antrag S04.001.1: Änderungsantrag zu S04

Änderungsantrag zu S04

Antragsteller*in: Andreas Hein-Foge (LV Bremen, KV Nord-West)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1

1 Nach § 31 der Bundessatzung wird ein § 31a. wie folgt nicht eingefügt:

Begründung

Bislang konnte der PV oftmals nicht erkennen, ob ein Satzungs- oder Gesetzesverstoß vorliegt. Und da soll er dann Beschlüsse von Landesverbänden für nichtig erklären dürfen. Haben wir dafür nicht das Verfahren vor der Schiedskommission?

Die Satzungsänderung kommt ohne Begründung daher. Es ist völlig unklar, was diese Eingriffsmöglichkeit in die Belange der Landesverbände (und Kreisverbände) bezwecken soll. Den Mumpitz dieser Änderung können wir dann auch einfach sein lassen.

Zur Problematik eines eventuellen Konfliktes dieser Satzungsänderung mit dem Parteiengesetz §3 muss sich da gar nicht mehr geäußert werden.

Antrag S05.008.1: Änderungsantrag zu S05

Änderungsantrag zu S05

Antragsteller*in: Bundesausschuss

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 8

7 § 16 (11) Dem Parteitag gehören mit beratender Stimme weiterhin die Mitglieder des
8 Parteivorstandes, ~~das Präsidium~~ des Bundesausschusses sowie die Mitglieder des
9 Bundesfinanzrates, der Bundesschieds- und der Bundesfinanzrevisionskommission, die
10 Vorsitzenden bzw. Sprecher*innen der Landesverbände, die Mitglieder in den Organen
11 der Europäischen Linken (EL) sowie die Vorstände der Gruppe der Partei im
12 Europäischen Parlament und der Fraktion im Deutschen Bundestag an.

Begründung

Gemäß der Satzung § 14 Abs. 1 ist der Bundesausschuss neben dem Parteitag, dem Parteivorstand ein Organ der Bundespartei im Sinne des Parteiengesetzes.

Mit dem Antrag S 05 ist beabsichtigt, den Mitgliedern des Bundesausschusses das Recht auf Teilnahme mit beratender Stimme an Parteitag zu entziehen und nur noch dem Präsidium des Bundesausschusses zuzugestehen. Das wird Aufgabe, Funktion und Stellung des Bundesausschusses

im Verhältnis der Bundesorgane zueinander nicht gerecht. Darüberhinaus ist der Bundesausschuss gemäß § 21 Abs. 1 das Organ der Gesamtpartei mit Konsultativ-, Kontroll- und Initiativfunktion gegenüber dem Parteivorstand. Auch diese Aufgabe gebietet es, die Rechte der Mitglieder des Bundesausschusses in Bezug auf die Teilnahme an den Parteitag nicht schwächer auszugestalten als die der Mitglieder des Parteivorstandes.

Der Bundesausschuss hat die satzungsmäßige Aufgabe, das Zusammenwachsen der Partei zu fördern. Um das leisten zu können, sind Zusammensetzung und Arbeitsweise des Bundesausschusses darauf ausgerichtet, die Gesamtpartei in ihrer Vielfalt abzubilden und die verschiedenen Sichtweisen und Erfahrungen im Diskurs zur Geltung zu bringen.

Gemäß der Satzung § 23 Abs.4 regelt die Satzung die Aufgaben des Präsidiums, das als reines Arbeitsgremium ausgestaltet ist. Seine Aufgaben erschöpfen sich darin, die Sitzungen einzuberufen und zu leiten sowie mit zwei Vertretern beratend an den Sitzungen des PV teilzunehmen. Damit wäre es unvereinbar, Sprecher zu benennen, die eine herausgehobene Position nach außen einnehmen. Mit dem vorliegenden Vorschlag, dass künftig anstelle aller Mitglieder nur das Präsidium des Bundesausschusses mit beratender Stimme am Parteitag teilnehmen solle, würden die Mitglieder des Präsidiums – entgegen der eigentlichen Intention und zum Nachteil für die satzungsgemäßen Aufgaben – doch hierarchisch herausgehoben und der Bundesausschuss als Kollektivorgan der Partei in seinen Rechten beschnitten.

Der Bundesausschuss berät über grundsätzliche politische Fragen, er beschließt den jährlichen Finanzplan auf Vorschlag des Parteivorstandes und beschließt über die Anträge, die durch den Parteitag an den Bundesausschuss überwiesen werden. Der Bundesausschuss hat damit ähnliche Aufgaben wie der Parteitag, der als höchstes Organ der Partei über grundsätzliche politische und organisatorische Fragen sowie Grundsatzfragen der Finanzierung der Partei sowie über an ihn gerichtete Anträge berät. Der Bundesausschuss ist der "Kleine Parteitag" zwischen den Tagungen des Parteitages. Für eine größtmögliche politische Wirksamkeit der Arbeit beider Organe ist die Teilnahme der Mitglieder des Bundesausschusses an den Beratungen der Parteitage unverzichtbar.

Parteitage sind bisher die einzige Gelegenheit, bei der alle drei Bundesorgane miteinander unmittelbar in den Austausch treten können. Das soll beibehalten werden.

Antrag S10.001.1: Änderungsantrag zu S10

Änderungsantrag zu S10

Antragsteller*in: Maja Tegeler

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1 - 2

- 1 ~~hinter „Frauen“~~ FLINTA-Personen, also Frauen, Lesben, Inter*, nicht-binäre, trans* und Agender-Personen haben das Recht, innerhalb der Partei eigene Strukturen aufzubauen und
- 2 ~~Frauenplenen~~ LINTA-Plena einzuberufen.“

Begründung

Wir sollten endlich geschlechtlicher Diversität auch in unserer Satzung gerecht werden.

Antrag S11.005.1: Änderungsantrag zu S11

Änderungsantrag zu S11

Antragsteller*in:

Maja Tegeler

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 5 - 6

- 5 (2) In allen Versammlungen und Gremien der Partei ist ~~Frau~~LINTA-Personen, unter der Voraussetzung
- 6 entsprechender Wortmeldungen, nach jedem Redebeitrag, bei dem keine ~~Frau~~LINTA-Person gesprochen
- 7 hat, das Wort zu erteilen.

Antrag S13.001.1: Änderungsantrag zu S13

Änderungsantrag zu S13

Antragsteller*in:

Partei Vorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1

- 1 Ersetzung: Das Wort „Divisorenverfahren“ durch „Höchstzahlverfahren“ **ersetzen**.

Am Ende des letzten Satzes in §16 (6) wird angefügt: „..., sofern die jeweilige Landessatzung nichts anderes bestimmt.“

Begründung

Diese zweite Änderung im §16 (6) war bereits in den Anträgen zur Satzungsänderung des Parteivorstands für die Tagung des Bundesparteitages in Leipzig eingereicht, diese wurden aber mangels Zeit nicht behandelt. In der jetzigen Satzungskommission wurde dieser Vorschlag daher wieder aufgegriffen und war dort auch unstrittig. Leider ist bei der redaktionellen Erstellung der Änderungsanträge für den PV diese beabsichtigte zweite Änderung zu §16 (6) verloren gegangen. Sie möge jetzt über einen Änderungsantrag wieder aufgenommen und beim Bundesparteitag in Erfurt beschlossen werden.

Hier die ursprüngliche inhaltliche Begründung zur vorgeschlagenen Satzungsänderung:

Die bisherige Regelung schrieb den Landesverbänden vor, dass diese ihre Bundesparteitagsdelegierten zwingend paarweise vergeben müssen (analog). Das heißt, dass bei Überschreiten einer bestimmten Mitgliederzahl, die ein weiteres Mandat rechtfertigt, gleich zwei weitere Mandate vergeben werden. Dies kann insbesondere bei Landesverbänden mit besonders unterschiedlich mitgliederstarken Kreisverbänden (bzw. Delegiertenwahlkreisen) zu Verzerrungen in der Repräsentanz der Mitglieder auf dem Parteitag führen. Mitglieder in Kreisverbänden, denen eigentlich nur knapp ein weiterer Delegierter zustünde, werden durch gleich zwei weitere Delegierte repräsentiert. Damit vertreten dann die Delegierten des Kreisverbandes viel weniger Mitglieder als die Delegierten eines anderen Kreisverbands, der die notwendige Mitgliederzahl für ein weiteres Mandat knapp nicht erreicht.

Abhilfe kann ein Delegiertenschlüssel schaffen, der bei Überschreiten einer bestimmten Mitgliederzahl nur ein weiteres Mandat an den Kreisverband vergibt, statt gleich zwei weiteren Mandaten. Dazu muss den Landesverbänden aber die Möglichkeit gegeben werden, einen solches Verfahren in ihren jeweiligen Landessatzungen festzuschreiben.

Antrag S14.011.1: Änderungsantrag zu S14

Änderungsantrag zu S14

Antragsteller*in:

Partei Vorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 11 - 18

- 11 (c) In ~~durch ein externes Aufklärungsgremium festgestellten~~ Fällen sexueller und
12 ~~rassistisch~~diskriminierender Übergriffe ~~kann der Parteivorstand mit 2/3 seiner Mitglieder nach~~
13 ~~Information an den zuständigen Kreis und Landesvorstand das Ruhen sämtlicher oder~~
14 ~~einzelner Ämter und Funktionen sowie das Ruhen sämtlicher oder einzelner~~
15 ~~Mitgliederrechte vorläufig anordnen. Die Bundesschiedskommission gegen das Leben, die~~
körperliche Unversehrtheit oder die Ehre von Personen, in denen eine schwere Schädigung der
Partei eingetreten oder mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist und das Parteiinteresse ein
schnelles Eingreifen erfordert, kann der Parteivorstand mit 2/3 seiner Mitglieder das Ruhen von
Parteiämtern und/oder sonstigen Mitgliedschaftsrechten vorläufig anordnen. Das betroffene
Mitglied sowie die Bundesschiedskommission sind unverzüglich
16 ~~über den Beschluss zu informieren und hat binnen sechs Wochen ein Schiedsverfahren~~
17 ~~zur endgültigen Entscheidung zu eröffnen. Bis zur endgültigen Entscheidung durch die~~
18 ~~Schiedskommission.~~
Die Anordnung gilt ~~der Beschluss des Parteivorstandes~~ gleichzeitig als Antrag auf die
Durchführung eines Parteiordnungsverfahrens.

Begründung

Der Parteivorstand will mit dieser Neuregelung dem Schutz der Betroffenen von sexuellen und diskriminierenden Übergriffen Rechnung tragen. Die zunächst gewählte Formulierung wurde auf ihre Rechtssicherheit geprüft und durch die neue Regelung in diesem Änderungsantrag ersetzt. Denn das Parteiengesetz setzt für Parteiordnungsmaßnahmen sehr enge Grenzen und nimmt ausschließlich den Schutz der Partei in den Fokus. Auch wenn der Parteivorstand nicht darauf hinauswill, dass sexuelle und diskriminierende Übergriffe nur deshalb verurteilt werden, wenn oder weil sie die Partei schädigen, muss der Schaden für die Partei mit aufgeführt werden, damit die Formulierung in der Rechtsprechung Bestand hat.

Antrag S14.011.2: Änderungsantrag zu S14

Änderungsantrag zu S14

Antragsteller*in:

KV Frankfurt am Main

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 11 - 18

- 11 (c) In ~~durch ein externes Aufklärungsgremium festgestellten~~ Fällen sexueller ~~und~~
12 ~~rassistischer~~oder diskriminierender Übergriffe ~~kann der Parteivorstand mit 2/3 seiner Mitglieder~~
~~nach~~
13 ~~Information an den zuständigen Kreis und Landesvorstand das Ruhen sämtlicher oder~~
14 ~~einzelner Ämter und Funktionen sowie das Ruhen sämtlicher oder einzelner~~
15 ~~Mitgliederrechte vorläufig anordnen. Die Bundesschiedskommission in denen eine schwere~~
Schädigung der Partei eingetreten oder mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist

- ~~unverzöglich~~
16 ~~über den Beschluss zu informieren und hat binnen~~ und das Parteiinteresse ein schnelles Eingreifen erfordert, kann der Parteivorstand mit der Mehrheit von 2/3 seiner Mitglieder das vorläufige Ruhen von Parteiämtern und / oder sonstigen Mitgliedschaftsrechten vorläufig für längstens sechs Wochen ein Schiedsverfahren-
17 ~~zur endgültigen Entscheidung zu eröffnen. Bis zur endgültigen Entscheidung durch~~ Monate anordnen. Das betroffene Mitglied sowie die
18 ~~Schiedskommission~~ Bundesschiedskommission sind unverzüglich zu informieren. Die Anordnung gilt ~~der Beschluss des Parteivorstandes~~ gleichzeitig als Antrag auf Durchführung eines Parteiordnungsverfahrens.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag S14.011.3: Änderungsantrag zu S14

Änderungsantrag zu S14

Antragsteller*in: KV Frankfurt am Main

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 11 - 18

- 11 (c) In ~~durch ein externes Aufklärungsgremium festgestellten~~ Fällen sexueller ~~und~~
12 ~~rassistischer~~ oder diskriminierender Übergriffe in denen eine schwere Schädigung der Partei
eingetreten oder mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist und das Parteiinteresse ein
schnelles Eingreifen erfordert, kann der Parteivorstand mit der Mehrheit von 2/3 seiner
Mitglieder ~~nach-~~
13 ~~Information an den zuständigen Kreis und Landesvorstand das Ruhen sämtlicher oder~~
14 ~~einzelner Ämter und Funktionen sowie das Ruhen sämtlicher oder einzelner~~
15 ~~Mitgliederrechte~~ das vorläufige Ruhen von Parteiämtern und / oder sonstigen
Mitgliedschaftsrechten vorläufig anordnen. Die Bundesschiedskommission ist unverzüglich
16 ~~über den Beschluss zu informieren und hat binnen~~ für längstens sechs ~~Wochen ein-~~
~~Schiedsverfahren-~~
17 ~~zur endgültigen Entscheidung zu eröffnen. Bis zur endgültigen Entscheidung durch die~~
18 ~~Schiedskommission~~ Monate anordnen. Das betroffene Mitglied sowie die
Bundesschiedskommission sind unverzüglich zu informieren. Die Anordnung gilt ~~der Beschluss-~~
des Parteivorstandes; gleichzeitig als Antrag auf Durchführung eines Parteiordnungsverfahrens.

ergänzen durch:

Satzungstext alt:

Kapitel 2: § 3 Die Basis der Partei:

(4) Ein Mitglied kann nur von einer Schiedskommission nach Durchführung eines ordentlichen Schiedsverfahrens auf der Grundlage der Schiedsordnung ausgeschlossen werden. Der Ausschluss ist nur möglich, wenn das Mitglied vorsätzlich gegen die Satzung oder erheblich gegen Grundsätze oder Ordnungen der Partei verstößt und ihr damit schweren Schaden zufügt.

ergänzen durch:

Anstelle eines Parteiausschlusses kann bei minderschweren Fällen auch die Aberkennung des Rechts zur Bekleidung einzelner oder aller Funktionen und/oder das zeitweilige Ruhen einzelner oder aller Rechte aus der Mitgliedschaft bis zur Dauer von zwei Jahren angeordnet werden.

ergänzen durch:

Satzungstext alt:

Kapitel 6, § 37 Schlichtungs- und Schiedsverfahren hinzufügen:

(4) Die Bundesschiedskommission schlichtet und entscheidet erst- und letztinstanzlich Streitfälle zwischen Landesverbänden sowie zwischen Bundesorganen der Partei einerseits und einzelnen Mitgliedern, Gebietsverbänden, Zusammenschlüssen oder anderen Bundesorganen andererseits.

Ergänzen durch:

Sie entscheidet erst- und letztinstanzlich über Ausschlüsse aus der Partei, die Aberkennung des Rechts zur Bekleidung einzelner oder aller Funktionen und/oder das zeitweilige Ruhen einzelner oder aller Rechte aus der Mitgliedschaft bis zur Dauer von zwei Jahren.

ergänzen durch:

Satzungstext alt:

Kapitel 6, § 37 Schlichtungs- und Schiedsverfahren hinzufügen:

(5) Landesschiedskommissionen schlichten und entscheiden Streitfälle, soweit nicht die Bundesschiedskommission oder eine Schlichtungskommission zuständig ist oder wenn die Schlichtung im Kreisverband gescheitert ist. Sie entscheiden erstinstanzlich über Widersprüche gegen die Ablehnung von Mitgliedschaften und über Ausschlüsse aus der Partei.

ergänzen durch:

... sowie über die Aberkennung des Rechts zur Bekleidung einzelner oder aller Funktionen und/oder das zeitweilige Ruhen einzelner oder aller Rechte aus der Mitgliedschaft bis zur Dauer von zwei Jahren.

ergänzen durch:

Satzungstext alt:

Kapitel 6, § 37 Schlichtungs- und Schiedsverfahren hinzufügen:

(7) Schiedskommissionen können im Ergebnis eines ordentlichen Schiedsverfahrens

(a) Maßnahmen anordnen, die der Wiederherstellung der satzungsmäßigen Ordnung in der Partei dienen

(b) Mitglieder nach § 3 Absatz 4 aus der Partei ausschließen.

ergänzen durch:

... oder die Aberkennung des Rechts zur Bekleidung einzelner oder aller Funktionen und/oder das zeitweilige Ruhen einzelner oder aller Rechte aus der Mitgliedschaft bis zur Dauer von zwei Jahren beschließen.

Begründung

Änderung § 18:

Im Parteiprogramm steht: „DIE LINKE versteht sich als Partei mit sozialistischem und feministischem Anspruch.“ Um Verhalten zu sanktionieren, das diesem Anspruch widerspricht, müssen niedrigschwellige Möglichkeiten geschaffen werden, die gleichzeitig demokratische Grundsätze politischer Teilhabe nicht aushebeln.

Durch diese Satzungsänderung wird die Möglichkeit eröffnet, schnell wirkende, vorläufige und zeitlich begrenzte Maßnahmen bei Fällen sexueller oder diskriminierender Übergriffe ergreifen zu können.

Durch ein anschließendes Schiedsverfahren folgt eine endgültige Entscheidung.

Ergänzende Satzungsänderungen:

Die Einführung einer Übergangsregelung ist nicht ausreichend im Sinne Betroffener. Der

Parteiausschluss als einzige Maßnahme gegen sexuelle und diskriminierende Übergriffe entspricht nicht der Differenziertheit der möglichen Übergriffe. Niedrigschwelligere Maßnahmen sind bei Übergriffen minderer Schwere anzuwenden. Bisher ist der Parteiausschluss die einzige Maßnahme, die ergriffen werden kann.

Im Bewusstsein der Parteigeschichte und der Problematik innerparteilicher Sanktionsmöglichkeiten müssen Parteistrafen transparent gehandhabt, Regelungen klar aufgestellt und Schwellen nicht zu niedrig angesetzt werden. Um die Verhältnismäßigkeit zu wahren, sind der Schwere des Übergriffs angepasste Maßnahmen der Ultima Ratio des Parteiausschlusses vorzuziehen.

Aus diesen Gründen wird durch diese Satzungsergänzung die Möglichkeit zur Verhängung niedrigschwelligerer Maßnahmen eröffnet.

Antrag S015.1.1: Änderungsantrag zu S15

Änderungsantrag zu S15

Antragsteller*in:

KV Wartburgkreis, KV Eisenach

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1 - 2

+ ~~Nach § 7 Innerparteiliche Zusammenschlüsse wird ein neuer § 7a~~

2 ~~Bundesarbeitsgemeinschaften eingefügt. Er hat folgenden Wortlaut:~~

1. Der Parteivorstand wird beauftragt sich durch alle aktuellen Bundesarbeitsgemeinschaften bestätigen zu lassen, dass diese §7 der Bundessatzung entsprechen und aktiv sind.
2. Bundesarbeitsgemeinschaften die dem §7 der Bundessatzung nicht entsprechen sind entweder aufzulösen, oder müssen alle zwei Jahre erneut durch den Parteivorstand überprüft werden.
3. Die Bundesarbeitsgemeinschaften sind daraufhin zu prüfen, ob mehrere Bundesarbeitsgemeinschaften sich im selben Themenfeld betätigen. Hier sind Bundesarbeitsgemeinschaften zusammenzuführen, um Kräfte und Ressourcen zu bündeln.
4. Binnen einer Frist von zwei Jahren erarbeitet der Parteivorstand aus den gesammelten Erkenntnissen eine Vorlage für ein BAG-Statut und legt dieses dem Parteitag zur Abstimmung mit einfacher Mehrheit vor.
5. Der Parteivorstand erarbeitet, binnen einer Frist von zwei Jahren, einen Vorschlag eines überarbeiteten §7 der Bundessatzung, und legt diesen dem Parteitag zur Abstimmung mit einfacher Mehrheit vor.
6. Der Parteivorstand beauftragt die Landesverbände damit, analog zu diesem Vorgehen auf Bundesebene, die Landesarbeitsgemeinschaften ebenso zu überprüfen.

Zeile 3 - 24

3 ~~§ 7a Bundesarbeitsgemeinschaften~~

4 ~~(1) Die Bundesarbeitsgemeinschaften sind Gremien zur fachpolitischen Vernetzung und~~
5 ~~der Erarbeitung von fachlichen Konzepten und Strategien. Aus der Zusammenarbeit von~~
6 ~~Delegierten der Landesverbände sowie Interessierten innerhalb und außerhalb der~~
7 ~~Partei entwickeln sie inhaltliche Positionen. Die Bundesarbeitsgemeinschaften leisten~~
8 ~~dadurch ihren Beitrag zur programmatischen Arbeit der Partei, erschließen Fachwissen~~
9 ~~und sind Bindeglieder zu Verbänden, Initiativen und wissenschaftlichen Institutionen.~~

10 ~~(2) Die Anerkennung als Bundesarbeitsgemeinschaft erfolgt durch Beschluss des~~
11 ~~Bundesausschusses auf Antrag des Parteivorstandes und einem zustimmenden Votum der~~
12 ~~Versammlung der Sprecherinnen und Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaften.~~

- ~~13 (3) Der Parteivorstand bezieht die Bundesarbeitsgemeinschaften in Beratungen über die
14 Strategie und Programmatik der Partei rechtzeitig und transparent ein. Er kann in
15 Abstimmung mit der jeweils zuständigen Bundesarbeitsgemeinschaft den Auftrag zur
16 Erarbeitung von Stellungnahmen oder Konzepten erteilen.
17 (4) Die Bundesarbeitsgemeinschaften haben Antragsrecht an die Bundesgremien der
18 Partei.
19 (5) Jede Bundesarbeitsgemeinschaft wählt für die Dauer von zwei Jahren eine
20 Sprecherin oder einen Sprecher. Die Sprecherinnen und Sprecher aller
21 Bundesarbeitsgemeinschaften bilden die Versammlung der Sprecherinnen und Sprecher der
22 Bundesarbeitsgemeinschaften.
23 (6) Das Nähere regelt das BAG-Statut, das vom Parteitag mit einfacher Mehrheit
24 beschlossen wird. Es ist der Satzung als Anlage beizufügen.~~

Begründung

Die Bundes- und Landesarbeitsgemeinschaften sind ein elementarer Bestandteil linker Beratungs- und Vorschlagskultur. In Bundes- und Landesarbeitsgemeinschaften wird divers diskutiert und es werden Vorschläge und Anregungen für die Parteiarbeit erarbeitet.

Allerdings müssen wir sicherstellen, dass unsere Kraft und unsere Ressourcen effektiv eingesetzt werden. Daher ist ein gewisses Maß an Kontrolle unabdingbar. Alte, nicht mehr aktive Arbeitsgemeinschaften müssen gefunden und benannt werden.

Ebenso muss vermieden werden, dass mehrere Arbeitsgemeinschaften in Konkurrenz zueinander stehen.

Antrag S18.010.1: Änderungsantrag zu S18

Änderungsantrag zu S18

Antragsteller*in: LV Rheinland-Pfalz

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 10 - 11

- 2 § 18 Aufgaben des Bundesausschusses
3 (1) Der Bundesausschuss ist das oberste beschlussfassende Gremium zwischen den
4 Parteitagern; er beschließt über die Richtlinien der Politik zwischen den Parteitagern.
5 Ferner befasst er sich mit allen Angelegenheiten, die der Parteitag an ihn delegiert.
6 (2) Darüber hinaus berät der Bundesausschuss den Parteivorstand, koordiniert die
7 Arbeit zwischen den Gremien der Bundespartei, den Landesverbänden, der
8 Bundestagsfraktion und den Landtagsfraktionen sowie den Vertreterinnen und Vertretern
9 der Partei in der Bundesregierung oder den Landesregierungen. Er entwickelt und plant
10 ~~gemeinsame politische Initiativen-~~
11 und Kampagnen.
12 (3) Der Bundesausschuss berät und beschließt insbesondere über:
13 (a) grundsätzliche politische und organisatorische Fragen auf der Grundlage dieser
14 Satzung, von Beschlüssen des Parteitages oder auf Antrag des Parteivorstandes,
15 (b) den jährlichen Finanzplan auf Vorschlag des Parteivorstandes,
16 (c) Anträge, die an den Bundesausschuss gestellt oder durch den Parteitag an den
17 Bundesausschuss überwiesen wurden,
18 (d) Angelegenheiten, bei denen der Parteivorstand wegen ihrer politischen Bedeutung
19 oder wegen der mit ihnen verbundenen finanziellen Belastungen eine Beschlussfassung
des Bundesausschusses für notwendig erachtet,

- 20 (e) Kampagnen, die bei ihrer Durchführung erhebliche finanzielle Mittel oder
21 personelle Ressourcen der Landesverbände binden.
22 (4) Der Bundesausschuss wählt die Vertreterinnen und Vertreter der Partei in die
23 Organe der Europäischen Linken (EL).
24 (5) Der Bundesausschuss unterbreitet der Bundesvertreterversammlung einen
25 Personalvorschlag zur Aufstellung der Bundesliste für die Wahlen zum Europäischen
26 Parlament.

Begründung

Begründung erfolgt gegebenenfalls mündlich.

Antrag S19.014.1: Änderungsantrag zu S19

Änderungsantrag zu S19

Antragsteller*in: LV Rheinland-Pfalz

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 14 - 24

- 2 § 19 Zusammensetzung und Wahl des Bundesausschusses
3 (1) Dem Bundesausschuss gehören mit beschließender Stimme an:
4 (a) 60 Vertreterinnen und Vertreter der Landesverbände, von denen je Landesverband
5 wenigstens eine Vertreterin oder ein Vertreter dem jeweiligen Landesvorstand
6 angehören soll.
7 (b) zwölf Vertreterinnen und Vertreter der Versammlung der innerparteilichen
8 Zusammenschlüsse zu wählende Mitglieder, von denen vier Vertreterinnen und Vertreter
9 von der Versammlung der Sprecherinnen und Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaften
10 entsandt werden.
11 (c) die vier Mitglieder des geschäftsführenden Parteivorstandes.
12 (d) die Vorsitzenden und die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin oder der Erste
13 Parlamentarische Geschäftsführer der Linksfraktion im Deutschen Bundestag.
14 (e) ~~die Mitglieder der Partei in der Bundesregierung.~~
15 ~~(f)~~ zwei Vertreterinnen oder Vertreter des anerkannten Jugendverbandes.
16 (2) Die Vertreterinnen und Vertreter der Landesverbände werden von den
17 Landesparteitagen gewählt. Die Verteilung der Mandate auf die Landesverbände erfolgt
18 entsprechend den Delegiertenzahlen des Parteitages paarweise im Divisorenverfahren
19 nach Adams.
20 (3) Dem Bundesausschuss gehören mit beratender Stimme an:
21 (a) die Ministerpräsidentinnen oder Ministerpräsidenten sowie die stellvertretenden
22 ~~Ministerpräsidentinnen oder Ministerpräsidenten der Partei.~~
23 ~~(b)~~ Ministerpräsidentinnen oder Ministerpräsidenten der Partei.
(b) die Mitglieder der Partei in der Bundesregierung
(c) eine Vertreterin oder ein Vertreter der Gruppe im Europäischen Parlament.
24 ~~(e)~~ (d) eine Vertreterin oder ein Vertreter der Partei im Vorstand der Partei der
25 Europäischen Linken.
26 (4) Die Mitglieder werden auf die Dauer von zwei Jahren bestellt. Für die Mitglieder
27 sind auch Ersatzmitglieder zu wählen.
28 (5) Das Amt der Mitglieder beginnt mit dem erstmaligen Zusammentreten des
29 Bundesausschusses und endet mit dem Zusammentreten des Bundesausschusses der
30 folgenden Wahlperiode.

Begründung

Begründung erfolgt gegebenenfalls mündlich.

Antrag S20.004.1: Änderungsantrag zu S20

Änderungsantrag zu S20

Antragsteller*in: LV Rheinland-Pfalz

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 4

- 1 Der § 20 (neu) [§ 23 alt] wird wie folgt neu gefasst:
- 2 § 20 Arbeitsweise des Bundesausschusses
- 3 (1) Der Bundesausschuss tritt bei Bedarf, jedoch mindestens halbjährlich zusammen.
- 4 (2) Der Bundesausschuss wählt aus dem Kreis seiner Mitglieder ein mindestens dreiköpfiges
Präsidium. Ihm
- 5 obliegt die Einberufung in Abstimmung mit dem Parteivorstand über den Inhalt der
- 6 Tagesordnung und die Tagesleitung.
- 7 (3) Das Präsidium nimmt seine Aufgaben bis zur Konstituierung des nachfolgenden
- 8 Bundesausschusses wahr.
- 9 (4) Der Bundesausschuss muss auf Beschluss des Parteivorstandes einberufen werden
- 10 oder wenn es mindestens ein Viertel der Bundesausschussmitglieder unter Angabe von
- 11 Gründen schriftlich beantragt.
- 12 (5) Der Bundesausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.

Begründung

Begründung erfolgt gegebenenfalls mündlich

Antrag S31.001.1: Änderungsantrag zu S31

Änderungsantrag zu S31

Antragsteller*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1

- 4 ~~§ 19 der Bundessatzung wird wie folgt geändert:~~
Zusammensetzung des Parteivorstandes
- 2 In der Bundessatzung wird der § 19 Zusammensetzung und Wahl des Parteivorstandes wie folgt geändert:
(1) Der Parteivorstand (Gesamtvorstand) besteht aus insgesamt 22 vom Parteitag zu wählenden Mitgliedern, darunter die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes und eine jugendpolitische Sprecherin oder ein jugendpolitischer Sprecher, für die/ den das Vorschlagsrecht beim anerkannten Jugendverband nach § 11 liegt und eine Sprecherin oder ein Sprecher der Studierenden für die/ den das Vorschlagsrecht beim anerkannten Studierendenverband nach § 11 liegt.

3

Der Geschäftsführende Parteivorstand besteht aus acht Mitgliedern, darunter
(a) zwei Parteivorsitzende unter Berücksichtigung der Mindestquotierung,

4

(b) eine Bundesschatzmeisterin oder ein Bundesschatzmeister,

(c) eine Bundesgeschäftsführerin oder ein Bundesgeschäftsführer,

5

(d) eine stellvertretende Parteivorsitzende, ein stellvertretender Parteivorsitzender oder mehrere
stellvertretende Parteivorsitzende.

Die genaue Zusammensetzung des Parteivorstandes bestimmt der Parteitag.

6

Die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes nach a bis d werden durch den Parteitag, die
weiteren Mitglieder des Geschäftsführenden Parteivorstandes werden durch den Parteivorstand
gewählt.

(...)

7

(5) Mitglieder der Partei DIE LINKE, die in einem beruflichen oder finanziellen
Abhängigkeitsverhältnis zur Partei oder zu einer/einem Abgeordneten oder einer Fraktion der
Partei stehen, zeigen dies bei ihrer Kandidatur an.

Zeile 2 - 3

~~2 Die Gesamtzahl der Mitglieder des Parteivorstandes sowie des Geschäftsführenden~~

~~3 Parteivorstandes werden jeweils um 1/4 auf 33 und 9 reduziert.~~

Antrag S32.002.1: Änderungsantrag zu S32

Änderungsantrag zu S32

Antragsteller*in:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2 - 7

~~2 (1) Der Parteivorstand (Gesamtvorstand) besteht aus bis zu 22 vom Parteitag zu~~

~~3 wählenden Mitgliedern, darunter die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes,~~

~~4 eine frauenpolitische Sprecherin, eine Koordinatorin oder ein Koordinator für~~

~~5 europäische/internationale Politik sowie eine jugendpolitische Sprecherin oder ein~~

~~6 jugendpolitischer Sprecher.~~

~~7 Der Parteitag bestimmt die genaue Zusammensetzung des Parteivorstandes.~~

Zusammensetzung des Parteivorstandes

8

In der Bundessatzung wird der § 19 Zusammensetzung und Wahl des Parteivorstandes wie folgt
geändert:

(1) Der Parteivorstand (Gesamtvorstand) besteht aus insgesamt 22 vom Parteitag zu wählenden
Mitgliedern. darunter die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes und eine
jugendpolitische Sprecherin oder ein jugendpolitischer Sprecher, für die/ den das
Vorschlagsrecht beim anerkannten Jugendverband nach § 11 liegt und eine Sprecherin oder ein

Sprecher der Studierenden für die/ den das Vorschlagsrecht beim anerkannten Studierendenverband nach § 11 liegt.

9

Antrag S32.002.2: Änderungsantrag zu S32

Änderungsantrag zu S32

Antragsteller*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2

- 2 (1) Der Parteivorstand (Gesamtvorstand) besteht aus bis zu ~~22~~6 vom Parteitag zu
3 wählenden Mitgliedern, darunter die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes,
4 eine frauenpolitische Sprecherin, eine Koordinatorin oder ein Koordinator für
5 europäische/internationale Politik sowie eine jugendpolitische Sprecherin oder ein
6 jugendpolitischer Sprecher.
7 Der Parteitag bestimmt die genaue Zusammensetzung des Parteivorstandes.

Begründung

Nach Rücksprache mit Gliederungen der Partei wurde der Sorge Rechnung getragen, dass eine Reduzierung des Parteivorstandes von 44 auf 22 ein zu großer Sprung ist und dass 22 Mitglieder im Parteivorstand für eine integrierende Funktion nicht ausreichend sind,

Antrag S32.008.1: Änderungsantrag zu S32

Änderungsantrag zu S32

Antragsteller*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 8 - 11

- 8 ~~(2) Der Geschäftsführende Parteivorstand besteht aus 4 Mitgliedern:~~
9 ~~(a) zwei Parteivorsitzende unter Berücksichtigung der Mindestquotierung,~~
10 ~~(b) eine Bundesschatzmeisterin oder ein Bundesschatzmeister,~~
11 ~~(c) eine Bundesgeschäftsführerin oder ein Bundesgeschäftsführer.~~
12 (2) Der Geschäftsführende Parteivorstand besteht aus acht Mitgliedern, darunter
13 (a) zwei Parteivorsitzende unter Berücksichtigung der Mindestquotierung,
14 (b) eine Bundesschatzmeisterin oder ein Bundesschatzmeister,
(c) eine Bundesgeschäftsführerin oder ein Bundesgeschäftsführer,
(d) eine stellvertretende Parteivorsitzende, ein stellvertretender Parteivorsitzender oder mehrere stellvertretende Parteivorsitzende.

15

Die genaue Zusammensetzung des Parteivorstandes bestimmt der Parteitag.

16

Die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes nach a bis d werden durch den Parteitag, die weiteren Mitglieder des Geschäftsführenden Parteivorstandes werden durch den Parteivorstand gewählt.

Antrag S32.008.2: Änderungsantrag zu S32

Änderungsantrag zu S32

Antragsteller*in:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 8 - 11

~~8 (2) Der Geschäftsführende Parteivorstand besteht aus 4 Mitgliedern:~~

~~9 (a) zwei Parteivorsitzende unter Berücksichtigung der Mindestquotierung,~~

~~10 (b) eine Bundesschatzmeisterin oder ein Bundesschatzmeister,~~

~~11 (c) eine Bundesgeschäftsführerin oder ein Bundesgeschäftsführer.~~

Der Geschäftsführende Parteivorstand besteht aus zehn Mitgliedern, darunter

12

(a) zwei Parteivorsitzende unter Berücksichtigung der Mindestquotierung,

(b) eine Bundesschatzmeisterin oder ein Bundesschatzmeister,

13

(c) eine Bundesgeschäftsführerin oder ein Bundesgeschäftsführer,

(d) eine stellvertretende Parteivorsitzende, ein stellvertretender Parteivorsitzender oder mehrere stellvertretende Parteivorsitzende.

14

Die genaue Zusammensetzung des Parteivorstandes bestimmt der Parteitag.

Antrag S32.020.1: Änderungsantrag zu S32

Änderungsantrag zu S32

Antragsteller*in:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 19 - 21

19

(5) Mitglieder der Partei DIE LINKE, die in einem beruflichen oder finanziellen

20

Abhängigkeitsverhältnis zur ~~Bundespartei~~ Partei oder zu einer/einem Abgeordneten oder einer Fraktion der Partei stehen, ~~können kein Parteivorstandsamt~~

21

bekleiden zeigen dies bei ihrer Kandidatur an.

Begründung

Die Angabe "finanzielles Abhängigkeitsverhältnis" ist zu unbestimmt und im Ursprungstext auch nur auf die Partei und nicht auf Fraktionen bezogen. Die vorgeschlagene Formulierung nimmt die positiven Erfahrungen mit dem Verfahren der Anzeigepflicht aus NRW auf.

Antrag S33.001.2: Änderungsantrag zu S33

Änderungsantrag zu S33

Antragsteller*in:

Partei Vorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1 - 2

- 1 ~~Der Parteivorstand wird ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt auf 22 Mitglieder reduziert.~~
- 2 ~~§19~~(1) Der Parteivorstand (Gesamtvorstand) besteht aus insgesamt 22 vom Parteitag zu wählenden Mitgliedern. darunter die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes und eine jugendpolitische Sprecherin oder ein jugendpolitischer Sprecher, für die/ den das Vorschlagsrecht beim anerkannten Jugendverband nach § 11 liegt und eine Sprecherin oder ein Sprecher der Bundessatzung wird entsprechend geändert Studierenden für die/ den das Vorschlagsrecht beim anerkannten Studierendenverband nach § 11 liegt.

Einladung zur offenen Vorberatung über die Leitanträge

Liebe Delegierte, liebe Antragsteller*innen,

nach der guten Erfahrung der öffentlichen Vorberatung der Änderungsanträge bei den letzten Parteitag möchten wir in ähnlicher Weise auch dieses Mal verfahren. Da es viele Änderungsanträge zu den Leitanträgen des Parteivorstandes gibt und wir es beim Parteitag dann nicht schaffen können, über alle diese Anträge in Ruhe zu sprechen, laden wir euch zu insgesamt drei Vorberatungen über die Änderungsanträge am 21. und 22. Juni ein.

Die Termine für diese Vorberatungen sind:

Dienstag, 21. Juni, 19 Uhr zum Leitantrag L01

Mittwoch, 22. Juni, 18 Uhr zum Leitantrag L02

Mittwoch, 22. Juni, 20 Uhr zum Leitantrag L03

Die Veranstaltungen werden parteiöffentlich in Form von Zoom-Konferenzen durchgeführt, d.h. Antragsteller*innen können sich genauso beteiligen wie alle Delegierten und an der Antragsberatung Interessierten.

Ihr seid alle herzlich eingeladen teilzunehmen, eine **Anmeldung ist nicht erforderlich**.

Die **Zugangsdaten** werden auf der Startseite der Webseite des digitalen Parteitages in OpenSlides rechtzeitig vorher veröffentlicht. Antragsteller*innen werden per E-Mail eingeladen.

Die öffentliche Antragsberatung wird ähnlich wie eine Antragsberatung auf dem Parteitag ablaufen, d.h. alle Änderungsanträge, die nicht schon vom Parteivorstand übernommen oder teilübernommen wurden, werden durch die Antragsteller*innen eingebracht. Zu jedem Antrag soll es zunächst eine Contra- und eine Pro-Rede geben. Danach wird geklärt, ob es möglich ist mit dem Parteivorstand und/oder anderen Antragsteller*innen mit einem ähnlichen Anliegen zu einer Einigung zu kommen. Ziel ist es also die Zahl der offenen Anträge auf dem Parteitag zu reduzieren.

Wir hoffen, dass wir durch diese Vorberatungen dazu in der Lage sind die Antragsberatung beim Parteitag für alle Beteiligten gut organisieren zu können. Deshalb bitten wir alle Antragsteller*innen sich auf das Verfahren einzulassen.

Nach der Sitzung des Parteivorstands am 18. Juni, auf der über die Übernahme von Änderungsanträgen beraten wird, werden diese in OpenSlides veröffentlicht und die jeweiligen Leitanträge werden mit allen übernommenen oder teilübernommenen Änderungsanträgen in digitaler Form zur Verfügung gestellt. Diese Versionen werden unsere Grundlage für die Vorberatungen sein.

Mit solidarischen Grüßen

Sabine Berninger und Marc Mulia

Sprecher*innen der Antragskommission

Antrag L01.001.1: Änderungsantrag zu L01-01 und L01-02

Antragsteller*in:

BAG Klimagerechtigkeit

Der Parteitag möge beschließen:

L01 Zeilen 1 bis 129 ersetzen durch:

Klima vs. Kapitalismus –DIE LINKE hat sich entschieden. Ein gutes Leben für Alle!

In den vergangenen Jahren haben wir den Kampf gegen die Klimakatastrophe und das Aufzeigen einer sozial-ökologischen Alternative nicht ausreichend in den Mittelpunkt unserer Politik gestellt–das werden wir ändern. Als DIE LINKE werden wir den sozialen-ökologischen Systemwechsel ins Zentrum rücken. Klimapolitik muss dabei sozial gerecht sein, denn Ökologie und Soziales sind zwei Seiten derselben Medaille. Es darf nicht weiter zugelassen werden, dass Reiche es sich leisten können, das Klima zu verpesten und arme Menschen mit den Umweltfolgen, immer höheren Preisen und Mieten sowie mit weniger gesellschaftlicher Teilhabe belastet werden. Wir müssen die lautstarke Stimme für diejenigen werden, die das Ende ihres Monatseinkommens genauso fürchten wie die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Wir machen uns stark für konsequenten Klimaschutz und für soziale Garantien. DIE LINKE ist die Partei, die am 1,5 Grad-Ziel genauso festhält wie am Ziel einer armutsfreien Gesellschaft sowie der Überwindung des Kapitalismus. Wir formulieren eine klare Alternative zur Politik der Ampel-Koalition. DIE LINKE stellt die Interessen der Beschäftigten und der einkommensschwächeren Hälfte der Gesellschaft beim sozial-ökologischen Umbau in den Mittelpunkt: Klimaschutz mit sozialer Absicherung für alle; klimaneutrale Arbeitsplätze mit Zukunft, guten Löhnen und demokratischer Mitbestimmung; wir wollen Vermögen, Arbeit und Zeit gerechter verteilen.

Das Ziel ökologischer Nachhaltigkeit wird innerhalb des wachstumsgetriebenen Kapitalismus nicht realisierbar sein. Er ist Ursache und Triebfeder dieser seit der Industrialisierung andauernden Ausbeutung natürlicher Ressourcen sowie menschlicher Arbeitskraft und wird auf die umfassende Biosphärenkrise, von der die Erderhitzung nur ein Aspekt ist, keine Antwort finden. Weder die Versprechen des Markts, noch die Illusion, ökologische Nachhaltigkeit allein auf technischem Weg herzustellen, werden mit dem bisherigen absurden–weiter steigenden–Niveau an Produktion und Verbrauch oder dem Einverleiben weiterer Bereiche unseres Lebens, die noch nicht kapitalistisch organisiert sind, brechen können. Die angebliche Macht der Konsument*innen kann zwar Märkte, Produkte und Produktionsweisen in begrenztem Maße verändern–die kapitalistische Wachstumsmaschinerie jedoch allein nicht stoppen.

Ein sozial-ökologischer Umbau unserer Wirtschaftsweise wird mit tiefgreifenden strukturellen Veränderungen verbunden sein. Er beinhaltet Projekte radikaler Umbeziehungsweise Rückverteilung: von oben nach unten, von fossil zu erneuerbar, vom globalen Norden in den globalen Süden, von den „Starken“ zu den Verwundbarsten, von Staat zu Menschen und von privat zu öffentlich. Eine ökologische Transformation muss Hand in Hand mit der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit gehen, den Menschen ihre Existenzängste nehmen und echte gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Gerade unter den Bedingungen des notwendigen Rückbaus der Wachstumsökonomie muss soziale Umverteilung umso radikaler erfolgen.

Die Menschen werden den sozial-ökologischen Umbau nur dann aktiv mittragen, wenn es dabei gerecht zugeht. Die Zukunft ist offen und Geschichte wird gemacht; alles was ist, könnte auch anders sein! Der sozial-ökologische Umbau der Gesellschaft ist ein

soziales und demokratisches Erneuerungsprojekt, das genuin eine Umgestaltung der Geschlechterverhältnisse – mit dem Ziel einer geschlechtergerechten Gesellschaft – beinhaltet. Es verfolgt das Ziel, ein gutes Leben, Solidarität sowie nachhaltige Weisen von Produktion und Konsum miteinander zu verbinden. Den Widersprüchen des Kapitalismus und dem System der Ausbeutung stellen wir die Vision einer Gesellschaft entgegen, die in einem respektvollen Verhältnis zu den Mitmenschen und zur Natur lebt. In der Fürsorge für unser aller Lebensgrundlage im Mittelpunkt steht und die getragen wird von den Werten des Teilens, der Zusammenarbeit, des Respekts und der Gleichberechtigung. In einer solidarischen Wirtschaftsweise werden die Produkte nicht für mehr Profit, sondern für die Befriedigung realer menschlicher Bedürfnisse und mit Bezug auf die Grenzen der Belastbarkeit der Biosphäre produziert.

Befreit vom Ballast des erstickenden Scheinwohlstands und der kapitalistischen Verwertungszwänge, wird der Weg geebnet zu einem wirklich guten Leben. Eine nachhaltige Ökonomie verspricht ein Mehr an Zeit, mit ihr ist ein deutlich geringeres Maß an Erwerbsarbeit (im Sinne einer kurzen Vollzeit) verbunden. Jede*r findet gleichberechtigt Zeit für Erwerbsarbeit, Familienarbeit und Freund*innen, für Demokratie und Gemeinschaft sowie für sich selbst und die eigene Entwicklung. Mit einer neuen Verteilung von Lebenszeit lassen sich auch alte Rollenklischees, strukturelle Benachteiligungen und Unterdrückung aufbrechen; auch wird endlich eine geschlechtergerechte Verteilung von Arbeit, Zeit, Einkommen, Ressourcen und demokratischer Teilhabe aller denkbar.

Eins ist für uns klar: DIE LINKE rettet Klima und Menschen, nicht Kapitalismus und Aktienkurse!

Begründung

Der ursprüngliche Antragstext ist deutlich zu negativ formuliert, er arbeitet sich viel zu sehr an der Ampel ab und scheint nicht geeignet die sozial-ökologisch-feministischen Werte unseres Gründungsgedankens transportieren zu können. Der Änderungsantrag möchte mit der positiven Vision (realistischen Utopie) des guten Lebens für Alle eine Grundlage für den dringend notwendigen Erneuerungsprozess der Partei bieten. Der Antrag greift inhaltlich auf einen Antrag der LINKEN. Hessen aus dem Jahr 2019 zurück, der seinerzeit mit großer Mehrheit auf einem Landesparteitag verabschiedet wurde.

Antrag L01.001.2: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:

Ökologische Plattform, BAG Wirtschaftspolitik

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1 - 2

- 1 **Gemeinwohl statt Profit. ~~Klimagerechtigkeit~~ Umwelt-, Klima- und Ressourcengerechtigkeit statt Aufrüstung. ~~DIE LINKE ist bereit für die neue Zeit~~**

Begründung

- a) Die kapitalistische Produktionsweise bedeutet Streben nach Profitmaximierung. Dagegen mobilisieren wir. Es geht um mehr als Klimagerechtigkeit, wenn jede und jeder in Würde leben können soll: um Klima-, Umwelt- und Ressourcengerechtigkeit.
- b) Der Nachsatz wurde im Antrag gestrichen, um die Länge zu regulieren und da er sehr widersprüchlich wahrgenommen wird, was wohl auch externe Leser betreffen würde.

Antrag L01.001.3: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:

linksjugend ['solid]

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1

- 1 **~~Gemeinwohl statt Profit.~~ Das gute Leben für alle statt grünem Kapitalismus! Klimagerechtigkeit statt Aufrüstung. DIE LINKE ist bereit**
- 2 **für die neue Zeit**

Zeile 96 - 98

- 91 SPD und Grüne haben sich den Spielarten liberaler Modernisierung verschrieben, sie
- 92 denken nicht über den Horizont eines immer krisenhafteren Wirtschaftssystems hinaus.
- 93 Eine linke Partei muss mehr wollen. Und wir können mehr. Wir haben den Anspruch einer
- 94 modernen, sozialistischen Gerechtigkeitspartei, die für eine gerechte Transformation,
- 95 für weltweite soziale Rechte und Klimagerechtigkeit, für Abrüstung, Frieden und eine
- 96 neue sozial-ökologische Weltwirtschaft entsteht. Nach dem Dogma der ~~Markgläubigkeit~~
- 97 Marktgläubigkeit und angesichts globaler Krisen braucht es eine Kraft, die ~~Gemeinwohl vor Profit-~~
- 98 ~~stellt~~ das gute Leben für alle fordert. Diese Zeit braucht eine mutige, radikale und realistische
- 99 Politik von links.
- 99 Das ist unser Anspruch und dafür stellen wir uns neu auf.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag L01.002.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:

Linus Hagemann (BV Charlottenburg-Wilmersdorf), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2

- 1 **Gemeinwohl statt Profit. Klimagerechtigkeit statt Aufrüstung. DIE LINKE ist bereit**
- 2 **für die neue Zeit!**

Begründung

Der Ampel-Rhetorik um die "Zeitenwende" sollten wir uns nicht anschließen. Im Zusammenhang der Überschrift könnte außerdem der Eindruck erweckt werden, erst eine "neue Zeit" würde "**Gemeinwohl statt Profit. Klimagerechtigkeit statt Aufrüstung.**" notwendig oder richtig machen. Dem ist selbstverständlich nicht so.

Antrag L01.003.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:

KV Marburg-Biedenkopf

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3 - 12

- 3 Wir leben in Zeiten großer Umbrüche: ~~Die Klimakatastrophe bedroht das Überleben der~~
- 4 ~~Menschheit, Russlands Krieg gegen die Ukraine hat den Frieden in Europa erschüttert,~~
- 5 ~~die zunehmenden geopolitischen Rivalitäten zwischen imperialistischen Mächten bergen~~
- 6 ~~die Gefahr eines globalen Flächenbrandes. Seit der weltweiten Finanz- und~~
- 7 ~~Wirtschaftskrise 2008/2009 hängt das neoliberale Wirtschaftsmodell am Tropf der~~
- 8 ~~Notenbanken—die wirtschaftlichen Aussichten~~Nicht über Investitionen in Klimaschutz und
- 9 Klimaanpassung wird nun debattiert, sondern über Milliarden für die Landesverteidigung. Ein
- 10 weiteres Mal nach der Corona-Krise droht der Klimaschutz ins Hintertreffen zu geraten. Menschen
- 11 sind angesichts der Auswirkungen nur begrenzt dazu fähig, ihre Aufmerksamkeit gleichzeitig
- 12 mehreren krisenhaft zugespitzten Themen zu widmen. Etliche Studien zeigen, dass Befragte sich
- 13 weniger Sorgen über ein Problem machen, wenn sich ihnen gerade ein anderes aufdrängt.
- 14 Deshalb sollten wir in möglichst einfachen Worten sagen, wie es ist: Der Wechsel zu erneuerbaren
- 15 Energien ist ein zentraler Beitrag zu Frieden und Gerechtigkeit und macht uns unabhängiger von
- 16 Krieg und Pandemie ungewiss. Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit weiter zu,
- 17 autoritäre und rechte Kräfte erstarken. Die Pandemie hat diese Krisen noch vertieft
- 18 und beschleunigt. Diese Umbrüche und Krisenprozesse verdichten sich zu einem
- 19 Epochenbruch autokratischen Systemen. Um künftig Kriege zu verhindern, ist Klima- und
- 20 Ressourcenschutz die wichtigste Grundvoraussetzung.

Zeile 13 - 20

- 13 ~~Viele Menschen haben Angst vor einer Eskalation, vor wachsenden Kriegsgefahren und~~
- 14 ~~sogar vor einem möglichen Atomkrieg. Als Folge der Krisen der letzten Jahre scheint~~

~~15 alles in Frage zu stehen: Politik, Medien, Wissenschaft – kaum ein gesellschaftlicher
16 Bereich, in dem das Vertrauen der Menschen nicht erschüttert ist. Besonders für die
17 junge Generation und bei prekär Lebenden gilt das kapitalistische Wirtschaftssystem
18 nicht mehr als verheißungsvolle Zukunft. Zugleich werden grundsätzliche Alternativen
19 von vielen kaum für möglich gehalten. Gegen das Gefühl von Alternativlosigkeit und
20 Apokalypse wollen wir zeigen, dass es anders geht.~~

Zeile 21 - 28

~~21 Die Niederlage unserer Partei bei der Bundestagswahl zeigt, wo wir stehen und von wo
22 wir neu starten müssen. Uns gelingt es nicht ausreichend, in einer veränderten
23 politischen Konstellation die Erwartungen derjenigen zu erfüllen, die sich vorstellen
24 können links zu wählen. Wir wollen denjenigen Menschen, die uns gewählt oder nicht
25 mehr gewählt haben, die zweifeln oder neugierig auf Alternativen sind, neue Antworten
26 geben – und das, was richtig war und bleibt, geschlossener und mutiger nach außen
27 vertreten. Dafür wollen wir DIE LINKE gemeinsam erneuern und uns für die neue Zeit
28 gesellschaftlicher Richtungsentscheidungen aufstellen.~~

Zeile 29 - 34

~~29 Millionen Menschen haben bei der Bundestagswahl ihre Hoffnungen mit einem
30 Regierungswechsel verbunden. Hoffnungen, das Klima zu retten. Hoffnungen auf mehr
31 Gerechtigkeit. Nach Jahren des Aussitzens von Problemen, gab es die Hoffnung auf
32 etwas Neues. Mit der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro hat die Ampel Koalition
33 ein sozialdemokratisches Wahlversprechen umgesetzt, mit der Streichung des § 219a
34 eine längst überfällige Reform beschlossen. In der Mitte des Koalitionsvertrages aber
35 klafft eine riesige Gerechtigkeitslücke: 100 Milliarden Euro Sondervermögen für
36 Aufrüstung - aber kein Sondervermögen zur Bekämpfung der wachsenden Armut in
37 Deutschland. Kein Gerechtigkeitspaket, um bezahlbare Wohnungen zu bauen, Kinderarmut
38 und den Pflegenotstand endlich zu beenden und soziale Berufe endlich angemessen zu
39 bezahlen. Die Rentenpolitik der Ampel lässt sich auf die Formel bringen: Zehn
40 Milliarden Euro Steuergelder in die Aktienrente, aber Null Milliarden, um die sich
41 abzeichnende Lawine von Altersarmut zu stoppen. Hartz IV wird umbenannt, aber die
42 viel zu niedrigen Sätze bleiben. Ist das der versprochene „Respekt“? Die
43 Wahlkampfversprechen von SPD und Grünen - gerechtere Einkommensteuer, Abschaffung der
44 Zwei-Klassen-Medizin durch eine Bürgerversicherung, bezahlbare Mieten - sind alle
45 Makulatur. Die Ampel verspricht gesellschaftlichen Fortschritt - aber für wen? Die
46 Lebenswirklichkeiten der Hälfte der Bevölkerung werden dabei vergessen und die
47 Reichen werden immer reicher.~~

Begründung

Antrag L01.003.2: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:

Ökologische Plattform, BAG Wirtschaftspolitik

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3

3 Wir leben in Zeiten großer Umbrüche: ~~Die Klimakatastrophe bedroht~~Klima- und
4 Umweltkatastrophen und ein Atomkrieg bedrohen das Überleben der
5 Menschheit, Russlands Krieg gegen die Ukraine hat den Frieden in Europa erschüttert,
6 die zunehmenden geopolitischen Rivalitäten zwischen imperialistischen Mächten bergen
7 die Gefahr eines globalen Flächenbrandes. Seit der weltweiten Finanz- und
8 Wirtschaftskrise 2008/2009 hängt das neoliberale Wirtschaftsmodell am Tropf der
9 Notenbanken - die wirtschaftlichen Aussichten sind angesichts der Auswirkungen von
10 Krieg und Pandemie ungewiss. Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit weiter zu,
11 autoritäre und rechte Kräfte erstarben. Die Pandemie hat diese Krisen noch vertieft
12 und beschleunigt. Diese Umbrüche und Krisenprozesse verdichten sich zu einem
Epochenbruch.

Begründung

Seit langem stimmen Friedens- und Umweltbewegungen überein, dass die Klima- und Umweltkrisen einerseits und ein globaler Atomkrieg andererseits den Fortbestand der Menschheit bedrohen. Außerdem ist die vorgeschlagene Formulierung in Übereinstimmung mit der beantragten Veränderung der Überschrift des Antrages.

Antrag L01.003.3: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:

Geraer Sozialistischer Dialog, Stadtteilgruppe (BO) Eppendorf /
Hoheluft-Ost

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3 - 12

3 Wir leben in Zeiten ~~großer Umbrüche: Die Klimakatastrophe bedroht das Überleben der~~
4 ~~Menschheit, Russlands Krieg gegen die Ukraine hat den~~zugespitzter Widersprüche: Die
5 Menschheit hat einen Stand des wissenschaftlichen, kulturellen und technischen Fortschritts
6 erreicht, der die Möglichkeit beinhaltet, dass sich alle Menschen in Wohlstand, gemeinsamem
7 Frieden in Europa erschüttert, und in Einklang mit den natürlichen Lebensgrundlagen solidarisch
8 entfalten können. Stattdessen aber bedroht die Klimakatastrophe das Überleben der Menschheit,
9 die zunehmenden geopolitischen Rivalitäten zwischen imperialistischen Mächten bergen
10 die Gefahr eines globalen Flächenbrandes. Seit der weltweiten Finanz- und
11 Wirtschaftskrise 2008/2009 hängt das neoliberale Wirtschaftsmodell am Tropf der
12 Notenbanken - die wirtschaftlichen Aussichten sind angesichts der Auswirkungen von
13 Krieg und Pandemie ungewiss. Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit weiter zu,
14 autoritäre und rechte Kräfte erstarben. ~~Die~~Seit der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise
15 2008/2009 hängt das neoliberale Wirtschaftsmodell am Tropf der Notenbanken - die
16 wirtschaftlichen Aussichten sind angesichts der Auswirkungen von Krieg ungewiss. Die Pandemie
17 hat diese Krisen noch vertieft
18 und beschleunigt. ~~Diese Umbrüche und Krisenprozesse~~Sie verdichten sich zu einem
19 Epochenbruch. Es liegt in der Hand von uns allen, die erfreulichen Möglichkeiten gegen die
20 aktuelle menschenunwürdige Wirklichkeit durchzusetzen. Die LINKE will daran mitwirken,
21 Initiative ergreifen und andere mitreißen.

Antrag L01.003.4: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3 - 12

- 3 Wir leben in Zeiten großer ~~Umbrüche: Die Klimakatastrophe bedroht das Überleben der~~
 4 ~~Menschheit, Russlands Krieg gegen die Ukraine hat den Frieden in Europa erschüttert,~~
 5 ~~die zunehmenden geopolitischen Rivalitäten zwischen imperialistischen Mächten bergen~~
 6 ~~die Gefahr eines globalen Flächenbrandes. Seit der weltweiten Finanz- und~~
 7 ~~Wirtschaftskrise 2008/2009 hängt das neoliberale Wirtschaftsmodell am Tropf der~~
 8 ~~Notenbanken— die wirtschaftlichen Aussichten sind angesichts der Auswirkungen von~~
 9 ~~Krieg und Pandemie ungewiss. Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit weiter zu,~~
 10 ~~autoritäre und rechte Kräfte erstarken. Die Pandemie hat diese~~ Krisen und sozialer Widersprüche:
Die Klimakatastrophe bedroht das Überleben der Menschheit, der Krieg zwischen den
imperialistischen Mächten Russland und dem Westen um den wirtschaftlichen Zugriff auf die
Ukraine hat den Frieden in Europa erschüttert, die Zunahme der geopolitischen Rivalitäten
zwischen den imperialistischen Mächten bergen die Gefahr eines globalen Flächenbrandes. Seit
der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 hängt das neoliberale Wirtschaftsmodell
am Tropf der Notenbanken - die wirtschaftlichen Aussichten sind angesichts der historischen
Krise des Kapitalismus und die Auswirkungen von Krieg und Pandemie ungewiss. Die soziale
Ungleichheit spitzt sich weltweit weiter zu, autoritäre und rechte Kräfte erstarken angesichts der
kapitalistischen Krise. Die Pandemie hat diese Krise noch vertieft
 11 und beschleunigt. ~~Diese Umbrüche~~ Die Widersprüche und Krisenprozesse verdichten sich zu
 12 ~~einem~~
Epochenbruch einer Periode sozialer Konflikte, Konvulsionen und Kämpfe.

Begründung

Die Einführung vom Leitantrag beinhaltet keine konkrete Feststellung über den Kapitalismus als Ursache von Krise und Konflikte. Wirkliche materielle Probleme der lohnabhängigen Bevölkerung werden nur unzureichend aufgezählt. Der Zusammenhang zwischen kapitalistischem Wirtschaftssystem und Krise, besonders auch ökologischer Krise werden nicht eindeutig herausgestellt. Es werden nur unzureichend Schlussfolgerungen aus Wahlniederlagen für Parteaufbau und notwendiger Neuausrichtung gemacht.

Antrag L01.004.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 4

- 3 Wir leben in Zeiten großer Umbrüche: Die Klimakatastrophe bedroht das Überleben der
 4 Menschheit, ~~Russlands Krieg gegen die Ukraine hat den Frieden in Europa erschüttert,~~
 5 die zunehmenden geopolitischen Rivalitäten zwischen imperialistischen Mächten bergen
 6 die Gefahr eines globalen Flächenbrandes. Seit der weltweiten Finanz- und
 7 Wirtschaftskrise 2008/2009 hängt das neoliberale Wirtschaftsmodell am Tropf der
 8 Notenbanken - die wirtschaftlichen Aussichten sind angesichts der Auswirkungen von
 9 Krieg und Pandemie ungewiss. Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit weiter zu,

10 autoritäre und rechte Kräfte erstarken. Die Pandemie hat diese Krisen noch vertieft
11 und beschleunigt. Diese Umbrüche und Krisenprozesse verdichten sich zu einem
12 Epochenbruch.

Begründung

Frieden ist nicht nur die Abwesenheit von Krieg. Die permanente Aufrüstung der Bundesregierung seit den 90er Jahren, die Stationierung von Atomwaffen in Büchel und die Kriege in Jugoslawien haben den „Frieden in Europa“ vorher bereits erschüttert. Weitergehend haben die Kriege um Europa herum, ob im Nahen Osten, Nordafrika der die Geflüchteten-situation gezeigt, dass der Kontinent Europa und besonders die EU permanent in Krieg verwickelt war. Die Verharmlosung dessen (Beschränkung auf die aktuelle Situation Russland-Ukraine-Krieg) gehört deshalb gestrichen.

Antrag L01.006.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:	Linus Hagemann (BV Charlottenburg-Wilmersdorf), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), Moritz Fröhlich (BAG Grundeinkommen)
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 6 - 8

3 Wir leben in Zeiten großer Umbrüche: Die Klimakatastrophe bedroht das Überleben der
4 Menschheit, Russlands Krieg gegen die Ukraine hat den Frieden in Europa erschüttert,
5 die zunehmenden geopolitischen Rivalitäten zwischen imperialistischen Mächten bergen
6 die Gefahr eines globalen Flächenbrandes. ~~Seit der weltweiten Finanz- und~~
7 ~~Wirtschaftskrise 2008/2009 hängt das neoliberale Wirtschaftsmodell am Tropf der~~
8 ~~Notenbanken—die~~Die wirtschaftlichen Aussichten sind angesichts der Auswirkungen von
9 Krieg und Pandemie ungewiss. Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit weiter zu,
10 autoritäre und rechte Kräfte erstarken. Die Pandemie hat diese Krisen noch vertieft
11 und beschleunigt. Diese Umbrüche und Krisenprozesse verdichten sich zu einem
12 Epochenbruch.

Begründung

Ohne inhaltliches hinzuzufügen, ähnelt diese, auch überaus pauschalisierende, Kritik an Notenbanken in Formulierung dem, was sonst von "Crashpropheten" und Rechten vorgebracht wird. Linke Kritik müssen anders aussehen, diese Art von Formulierung ist uns zu nah an der Rhetorik von Menschen die ihre Kritik am Wirtschaftssystem lediglich auf die EZB fokussieren, anstatt auf die tatsächlichen materiellen Verhältnisse.

Antrag L01.007.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:	BAG Betrieb & Gewerkschaft
--------------------------	----------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 7 - 8

3 Wir leben in Zeiten großer Umbrüche: Die Klimakatastrophe bedroht das Überleben der
4 Menschheit, Russlands Krieg gegen die Ukraine hat den Frieden in Europa erschüttert,
5 die zunehmenden geopolitischen Rivalitäten zwischen imperialistischen Mächten bergen
6 die Gefahr eines globalen Flächenbrandes. Seit der weltweiten Finanz- und
7 Wirtschaftskrise 2008/2009 ~~hängt das neoliberale Wirtschaftsmodell am Tropf der~~
können nur extrem niedrige Zinsen durch die Notenbanken einen völligen Einbruch der
Investitionen verhindern - die wirtschaftlichen Aussichten sind angesichts der Auswirkungen von
9 Krieg und Pandemie ungewiss. Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit weiter zu,
10 autoritäre und rechte Kräfte erstarben. Die Pandemie hat diese Krisen noch vertieft
11 und beschleunigt. Diese Umbrüche und Krisenprozesse verdichten sich zu einem
12 Epochenbruch.

Begründung

Im Kapitalismus braucht es immer aktive Geldpolitik durch Notenbanken. Das Bild, dass ein bestimmtes Wirtschaftsmodell nur durch die Notenbanken aufrecht erhalten werden kann, ist schief.

Antrag L01.011.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:	Ökologische Plattform, BAG Wirtschaftspolitik
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 11 - 12

3 Wir leben in Zeiten großer Umbrüche: Die Klimakatastrophe bedroht das Überleben der
4 Menschheit, Russlands Krieg gegen die Ukraine hat den Frieden in Europa erschüttert,
5 die zunehmenden geopolitischen Rivalitäten zwischen imperialistischen Mächten bergen
6 die Gefahr eines globalen Flächenbrandes. Seit der weltweiten Finanz- und
7 Wirtschaftskrise 2008/2009 hängt das neoliberale Wirtschaftsmodell am Tropf der
8 Notenbanken - die wirtschaftlichen Aussichten sind angesichts der Auswirkungen von
9 Krieg und Pandemie ungewiss. Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit weiter zu,
10 autoritäre und rechte Kräfte erstarben. Die Pandemie hat diese Krisen noch vertieft
11 und beschleunigt. ~~Diese Umbrüche und Krisenprozesse verdichten sich zu einem~~
12 ~~Epochenbruch.~~

Begründung

Der „Epochenbruch“ wird im Text nicht wirklich erklärt. Damit bleibt der Satz unverständlich und anfällig für Fehlinterpretationen.

Antrag L01.015.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:	KV Unna
--------------------------	---------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 15 - 20

13 Viele Menschen haben Angst vor einer Eskalation, vor wachsenden Kriegsgefahren und
14 sogar vor einem möglichen Atomkrieg. Als Folge der Krisen der letzten Jahre scheint
15 alles in Frage zu stehen: Politik, Medien, Wissenschaft und Wirtschaft - kaum ein
16 gesellschaftlicher
17 Bereich, in dem das Vertrauen der Menschen nicht erschüttert ist. Besonders für die
18 junge Generation und bei prekär Lebenden gilt das kapitalistische Wirtschaftssystem
19 nicht mehr als verheißungsvolle Zukunft. ~~Zugleich~~ Doch auch die lohnabhängigen Arbeiter:innen
20 ~~werden grundsätzliche Alternativen~~
~~von vielen kaum für möglich gehalten. Gegen das Gefühl von Alternativlosigkeit und~~
~~Apokalypse wollen wir zeigen, dass es anders geht~~ von steigenden Preisen, Inflation, Lohn- und
Sozialabbau erdrückt. Zugleich konnte sich für sie bisher keine linke Kraft als sozialistische
Alternative präsentieren. Angesichts der in der Landtagswahl NRW deutlich gewordenen Krise des
politischen Establishments muss die Linke den Lohnabhängigen einen Ausweg aus der
gesellschaftlichen Krise weisen und als konsequente antikapitalistische Kraft und Alternative
auftreten.

Begründung

Die Einführung vom Leitantrag beinhaltet keine konkrete Feststellung über den Kapitalismus als Ursache von Krise und Konflikte. Wirkliche materielle Probleme der lohnabhängigen Bevölkerung werden nur unzureichend aufgezählt. Der Zusammenhang zwischen kapitalistischem Wirtschaftssystem und Krise, besonders auch ökologischer Krise werden nicht eindeutig herausgestellt. Es werden nur unzureichend Schlussfolgerungen aus Wahlniederlagen für Parteaufbau und notwendiger Neuausrichtung gemacht

Antrag L01.017.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:

BAG Betrieb & Gewerkschaft

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 17

13 Viele Menschen haben Angst vor einer Eskalation, vor wachsenden Kriegsgefahren und
14 sogar vor einem möglichen Atomkrieg. Als Folge der Krisen der letzten Jahre scheint
15 alles in Frage zu stehen: Politik, Medien, Wissenschaft - kaum ein gesellschaftlicher
16 Bereich, in dem das Vertrauen der Menschen nicht erschüttert ist. Besonders für die
17 junge Generation und bei prekär Lebenden sowie einer ganzen Alterskohorte, der angesichts der
Aushöhlung des Systems der gesetzlichen Rente Altersarmut droht, gilt das kapitalistische
18 Wirtschaftssystem
19 nicht mehr als verheißungsvolle Zukunft. Zugleich werden grundsätzliche Alternativen
20 von vielen kaum für möglich gehalten. Gegen das Gefühl von Alternativlosigkeit und
Apokalypse wollen wir zeigen, dass es anders geht.

Begründung

Insbesondere diese Generation hat nach einem Leben in Armut extreme Angst vor Altersarmut. Diese Sorge sollte DIE LINKE stärker in den Blick nehmen.

Antrag L01.021.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 21 - 28

21 ~~Die~~ Auch die Niederlage unserer Partei bei der Bundestagswahl zeigt, wo wir stehen und von wo
 22 wir neu starten müssen. Uns gelingt es nicht ausreichend, die Menschen in einer veränderten-
 23 politischen Konstellation die Erwartungen derjenigen zu erfüllen, die sich vorstellen-
 24 können links zu wählen der Krise abzuholen und die konkreten Probleme anzupacken, die sie
 25 unmittelbar jetzt betreffen. Wir wollen denjenigen Menschen, die uns gewählt oder nicht
 26 mehr gewählt haben, die zweifeln ~~oder neugierig auf Alternativen~~, orientierungslos sind, neue und
 27 die Beliebtheit der etablierten Parteien satt haben, konkrete und kämpferische Antworten
 28 geben - und das, ~~was richtig war und bleibt, geschlossener und mutiger nach außen~~
~~vertreten. Dafür wollen wir DIE LINKE gemeinsam erneuern und uns~~ fordert, gerade jetzt,
geschlossenes und mutiges Vorgehen. Dafür braucht es eine kämpferische und sozialistische
LINKE, die sich nicht vor einer Konfrontation mit den Banken und Konzernen fürchtet. Dafür
braucht es eine Schwerpunktsetzung der Aktivitäten der Partei DIE LINKE auf Proteste,
Arbeitskämpfe und sozialen Bewegungen und keine Beteiligung an pro-kapitalistischen
Regierungen mit den Sozialabbau- und "Kriegs"-Parteien. Und es braucht eine demokratische
Mitgliederpartei DIE LINKE mit jederzeitiger Wähl- und Abwählbarkeit der Funktionsträger:innen,
sowie einen durchschnittlichen Tariflohn für die neue Zeit-
gesellschaftlicher Richtungsentscheidungen aufstellen. Hauptamtliche und Mandatsträger:innen,
um Karrierismus einen Riegel vorzuschieben!

Begründung

Die Einführung vom Leitantrag beinhaltet keine konkrete Feststellung über den Kapitalismus als Ursache von Krise und Konflikte. Wirkliche materielle Probleme der lohnabhängigen Bevölkerung werden nur unzureichend aufgezählt. Der Zusammenhang zwischen kapitalistischem Wirtschaftssystem und Krise, besonders auch ökologischer Krise werden nicht eindeutig herausgestellt. Es werden nur unzureichend Schlussfolgerungen aus Wahlniederlagen für Parteaufbau und notwendiger Neuausrichtung gemacht.

Antrag L01.022.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 22 - 26

21 Die Niederlage unserer Partei bei der Bundestagswahl zeigt, wo wir stehen und von wo
 22 wir neu starten müssen. ~~Uns gelingt es nicht ausreichend, in einer veränderten-~~
 23 ~~politischen Konstellation die Erwartungen derjenigen zu erfüllen, die sich vorstellen-~~
 24 ~~können links zu wählen. Wir wollen denjenigen Menschen, die uns gewählt oder nicht-~~
 25 ~~mehr gewählt haben, die zweifeln oder neugierig auf Alternativen sind, neue Antworten~~
 26 ~~geben.~~ Unsere programmatischen gefassten Ambitionen für eine tagesaktuelle radikale Reform
des Kapitalismus, die dem Epochenumbruch gerecht werden, stimmen: sozial- und ökologischer
Systemwechsel, radikale Abrüstung, Vergesellschaftung der Daseinsvorsorge, Vermögenssteuer

und das Ende der Schuldenbremse. Uns gelingt jedoch bislang nicht ausreichend zu begründen, dass wir diese Vorhaben als Partei grundlegender gesellschaftliche Opposition auch für realistisch halten und durchsetzen können. Dafür wollen wir diejenigen Menschen, die uns gewählt oder nicht mehr gewählt haben, die zweifeln oder neugierig auf Alternativen sind, neu überzeugen, mit uns gemeinsam in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu gehen. Wir wollen dafür begeistern, sich als Teil solidarischer Kämpfe zu gemeinsamen Protagonisten der Hervorbringung einer menschlicheren Gesellschaft zu machen. Dafür wollen wir das, was richtig war und bleibt, geschlossener und mutiger nach außen

27 vertreten. Dafür wollen wir DIE LINKE gemeinsam erneuern und uns für die neue Zeit

28 gesellschaftlicher Richtungsentscheidungen aufstellen.

Antrag L01.024.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in: linksjugend ['solid]

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 24

21 Die Niederlage unserer Partei bei der Bundestagswahl zeigt, wo wir stehen und von wo

22 wir neu starten müssen. Uns gelingt es nicht ausreichend, in einer veränderten

23 politischen Konstellation die Erwartungen derjenigen zu erfüllen, die sich vorstellen

24 können links zu wählen bzw. überhaupt neue Menschen davon zu überzeugen links zu wählen. Wir wollen denjenigen Menschen, die uns gewählt oder nicht

25 mehr gewählt haben, die zweifeln oder neugierig auf Alternativen sind, neue Antworten

26 geben - und das, was richtig war und bleibt, geschlossener und mutiger nach außen

27 vertreten. Dafür wollen wir DIE LINKE gemeinsam erneuern und uns für die neue Zeit

28 gesellschaftlicher Richtungsentscheidungen aufstellen.

Zeile 67

60 Statt der Hoffnung auf einen sozialen und klimagerechten Umbau, beginnt die neue

61 Regierungszeit für Millionen Menschen mit Angst vor der nächsten

62 Heizkostenabrechnung. Die Folgen der steigenden Energie- und Lebensmittelpreise sind

63 nur ein Vorgeschmack auf mögliche Ressourcenkrisen der Zukunft. Die steigenden Preise

64 fressen für viele längst die Löhne auf. Der Umgang der Bundesregierung damit ist

65 halbherzig und sozial ungerecht, die beschlossenen Maßnahmen zur Abfederung reichen

66 für Geringverdienende, Pendler*innen, Rentner*innen und Hartz-IV-Bezieher*innen

67 ~~längst nicht aus~~ längst nicht aus. Doch auch abgedeckt bleiben die Lebensbedingungen vieler Menschen katastrophal. Teile der Bundesregierung fordern bereits ein energiepolitisches

68 Rollback mit verlängertem Atom- und Kohlestrom. Das sagt viel aus über das, was die

69 Ampel-Parteien unter Transformation verstehen: Halbherziger Klimaschutz, der über

70 Preise geregelt wird und die soziale Spaltung der Gesellschaft nicht in Frage stellt.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

Antrag L01.029.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 29 - 32

29 Millionen Menschen ~~haben bei~~ hatten anlässlich der Bundestagswahl ~~ihre Hoffnungen mit einem~~
 30 ~~Regierungswechsel verbunden.~~ Hoffnungen, das Klima zu retten. Hoffnungen auf mehr
 31 Gerechtigkeit. ~~Nach Jahren des Aussitzens von Problemen, gab es die Hoffnung auf~~
 32 ~~etwas Neues~~ Diese Hoffnungen haben den Wahlkampf und die anschließende Regierungsbildung
aber nicht geprägt. Auch deshalb konnte unsere linke Alternative nicht durchdringen. Es ging um
ein Weiter-So und allenfalls um pragmatische Modernisierung des Kapitalismus, das ist auch
Haupttenor der neuen Koalitionsvereinbarung. Und selbst dieser Weiter-So-Pragmatismus wurde
durch den neuen Krieg in Europa schon zur Makulatur erklärt. Mit der Erhöhung des Mindestlohns
 auf 12 Euro hat die Ampel-Koalition
 33 ein sozialdemokratisches Wahlversprechen umgesetzt, mit der Streichung des § 219a
 34 eine längst überfällige Reform beschlossen. In der Mitte des Koalitionsvertrages aber
 35 klafft eine riesige Gerechtigkeitslücke: 100 Milliarden Euro Sondervermögen für
 36 Aufrüstung - aber kein Sondervermögen zur Bekämpfung der wachsenden Armut in
 37 Deutschland. Kein Gerechtigkeitspaket, um bezahlbare Wohnungen zu bauen, Kinderarmut
 38 und den Pflegenotstand endlich zu beenden und soziale Berufe endlich angemessen zu
 39 bezahlen. Die Rentenpolitik der Ampel lässt sich auf die Formel bringen: Zehn
 40 Milliarden Euro Steuergelder in die Aktienrente, aber Null Milliarden, um die sich
 41 abzeichnende Lawine von Altersarmut zu stoppen. Hartz IV wird umbenannt, aber die
 42 viel zu niedrigen Sätze bleiben. Ist das der versprochene „Respekt“? Die
 43 Wahlkampfversprechen von SPD und Grünen - gerechtere Einkommensteuer, Abschaffung der
 44 Zwei-Klassen-Medizin durch eine Bürgerversicherung, bezahlbare Mieten - sind alle
 45 Makulatur. Die Ampel verspricht gesellschaftlichen Fortschritt - aber für wen? Die
 46 Lebenswirklichkeiten der Hälfte der Bevölkerung werden dabei vergessen und die
 47 Reichen werden immer reicher.

Begründung

Entspricht so ein wenig mehr den tatsächlichen Vorgängen.

Antrag L01.029.2: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 29 - 47

29 Millionen Menschen haben bei der Bundestagswahl ~~ihre Hoffnungen mit einem~~
 30 ~~Regierungswechsel verbunden. Hoffnungen~~ auf einen Regierungs- und Politikwechsel gehofft.
Gehofft, das Klima zu retten. ~~Hoffnungen auf mehr~~
 31 ~~Gerechtigkeit~~ Gehofft auf erkennbare soziale Verbesserungen. Nach Jahren des Aussitzens von
 Problemen, gab es die Hoffnung auf
 32 ~~etwas Neues~~ Besserung. Mit der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro hat die Ampel-Koalition
 33 ~~ein~~ ein längst überfälliges sozialdemokratisches Wahlversprechen umgesetzt, mit der Streichung
 des § 219a

34 ~~eine, eine ebenfalls~~ längst überfällige Reform, beschlossen. ~~In der Mitte des Koalitionsvertrages aber~~
35 ~~klafft eine riesige Gerechtigkeitslücke: 100 Milliarden Euro Sondervermögen für~~
36 ~~Aufrüstung aber kein Sondervermögen zur Bekämpfung der wachsenden Armut in~~
37 ~~Deutschland. Kein Gerechtigkeitspaket, um bezahlbare Wohnungen zu bauen, Kinderarmut~~
38 ~~und den Pflegenotstand endlich zu beenden und soziale Berufe endlich angemessen zu~~
39 ~~bezahlen. Die Rentenpolitik der Ampel lässt sich auf die Formel bringen: Zehn~~
40 ~~Milliarden Euro Steuergelder in die Aktienrente, aber Null Milliarden, um die sich~~
41 ~~abzeichnende Lawine von Altersarmut zu stoppen. Hartz IV~~ Erwähnt wird jedoch mit keinem Wort,
wie Krise, Inflation, steigende Preise und Mieten diese kleinen Errungenschaften gleich wieder
null und nichtig machen. In der Mitte des Koalitionsvertrages klafft eine riesige
Gerechtigkeitslücke: 100 Milliarden Euro Sondervermögen für Aufrüstung - aber kein
Sondervermögen zur Bekämpfung der zunehmenden Verarmung breiter Bevölkerungsschichten,
besonders der arbeitenden Bevölkerung. Kein Gerechtigkeitspaket, um bezahlbare Wohnungen zu
bauen, Kinderarmut und den Pflegenotstand endlich zu beenden und soziale Berufe endlich
angemessen zu bezahlen. Die Rentenpolitik der Ampel lässt sich auf die Formel bringen: Zehn
Milliarden Euro Steuergelder in die Aktienrente, aber Null Milliarden, um die sich abzeichnende
Lawine von Altersarmut zu stoppen. Hartz IV soll nur umbenannt, aber die
werden, aber die viel zu niedrigen Sätze bleiben. Ist das der versprochene „Respekt“? Die
43 Wahlkampfversprechen von SPD und Grünen - gerechtere Einkommensteuer, Abschaffung der
44 Zwei-Klassen-Medizin durch eine allgemeine Bürgerversicherung, bezahlbare Mieten - sind alle
45 Makulatur. Die Ampel verspricht gesellschaftlichen Fortschritt - aber für wen? Die
Für Banken, Konzerne und deren Eigner:innen. Die Lebenswirklichkeiten der Hälfte der
Bevölkerung werden dabei vergessen und ~~die~~
47 ~~Reichen werden immer reicher~~ Großunternehmen bereichern sich in und aufgrund der Krise und
fahren Milliardengewinne ein.

Begründung

Die Einführung vom Leitantrag beinhaltet keine konkrete Feststellung über den Kapitalismus als Ursache von Krise und Konflikte. Wirkliche materielle Probleme der lohnabhängigen Bevölkerung werden nur unzureichend aufgezählt. Der Zusammenhang zwischen kapitalistischem Wirtschaftssystem und Krise, besonders auch ökologischer Krise werden nicht eindeutig herausgestellt. Es werden nur unzureichend Schlussfolgerungen aus Wahlniederlagen für Parteaufbau und notwendiger Neuausrichtung gemacht.

Antrag L01.032.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in: LV Hessen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 32 - 35

29 Millionen Menschen haben bei der Bundestagswahl ihre Hoffnungen mit einem
30 Regierungswechsel verbunden. Hoffnungen, das Klima zu retten. Hoffnungen auf mehr
31 Gerechtigkeit. Nach Jahren des Aussitzens von Problemen, gab es die Hoffnung auf
32 etwas Neues. Mit der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro ~~hat die Ampel Koalition~~
wurde zwar ein sozialdemokratisches Wahlversprechen umgesetzt, kleiner Schritt in die richtige
Richtung getan und mit der Streichung des § 219a
34 eine längst überfällige Reform beschlossen. ~~In der Mitte des Koalitionsvertrages aber,~~ aber weder

schützt das eine wirksam vor Altersarmut noch stärkt das andere in besonderer Weise die Selbstbestimmung über eine Schwangerschaft. Nicht ohne Grund kämpft DIE LINKE für einen höheren Mindestlohn (13 Euro plus) oder die Streichung der Paragraphen 218, 219.

- 35 Darüber hinaus klafft in der Mitte des Koalitionsvertrages eine riesige Gerechtigkeitslücke: 100
Milliarden Euro Sondervermögen für
36 Aufrüstung - aber kein Sondervermögen zur Bekämpfung der wachsenden Armut in
37 Deutschland. Kein Gerechtigkeitspaket, um bezahlbare Wohnungen zu bauen, Kinderarmut
38 und den Pflegenotstand endlich zu beenden und soziale Berufe endlich angemessen zu
39 bezahlen. Die Rentenpolitik der Ampel lässt sich auf die Formel bringen: Zehn
40 Milliarden Euro Steuergelder in die Aktienrente, aber Null Milliarden, um die sich
41 abzeichnende Lawine von Altersarmut zu stoppen. Hartz IV wird umbenannt, aber die
42 viel zu niedrigen Sätze bleiben. Ist das der versprochene „Respekt“? Die
43 Wahlkampfversprechen von SPD und Grünen - gerechtere Einkommensteuer, Abschaffung der
44 Zwei-Klassen-Medizin durch eine Bürgerversicherung, bezahlbare Mieten - sind alle
45 Makulatur. Die Ampel verspricht gesellschaftlichen Fortschritt - aber für wen? Die
46 Lebenswirklichkeiten der Hälfte der Bevölkerung werden dabei vergessen und die
47 Reichen werden immer reicher.

Begründung

Warum wollen wir hier die Ampel-Koalition für ihre Schrittden loben, ohne darauf hinzuweisen, dass diese nicht ausreichend sind. So müsste beispielsweise der Mindestlohn nach Aussagen der Sozialverbände bei 13 Euro liegen.

Antrag L01.034.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:	Linus Hagemann (BV Charlottenburg-Wilmersdorf), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), Moritz Fröhlich (BAG Grundeinkommen)
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 34 - 35

- 29 Millionen Menschen haben bei der Bundestagswahl ihre Hoffnungen mit einem
30 Regierungswechsel verbunden. Hoffnungen, das Klima zu retten. Hoffnungen auf mehr
31 Gerechtigkeit. Nach Jahren des Aussitzens von Problemen, gab es die Hoffnung auf
32 etwas Neues. Mit der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro hat die Ampel-Koalition
33 ein sozialdemokratisches Wahlversprechen umgesetzt, mit der Streichung des § 219a
34 eine längst überfällige Reform beschlossen. ~~In der Mitte des Koalitionsvertrages aber~~ Jedoch
35 klafft in der Regierungsarbeit der Koalition eine riesige Gerechtigkeitslücke: 100 Milliarden Euro
Sondervermögen für
36 Aufrüstung - aber kein Sondervermögen zur Bekämpfung der wachsenden Armut in
37 Deutschland. Kein Gerechtigkeitspaket, um bezahlbare Wohnungen zu bauen, Kinderarmut
38 und den Pflegenotstand endlich zu beenden und soziale Berufe endlich angemessen zu
39 bezahlen. Die Rentenpolitik der Ampel lässt sich auf die Formel bringen: Zehn
40 Milliarden Euro Steuergelder in die Aktienrente, aber Null Milliarden, um die sich
41 abzeichnende Lawine von Altersarmut zu stoppen. Hartz IV wird umbenannt, aber die
42 viel zu niedrigen Sätze bleiben. Ist das der versprochene „Respekt“? Die
43 Wahlkampfversprechen von SPD und Grünen - gerechtere Einkommensteuer, Abschaffung der
44 Zwei-Klassen-Medizin durch eine Bürgerversicherung, bezahlbare Mieten - sind alle

45 Makulatur. Die Ampel verspricht gesellschaftlichen Fortschritt - aber für wen? Die
46 Lebenswirklichkeiten der Hälfte der Bevölkerung werden dabei vergessen und die
47 Reichen werden immer reicher.

Begründung

Das Sondervermögen ist nicht teil des Koalitionsvertrages.

Antrag L01.034.2: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:

BAG Betrieb & Gewerkschaft

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 34

29 Millionen Menschen haben bei der Bundestagswahl ihre Hoffnungen mit einem
30 Regierungswechsel verbunden. Hoffnungen, das Klima zu retten. Hoffnungen auf mehr
31 Gerechtigkeit. Nach Jahren des Aussitzens von Problemen, gab es die Hoffnung auf
32 etwas Neues. Mit der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro hat die Ampel-Koalition
33 ein sozialdemokratisches Wahlversprechen umgesetzt, mit der Streichung des § 219a
34 eine längst überfällige Reform beschlossen. In der Mitte des ~~Koalitionsvertrages aber-~~
Regierungshandelns aber
35 klafft eine riesige Gerechtigkeitslücke: 100 Milliarden Euro Sondervermögen für
36 Aufrüstung - aber kein Sondervermögen zur Bekämpfung der wachsenden Armut in
37 Deutschland. Kein Gerechtigkeitspaket, um bezahlbare Wohnungen zu bauen, Kinderarmut
38 und den Pflegenotstand endlich zu beenden und soziale Berufe endlich angemessen zu
39 bezahlen. Die Rentenpolitik der Ampel lässt sich auf die Formel bringen: Zehn
40 Milliarden Euro Steuergelder in die Aktienrente, aber Null Milliarden, um die sich
41 abzeichnende Lawine von Altersarmut zu stoppen. Hartz IV wird umbenannt, aber die
42 viel zu niedrigen Sätze bleiben. Ist das der versprochene „Respekt“? Die
43 Wahlkampfversprechen von SPD und Grünen - gerechtere Einkommensteuer, Abschaffung der
44 Zwei-Klassen-Medizin durch eine Bürgerversicherung, bezahlbare Mieten - sind alle
45 Makulatur. Die Ampel verspricht gesellschaftlichen Fortschritt - aber für wen? Die
46 Lebenswirklichkeiten der Hälfte der Bevölkerung werden dabei vergessen und die
47 Reichen werden immer reicher.

Begründung

Die 100 Milliarden Sondervermögen stehen nicht im Koalitionsvertrag.

Antrag L01.035.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:

LV Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 35

29 Millionen Menschen haben bei der Bundestagswahl ihre Hoffnungen mit einem

30 Regierungswechsel verbunden. Hoffnungen, das Klima zu retten. Hoffnungen auf mehr
31 Gerechtigkeit. Nach Jahren des Aussitzens von Problemen, gab es die Hoffnung auf
32 etwas Neues. Mit der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro hat die Ampel-Koalition
33 ein sozialdemokratisches Wahlversprechen umgesetzt, mit der Streichung des § 219a
34 eine längst überfällige Reform beschlossen. In der Mitte des Koalitionsvertrages aber
35 klafft eine riesige Gerechtigkeitslücke: 100 Milliarden Euro Sondervermögen für von
Regierungsfractionen und CDU/CSU als ‚Sondervermögen‘ bezeichnete Euro für
36 Aufrüstung - aber kein Sondervermögen zur Bekämpfung der wachsenden Armut in
37 Deutschland. Kein Gerechtigkeitspaket, um bezahlbare Wohnungen zu bauen, Kinderarmut
38 und den Pflegenotstand endlich zu beenden und soziale Berufe endlich angemessen zu
39 bezahlen. Die Rentenpolitik der Ampel lässt sich auf die Formel bringen: Zehn
40 Milliarden Euro Steuergelder in die Aktienrente, aber Null Milliarden, um die sich
41 abzeichnende Lawine von Altersarmut zu stoppen. Hartz IV wird umbenannt, aber die
42 viel zu niedrigen Sätze bleiben. Ist das der versprochene „Respekt“? Die
43 Wahlkampfversprechen von SPD und Grünen - gerechtere Einkommensteuer, Abschaffung der
44 Zwei-Klassen-Medizin durch eine Bürgerversicherung, bezahlbare Mieten - sind alle
45 Makulatur. Die Ampel verspricht gesellschaftlichen Fortschritt - aber für wen? Die
46 Lebenswirklichkeiten der Hälfte der Bevölkerung werden dabei vergessen und die
47 Reichen werden immer reicher.

Begründung

Es lohnt sich, das Framing vom „Sondervermögen“ nicht kritiklos zu übernehmen.

Antrag L01.039.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:	linksjugend ['solid]
--------------------------	----------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 39

29 Millionen Menschen haben bei der Bundestagswahl ihre Hoffnungen mit einem
30 Regierungswechsel verbunden. Hoffnungen, das Klima zu retten. Hoffnungen auf mehr
31 Gerechtigkeit. Nach Jahren des Aussitzens von Problemen, gab es die Hoffnung auf
32 etwas Neues. Mit der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro hat die Ampel-Koalition
33 ein sozialdemokratisches Wahlversprechen umgesetzt, mit der Streichung des § 219a
34 eine längst überfällige Reform beschlossen. In der Mitte des Koalitionsvertrages aber
35 klafft eine riesige Gerechtigkeitslücke: 100 Milliarden Euro Sondervermögen für
36 Aufrüstung - aber kein Sondervermögen zur Bekämpfung der wachsenden Armut in
37 Deutschland. Kein Gerechtigkeitspaket, um bezahlbare Wohnungen zu bauen, Kinderarmut
38 und den Pflegenotstand endlich zu beenden und soziale Berufe endlich angemessen zu
39 bezahlen. Stattdessen produziert die Regierung nur noch mehr Futter für den deutschen
militaristischen und nationalistischen Wahn vom „Platz an der Sonne“. Die Bundeswehr soll
aufrüsten und wieder „international wettbewerbsfähig“ werden; deutsche Weltmachtphantasien
waren nie abgeschafft und sind heute wieder präsenter denn je - die Reaktionen auf den aktuellen
Konflikt beweist dies zur Genüge. Die Rentenpolitik der Ampel lässt sich auf die Formel bringen:
40 Zehn
41 Milliarden Euro Steuergelder in die Aktienrente, aber Null Milliarden, um die sich
42 abzeichnende Lawine von Altersarmut zu stoppen. Hartz IV wird umbenannt, aber die
43 viel zu niedrigen Sätze bleiben. Ist das der versprochene „Respekt“? Die

43 Wahlkampfversprechen von SPD und Grünen - gerechtere Einkommensteuer, Abschaffung der
44 Zwei-Klassen-Medizin durch eine Bürgerversicherung, bezahlbare Mieten - sind alle
45 Makulatur. Die Ampel verspricht gesellschaftlichen Fortschritt - aber für wen? Die
46 Lebenswirklichkeiten der Hälfte der Bevölkerung werden dabei vergessen und die
47 Reichen werden immer reicher.

Antrag L01.042.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in: LV Hessen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 42

29 Millionen Menschen haben bei der Bundestagswahl ihre Hoffnungen mit einem
30 Regierungswechsel verbunden. Hoffnungen, das Klima zu retten. Hoffnungen auf mehr
31 Gerechtigkeit. Nach Jahren des Aussitzens von Problemen, gab es die Hoffnung auf
32 etwas Neues. Mit der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro hat die Ampel-Koalition
33 ein sozialdemokratisches Wahlversprechen umgesetzt, mit der Streichung des § 219a
34 eine längst überfällige Reform beschlossen. In der Mitte des Koalitionsvertrages aber
35 klafft eine riesige Gerechtigkeitslücke: 100 Milliarden Euro Sondervermögen für
36 Aufrüstung - aber kein Sondervermögen zur Bekämpfung der wachsenden Armut in
37 Deutschland. Kein Gerechtigkeitspaket, um bezahlbare Wohnungen zu bauen, Kinderarmut
38 und den Pflegenotstand endlich zu beenden und soziale Berufe endlich angemessen zu
39 bezahlen. Die Rentenpolitik der Ampel lässt sich auf die Formel bringen: Zehn
40 Milliarden Euro Steuergelder in die Aktienrente, aber Null Milliarden, um die sich
41 abzeichnende Lawine von Altersarmut zu stoppen. Hartz IV wird umbenannt, aber die
42 viel zu niedrigen Sätze bleiben. ~~Ist das der versprochene „Respekt“? Die~~ Hier kann von dem
43 versprochenen "Respekt" durch die Ampel-Koalition keine Rede sein! Die
44 Wahlkampfversprechen von SPD und Grünen - gerechtere Einkommensteuer, Abschaffung der
45 Zwei-Klassen-Medizin durch eine Bürgerversicherung, bezahlbare Mieten - sind alle
46 Makulatur. Die Ampel verspricht gesellschaftlichen Fortschritt - aber für wen? Die
47 Lebenswirklichkeiten der Hälfte der Bevölkerung werden dabei vergessen und die
48 Reichen werden immer reicher.

Begründung

Warum der/dem Lesenden die Möglichkeit eröffnen, mit 'Ja' zu antworten.

Antrag L01.046.01: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in: BAG Betrieb & Gewerkschaft

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 46

29 Millionen Menschen haben bei der Bundestagswahl ihre Hoffnungen mit einem
30 Regierungswechsel verbunden. Hoffnungen, das Klima zu retten. Hoffnungen auf mehr

31 Gerechtigkeit. Nach Jahren des Aussitzens von Problemen, gab es die Hoffnung auf
32 etwas Neues. Mit der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro hat die Ampel-Koalition
33 ein sozialdemokratisches Wahlversprechen umgesetzt, mit der Streichung des § 219a
34 eine längst überfällige Reform beschlossen. In der Mitte des Koalitionsvertrages aber
35 klafft eine riesige Gerechtigkeitslücke: 100 Milliarden Euro Sondervermögen für
36 Aufrüstung - aber kein Sondervermögen zur Bekämpfung der wachsenden Armut in
37 Deutschland. Kein Gerechtigkeitspaket, um bezahlbare Wohnungen zu bauen, Kinderarmut
38 und den Pflegenotstand endlich zu beenden und soziale Berufe endlich angemessen zu
39 bezahlen. Die Rentenpolitik der Ampel lässt sich auf die Formel bringen: Zehn
40 Milliarden Euro Steuergelder in die Aktienrente, aber Null Milliarden, um die sich
41 abzeichnende Lawine von Altersarmut zu stoppen. Hartz IV wird umbenannt, aber die
42 viel zu niedrigen Sätze bleiben. Ist das der versprochene „Respekt“? Die
43 Wahlkampfversprechen von SPD und Grünen - gerechtere Einkommensteuer, Abschaffung der
44 Zwei-Klassen-Medizin durch eine Bürgerversicherung, bezahlbare Mieten - sind alle
45 Makulatur. Die Ampel verspricht gesellschaftlichen Fortschritt - aber für wen? Die
46 Lebenswirklichkeiten der **Hälfte Mehrheit** der Bevölkerung werden dabei vergessen und die
47 Reichen werden immer reicher.

Begründung

Die Klassengesellschaft teilt sich nicht hälftig.

Antrag L01.047.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:

KV Hersfeld-Rotenburg

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 47

29 Millionen Menschen haben bei der Bundestagswahl ihre Hoffnungen mit einem
30 Regierungswechsel verbunden. Hoffnungen, das Klima zu retten. Hoffnungen auf mehr
31 Gerechtigkeit. Nach Jahren des Aussitzens von Problemen, gab es die Hoffnung auf
32 etwas Neues. Mit der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro hat die Ampel-Koalition
33 ein sozialdemokratisches Wahlversprechen umgesetzt, mit der Streichung des § 219a
34 eine längst überfällige Reform beschlossen. In der Mitte des Koalitionsvertrages aber
35 klafft eine riesige Gerechtigkeitslücke: 100 Milliarden Euro Sondervermögen für
36 Aufrüstung - aber kein Sondervermögen zur Bekämpfung der wachsenden Armut in
37 Deutschland. Kein Gerechtigkeitspaket, um bezahlbare Wohnungen zu bauen, Kinderarmut
38 und den Pflegenotstand endlich zu beenden und soziale Berufe endlich angemessen zu
39 bezahlen. Die Rentenpolitik der Ampel lässt sich auf die Formel bringen: Zehn
40 Milliarden Euro Steuergelder in die Aktienrente, aber Null Milliarden, um die sich
41 abzeichnende Lawine von Altersarmut zu stoppen. Hartz IV wird umbenannt, aber die
42 viel zu niedrigen Sätze bleiben. Ist das der versprochene „Respekt“? Die
43 Wahlkampfversprechen von SPD und Grünen - gerechtere Einkommensteuer, Abschaffung der
44 Zwei-Klassen-Medizin durch eine Bürgerversicherung, bezahlbare Mieten - sind alle
45 Makulatur. Die Ampel verspricht gesellschaftlichen Fortschritt - aber für wen? Die
46 Lebenswirklichkeiten der Hälfte der Bevölkerung werden dabei vergessen und die
47 Reichen werden immer reicher. Laut DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) stiegen
allein im Jahr 2020 die Milliardärsvermögen in Deutschland um ca. 100 Mrd., während die
Wirtschaftsleistung um ca. 170 Mrd. sank.

Begründung

Begründung: Wenigstens an einigen Stellen im Text sollten hinter Pauschalaussagen auch Fakten stehen.

Antrag L01.050.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:

LV Hessen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 50 - 53

48 Die Regierung steht in den Augen vieler Menschen jedoch für eine ökologische
49 Modernisierung der Gesellschaft. Sie setzt dabei auf technologische Veränderungen -
50 ohne grundlegende Veränderungen der Wirtschaftsweise. Sie spielt mit der Illusion ~~von~~
51 ~~einfachen technologischen~~, dass wir, die Konsumgesellschaften, einfach mittels zukünftiger,
technologischer Innovationen, ohne dabei auf dem Boden der Wissenschaft zu
52 ~~stehen. Sie den derzeitigen Lebensstil unverändert fortführen können, und missachtet die~~
Dringlichkeit zur Handlung, die sich aus den wissenschaftlichen Erkenntnissen ergibt. Statt durch
leicht umsetzbare und schnell wirksame Maßnahmen, wie Tempo 120 auf Autobahnen oder
Verbot von Kurzstreckenflügen, wie es DIE LINKE. fordert, ein Zeichen zu setzen, gaukelt die
Regierung den Menschen vor, dass ~~mit nur wenig grüner Farbe ein „weiter so“~~
53 ~~möglich wäre~~ durch einen bloßen Austausch der Art der Energieerzeugung und -verwendung die
Ursachen für die drohende Klimakatastrophe aus der Welt geschafft werden können. Die Politik
der Bundesregierung, die sich von den vorherigen leider
54 nicht signifikant unterscheidet, führt zu langfristigen, irreversiblen Schäden und
55 damit viel Elend. Sie ist verantwortungslos. Mehr große Autos mit hohem
56 Ressourcenverbrauch, aber mit Elektromotor. Es reicht nicht aus, nur den Antrieb zu
57 verändern, wir müssen das System neu aufsetzen. Notwendig wäre, ein Verkehrssystem,
58 in dem niemand mehr vom Auto abhängig ist und in dem eine funktionierende Mobilität
59 für alle garantiert wird.

Zeile 61 - 62

60 Statt der Hoffnung auf einen sozialen und klimagerechten Umbau, beginnt die neue
61 Regierungszeit für Millionen Menschen mit Angst vor ~~der~~ nächsten
Heizkostenabrechnung Energiekostenabrechnungen
62 . Die Folgen der steigenden Energie- und Lebensmittelpreise sind
63 nur ein Vorgeschmack auf mögliche Ressourcenkrisen der Zukunft. Die steigenden Preise
64 fressen für viele längst die Löhne auf. Der Umgang der Bundesregierung damit ist
65 halbherzig und sozial ungerecht, die beschlossenen Maßnahmen zur Abfederung reichen
66 für Geringverdienende, Pendler*innen, Rentner*innen und Hartz-IV-Bezieher*innen
67 längst nicht aus. Teile der Bundesregierung fordern bereits ein energiepolitisches
68 Rollback mit verlängertem Atom- und Kohlestrom. Das sagt viel über das, was die
69 Ampel-Parteien unter Transformation verstehen: Halbherziger Klimaschutz, der über
70 Preise geregelt wird und die soziale Spaltung der Gesellschaft nicht in Frage stellt.

Begründung

Mit dieser Ergänzung wird deutlicher darauf hingewiesen, dass sich unsere Lebensweisen werden

verändern müssen, und es ergibt sich eine gute Gelegenheit auch schon hier auf zwei greifbare Forderungen der LINKEN aufmerksam zu machen.

Menschen brauchen neben Heizung auch Strom, Warmwasser und ggf. Treibstoffe. Der Begriff 'Energie' fasst die Einzelpunkte zusammen.

Antrag L01.053.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in: KV Unna

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 53 - 58

48 Die Regierung steht in den Augen vieler Menschen jedoch für eine ökologische
49 Modernisierung der Gesellschaft. Sie setzt dabei auf technologische Veränderungen -
50 ohne grundlegende Veränderungen der Wirtschaftsweise. Sie spielt mit der Illusion von
51 einfachen technologischen Innovationen, ohne dabei auf dem Boden der Wissenschaft zu
52 stehen. Sie gaukelt den Menschen vor, dass mit nur wenig grüner Farbe ein „weiter so“
53 möglich wäre. Die Politik der bürgerlichen Bundesregierung, die sich von den vorherigen ~~leider-~~
54 ~~nicht-signifikant~~nicht grundsätzlich unterscheidet, führt zu langfristigen, irreversiblen Schäden
und
55 damit viel Elend für die Menschen. Sie ist verantwortungslos. ~~Mehr große Autos mit hohem-~~
56 ~~Ressourcenverbrauch, aber mit Elektromotor.~~ Es reicht nicht aus, nur den Antrieb zu
57 verändern, wir müssen das Wirtschaftssystem neu aufsetzen. Notwendig wäre, ein
Verkehrssystem,
58 in dem niemand mehr vom Auto abhängig ist, das keiner Profitlogik folgt und in dem eine
funktionierende Mobilität
59 für alle garantiert wird.

Begründung

Die Einführung vom Leitantrag beinhaltet keine konkrete Feststellung über den Kapitalismus als Ursache von Krise und Konflikte. Wirkliche materielle Probleme der lohnabhängigen Bevölkerung werden nur unzureichend aufgezählt. Der Zusammenhang zwischen kapitalistischem Wirtschaftssystem und Krise, besonders auch ökologischer Krise werden nicht eindeutig herausgestellt. Es werden nur unzureichend Schlussfolgerungen aus Wahlniederlagen für Parteaufbau und notwendiger Neuausrichtung gemacht.

Antrag L01.065.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in: BAG Betrieb & Gewerkschaft

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 65 - 67

60 Statt der Hoffnung auf einen sozialen und klimagerechten Umbau, beginnt die neue
61 Regierungszeit für Millionen Menschen mit Angst vor der nächsten
62 Heizkostenabrechnung. Die Folgen der steigenden Energie- und Lebensmittelpreise sind
63 nur ein Vorgeschmack auf mögliche Ressourcenkrisen der Zukunft. Die steigenden Preise

64 fressen für viele längst die Löhne auf. Der Umgang der Bundesregierung damit ist
65 halbherzig und sozial ungerecht, die beschlossenen Maßnahmen zur Abfederung ~~reichen~~
66 ~~für Geringverdienende~~ gehen an den Interessen der normalen abhängig Beschäftigten und
insbesondere den Geringverdienenden, Pendler*innen, Rentner*innen und Hartz-IV-
Bezieher*innen
67 ~~längst nicht aus~~ vorbei. Teile der Bundesregierung fordern bereits ein energiepolitisches
68 Rollback mit verlängertem Atom- und Kohlestrom. Das sagt viel aus über das, was die
69 Ampel-Parteien unter Transformation verstehen: Halbherziger Klimaschutz, der über
70 Preise geregelt wird und die soziale Spaltung der Gesellschaft nicht in Frage stellt.

Begründung

Einmal sollten wir nicht immer nur von den besonders armen Menschen sprechen, sondern auch die „normalen“ abhängig Beschäftigten in den Fokus unserer Politik nehmen und dann sind Rentner*innen und Hartz-IV-Beschäftigte bei den Maßnahmen gar nicht oder so gut wie gar nicht bedacht. Hier nur davon zu sprechen, dass die Maßnahmen nicht ausreichen, geht an der Situation dieser Menschen vorbei.

Antrag L01.066.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:	Linus Hagemann (BV Charlottenburg-Wilmersdorf), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), Moritz Fröhlich (BAG Grundeinkommen)
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 66

60 Statt der Hoffnung auf einen sozialen und klimagerechten Umbau, beginnt die neue
61 Regierungszeit für Millionen Menschen mit Angst vor der nächsten
62 Heizkostenabrechnung. Die Folgen der steigenden Energie- und Lebensmittelpreise sind
63 nur ein Vorgeschmack auf mögliche Ressourcenkrisen der Zukunft. Die steigenden Preise
64 fressen für viele längst die Löhne auf. Der Umgang der Bundesregierung damit ist
65 halbherzig und sozial ungerecht, die beschlossenen Maßnahmen zur Abfederung reichen
66 für Geringverdienende, ~~Pendler*innen~~, Rentner*innen und Hartz-IV-Bezieher*innen
67 längst nicht aus. Teile der Bundesregierung fordern bereits ein energiepolitisches
68 Rollback mit verlängertem Atom- und Kohlestrom. Das sagt viel aus über das, was die
69 Ampel-Parteien unter Transformation verstehen: Halbherziger Klimaschutz, der über
70 Preise geregelt wird und die soziale Spaltung der Gesellschaft nicht in Frage stellt.

Begründung

Daraus, ob ein Mensch pendelt oder nicht, folgt nicht unmittelbar ein Bedarf nach Abfederung. Bei den anderen genannten Gruppen ist dies garantiert, bzw. mit hoher Wahrscheinlichkeit der Fall.

Antrag L01.070.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:	KV Unna
--------------------------	---------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 70

60 Statt der Hoffnung auf einen sozialen und klimagerechten Umbau, beginnt die neue
61 Regierungszeit für Millionen Menschen mit Angst vor der nächsten
62 Heizkostenabrechnung. Die Folgen der steigenden Energie- und Lebensmittelpreise sind
63 nur ein Vorgeschmack auf mögliche Ressourcenkrisen der Zukunft. Die steigenden Preise
64 fressen für viele längst die Löhne auf. Der Umgang der Bundesregierung damit ist
65 halbherzig und sozial ungerecht, die beschlossenen Maßnahmen zur Abfederung reichen
66 für Geringverdienende, Pendler*innen, Rentner*innen und Hartz-IV-Bezieher*innen
67 längst nicht aus. Teile der Bundesregierung fordern bereits ein energiepolitisches
68 Rollback mit verlängertem Atom- und Kohlestrom. Das sagt viel aus über das, was die
69 Ampel-Parteien unter Transformation verstehen: Halbherziger Klimaschutz, der über
70 Preise unbezahlbare Preise, Greenwashing und Appelle an Verzicht und "umweltbewussten"
Konsum geregelt wird und die soziale Spaltung der Gesellschaft nicht in Frage stellt.

Begründung

Die Einführung vom Leitantrag beinhaltet keine konkrete Feststellung über den Kapitalismus als Ursache von Krise und Konflikte. Wirkliche materielle Probleme der lohnabhängigen Bevölkerung werden nur unzureichend aufgezählt. Der Zusammenhang zwischen kapitalistischem Wirtschaftssystem und Krise, besonders auch ökologischer Krise werden nicht eindeutig herausgestellt. Es werden nur unzureichend Schlussfolgerungen aus Wahlniederlagen für Parteaufbau und notwendiger Neuausrichtung gemacht.

Antrag L01.071.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:	Sozialistische Linke
--------------------------	----------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 73 - 75

71 Als Gesellschaft stehen wir an einem Scheideweg: Die auf Wachstum, Profit und
72 Konkurrenz beruhende kapitalistische Wirtschaftsweise stößt an die Grenzen einer Welt
73 endlicher Ressourcen und begrenzt belastbarer Ökosysteme. ~~Wir müssen es schaffen bis
74 spätestens 2035 klimaneutral zu werden, um die Klimakatastrophe doch noch abzuwenden.
75 Das ist möglich, wenn jetzt entschlossen Weichen für die Zukunft gestellt werden.~~

Begründung

Klimaneutralität 2035 ist real nicht erreichbar, aber auch wenn es später als 2035 wird, ist es wichtig und mindert die Klimakatastrophe. Unerreichbare Ziele zu formulieren ist nicht sinnvoll. Referenz: Handbuch Klimaschutz, S. 24f.

Antrag L01.071.2: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:	KV Unna
--------------------------	---------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 71 - 75

- 71 Als Gesellschaft stehen wir an einem Scheideweg: Die auf ~~Wachstum, Profit und~~
Expansion, Profitmaximierung und Konkurrenz beruhende kapitalistische Wirtschaftsweise stößt
an die Grenzen einer Welt
- 73 endlicher Ressourcen ~~und~~, begrenzt belastbarer Ökosysteme und sich bekämpfenden
imperialistischen Einflussphären. Wir müssen es schaffen bis
- 74 spätestens 2035 klimaneutral zu werden, um die Klimakatastrophe doch noch abzuwenden.
- 75 Das ist nur möglich, wenn ~~jetzt entschlossen Weichen~~ das unsoziale und unökologische
kapitalistische Wirtschaftssystem, einem neuen System weicht, das für die ~~Zukunft gestellt~~
~~werden~~ Bedürfnisse von Mensch und Natur produziert, demokratisch geleitet wird und keiner
Profitlogik folgt.

Begründung

Die Einführung vom Leitantrag beinhaltet keine konkrete Feststellung über den Kapitalismus als Ursache von Krise und Konflikte. Wirkliche materielle Probleme der lohnabhängigen Bevölkerung werden nur unzureichend aufgezählt. Der Zusammenhang zwischen kapitalistischem Wirtschaftssystem und Krise, besonders auch ökologischer Krise werden nicht eindeutig herausgestellt. Es werden nur unzureichend Schlussfolgerungen aus Wahlniederlagen für Parteaufbau und notwendiger Neuausrichtung gemacht.

Antrag L01.075.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:	KV Marburg-Biedenkopf
--------------------------	-----------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 75

- 71 Als Gesellschaft stehen wir an einem Scheideweg: Die auf Wachstum, Profit und
- 72 Konkurrenz beruhende kapitalistische Wirtschaftsweise stößt an die Grenzen einer Welt
- 73 endlicher Ressourcen und begrenzt belastbarer Ökosysteme. Wir müssen es schaffen bis
- 74 spätestens 2035 klimaneutral zu werden, um die Klimakatastrophe doch noch abzuwenden.
- 75 Der Autoverkehr muss innerhalb der nächsten 12 Jahre halbiert werden. Denn in diesem Zeitraum
müssen wir weltweit das Klimaziel von 1,5 Grad erreicht haben, wenn weiterhin ein menschliches
Leben auf unserem Planeten ermöglichen wollen. Das ist möglich, wenn jetzt entschlossen
Weichen für die Zukunft gestellt werden. Stichwort: Verkehrswende.

Antrag L01.075.2: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:	Geraer Sozialistischer Dialog, Stadtteilgruppe (BO) Eppendorf / Hoheluft-Ost
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 75

71 Als Gesellschaft stehen wir an einem Scheideweg: Die auf Wachstum, Profit und
72 Konkurrenz beruhende kapitalistische Wirtschaftsweise stößt an die Grenzen einer Welt
73 endlicher Ressourcen und begrenzt belastbarer Ökosysteme. Wir müssen es schaffen bis
74 spätestens 2035 klimaneutral zu werden, um die Klimakatastrophe doch noch abzuwenden.
75 Das ist möglich, wenn wir jetzt entschlossen entschlossenen Ernstes und mit heiterer Zuversicht
in die Gegnerschaft mit denen gehen, die bislang von der Ausbeutung von Mensch und Natur
profitieren. So stellen wir die Weichen für ~~die~~ eine bessere Zukunft-gestellt werden.

Antrag L01.075.3: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:	Geraer Sozialistischer Dialog, Stadtteilgruppe (BO) Eppendorf / Hoheluft-Ost
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 75

71 Als Gesellschaft stehen wir an einem Scheideweg: Die auf Wachstum, Profit und
72 Konkurrenz beruhende kapitalistische Wirtschaftsweise stößt an die Grenzen einer Welt
73 endlicher Ressourcen und begrenzt belastbarer Ökosysteme. Wir müssen es schaffen bis
74 spätestens 2035 klimaneutral zu werden, um die Klimakatastrophe doch noch abzuwenden.
75 Das ist möglich, wenn jetzt entschlossen Weichen für die Zukunft gestellt werden.
Eine Zukunft, in der die große Mehrheit nicht verzichten muss, sondern sich auf Grundlage
wissenschaftlicher, kultureller und sozialer Errungenschaften im bewusst gestalteten und
nachhaltigem Austausch mit den natürlichen Lebensgrundlagen erweitert entfalten kann.

Antrag L01.077.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:	KV Unna
--------------------------	---------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 77 - 80

76 Mittelfristig müssen Energie- und Ressourcenverbrauch auch in absoluten Zahlen
77 verringert effizienter und gerechter gestaltet werden - das verträgt sich nicht mit einer
Wirtschaftsweise, die auf dem
78 blinden Wachstum der Profite beruht. Entfesselter Markt und Wettbewerb sind eine Sackgasse für
die
79 ökologische Transformation. Nur mit massiven, gezielten öffentlichen Investitionen in
80 den klimaneutralen Umbau der Wirtschaft und Infrastruktur, Verstaatlichung der Energiekonzerne
und vorgezogener Abschaltung der AKW's und KKW's, sowie sofortiger Stopp des
Braunkohleabbaus ist es noch möglich, das
81 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Die dafür verbleibende Zeit wird immer knapper.

Begründung

Die Einführung vom Leitantrag beinhaltet keine konkrete Feststellung über den Kapitalismus als

Ursache von Krise und Konflikte. Wirkliche materielle Probleme der lohnabhängigen Bevölkerung werden nur unzureichend aufgezählt. Der Zusammenhang zwischen kapitalistischem Wirtschaftssystem und Krise, besonders auch ökologischer Krise werden nicht eindeutig herausgestellt. Es werden nur unzureichend Schlussfolgerungen aus Wahlniederlagen für Parteaufbau und notwendiger Neuausrichtung gemacht.

Antrag L01.080.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in: Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 80 - 81

76 Mittelfristig müssen Energie- und Ressourcenverbrauch auch in absoluten Zahlen
77 verringert werden - das verträgt sich nicht mit einer Wirtschaftsweise, die auf dem
78 blinden Wachstum der Profite beruht. Markt und Wettbewerb sind eine Sackgasse für die
79 ökologische Transformation. Nur mit massiven, gezielten öffentlichen Investitionen in
80 den klimaneutralen Umbau der Wirtschaft und Infrastruktur ~~ist es noch möglich, das~~
81 ~~1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Die~~können wir dafür ~~verbleibende Zeit wird immer knapper~~sorgen,
dass die Erde noch bewohnbar bleibt.

Begründung

1,5 Grad durchschnittliche Erwärmung, genau wie 2 Grad waren noch nie ein „wissenschaftliches“ Ziel, sondern eine politische Zielsetzung, die falsche Sicherheiten vermittelte. Zwar wurde die Zielsetzung als Erfolg des Pariser Abkommens gefeiert (1,5 angestrebt, 2 Grad verpflichtend), jedoch war Expert*innen bereits damals klar, dass es sich mehr um eine Show handelt als um ernsthaften Klimaschutz und eine Wende. Fast 7 Jahre später ist das Fenster um 1,5 Grad noch zu erreichen, so klein, dass Sozialismus morgen wahrscheinlicher wäre. Selbst der neueste IPCC-Bericht erklärt 1,5 Grad für nahezu unerreichbar, und dass, obwohl die Berichte immer eher „konservative“ Zahlen enthalten. Wenn wir also sagen, dass wir auf dem Boden der Wissenschaft stehen, dürfen wir bei den Betrug nicht mehr mitmachen. Mit der Anpassung an die Wirklichkeit können wir zudem zeigen, dass wir das Thema verstanden haben und mit klarer Botschaft vorangehen, anstelle das Ziel in ein paar Monaten dann offiziell aufzugeben, wenn es alle anderen auch gemacht haben. Ehrlichkeit braucht manchmal Mut, denn „Zu sagen was ist“, ...

Antrag L01.086.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in: KV Unna

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 86 - 90

82 Der weltweite Kampf um Ressourcen, Absatzmärkte und Einflussphären ist eine der
83 wesentlichen Ursachen für Kriege. Es ist fatal, in dieser historischen Situation die
84 Weichen auf Aufrüstung zu stellen, wie die Bundesregierung es tut. Nicht Aufrüstung,
85 sondern der Ausstieg aus der fossilen Wirtschaft und eine nachhaltige,
86 ressourcenschützende Wirtschaftsweise und eine ~~gerecht~~kooperative Weltwirtschaftsordnung

- 87 schaffen die Grundlage für eine friedlichere Welt. ~~Wir stehen für eine Politik der~~
88 ~~Deeskalation, für Frieden und~~Im Kapitalismus stehen wir für eine Politik der Erkämpfung des
weltweiten Friedens durch den Sozialismus. Im Sozialismus stehen wir dann für eine Politik der
Sicherheit durch Kooperation und Abrüstung. Wir reißen
89 uns nicht ein in den patriotischen Chor von SPD, Grünen, FDP und CDU/CSU für mehr Aufrüstung
und
90 Abschreckung im Namen deutscher kapitalistischer Wirtschaftsinteressen, während
Lohnarbeiter:innen vom Staat sozial drangsaliert werden.

Begründung

Die Einführung vom Leitantrag beinhaltet keine konkrete Feststellung über den Kapitalismus als Ursache von Krise und Konflikte. Wirkliche materielle Probleme der lohnabhängigen Bevölkerung werden nur unzureichend aufgezählt. Der Zusammenhang zwischen kapitalistischem Wirtschaftssystem und Krise, besonders auch ökologischer Krise werden nicht eindeutig herausgestellt. Es werden nur unzureichend Schlussfolgerungen aus Wahlniederlagen für Parteaufbau und notwendiger Neuausrichtung gemacht.

Antrag L01.089.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:	Ökologische Plattform
--------------------------	-----------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 89

- 82 Der weltweite Kampf um Ressourcen, Absatzmärkte und Einflussphären ist eine der
83 wesentlichen Ursachen für Kriege. Es ist fatal, in dieser historischen Situation die
84 Weichen auf Aufrüstung zu stellen, wie die Bundesregierung es tut. Nicht Aufrüstung,
85 sondern der Ausstieg aus der fossilen Wirtschaft und eine nachhaltige,
86 ressourcenschützende Wirtschaftsweise und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung
87 schaffen die Grundlage für eine friedlichere Welt. Wir stehen für eine Politik der
88 Deeskalation, für Frieden und Sicherheit durch Kooperation und Abrüstung. Wir reißen
89 uns nicht ein in den Chor von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und CDU/CSU für mehr
Aufrüstung und
90 Abschreckung.

Begründung

Eine Stärkung der Waffenindustrie, Ölbohrungen im Watt, Abstandsregeln für Windkrafträder, Deals mit Katar, nicht einmal ein Tempolimit und grundsätzlich eine Politik, die das Pariser Abkommen brechen wird, entsprechen nicht dem, was grüne Politik ausmacht. Wir machen bei dem falschen Marketing nicht mehr mit. Greenwashing ganzer Parteien finden wir unmoralisch, unehrlich und vor allem verantwortungslos, wo wir so dringend echten Klimaschutz brauchen.

Die Partei bzw. die Fraktion „Die Grünen“ oder „Grüne“ ist an allen Stellen in allen Leitanträgen zu ersetzen durch „Bündnis 90/Die Grünen“

Antrag L01.092.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:	KV Unna
--------------------------	---------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 92 - 98

91 SPD und Grüne haben sich den Spielarten liberaler Modernisierung verschrieben, sie
92 denken nicht über den Horizont eines zyklisch immer krisenhafteren Wirtschaftssystems hinaus.
93 Eine linke Partei der Lohnabhängigen und Schwachen muss mehr wollen. Und wir können und
94 wollen mehr. Wir haben den Anspruch einer kämpferischen und
95 modernen, sozialistischen Gerechtigkeitspartei, die für eine gerechte Transformation,
96 für weltweite soziale Rechte und Klimagerechtigkeit, ~~für Abrüstung, Frieden und eine eine~~
97 neue sozial-ökologische Weltwirtschaft und gegen Krieg und Aufrüstung entsteht. Nach dem
Dogma der ~~Markgläubigkeit~~
Marktgläubigkeit und angesichts globaler Krisen braucht es eine Kraft, die
~~Gemeinwohl~~menschliches Wohl vor Profit
98 stellt. Diese Zeit braucht eine mutige, radikale und ~~realistische~~revolutionäre Politik von links.
99 Das ist unser Anspruch und dafür stellen wir uns neu auf.

Begründung

Die Einführung vom Leitantrag beinhaltet keine konkrete Feststellung über den Kapitalismus als Ursache von Krise und Konflikte. Wirkliche materielle Probleme der lohnabhängigen Bevölkerung werden nur unzureichend aufgezählt. Der Zusammenhang zwischen kapitalistischem Wirtschaftssystem und Krise, besonders auch ökologischer Krise werden nicht eindeutig herausgestellt. Es werden nur unzureichend Schlussfolgerungen aus Wahlniederlagen für Parteaufbau und notwendiger Neuausrichtung gemacht.

Antrag L01.101.1: Änderungsantrag zu L01-02

Änderungsantrag zu L01-02

Antragsteller*in:	Sozialistische Linke
--------------------------	----------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 101 - 115

~~101 In den vergangenen Jahren haben wir den Kampf gegen die Klimakatastrophe und das
102 Aufzeigen einer sozial-ökologischen Alternative nicht ausreichend in den Mittelpunkt
103 unserer Politik gestellt — das werden wir ändern. Als LINKE werden wir den sozialen
104 und ökologischen Systemwechsel ins Zentrum rücken. Soziale und ökologische Politik
105 sind kein Gegensatz — im Gegenteil. Soziale und ökologische Gerechtigkeit hängen
106 voneinander ab. Wir müssen die lautstarke Stimme für diejenigen werden, die das Ende
107 des Monatseinkommens genauso fürchten wie die Zerstörung des Planeten. Wir machen uns
108 für konsequenten Klimaschutz und für soziale Garantien stark. DIE LINKE stellt sich
109 auf als Partei, die am 1,5-Grad-Ziel genauso festhält wie am Ziel einer armutsfreien
110 Gesellschaft. Wir formulieren eine klare Alternative zur Politik der Ampel-Koalition,
111 die die Interessen der Beschäftigten und der unteren Hälfte der Gesellschaft beim
112 sozial-ökologischen Umbau in den Mittelpunkt stellt: Klimaschutz mit sozialer
113 Absicherung für alle; klimaneutrale Arbeitsplätze mit Zukunft, guten Löhnen und
114 echter Mitbestimmung; Reichtum, Arbeit und Zeit gerechter verteilen. Kurz, eine
115 gerechte Transformation: Gemeinwohl vor Profit.~~

In den vergangenen Jahren ist es uns nicht gelungen, DIE LINKE als Partei für einen sozial-
ökologischen Umbau von Wirtschaft zu profilieren, der von den Bedürfnisse und Interessen der

Mehrheit der Menschen, der Arbeitenden und der wirtschaftlich Benachteiligten ausgeht. Die Umsetzung der sozial-ökologischen Transformation wird viel Arbeit erfordern. Wir wollen sie damit verbinden, die Arbeit und die Position der Arbeitenden in der Wirtschaft zu stärken und aufzuwerten. Der Weg zur Klimaneutralität muss sozial gestaltet werden um erfolgreich zu sein. DIE LINKE stellt dabei folgende Forderungen in den Mittelpunkt:

116

- ein Klima-Job-Programm für hunderttausende neue, zukunftssichere und gut bezahlte Arbeitsplätze;
- wirksame Mitbestimmung der Beschäftigten und eine demokratische Steuerung der Transformation unter Beteiligung der betroffenen Bevölkerung, von Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbänden;
- konsequenter Ausbau und Qualitätsverbesserung der öffentlichen Verkehrsangebote, die zugleich preisgünstiger werden müssen, sowie ein sozial gerechtes Mobilitätsgeld, das bei geringerem Einkommen deutlich stärker entlastet als die bisherige Entfernungspauschale.

Soziale und ökologische Politik sind kein Gegensatz – im Gegenteil. Soziale und ökologische Gerechtigkeit hängen voneinander ab. Wir müssen die lautstarke Stimme für diejenigen werden, die das Ende des Monatseinkommens genauso fürchten wie die Zerstörung des Planeten. Wir machen uns für konsequenten Klimaschutz und für soziale Garantien stark. DIE LINKE stellt sich auf als Partei, die am 1,5 Grad-Ziel genauso festhält wie am Ziel einer armutsfreien Gesellschaft. Wir formulieren eine klare Alternative zur Politik der Ampel-Koalition, die die Interessen der Beschäftigten und der unteren Hälfte der Gesellschaft beim sozial-ökologischen Umbau in den Mittelpunkt stellt: Klimaschutz mit sozialer Absicherung für alle; klimaneutrale Arbeitsplätze mit Zukunft, guten Löhnen und echter Mitbestimmung; Reichtum, Arbeit und Zeit gerechter verteilen. Kurz, eine gerechte Transformation: Gemeinwohl vor Profit.

Begründung

Für eine Profilierung der LINKEN in der Klimapolitik ist es vorrangig erforderlich, ihren sozialen Gestaltungsanspruch deutlich zu machen und zwar mit konkreten Forderungen, die die Menschen sich merken können und die sie mehrheitlich positiv bewerten. Nur dann kann das die der LINKEN zugeschriebene Kompetenz auf diesem Feld erhöhen. Zum Mobilitätsgeld siehe auch Antrag G07.

Antrag L01.101.2: Änderungsantrag zu L01-02

Änderungsantrag zu L01-02

Antragsteller*in:

Nils Böhlke (BAG Betrieb und Gewerkschaft · Nr. 248)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 101 - 103

101 ~~In den vergangenen Jahren haben wir den Kampf gegen die Klimakatastrophe und das~~
102 ~~Aufzeigen einer sozial-ökologischen Alternative nicht ausreichend in den Mittelpunkt~~
103 ~~unserer Politik gestellt – das werden wir ändern.~~ Als LINKE werden wir den sozialen
104 und ökologischen Systemwechsel ins Zentrum rücken. Soziale und ökologische Politik
105 sind kein Gegensatz – im Gegenteil. Soziale und ökologische Gerechtigkeit hängen
106 voneinander ab. Wir müssen die lautstarke Stimme für diejenigen werden, die das Ende
107 des Monatseinkommens genauso fürchten wie die Zerstörung des Planeten. Wir machen uns
108 für konsequenten Klimaschutz und für soziale Garantien stark. DIE LINKE stellt sich
109 auf als Partei, die am 1,5 Grad-Ziel genauso festhält wie am Ziel einer armutsfreien
110 Gesellschaft. Wir formulieren eine klare Alternative zur Politik der Ampel-Koalition,

111 die die Interessen der Beschäftigten und der unteren Hälfte der Gesellschaft beim
112 sozial-ökologischen Umbau in den Mittelpunkt stellt: Klimaschutz mit sozialer
113 Absicherung für alle; klimaneutrale Arbeitsplätze mit Zukunft, guten Löhnen und
114 echter Mitbestimmung; Reichtum, Arbeit und Zeit gerechter verteilen. Kurz, eine
115 gerechte Transformation: Gemeinwohl vor Profit.

Begründung

Das gilt nur für einen Teil der Partei und ist zudem auch eine völlig unnötige Selbstkasteiung.

Antrag L01.102.1: Änderungsantrag zu L01-02

Änderungsantrag zu L01-02

Antragsteller*in:	Geraer Sozialistischer Dialog, Stadtteilgruppe (BO) Eppendorf / Hoheluft-Ost
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 102 - 103

101 In den vergangenen Jahren haben wir den Kampf gegen die Klimakatastrophe und das
102 Aufzeigen einer sozial-ökologischen Alternative nicht ausreichend ~~in den Mittelpunkt~~
103 ~~unserer Politik gestellt~~ mit der Gegnerschaft zu den Profiteuren der sozialen Ungleichheit und des
Raubbaus an der Natur, mit der Involvierung der großen Mehrheit in diese Kämpfe und mit der
eigenständig akzentuierten Beteiligung an bereits vorhandenen (internationalen) Bewegungen
verbunden - das werden wir ändern. Als LINKE werden wir den sozialen
104 und ökologischen Systemwechsel ins Zentrum rücken. Soziale und ökologische Politik
105 sind kein Gegensatz - im Gegenteil. Soziale und ökologische Gerechtigkeit hängen
106 voneinander ab. Wir müssen die lautstarke Stimme für diejenigen werden, die das Ende
107 des Monatseinkommens genauso fürchten wie die Zerstörung des Planeten. Wir machen uns
108 für konsequenten Klimaschutz und für soziale Garantien stark. DIE LINKE stellt sich
109 auf als Partei, die am 1,5 Grad-Ziel genauso festhält wie am Ziel einer armutsfreien
110 Gesellschaft. Wir formulieren eine klare Alternative zur Politik der Ampel-Koalition,
111 die die Interessen der Beschäftigten und der unteren Hälfte der Gesellschaft beim
112 sozial-ökologischen Umbau in den Mittelpunkt stellt: Klimaschutz mit sozialer
113 Absicherung für alle; klimaneutrale Arbeitsplätze mit Zukunft, guten Löhnen und
114 echter Mitbestimmung; Reichtum, Arbeit und Zeit gerechter verteilen. Kurz, eine
115 gerechte Transformation: Gemeinwohl vor Profit.

Antrag L01.106.1: Änderungsantrag zu L01-02

Änderungsantrag zu L01-02

Antragsteller*in:	BAG Betrieb & Gewerkschaft
--------------------------	----------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 106

101 In den vergangenen Jahren haben wir den Kampf gegen die Klimakatastrophe und das
102 Aufzeigen einer sozial-ökologischen Alternative nicht ausreichend in den Mittelpunkt
103 unserer Politik gestellt - das werden wir ändern. Als LINKE werden wir den sozialen
104 und ökologischen Systemwechsel ins Zentrum rücken. Soziale und ökologische Politik

105 sind kein Gegensatz - im Gegenteil. Soziale und ökologische Gerechtigkeit hängen
106 voneinander ab. Dort wo es Interessengegensätze gibt, beispielsweise zwischen Beschäftigten
umweltschädlicher Technologien und dem Anspruch an eine saubere Umwelt, suchen wir mit allen
Beschäftigten nach einer nachhaltigen Lösung, die nicht zu einer Verschlechterung der
Lebenssituation der Kolleginnen und Kollegen führt. Wir müssen die lautstarke Stimme für
diejenigen werden, die das Ende
107 des Monatseinkommens genauso fürchten wie die Zerstörung des Planeten. Wir machen uns
108 für konsequenten Klimaschutz und für soziale Garantien stark. DIE LINKE stellt sich
109 auf als Partei, die am 1,5 Grad-Ziel genauso festhält wie am Ziel einer armutsfreien
110 Gesellschaft. Wir formulieren eine klare Alternative zur Politik der Ampel-Koalition,
111 die die Interessen der Beschäftigten und der unteren Hälfte der Gesellschaft beim
112 sozial-ökologischen Umbau in den Mittelpunkt stellt: Klimaschutz mit sozialer
113 Absicherung für alle; klimaneutrale Arbeitsplätze mit Zukunft, guten Löhnen und
114 echter Mitbestimmung; Reichtum, Arbeit und Zeit gerechter verteilen. Kurz, eine
115 gerechte Transformation: Gemeinwohl vor Profit.

Begründung

Wir können nicht so tun als ob es keine Interessengegensätze in diesem Bereich gibt. Viele Kolleginnen und Kollegen haben sich in den letzten Jahren auf den Weg gemacht um hier gemeinsame Lösungen zu finden. Anstatt die Probleme zu ignorieren, sollten wir die bestehenden Bemühungen unterstützen.

Antrag L01.106.2: Änderungsantrag zu L01-02

Änderungsantrag zu L01-02

Antragsteller*in:

BAG Betrieb & Gewerkschaft

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 106

101 In den vergangenen Jahren haben wir den Kampf gegen die Klimakatastrophe und das
102 Aufzeigen einer sozial-ökologischen Alternative nicht ausreichend in den Mittelpunkt
103 unserer Politik gestellt - das werden wir ändern. Als LINKE werden wir den sozialen
104 und ökologischen Systemwechsel ins Zentrum rücken. Soziale und ökologische Politik
105 sind kein Gegensatz - im Gegenteil. Soziale und ökologische Gerechtigkeit hängen
106 voneinander ab. Wir müssen ~~die lautstarke Stimme für~~ diejenigen ~~werden~~ dazu ermuntern, für ihre
Interessen zu kämpfen, die das Ende
107 des Monatseinkommens genauso fürchten wie die Zerstörung des Planeten. Wir machen uns
108 für konsequenten Klimaschutz und für soziale Garantien stark. DIE LINKE stellt sich
109 auf als Partei, die am 1,5 Grad-Ziel genauso festhält wie am Ziel einer armutsfreien
110 Gesellschaft. Wir formulieren eine klare Alternative zur Politik der Ampel-Koalition,
111 die die Interessen der Beschäftigten und der unteren Hälfte der Gesellschaft beim
112 sozial-ökologischen Umbau in den Mittelpunkt stellt: Klimaschutz mit sozialer
113 Absicherung für alle; klimaneutrale Arbeitsplätze mit Zukunft, guten Löhnen und
114 echter Mitbestimmung; Reichtum, Arbeit und Zeit gerechter verteilen. Kurz, eine
115 gerechte Transformation: Gemeinwohl vor Profit.

Begründung

Es ist eine Illusion, dass wir als Partei ohne die Organisation der Betroffenen an den bestehenden

Verhältnissen etwas ändern können. Diese Illusion wird zwar von Mehrheiten geteilt, aber wir sollten sie nicht noch bestärken.

Antrag L01.108.1: Änderungsantrag zu L01-02

Änderungsantrag zu L01-02

Antragsteller*in:

Ökologische Plattform, BAG Wirtschaftspolitik

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 108

101 In den vergangenen Jahren haben wir den Kampf gegen die Klimakatastrophe und das
102 Aufzeigen einer sozial-ökologischen Alternative nicht ausreichend in den Mittelpunkt
103 unserer Politik gestellt - das werden wir ändern. Als LINKE werden wir den sozialen
104 und ökologischen Systemwechsel ins Zentrum rücken. Soziale und ökologische Politik
105 sind kein Gegensatz - im Gegenteil. Soziale und ökologische Gerechtigkeit hängen
106 voneinander ab. Wir müssen die lautstarke Stimme für diejenigen werden, die das Ende
107 des Monatseinkommens genauso fürchten wie die Zerstörung des Planeten. Wir machen uns
108 für konsequenten Umwelt- und Klimaschutz und für soziale Garantien stark. DIE LINKE stellt sich
109 auf als Partei, die am 1,5 Grad-Ziel genauso festhält wie am Ziel einer armutsfreien
110 Gesellschaft. Wir formulieren eine klare Alternative zur Politik der Ampel-Koalition,
111 die die Interessen der Beschäftigten und der unteren Hälfte der Gesellschaft beim
112 sozial-ökologischen Umbau in den Mittelpunkt stellt: Klimaschutz mit sozialer
113 Absicherung für alle; klimaneutrale Arbeitsplätze mit Zukunft, guten Löhnen und
114 echter Mitbestimmung; Reichtum, Arbeit und Zeit gerechter verteilen. Kurz, eine
115 gerechte Transformation: Gemeinwohl vor Profit.

Begründung

Klimaistleidernichtalles.DienatürlichenLebensbedingungenindKlima,Biodiversität und
Naturressourcen.Siemüssengeschütztwerden,denndieBedrohungdernatürlichen
LebensgrundlagenkommtauchausdieserRichtung.

Antrag L01.109.1: Änderungsantrag zu L01-02

Änderungsantrag zu L01-02

Antragsteller*in:

Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 109

101 In den vergangenen Jahren haben wir den Kampf gegen die Klimakatastrophe und das
102 Aufzeigen einer sozial-ökologischen Alternative nicht ausreichend in den Mittelpunkt
103 unserer Politik gestellt - das werden wir ändern. Als LINKE werden wir den sozialen
104 und ökologischen Systemwechsel ins Zentrum rücken. Soziale und ökologische Politik
105 sind kein Gegensatz - im Gegenteil. Soziale und ökologische Gerechtigkeit hängen
106 voneinander ab. Wir müssen die lautstarke Stimme für diejenigen werden, die das Ende
107 des Monatseinkommens genauso fürchten wie die Zerstörung des Planeten. Wir machen uns
108 für konsequenten Klimaschutz und für soziale Garantien stark. DIE LINKE stellt sich
109 auf als Partei, die am ~~1,5 Grad Ziel~~ Ziel des Klimaschutzes genauso festhält wie am Ziel einer

armutsfreien

110 Gesellschaft. Wir formulieren eine klare Alternative zur Politik der Ampel-Koalition,
111 die die Interessen der Beschäftigten und der unteren Hälfte der Gesellschaft beim
112 sozial-ökologischen Umbau in den Mittelpunkt stellt: Klimaschutz mit sozialer
113 Absicherung für alle; klimaneutrale Arbeitsplätze mit Zukunft, guten Löhnen und
114 echter Mitbestimmung; Reichtum, Arbeit und Zeit gerechter verteilen. Kurz, eine
115 gerechte Transformation: Gemeinwohl vor Profit.

Begründung

Wie bereits im vorherigen Änderungsantrag zu Zeile 81 ausgeführt, ist das 1,5 Grad- Ziel politisch nicht mehr umsetzbar und das Festhalten am 1,5° Ziel somit unseriös. Es ist Zeit, dass wir zeigen, dass wir die Expertise und die Ehrlichkeit haben, als erste von den Parteien die Realität anzuerkennen.

Als einzige echte Opposition müssen wir ehrlich sein. Es gilt nun dafür zu sorgen, dass die Katastrophe nicht zur Apokalypse wird. Dies ist bereits eine Mammutaufgabe. Auf eine Zukunft mit viel mehr Elend in der Welt müssen wir uns einstellen und alles mobilisieren, dieses abzuschwächen.

Antrag L01.110.1: Änderungsantrag zu L01-02

Änderungsantrag zu L01-02

Antragsteller*in:

LV Hessen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 110

101 In den vergangenen Jahren haben wir den Kampf gegen die Klimakatastrophe und das
102 Aufzeigen einer sozial-ökologischen Alternative nicht ausreichend in den Mittelpunkt
103 unserer Politik gestellt - das werden wir ändern. Als LINKE werden wir den sozialen
104 und ökologischen Systemwechsel ins Zentrum rücken. Soziale und ökologische Politik
105 sind kein Gegensatz - im Gegenteil. Soziale und ökologische Gerechtigkeit hängen
106 voneinander ab. Wir müssen die lautstarke Stimme für diejenigen werden, die das Ende
107 des Monatseinkommens genauso fürchten wie die Zerstörung des Planeten. Wir machen uns
108 für konsequenten Klimaschutz und für soziale Garantien stark. DIE LINKE stellt sich
109 auf als Partei, die am 1,5 Grad-Ziel genauso festhält wie am Ziel einer armutsfreien
110 Gesellschaft. Wir formulieren eine klare ~~Alternative zur Politik der Ampel-Koalition, Politik,~~
111 die die Interessen der Beschäftigten und der unteren Hälfte der Gesellschaft beim
112 sozial-ökologischen Umbau in den Mittelpunkt stellt: Klimaschutz mit sozialer
113 Absicherung für alle; klimaneutrale Arbeitsplätze mit Zukunft, guten Löhnen und
114 echter Mitbestimmung; Reichtum, Arbeit und Zeit gerechter verteilen. Kurz, eine
115 gerechte Transformation: Gemeinwohl vor Profit.

Begründung

Üblicher Satzbau bei Relativsätzen- der Originalsatz kann leicht zu Missverständnissen führen. Außerdem sollen wir uns präsentieren und weniger die Ampel erwähnen - CDU und AfD haben an den genannten Punkten im Übrigen auch kein Interesse.

Antrag L01.111.1: Änderungsantrag zu L01-02

Änderungsantrag zu L01-02

Antragsteller*in:

BAG Betrieb & Gewerkschaft

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 111

101 In den vergangenen Jahren haben wir den Kampf gegen die Klimakatastrophe und das
102 Aufzeigen einer sozial-ökologischen Alternative nicht ausreichend in den Mittelpunkt
103 unserer Politik gestellt - das werden wir ändern. Als LINKE werden wir den sozialen
104 und ökologischen Systemwechsel ins Zentrum rücken. Soziale und ökologische Politik
105 sind kein Gegensatz - im Gegenteil. Soziale und ökologische Gerechtigkeit hängen
106 voneinander ab. Wir müssen die lautstarke Stimme für diejenigen werden, die das Ende
107 des Monatseinkommens genauso fürchten wie die Zerstörung des Planeten. Wir machen uns
108 für konsequenten Klimaschutz und für soziale Garantien stark. DIE LINKE stellt sich
109 auf als Partei, die am 1,5 Grad-Ziel genauso festhält wie am Ziel einer armutsfreien
110 Gesellschaft. Wir formulieren eine klare Alternative zur Politik der Ampel-Koalition,
111 die die Interessen der Beschäftigten und der ~~unteren Hälfte~~Mehrheit der Gesellschaft beim
112 sozial-ökologischen Umbau in den Mittelpunkt stellt: Klimaschutz mit sozialer
113 Absicherung für alle; klimaneutrale Arbeitsplätze mit Zukunft, guten Löhnen und
114 echter Mitbestimmung; Reichtum, Arbeit und Zeit gerechter verteilen. Kurz, eine
115 gerechte Transformation: Gemeinwohl vor Profit.

Begründung

Es ist nicht ersichtlich, weshalb wir „die Mitte“ nicht in unsere Argumentation mit einbeziehen sollten.

Antrag L01.112.1: Änderungsantrag zu L01-02

Änderungsantrag zu L01-02

Antragsteller*in:	Ökologische Plattform, BAG Wirtschaftspolitik
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 112

101 In den vergangenen Jahren haben wir den Kampf gegen die Klimakatastrophe und das
102 Aufzeigen einer sozial-ökologischen Alternative nicht ausreichend in den Mittelpunkt
103 unserer Politik gestellt - das werden wir ändern. Als LINKE werden wir den sozialen
104 und ökologischen Systemwechsel ins Zentrum rücken. Soziale und ökologische Politik
105 sind kein Gegensatz - im Gegenteil. Soziale und ökologische Gerechtigkeit hängen
106 voneinander ab. Wir müssen die lautstarke Stimme für diejenigen werden, die das Ende
107 des Monatseinkommens genauso fürchten wie die Zerstörung des Planeten. Wir machen uns
108 für konsequenten Klimaschutz und für soziale Garantien stark. DIE LINKE stellt sich
109 auf als Partei, die am 1,5 Grad-Ziel genauso festhält wie am Ziel einer armutsfreien
110 Gesellschaft. Wir formulieren eine klare Alternative zur Politik der Ampel-Koalition,
111 die die Interessen der Beschäftigten und der unteren Hälfte der Gesellschaft beim
112 sozial-ökologischen Umbau in den Mittelpunkt stellt: ~~Klimaschutz~~Klima-, Umwelt- und
Naturressourcenschutz mit sozialer
113 Absicherung für alle; klimaneutrale Arbeitsplätze mit Zukunft, guten Löhnen und
114 echter Mitbestimmung; Reichtum, Arbeit und Zeit gerechter verteilen. Kurz, eine
115 gerechte Transformation: Gemeinwohl vor Profit.

Begründung

Klima ist leider nicht alles. Die natürlichen Lebensbedingungen sind Klima, Biodiversität, Naturre Ressourcen. Sie müssen geschützt werden, denn die Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen kommen auch aus dieser Richtung.

Antrag L01.115.1: Änderungsantrag zu L01-02

Änderungsantrag zu L01-02

Antragsteller*in: linksjugend ['solid]

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 115

101 In den vergangenen Jahren haben wir den Kampf gegen die Klimakatastrophe und das
102 Aufzeigen einer sozial-ökologischen Alternative nicht ausreichend in den Mittelpunkt
103 unserer Politik gestellt - das werden wir ändern. Als LINKE werden wir den sozialen
104 und ökologischen Systemwechsel ins Zentrum rücken. Soziale und ökologische Politik
105 sind kein Gegensatz - im Gegenteil. Soziale und ökologische Gerechtigkeit hängen
106 voneinander ab. Wir müssen die lautstarke Stimme für diejenigen werden, die das Ende
107 des Monatseinkommens genauso fürchten wie die Zerstörung des Planeten. Wir machen uns
108 für konsequenten Klimaschutz und für soziale Garantien stark. DIE LINKE stellt sich
109 auf als Partei, die am 1,5 Grad-Ziel genauso festhält wie am Ziel einer armutsfreien
110 Gesellschaft. Wir formulieren eine klare Alternative zur Politik der Ampel-Koalition,
111 die die Interessen der Beschäftigten und der unteren Hälfte der Gesellschaft beim
112 sozial-ökologischen Umbau in den Mittelpunkt stellt: Klimaschutz mit sozialer
113 Absicherung für alle; klimaneutrale Arbeitsplätze mit Zukunft, guten Löhnen und
114 echter Mitbestimmung; Reichtum, Arbeit und Zeit gerechter verteilen. Kurz, eine
115 gerechte Transformation: ~~Gemeinwohl vor Profit~~ Der Weg zum guten Leben für alle.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

Antrag L01.116.1: Änderungsantrag zu L01-02

Änderungsantrag zu L01-02

Antragsteller*in: BAG Betrieb & Gewerkschaft

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 116

116 ~~Anonyme~~-Marktkräfte, Profitinteressen und Konzernmanager dürfen nicht länger über
117 unsere Zukunft entscheiden! Wir wollen, dass die Bürger*innen und die Beschäftigten
118 demokratisch über wirtschaftliche Entscheidungen mitbestimmen können. Unser Ziel ist
119 eine Stärkung des Öffentlichen gegen die Dominanz privater Konzerne und
120 Profitinteressen. DIE LINKE ist mehr als ein soziales Korrektiv, wir wollen eine neue
121 Wirtschaftsordnung nach dem Neoliberalismus und jenseits des fossilen Kapitalismus.
122 So wie es keinen Sozialismus ohne Demokratie geben kann, kann es auch keinen
123 Sozialismus ohne Ökologie, ohne ein Ende des Raubbaus an der Natur geben.
124 Sozialistische Politik ist daher mehr als die Forderung nach einer gerechteren
125 Verteilung von Einkommen und Vermögen und einer Wiederherstellung des Sozialstaates:

126 Es geht um neue, demokratische und nachhaltige Weisen zu arbeiten und zu produzieren,
127 um die ökologische Transformation von Industriestrukturen, eine nachhaltige
128 Landwirtschaft und eine neue Qualität öffentlicher Infrastruktur, die ein gutes Leben
129 für alle möglich macht.

Begründung

Selbstverständlich gibt es eine herrschende Klasse, die nicht anonym ist, sondern es handelt sich um konkrete Personen, die aber ein Teil des Systems Kapitalismus sind.

Antrag L01.120.1: Änderungsantrag zu L01-02

Änderungsantrag zu L01-02

Antragsteller*in: Antikapitalistische LINKE

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 120

116 Anonyme Marktkräfte, Profitinteressen und Konzernmanager dürfen nicht länger über
117 unsere Zukunft entscheiden! Wir wollen, dass die Bürger*innen und die Beschäftigten
118 demokratisch über wirtschaftliche Entscheidungen mitbestimmen können. Unser Ziel ist
119 eine Stärkung des Öffentlichen gegen die Dominanz privater Konzerne und
120 Profitinteressen~~Profitinteressen~~. Dazu ist auch eine Überführung der Banken und Konzerne in öffentliches Eigentum und bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung eine Voraussetzung. Nur auf dieser Grundlage kann die zerstörerische Konkurrenz privater Konzerne um Profite und Märkte durch eine an den Bedürfnissen der Menschen orientierte, ökologisch nachhaltige, demokratische Planung und Kooperation ersetzt werden. DIE LINKE ist mehr als ein soziales Korrektiv, wir wollen eine neue
121 Wirtschaftsordnung nach dem Neoliberalismus und jenseits des fossilen Kapitalismus.
122 So wie es keinen Sozialismus ohne Demokratie geben kann, kann es auch keinen
123 Sozialismus ohne Ökologie, ohne ein Ende des Raubbaus an der Natur geben.
124 Sozialistische Politik ist daher mehr als die Forderung nach einer gerechteren
125 Verteilung von Einkommen und Vermögen und einer Wiederherstellung des Sozialstaates:
126 Es geht um neue, demokratische und nachhaltige Weisen zu arbeiten und zu produzieren,
127 um die ökologische Transformation von Industriestrukturen, eine nachhaltige
128 Landwirtschaft und eine neue Qualität öffentlicher Infrastruktur, die ein gutes Leben
129 für alle möglich macht.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag L01.121.1: Änderungsantrag zu L01-02

Änderungsantrag zu L01-02

Antragsteller*in: BAG Betrieb & Gewerkschaft

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 121

116 Anonyme Marktkräfte, Profitinteressen und Konzernmanager dürfen nicht länger über
117 unsere Zukunft entscheiden! Wir wollen, dass die Bürger*innen und die Beschäftigten
118 demokratisch über wirtschaftliche Entscheidungen mitbestimmen können. Unser Ziel ist
119 eine Stärkung des Öffentlichen gegen die Dominanz privater Konzerne und
120 Profitinteressen. DIE LINKE ist mehr als ein soziales Korrektiv, wir wollen eine neue
121 Wirtschaftsordnung nach dem Neoliberalismus und jenseits des ~~fossilen~~-Kapitalismus.
122 So wie es keinen Sozialismus ohne Demokratie geben kann, kann es auch keinen
123 Sozialismus ohne Ökologie, ohne ein Ende des Raubbaus an der Natur geben.
124 Sozialistische Politik ist daher mehr als die Forderung nach einer gerechteren
125 Verteilung von Einkommen und Vermögen und einer Wiederherstellung des Sozialstaates:
126 Es geht um neue, demokratische und nachhaltige Weisen zu arbeiten und zu produzieren,
127 um die ökologische Transformation von Industriestrukturen, eine nachhaltige
128 Landwirtschaft und eine neue Qualität öffentlicher Infrastruktur, die ein gutes Leben
129 für alle möglich macht.

Begründung

Erstens wollen wir den Kapitalismus abschaffen und nicht nur eine bestimmte Form desselben und zweitens ist der Begriff „fossiler Kapitalismus“ keine sinnvolle Bezeichnung des Wirtschaftssystems.

Antrag L01.129.1: Änderungsantrag zu L01-02

Änderungsantrag zu L01-02

Antragsteller*in:

BAG Klimagerechtigkeit

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 129

116 Anonyme Marktkräfte, Profitinteressen und Konzernmanager dürfen nicht länger über
117 unsere Zukunft entscheiden! Wir wollen, dass die Bürger*innen und die Beschäftigten
118 demokratisch über wirtschaftliche Entscheidungen mitbestimmen können. Unser Ziel ist
119 eine Stärkung des Öffentlichen gegen die Dominanz privater Konzerne und
120 Profitinteressen. DIE LINKE ist mehr als ein soziales Korrektiv, wir wollen eine neue
121 Wirtschaftsordnung nach dem Neoliberalismus und jenseits des fossilen Kapitalismus.
122 So wie es keinen Sozialismus ohne Demokratie geben kann, kann es auch keinen
123 Sozialismus ohne Ökologie, ohne ein Ende des Raubbaus an der Natur geben.
124 Sozialistische Politik ist daher mehr als die Forderung nach einer gerechteren
125 Verteilung von Einkommen und Vermögen und einer Wiederherstellung des Sozialstaates:
126 Es geht um neue, demokratische und nachhaltige Weisen zu arbeiten und zu produzieren,
127 um die ökologische Transformation von Industriestrukturen, eine nachhaltige
128 Landwirtschaft und eine neue Qualität öffentlicher Infrastruktur, die ein gutes Leben
129 für alle möglich macht.

Klima-, Umwelt-und Ressourcengerechtigkeit heißt, Solidarität international zu denken

Die Klimakrise ist wie alle anderen ökologischen Krisen ein globales Problem, das nur in globaler Zusammenarbeit gelöst werden können. Dies kann nur gelingen, wenn soziale Gerechtigkeit und internationale Solidarität ins Zentrum gerückt werden. Für Klimagerechtigkeit ist die globale Perspektive keine Randnotiz, sondern die Grundlage für zukunftsweisende Politik. Viele Menschen aus dem Globalen Süden sind nicht nur Hauptleidtragende der Klimakatastrophe, ohne diese überhaupt mitverursacht zu haben, sondern auch der imperialen und kolonialen Lebensweise des Globalen Nordens insgesamt. Einerseits fließt eine stetig steigende Menge an Rohstoffen, die unter

erheblichen Schäden an Menschen und Ökosystemen in den Herkunftsländern abgebaut wird, in den Globalen Norden, also zu uns. Andererseits übersteigt der Geldfluss von Süd nach Nord den in umgekehrte Richtung, z.B. in Form von Entwicklungszusammenarbeit, um ein Vielfaches, vor allem

durch die Tilgung von Schulden.

Indiesem Sinn bedeutet Klimagerechtigkeit, unsere Wirtschaft und Gesellschaft schnellstmöglich ökologisch und klimaverträglich umzubauen. Dieser Herausforderung müssen wir uns als Linke stellen, um auf die zu erwartenden zunehmenden Krisen angemessene und zeitgemäße Antworten zu

entwickeln. Das heißt, andere Wohlstandsmodelle aufzubauen und zu unterstützen, die nicht auf steigenden individuellen und ungerecht verteilten Konsum angewiesen sind. Stattdessen brauchen wir Strukturen kollektiver Daseinsvorsorge, die auf sorgsamem Umgang mit natürlichen Ressourcen in regionalisierten Wirtschaftskreisläufen fußen mit starkem Fokus auf Reparatur, Upcycling und Umnutzung vorhandener Produkte. Für unsere Beziehung insbesondere zum Globalen Süden muss das heißen, unsere historische Klimaschuld anzuerkennen und durch Schuldenerlass und Reparationen Länder des Globalen Südens darin zu unterstützen, eine zukunftsfähige Wirtschaft zu entwickeln. Dafür machen wir uns auch in der EU stark.

Begründung

Der internationale Bezug im Antrag ist unzureichend, denn er fehlt beinahe gänzlich. Durch den Einschub soll dieser Mangel behoben werden.

Antrag L01.130.1: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller*in:	Sozialistische Linke
--------------------------	----------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 130

130 ~~Klimaneutral bis 2035~~—Die Energiewende vorantreiben

Begründung

Klimaneutralität bis 2035 ist real nicht erreichbar, aber auch wenn es später als 2035 wird, ist es wichtig und mindert die Klimakatastrophe. Nicht zu erreichende Zielformulierungen sind hier nicht sinnvoll.

Antrag L01.131.1: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller*in:	Geraer Sozialistischer Dialog, Stadtteilgruppe (BO) Eppendorf / Hoheluft-Ost
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 130

130 Klimaneutral bis 2035 - Die Energiewende vorantreiben

Zeile 131 - 136

~~131 Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat nochmals die Dringlichkeit des Ausstiegs
132 aus den fossilen Energien Kohle, Öl und Gas deutlich gemacht. Dennoch werden jetzt
133 Stimmen laut, die statt auf Erneuerbare Energien weiter auf Kohle und Atom setzen.
134 Als LINKE sagen wir: Hundertprozentige Versorgung mit erneuerbaren Energien bis 2035
135 ist notwendig und machbar. Unsere Perspektive einer regionalen Energiewende in
136 öffentlicher oder genossenschaftlicher Hand ist der beste Weg dahin.~~

- Als LINKE sagen wir: Hundertprozentige Versorgung mit erneuerbaren Energien bis 2035 ist notwendig und machbar. Unsere Perspektive einer regionalen Energiewende in öffentlicher oder genossenschaftlicher Hand ist der beste Weg dahin.

Zeile 137 - 138

~~137 Notwendig ist dafür nicht weniger als das größte Investitionsprogramm in der
138 Geschichte der Bundesrepublik.~~

Zeile 139 - 144

~~139 Auch Umweltverbände kritisieren, dass die von der Ampel versprochenen 200 Milliarden
140 Euro für den Klimaschutz eine „Luftbuchung“ sind, da sie nur bereits eingeplante
141 Investitionen symbolträchtig zusammenrechnen. Das reicht hinten und vorne nicht, um
142 uns im jetzt erforderlichen Rekordtempo aus der Abhängigkeit von Gas, Öl und Kohle zu
143 lösen. Wir schlagen ein zusätzliches Investitionsprogramm über 20 Milliarden jährlich
144 alleine für die Energiewende vor.~~

Zeile 145 - 155

~~145 Insbesondere die dezentrale Energieversorgung muss ausgebaut werden. Das macht unsere
146 Energieversorgung krisensicherer. Die Deckelung der Ausbauziele (sog. „atmender
147 Deckel“) muss aufgehoben werden. Die Energieversorgung und die Netze wollen wir von
148 den „großen vier“ Energiekonzernen zurück in kommunale und genossenschaftliche Hand
149 holen. Wir wollen die Förderung der Erneuerbaren Energien auf Stadtwerke,
150 Genossenschaften und Bürgerenergieprojekte hin ausrichten. Die Kommunen müssen an den
151 Planungen und Erträgen privater Investoren in Windkraftanlagen, Photovoltaik-
152 Kraftwerken und Energiespeichern beteiligt werden. Wir setzen uns für verpflichtende
153 Solardächer, nicht nur für Neubauten, sondern auch für geeignete Bestandsgebäude ein.
154 Durch ein massives Förderprogramm für eine Million effiziente Wärmepumpen können Öl-
155 und Gasheizungen ersetzt werden.~~

Zeile 156 - 161

~~156 Um den Energieverbrauch in Gebäuden zu senken und bis 2035 einen klimaneutralen
157 Gebäudezustand zu erreichen, wollen wir einen bundesweiten Klimacheck für alle Gebäude
158 und verbindliche und sozial ausgerichtete Stufenpläne für die Gebäudemodernisierung.
159 Die Sanierungsquote muss mindestens verdreifacht werden – und wärmietenneutral sein.
160 Die CO₂-Steuer darf nicht auf die Miete umgelegt werden. Wir lassen nicht zu, dass
161 die Kosten auf die Mieter*innen abgewälzt werden!~~

Zeile 162 - 171

~~162 Strom sparen, aber sozial gerecht: Die großen Energiekonzerne verdienen an der Krise.~~

~~163 Die Strompreise müssen staatlich reguliert werden. Wir treten für die
164 Wiedereinführung der 2007 abgeschafften Strompreisgenehmigung ein. Wir wollen ein
165 kostenfreies Grundkontingent an Strom und Gas für alle. Alles, was über den
166 durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer. Damit werden Anreize zum
167 Stromsparen geschaffen. Um die Preissteigerungen sozial aufzufangen, fordern wir die
168 sofortige und künftig automatische Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um die Inflationsrate.
169 Strom und Gassperren müssen verboten werden. Wir unterstützen die Beschäftigten und
170 ihre Gewerkschaften in ihren Kämpfen für gute Löhne: Kein Tarifabschluss unterhalb
171 der Inflation.~~

- Strom sparen, aber sozial gerecht: Die großen Energiekonzerne verdienen an der Krise. Die Strompreise müssen staatlich reguliert werden. Die Energieversorgung und die Netze wollen wir von den „großen vier“ Energiekonzernen zurück in kommunale und genossenschaftliche Hand holen. Wir wollen die Förderung der erneuerbaren Energien auf Stadtwerke, Genossenschaften und Bürgerenergieprojekte hin ausrichten.
- Die CO2-Steuer darf nicht auf die Miete umgelegt werden. Wir lassen nicht zu, dass die Kosten auf die Mieter*innen abgewälzt werden!
- Um die Preissteigerungen sozial aufzufangen, fordern wir die sofortige und künftig automatische Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um die Inflationsrate. Strom und Gassperren müssen verboten werden.
- Wir unterstützen die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften in ihren Kämpfen für gute Löhne: Kein Tarifabschluss unterhalb der Inflation.

Begründung

Antragsheft 1, Seite 95-99, Zeile 130 - 300, kürzen und ändern

Klare Kampfziele für Opposition und außerparlamentarische Bewegung statt Träume für eine Regierung, die wir nicht sind.

Antrag L01.136.1: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 136

131 Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat nochmals die Dringlichkeit des Ausstiegs
132 aus den fossilen Energien Kohle, Öl und Gas deutlich gemacht. Dennoch werden jetzt
133 Stimmen laut, die statt auf Erneuerbare Energien weiter auf Kohle und Atom setzen.
134 Als LINKE sagen wir: Hundertprozentige Versorgung mit erneuerbaren Energien bis 2035
135 ist notwendig und machbar. Unsere Perspektive einer regionalen Energiewende in
136 öffentlicher oder genossenschaftlicher Hand ist der beste Weg dahin. Privatisierte
Energieunternehmen, die von der Preistreiberei auf den fossilen Energiemärkten profitieren,
wollen wir re-kommunalisieren und in neue demokratisch verwaltete, kommunale Unternehmen
überführen, die die Energie- und Wärmewende vorantreiben.

Antrag L01.144.1: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller*in: KV Unna

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 144

139 Auch Umweltverbände kritisieren, dass die von der Ampel versprochenen 200 Milliarden
140 Euro für den Klimaschutz eine „Luftbuchung“ sind, da sie nur bereits eingeplante
141 Investitionen symbolträchtig zusammenrechnen. Das reicht hinten und vorne nicht, um
142 uns im jetzt erforderlichen Rekordtempo aus der Abhängigkeit von Gas, Öl und Kohle zu
143 lösen. Wir schlagen ein zusätzliches Investitionsprogramm über 20 Milliarden jährlich
144 alleine für die Energiewende vor.

Außerdem fordern wir eine sofortige Abschaltung aller AKWs und vorgezogene Abschaltung aller Kohlekraftwerke in wenigen Jahren bei voller Lohn- und Beschäftigungsgarantie, sowie die sofortige Einstellung des Braunkohleabbaus. Im weiteren befürworten wir eine Verstaatlichung der Energiekonzerne und deren demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung. Finanziert muss diese Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energie durch die Gewinne und Vermögen der Energiewirtschaft, sowie Gewinne der Krisenprofiteure.

Begründung

Die Forderungen für eine sozial-ökologische Transformation in der Energiewirtschaft sind zu unkonkret, genauso wie die Finanzierungspläne. In Anbetracht der ökologischen Lage sind sie nicht radikal genug. Sie erfüllen die nötigen Anforderungen zur Klimarettung nicht.

Die Möglichkeit und Notwendigkeit einer automatischen Lohnanpassung an die hohen Preise und gravierende Inflation wird nicht mit einbezogen.

Antrag L01.145.1: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller*in:

KV Darmstadt, BAG Klimagerechtigkeit, weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 145 - 149

145 Insbesondere die dezentrale Energieversorgung muss ausgebaut werden. ~~Das macht unsere~~
146 ~~Energieversorgung krisensicherer.~~ Die Deckelung der Ausbauziele (sog. „atmender
147 Deckel“) muss aufgehoben werden. ~~Die Energieversorgung und die Netze~~ Mittelspannungsnetze in
kommunaler und öffentlicher Hand sorgen für eine regionale, effiziente und krisenresistente
Stromversorgung. Damit bei der überregionalen Planung der Energiewende nicht die
Renditeerwartungen privater Investoren im Fokus stehen, wollen wir ~~von-~~
148 ~~den „großen vier“ Energiekonzernen zurück in kommunale und genossenschaftliche Hand-~~
149 ~~holen~~ die Übertragungsstromnetze verstaatlichen. Direktinvestitionen in erneuerbare
Stromerzeugungsanlagen stärken die Stromerzeugung in öffentlicher Hand. Wir wollen die
Förderung der Erneuerbaren Energien auf Stadtwerke,
150 Genossenschaften und Bürgerenergieprojekte hin ausrichten. Die Kommunen müssen an den
151 Planungen und Erträgen privater Investoren in Windkraftanlagen, Photovoltaik-
152 Kraftwerken und Energiespeichern beteiligt werden. Wir setzen uns für verpflichtende
153 Solardächer, nicht nur für Neubauten, sondern auch für geeignete Bestandsgebäude ein.
154 Durch ein massives Förderprogramm für eine Million effiziente Wärmepumpen können Öl-
155 und Gasheizungen ersetzt werden.

Begründung

-Wärme, Strom, Bewegung – all das ist Energie. Dieser Abschnitt behandelt die Stromerzeugung und Stromübertragung. Um Missverständnisse zu vermeiden, sollte das entsprechend ausformuliert werden.

-Die Netze gehören schon lange nicht mehr den „großen vier“ Energiekonzernen. Die vier großen Übertragungsnetze gehören nicht in kommunale oder genossenschaftliche Hand, vielmehr bedarf es hier einer überregionalen Planung. Beim Mittelspannungsnetz hingegen sind regionale Konzepte sinnvoll.

-Rund drei Viertel der klimaneutralen Energieversorgung muss in den nächsten Jahren neu aufgebaut werden. Statt in die fossile und atomare Infrastruktur der Energiekonzerne zu investieren, sollten staatliche Mittel direkt in erneuerbare Energieerzeugeranlagen investiert werden.

Antrag L01.146.1: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller*in:

KV Darmstadt, BAG Klimagerechtigkeit

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 146 - 147

145 Insbesondere die dezentrale Energieversorgung muss ausgebaut werden. Das macht unsere
146 Energieversorgung krisensicherer. Die ~~Deckelung der Ausbauziele (sog. „atmender~~
147 ~~Deckel“)~~ muss aufgehoben werden. Die Energieversorgung und die Netze wollen wir von
148 den „großen vier“ Energiekonzernen zurück in kommunale und genossenschaftliche Hand
149 holen. Wir wollen die Förderung der Erneuerbaren Energien auf Stadtwerke,
150 Genossenschaften und Bürgerenergieprojekte hin ausrichten. Die Kommunen müssen an den
151 Planungen und Erträgen privater Investoren in Windkraftanlagen, Photovoltaik-
152 Kraftwerken und Energiespeichern beteiligt werden. Wir setzen uns für verpflichtende
153 Solardächer, nicht nur für Neubauten, sondern auch für geeignete Bestandsgebäude ein.
154 Durch ein massives Förderprogramm für eine Million effiziente Wärmepumpen können Öl-
155 und Gasheizungen ersetzt werden.

Begründung

Der Leitantrag wird hier von der Wirklichkeit überholt. Die Abschaffung des atmenden Deckels ist im aktuellen Gesetzesentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor“ enthalten.

Antrag L01.147.1: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller*in:

KV Marburg-Biedenkopf

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 147 - 149

145 Insbesondere die dezentrale Energieversorgung muss ausgebaut werden. Das macht unsere
146 Energieversorgung krisensicherer. Die Deckelung der Ausbauziele (sog. „atmender

147 Deckel“) muss aufgehoben werden. ~~Die Energieversorgung und die Netze wollen wir von~~
148 ~~den „großen vier“ Energiekonzernen zurück in kommunale und~~
~~genossenschaftliche~~ Stromerzeuger und Stromdistributoren müssen in öffentliche Hand
149 holen überführt werden, um allen einen gerechten und bezahlbaren Zugang zu Strom zu
ermöglichen. Wir wollen die Förderung der Erneuerbaren Energien auf Stadtwerke,
150 Genossenschaften und Bürgerenergieprojekte hin ausrichten. Die Kommunen müssen an den
151 Planungen und Erträgen privater Investoren in Windkraftanlagen, Photovoltaik-
152 Kraftwerken und Energiespeichern beteiligt werden. Wir setzen uns für verpflichtende
153 Solardächer, nicht nur für Neubauten, sondern auch für geeignete Bestandsgebäude ein.
154 Durch ein massives Förderprogramm für eine Million effiziente Wärmepumpen können Öl-
155 und Gasheizungen ersetzt werden.

Begründung

Bereiche, die für die Gewährleistung eines würdigen Lebens notwendig sind (Daseinsfürsorge), dürfen nicht in der Hand des Marktes liegen.

Antrag L01.149.1: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller*in:

OV Seehausen (LV Sachsen-Anhalt)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 149

145 Insbesondere die dezentrale Energieversorgung muss ausgebaut werden. Das macht unsere
146 Energieversorgung krisensicherer. Die Deckelung der Ausbauziele (sog. „atmender
147 Deckel“) muss aufgehoben werden. Die Energieversorgung und die Netze wollen wir von
148 den „großen vier“ Energiekonzernen zurück in kommunale und genossenschaftliche Hand
149 holen. Schon im laufenden Jahr und besonders in 2023 müssen Millionen Haushalte in
Deutschland mit hohen Nachzahlungsforderungen der Energieversorger rechnen. Da wegen der
energiepolitischen Lage viele alternative und ökologisch-nachhaltige Versorger Insolvenz
anmelden mussten, diktieren zunehmend die großen Konzerne die Preise und verdienen an der
Krise. Besonders die Menschen mit geringen Einkommen werden so existenziell bedroht.
Der Bundesparteitag schlägt allen Landesverbänden vor, ab sofort für Volksentscheide initiativ zu
werden, um im Bündnis mit anderen fortschrittlichen Kräften eine Kampagne für die Enteignung
der großen Energiekonzerne ins Leben zu rufen, da nur auf den Landesebenen die rechtlichen
Voraussetzungen für Volksentscheide bestehen.
Nach einem Erfolg des jeweiligen Volksentscheids fordern wir für den Zeitraum bis zur
Durchführung der Enteignungen die treuhänderische Kontrolle der Energiekonzerne durch die
Bundesnetzagentur, wie sie bereits im Fall des Tochterunternehmens von „Gazprom“ praktiziert
wurde und wird. Wir wollen die Förderung der Erneuerbaren Energien auf Stadtwerke,
150 Genossenschaften und Bürgerenergieprojekte hin ausrichten. Die Kommunen müssen an den
151 Planungen und Erträgen privater Investoren in Windkraftanlagen, Photovoltaik-
152 Kraftwerken und Energiespeichern beteiligt werden. Wir setzen uns für verpflichtende
153 Solardächer, nicht nur für Neubauten, sondern auch für geeignete Bestandsgebäude ein.
154 Durch ein massives Förderprogramm für eine Million effiziente Wärmepumpen können Öl-
155 und Gasheizungen ersetzt werden.

Zeile 162 - 163

162 Strom sparen, aber sozial gerecht: Die ~~großen Energiekonzerne verdienen an der Krise.~~

163 ~~Die~~ Strompreise müssen staatlich reguliert werden. Wir treten für die
164 Wiedereinführung der 2007 abgeschafften Strompreisgenehmigung ein. Wir wollen ein
165 kostenfreies Grundkontingent an Strom und Gas für alle. Alles, was über den
166 durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer. Damit werden Anreize zum
167 Stromsparen geschaffen. Um die Preissteigerungen sozial aufzufangen, fordern wir die
168 sofortige und künftig automatische Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um die Inflationsrate.
169 Strom und Gassperren müssen verboten werden. Wir unterstützen die Beschäftigten und
170 ihre Gewerkschaften in ihren Kämpfen für gute Löhne: Kein Tarifabschluss unterhalb
171 der Inflation.

Begründung

Anknüpfend an den Erfolg von „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ gehen wir einen konsequenten Schritt in Richtung energiepolitischer Daseinsvorsorge.

Antrag L01.154.1: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller*in:

BAG Betrieb & Gewerkschaft

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 154

145 Insbesondere die dezentrale Energieversorgung muss ausgebaut werden. Das macht unsere
146 Energieversorgung krisensicherer. Die Deckelung der Ausbauziele (sog. „atmender
147 Deckel“) muss aufgehoben werden. Die Energieversorgung und die Netze wollen wir von
148 den „großen vier“ Energiekonzernen zurück in kommunale und genossenschaftliche Hand
149 holen. Wir wollen die Förderung der Erneuerbaren Energien auf Stadtwerke,
150 Genossenschaften und Bürgerenergieprojekte hin ausrichten. Die Kommunen müssen an den
151 Planungen und Erträgen privater Investoren in Windkraftanlagen, Photovoltaik-
152 Kraftwerken und Energiespeichern beteiligt werden. Wir setzen uns für verpflichtende
153 Solardächer, nicht nur für Neubauten, sondern auch für geeignete Bestandsgebäude ein.
154 Es braucht einen geförderten, verpflichtenden Ausbau von Solardächern auf
Mehrfamilienhäusern, auch um insbesondere für die Mieterinnen und Mieter die Energiekosten zu
senken und die Energiewende für sie attraktiv zu machen. Durch ein massives Förderprogramm
für eine Million effiziente Wärmepumpen können Öl-
155 und Gasheizungen ersetzt werden.

Begründung

Bislang finden sich Solardächer aufgrund der Förderungsvorgaben fast ausschließlich auf Einfamilienhäusern. Dabei ist die dominante Wohnform das Wohnen zur Miete in Mehrfamilienhäusern. Um die Energiewende wirklich voranzutreiben, müssen die Solardächer endlich auf die Mehrfamilienhäuser. Dies muss massiv staatlich gefördert werden und die Energiekosteneinsparungen sollten ausschließlich den Mieterinnen und Mietern zugute kommen.

Antrag L01.154.2: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller*in:

KV Darmstadt, BAG Klimagerechtigkeit

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 154 - 155

145 Insbesondere die dezentrale Energieversorgung muss ausgebaut werden. Das macht unsere
146 Energieversorgung krisensicherer. Die Deckelung der Ausbauziele (sog. „atmender
147 Deckel“) muss aufgehoben werden. Die Energieversorgung und die Netze wollen wir von
148 den „großen vier“ Energiekonzernen zurück in kommunale und genossenschaftliche Hand
149 holen. Wir wollen die Förderung der Erneuerbaren Energien auf Stadtwerke,
150 Genossenschaften und Bürgerenergieprojekte hin ausrichten. Die Kommunen müssen an den
151 Planungen und Erträgen privater Investoren in Windkraftanlagen, Photovoltaik-
152 Kraftwerken und Energiespeichern beteiligt werden. Wir setzen uns für verpflichtende
153 Solardächer, nicht nur für Neubauten, sondern auch für geeignete Bestandsgebäude ein.

154 ~~Durch ein massives Förderprogramm für eine Million effiziente Wärmepumpen können Öl-~~
155 ~~und Gasheizungen~~Allen Menschen muss der Zugang zu einer klimaneutralen Wärmeversorgung
ermöglicht werden. Dabei kommen überwiegend zwei Techniken zum Einsatz: Der Ausbau von
Wärmenetzen und der Ersatz fossiler Heizungen durch dezentrale Wärmepumpen. Für den Aufbau
und die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung sind Stadtwerken und kommunalen
Energieversorgern jährlich Mittel in zweistelligen Milliardenhöhen zur Verfügung zu stellen. Rund
14 Millionen fossile Heizanlagen müssen zur Erreichung der Klimaneutralität durch
Wärmepumpen ersetzt werden. Um Ressourcen zu schonen, bedarf es der Einbettung in eine
kommunale Wärmeleitplanung, damit nicht dort Wärmepumpen verbaut werden, wo ein
Anschluss an Wärmenetze möglich ist.

Begründung

- Der Leitantrag wird hier von der Wirklichkeit überholt. Die Bundesregierung plant den Einbau von 6 Millionen Wärmepumpen bis 2030. Für das Erreichen der Klimaneutralität müssen ca. 14 Millionen fossile Heizungen durch Wärmepumpen ersetzt werden, so die Denkfabrik „Agora Energiewende“ in einer Studie von 2021.
- Gleichzeitig müssen überall dort, wo es möglich ist, Wärmenetze entstehen bzw. ausgebaut werden. Diese sind gleichzeitig zu dekarbonisieren.
- Der Ausbau von Wärmenetzen und Einbau von Wärmepumpen wird zu einem massiven Rückgang der Gasnachfrage führen – der bisherigen Haupteinnahmequelle vieler Stadtwerke und kommunaler Energieversorger. Als Unternehmen in öffentlicher Hand können sie die Netzentgelte nicht auf immer weniger Kunden verteilen, sondern müssten ab einem gewissen Punkt zumindest für finanziell schwächere Kunden die Energieversorgung subventionieren. Für einen sozial verträglichen Rückbau des Gasverteilernetzes und den gleichzeitig stattfindenden Aufbau und die Dekarbonisierung der Wärmenetzen sind deshalb Mittel in Milliardenhöhe zur Verfügung zu stellen.

Antrag L01.162.1: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller*in:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 162 - 171

162 ~~Strom sparen, aber sozial gerecht: Die großen Energiekonzerne verdienen an der Krise.~~
163 ~~Die Strompreise müssen staatlich reguliert werden. Wir treten für die~~
164 ~~Wiedereinführung der 2007 abgeschafften Strompreisgenehmigung ein. Wir wollen ein~~

165 ~~kostenfreies Grundkontingent an Strom und Gas für alle. Alles, was über den~~
166 ~~durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer. Damit werden Anreize zum~~
167 ~~Stromsparen geschaffen. Um die Preissteigerungen sozial aufzufangen, fordern wir die~~
168 ~~sofortige und künftig automatische Erhöhung der Hartz IV Sätze um die Inflationsrate.~~
169 ~~Strom und Gassperren müssen verboten werden. Wir unterstützen die Beschäftigten und~~
170 ~~ihre Gewerkschaften in ihren Kämpfen für gute Löhne: Kein Tarifabschluss unterhalb~~
171 ~~der Inflation.~~

Statt Aufrüstung – 100-Milliarden für nachhaltige Entlastung der Bevölkerung

172

Zur Kompensation der akut explodierenden Energiekosten und Preise fordern wir ein Entlastungspaket.

Für acht Monate lang wollen wir Haushalte mit sofort wirksamen Einmalzahlungen entlasten: monatlich 125 Euro für jeden Haushalt (sowie 50 Euro monatlich für jedes weitere Mitglied des Haushaltes).

173

Strom sparen, aber sozial gerecht: Wir wollen ein kostenfreies Grundkontingent an Strom und Gas für alle. Alles, was über den durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer. Damit werden Anreize zum Stromsparen geschaffen. Strom und Gassperren müssen verboten werden.

Das von der Ampel verkündete Paket für vorübergehende (!) 9-Euro-Tickets im ÖPNV ist ein Schritt in die richtige Richtung, die Kommunen kritisieren es jedoch zu Recht als bürokratisches Monster. Ein Strohfeuer reicht nicht, um die Menschen zu entlasten und eine sozial-ökologische Verkehrswende voranzubringen. Wir fordern, den ÖPNV schrittweise kostenfrei zu machen und als Sofortmaßnahme das 9-Euro-Ticket zu verlängern. Günstige Fahrpreise alleine helfen den Menschen in Orten, wo kein Bus mehr fährt, noch nicht. Wir fordern, dass massiv in Kapazitäten, Taktung und Personal investiert wird.

174

Statt die Pendlerpauschale zu erhöhen, wollen wir ein sozial gerechtes Mobilitätsgeld einführen. Wir wollen die Entfernungspauschale und die Mobilitätsprämie in ein einheitliches und einkommensunabhängiges Mobilitätsgeld von zehn Cent pro Entfernungskilometer überführen.

Um die Preissteigerungen sozial aufzufangen, wollen wir das Wohngeld und die Transferleistungen (für Grundsicherungsempfänger) um mindestens 200 Euro monatlich erhöhen. Um wirksam gegen die rasant steigende Kinderarmut vorzugehen, muss schnellstmöglich eine Kindergrundsicherung in Höhe von 699,00 Euro monatlich eingeführt werden.

175

Energie- und Lebensmittelpreise staatlich kontrollieren, Mieten deckeln: Die großen Energiekonzerne und Supermarktketten verdienen an der Krise. Die Strompreise müssen staatlich reguliert werden. Wir treten für die Wiedereinführung der 2007 abgeschafften Strompreisgenehmigung ein. Auch die Vergesellschaftung von Raffinerien und Energieproduzenten ist ein Instrument, um die Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Auch bei Lebensmittelpreisen muss eine staatliche Kontrolle greifen, die Spekulation und Extra-Profite auf Kosten der Bevölkerung verhindert. Mietpreise und Gewerbemieten wollen wir bundesweit deckeln.

Antrag L01.162.2: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller*in:

KV Marburg-Biedenkopf

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 162 - 163

162 Strom sparen, aber sozial gerecht: Die großen Energiekonzerne ~~verdienen an der Krise.~~
163 ~~Die Strompreise müssen staatlich reguliert werden~~müssen in Staatseigentum überführt werden.
Bis dahin wollen wir die Krisenprofiteure zu Kasse bitten und die Zufalls- oder Übergewinne
abschöpfen, um sie als Sonderzahlungen an Menschen auszuschütten, die besonders unter den
gestiegenen Lebenshaltungskosten leiden. Wir treten für die
164 Wiedereinführung der 2007 abgeschafften Strompreisgenehmigung ein. Wir wollen ein
165 kostenfreies Grundkontingent an Strom und Gas für alle. Alles, was über den
166 durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer. Damit werden Anreize zum
167 Stromsparen geschaffen. Um die Preissteigerungen sozial aufzufangen, fordern wir die
168 sofortige und künftig automatische Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um die Inflationsrate.
169 Strom und Gassperren müssen verboten werden. Wir unterstützen die Beschäftigten und
170 ihre Gewerkschaften in ihren Kämpfen für gute Löhne: Kein Tarifabschluss unterhalb
171 der Inflation.

Begründung

Die Energiekonzerne gehören zur Daseinsvorsorge und damit in öffentliche Hand. Ein großer Teil der Preissteigerung lässt sich auf Spekulationen und nicht auf reale Knappheiten zurückführen, wodurch die Gewinnspanne der Unternehmen steigt.

Antrag L01.162.3: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller*in:

Linus Hagemann (BV Charlottenburg-Wilmersdorf), BV
Charlottenburg-Wilmersdorf, Frederike-Sophie Gronde-Brunner
(Berlin)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 162 - 169

162 ~~Strom sparen, aber sozial gerecht:~~ Die großen Energiekonzerne verdienen an der Krise.
163 Die Strompreise müssen staatlich reguliert werden. Wir treten für die
164 Wiedereinführung der 2007 abgeschafften Strompreisgenehmigung ein. ~~Wir~~Haushalten mit
geringem Einkommen wollen ~~ein-~~
165 ~~kostenfreies Grundkontingent an Strom und Gas für alle. Alles, was über den~~
166 ~~durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer. Damit werden Anreize zum~~
167 ~~Stromsparen geschaffen. Um die Preissteigerungen sozial aufzufangen, fordern wir die~~
168 ~~sofortige und künftig automatische Erhöhung der~~unter Berücksichtigung der jeweils konkreten
Rahmenbedingungen ein deutlich vergünstigtes Grundkontingent an Strom und Gas in Höhe des
durchschnittlichen Verbrauchs zur Verfügung stellen. Es wird eine Lösung angestrebt, die die
Einkommensprogression berücksichtigt. Alles, was über den durchschnittlichen Verbrauch
hinausgeht, wird teurer - für alle. Damit werden Anreize zum Strom sparen geschaffen. Da die
169 ~~Strom~~systematisch kleingerechnet werden, treffen die aktuellen Preissteigerungen Menschen in
der Grundsicherung besonders hart. Wir fordern, den Regelsatz angemessen methodisch korrekt
zu berechnen (u. a. unsachgemäße Vermischung von Statistik- und Warenkorbmodell beenden)
und angesichts der Preisexplosion für einen zeitnahen Inflationsausgleich in der Grundsicherung
zu sorgen. ~~Strom-~~ und Gassperren müssen verboten werden. Wir unterstützen die Beschäftigten
und
170 ihre Gewerkschaften in ihren Kämpfen für gute Löhne: Kein Tarifabschluss unterhalb

171 der Inflation.

Begründung

- Die Antragsteller:innen sind der Auffassung, dass Haushalte mit geringem Einkommen angesichts der steigenden Energiepreise gezielt entlastet werden müssen. Die Einführung eines „bedingungslosen Strom- und Gaseinkommens“ auch für Wohlhabende und Reiche lehnen die Antragsteller:innen hingegen ab.
- Nach Ansicht der Antragsteller:innen ist das Hauptproblem bei der Berechnung der Regelbedarfe deren systematische Kleinrechnung. Die Inflationsrate fließt in die jährliche Anpassung der Regelbedarfe bereits ein – allerdings etwas zeitverzögert, sodass die aktuellen Preissteigerungen nicht abgebildet werden.

Antrag L01.165.1: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller*in:	KV Darmstadt
--------------------------	--------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 165 - 169

162 Strom sparen, aber sozial gerecht: Die großen Energiekonzerne verdienen an der Krise.
163 Die Strompreise müssen staatlich reguliert werden. Wir treten für die
164 Wiedereinführung der 2007 abgeschafften Strompreisgenehmigung ein. Wir wollen ein
165 kostenfreies Grundkontingent an Strom und **GasWärme** für alle. Alles, was über den
166 durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer. Damit werden Anreize zum
167 Stromsparen geschaffen. Um die Preissteigerungen sozial aufzufangen, fordern wir die
168 sofortige und künftig automatische Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um die Inflationsrate.
169 Strom und Gassperren müssen verboten werden. Ob Öl-, Gasheizung oder Fernwärmeanschluss:
Eine warme Wohnung darf kein unbezahlbarer Luxus sein. Wir unterstützen die Beschäftigten und
170 ihre Gewerkschaften in ihren Kämpfen für gute Löhne: Kein Tarifabschluss unterhalb
171 der Inflation.

Begründung

Gas ist nur einer von mehreren Wärmeenergieträgern. Viele Haushalte heizen zum Beispiel mit Öl, Fernwärme, Zentralheizung im Wohnhaus oder Wärmepumpen. Ein Energiegeld schafft ein kostenloses Grundkontingent an Wärme – unabhängig von der Heizanlage.

Empfehlung der BAG Klimagerechtigkeit

Antrag L01.165.1: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller*in:	KV Darmstadt, BAG Klimagerechtigkeit, weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 165 - 169

162 Strom sparen, aber sozial gerecht: Die großen Energiekonzerne verdienen an der Krise.

163 Die Strompreise müssen staatlich reguliert werden. Wir treten für die
164 Wiedereinführung der 2007 abgeschafften Strompreisgenehmigung ein. Wir wollen ein
165 kostenfreies Grundkontingent an Strom ~~und Gas~~ für alle. Alles, was über den
166 durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer. Damit werden Anreize zum
167 Stromsparen geschaffen. Um die Preissteigerungen sozial aufzufangen, fordern wir die
168 sofortige und künftig automatische Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um die Inflationsrate.
169 Strom und Gassperren müssen verboten werden. Ob Öl, Gasheizung oder Fernwärmeanschluss:
Eine warme Wohnung darf kein unbezahlbarer Luxus sein. Wir unterstützen die Beschäftigten und
170 ihre Gewerkschaften in ihren Kämpfen für gute Löhne: Kein Tarifabschluss unterhalb
171 der Inflation.

Begründung

Gas ist nur einer von mehreren Wärmeenergieträgern. Viele Haushalte heizen zum Beispiel mit Öl, Fernwärme, Zentralheizung im Wohnhaus oder Wärmepumpen. Ein Energiegeld schafft ein kostenloses Grundkontingent an Wärme-unabhängig von der Heizanlage.

Antrag L01.168.1: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller*in: KV Unna

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 168

162 Strom sparen, aber sozial gerecht: Die großen Energiekonzerne verdienen an der Krise.
163 Die Strompreise müssen staatlich reguliert werden. Wir treten für die
164 Wiedereinführung der 2007 abgeschafften Strompreisgenehmigung ein. Wir wollen ein
165 kostenfreies Grundkontingent an Strom und Gas für alle. Alles, was über den
166 durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer. Damit werden Anreize zum
167 Stromsparen geschaffen. Um die Preissteigerungen sozial aufzufangen, fordern wir die
168 sofortige und künftig automatische Erhöhung der Löhne (gleitende Lohnskala)und Hartz-IV-Sätze
um die Inflationsrate.
169 Strom und Gassperren müssen verboten werden. Wir unterstützen die Beschäftigten und
170 ihre Gewerkschaften in ihren Kämpfen für gute Löhne: Kein Tarifabschluss unterhalb
171 der Inflation.

Begründung

Die Forderungen für eine sozial-ökologische Transformation in der Energiewirtschaft sind zu unkonkret, genauso wie die Finanzierungspläne. In Anbetracht der ökologischen Lage sind sie nicht radikal genug. Sie erfüllen die nötigen Anforderungen zur Klimarettung nicht.

Die Möglichkeit und Notwendigkeit einer automatischen Lohnanpassung an die hohen Preise und gravierende Inflation wird nicht mit einbezogen.

Antrag L01.169.1: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller*in: Antikapitalistische LINKE

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 169

162 Strom sparen, aber sozial gerecht: Die großen Energiekonzerne verdienen an der Krise.
163 Die Strompreise müssen staatlich reguliert werden. Wir treten für die
164 Wiedereinführung der 2007 abgeschafften Strompreisgenehmigung ein. Wir wollen ein
165 kostenfreies Grundkontingent an Strom und Gas für alle. Alles, was über den
166 durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer. Damit werden Anreize zum
167 Stromsparen geschaffen. Um die Preissteigerungen sozial aufzufangen, fordern wir die
168 sofortige und künftig automatische Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um die Inflationsrate.
169 Strom und Gassperren müssen verboten werden. Eine solche automatische Anpassung der
Einkommen der Lohn-, Gehalts- und Transfergeld-Beziehenden an die Inflationsrate sollte auch in
die Tarifpolitik der Gewerkschaften Einkehr finden. Wir werden uns dafür stark machen. In
mehreren Ländern gab es in der Vergangenheit eine solche "Gleitende Lohnskala". Sie wurden im
Zuge des Neoliberalismus abgeschafft oder wirkungslos gemacht. Sie sollte als Regel eingeführt
werden, damit in den Tarifaueinandersetzungen und -verträgen dann wirkliche
Einkommenserhöhungen erkämpft und beschlossen werden können. Wir unterstützen die
Beschäftigten und
170 ihre Gewerkschaften in ihren Kämpfen für gute Löhne: Kein Tarifabschluss unterhalb
171 der Inflation.

Begründung

Antrag spricht für sich. Die Macht der Gewerkschaften darf durch die Inflation nicht noch weiter unterlaufen werden.

Antrag L01.170.1: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller*in:

BAG Betrieb & Gewerkschaft

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 170 - 171

162 Strom sparen, aber sozial gerecht: Die großen Energiekonzerne verdienen an der Krise.
163 Die Strompreise müssen staatlich reguliert werden. Wir treten für die
164 Wiedereinführung der 2007 abgeschafften Strompreisgenehmigung ein. Wir wollen ein
165 kostenfreies Grundkontingent an Strom und Gas für alle. Alles, was über den
166 durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer. Damit werden Anreize zum
167 Stromsparen geschaffen. Um die Preissteigerungen sozial aufzufangen, fordern wir die
168 sofortige und künftig automatische Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um die Inflationsrate.
169 Strom und Gassperren müssen verboten werden. Wir unterstützen die Beschäftigten und
170 ihre Gewerkschaften in ihren Kämpfen für gute ~~Löhne: Kein Tarifabschluss unterhalb~~
171 ~~der Inflation~~Löhne.

Begründung

Angesichts unserer eigenen Verankerung in den Gewerkschaften und einer von der Bundesregierung für 2022 prognostizierten Inflationsrate von 6,1 Prozent ist diese Forderung völlig voluntaristisch. Anstatt den Gewerkschaften Vorgaben zu machen, wie hoch die Tarifabschlüsse sein sollten, sollten

wir unsere Energie lieber darauf lenken, die Beschäftigten in ihren Tarifikämpfen zu unterstützen.

Antrag L01.170.2: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller*in: Sozialistische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 170 - 171

162 Strom sparen, aber sozial gerecht: Die großen Energiekonzerne verdienen an der Krise.
163 Die Strompreise müssen staatlich reguliert werden. Wir treten für die
164 Wiedereinführung der 2007 abgeschafften Strompreisgenehmigung ein. Wir wollen ein
165 kostenfreies Grundkontingent an Strom und Gas für alle. Alles, was über den
166 durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer. Damit werden Anreize zum
167 Stromsparen geschaffen. Um die Preissteigerungen sozial aufzufangen, fordern wir die
168 sofortige und künftig automatische Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um die Inflationsrate.
169 Strom und Gassperren müssen verboten werden. Wir unterstützen die Beschäftigten und
170 ihre Gewerkschaften in ihren Kämpfen für gute ~~Löhne: Kein Tarifabschluss unterhalb~~
171 ~~der Inflation~~Löhne.

Begründung

Tarifverträge schließen die Gewerkschaften und Arbeitgeber autonom ab. Der Satz vermittelt den Eindruck, DIE LINE wollte ihnen da Vorgaben machen. Klar unterstützen wir das genannte Ziel, das auch die Gewerkschaften haben, aber sie werden es nicht immer durchsetzen können, und dann ggf. trotzdem Tarifverträge mit niedrigeren Lohnzuwächsen abschließen. Weil die Alternative wäre ggf. Fortgelten der alten Verträge ganz ohne Zuwächse, wenn die Durchsetzungsfähigkeit nicht da ist. V.a. aber ist das die eigenständige Entscheidung der Gewerkschaften und der Beschäftigten und nicht die Kompetenz der LINKEN.

Antrag L01.171.1: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller*in: Antikapitalistische LINKE

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 171

162 Strom sparen, aber sozial gerecht: Die großen Energiekonzerne verdienen an der Krise.
163 Die Strompreise müssen staatlich reguliert werden. Wir treten für die
164 Wiedereinführung der 2007 abgeschafften Strompreisgenehmigung ein. Wir wollen ein
165 kostenfreies Grundkontingent an Strom und Gas für alle. Alles, was über den
166 durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer. Damit werden Anreize zum
167 Stromsparen geschaffen. Um die Preissteigerungen sozial aufzufangen, fordern wir die
168 sofortige und künftig automatische Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um die Inflationsrate.
169 Strom und Gassperren müssen verboten werden. Wir unterstützen die Beschäftigten und
170 ihre Gewerkschaften in ihren Kämpfen für gute Löhne: Kein Tarifabschluss unterhalb
171 der Inflation. Dazu bedarf es einer kämpferischen Ausrichtung der Gewerkschaftspolitik.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag L01.174.1: Änderungsantrag zu L01-04

Änderungsantrag zu L01-04

Antragsteller*in:	Geraer Sozialistischer Dialog, Stadtteilgruppe (BO) Eppendorf / Hoheluft-Ost
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 174 - 179

173 Die Pariser Klimaziele können nur mit einem radikalen Umsteuern in der
174 Verkehrspolitik erreicht werden. ~~Der Verkehrssektor ist der einzige Bereich, der seit~~
175 ~~1990 seine klimaschädlichen Emissionen nicht reduziert hat.~~ Die gegenwärtige
176 Verkehrspolitik schädigt nicht nur das Klima, sie ist auch unsozial. Sie schließt
177 ganze Bevölkerungsgruppen von der Mobilität aus: weil sie sich Fahrpreise für Bahnen
178 und Busse nicht leisten können und weil ganze Landstriche vom öffentlichen Verkehr
179 abgekoppelt sind. Wir wollen ein Verkehrssystem in dem alle mobil sein können und niemand
ausgeschlossen wird.

Zeile 180 - 192

~~180 Wir wollen ein Verkehrssystem in dem alle mobil sein können und niemand~~
~~181 ausgeschlossen wird. Verkehrswende muss mehr sein als eine bloße Antriebswende. Wir~~
~~182 wollen Deutschland zum Bahnland machen und ein für alle bezahlbares im Alltag~~
~~183 zuverlässig funktionierendes, preisgünstiges und barrierefreies, vernetztes~~
~~184 öffentliches Mobilitätssystem der Zukunft schaffen. Durch den massiven Ausbau von Bus~~
~~185 und Bahn, durch vernetzte Angebote auch auf dem Land, durch öffentliche Carsharing-~~
~~186 Plattformen. Stillgelegte Bahnstrecken müssen reaktiviert werden, das Verkehrsangebot~~
~~187 ausgeweitet und die Ticketpreise gesenkt werden. Wir wollen eine Mobilitätsgarantie~~
~~188 für den ländlichen Raum, u.a. durch Rufbusse, Sharing Modelle. Dazu muss der Bund den~~
~~189 Ländern und Kommunen zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung stellen. Die Ampel-~~
~~190 Koalition mit FDP Verkehrsminister blockiert aber die notwendige Verkehrswende. Als~~
~~191 LINKE fordern wir ein Investitionsprogramm über 17 Milliarden pro Jahr in die sozial-~~
~~192 ökologische Mobilitätswende.~~

- Wir wollen Deutschland zum Bahnland machen und ein für alle bezahlbares im
Alltag zuverlässig funktionierendes, preisgünstiges und barrierefreies, vernetztes öffentliches
Mobilitätssystem der Zukunft schaffen.

Zeile 193 - 201

~~193 Das von der Ampel verkündete Paket für vorübergehende (!) 9 Euro Tickets im ÖPNV ist~~
~~194 ein Schritt in die richtige Richtung, die Kommunen kritisieren es jedoch zu Recht als~~
~~195 bürokratisches Monster. Wir fordern dagegen, den ÖPNV schrittweise kostenfrei zu~~
~~196 machen und als Sofortmaßnahmen ein 365-Euro-Ticket im ÖPNV auf den Weg zu bringen.~~
~~197 Statt die Pendlerpauschale zu erhöhen, wollen wir ein sozial gerechtes Mobilitätsgeld~~
~~198 einführen. Mit einem Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h außerorts und 30~~
~~199 km/h in Ortschaften, würde der Bedarf an Öl und die CO2-Emissionen deutlich reduziert~~
~~200 werden. Aber die Ampel zögert weiter. Auch in dieser Frage werden wir SPD und Grünen~~
~~201 nicht aus der Verantwortung lassen und weiter Druck machen.~~

- Wir fordern, den ÖPNV schrittweise kostenfrei zu machen und als Sofortmaßnahmen ein ganzjähriges 9-Euro-Ticket im ÖPNV auf den Weg zu bringen.
- Wir wollen den Güterverkehr weitgehend von der Straße und konsequent auf die Schiene holen.

Begründung

Antragsheft 1, Seite 95-99, Zeile 130 - 300, kürzen und ändern
 Klare Kampfziele für Opposition und außerparlamentarische Bewegung statt Träume für eine Regierung, die wir nicht sind.

Antrag L01.180.1: Änderungsantrag zu L01-04

Änderungsantrag zu L01-04

Antragsteller*in: Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 180

180 Wer Straßen baut, erntet Kfz-Verkehr. Keinen neuen Kilometer Autobahn. Die Investitionsmittel müssen für den Ausbau der Bahninfrastruktur umgewidmet werden. Wir wollen ein Verkehrssystem in dem alle mobil sein können und niemand
 181 ausgeschlossen wird. Verkehrswende muss mehr sein als eine bloße Antriebswende. Wir
 182 wollen Deutschland zum Bahnland machen und ein für alle bezahlbares im Alltag
 183 zuverlässig funktionierendes, preisgünstiges und barrierefreies, vernetztes
 184 öffentliches Mobilitätssystem der Zukunft schaffen. Durch den massiven Ausbau von Bus
 185 und Bahn, durch vernetzte Angebote auch auf dem Land, durch öffentliche Carsharing-
 186 Plattformen. Stillgelegte Bahnstrecken müssen reaktiviert werden, das Verkehrsangebot
 187 ausgeweitet und die Ticketpreise gesenkt werden. Wir wollen eine Mobilitätsgarantie
 188 für den ländlichen Raum, u.a. durch Rufbusse, Sharing-Modelle. Dazu muss der Bund den
 189 Ländern und Kommunen zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung stellen. Die Ampel-
 190 Koalition mit FDP-Verkehrsminister blockiert aber die notwendige Verkehrswende. Als
 191 LINKE fordern wir ein Investitionsprogramm über 17 Milliarden pro Jahr in die sozial-
 192 ökologische Mobilitätswende.

Begründung

Neue Autobahnen in der Fläche aber auch in der Stadt führen nicht zur Beschleunigung des MIV, aber sie führen zu mehr Flächenversiegelung und zu mehr Verkehrslärm für Anwohner.

Antrag L01.181.1: Änderungsantrag zu L01-04

Änderungsantrag zu L01-04

Antragsteller*in: KV Marburg-Biedenkopf

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 181 - 187

180 Wir wollen ein Verkehrssystem in dem alle mobil sein können und niemand
 181 ausgeschlossen wird. Verkehrswende muss mehr sein als eine bloße Antriebswende. ~~Wir~~

Mit der Bahn als Aktiengesellschaft, die darauf ausgelegt ist, Gewinne zu erwirtschaften, ist das nicht möglich. Eine Abkehr von der Profitorientierung im Personenverkehr in der Bahn hin zu einem gemeinwohlorientierten Projekt und gleichzeitig die Bedienung aller Zugstrecken in Deutschland ausschließlich durch die Deutsche Bahn ist unumgänglich. Ausgenommen davon sind internationale Strecken, die von ausländischen Bahnkonzernen betrieben werden. Dazu soll die Bahn vergesellschaftet werden und in eine Anstalt öffentlichen Rechts überführt werden, um sie vor Reprivatisierung zu schützen. Wir wollen Deutschland zum Bahnland machen und ein für alle ~~bezahlbar~~ kostenloses im Alltag

183 zuverlässig funktionierendes, ~~preisgünstiges~~ und barrierefreies, vernetztes
184 öffentliches Mobilitätssystem der Zukunft schaffen. Durch den massiven Ausbau von Bus
185 und Bahn, durch vernetzte Angebote auch auf dem Land, durch öffentliche Carsharing-
186 Plattformen. Stillgelegte Bahnstrecken müssen reaktiviert werden, das Verkehrsangebot
187 ausgeweitet und die Ticketpreise ~~gesenkt~~ abgeschafft werden. Wir wollen eine Mobilitätsgarantie
188 für den ländlichen Raum, u.a. durch Rufbusse, Sharing-Modelle. Dazu muss der Bund den
189 Ländern und Kommunen zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung stellen. Die Ampel-
190 Koalition mit FDP-Verkehrsminister blockiert aber die notwendige Verkehrswende. Als
191 LINKE fordern wir ein Investitionsprogramm über 17 Milliarden pro Jahr in die sozial-
192 ökologische Mobilitätswende.

Begründung

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die Auswirkungen der Bahnreform 1994 zu einer Verkürzung des Schienennetzes, Abhängen vieler Städte vom Fernverkehr und zu einem systematischen Abbau von Arbeitsplätzen bei der Bahn geführt haben. Zudem werden im Regionalverkehr bereits einige Strecken von privaten Betreibern bedient, was beispielsweise in einem Schutzschirmverfahren gegen Abellio mündete. Gleichzeitig steigen die Ticketpreise weiter an, so dass es für viele Strecken immer noch billiger ist, das Auto zu nehmen, anstatt sich in die Bahn zu setzen. Deshalb kann die Verkehrswende nur gelingen, wenn die Bahn wieder gemeinwohlorientiert und nicht profitorientiert handelt. Die Ampel hat vorgemacht, dass der Bahnverkehr billig sein kann, wenn es politisch gewollt ist. Wir sagen, wir können mehr: nur mit der Linken gibt es den Nah- und Fernverkehr komplett kostenfrei. Das ist nicht nur gut fürs Klima, sondern sozial gerecht; so landen beispielsweise jährlich tausende Menschen im Gefängnis, weil sie sich keinen Fahrschein leisten können.

Antrag L01.181.2: Änderungsantrag zu L01-04

Änderungsantrag zu L01-04

Antragsteller*in:

OV Bad Cannstatt - Mühlhausen - Münster

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 181

180 Wir wollen ein Verkehrssystem in dem alle mobil sein können und niemand
181 ausgeschlossen wird. ~~Verkehrswende muss mehr sein als eine bloße Antriebswende. Wir~~ E-Autos
sind keine Zukunftstechnologie. Sie sind genauso umweltschädlich und
ressourcenverschwenderisch wie Verbrenner, hinderlich einer bedarfsorientierten Transformation
der Wirtschaft und führen bei der Rettung von Arbeitsplätzen in eine Sackgasse. Sie sind lediglich
weiterer Zeitaufschub für Profite und Greenwashing der Autoindustrie. Wir
182 wollen Deutschland zum Bahnland machen und ein für alle bezahlbares im Alltag
183 zuverlässig funktionierendes, preisgünstiges und barrierefreies, vernetztes
184 öffentliches Mobilitätssystem der Zukunft schaffen. Durch den massiven Ausbau von Bus
185 und Bahn, durch vernetzte Angebote auch auf dem Land, durch öffentliche Carsharing-

186 Plattformen. Stillgelegte Bahnstrecken müssen reaktiviert werden, das Verkehrsangebot
187 ausgeweitet und die Ticketpreise gesenkt werden. Wir wollen eine Mobilitätsgarantie
188 für den ländlichen Raum, u.a. durch Rufbusse, Sharing-Modelle. Dazu muss der Bund den
189 Ländern und Kommunen zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung stellen. Die Ampel-
190 Koalition mit FDP-Verkehrsminister blockiert aber die notwendige Verkehrswende. Als
191 LINKE fordern wir ein Investitionsprogramm über 17 Milliarden pro Jahr in die sozial-
192 ökologische Mobilitätswende.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

Antrag L01.182.1: Änderungsantrag zu L01-04

Änderungsantrag zu L01-04

Antragsteller*in:	linksjugend ['solid]
--------------------------	----------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 182

180 Wir wollen ein Verkehrssystem in dem alle mobil sein können und niemand
181 ausgeschlossen wird. Verkehrswende muss mehr sein als eine bloße Antriebswende. Wir
182 wollen Deutschland zum Bahnland machen und ein für alle ~~bezahlbares~~ zugängliches im Alltag
183 zuverlässig funktionierendes, preisgünstiges und barrierefreies, vernetztes
184 öffentliches Mobilitätssystem der Zukunft schaffen. Durch den massiven Ausbau von Bus
185 und Bahn, durch vernetzte Angebote auch auf dem Land, durch öffentliche Carsharing-
186 Plattformen. Stillgelegte Bahnstrecken müssen reaktiviert werden, das Verkehrsangebot
187 ausgeweitet und die Ticketpreise gesenkt werden. Wir wollen eine Mobilitätsgarantie
188 für den ländlichen Raum, u.a. durch Rufbusse, Sharing-Modelle. Dazu muss der Bund den
189 Ländern und Kommunen zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung stellen. Die Ampel-
190 Koalition mit FDP-Verkehrsminister blockiert aber die notwendige Verkehrswende. Als
191 LINKE fordern wir ein Investitionsprogramm über 17 Milliarden pro Jahr in die sozial-
192 ökologische Mobilitätswende.

Zeile 193

193 Das von der Ampel verkündete Paket für lediglich vorübergehende ~~(H)~~ 9-Euro-Tickets im ÖPNV ist
194 ein Schritt in die richtige Richtung, die Kommunen kritisieren es jedoch zu Recht als
195 bürokratisches Monster. Wir fordern dagegen, den ÖPNV schrittweise kostenfrei zu
196 machen und als Sofortmaßnahmen ein 365-Euro-Ticket im ÖPNV auf den Weg zu bringen.
197 Statt die Pendlerpauschale zu erhöhen, wollen wir ein sozial gerechtes Mobilitätsgeld
198 einführen. Mit einem Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h außerorts und 30
199 km/h in Ortschaften, würde der Bedarf an Öl und die CO2-Emissionen deutlich reduziert
200 werden. Aber die Ampel zögert weiter. Auch in dieser Frage werden wir SPD und Grünen
201 nicht aus der Verantwortung lassen und weiter Druck machen.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

Antrag L01.186.1: Änderungsantrag zu L01-04

Antragsteller*in: KV Unna

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 186 - 192

180 Wir wollen ein Verkehrssystem in dem alle mobil sein können und niemand
181 ausgeschlossen wird. Verkehrswende muss mehr sein als eine bloße Antriebswende. Wir
182 wollen Deutschland zum Bahnland machen und ein für alle bezahlbares im Alltag
183 zuverlässig funktionierendes, preisgünstiges und barrierefreies, vernetztes
184 öffentliches Mobilitätssystem der Zukunft schaffen. Durch den massiven Ausbau von Bus
185 und Bahn, durch vernetzte Angebote auch auf dem Land, durch öffentliche Carsharing-
186 Plattformen. Stillgelegte Bahnstrecken müssen reaktiviert werden, Bahnprivatisierungen
verhindert werden, das Verkehrsangebot
187 ausgeweitet und die Ticketpreise gesenkt werden. Wir wollen eine Mobilitätsgarantie
188 für den ländlichen Raum, u.a. durch Rufbusse, Sharing-Modelle. Dazu muss der Bund den
189 Ländern und Kommunen zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung stellen. Die Ampel-
190 Koalition mit FDP-Verkehrsminister blockiert aber die notwendige Verkehrswende. Als
191 LINKE fordern wir ein Investitionsprogramm über 17 Milliarden pro Jahr in die sozial-
192 ökologische Mobilitätswende. Dabei sollen auch Großkonzerne und Banken zur Kasse gebeten
werden.

Begründung

Es wird sich nicht direkt genug gegen Privatisierung des ÖPNV's ausgesprochen, sowie die nötigen Finanzierungsquellen zu dessen Ausbau.

Antrag L01.187.1: Änderungsantrag zu L01-04

Änderungsantrag zu L01-04

Antragsteller*in: LV Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 187

180 Wir wollen ein Verkehrssystem in dem alle mobil sein können und niemand
181 ausgeschlossen wird. Verkehrswende muss mehr sein als eine bloße Antriebswende. Wir
182 wollen Deutschland zum Bahnland machen und ein für alle bezahlbares im Alltag
183 zuverlässig funktionierendes, preisgünstiges und barrierefreies, vernetztes
184 öffentliches Mobilitätssystem der Zukunft schaffen. Durch den massiven Ausbau von Bus
185 und Bahn, durch vernetzte Angebote auch auf dem Land, durch öffentliche Carsharing-
186 Plattformen. Stillgelegte Bahnstrecken müssen reaktiviert werden, das Verkehrsangebot
187 ausgeweitet und die Ticketpreise gesenkt werden. Gleichzeitig muss Deutschland endlich auch
Hochgeschwindigkeitsland im Schienenverkehr werden. Wir wollen eine Mobilitätsgarantie
188 für den ländlichen Raum, u.a. durch Rufbusse, Sharing-Modelle. Dazu muss der Bund den
189 Ländern und Kommunen zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung stellen. Die Ampel-
190 Koalition mit FDP-Verkehrsminister blockiert aber die notwendige Verkehrswende. Als
191 LINKE fordern wir ein Investitionsprogramm über 17 Milliarden pro Jahr in die sozial-
192 ökologische Mobilitätswende.

Begründung

In Spanien werden neue Bahntrassen mittlerweile für 360 km/h geplant und gebaut, während man in Deutschland Jahrzehnte an Ausbaustrecken arbeitet, auf denen Züge dann mit gemütlichen 180 km/h durch die Landschaft tuckern. In Frankreich verfügt das Hochgeschwindigkeitsnetz über eigene Trassen/Gleise und ist gesichert, während sich in Deutschland Regional-, Fern- und Güterverkehr oft ungenügend gesicherte Trassen teilen müssen.

Antrag L01.192.1: Änderungsantrag zu L01-04

Änderungsantrag zu L01-04

Antragsteller*in:

OV Bad Cannstatt - Mühlhausen - Münster

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 192

180 Wir wollen ein Verkehrssystem in dem alle mobil sein können und niemand
181 ausgeschlossen wird. Verkehrswende muss mehr sein als eine bloße Antriebswende. Wir
182 wollen Deutschland zum Bahnland machen und ein für alle bezahlbares im Alltag
183 zuverlässig funktionierendes, preisgünstiges und barrierefreies, vernetztes
184 öffentliches Mobilitätssystem der Zukunft schaffen. Durch den massiven Ausbau von Bus
185 und Bahn, durch vernetzte Angebote auch auf dem Land, durch öffentliche Carsharing-
186 Plattformen. Stillgelegte Bahnstrecken müssen reaktiviert werden, das Verkehrsangebot
187 ausgeweitet und die Ticketpreise gesenkt werden. Wir wollen eine Mobilitätsgarantie
188 für den ländlichen Raum, u.a. durch Rufbusse, Sharing-Modelle. Dazu muss der Bund den
189 Ländern und Kommunen zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung stellen. Die Ampel-
190 Koalition mit FDP-Verkehrsminister blockiert aber die notwendige Verkehrswende. Als
191 LINKE fordern wir ein Investitionsprogramm über 17 Milliarden pro Jahr in die sozial-
192 ökologische Mobilitätswende. Der Deutschen Bahn muss die Kapitalverwertung und die Kontrolle durch das Kapital entzogen werden. Dafür muss der Bahnvorstand entlassen und der Aufsichtsrat aufgelöst werden. Die Verwaltung und Kontrolle muss denjenigen übertragen werden, die an einer klima-, bürger- und arbeitnehmerfreundlichen Bahn Interesse haben. Dafür sind auf regionaler Ebene Räte sowie ein zentraler bundesweiter Verwaltungsrat einzurichten aus gewählten Vertreter*innen aus Belegschaft, Bahngewerkschaften EVG und GDL, sowie Vertretern von Nutzer*innen und Initiativen für die Bahn (Allianz für Schiene, PRO Bahn, VCD, BUND, Bündnis Bahn für alle, Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21...) Die Trennung von Schiene und Netz sowie die Privatisierung von Teilen der Bahn oder Ausschreibungen mit dem Ziel privaten Betreibergesellschaften Profitquellen zu erschließen lehnen wir ab.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

Antrag L01.193.1: Änderungsantrag zu L01-04

Änderungsantrag zu L01-04

Antragsteller*in:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 193 - 201

~~193 Das von der Ampel verkündete Paket für vorübergehende (!) 9 Euro Tickets im ÖPNV ist
194 ein Schritt in die richtige Richtung, die Kommunen kritisieren es jedoch zu Recht als
195 bürokratisches Monster. Wir fordern dagegen, den ÖPNV schrittweise kostenfrei zu
196 machen und als Sofortmaßnahmen ein 365-Euro-Ticket im ÖPNV auf den Weg zu bringen.
197 Statt die Pendlerpauschale zu erhöhen, wollen wir ein sozial gerechtes Mobilitätsgeld
198 einführen. Mit einem Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h außerorts und 30
199 km/h in Ortschaften, würde der Bedarf an Öl und die CO2-Emissionen deutlich reduziert
200 werden. Aber die Ampel zögert weiter. Auch in dieser Frage werden wir SPD und Grünen
201 nicht aus der Verantwortung lassen und weiter Druck machen.~~

Antrag L01.193.2: Änderungsantrag zu L01-04

Änderungsantrag zu L01-04

Antragsteller*in:

KV Hersfeld-Rotenburg

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 193 - 201

193 Das von der Ampel ~~verkündete Paket für vorübergehende (!)~~beschlossene 9-Euro ~~Tickets im ÖPNV-~~
~~ist~~
194 ~~ein Schritt in die richtige Richtung, die Kommunen kritisieren es jedoch zu Recht als~~
195 ~~bürokratisches Monster. Wir fordern dagegen, den ÖPNV schrittweise kostenfrei zu~~
196 ~~machen und als Sofortmaßnahmen ein 365-Euro-Ticket im ÖPNV auf den~~während der Monate
Juni, Juli und August ist ein wenig
durchdachtes und schlecht vorbereitetes Strohfeuer mit fragwürdiger Wirkung. Als
Zwischenschritt auf dem Weg zu bringen.
197 ~~Statt die Pendlerpauschale zu erhöhen, wollen wir ein sozial gerechtes Mobilitätsgeld-~~
198 ~~einführen. Mit~~
zu einem Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h außerorts und 30-
199 km/h in Ortschaften, würde der Bedarf an Öl und die CO2-Emissionen deutlich reduziert
200 werden. Aber die Ampel zögert weiter. Auch in dieser Frage werden wir SPD und Grünen-
ticketfreien ÖPNV, fordert DIE LINKE als Sofortmaßnahme bis auf weiteres die Einführung von
überregional gültigen ÖPNV-Tickets. Unterschiedliche Nutzungsdauern gepaart mit Staffelpreisen
sollen
201 ~~nicht aus der Verantwortung lassen und weiter Druck machen~~nur
für Berufspendler*innen attraktiv sein, sondern auch umstiegsbereite Gelegenheitsnutzer*innen
anziehen.

Begründung

Der Text erklärt die Besonderheit des "bürokratischen Monsters" beim 9-Euro-Ticket nicht und auch nicht, wieso es beim deutlich teureren 365-Euro-Ticket keines geben sollte. Ein 365-Euro-Ticket allein wird zudem kaum, im Prinzip willige, "Gelegenheitsnutzer" für den ÖPNV überzeugen. Hier bräuchte es etwa eine Staffelung wie folgt: (Beispiel) 2,50€/Tag, 14€/Woche, 45€/Monat und 365€/Jahr

Antrag L01.195.1: Änderungsantrag zu L01-04

Änderungsantrag zu L01-04

Antragsteller*in:

KV Marburg-Biedenkopf

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 195 - 196

193 Das von der Ampel verkündete Paket für vorübergehende (!) 9-Euro-Tickets im ÖPNV ist
194 ein Schritt in die richtige Richtung, die Kommunen kritisieren es jedoch zu Recht als
195 bürokratisches Monster. Wir fordern ~~dagegen, den ÖPNV schrittweise~~ den Nah- und Fernverkehr
sofort kostenfrei zu
196 ~~machen und als Sofortmaßnahmen ein 365 Euro-Ticket im ÖPNV auf den Weg zu bringen.~~
machen.
197 Statt die Pendlerpauschale zu erhöhen, wollen wir ein sozial gerechtes Mobilitätsgeld
198 einführen. Mit einem Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h außerorts und 30
199 km/h in Ortschaften, würde der Bedarf an Öl und die CO2-Emissionen deutlich reduziert
200 werden. Aber die Ampel zögert weiter. Auch in dieser Frage werden wir SPD und Grünen
201 nicht aus der Verantwortung lassen und weiter Druck machen.

Begründung

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die Auswirkungen der Bahnreform 1994 zu einer Verkürzung des Schienennetzes, Abhängen vieler Städte vom Fernverkehr und zu einem systematischen Abbau von Arbeitsplätzen bei der Bahn geführt haben. Zudem werden im Regionalverkehr bereits einige Strecken von privaten Betreibern bedient, was beispielsweise in einem Schutzschirmverfahren gegen Abellio mündete- Gleichzeitig steigen die Ticketpreise weiter an, so dass es für viele Strecken immer noch billiger ist, das Auto zu nehmen, anstatt sich in die Bahn zu setzen. Deshalb kann die Verkehrswende nur gelingen, wenn die Bahn wieder gemeinwohlorientiert und nicht profitorientiert handelt. Die Ampel hat vorgemacht, dass der Bahnverkehr billig sein kann, wenn es politisch gewollt ist. Wir sagen, wir können mehr: nur mit der LINKEN gibt es den Nah- und Fernverkehr komplett kostenfrei. Das ist nicht nur gut fürs Klima, sondern sozial gerecht, so landen beispielsweise jährlich tausende Menschen im Gefängnis, weil sie sich keinen Fahrschein leisten können.

Antrag L01.195.2: Änderungsantrag zu L01-04

Änderungsantrag zu L01-04

Antragsteller*in:

OV Bad Cannstatt - Mühlhausen - Münster

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 195 - 196

193 Das von der Ampel verkündete Paket für vorübergehende (!) 9-Euro-Tickets im ÖPNV ist
194 ein Schritt in die richtige Richtung, die Kommunen kritisieren es jedoch zu Recht als
195 bürokratisches Monster. Wir fordern ~~dagegen, den ÖPNV schrittweise kostenfrei zu~~
196 ~~machen und als Sofortmaßnahmen ein 365 Euro-Ticket im ÖPNV auf den Weg zu bringen.~~
Nulltarif im ÖPNV.
197 Statt die Pendlerpauschale zu erhöhen, wollen wir ein sozial gerechtes Mobilitätsgeld
198 einführen. Mit einem Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h außerorts und 30
199 km/h in Ortschaften, würde der Bedarf an Öl und die CO2-Emissionen deutlich reduziert
200 werden. Aber die Ampel zögert weiter. Auch in dieser Frage werden wir SPD und Grünen
201 nicht aus der Verantwortung lassen und weiter Druck machen.

Begründung

Antrag L01.200.1: Änderungsantrag zu L01-04

Änderungsantrag zu L01-04

Antragsteller*in: KV Unna

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 200 - 201

193 Das von der Ampel verkündete Paket für vorübergehende (!) 9-Euro-Tickets im ÖPNV ist
194 ein Schritt in die richtige Richtung, die Kommunen kritisieren es jedoch zu Recht als
195 bürokratisches Monster. Wir fordern dagegen, den ÖPNV schrittweise kostenfrei zu
196 machen und als Sofortmaßnahmen ein 365-Euro-Ticket im ÖPNV auf den Weg zu bringen.
197 Statt die Pendlerpauschale zu erhöhen, wollen wir ein sozial gerechtes Mobilitätsgeld
198 einführen. Mit einem Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h außerorts und 30
199 km/h in Ortschaften, würde der Bedarf an Öl und die CO2-Emissionen deutlich reduziert
200 werden. Aber die Ampel zögert weiter. ~~Auch in dieser Frage werden wir SPD und Grünen~~
201 ~~nicht aus der Verantwortung lassen und weiter Druck machen.~~

Antrag L01.201.1: Änderungsantrag zu L01-04

Änderungsantrag zu L01-04

Antragsteller*in: Antikapitalistische LINKE

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 200 - 201

193 Das von der Ampel verkündete Paket für vorübergehende (!) 9-Euro-Tickets im ÖPNV ist
194 ein Schritt in die richtige Richtung, die Kommunen kritisieren es jedoch zu Recht als
195 bürokratisches Monster. Wir fordern dagegen, den ÖPNV schrittweise kostenfrei zu
196 machen und als Sofortmaßnahmen ein 365-Euro-Ticket im ÖPNV auf den Weg zu bringen.
197 Statt die Pendlerpauschale zu erhöhen, wollen wir ein sozial gerechtes Mobilitätsgeld
198 einführen. Mit einem Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h außerorts und 30
199 km/h in Ortschaften, würde der Bedarf an Öl und die CO2-Emissionen deutlich reduziert
200 ~~werden. Aber die Ampel zögert weiter. Auch in dieser Frage werden wir SPD und Grünen~~
201 ~~nicht aus der Verantwortung lassen und weiter Druck machen~~ werden. Wir wollen auch mit einer
wirksamen Neuregelung die immer fortschreitendere Zersiedelung der Landschaft, die
Verlängerung der Arbeitswege und Verstopfung der Straßen stoppen und zurückdrängen: Viele
Tarifverhandlungen der letzten Jahre haben sich des Themas Arbeitsweg angenommen: Jobtickets,
Bezahlung der Fahrten zu Einsatzorten, Beginn der Arbeitszeit schon am Tor der großen
Fabrikanlagen usw. Wir fordern eine generelle Bezahlung der Fahrt zum Arbeitsplatz als
Arbeitszeit. Das Mobilitätsgeld kann damit verrechnet werden. Wir werden uns in den
Gewerkschaften dafür einsetzen, solche neuen Tarifverträge für die Fahrt zur Arbeit zu erkämpfen.

Begründung

Diese Forderung wird zunehmend auch in den Gewerkschaften diskutiert und ist viel sinnvoller als das Mobilitätsgeld.

Antrag L01.202.1: Änderungsantrag zu L01-05

Änderungsantrag zu L01-05

Antragsteller*in:

Ökologische Plattform, BAG Wirtschaftspolitik

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 202

202 Klimajob-Programm - Für gute Arbeit und lebenswerte, **klimaneutraleökologisch**
nachhaltige Kommunen

Begründung

„Gute Arbeit“ und „klimaneutrale Kommunen“ sind nicht ausreichend, wenn diese wirklich „lebenswert“ werden sollen. Es braucht auch eine lebenswerte Lebenswelt.

Antrag L01.203.1: Änderungsantrag zu L01-05

Änderungsantrag zu L01-05

Antragsteller*in:

Geraer Sozialistischer Dialog, Stadtteilgruppe (BO) Eppendorf /
Hoheluft-Ost

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 203 - 212

203 ~~Sozial-ökologischer Umbau bedeutet, die soziale Infrastruktur für ein besseres Leben~~
204 ~~zu schaffen. Wir wollen 120 Milliarden Euro pro Jahr in den klimaneutralen Umbau und~~
205 ~~die soziale Infrastruktur in den Kommunen investieren.~~ Mit unserem Klima-Job-Programm
206 können hunderttausende neue und zukunftssichere, gut bezahlte Arbeitsplätze
207 geschaffen werden. In der Schienenfahrzeugproduktion, im öffentlichen Nahverkehr, im
208 Handwerk und durch die Förderung erneuerbarer Energien. ~~Wir wollen die sozialen~~
209 ~~Dienstleistungen aufwerten und 500 000 gut bezahlte Arbeitsplätze in Pflege, Bildung~~
210 ~~und sozialer Arbeit schaffen. Auch das trägt dazu bei, dass unsere Wirtschaft~~
211 ~~klimaneutral wird. Ein Aufbauprogramm, das für die Beschäftigten eine planbare~~
212 ~~Zukunft mit sinnvoller und gut bezahlter Arbeit bedeutet.~~

Zeile 213 - 233

213 ~~Die Öffentliche Daseinsvorsorge (oder „Fundamentalökonomie“, die Grundlage von~~
214 ~~Wirtschaft und Gesellschaft, so Wolfgang Streeck) steht im Mittelpunkt unserer~~
215 ~~Alternative für eine gerechte klimaneutrale Transformation. Für die FDP ist Freiheit~~
216 ~~die Abwesenheit von Staat—allerdings nicht, wenn es darum geht, ihrer~~
217 ~~Unternehmerklientel Staatsgelder zuzuschieben. Individuelle Freiheit und eine~~
218 ~~funktionierende Demokratie brauchen tragfähige öffentliche Strukturen. Der Markt~~
219 ~~schafft Infrastrukturen nur dort, wo damit Profit gemacht werden kann. Wir wollen die~~
220 ~~Infrastrukturen der Daseinsvorsorge dem privaten Profitinteresse entziehen und unter~~
221 ~~gesellschaftliche Kontrolle bringen, also Gemeingüter schaffen. Kommunale Stadtwerke,~~
222 ~~Energiegenossenschaften, rekommunalisierte Netze für eine dezentrale, regional~~
223 ~~ausgerichtete Energiewende. Kostenfreier ÖPNV und mehr autofreie Zonen für~~
224 ~~lebenswerte Kommunen. Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften und~~

225 ~~kommunale Bodenfonds mit dauerhaft bezahlbaren Mieten sind unsere Alternative zu~~
226 ~~privater Spekulation mit der Wohnungsnot. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen~~
227 ~~müssen dem privaten Profit und Verwertungsinteresse entzogen und kommunalen und~~
228 ~~gemeinwohlorientierten Trägern übertragen werden. Kostenfreie Kitas und besser~~
229 ~~ausgestattete Schulen sichern den Zugang zu Bildung unabhängig von der sozialen~~
230 ~~Herkunft. Für diese Ziele streiten Gewerkschaften, Umweltorganisationen, Mieter- und~~
231 ~~Verkehrsiniciativen. Hier wollen wir im Bündnis mit ihnen eine neue~~
232 ~~Gemeinwohlökonomie konkret werden lassen— in der Kommune, auf Länderebene und~~
233 ~~bundesweit.~~

Die Öffentliche Daseinsvorsorge (oder „Fundamentalökonomie“, die Grundlage von Wirtschaft und Gesellschaft, so Wolfgang Streeck) steht im Mittelpunkt unserer Alternative für eine gerechte klimaneutrale Transformation. Wir wollen die Infrastrukturen der Daseinsvorsorge dem privaten Profitinteresse entziehen und unter gesellschaftliche Kontrolle bringen, also Gemeingüter schaffen.

234

- Kommunale Stadtwerke, Energiegenossenschaften, rekommunalisierte Netze für eine dezentrale, regional ausgerichtete Energiewende.
- Kostenfreier ÖPNV und mehr autofreie Zonen für lebenswerte Kommunen.
- Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften und kommunale Bodenfonds mit dauerhaft bezahlbaren Mieten sind unsere Alternative zu privater Spekulation mit der Wohnungsnot.
- Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen müssen dem privaten Profit- und Verwertungsinteresse entzogen und kommunalen und gemeinwohlorientierten Trägern übertragen werden.
- Kostenfreie Kitas und besser ausgestattete Schulen sichern den Zugang zu Bildung unabhängig von der sozialen Herkunft.

Für diese Ziele streiten Gewerkschaften, Umweltorganisationen, Mieter- und Verkehrsinitiativen.

Begründung

Antragsheft 1, Seite 95-99, Zeile 130 - 300, kürzen und ändern

Klare Kampfziele für Opposition und außerparlamentarische Bewegung statt Träume für eine Regierung, die wir nicht sind.

Antrag L01.204.01: Änderungsantrag zu L01-05

Änderungsantrag zu L01-05

Antragsteller*in:

BAG Betrieb & Gewerkschaft

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 204

203 Sozial-ökologischer Umbau bedeutet, die soziale Infrastruktur für ein besseres Leben
204 ~~zu schaffen~~ zu schaffen und um die Arbeitsbedingungen von morgen zu kämpfen. Wir wollen 120
205 Milliarden Euro pro Jahr in den klimaneutralen Umbau und
206 die soziale Infrastruktur in den Kommunen investieren. Mit unserem Klima-Job-Programm
207 können hunderttausende neue und zukunftssichere, gut bezahlte Arbeitsplätze
208 geschaffen werden. In der Schienenfahrzeugproduktion, im öffentlichen Nahverkehr, im
Handwerk und durch die Förderung erneuerbarer Energien. Wir wollen die sozialen

209 Dienstleistungen aufwerten und 500 000 gut bezahlte Arbeitsplätze in Pflege, Bildung
210 und sozialer Arbeit schaffen. Auch das trägt dazu bei, dass unsere Wirtschaft
211 klimaneutral wird. Ein Aufbauprogramm, das für die Beschäftigten eine planbare
212 Zukunft mit sinnvoller und gut bezahlter Arbeit bedeutet.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag L01.208.1: Änderungsantrag zu L01-05

Änderungsantrag zu L01-05

Antragsteller*in:	KV Hersfeld-Rotenburg
--------------------------	-----------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 208 - 211

203 Sozial-ökologischer Umbau bedeutet, die soziale Infrastruktur für ein besseres Leben
204 zu schaffen. Wir wollen 120 Milliarden Euro pro Jahr in den klimaneutralen Umbau und
205 die soziale Infrastruktur in den Kommunen investieren. Mit unserem Klima-Job-Programm
206 können hunderttausende neue und zukunftssichere, gut bezahlte Arbeitsplätze
207 geschaffen werden. In der Schienenfahrzeugproduktion, im öffentlichen Nahverkehr, im
208 Handwerk und durch die Förderung erneuerbarer Energien. ~~Wir wollen die sozialen~~
209 ~~Dienstleistungen aufwerten und 500 000 gut bezahlte Arbeitsplätze in Pflege, Bildung~~
210 ~~und sozialer Arbeit schaffen. Auch das trägt dazu bei, dass unsere Wirtschaft~~
211 ~~klimaneutral wird.~~ Ein Aufbauprogramm, das für die Beschäftigten eine planbare
212 Zukunft mit sinnvoller und gut bezahlter Arbeit bedeutet.

Begründung

Die Klimawirkung dieser Branche scheint von sehr weit hergeholt – falls nicht, sollte das an dieser Stelle auch begründet werden. Der ansonsten sehr wichtige Punkt zu den sozialen Dienstleistungen muss an geeigneter Stelle angeführt werden.

Antrag L01.212.1: Änderungsantrag zu L01-05

Änderungsantrag zu L01-05

Antragsteller*in:	OV Bad Cannstatt - Mühlhausen - Münster
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 212

203 Sozial-ökologischer Umbau bedeutet, die soziale Infrastruktur für ein besseres Leben
204 zu schaffen. Wir wollen 120 Milliarden Euro pro Jahr in den klimaneutralen Umbau und
205 die soziale Infrastruktur in den Kommunen investieren. Mit unserem Klima-Job-Programm
206 können hunderttausende neue und zukunftssichere, gut bezahlte Arbeitsplätze
207 geschaffen werden. In der Schienenfahrzeugproduktion, im öffentlichen Nahverkehr, im
208 Handwerk und durch die Förderung erneuerbarer Energien. Wir wollen die sozialen
209 Dienstleistungen aufwerten und 500 000 gut bezahlte Arbeitsplätze in Pflege, Bildung
210 und sozialer Arbeit schaffen. Auch das trägt dazu bei, dass unsere Wirtschaft

- 211 klimaneutral wird. Ein Aufbauprogramm, das für die Beschäftigten eine planbare
212 Zukunft mit sinnvoller und gut bezahlter Arbeit bedeutet. Wir fordern die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und setzen uns in den Gewerkschaften dafür ein, den Kampf dafür auf die Tagesordnung zu setzen.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag L01.213.1: Änderungsantrag zu L01-05

Änderungsantrag zu L01-05

Antragsteller*in: LV Hessen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 213 - 217

- 213 Die Öffentliche Daseinsvorsorge ~~(oder „Fundamentalökonomie“, die Grundlage von~~
214 ~~Wirtschaft und Gesellschaft, so die~~ Wolfgang Streeck) Streeck als „Fundamentalökonomie“ im
215 Sinne von Grundlage von Wirtschaft und Gesellschaft bezeichnet, steht im Mittelpunkt unserer
216 ~~Alternativ~~ Konzepte für eine gerechte klimaneutrale Transformation. Für die FDP ist Freiheit in der
217 neoliberalen Ideologie (z. B. der FDP) steht Freiheit gleichbedeutend für
218 die Abwesenheit von Staat—allerdings nicht. Dass aber der ungeliebte Staat zum eigenen Vorteil
219 ausgeplündert werden kann, wenn es darum geht, ihrer
220 Unternehmerklientel Staatsgelder zuzuschieben sich die Gelegenheit ergibt, ist dabei kein
221 Widerspruch. Individuelle Freiheit und eine
222 funktionierende Demokratie brauchen tragfähige öffentliche Strukturen. Der Markt
223 schafft Infrastrukturen nur dort, wo damit Profit gemacht werden kann. Wir wollen die
224 Infrastrukturen der Daseinsvorsorge dem privaten Profitinteresse entziehen und unter
225 gesellschaftliche Kontrolle bringen, also Gemeingüter schaffen. Kommunale Stadtwerke,
226 Energiegenossenschaften, rekommunalisierte Netze für eine dezentrale, regional
227 ausgerichtete Energiewende. Kostenfreier ÖPNV und mehr autofreie Zonen für
228 lebenswerte Kommunen. Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften und
229 kommunale Bodenfonds mit dauerhaft bezahlbaren Mieten sind unsere Alternative zu
230 privater Spekulation mit der Wohnungsnot. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen
231 müssen dem privaten Profit- und Verwertungsinteresse entzogen und kommunalen und
232 gemeinwohlorientierten Trägern übertragen werden. Kostenfreie Kitas und besser
233 ausgestattete Schulen sichern den Zugang zu Bildung unabhängig von der sozialen
Herkunft. Für diese Ziele streiten Gewerkschaften, Umweltorganisationen, Mieter- und
Verkehrsiniciativen. Hier wollen wir im Bündnis mit ihnen eine neue
Gemeinwohlökonomie konkret werden lassen - in der Kommune, auf Länderebene und
bundesweit.

Begründung

Der erste Satz wird so leichter lesbar und vermeidet das "verbrannte Wort" Alternative. Solcherlei "Freiheitsdenkende" finden sich nicht nur in der FDP - das ist leider kein Alleinstellungsmerkmal.

Antrag L01.213.2: Änderungsantrag zu L01-05

Änderungsantrag zu L01-05

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 213 - 214

213 Die Öffentliche Daseinsvorsorge (~~oder „Fundamentalökonomie“, die Grundlage von~~
214 ~~Wirtschaft und Gesellschaft, so Wolfgang Streeck~~) steht im Mittelpunkt unserer
215 Alternative für eine gerechte klimaneutrale Transformation. Für die FDP ist Freiheit
216 die Abwesenheit von Staat - allerdings nicht, wenn es darum geht, ihrer
217 Unternehmerklientel Staatsgelder zuzuschieben. Individuelle Freiheit und eine
218 funktionierende Demokratie brauchen tragfähige öffentliche Strukturen. Der Markt
219 schafft Infrastrukturen nur dort, wo damit Profit gemacht werden kann. Wir wollen die
220 Infrastrukturen der Daseinsvorsorge dem privaten Profitinteresse entziehen und unter
221 gesellschaftliche Kontrolle bringen, also Gemeingüter schaffen. Kommunale Stadtwerke,
222 Energiegenossenschaften, rekommunalisierte Netze für eine dezentrale, regional
223 ausgerichtete Energiewende. Kostenfreier ÖPNV und mehr autofreie Zonen für
224 lebenswerte Kommunen. Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften und
225 kommunale Bodenfonds mit dauerhaft bezahlbaren Mieten sind unsere Alternative zu
226 privater Spekulation mit der Wohnungsnot. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen
227 müssen dem privaten Profit- und Verwertungsinteresse entzogen und kommunalen und
228 gemeinwohlorientierten Trägern übertragen werden. Kostenfreie Kitas und besser
229 ausgestattete Schulen sichern den Zugang zu Bildung unabhängig von der sozialen
230 Herkunft. Für diese Ziele streiten Gewerkschaften, Umweltorganisationen, Mieter- und
231 Verkehrsinitiativen. Hier wollen wir im Bündnis mit ihnen eine neue
232 Gemeinwohlökonomie konkret werden lassen - in der Kommune, auf Länderebene und
233 bundesweit.

Begründung

Wolfgang Streeck ist aufgrund seiner politischen Positionierungen, vorsichtig gesagt, hochumstritten. Erwähnt seien seine EU-feindliche Haltung, Verständnis für den Brexit und für die Politik Victor Orbans, und die Zielsetzung, die EU wieder zugunsten eines Nationalstaatensystems zu dezentralisieren. Verwiesen sei auf die Rezension im ND: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1159702.wolfgang-streeck-die-sackgasse-der-globalisierung.html> Wenn die LINKE sich positiv auf solche Haltungen beziehen soll in einem Leitantrag, muss das inhaltlich-argumentativ zur Diskussion gestellt werden und darf nicht mit einem Klammer-Verweis durch die Hintertür gemacht werden.

Antrag L01.215.1: Änderungsantrag zu L01-05

Änderungsantrag zu L01-05

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 215 - 217

213 Die Öffentliche Daseinsvorsorge (oder „Fundamentalökonomie“, die Grundlage von
214 Wirtschaft und Gesellschaft, so Wolfgang Streeck) steht im Mittelpunkt unserer

215 Alternative für eine gerechte klimaneutrale Transformation. Für die FDP ist Freiheit
216 die Abwesenheit von Staat – allerdings nicht, wenn es darum geht, ihrer
217 Unternehmern Klientel Staatsgelder zuzuschieben. Individuelle Freiheit und eine
218 funktionierende Demokratie brauchen tragfähige öffentliche Strukturen. Der Markt
219 schafft Infrastrukturen nur dort, wo damit Profit gemacht werden kann. Wir wollen die
220 Infrastrukturen der Daseinsvorsorge dem privaten Profitinteresse entziehen und unter
221 gesellschaftliche Kontrolle bringen, also Gemeingüter schaffen. Kommunale Stadtwerke,
222 Energiegenossenschaften, rekommunalisierte Netze für eine dezentrale, regional
223 ausgerichtete Energiewende. Kostenfreier ÖPNV und mehr autofreie Zonen für
224 lebenswerte Kommunen. Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften und
225 kommunale Bodenfonds mit dauerhaft bezahlbaren Mieten sind unsere Alternative zu
226 privater Spekulation mit der Wohnungsnot. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen
227 müssen dem privaten Profit- und Verwertungsinteresse entzogen und kommunalen und
228 gemeinwohlorientierten Trägern übertragen werden. Kostenfreie Kitas und besser
229 ausgestattete Schulen sichern den Zugang zu Bildung unabhängig von der sozialen
230 Herkunft. Für diese Ziele streiten Gewerkschaften, Umweltorganisationen, Mieter- und
231 Verkehrsinitiativen. Hier wollen wir im Bündnis mit ihnen eine neue
232 Gemeinwohlökonomie konkret werden lassen - in der Kommune, auf Länderebene und
233 bundesweit.

Begründung

Der Satz arbeitet sich unnötig an der FDP ab, ohne etwas über uns und unsere Anliegen zu sagen. Dazu bietet er unnötige Angriffsfläche, dazu ein Auszug aus den "Karlsruher Freiheitsthesen" der FDP, S.22:

Freiheit bedeutet, dass Menschen sich selbstbestimmt entfalten können.

Diese eigene Freiheit soll jeder Mensch konkret fühlen und erleben können. Darum kämpfen wir für die Freiheit, das Leben selbst in die Hand zu nehmen.

Antrag L01.224.1: Änderungsantrag zu L01-05

Änderungsantrag zu L01-05

Antragsteller*in:	LV Hessen
--------------------------	-----------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 224 - 226

213 Die Öffentliche Daseinsvorsorge (oder „Fundamentalökonomie“, die Grundlage von
214 Wirtschaft und Gesellschaft, so Wolfgang Streeck) steht im Mittelpunkt unserer
215 Alternative für eine gerechte klimaneutrale Transformation. Für die FDP ist Freiheit
216 die Abwesenheit von Staat - allerdings nicht, wenn es darum geht, ihrer
217 Unternehmern Klientel Staatsgelder zuzuschieben. Individuelle Freiheit und eine
218 funktionierende Demokratie brauchen tragfähige öffentliche Strukturen. Der Markt
219 schafft Infrastrukturen nur dort, wo damit Profit gemacht werden kann. Wir wollen die
220 Infrastrukturen der Daseinsvorsorge dem privaten Profitinteresse entziehen und unter
221 gesellschaftliche Kontrolle bringen, also Gemeingüter schaffen. Kommunale Stadtwerke,
222 Energiegenossenschaften, rekommunalisierte Netze für eine dezentrale, regional
223 ausgerichtete Energiewende. Kostenfreier ÖPNV und mehr autofreie Zonen für
224 lebenswerte Kommunen. Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften ~~und~~
225 ~~kommunale Bodenfonds mits~~sollen für dauerhaft bezahlbaren ~~Mieten sind~~Wohnraum sorgen und
möglichst klimaschonenden Wohnraum zur Verfügung stellen. Zusammen mit kommunalen

Bodenfonds bilden sie unsere ~~Alternative zu~~
Antwort auf die Folgen von privater Spekulation ~~mit der und~~ Wohnungsnot. Krankenhäuser und
Pflegeeinrichtungen

227 müssen dem privaten Profit- und Verwertungsinteresse entzogen und kommunalen und
228 gemeinwohlorientierten Trägern übertragen werden. Kostenfreie Kitas und besser
229 ausgestattete Schulen sichern den Zugang zu Bildung unabhängig von der sozialen
230 Herkunft. Für diese Ziele streiten Gewerkschaften, Umweltorganisationen, Mieter- und
231 Verkehrsinitiativen. Hier wollen wir im Bündnis mit ihnen eine neue
232 Gemeinwohlökonomie konkret werden lassen - in der Kommune, auf Länderebene und
233 bundesweit.

Begründung

Der Aspekt des Klimaschutzes fehlt völlig. Bodenfonds fordern keine Mieten und private Spekulation findet nicht nur mit Wohnraum statt, sondern auch und gerade mit dem nicht vermehrbaren Gut Boden.

Antrag L01.224.2: Änderungsantrag zu L01-05

Änderungsantrag zu L01-05

Antragsteller*in:	KV Unna
-------------------	---------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 224 - 231

213 Die Öffentliche Daseinsvorsorge (oder „Fundamentalökonomie“, die Grundlage von
214 Wirtschaft und Gesellschaft, so Wolfgang Streeck) steht im Mittelpunkt unserer
215 Alternative für eine gerechte klimaneutrale Transformation. Für die FDP ist Freiheit
216 die Abwesenheit von Staat - allerdings nicht, wenn es darum geht, ihrer
217 Unternehmerklientel Staatsgelder zuzuschieben. Individuelle Freiheit und eine
218 funktionierende Demokratie brauchen tragfähige öffentliche Strukturen. Der Markt
219 schafft Infrastrukturen nur dort, wo damit Profit gemacht werden kann. Wir wollen die
220 Infrastrukturen der Daseinsvorsorge dem privaten Profitinteresse entziehen und unter
221 gesellschaftliche Kontrolle bringen, also Gemeingüter schaffen. Kommunale Stadtwerke,
222 Energiegenossenschaften, rekommunalisierte Netze für eine dezentrale, regional
223 ausgerichtete Energiewende. Kostenfreier ÖPNV und mehr autofreie Zonen für
224 lebenswerte Kommunen. ~~Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften und~~
225 ~~kommunale Bodenfonds mit dauerhaft bezahlbaren~~ Um allen menschenwürdige und bezahlbare
Wohnmöglichkeiten zu bieten, fordern wir eine Reduzierung der Mieten ~~sind unsere Alternative zu~~
226 ~~privater Spekulation mit der Wohnungsnot. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen~~
227 ~~müssen dem privaten Profit- und Verwertungsinteresse entzogen und~~ durch Einführung einer
reglementierten und kontrollierten Kostenmiete, sowie ein Sofortprogramm von 40 Milliarden
Euro für den Bau von 250.000 kommunalen und
228 ~~gemeinwohlorientierten Trägern übertragen werden. Kostenfreie Kitas und besser~~
229 ~~ausgestattete Schulen sichern den Zugang zu~~ Wohnungen. Für einen Stopp der Privatisierung von
Wohnungen und öffentlichen Grundstücken und Enteignung der großen Immobilienkonzerne.
Kleinaktionäre werden bei erwiesener Bedürftigkeit entschädigt. Krankenhäuser und
Pflegeeinrichtungen müssen dem privaten Profit- und Verwertungsinteresse entzogen werden.
Das heißt Rekommunalisierung der privatisierter Krankenhäuser, Wiedereingliederung
ausgliederter Betriebsteile und eine Überführung privater Klinik- und Pharmakonzerne in
öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten. Damit
erste Schritte zu einem kostenlosen, staatlichen und gerecht steuerfinanzierten

Gesundheitswesen getan werden, sind wir für die Zusammenführung aller Krankenkassen (auch aller Privatversicherungen) zu einer einzigen öffentlichen Krankenkasse bei Arbeitsplatzgarantie für alle Beschäftigten. Um den Gesundheitssektor weiter voranzutreiben, brauchen wir die Schaffung von 162.000 Stellen in den Krankenhäusern, eine deutliche Lohnerhöhung für Krankenpfleger:innen und medizinische Fachangestellte, sowie eine bedarfsgerechte gesetzliche Personalbemessung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen zur Bekämpfung des Personalmangels. Die Fallpauschale gehört abgeschafft!

Zur Förderung der Bildung ~~unabhängig von der sozialen~~

230 ~~Herkunft~~fordern wir gebührenfreie Kitas, Unis und Volkshochschulen, sowie ein Ende der Schul- und Universitätsprivatisierungen. Betriebe, die gar nicht oder unter 10% der Belegschaft ausbilden, sollen zahlen und eine Übernahme in den erlernten Berufen muss unbefristet garantiert sein! Um Auszubildende zu unterstützen, muss ihre Vergütung auf das Niveau des gesetzlichen Mindestlohns angehoben werden. Auch Schüler:innen und Studierende dürfen nicht zu kurz kommen. Für sie fordern wir die Einführung einer elternunabhängigen Grundsicherung ab 16 Jahren von 700 Euro plus Warmmiete. Kinder und beschäftigte Eltern haben das Recht auf eine kostenlose und ganztägige Kinderbetreuung vom ersten bis zum 13. Lebensjahr. Zur Demokratisierung des Bildungssystems brauchen wir gewählte Komitees von Eltern, Schüler:innen, Studierenden, Lehrenden und Gewerkschaftsvertreter:innen. Für diese Ziele ~~streiten~~müssen wir zusammen mit Gewerkschaften, Student:innen, Umweltorganisationen, und Mieter- und

231 Verkehrsinitiativen streiten. Hier wollen wir im Bündnis mit ihnen eine neue

232 Gemeinwohlökonomie konkret werden lassen - in der Kommune, auf Länderebene und

233 bundesweit.

Begründung

Es werden keine nötigen und konkreten Vorschläge für Maßnahmen zur Entlastung von Mieter:innen, Patient:innen, Pfleger:innen, Studierenden, Schüler:innen und Azubis gemacht. Ebenso sind keine Vorschläge zum Ausbau, Besserung und Demokratisierung der jeweiligen Sektoren, wie Versicherung, Bildung und Gesundheit etc. enthalten.

Antrag L01.232.1: Änderungsantrag zu L01-05

Änderungsantrag zu L01-05

Antragsteller*in: Ökologische Plattform, BAG Wirtschaftspolitik, KV Darmstadt

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 232

213 Die Öffentliche Daseinsvorsorge (oder „Fundamentalökonomie“, die Grundlage von
214 Wirtschaft und Gesellschaft, so Wolfgang Streeck) steht im Mittelpunkt unserer
215 Alternative für eine gerechte klimaneutrale Transformation. Für die FDP ist Freiheit
216 die Abwesenheit von Staat - allerdings nicht, wenn es darum geht, ihrer
217 Unternehmerklientel Staatsgelder zuzuschieben. Individuelle Freiheit und eine
218 funktionierende Demokratie brauchen tragfähige öffentliche Strukturen. Der Markt
219 schafft Infrastrukturen nur dort, wo damit Profit gemacht werden kann. Wir wollen die
220 Infrastrukturen der Daseinsvorsorge dem privaten Profitinteresse entziehen und unter
221 gesellschaftliche Kontrolle bringen, also Gemeingüter schaffen. Kommunale Stadtwerke,
222 Energiegenossenschaften, rekommunalisierte Netze für eine dezentrale, regional
223 ausgerichtete Energiewende. Kostenfreier ÖPNV und mehr autofreie Zonen für
224 lebenswerte Kommunen. Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften und
225 kommunale Bodenfonds mit dauerhaft bezahlbaren Mieten sind unsere Alternative zu

226 privater Spekulation mit der Wohnungsnot. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen
227 müssen dem privaten Profit- und Verwertungsinteresse entzogen und kommunalen und
228 gemeinwohlorientierten Trägern übertragen werden. Kostenfreie Kitas und besser
229 ausgestattete Schulen sichern den Zugang zu Bildung unabhängig von der sozialen
230 Herkunft. Für diese Ziele streiten Gewerkschaften, Umweltorganisationen, Mieter- und
231 Verkehrsinitiativen. Hier wollen wir im Bündnis mit ihnen eine neue
232 **Gemeinwohlökonomie** sozial und ökologisch nachhaltige Ökonomie konkret werden lassen - in der
Kommune, auf Länderebene und
233 bundesweit.

Begründung

„Gemeinwohlökonomie“ steht für ein konkretes Modell des Wirtschaftens (Christian Felber), das wir nicht als Partei diskutiert und beschlossen haben. „Gemeinwohlökonomie“ ist eine Bewegung und nicht identisch mit einer Bewegung für eine „dem Gemeinwohl verpflichtete Wirtschaft“, sondern wesentlich enger.

Alternativ könnte auch „dem Gemeinwohl verpflichtete Ökonomie“ statt sozial und ökologisch nachhaltige Ökonomie genutzt werden - wir finden die erste Version aber besser.

Antrag L01.232.2: Änderungsantrag zu L01-05

Änderungsantrag zu L01-05

Antragsteller*in:

KV Darmstadt, BAG Klimagerechtigkeit, weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 232

213 Die Öffentliche Daseinsvorsorge (oder „Fundamentalökonomie“, die Grundlage von
214 Wirtschaft und Gesellschaft, so Wolfgang Streeck) steht im Mittelpunkt unserer
215 Alternative für eine gerechte klimaneutrale Transformation. Für die FDP ist Freiheit
216 die Abwesenheit von Staat - allerdings nicht, wenn es darum geht, ihrer
217 Unternehmerklientel Staatsgelder zuzuschieben. Individuelle Freiheit und eine
218 funktionierende Demokratie brauchen tragfähige öffentliche Strukturen. Der Markt
219 schafft Infrastrukturen nur dort, wo damit Profit gemacht werden kann. Wir wollen die
220 Infrastrukturen der Daseinsvorsorge dem privaten Profitinteresse entziehen und unter
221 gesellschaftliche Kontrolle bringen, also Gemeingüter schaffen. Kommunale Stadtwerke,
222 Energiegenossenschaften, rekommunalisierte Netze für eine dezentrale, regional
223 ausgerichtete Energiewende. Kostenfreier ÖPNV und mehr autofreie Zonen für
224 lebenswerte Kommunen. Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften und
225 kommunale Bodenfonds mit dauerhaft bezahlbaren Mieten sind unsere Alternative zu
226 privater Spekulation mit der Wohnungsnot. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen
227 müssen dem privaten Profit- und Verwertungsinteresse entzogen und kommunalen und
228 gemeinwohlorientierten Trägern übertragen werden. Kostenfreie Kitas und besser
229 ausgestattete Schulen sichern den Zugang zu Bildung unabhängig von der sozialen
230 Herkunft. Für diese Ziele streiten Gewerkschaften, Umweltorganisationen, Mieter- und
231 Verkehrsinitiativen. Hier wollen wir im Bündnis mit ihnen eine neue
232 **Gemeinwohlökonomie** dem Gemeinwohl verpflichtetet Ökonomie konkret werden lassen - in der
Kommune, auf Länderebene und
233 bundesweit.

Begründung

„Gemeinwohlökonomie“ steht für ein konkretes Modell des Wirtschaftens (Christian Felber), das wir nicht als Partei diskutiert und beschlossen haben. „Gemeinwohlökonomie“ ist eine Bewegung und nicht identisch mit einer Bewegung für eine „dem Gemeinwohl verpflichteten Wirtschaft“, sondern wesentlich enger.

Antrag L01.234.1: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in:

Geraer Sozialistischer Dialog, Stadtteilgruppe (BO) Eppendorf / Hoheluft-Ost

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 234

234 **Sozial-ökologische Transformation der Industrie**

Zeile 235 - 246

~~235 Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos,
236 Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen.
237 Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage. Unser Ziel ist
238 eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert. Dazu
239 wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion
240 verpflichten. Es reicht nicht, soziale Verwerfung im Strukturwandel nur abzumildern.
241 Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und
242 Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden
243 können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen,
244 Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen
245 Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits
246 heute im Bereich des Arbeitsschutzes. Das ist linke im Unterschied zu grüner Politik.~~

- Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos, Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen. Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage.

Zeile 247 - 256

~~247 Eine derart tiefgreifende Transformation kann nicht dem Markt überlassen werden. Über
248 Ziele und notwendige Investitionen muss demokratisch entschieden werden
249 („strategische Rahmenplanung“). Staatliche Förderungen dürfen keine Subvention für
250 Entlassungen und Tariffucht sein — sie müssen an Klimaziele und Garantien für
251 Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen gebunden werden. Darauf zielt unser
252 Vorschlag eines Transformationsfonds in Höhe von 20 Milliarden Euro pro Jahr. Ein
253 nationaler Transformationsrat aus Parteien, Gewerkschaften, Umwelt- und
254 Sozialverbänden und Wissenschaftler*innen entscheidet über die Gestaltung des Umbaus.
255 Auch die Menschen in den Transformationsregionen können in regionalen Wirtschafts-
256 und Sozialräten endlich mitentscheiden.~~

- Eine derart tiefgreifende Transformation kann nicht dem Markt überlassen werden. Über Ziele und notwendige Investitionen muss demokratisch entschieden werden („strategische

Rahmenplanung“).

Zeile 257 - 262

~~257 Zu einem sozial ökologischen Systemwechsel muss auch die Landwirtschaft umgebaut
258 werden. Wir wollen für alle Menschen eine vollwertige Ernährung sichern und die
259 Agrarindustrie zu einer krisenfesten ökologischen Landwirtschaft umbauen.
260 Genossenschaftliche und gemeinnützige Nutzung wollen wir fördern, die Bodenpreise
261 deckeln. Damit sichern wir regionale Nahrungsproduktion, ökologischen Umbau und die
262 Zukunft von Landwirt*innen.~~

- Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen, Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen Stopps akuter umweltschädigender Produktion.
- Wir wollen die Mitbestimmung der Beschäftigten in den Betrieben massiv ausbauen. Die Bevölkerung muss über Art und Weise sowie Inhalt der Produktion mitbestimmen, statt darauf geworfen zu sein, beim Konsum zwischen den persönlichen sozialen Möglichkeiten und angeblich moralisch verantwortungsvollem Kaufverhalten wählen zu müssen.

Begründung

Antragsheft 1, Seite 95-99, Zeile 130 - 300, kürzen und ändern

Klare Kampfziele für Opposition und außerparlamentarische Bewegung statt Träume für eine Regierung, die wir nicht sind.

Antrag L01.235.1: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in:

Ökologische Plattform, BAG Wirtschaftspolitik

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 235 - 236

235 Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland ~~unabhängiger vom Export~~ grundlegend umgestalten. Sie muss insbesondere schrittweise unabhängig von der Produktion, der Nutzung bzw. dem Einsatz und den Exporten von Autos,
236 ~~Waffen, Sicherheitstechnik~~ Personenüberwachungstechnik und umweltschädlichen ~~Formen~~ Technologien, insbesondere in der Chemieproduktion ~~machen~~, werden. Sie soll volkswirtschaftlich, europäisch und global ein Treiber sozialökologischer Transformation werden.
237 Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage. Unser Ziel ist
238 eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert. Dazu
239 wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion
240 verpflichten. Es reicht nicht, soziale Verwerfung im Strukturwandel nur abzumildern.
241 Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und
242 Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden
243 können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen,
244 Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen
245 Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits
246 heute im Bereich des Arbeitsschutzes. Das ist linke im Unterschied zu grüner Politik.

Begründung

Die bisherige Formulierung erklärt unzulänglich die zu meisternde industriepolitische Herausforderung im Rahmen eines sozial-ökologischen Umbaus/einer sozialökologischen Transformation.

Antrag L01.235.2: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in: BAG Klimagerechtigkeit, KV Darmstadt

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 235 - 246

~~235 Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos,
236 Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen.
237 Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage. Unser Ziel ist
238 eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert. Dazu
239 wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion
240 verpflichten. Es reicht nicht, soziale Verwerfung im Strukturwandel nur abzumildern.
241 Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und
242 Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden
243 können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen,
244 Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen
245 Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits
246 heute im Bereich des Arbeitsschutzes. Das ist linke im Unterschied zu grüner Politik.~~

Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos, Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen. Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage. Unser Ziel ist eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert. Dazu wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion verpflichten. Um den erforderlichen Strukturwandel zu realisieren, genügt es nicht, „soziale Härten abzumildern.“ Er muss mit solidarischer Umverteilung von Einkommen, Vermögen und Eigentum einhergehen und auf soziale Nachhaltigkeit zielen – in Deutschland und über seine Grenzen hinaus. Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen, Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits heute im Bereich des Arbeitsschutzes. Das ist linke - im Unterschied zu - grüner Politik.

Begründung

Es geht zum einen um die erforderliche Betonung der sozialen Dimension des sozial-ökologischen Umbaus bzw. der sozialökologischen Transformation und zum anderen um ihren internationalistischen Kontext.

Antrag L01.237.1: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in: KV Marburg-Biedenkopf

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 237

235 Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos,
236 Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen.

237 Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage.

Krieg als Klimakiller: Militär und Rüstung töten Mensch und Natur. "Felder wurden verbrannt, Gewässer vergiftet und Land unbrauchbar gemacht, um einem Gegner die Existenzgrundlage zu entziehen. Moderne Kriege können noch größere Zerstörungen in Ökosystemen anrichten und damit auch das Leben und die Gesundheit von Menschen treffen. Bewaffnete Konflikte verbrauchen und belasten natürliche Ressourcen (Luft, Wasser, Boden, Land, Wälder und Ozeane), schädigen öffentliche Infrastrukturen und Dienstleistungen (z. B. Energie, Gesundheit, Abwasser, Müllabfuhr) und haben negative Auswirkungen auf den Erhalt von Wildtieren und Ökosystemen (IPB 2002)."

(Quelle: Jürgen Scheffran: Militärische Umweltzerstörung, Klimakrise und sozial ökologische Transformation: Frieden und Nachhaltigkeit gehören zusammen)

238 Unser Ziel ist

238 eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert. Dazu
239 wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion
240 verpflichten. Es reicht nicht, soziale Verwerfung im Strukturwandel nur abzumildern.
241 Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und
242 Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden
243 können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen,
244 Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen
245 Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits
246 heute im Bereich des Arbeitsschutzes. Das ist linke im Unterschied zu grüner Politik.

Antrag L01.237.2: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in:

Ökologische Plattform, BAG Wirtschaftspolitik

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 237

235 Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos,
236 Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen.

237 Das ist eine soziale, klima-, umwelt- und friedenspolitische Schicksalsfrage und zugleich eine Frage trans- und internationaler Solidarität. Unser Ziel ist

238 eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert. Dazu
239 wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion
240 verpflichten. Es reicht nicht, soziale Verwerfung im Strukturwandel nur abzumildern.
241 Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und
242 Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden
243 können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen,
244 Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen
245 Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits
246 heute im Bereich des Arbeitsschutzes. Das ist linke im Unterschied zu grüner Politik.

Begründung

- a) Es geht um die natürlichen Lebensbedingungen insgesamt.
b) Insgesamt ist der Antrag unzulänglich internationalistisch. Wir versuchen stellenweise eine Vervollkommnung.

Antrag L01.238.1: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in: Ökologische Plattform, BAG Wirtschaftspolitik

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 238

- 235 Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos,
236 Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen.
237 Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage. Unser Ziel ist
238 eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert, die bei der Überwindung von Biodiversitätsverlust und Umweltkrisen (z.B. chemische Boden- und Wasservergiftung, Vermüllung der Meere und Strände) förderlich ist und die dazu beiträgt, dass die Erde bewohnbar bleibt. Dazu
239 wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion
240 verpflichten. Es reicht nicht, soziale Verwerfung im Strukturwandel nur abzumildern.
241 Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und
242 Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden
243 können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen,
244 Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen
245 Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits
246 heute im Bereich des Arbeitsschutzes. Das ist linke im Unterschied zu grüner Politik.

Begründung

Die bisherige Formulierung ist ausgehend von den Erfordernissen ökologischer Nachhaltigkeit zu kurz gefasst und unzulänglich.

Antrag L01.238.2: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in: BAG Klimagerechtigkeit, KV Darmstadt, weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 238

- 235 Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos,
236 Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen.
237 Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage. Unser Ziel ist
238 eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert. Dieser Umbau wird auch konkreten Rück- und Wegbau sowie an sozialen und ökologischen Erfordernissen ausgerichteten Neubau einschließen. Die Versiegelung und unökologische Nutzung von Flächen als ein Haupttreiber von Umweltkrisen wollen wir stoppen und strukturell zurückdrängen. Dazu
239 wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion

240 verpflichtet. Es reicht nicht, soziale Verwerfung im Strukturwandel nur abzumildern.
241 Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und
242 Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden
243 können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen,
244 Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen
245 Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits
246 heute im Bereich des Arbeitsschutzes. Das ist linke im Unterschied zu grüner Politik.

Begründung

Die Ergänzung präzisiert die Aussagen zum erforderlichen sozial-ökologischen Umbau. Es geht uns hier um eine Verdeutlichung von Umbauprozessen, die zu einer absoluten Reduzierung von Stoff- und Energieumsätzen sowie von Flächenverbrauch führen.

Antrag L01.238.3: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in:

OV Bad Cannstatt - Mühlhausen - Münster

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 238 - 240

235 Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos,
236 Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen.
237 Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage. Unser Ziel ist
238 eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert. ~~Dazu-~~
239 ~~wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion-~~
240 ~~verpflichten~~ Dafür ist die Überführung der Auto- und aller anderen Konzerne der Industrie und
Dienstleistungen in Gemeineigentum und ihre demokratische Verwaltung und Kontrolle dringend
notwendig. Es reicht nicht, soziale Verwerfung im Strukturwandel nur abzumildern.
241 Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und
242 Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden
243 können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen,
244 Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen
245 Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits
246 heute im Bereich des Arbeitsschutzes. Das ist linke im Unterschied zu grüner Politik.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag L01.240.1: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in:

BAG Betrieb & Gewerkschaft

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 240

235 Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos,

236 Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen.
237 Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage. Unser Ziel ist
238 eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert. Dazu
239 wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion
240 verpflichten. Dieser Prozess kann nicht dem Markt überlassen werden, sondern erfordert das
Eingreifen des Staates. Dabei muss allerdings klar sein: Dort, wo finanzielle staatliche
Unterstützung notwendig ist, muss diese Unterstützung an Bedingungen wie Tarifbindung,
Stärkung der Mitbestimmung oder die Veränderung der Eigentumsverhältnisse geknüpft werden.
Es reicht nicht, soziale Verwerfung im Strukturwandel nur abzumildern.
241 Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und
242 Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden
243 können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen,
244 Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen
245 Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits
246 heute im Bereich des Arbeitsschutzes. Das ist linke im Unterschied zu grüner Politik.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag L01.240.2: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in:

Ökologische Plattform, BAG Wirtschaftspolitik, KV Darmstadt

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 240

235 Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos,
236 Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen.
237 Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage. Unser Ziel ist
238 eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert. Dazu
239 wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion
240 verpflichten. ~~Es reicht nicht, soziale Verwerfung im~~ Um den erforderlichen Strukturwandel ~~nur zu~~
realisieren, genügt es nicht, „soziale Härten abzumildern. “ Er muss mit solidarischer
Umverteilung von Einkommen, Vermögen und Eigentum einhergehen und auf soziale
Nachhaltigkeit zielen - in Deutschland und über seine Grenzen hinaus.
241 Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und
242 Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden
243 können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen,
244 Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen
245 Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits
246 heute im Bereich des Arbeitsschutzes. Das ist linke im Unterschied zu grüner Politik.

Begründung

Es geht zum einen um die erforderliche Betonung der sozialen Dimension des sozial-ökologischen Umbaus bzw. der sozialökologischen Transformation und zum anderen um ihren internationalistischen Kontext.

Antrag L01.240.3: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in:

KV Darmstadt

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 240

235 Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos,
236 Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen.
237 Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage. Unser Ziel ist
238 eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert. Dazu
239 wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion

240 verpflichten.

Dieser Umbau wird auch konkreten Rück- und Wegbau sowie an sozialen und ökologischen Erfordernissen ausgerichteten Neubau einschließen. Die Versiegelung und antiökologische Nutzung von Flächen als ein Haupttreiber von Umweltkrisen wollen wir stoppen und strukturell zurückdrängen. Es reicht nicht, soziale Verwerfung im Strukturwandel nur abzumildern.

241 Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und
242 Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden
243 können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen,
244 Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen
245 Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits
246 heute im Bereich des Arbeitsschutzes. Das ist linke im Unterschied zu grüner Politik.

Begründung

Die Ergänzung präzisiert die Aussagen zum erforderlichen sozial-ökologischen Umbau. Es geht um eine Verdeutlichung von Umbauprozessen, die zu einer absoluten Reduzierung von Stoff- und Energieumsätzen sowie von Flächenverbrauch führen.

(Empfehlung der BAG Klimagerechtigkeit)

Antrag L01.240.4: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in:

Ökologische Plattform, BAG Wirtschaftspolitik

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 240

235 Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos,
236 Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen.
237 Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage. Unser Ziel ist
238 eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert. Dazu
239 wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion

240 verpflichten. Dieser Umbau wird auch konkreten Rückbau sowie an sozialen und ökologischen Erfordernissen ausgerichteten Neubau einschließen. Die Versiegelung und umweltfeindliche Nutzung von Flächen als ein Haupttreiber von Umweltkrisen wollen wir stoppen und strukturell zurückdrängen. Es reicht nicht, soziale Verwerfung im Strukturwandel nur abzumildern.

241 Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und
242 Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden
243 können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen,
244 Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen
245 Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits
246 heute im Bereich des Arbeitsschutzes. Das ist linke im Unterschied zu grüner Politik.

Begründung

Die Ergänzung präzisiert die Aussagen zum erforderlichen sozial-ökologischen Umbau. Es geht um eine Verdeutlichung von Umbauprozessen, die zu einer absoluten Reduzierung von Stoff- und Energieumsätzen sowie von Flächenverbrauch führen.

Antrag L01.241.1: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in: KV Marburg-Biedenkopf

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 241 - 242

235 Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos,
236 Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen.
237 Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage. Unser Ziel ist
238 eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert. Dazu
239 wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion
240 verpflichten. Es reicht nicht, soziale Verwerfung im Strukturwandel nur abzumildern.
241 Die Beschäftigten ~~müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und~~
242 ~~Jobgarantien~~ bestimmen über den Umbau und seine Gestaltung samt ihrer Rechte auf einen
mindestens genauso gut bezahlten Arbeitsplatz. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen
und mitentscheiden
243 können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen,
244 Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen
245 Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits
246 heute im Bereich des Arbeitsschutzes. Das ist linke im Unterschied zu grüner Politik.

Begründung

Wir möchten die aktive Mitgestaltungskraft der Beschäftigten betonen statt ihre passive Absicherung zu fordern.

Antrag L01.246.1: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in: Ökologische Plattform, BAG Wirtschaftspolitik

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 246

235 Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos,

236 Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen.
237 Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage. Unser Ziel ist
238 eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert. Dazu
239 wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion
240 verpflichten. Es reicht nicht, soziale Verwerfung im Strukturwandel nur abzumildern.
241 Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und
242 Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden
243 können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen,
244 Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen
245 Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits
246 heute im Bereich des Arbeitsschutzes. Das ist linke bzw. sozialistische Politik im Unterschied ~~zu~~
grüner Politik zur Politik von Bündnis90/Die Grünen.

Begründung

- a) Die Gegenüberstellung von „linke“ und „grüne“ konterkariert den Antragstext.
- b) Wenn man „Schritte über den Kapitalismus hinaus will“, soll man auch „sozialistisch“ sagen.
- c) darüber hinaus gilt es das Narrativ zu brechen, dass ökologische Politik durch "die Grünen" betrieben wird. Das ist falsch und sollte durch uns nicht reproduziert werden.

Antrag L01.246.2: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in:

BAG Betrieb & Gewerkschaft

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 246

235 Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos,
236 Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen.
237 Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage. Unser Ziel ist
238 eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert. Dazu
239 wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion
240 verpflichten. Es reicht nicht, soziale Verwerfung im Strukturwandel nur abzumildern.
241 Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und
242 Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden
243 können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen,
244 Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen
245 Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits
246 heute im Bereich des Arbeitsschutzes. ~~Das ist linke im Unterschied zu grüner Politik.~~

Begründung

Mal abgesehen davon, dass es auch im Programm der Grünen ein Ausbau der Mitbestimmung gefordert wird, ist dieses Abarbeiten an den Grünen an dieser Stelle völlig unnötig. Wir sollten hier angesichts unserer eigenen Wirkmächtigkeit etwas weniger „großmäulig“ auftreten.

Antrag L01.246.3: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in:

KV Darmstadt, BAG Klimagerechtigkeit

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 246

235 Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos,
236 Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen.
237 Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage. Unser Ziel ist
238 eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert. Dazu
239 wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion
240 verpflichten. Es reicht nicht, soziale Verwerfung im Strukturwandel nur abzumildern.
241 Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und
242 Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden
243 können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen,
244 Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen
245 Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits
246 heute im Bereich des Arbeitsschutzes. Das ist linke bzw. sozialistische Politik im Unterschied zu ~~zu~~
~~grüner Politik~~ zur Politik von Bündnis 90/ Die Grünen.

Begründung

- a) Die Gegenüberstellung von „linke“ und „grüne“ konterkariert den Antragstext.
- b) Wenn man „Schritte über den Kapitalismus hinaus will“, soll man auch „sozialistisch“ sagen.

Antrag L01.251.1: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in:

OV Bad Cannstatt - Mühlhausen - Münster

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 251 - 252

247 Eine derart tiefgreifende Transformation kann nicht dem Markt überlassen werden. Über
248 Ziele und notwendige Investitionen muss demokratisch entschieden werden
249 („strategische Rahmenplanung“). Staatliche Förderungen dürfen keine Subvention für
250 Entlassungen und Tarifflicht sein - sie müssen an Klimaziele und Garantien für
251 Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen gebunden werden. ~~Darauf zielt unser~~
252 ~~Vorschlag eines Transformationsfonds in Höhe von 20 Milliarden Euro pro Jahr~~ Wir fordern für eine
in Gemeineigentum überführte Autoindustrie einen ökologisch sinnvollen Produktionsplan zur
Umweltung der Produktion auf alternative öffentliche Verkehrsmittel und andere gesellschaftlich
sinnvolle Produkte. Ein
253 nationaler Transformationsrat aus Parteien, Gewerkschaften, Umwelt- und
254 Sozialverbänden und Wissenschaftler*innen entscheidet über die Gestaltung des Umbaus.
255 Auch die Menschen in den Transformationsregionen können in regionalen Wirtschafts-
256 und Sozialräten endlich mitentscheiden.

Begründung

-

Antrag L01.256.1: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 256

247 Eine derart tiefgreifende Transformation kann nicht dem Markt überlassen werden. Über
248 Ziele und notwendige Investitionen muss demokratisch entschieden werden
249 („strategische Rahmenplanung“). Staatliche Förderungen dürfen keine Subvention für
250 Entlassungen und Tarifflicht sein - sie müssen an Klimaziele und Garantien für
251 Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen gebunden werden. Darauf zielt unser
252 Vorschlag eines Transformationsfonds in Höhe von 20 Milliarden Euro pro Jahr. Ein
253 nationaler Transformationsrat aus Parteien, Gewerkschaften, Umwelt- und
254 Sozialverbänden und Wissenschaftler*innen entscheidet über die Gestaltung des Umbaus.
255 Auch die Menschen in den Transformationsregionen können in regionalen Wirtschafts-
256 und Sozialräten endlich mitentscheiden.

Regionale Transformationsfonds und -beratungsstellen sollen die Beschäftigten unterstützen. Auf Bundesebene wollen wir uns für ein “Recht auf einen neuen Arbeitsplatz” und ein Recht auf bezahlte Weiterqualifizierung einsetzen. Auf Grund historisch gewachsener Strukturen braucht es insbesondere für Ostdeutschland eine neue Strategie zur Sicherung der Energieversorgung und eine Transformationsstrategie zur Sicherung von Erwerbsarbeit in den ostdeutschen Chemieregionen, wenn die dortigen Raffinerien ihren Betrieb einschränken müssen.

Antrag L01.256.2: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in:

KV Rhein-Erft, Matthias W. Birkwald (Nordrhein-Westfalen),
Stefan Söhngen (KV Rhein-Erft), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 256

247 Eine derart tiefgreifende Transformation kann nicht dem Markt überlassen werden. Über
248 Ziele und notwendige Investitionen muss demokratisch entschieden werden
249 („strategische Rahmenplanung“). Staatliche Förderungen dürfen keine Subvention für
250 Entlassungen und Tarifflicht sein - sie müssen an Klimaziele und Garantien für
251 Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen gebunden werden. Darauf zielt unser
252 Vorschlag eines Transformationsfonds in Höhe von 20 Milliarden Euro pro Jahr. Ein
253 nationaler Transformationsrat aus Parteien, Gewerkschaften, Umwelt- und
254 Sozialverbänden und Wissenschaftler*innen entscheidet über die Gestaltung des Umbaus.
255 Auch die Menschen in den Transformationsregionen können in regionalen Wirtschafts-
256 und Sozialräten endlich mitentscheiden.

In den Braunkohlerevieren braucht es langfristige wirtschaftliche Perspektiven für die Beschäftigten, die Zulieferer und kommende Generationen. Wir wollen den Umbau der Reviere zu Modellregionen mit zukunftsfähigen Industrien, z.B. in der Versorgung mit erneuerbaren Energien oder der Kreislaufwirtschaft und mit sicheren, gut bezahlten und mitbestimmten Arbeitsplätzen.

Begründung

In den Braunkohlerevieren und besonders im rheinischen Revier ist für einen Großteil der Bevölkerung Wohlstand mit Kohleverstromung verbunden. Die Beschäftigten bei den Zulieferern sind bisher nicht durch Jobgarantien geschützt und auch für kommende Generationen stellt sich die Frage, wie sie ihren Wohlstand in der Region verdienen können. Es ist sinnvoll in den Revieren Arbeitsplätze in den erneuerbaren Energien oder der Kreislaufwirtschaft zu schaffen, da es einerseits durch ausgekohlte Tagebaue und stillgelegte Kohlekraftwerke genug Platz gibt und andererseits genug gut ausgebildete Fachkräfte, die schon in der Energieerzeugung gearbeitet haben und dort auch weiterarbeiten möchten. Zudem sollte sich DIE LINKE. dafür einsetzen, dass diese Arbeitsplätze möglichst sicher sind, gut bezahlt werden und betriebliche Mitbestimmung garantiert ist.

Antrag L01.257.1: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in:

KV Marburg-Biedenkopf

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 257 - 262

~~257 Zu einem sozial-ökologischen Systemwechsel muss auch die Landwirtschaft umgebaut
258 werden. Wir wollen für alle Menschen eine vollwertige Ernährung sichern und die
259 Agrarindustrie zu einer krisenfesten ökologischen Landwirtschaft umbauen.
260 Genossenschaftliche und gemeinnützige Nutzung wollen wir fördern, die Bodenpreise
261 deckeln. Damit sichern wir regionale Nahrungsproduktion, ökologischen Umbau und die
262 Zukunft von Landwirt*innen.~~

Für eine sozial-ökologische Agrarwende

263

Die industrialisierte Intensivlandwirtschaft trägt erheblich zum Verlust der biologischen Vielfalt bei. Dünger und Pestizide gefährden unsere Gewässer, vermindern die Fruchtbarkeit der Böden und senken ihr Kohlenstoffspeichervermögen. Bundesweit ist die Landwirtschaft für 7-8 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen verantwortlich, ihr Anteil liegt damit sogar leicht über den Emissionen aller Industrieprozesse in Deutschland. Die Orientierung auf Produktionssteigerungen, Exporte und Gewinne auf Basis von Standortkonkurrenz zerstört unsere Natur und darüber hinaus in Ländern des globalen Südens die Existenzgrundlage vieler Bäuer*innen. Weltweit dienen 80 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Tierproduktion. Die naturzerstörende Landnutzung und der durch die Nahrungsmittelindustrie beförderte Konsum tierischer Produkte verschärfen die Klimakrise immer weiter. In der Folge wird die Ernährungssicherheit der gesamten Menschheit aufs Spiel gesetzt.

Immer mehr Menschen wollen sich vor allem gesund ernähren und dabei Klima sowie Natur schützen. Eine große Mehrheit lehnt Massentierhaltung ab, 80 Prozent wollen vor allem saisonale und regionale Lebensmittel kaufen, gut 40 Prozent sogar Biolebensmittel. Um dies nachhaltig und sozial gerecht zu ermöglichen, braucht es eine Ökologisierung der gesamten Landwirtschaft. Eine ausreichende Versorgung mit gesundem Essen gehört zu einem Leben in Würde dazu. Deswegen ist es für uns selbstverständlich, dass der ökologisch gebotene Umbau der Landwirtschaft nicht diejenigen belasten darf, die auch heute schon einen Großteil ihres Einkommens für Essen und Miete aufwenden müssen. Die Bedarfssätze aller Sozialleistungen, von der Grundsicherung über Kindergeld hin zum BAföG, müssen mit den Lebenshaltungskosten mindestens Schritt halten und auch der Mindestlohn muss auf ein Niveau steigen, auf dem sich jeder ohne Not von nachhaltig produzierten Lebensmitteln ernähren kann. Das ist nach unserer Auffassung ein untrennbarer Bestandteil aller den Umbau der Lebensmittelversorgung betreffenden Maßnahmen.

264

DIE LINKE kämpft für eine ökologisch nachhaltige und solidarische Landwirtschaft, eine am Gemeinwohl orientierte Versorgung der Menschen mit Agrarprodukten und Lebensmitteln, von der Landwirt*innen auch gut leben können. Wir wollen eine möglichst regional verankerte Agrarproduktion, die sozial ist und dabei unsere Natur schützt. Wir verknüpfen auch hier ökologische Notwendigkeiten mit sozialen Fragen.

Antrag L01.257.2: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in:

BAG Klimagerechtigkeit, weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 257 - 262

~~257 Zu einem sozial-ökologischen Systemwechsel muss auch die Landwirtschaft umgebaut
258 werden. Wir wollen für alle Menschen eine vollwertige Ernährung sichern und die
259 Agrarindustrie zu einer krisenfesten ökologischen Landwirtschaft umbauen.
260 Genossenschaftliche und gemeinnützige Nutzung wollen wir fördern, die Bodenpreise
261 deckeln. Damit sichern wir regionale Nahrungsproduktion, ökologischen Umbau und die
262 Zukunft von Landwirt*innen.~~

Für eine sozial-ökologische Landwirtschafts- und Agrarwende

263

Immer mehr Menschen wollen sich vor allem gesund ernähren und dabei Klima sowie Natur schützen. Eine große Mehrheit lehnt Massentierhaltung ab, 80 Prozent wollen vor allem saisonale und regionale Lebensmittel kaufen, gut 40 Prozent sogar Biolebensmittel. Eine klima-, umwelt- und ressourcengerechte Landwirtschaft muss ohne Massentierhaltung auskommen und die Produktion primär pflanzenbasierter Nahrungsmittel sichern. Eine Landwirtschaft, die dem Erhalt der Artenvielfalt und der Gesundheit ausgelaugter Böden verpflichtet ist, wird wesentlich mehr Arbeitskräfte benötigen als bisher. Das gilt auch für den Schutz der Wälder bzw. eine Waldpolitik, die sozial und ökologisch nachhaltig ist. Dieses Herangehen ist nicht zuletzt auch global gerecht und solidarisch. Um dies nachhaltig und sozial gerecht zu ermöglichen, braucht es eine Ökologisierung der gesamten Landwirtschaft. Eine ausreichende Versorgung mit gesundem Essen gehört zu einem Leben in Würde dazu. Deswegen ist es für uns selbstverständlich, dass der ökologisch gebotene Umbau der Landwirtschaft nicht diejenigen belasten darf, die auch heute schon einen Großteil ihres Einkommens für Essen und Miete aufwenden müssen. Die Bedarfssätze aller Sozialleistungen, von der Grundsicherung über Kindergeld hin zum BAFöG müssen mit den Lebenshaltungskosten mindestens Schritt halten und auch der Mindestlohn muss auf ein Niveau steigen, auf dem sich jeder ohne Not von nachhaltig produzierten Lebensmitteln ernähren kann. Das ist nach unserer Auffassung ein untrennbarer Bestandteil aller den Umbau der Lebensmittelversorgung betreffenden Maßnahmen.

DIE LINKE kämpft für eine ökologisch nachhaltige und solidarische Landwirtschaft, eine am Gemeinwohl orientierte Versorgung der Menschen mit Agrarprodukten und Lebensmitteln, von der Landwirt*innen auch gut leben können. Wir wollen eine möglichst regional verankerte Agrarproduktion, die sozial ist und dabei unsere Natur schützt. Wir verknüpfen auch hier ökologische Notwendigkeiten mit sozialen Fragen.

Begründung

Die industrialisierte Intensivlandwirtschaft trägt erheblich zum Verlust der biologischen Vielfalt bei.

Dünger und Pestizide gefährden unsere Gewässer, vermindern die Fruchtbarkeit der Böden und senken ihr Kohlenstoffspeichervermögen. Bundesweit ist die Landwirtschaft für 7 bis 8 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen verantwortlich, ihr Anteil liegt damit sogar leicht über den Emissionen aller Industrieprozesse in Deutschland. Die Orientierung auf Produktionssteigerungen, Exporte und Gewinne auf Basis von Standortkonkurrenz zerstört unsere Natur und darüber hinaus in Ländern des globalen Südens die Existenzgrundlage vieler Bäuer*innen. Weltweit dienen 80 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Tierproduktion. Die naturzerstörende Landnutzung und der durch die Nahrungsmittelindustrie beförderte Konsum tierischer Produkte verschärfen die Klimakrise immer weiter. In der Folge wird die Ernährungssicherheit der gesamten Menschheit aufs Spiel gesetzt. Der Leitantrag 01 greift hier, was die sozial-ökologische Agrarwende angeht, in seiner bisherigen Form zu kurz. Dies soll behoben werden.

Antrag L01.257.3: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in: LV Hessen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 257 - 262

~~257 Zu einem sozial-ökologischen Systemwechsel muss auch die Landwirtschaft umgebaut
258 werden. Wir wollen für alle Menschen eine vollwertige Ernährung sichern und die
259 Agrarindustrie zu einer krisenfesten ökologischen Landwirtschaft umbauen.
260 Genossenschaftliche und gemeinnützige Nutzung wollen wir fördern, die Bodenpreise
261 deckeln. Damit sichern wir regionale Nahrungsproduktion, ökologischen Umbau und die
262 Zukunft von Landwirt*innen.~~

Für eine sozial-ökologische Agrarwende

263

Die industrialisierte Intensivlandwirtschaft trägt erheblich zum Verlust der biologischen Vielfalt bei. Dünger und Pestizide gefährden unsere Gewässer, vermindern die Fruchtbarkeit der Böden und senken ihr Kohlenstoffspeichervermögen. Bundesweit ist die Landwirtschaft für 7-8 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen verantwortlich, ihr Anteil liegt damit sogar leicht über den Emissionen aller Industrieprozesse in Deutschland. Die Orientierung auf Produktionssteigerungen, Exporte und Gewinne auf Basis von Standortkonkurrenz zerstört unsere Natur und darüber hinaus in Ländern des globalen Südens die Existenzgrundlage vieler Bäuer*innen. Weltweit dienen 80 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Tierproduktion. Die naturzerstörende Landnutzung und der durch die Nahrungsmittelindustrie beförderte Konsum tierischer Produkte verschärfen die Klimakrise immer weiter. In der Folge wird die Ernährungssicherheit der gesamten Menschheit aufs Spiel gesetzt.

Immer mehr Menschen wollen sich vor allem gesund ernähren und dabei Klima sowie Natur schützen. Eine große Mehrheit lehnt Massentierhaltung ab, 80 Prozent wollen vor allem saisonale und regionale Lebensmittel kaufen, gut 40 Prozent sogar Biolebensmittel. Um dies nachhaltig und sozial gerecht zu ermöglichen, braucht es eine Ökologisierung der gesamten Landwirtschaft. Eine ausreichende Versorgung mit gesundem Essen gehört zu einem Leben in Würde dazu. Deswegen ist es für uns selbstverständlich, dass der ökologisch gebotene Umbau der Landwirtschaft nicht diejenigen belasten darf, die auch heute schon einen Großteil ihres Einkommens für Essen und Miete aufwenden müssen. Die Bedarfssätze aller Sozialleistungen, von der Grundsicherung über Kindergeld hin zum BAFÖG müssen mit den Lebenshaltungskosten mindestens Schritt halten und auch der Mindestlohn muss auf ein Niveau steigen, auf dem sich jeder ohne Not von nachhaltig produzierten Lebensmitteln ernähren kann. Das ist nach unserer Auffassung ein untrennbarer

Bestandteil aller den Umbau der Lebensmittelversorgung betreffenden Maßnahmen.

264

DIE LINKE kämpft für eine ökologisch nachhaltige und solidarische Landwirtschaft, eine am Gemeinwohl orientierte Versorgung der Menschen mit Agrarprodukten und Lebensmitteln, von der Landwirt*innen auch gut leben können. Wir wollen eine möglichst regional verankerte Agrarproduktion, die sozial ist und dabei unsere Natur schützt. Wir verknüpfen auch hier ökologische Notwendigkeiten mit sozialen Fragen.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

Antrag L01.260.1: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in: Ökologische Plattform, BAG Wirtschaftspolitik

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 260

257 Zu einem sozial-ökologischen Systemwechsel muss auch die Landwirtschaft umgebaut
258 werden. Wir wollen für alle Menschen eine vollwertige Ernährung sichern und die
259 Agrarindustrie zu einer krisenfesten ökologischen Landwirtschaft umbauen.

260 Eine klima-, umwelt- und ressourcengerechte Landwirtschaft muss ohne Massentierhaltung
auskommen und die Produktion primär pflanzenbasierter Nahrungsmittel sichern. Eine
Landwirtschaft, die dem Erhalt der Artenvielfalt und der Gesundheit ausgelaugter Böden
verpflichtet ist, wird wesentlich mehr Arbeitskräfte benötigen als bisher. Das gilt auch für den
Schutz der Wälder bzw. eine Waldpolitik, die sozial und ökologisch nachhaltig ist. Dieses
Herangehen ist global gerecht und solidarisch. Genossenschaftliche und gemeinnützige Nutzung
wollen wir fördern, die Bodenpreise

261 deckeln. Damit sichern wir regionale Nahrungsproduktion, ökologischen Umbau und die
262 Zukunft von Landwirt*innen.

Begründung

Die Ergänzung präzisiert die Aussagen zum erforderlichen sozial-ökologischen Umbau und bekräftigt das internationalistische Herangehen der Partei DIE LINKE.

Antrag L01.261.1: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in: LV Hessen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 261

257 Zu einem sozial-ökologischen Systemwechsel muss auch die Landwirtschaft umgebaut
258 werden. Wir wollen für alle Menschen eine vollwertige Ernährung sichern und die
259 Agrarindustrie zu einer krisenfesten ökologischen Landwirtschaft umbauen.

- 260 Genossenschaftliche und gemeinnützige Nutzung wollen wir fördern, die Bodenpreise
- 261 deckeln. Um Boden (Land- und Forstwirtschaftliche Nutzflächen) der Spekulation zu entziehen soll in einem ersten Schritt Land nur noch von denen erworben werden können, die es bewirtschaften und die die fachliche Kenntnis dazu besitzen - Vorrang hat die Lebensmittelerzeugung. Flächen, die sich bereits im Eigentum von Nichtlandwirt*innen, Nichtgärtner*innen oder Nichtforstwirt*innen befinden, sollen in öffentliches Eigentum überführt werden, um es in einem demokratischen Prozess wieder direkten Bewirtschafter*innen zur Nutzung zu überlassen. Langfristig soll aller Boden in Gemeindeeigentum überführt werden. Damit sichern wir regionale Nahrungsproduktion, ökologischen Umbau und die
- 262 Zukunft von Landwirt*innen.

Begründung

Der landwirtschaftliche Bodenmarkt ist durch zunehmende Spekulation durch außerlandwirtschaftliche Akteure in gehörige Unordnung geraten. Die stark angestiegenen und noch immer steigenden Bodenpreise machen es für Produzent*innen von Lebensmitteln nahezu unmöglich, neue Flächen für die Produktion zu erlangen. Nutzungen, die außerhalb der Lebensmittelerzeugung liegen, erzielen höhere Profite. Daher kann dieses Problem nur ordnungspolitisch gelöst werden.

Antrag L01.261.1: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in:	KV Darmstadt, BAG Klimagerechtigkeit
--------------------------	--------------------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 261

- 257 Zu einem sozial-ökologischen Systemwechsel muss auch die Landwirtschaft umgebaut
- 258 werden. Wir wollen für alle Menschen eine vollwertige Ernährung sichern und die
- 259 Agrarindustrie zu einer krisenfesten ökologischen Landwirtschaft umbauen.
- 260 Genossenschaftliche und gemeinnützige Nutzung wollen wir fördern, die Bodenpreise
- 261 deckeln, Kriterien nachhaltiger Bodennutzung formulieren, verbindlich einführen und durchsetzen. Damit sichern wir regionale Nahrungsproduktion, ökologischen Umbau und die
- 262 Zukunft von Landwirt*innen.

Begründung

Die Gesundung der Böden verlangt die Einführung und Durchsetzung von Standards ökologischer Bodenpflege und-bewirtschaftung. Das muss politisch erkämpft werden, wobei DIE LINKE. bündnispolitischer Akteur sein soll.

Antrag L01.262.1: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in:	KV Unna
--------------------------	---------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 262

257 Zu einem sozial-ökologischen Systemwechsel muss auch die Landwirtschaft umgebaut
258 werden. Wir wollen für alle Menschen eine vollwertige Ernährung sichern und die
259 Agrarindustrie zu einer krisenfesten ökologischen Landwirtschaft umbauen.
260 Genossenschaftliche und gemeinnützige Nutzung wollen wir fördern, die Bodenpreise
261 deckeln. Damit sichern wir regionale Nahrungsproduktion, ökologischen Umbau und die
262 Zukunft von ~~Landwirt*innen~~. Landwirt:innen.

Für das Tierwohl muss es mehr staatliche Kontrolle in Mastbetrieben geben. Insgesamt ist die Zahl der zu haltenden Tiere zu verringern und ihre Haltung Tiergerecht zu gestalten.

Begründung

Die Frage der artgerechten und ökologisch verträglichen Tierhaltung wurde nicht angesprochen.

Antrag L01.263.1: Änderungsantrag zu L01-07

Änderungsantrag zu L01-07

Antragsteller*in:	Parteivorstand
--------------------------	----------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 263

263 ~~Soziale Sicherheit für alle~~ Krisengewinner zur Kasse. Umverteilen für soziale Sicherheit und Klimaschutz ~~braucht Umverteilung~~

Zeile 270

264 Die Ampel-Koalition hat Respekt und Anerkennung für die Arbeit der Beschäftigten
265 versprochen. In der nächsten Zeit ist aber zu befürchten, dass die Beschäftigten mit
266 Verweis auf Krise, Krieg und Transformation zu Verzicht aufgefordert werden, während
267 bei den großen Konzernen die Dividenden durch die Decke gehen. Als LINKE kämpfen wir
268 für gute Arbeit für alle und dafür, dass niemand in Deutschland von Armut bedroht
269 ist. Für ein Mindesteinkommen von 1.200 Euro und eine Rente, die den Lebensstandard
270 im Alter sichert. Wir unterstützen die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften in ihren Kämpfen für gute Löhne: Kein Tarifabschluss unterhalb der Inflation.

Zeile 281

277 Ohne Steuergerechtigkeit gibt es auch keine ausreichenden Mittel für öffentliche
278 Investitionen in Bildung, Wohnungsbau und Klimaschutz. Die Coronakrise ist noch nicht
279 bewältigt, die Folgen von Krieg und Vertreibung kommen auf uns zu. Hohe Einkommen und
280 Vermögen müssen gerecht besteuert werden, niedrige und mittlere Einkommen entlastet,
281 eine Vermögensteuer eingeführt werden. Krisengewinner zur Kasse: Unternehmen, die die aktuelle Situation ausnutzen und Extraprofit einstreichen, wollen wir zur Kasse bitten. Für Mineralölfirmen, aber auch Energie- und Lebensmittelkonzerne fordern wir eine Übergewinnsteuer. Die Ungleichheit ist während der Pandemie weitergewachsen. Zu einer gerechten Verteilung der Krisenkosten fordern wir an der Seite von ver.di und Sozialverbänden eine Vermögensabgabe (auf Vermögen oberhalb von 2 Mio. Euro).

Antrag L01.263.2: Änderungsantrag zu L01-07

Änderungsantrag zu L01-07

Antragsteller*in:

Ökologische Plattform, BAG Wirtschaftspolitik

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 263

263 **Soziale Sicherheit für alle. ~~Klimaschutz braucht~~Klima- und Umweltschutz wie globale Gerechtigkeit brauchen Umverteilung**

Begründung

- a) Für ökologische Nachhaltigkeit ist Klimaschutz nicht ausreichend.
- b) DIE LINKE ist eine internationalistische Partei.

Antrag L01.264.1: Änderungsantrag zu L01-07

Änderungsantrag zu L01-07

Antragsteller*in:

Geraer Sozialistischer Dialog, Stadtteilgruppe (BO) Eppendorf / Hoheluft-Ost

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 264 - 270

~~264 Die Ampel Koalition hat Respekt und Anerkennung für die Arbeit der Beschäftigten
265 versprochen. In der nächsten Zeit ist aber zu befürchten, dass die Beschäftigten mit
266 Verweis auf Krise, Krieg und Transformation zu Verzicht aufgefordert werden, während
267 bei den großen Konzernen die Dividenden durch die Decke gehen. Als LINKE kämpfen wir
268 für gute Arbeit für alle und dafür, dass niemand in Deutschland von Armut bedroht
269 ist. Für ein Mindesteinkommen von 1.200 Euro und eine Rente, die den Lebensstandard
270 im Alter sichert.~~

- Als LINKE kämpfen wir für gute Arbeit für alle und dafür, dass niemand in Deutschland von Armut bedroht ist. Für ein Mindesteinkommen von 1.200 Euro und eine Rente, die den Lebensstandard im Alter sichert.

271

Zeile 271 - 276

~~271 Klimaschutz braucht Umverteilung: In Deutschland verursacht das reichste 1 Prozent
272 knapp ein Viertel der CO2-Emissionen. Wir können uns den Lebensstil der Reichen schon
273 lange nicht mehr leisten. Ohne eine gerechtere Verteilung von Reichtum und Arbeit
274 wird die angekündigte Transformation die Gesellschaft weiter spalten. Umgekehrt gilt:
275 Gleichere Gesellschaften sind auch glücklichere, in ungerechten Gesellschaften leidet
276 die Lebensqualität.~~

- Klimaschutz braucht Umverteilung: Ohne eine gerechtere Verteilung von Reichtum und Arbeit wird die angekündigte Transformation die Gesellschaft weiter spalten. Umgekehrt gilt: Gleichere Gesellschaften sind auch glücklichere, in ungerechten Gesellschaften leidet die Lebensqualität.

Zeile 277 - 281

~~277 Ohne Steuergerechtigkeit gibt es auch keine ausreichenden Mittel für öffentliche
278 Investitionen in Bildung, Wohnungsbau und Klimaschutz. Die Coronakrise ist noch nicht
279 bewältigt, die Folgen von Krieg und Vertreibung kommen auf uns zu. Hohe Einkommen und
280 Vermögen müssen gerecht besteuert werden, niedrige und mittlere Einkommen entlastet,
281 eine Vermögensteuer eingeführt werden.~~

- Ohne Steuergerechtigkeit gibt es auch keine ausreichenden Mittel für öffentliche Investitionen in Bildung, Wohnungsbau und Klimaschutz. Hohe Einkommen und Vermögen müssen gerecht besteuert werden, niedrige und mittlere Einkommen entlastet, eine Vermögensteuer eingeführt werden.

Zeile 282 - 300

~~282 Die Ankündigung der Bundesregierung 2023 die Schuldenbremse wieder in Kraft zu setzen
283 ist realitätsfremd. Wir fordern ihre weitere Aussetzung und einen Lastenausgleich,
284 eine einmalige Vermögensabgabe zur Bewältigung der Krisenkosten. In den oft
285 überschuldeten Kommunen gibt es einen gewaltigen Investitionstau, die Folge
286 jahrelanger Sparpolitik im Zeichen der Schuldenbremse und der Schwarzen Null. Die
287 Schuldenbremse ist in Wirklichkeit eine Innovations- und Investitionsblockade. Sie
288 blockiert auch die Möglichkeit für Krisenzeiten Vorsorge zu treffen – auf Kosten der
289 Gesellschaft und der Beschäftigten in der Infrastruktur. In der Coronakrise hat sich
290 der Personalmangel in Schulen, Kitas, Pflege und Verwaltungen besonders schmerzlich
291 bemerkbar gemacht. Die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine ist ein Akt der
292 Solidarität und Gebot der Menschlichkeit. Aber schon jetzt sind viele Kommunen
293 überfordert, es fehlen Wohnungen und Personal. Es braucht auch daher dringend eine
294 soziale Offensive für die Infrastruktur in den Kommunen. Die Flutkatastrophe in
295 Nordrhein Westfalen und Rheinland Pfalz hat erneut gezeigt, wie brutal die Folgen des
296 Klimawandels uns schon jetzt treffen. In Zukunft wird es solche
297 Extremwetterereignisse wie Fluten, Stürme und Brände häufiger geben. Wir wollen
298 dauerhaft einen Fonds einrichten, der Betroffene absichert und ohne bürokratische
299 Hürden finanzielle Hilfen zur Verfügung stellt. Finanziert werden soll der Fonds über
300 eine jährliche Klimaabgabe für Multimillionär*innen.~~

- Die Schuldenbremse ist in Wirklichkeit eine Innovations- und Investitionsblockade. Sie blockiert auch die Möglichkeit für Krisenzeiten Vorsorge zu treffen – auf Kosten der Gesellschaft und der Beschäftigten in der Infrastruktur. Sie muss ersatzlos beseitigt werden.

Begründung

Antragsheft 1, Seite 95-99, Zeile 130 - 300, kürzen und ändern

Klare Kampfziele für Opposition und außerparlamentarische Bewegung statt Träume für eine Regierung, die wir nicht sind.

Antrag L01.269.1: Änderungsantrag zu L01-07

Änderungsantrag zu L01-07

Antragsteller*in:

KV Unna

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 269 - 270

264 Die Ampel-Koalition hat Respekt und Anerkennung für die Arbeit der Beschäftigten
265 versprochen. In der nächsten Zeit ist aber zu befürchten, dass die Beschäftigten mit

- 266 Verweis auf Krise, Krieg und Transformation zu Verzicht aufgefördert werden, während
 267 bei den großen Konzernen die Dividenden durch die Decke gehen. Als LINKE kämpfen wir
 268 für gute Arbeit für alle und dafür, dass niemand in Deutschland von Armut bedroht
 269 ~~ist~~. Daher, gegen ALLE Formen von Kürzungen und Stellenabbau. Nein zu jeder Form von
 Privatisierung. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit - in Ost und West, für Frauen und Männer.
 Für ~~ein Mindesteinkommen von 1.200 Euro und~~ einen Mindestlohn ohne Ausnahmen von 15 Euro
 pro Stunde. Weg mit der Agenda 2010 und Hartz I bis IV und stattdessen soziale
 Mindestsicherung und Mindestrente von 900 Euro plus Warmmiete für jede:n Erwachsenen und
 700 Euro pro Kind - ohne Bedürftigkeitsprüfung und Schikanen. Im Angesicht der Krise und der
 Vorschläge einiger gutbezahlter deutscher Top-Ökonomen, zur Arbeitszeitverlängerung und einem
 Renteneintrittsalter ab 70 Jahren, fordern wir eine radikale Arbeitszeitverkürzung zur Schaffung
 sinnvoller Arbeitsplätze für alle: 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Nein
 zur Rente, ~~die den Lebensstandard~~
 270 ~~im Alter sichert~~. ab 67 oder gar 70 - Renteneinstiegsalter auf 60 Jahre senken!

Begründung

Es wird keine eindeutige Position zu Altersversicherung und Sozialversicherung eingenommen. Das Hartz System wird ungenügend kritisiert und ein ausreichender Vorschlag einer dringend notwendigen Alternative, welche die Menschen wirklich im Alter und Arbeitslosigkeit absichert, bleibt aus. Auch dem Renteneintrittsalter wird nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet. Der extremen ökonomischen Ungleichheit wird kein ausreichendes und gerechtes Steuersystem entgegengesetzt.

Die verfehlte Aufgabe des Staates, angesichts zunehmender Krisen und Kriege, unter anderem die Aufnahmekapazitäten des Staates für Flüchtlinge zu erhöhen, ohne diese auf individuelle Hilfe abzuwälzen, wird nicht genügend kritisiert und es werden keine eindeutigen politischen Schlussfolgerungen gezogen.

Antrag L01.269.2: Änderungsantrag zu L01-07

Änderungsantrag zu L01-07

Antragsteller*in:	KV Hersfeld-Rotenburg
--------------------------	-----------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 269 - 270

- 264 Die Ampel-Koalition hat Respekt und Anerkennung für die Arbeit der Beschäftigten
 265 versprochen. In der nächsten Zeit ist aber zu befürchten, dass die Beschäftigten mit
 266 Verweis auf Krise, Krieg und Transformation zu Verzicht aufgefördert werden, während
 267 bei den großen Konzernen die Dividenden durch die Decke gehen. Als LINKE kämpfen wir
 268 für gute Arbeit für alle und dafür, dass niemand in Deutschland von Armut bedroht
 269 ~~ist~~. Fürist. Wir kämpfen für ein bedingungsloses Mindesteinkommen von 1.200 Euro € netto pro
Monat und eine Rente, die ~~den Lebensstandard~~
 270 ~~im Alter~~ die Teilhabe an einem guten Leben sichert.

Begründung

Ohne erläuternde Ergänzung macht die Angabe eines Mindesteinkommens keinen Sinn – soll es brutto sein oder netto, nur für Erwerbsarbeitende oder auch für Sozialleistungsberechtigte gelten? Der Lebensstandard von Rentner*innen kann sehr unterschiedlich ausfallen, und ist in starkem Maße von den früheren Einkommen geprägt – das für jede*n in jeder Hinsicht zu sichern wäre gewagt.

Antrag L01.270.1: Änderungsantrag zu L01-07

Änderungsantrag zu L01-07

Antragsteller*in:

KV Freiburg

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 270

264 Die Ampel-Koalition hat Respekt und Anerkennung für die Arbeit der Beschäftigten
265 versprochen. In der nächsten Zeit ist aber zu befürchten, dass die Beschäftigten mit
266 Verweis auf Krise, Krieg und Transformation zu Verzicht aufgefordert werden, während
267 bei den großen Konzernen die Dividenden durch die Decke gehen. Als LINKE kämpfen wir
268 für gute Arbeit für alle und dafür, dass niemand in Deutschland von Armut bedroht
269 ist. Für ein Mindesteinkommen von 1.200 Euro und eine Rente, die den Lebensstandard
270 im Alter sichert.

In diesem Sinne fordern wir auch die umgehende Aufnahme der UN-Kinderrechte ins Grundgesetz. Klimagerechtigkeit ist Generationengerechtigkeit, denn die Auswirkungen der Klimakatastrophe werden überproportional diejenigen Menschen treffen, die heute noch Kinder und Jugendliche sind, besonders wenn sie aus sozial benachteiligten Familien kommen. Bereits heute bestehen anhaltende, unübersehbare Benachteiligungen und Diskriminierungen armer Kinder und ihrer Familien in unserem Land. Die Verankerung der Kinderrechte nach der UN-Charta kann hier, durch den damit möglichen Einsatz von Rechtsmitteln, zusammen mit weiteren sozialpolitischen Maßnahmen, einer präventiven sozialen Förder- und Unterstützungskette - mit Frühen Hilfen/Familienhebammen - interkulturellen Gemeinschafts-KITAS, Gemeinschaftsschulen nach finnischem Vorbild, mit Stadtteil-Gesundheitszentren, frühzeitigen berufsbildenden Projekten und bezahlbarem kindgerechtem Wohnraum für arme Familien, für Abhilfe und Gerechtigkeit sorgen.

Begründung

Kinder- und Jugendliche aus armen, ausgegrenzten Familien sind oft erheblichen sozialen Risiken ausgesetzt, die bereits während der Schwangerschaft und nach der Geburt eines Kindes bei Gesprächen von Familien-Hebammen mit allen Müttern (Projekt "Keks" = Kommunikation erleichtern - Kooperation stärken) erkannt werden können und sollten. Jedes fünfte Kind in unserem Land wächst in Armut auf, zeigt häufiger soziogene Entwicklungsverzögerungen oder Entwicklungsstörungen, ist häufiger krank und oft unzureichend versorgt, gefördert und gebildet. Zu diesen bereits bestehenden Lebensrisiken sozialer Benachteiligung kommen in Zukunft gesteigerte Lebensrisiken aufgrund der globalen Klimakatastrophe hinzu. Auch diese werden sich unter den Vorzeichen unseres politischen und ökonomischen Systems überproportional auf sozial benachteiligte Schichten auswirken. Die rechtliche Verankerung der Kinderrechte mit Verfassungsrang schafft die Möglichkeiten konkreten juristischen Vorgehens gegen Formen dieser Benachteiligung. Das Bundesverfassungsgericht selbst, hat mit seiner Entscheidung zur Verfassungsbeschwerde gegen das Klimaschutzgesetz vom 29.04.2021 festgestellt, dass die gegenwärtige unzureichende Klimaschutzpolitik der Bundesregierung gegen die Grundrechte der kommenden Generationen verstößt. (Verfassungsbeschwerde gegen das Klimaschutzgesetz vom 29.04.2021). Durch die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz wird deutlich, dass nicht nur Treibhausgas, sondern auch anhaltende soziale Benachteiligungen und Ungerechtigkeit die Grundrechte der jungen und künftigen Generationen beeinträchtigen.

Antrag L01.271.1: Änderungsantrag zu L01-07

Antragsteller*in:

Ökologische Plattform, BAG Wirtschaftspolitik

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 271

271 ~~Klimaschutz braucht~~ Klima- und Umweltschutz wie globale Gerechtigkeit brauchen Umverteilung:
In Deutschland verursacht das reichste 1 Prozent
272 knapp ein Viertel der CO2-Emissionen. Wir können uns den Lebensstil der Reichen schon
273 lange nicht mehr leisten. Ohne eine gerechtere Verteilung von Reichtum und Arbeit
274 wird die angekündigte Transformation die Gesellschaft weiter spalten. Umgekehrt gilt:
275 Gleichere Gesellschaften sind auch glücklichere, in ungerechten Gesellschaften leidet
276 die Lebensqualität.

Begründung

- a) Für ökologische Nachhaltigkeit ist Klimaschutz nicht ausreichend.
- b) DIE LINKE ist eine internationalistische Partei.

Antrag L01.271.2: Änderungsantrag zu L01-07

Änderungsantrag zu L01-07

Antragsteller*in:

KV Darmstadt, BAG Klimagerechtigkeit

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 271 - 272

271 Klimaschutz braucht Umverteilung: ~~In Deutschland verursacht das reichste 1 Prozent-~~
272 ~~knapp ein Viertel~~ Je höher die Einkommen sind, desto höher sind in der Regel die
Umweltbelastung und der CO2-~~Emissionen~~ Ausstoß pro Haushalt. Wir können uns den Lebensstil
der Reichen schon
273 lange nicht mehr leisten. Ohne eine gerechtere Verteilung von Reichtum und Arbeit
274 wird die angekündigte Transformation die Gesellschaft weiter spalten. Umgekehrt gilt:
275 Gleichere Gesellschaften sind auch glücklichere, in ungerechten Gesellschaften leidet
276 die Lebensqualität.

Begründung

Der ursprüngliche Abschnitt impliziert, dass der Luxuskonsum der Reichen und Superreichen ein Hauptverursacher deutscher Klimaemissionen sei. Im restlichen Leitantrag machen wir jedoch richtigerweise Vorschläge, die tief in das Leben auch der unteren Einkommensbezieher*innen eingreifen (Gebäudesanierung, Mobilitätswende, ...) und die viel weitgehender sind, als dass sie nur Verteilungsfragen berühren. Darüber hinaus sind Zahlen falsch: Laut Oxfam verursachen die reichsten 10 (!) Prozent 26 Prozent der deutschen CO2-Emissionen. Allerdings postulieren die auch die Autoren der Oxfam-Studie nur eine bestimmte statistische Korrelation der CO2-Emissionen mit dem Einkommen, ohne diese anhand einer realen Datengrundlage – wie etwa Haushaltsbefragungen – zu belegen.

Antrag L01.274.1: Änderungsantrag zu L01-07

Änderungsantrag zu L01-07

Antragsteller*in: KV Unna

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 274 - 276

271 Klimaschutz braucht Umverteilung: In Deutschland verursacht das reichste 1 Prozent
272 knapp ein Viertel der CO2-Emissionen. Wir können uns den Lebensstil der Reichen schon
273 lange nicht mehr leisten. Ohne eine gerechtere Verteilung von Reichtum und Arbeit
274 wird die angekündigte Transformation die Gesellschaft weiter spalten. ~~Umgekehrt gilt:~~
275 ~~Gleichere Gesellschaften sind auch glücklichere, in~~ ungleichen Gesellschaften leidet
276 die Lebensqualität, gerechtere sind dagegen glücklichere Gesellschaften.

Begründung

siehe [L01.269.1](#)

Antrag L01.280.1: Änderungsantrag zu L01-07

Änderungsantrag zu L01-07

Antragsteller*in: KV Unna

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 280 - 281

277 Ohne Steuergerechtigkeit gibt es auch keine ausreichenden Mittel für öffentliche
278 Investitionen in Bildung, Wohnungsbau und Klimaschutz. Die Coronakrise ist noch nicht
279 bewältigt, die Folgen von Krieg und Vertreibung kommen auf uns zu. Hohe Einkommen und
280 Vermögen müssen gerecht besteuert werden, niedrige und mittlere Einkommen entlastet,
werden. Daher brauchen wir
281 eine ~~Vermögenssteuer eingeführt werden~~ Vermögenssteuer von 10% ab einer Million Euro
Vermögen und ein stark progressives Steuersystem mit drastisch höheren Steuern auf
Unternehmensprofite, Erbschaften und Transaktionen.

Begründung

siehe [L01.269.1](#)

Antrag L01.281.1: Änderungsantrag zu L01-07

Änderungsantrag zu L01-07

Antragsteller*in: LV Hessen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 281

277 Ohne Steuergerechtigkeit gibt es auch keine ausreichenden Mittel für öffentliche
278 Investitionen in Bildung, Wohnungsbau und Klimaschutz. Die Coronakrise ist noch nicht
279 bewältigt, die Folgen von Krieg und Vertreibung kommen auf uns zu. Hohe Einkommen und
280 Vermögen müssen gerecht besteuert werden, niedrige und mittlere Einkommen entlastet,
281 eine Vermögensteuer eingeführt ~~werden~~ und die Erbschaftssteuer reformiert werden, um nur
einige Staatseinnahmemöglichkeiten zu nennen.

Begründung

Gerade in der Erbschaftssteuer liegt ein großes Potential und daher sollte sie hier genannt werden.
Darüber hinaus gibt es natürlich noch andere Möglichkeiten, wie Finanztransaktionssteuer,
Spekulationssteuern, ...

Antrag L01.284.1: Änderungsantrag zu L01-07

Änderungsantrag zu L01-07

Antragsteller*in:	KV Unna
-------------------	---------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 284 - 300

282 Die Ankündigung der Bundesregierung 2023 die Schuldenbremse wieder in Kraft zu setzen
283 ist realitätsfremd. Wir fordern ihre weitere Aussetzung und einen Lastenausgleich,
284 eine einmalige Vermögensabgabe von 30 Prozent auf das Geldvermögen der Millionär:innen und
Milliardär:innen, zur Bewältigung der Krisenkosten. In den oft
285 überschuldeten Kommunen gibt es einen gewaltigen Investitionstau, die Folge
286 jahrelanger Sparpolitik im Zeichen der Schuldenbremse und der Schwarzen Null. Die
287 Schuldenbremse ist in Wirklichkeit eine Innovations- und Investitionsblockade. Sie
288 blockiert auch die Möglichkeit für Krisenzeiten Vorsorge zu treffen - auf Kosten der
289 Gesellschaft und der Beschäftigten in der Infrastruktur. In der Coronakrise hat sich
290 der Personalmangel in Schulen, Kitas, Pflege und Verwaltungen besonders schmerzlich
291 bemerkbar gemacht. Die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine ist ein Akt der
292 Solidarität und Gebot der Menschlichkeit.
293 Aber schon jetzt sind viele Kommunen überfordert, es fehlen Wohnungen und Personal.
294 Es braucht ~~auch~~ daher ~~dringend eine soziale Offensive für die Infrastruktur in den
Kommunen~~ ein öffentliches Investitionsprogramm in den Bereichen Soziales, Bildung, Gesundheit
und Umwelt, finanziert durch die Profite der Banken und Konzerne, sowie ein öffentliches
Gesundheits- und Bildungswesen ohne Zuzahlungen und Gebühren. Die Flutkatastrophe in
Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hat erneut
296 gezeigt, wie brutal die Folgen des Klimawandels uns schon jetzt treffen. In Zukunft
297 wird es solche Extremwetterereignisse wie Fluten, Stürme und Brände häufiger geben.
298 Wir wollen dauerhaft einen Fonds einrichten, der Betroffene absichert und ohne
299 bürokratische Hürden finanzielle Hilfen zur Verfügung stellt. Finanziert werden soll
300 der Fonds über eine jährliche Klimaabgabe für ~~Multimillionär*innen~~ Multimillionär:innen.

Begründung

Es wird keine eindeutige Position zu Altersversicherung und Sozialversicherung eingenommen. Das
Hartz System wird ungenügend kritisiert und ein ausreichender Vorschlag einer dringend notwendigen
Alternative, welche die Menschen wirklich im Alter und Arbeitslosigkeit absichert, bleibt aus. Auch
dem Renteneintrittsalter wird nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet. Der extremen ökonomischen

Ungleichheit wird kein ausreichendes und gerechtes Steuersystem entgegengesetzt.

Die verfehlte Aufgabe des Staates, angesichts zunehmender Krisen und Kriege, unter anderem, die Aufnahmekapazitäten des Staates für Flüchtlinge zu erhöhen, ohne diese auf individuelle Hilfe abzuwälzen, wird nicht genügend kritisiert und es werden keine eindeutigen politischen Schlussfolgerungen gezogen.

(siehe auch [L01.269.1](#))

Antrag L01.292.1: Änderungsantrag zu L01-07

Änderungsantrag zu L01-07

Antragsteller*in: KV Marburg-Biedenkopf

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 292

282 Die Ankündigung der Bundesregierung 2023 die Schuldenbremse wieder in Kraft zu setzen
283 ist realitätsfremd. Wir fordern ihre weitere Aussetzung und einen Lastenausgleich,
284 eine einmalige Vermögensabgabe zur Bewältigung der Krisenkosten. In den oft
285 überschuldeten Kommunen gibt es einen gewaltigen Investitionstau, die Folge
286 jahrelanger Sparpolitik im Zeichen der Schuldenbremse und der Schwarzen Null. Die
287 Schuldenbremse ist in Wirklichkeit eine Innovations- und Investitionsblockade. Sie
288 blockiert auch die Möglichkeit für Krisenzeiten Vorsorge zu treffen - auf Kosten der
289 Gesellschaft und der Beschäftigten in der Infrastruktur. In der Coronakrise hat sich
290 der Personalmangel in Schulen, Kitas, Pflege und Verwaltungen besonders schmerzlich
291 bemerkbar gemacht. Die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine ist ein Akt der

292 Solidarität und Gebot der Menschlichkeit. Allerdings wird diese Hilfsbereitschaft nicht allen
Geflüchteten entgegengebracht, man denke beispielsweise an die noch immer nicht evakuierten
Flüchtlingslager auf den griechischen Inseln, die Situation an der polnisch-belarussischen Grenze
und all die, die aufgrund der menschenverachtenden Flüchtlingspolitik der EU Europa gar nicht
erst erreichen. Wir setzen uns für eine Welt ein, in der alle, die Hilfe benötigen, diese solidarisch
und gleichberechtigt bekommen sollen. Aber schon jetzt sind viele Kommunen
293 überfordert, es fehlen Wohnungen und Personal. Es braucht auch daher dringend eine
294 soziale Offensive für die Infrastruktur in den Kommunen. Die Flutkatastrophe in
295 Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hat erneut gezeigt, wie brutal die Folgen des
296 Klimawandels uns schon jetzt treffen. In Zukunft wird es solche
297 Extremwetterereignisse wie Fluten, Stürme und Brände häufiger geben. Wir wollen
298 dauerhaft einen Fonds einrichten, der Betroffene absichert und ohne bürokratische
299 Hürden finanzielle Hilfen zur Verfügung stellt. Finanziert werden soll der Fonds über
300 eine jährliche Klimaabgabe für Multimillionär*innen.

Begründung

DIE LINKE muss sich ganz klar von einer Zwei-Klassen-Geflüchteten-Politik distanzieren. Wir sind unteilbar solidarisch mit allen Menschen.

Antrag L01.297.1: Änderungsantrag zu L01-07

Änderungsantrag zu L01-07

Antragsteller*in: KV Marburg-Biedenkopf

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 297 - 300

282 Die Ankündigung der Bundesregierung 2023 die Schuldenbremse wieder in Kraft zu setzen
283 ist realitätsfremd. Wir fordern ihre weitere Aussetzung und einen Lastenausgleich,
284 eine einmalige Vermögensabgabe zur Bewältigung der Krisenkosten. In den oft
285 überschuldeten Kommunen gibt es einen gewaltigen Investitionstau, die Folge
286 jahrelanger Sparpolitik im Zeichen der Schuldenbremse und der Schwarzen Null. Die
287 Schuldenbremse ist in Wirklichkeit eine Innovations- und Investitionsblockade. Sie
288 blockiert auch die Möglichkeit für Krisenzeiten Vorsorge zu treffen - auf Kosten der
289 Gesellschaft und der Beschäftigten in der Infrastruktur. In der Coronakrise hat sich
290 der Personalmangel in Schulen, Kitas, Pflege und Verwaltungen besonders schmerzlich
291 bemerkbar gemacht. Die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine ist ein Akt der
292 Solidarität und Gebot der Menschlichkeit. Aber schon jetzt sind viele Kommunen
293 überfordert, es fehlen Wohnungen und Personal. Es braucht auch daher dringend eine
294 soziale Offensive für die Infrastruktur in den Kommunen. Die Flutkatastrophe in
295 Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hat erneut gezeigt, wie brutal die Folgen des
296 Klimawandels uns schon jetzt treffen. In Zukunft wird es solche
297 Extremwetterereignisse wie Fluten, Stürme und Brände häufiger geben. ~~Wir wollen~~
298 ~~dauerhaft einen Fonds einrichten, der Betroffene absichert und ohne bürokratische~~
299 ~~Hürden finanzielle Hilfen zur Verfügung stellt. Finanziert werden soll der Fonds über Über~~
300 eine jährliche Klimaabgabe für Multimillionär*innen **soll der Staatshaushalt zweckgebunden in**
ökologischem Wirtschaften als Präventivmaßnahme und zivilem Katastrophenschutz investieren.
Von Extremwetterereignissen betroffene Menschen müssen eine sozialstaatliche Absicherung
erhalten.

Begründung

Fonds als Finanzmarkt-Guthaben sind die falsche Finanzierungsgrundlagen. „Extremwetterereignisse“ am Finanzmarkt gefährden staatliche Gelder in spekulationsgetriebene Finanzierungsmodelle. Wir möchten als Alternative das steuerfinanzierte Modell aus dem laufenden (zu erhöhenden) Haushalt vorschlagen, der jährlich auch durch ökologisches Wirtschaften benutzt wird (statt im Aktienmarkt) und gleichzeitig eine präventive Wirkung entfaltet.

Antrag L01.297.1: Änderungsantrag zu L01-07

Änderungsantrag zu L01-07

Antragsteller*in:

KV Rhein-Erft, Matthias W. Birkwald (Nordrhein-Westfalen),
Stefan Söhngen (KV Rhein-Erft), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 297 - 298

282 Die Ankündigung der Bundesregierung 2023 die Schuldenbremse wieder in Kraft zu setzen
283 ist realitätsfremd. Wir fordern ihre weitere Aussetzung und einen Lastenausgleich,
284 eine einmalige Vermögensabgabe zur Bewältigung der Krisenkosten. In den oft
285 überschuldeten Kommunen gibt es einen gewaltigen Investitionstau, die Folge
286 jahrelanger Sparpolitik im Zeichen der Schuldenbremse und der Schwarzen Null. Die
287 Schuldenbremse ist in Wirklichkeit eine Innovations- und Investitionsblockade. Sie
288 blockiert auch die Möglichkeit für Krisenzeiten Vorsorge zu treffen - auf Kosten der
289 Gesellschaft und der Beschäftigten in der Infrastruktur. In der Coronakrise hat sich

290 der Personalmangel in Schulen, Kitas, Pflege und Verwaltungen besonders schmerzlich
291 bemerkbar gemacht. Die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine ist ein Akt der
292 Solidarität und Gebot der Menschlichkeit. Aber schon jetzt sind viele Kommunen
293 überfordert, es fehlen Wohnungen und Personal. Es braucht auch daher dringend eine
294 soziale Offensive für die Infrastruktur in den Kommunen. Die Flutkatastrophe in
295 Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hat erneut gezeigt, wie brutal die Folgen des
296 Klimawandels uns schon jetzt treffen. In Zukunft wird es solche
297 Extremwetterereignisse wie Fluten, Stürme, Dürren, Hitzewellen und Brände häufiger geben. Wir
wollen
298 die jährlichen Investitionen in den Katastrophenschutz verdoppeln und ein Investitionsprogramm
zur Klimafolgenanpassung auferlegen. Wir wollen dauerhaft einen Fonds einrichten, der
Betroffene absichert und ohne bürokratische
299 Hürden finanzielle Hilfen zur Verfügung stellt. Finanziert werden soll der Fonds über
300 eine jährliche Klimaabgabe für Multimillionär*innen.

Begründung

Auch Dürren und Hitzewellen zählen zu Extremwetterereignissen, die sich in Zukunft häufen werden. Während Dürren extreme Auswirkungen auf die Landwirtschaft haben können und Brände begünstigen, gibt es schon jetzt eine krasse Übersterblichkeit bei Hitzewellen.

Der Katastrophenschutz leidet seit Jahren unter Geldmangel. Sowohl das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe als auch das THW und die privaten Hilfsorganisationen wie das DRK, die Johanniter oder Andere. Auch das Sirenenetz muss dringend modernisiert und ausgebaut werden. Zudem braucht es jetzt Investitionen in Klimaresilienz: Talsperren müssen saniert werden, Privathäuser in Gefährdungsgebieten umgebaut werden und Flüsse sollten renaturiert werden. Gleiches gilt für den Hitzeschutz: Es braucht mehr Grünflächen und Kaltluftschneisen vor allem in Städten. Für all das braucht es Geld aus einem Investitionsprogramm.

Antrag L01.300.1: Änderungsantrag zu L01-07

Änderungsantrag zu L01-07

Antragsteller*in:

BAG Betrieb & Gewerkschaft

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 300

282 Die Ankündigung der Bundesregierung 2023 die Schuldenbremse wieder in Kraft zu setzen
283 ist realitätsfremd. Wir fordern ihre weitere Aussetzung und einen Lastenausgleich,
284 eine einmalige Vermögensabgabe zur Bewältigung der Krisenkosten. In den oft
285 überschuldeten Kommunen gibt es einen gewaltigen Investitionstau, die Folge
286 jahrelanger Sparpolitik im Zeichen der Schuldenbremse und der Schwarzen Null. Die
287 Schuldenbremse ist in Wirklichkeit eine Innovations- und Investitionsblockade. Sie
288 blockiert auch die Möglichkeit für Krisenzeiten Vorsorge zu treffen - auf Kosten der
289 Gesellschaft und der Beschäftigten in der Infrastruktur. In der Coronakrise hat sich
290 der Personalmangel in Schulen, Kitas, Pflege und Verwaltungen besonders schmerzlich
291 bemerkbar gemacht. Die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine ist ein Akt der
292 Solidarität und Gebot der Menschlichkeit. Aber schon jetzt sind viele Kommunen
293 überfordert, es fehlen Wohnungen und Personal. Es braucht auch daher dringend eine
294 soziale Offensive für die Infrastruktur in den Kommunen. Die Flutkatastrophe in
295 Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hat erneut gezeigt, wie brutal die Folgen des
296 Klimawandels uns schon jetzt treffen. In Zukunft wird es solche

297 Extremwetterereignisse wie Fluten, Stürme und Brände häufiger geben. Wir wollen
298 dauerhaft einen Fonds einrichten, der Betroffene absichert und ohne bürokratische
299 Hürden finanzielle Hilfen zur Verfügung stellt. Finanziert werden soll der Fonds über
300 eine jährliche Klimaabgabe für Multimillionär*innen.

Rolle der Beschäftigten

Den Beschäftigten kommt in diesem Prozess eine aktive Rolle zu. Beim ökologischen Umbau der Industrie geht es nicht nur um Umweltaspekte, sondern auch darum, wie die Zukunft der Arbeit aussieht und wer sie gestalten kann. Aber um die Arbeit von morgen überhaupt ökologisch, sozial und demokratisch gestalten zu können, braucht es neben mehr Betriebsräten auch deutlich mehr Mitbestimmung. Mit ihrem Konzept »Ahoi, Mitbestimmung« hat DIE LINKE im Bundestag jüngst einen Dreiklang von notwendigen Maßnahmen vorgelegt, um die betriebliche Mitbestimmung zukunftsfest zu machen und zur Demokratisierung der Arbeitswelt beizutragen.

So gehört beispielsweise die Förderung von Maßnahmen des betrieblichen Umweltschutzes längst zu den allgemeinen Aufgaben des Betriebsrates. Seine Beteiligung beschränkt sich allerdings auf Informations- und Unterrichtsrechte. Gleichzeitig wird die Bedeutung des Umwelt- und insbesondere des Klimaschutzes immer größer, und alle gesellschaftlichen Akteure sind an dem Projekt der sozial-ökologischen Transformation zu beteiligen. Statten wir also den Betriebsrat hier mit einem erzwingbaren Mitbestimmungs- und damit Initiativrecht aus, wäre dieser in der Lage, Änderungen in der Produktion und der Unternehmensausrichtung oder Investitionen, die direkt oder indirekt umwelt- oder klimaschädliche Folgen haben können, zu stoppen oder abzuändern. Gleichzeitig kann er selbst Vorschläge machen, die die Umwelt- und Klimabilanz des Betriebes verbessern. So wirkt der Betriebsrat als umwelt- und klimapolitisches Korrektiv gegenüber dem Arbeitgeber und kann dabei darauf achten, die Interessen der Beschäftigten wirksam zu schützen.

Demokratische Prozesse hören nicht bei Wahlen auf und sind auch nicht beschränkt auf die Politik. Damit die Transformation nicht zu Lasten der Beschäftigten geht, sind sie in die Entscheidungsprozesse einzubinden. Hierzu braucht es eine Demokratisierung der Wirtschaft und eine Ausweitung wirtschaftlicher Mitbestimmung auf mehreren Ebenen: Beschäftigte sollen in Transformationsräten über die Verteilung von staatlichen Investitionsgeldern mitentscheiden können. Paritätisch besetzte Aufsichtsräte sollen die Interessen des Unternehmens und die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gleichermaßen vertreten. Aber auch Betriebsräte sollen bei der Dekarbonisierung der Betriebe mitbestimmen. So wird sichergestellt, dass einerseits alle Ideen und alles Wissen der Beschäftigten - den Experten vor Ort - für den Umbau der Wirtschaft zur Verfügung stehen und andererseits die Interessen der Kolleginnen und Kollegen nach guter Arbeit nicht übergangen werden.

Da sich der sozial-ökologische Umbau der Industrie in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem nicht klassenneutral vollzieht, kommt der Mitbestimmung in wirtschaftlichen Fragen die zentrale Rolle zu. Neben den bereits genannten Investitionsentscheidungen soll der Betriebsrat das Recht haben, bei Fertigungstiefen, Aus- und Verlagerungen, Schließungen von Betrieben und Betriebsteilen, Rationalisierungsvorhaben, neuen Arbeitsmethoden und Steuerungsmechanismen die Initiative ergreifen zu können. So werden Beschäftigte bei der bevorstehenden Transformation mitgenommen, prekäre Arbeit eingedämmt, Klima- und Umweltschutz in den Betrieben realisiert und die Digitalisierung im Sinne der Beschäftigten und auch des Allgemeinwohls vorangetrieben. Bei den wichtigen Zukunftsentscheidungen gebührt den Beschäftigten ein Platz am Verhandlungstisch. Ein Schritt von vielen auf dem Weg in eine gute Arbeitswelt von morgen, aber ein entscheidender. Klimaschutz geht nicht ohne gute Arbeit - und gute Arbeit braucht echte Mitbestimmung.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag L01.300.2: Änderungsantrag zu L01-07

Änderungsantrag zu L01-07

Antragsteller*in:

KV Unna

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 300

282 Die Ankündigung der Bundesregierung 2023 die Schuldenbremse wieder in Kraft zu setzen
283 ist realitätsfremd. Wir fordern ihre weitere Aussetzung und einen Lastenausgleich,
284 eine einmalige Vermögensabgabe zur Bewältigung der Krisenkosten. In den oft
285 überschuldeten Kommunen gibt es einen gewaltigen Investitionstau, die Folge
286 jahrelanger Sparpolitik im Zeichen der Schuldenbremse und der Schwarzen Null. Die
287 Schuldenbremse ist in Wirklichkeit eine Innovations- und Investitionsblockade. Sie
288 blockiert auch die Möglichkeit für Krisenzeiten Vorsorge zu treffen - auf Kosten der
289 Gesellschaft und der Beschäftigten in der Infrastruktur. In der Coronakrise hat sich
290 der Personalmangel in Schulen, Kitas, Pflege und Verwaltungen besonders schmerzlich
291 bemerkbar gemacht. Die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine ist ein Akt der
292 Solidarität und Gebot der Menschlichkeit. Aber schon jetzt sind viele Kommunen
293 überfordert, es fehlen Wohnungen und Personal. Es braucht auch daher dringend eine
294 soziale Offensive für die Infrastruktur in den Kommunen. Die Flutkatastrophe in
295 Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hat erneut gezeigt, wie brutal die Folgen des
296 Klimawandels uns schon jetzt treffen. In Zukunft wird es solche
297 Extremwetterereignisse wie Fluten, Stürme und Brände häufiger geben. Wir wollen
298 dauerhaft einen Fonds einrichten, der Betroffene absichert und ohne bürokratische
299 Hürden finanzielle Hilfen zur Verfügung stellt. Finanziert werden soll der Fonds über
300 eine jährliche Klimaabgabe für Multimillionär*innen. Doch dabei darf es nicht stehen bleiben. Wir treten ein für gleiche Rechte für Alle und kämpfen gegen jeden Form von Diskriminierung auf Grund von Nationalität, Religion, Hautfarbe, Behinderung, Geschlecht oder sexueller Orientierung! Umgekehrt braucht es eine Rücknahme diverser "Anti-Terror"- und Polizeiaufgaben-Gesetze und ein klares NEIN zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren und im Ausland. Wir müssen eintreten für eine Wiederherstellung und deutliche Ausweitung des Asylrechts und Bleiberechts für ALLE, die vor Verfolgung, Krieg oder Hunger flüchten. Dazu gehören auch Kriegsverweiger:innen aus Russland und der Ukraine!

Begründung

In Bezug auf Rassismus, Diskriminierung und Asyl wird eine zu schlecht formulierte und ausgearbeitete Position bezogen.

Antrag L01.301.1: Änderungsantrag zu L01-08

Änderungsantrag zu L01-08

Antragsteller*in:

BAG Betrieb & Gewerkschaft

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 301

301 Neue Klassenpolitik braucht Bündnisse für eine neue Zeit.

Zeile 302 - 310

302 ~~Diese Zeit mit ihren existentiellen Krisen erfordert neue Bündnisse~~ Diskussionen und Aktivitäten
der Partei müssen an den betrieblichen Realitäten anknüpfen. Veränderung
303 ~~wächst von unten. Wir wollen mithelfen, Kämpfe zu~~ braucht ein gesellschaftliches Subjekt und das
können nur die Beschäftigten in den Betrieben sein, die sich in Gewerkschaften organisieren und
im Bündnis mit weiteren gesellschaftlichen Akteuren die Verbesserung ihrer Arbeits- und
Lebensbedingungen erkämpfen. Gewerkschaften sind dabei für uns nicht lediglich eine weitere
NGO, sondern der natürliche Organisationsrahmen der abhängig Beschäftigten und damit auch
304 ~~den Schüler*innen und Student*innen von Fridays4Future und Gewerkschaften, in~~
.in Friedensbündnissen, mit Seebrücke und Mieter*inneninitiativen kämpfen. ~~Zusammen mit~~
306 ~~den Umwelt- und Sozialverbänden wollen wir Druck machen~~ wir für eine sozial-ökologische
307 Transformation in einer friedlichen Welt. Antirassistische und feministische ~~Bewegungen, der~~
~~Kampf für gleiche-~~
308 ~~soziale~~ Kämpfe, die Kämpfe für gleiche Rechte für alle ~~gehören für uns zur~~ sind Teil der linken DNA.
Unsere Solidarität ist
309 unteilbar. ~~Unsere Antwort auf die neuen und alten Spaltungen ist eine verbindende-~~
310 ~~Klassenpolitik: eine verbindende Interessenpolitik aller bisher politisch Machtlosen~~ Kämpfe der
abhängig Beschäftigten in den Betrieben können und dürfen nicht gegen die Kämpfe für gleiche
Rechte und für eine friedliche und lebenswerte Welt ausgespielt werden. Vielmehr müssen die
verschiedenen Auseinandersetzungen und Kämpfe zusammengebracht und aus einem
verbindenden Blickwinkel, dem Blickwinkel unserer Klasse, ausgetragen und gewonnen werden.
Das verstehen wir unter verbindende Klassenpolitik.

Begründung

Verbindende Klassenpolitik ist nicht lediglich die Aneinanderreihung verschiedener Kämpfe und eine Gleichwertigkeit aller Organisationen und Bündnisse. Verbindende Klassenpolitik stellt die Interessen unserer Klasse in den Mittelpunkt und betrachtet alle gesellschaftlichen Auseinandersetzungen aus diesem Blickwinkel. In bestehende Kämpfe wird im Interesse der Klasse interveniert und es wird nicht unreflektiert jede einzelne Forderung einfach nur übernommen. Zudem sind die abhängig Beschäftigten auch bisher nicht machtlos. Sie haben in der Vergangenheit vieles durchgesetzt und setzen auch derzeit täglich ihre Forderungen zumindest teilweise in Tarifaueinandersetzungen durch.

Antragsteller:

BAG Betrieb & Gewerkschaft

Antrag L01.307.1: Änderungsantrag zu L01-08

Änderungsantrag zu L01-08

Antragsteller*in:	KV Unna
--------------------------	---------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 307 - 310

302 Diese Zeit mit ihren existentiellen Krisen erfordert neue Bündnisse. Veränderung
303 wächst von unten. Wir wollen mithelfen, Kämpfe zu verbinden. Wir wollen gemeinsam mit
304 den Schüler*innen und Student*innen von Fridays4Future und Gewerkschaften, in
305 Friedensbündnissen, mit Seebrücke und Mieter*inneninitiativen kämpfen. Zusammen mit
306 den Umwelt- und Sozialverbänden wollen wir Druck machen für eine sozial-ökologische

- 307 Transformation. Besonders Gewerkschaften müssen ein festes Arbeitsmilieu der Linken werden. Im Einvernehmen mit einfachen Gewerkschaftsmitgliedern müssen wir für eine Demokratisierung und Entbürokratisierung der Gewerkschaften kämpfen. Für eine richtige Streikdemokratie, für jederzeitige Wählbarkeit und Abwählbarkeit von Funktionsträger:innen mit durchschnittlichen Tariflohn und einen Zusammenschluss kämpferischer und kritischer Gewerkschaftsaktivist:innen auf allen Ebenen der Gewerkschaften, angefangen an der Basis! Antirassistische und feministische Bewegungen, der Kampf für gleiche soziale Rechte für alle gehören für uns zur linken DNA. ~~Unsere~~ Wir brauchen einen gemeinsamen Kampf von Lohnabhängigen aller Geschlechter gegen alle Formen geschlechtsspezifischer Benachteiligung. Deshalb auch gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und eine deutliche Lohnerhöhung in frauendominierten Berufszweigen. Der Kampf gegen diskriminierende Frauenbilder in der Werbung und Medien muss weitergeführt werden und die Abtreibungsparagrafen 218 und 219 abgeschafft werden. Frauen haben ein Recht auf Selbstbestimmung über ihren Körper und unsere Solidarität ist
- 309 in dieser Hinsicht unteilbar. Unsere Antwort auf die neuen und alten Spaltungen ist eine verbindende
- 310 Klassenpolitik: eine verbindende Interessenpolitik aller ~~bisher politisch Machtlosen~~ abhängig Beschäftigten.

Begründung

Es wird nicht genügend darauf hingewiesen, dass der Kampf für die Emanzipation der Frau und queere Menschen mit dem Kampf gegen Kapitalismus zusammenhängt. Der Kapitalismus reproduziert Vorurteile und Sexismus. Wir müssen für die Einheit der Lohnabhängigen streben und darauf hinweisen, dass Emanzipation nur durch den Sozialismus erkämpft werden kann. Wir dürfen diese Emanzipationsbewegungen nicht ignorieren und müssen sie in den Kampf gegen den Kapitalismus integrieren und zeigen, dass sie keine Gegensätze sind, sondern miteinander verbunden sind.

Antrag L01.307.2: Änderungsantrag zu L01-08

Änderungsantrag zu L01-08

Antragsteller*in:	linksjugend ['solid]
--------------------------	----------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 307 - 310

- 302 Diese Zeit mit ihren existentiellen Krisen erfordert neue Bündnisse. Veränderung
 303 wächst von unten. Wir wollen mithelfen, Kämpfe zu verbinden. Wir wollen gemeinsam mit
 304 den Schüler*innen und Student*innen von Fridays4Future und Gewerkschaften, in
 305 Friedensbündnissen, mit Seebrücke und Mieter*inneninitiativen kämpfen. Zusammen mit
 306 den Umwelt- und Sozialverbänden wollen wir Druck machen für eine sozial-ökologische
 307 Transformation. Antirassistische, antisemitismuskritische und feministische Bewegungen, der
 Kampf für gleiche soziale Rechte für alle gehören für uns zur linken ~~DNA~~ Grundausrüstung. Unsere Solidarität ist
 309 unteilbar. Unsere Antwort auf die neuen und alten Spaltungen ist eine verbindende
 310 , in den materiellen Verhältnissen begründete Klassenpolitik: eine verbindende Interessenpolitik
 aller bisher politisch Machtlosen. Für den Kampf gegen die Klimakrise wollen wir gemeinsam mit
 Verbündeten dabei neben dem parlamentarischen Weg vielfältige weitere Mittel nutzen, um
 Gegenmacht gegen das Kapital zu entfalten: Wir stehen für einen vielfältigen Widerstand, von
 Streiks und gewerkschaftlichem Basisaufbau zur Transformation klimaschädlicher Industrien bis
 zu Aktionen des zivilen Ungehorsams. Dabei wollen wir selber stärker als mobilisierender Akteur

auch zu solchen Aktionen auftreten.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag L01.310.1: Änderungsantrag zu L01-08

Änderungsantrag zu L01-08

Antragsteller*in: Antikapitalistische LINKE

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 310

302 Diese Zeit mit ihren existentiellen Krisen erfordert neue Bündnisse. Veränderung
303 wächst von unten. Wir wollen mithelfen, Kämpfe zu verbinden. Wir wollen gemeinsam mit
304 den Schüler*innen und Student*innen von Fridays4Future und Gewerkschaften, in
305 Friedensbündnissen, mit Seebrücke und Mieter*inneninitiativen kämpfen. Zusammen mit
306 den Umwelt- und Sozialverbänden wollen wir Druck machen für eine sozial-ökologische
307 Transformation. Antirassistische und feministische Bewegungen, der Kampf für gleiche
308 soziale Rechte für alle gehören für uns zur linken DNA. Unsere Solidarität ist
309 unteilbar. Unsere Antwort auf die neuen und alten Spaltungen ist eine verbindende
310 Klassenpolitik: eine verbindende Interessenpolitik aller bisher politisch Machtlosen. SPD und
Grüne vertreten eine grundlegend andere Politik, das hat ihre Reaktion auf den Krieg in der
Ukraine drastisch unterstrichen. Es gibt kein gemeinsames linkes Lager. Für eine Koalition mit
diesen Parteien oder auch nur eine Tolerierung einer SPD- und Grünen-geführten Regierung gibt
es keine Grundlage. Wir sind aber bereit, im Einzelfall alle fortschrittlichen Maßnahmen zu
unterstützen, zu denen Minderheitsregierungen von SPD und Grüne (insbesondere unter dem
Druck von sozialen Bewegungen) sich gezwungen sehen würden. Wenn diese Parteien
stattdessen mit FDP oder CDU regieren, liegt das daran, dass sie solche fortschrittlichen
Maßnahmen gar nicht ergreifen wollen und sich dabei hinter ihrem Koalitionspartner zu
verstecken versuchen. Wir lassen uns von diesen Parteien nicht zum Sündenbock dafür machen,
dass sie eine Politik im Interesse der Banken und Konzerne und gegen die Masse der Bevölkerung
und die Umwelt betreiben.

Antrag L01.311.1: Änderungsantrag zu L01-08

Änderungsantrag zu L01-08

Antragsteller*in: KV Unna

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 311 - 322

311 Wir sind die Gegner der Konzerne, die ~~kurzfristige~~ Profite über die Versorgung der
312 Menschen und unser Überleben stellen. Wir kämpfen nicht für eine Spielart der
313 Modernisierung des Bestehenden, sondern für eine Welt jenseits von Kapitalismus,
314 Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg. Sozialismus, dieses Versprechen auf
315 Gerechtigkeit, Demokratie und Solidarität, ist kein Traum aus der Vergangenheit,
316 sondern eine Antwort auf die gegenwärtigen Verhältnisse, auf das Ende des fossilen

317 Kapitalismus, globale Ungleichheit und die Rückkehr des Krieges. Wir haben eine
318 Vision, die über den Horizont des Kapitalismus hinausreicht: ~~Gerechte Verteilung von~~
319 ~~Reichtum, Arbeit und Zeit und~~ Für die Emanzipation und Überleben der Menschheit. Für eine
Wirtschaft, ~~die die natürlichen Grundlagen des-~~
320 ~~Lebens schützt, statt sie für den Reichtum weniger zu zerstören. Gemeinwohl vor-~~
321 ~~Profit. Ein Umbau der Gesellschaft, der das Leben~~ ohne vorherrschende Monopole, zersetzende
ökonomische und nationale Konkurrenz und zerstörerische Produktion für Profite, sondern mit
demokratischer und sozialistischer Kooperation und nachhaltiger Planung entsprechend der
Bedürfnisse von Mensch und Umwelt. Überführung der Banken und Konzerne in öffentliches
Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch Institutionen der arbeitenden
Bevölkerung. Abschaffung der Korruption durch durchschnittliche Tariflöhne und jederzeitige
Wahl- und Abwählbarkeit für alle ~~besser macht und den-~~
322 ~~Planeten bewohnbar hält.~~ Personen in Leitungs- und Verwaltungsfunktionen. Nein zu einer
unsozialen EU der Banken und Konzerne - für ein vereintes demokratisches und sozialistisches
Europa der arbeitenden Bevölkerung. Für eine sozialistische Demokratie weltweit!

Begründung

In Zeiten der Krise und der politischen Regression müssen wir für die lohnabhängige Bevölkerung und Benachteiligte, eine deutliche Gesellschaftsalternative, den Sozialismus, formulieren und aufzeigen, dass nur jener einen Ausweg aus Leid, Krise, Klimakatastrophe und Krieg weisen kann.

Antrag L01.317.1: Änderungsantrag zu L01-08

Änderungsantrag zu L01-08

Antragsteller*in:

Antikapitalistische LINKE

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 317

311 Wir sind die Gegner der Konzerne, die kurzfristige Profite über die Versorgung der
312 Menschen und unser Überleben stellen. Wir kämpfen nicht für eine Spielart der
313 Modernisierung des Bestehenden, sondern für eine Welt jenseits von Kapitalismus,
314 Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg. Sozialismus, dieses Versprechen auf
315 Gerechtigkeit, Demokratie und Solidarität, ist kein Traum aus der Vergangenheit,
316 sondern eine Antwort auf die gegenwärtigen Verhältnisse, auf das Ende des fossilen
317 Kapitalismus, globale Ungleichheit und die Rückkehr des Krieges. Sozialismus ist allumfassende
gesellschaftliche Demokratie und hat nichts mit bürokratischen Kommandowirtschaften zu tun.
Sozialismus basiert auf öffentlichem Eigentum an den Banken, Konzernen und der
Daseinsfürsorge - demokratisch kontrolliert und verwaltet durch die arbeitende Bevölkerung.
Marktkonkurrenz wird durch Kooperation und demokratische Planung ersetzt, um die Wirtschaft
an den Bedürfnissen von Mensch und Natur auszurichten. Wir haben eine
318 Vision, die über den Horizont des Kapitalismus hinausreicht: Gerechte Verteilung von
319 Reichtum, Arbeit und Zeit und eine Wirtschaft, die die natürlichen Grundlagen des
320 Lebens schützt, statt sie für den Reichtum weniger zu zerstören. Gemeinwohl vor
321 Profit. Ein Umbau der Gesellschaft, der das Leben für alle besser macht und den
322 Planeten bewohnbar hält.

Antrag L01.320.1: Änderungsantrag zu L01-08

Änderungsantrag zu L01-08

Antragsteller*in: linksjugend ['solid]

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 320 - 321

311 Wir sind die Gegner der Konzerne, die kurzfristige Profite über die Versorgung der
312 Menschen und unser Überleben stellen. Wir kämpfen nicht für eine Spielart der
313 Modernisierung des Bestehenden, sondern für eine Welt jenseits von Kapitalismus,
314 Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg. Sozialismus, dieses Versprechen auf
315 Gerechtigkeit, Demokratie und Solidarität, ist kein Traum aus der Vergangenheit,
316 sondern eine Antwort auf die gegenwärtigen Verhältnisse, auf das Ende des fossilen
317 Kapitalismus, globale Ungleichheit und die Rückkehr des Krieges. Wir haben eine
318 Vision, die über den Horizont des Kapitalismus hinausreicht: Gerechte Verteilung von
319 Reichtum, Arbeit und Zeit und eine Wirtschaft, die die natürlichen Grundlagen des
320 Lebens schützt, statt sie für den Reichtum weniger zu zerstören. ~~Gemeinwohl vor-~~
321 ~~Profit~~ Das gute Leben für alle. Ein Umbau der Gesellschaft, der das Leben für alle besser macht
und den
322 Planeten bewohnbar hält.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

Antrag L01.322.1: Änderungsantrag zu L01-08

Änderungsantrag zu L01-08

Antragsteller*in: Antikapitalistische LINKE, KV Kassel

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 322

311 Wir sind die Gegner der Konzerne, die kurzfristige Profite über die Versorgung der
312 Menschen und unser Überleben stellen. Wir kämpfen nicht für eine Spielart der
313 Modernisierung des Bestehenden, sondern für eine Welt jenseits von Kapitalismus,
314 Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg. Sozialismus, dieses Versprechen auf
315 Gerechtigkeit, Demokratie und Solidarität, ist kein Traum aus der Vergangenheit,
316 sondern eine Antwort auf die gegenwärtigen Verhältnisse, auf das Ende des fossilen
317 Kapitalismus, globale Ungleichheit und die Rückkehr des Krieges. Wir haben eine
318 Vision, die über den Horizont des Kapitalismus hinausreicht: Gerechte Verteilung von
319 Reichtum, Arbeit und Zeit und eine Wirtschaft, die die natürlichen Grundlagen des
320 Lebens schützt, statt sie für den Reichtum weniger zu zerstören. ~~Gemeinwohl vor~~
321 ~~Profit~~. Ein Umbau der Gesellschaft, der das Leben für alle besser macht und den
322 Planeten bewohnbar hält.

Wir sind wir

Wir haben in den Wahlkämpfen auch Fehler gemacht. Wir haben uns immer mehr als lebendes Koalitionsangebot schon in Wahlkampfzeiten für SPD und GRÜNE verkauft. Viele unserer Anhänger:innen, vor allem die, die SPD und GRÜNE vor noch absehbarer Zeit verlassen haben, um eine neue linke Partei zu unterstützen, haben sich verwundert die Augen gerieben. Die LINKE verkauft sich für nichts. Das wird nicht wieder vorkommen. Unser politisches Programm ist keine

taktische Manövriermasse. Die neue Regierung unter einem SPD-Kanzler hat mehr noch als die früheren SPD-Kanzler Schmidt und Schröder als ihre erste große Amtsaufgabe die Militarisierung und das umfangreichste Aufrüstungsprogramm beschlossen. Die Kriegsrhetorik und Russophobie, die seitdem durch das Land braust, sind unerträglich. Die LINKE wird sich dieser Regierungspolitik mit aller Macht entgegenstellen. Was Schröder seine "Agenda 2010" war, ist für Scholz die "Zeitenwende". Der massive Angriff auf Lebensgrundlagen und Interessen der Mehrheit der Bevölkerung ist in beiden Fällen nicht hinnehmbar. Die 100-Milliarden-Sonderausstattung der Bundeswehr darf nicht mittels Grundgesetzänderung beschlossen werden. Wir werden dagegen mobil machen. In den Landesregierungen, in denen die LINKE mitwirkt, werden wir für ein Nein im Bundesrat zu dieser Initiative werben. Wir werden an keiner Regierung mitarbeiten, die diese Aufrüstung per Grundgesetz nicht verhindern will.

Begründung

Die Positionierung zur Grundgesetzänderung ist dringend notwendig, will die LINKE nicht noch mehr übersehen werden.

Antrag L01.322.2: Änderungsantrag zu L01-08

Änderungsantrag zu L01-08

Antragsteller*in:

OV Bad Cannstatt - Mühlhausen - Münster

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 322

311 Wir sind die Gegner der Konzerne, die kurzfristige Profite über die Versorgung der
312 Menschen und unser Überleben stellen. Wir kämpfen nicht für eine Spielart der
313 Modernisierung des Bestehenden, sondern für eine Welt jenseits von Kapitalismus,
314 Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg. Sozialismus, dieses Versprechen auf
315 Gerechtigkeit, Demokratie und Solidarität, ist kein Traum aus der Vergangenheit,
316 sondern eine Antwort auf die gegenwärtigen Verhältnisse, auf das Ende des fossilen
317 Kapitalismus, globale Ungleichheit und die Rückkehr des Krieges. Wir haben eine
318 Vision, die über den Horizont des Kapitalismus hinausreicht: Gerechte Verteilung von
319 Reichtum, Arbeit und Zeit und eine Wirtschaft, die die natürlichen Grundlagen des
320 Lebens schützt, statt sie für den Reichtum weniger zu zerstören. Gemeinwohl vor
321 Profit. Ein Umbau der Gesellschaft, der das Leben für alle besser macht und den
322 Planeten bewohnbar hält. Sozialismus muss erkämpft werden durch eine Massenbewegung, durch Klassenkampf, durch Streiks bis hin zu politischen Streiks und die Übernahme der Kontrolle in der Gesellschaft über die Produktionsmittel. Die Initiierung, Unterstützung und Vorantreibung solcher Auseinandersetzungen mit und als Teil der ausgebeuteten Klasse ist die wichtigste Aufgabe der Partei DIE LINKE.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag L02.001.1: Ersetzungsantrag zum Leitantrag L02

Antragsteller*in:

LV Thüringen, SV Chemnitz, Benjamin-Immanuel Hoff
(Thüringen, TP), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Der Antrag L02 wird neu gefasst.

DIE LINKE Perspektive 2025: Vertrauen wiedergewinnen – gemeinsam stärker werden – unsere politische Kultur erneuern

Wir leben in einer Zeit multipler Krisen und Konflikte. Der Klimawandel setzt sich fort und die bisher getroffenen Maßnahmen reichen nicht aus, um selbst die politisch gesetzten Ziele für die Erhaltung biologischer Vielfalt und die Ersetzung der fossilen Energieträger durch nachhaltige Energieerzeugung zu erreichen. Die klimatischen Veränderungen einerseits und die Kriege sowie militärischen Konflikte weltweit andererseits verschärfen Hungerkrisen und erhöhen den Migrationsdruck, weil zunehmend mehr Menschen in ihrer Heimat nicht mehr sicher sind oder überleben können. Die ökologische Krise ist zugleich eine soziale Krise, denn die Regionen und Bevölkerungsgruppen, die am verwundbarsten sind, werden als erste und am stärksten getroffen.

Während das Gleichheitsversprechen und die Menschenrechte universell gelten, also für jeden Menschen an jedem Ort, schotten sich die reichen Länder durch repressive Grenzregime ab und sterben täglich Menschen an der Festung Europa, bei dem Bemühen, die universelle Gültigkeit von Freiheit und Gleichheit für sich in Anspruch nehmen zu können.

Die Ungleichverteilung der Vermögen spitzt sich zu. Während einige immer reicher werden und aus den Krisen, der Pandemie und den Kriegen Extragewinne erzielen, leben Milliarden Menschen in Armut.

Auch in der Corona-Pandemie wurde ein weiteres Mal deutlich, dass die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ungerecht ist. Die Wertschöpfung basiert neben der Lohnarbeit und der Ausbeutung natürlicher Ressourcen auf der unbezahlten Sorgearbeit, die überwiegend von Frauen geleistet wird.

Die bisherigen Formen der Krisenbearbeitung entsprechen weitgehend den Prinzipien der neoliberalen und imperialen Globalisierung. Der imperialistisch motivierte Angriffskrieg Putins auf die Ukraine lässt zwar die Grenzen der neoliberalen Globalisierung klar hervortreten, stellt freilich das Muster der bisherigen Krisenbearbeitung nicht infrage. Diese beförderten die Polarisierung sowohl zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden als auch innerhalb der Gesellschaften.

Die große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern, die sich mit ihren Anliegen weder vertreten sehen, noch die Erwartung, dass das politische System die Fähigkeit und die Bereitschaft zeigt, die Ursachen gesellschaftlicher Ungleichheiten und bestehender Ungerechtigkeiten tatsächlich an der Wurzel zu packen, mündet letztlich in die Krise gesellschaftlicher Integration und Repräsentation. In diese Hegemoniekrise des neoliberalen Kapitalismus interveniert die extreme Rechte in Deutschland und international mit dem Identitätsangebot des autoritären Populismus. Dessen Instrumente sind insbesondere Ausgrenzung sowie ein paranoider Diskurs der Delegitimierung demokratischer Institutionen, öffentlich-rechtlicher Medien sowie faktenbasierter Wissenschaftlichkeit.

Nicht weniger als die Überwindung dieser parallelen und miteinander verflochtenen Krisen ist unser Anspruch als Partei DIE LINKE. Eine Gesellschaft, die untrennbar

ökologische, friedenspolitische und ökonomische Nachhaltigkeit mit den sozialen und politischen Menschenrechten eint, ist unser Ziel. Dabei stehen wir keineswegs allein. Weltweit gab und gibt es große und kleine Bewegungen, politische Bündnisse bis hin zu linksliberalen oder sozialistischen Regierungen, die vom rebellischen Willen und der emanzipatorischen Überzeugung einer Alternative zu den Krisenerscheinungen getragen sind. Deshalb wollen wir - im Bündnis mit all denjenigen, die für internationale Solidarität und Gerechtigkeit, für Frieden und radikale Demokratie sowie für die sozial-ökologische Transformation eintreten - unseren Beitrag leisten, den Zukunftshorizont zu öffnen.

Uns verändern, um die Welt zu verändern

Gemeinsam mit vielen Menschen, wollen wir die Welt verändern. Dafür müssen wir zunächst uns selbst verändern. Nicht indem wir unsere Grundsätze aufgeben, sondern indem wir unsere derzeitigen Schwächen und Fehler ehrlich und klar benennen, um sie anschließend zu überwinden.

Unsere Partei hat sich in den vergangenen Jahren fundamental verändert. Mit dem Abklingen der tiefen Verwerfungen aus dem deutschen Vereinigungsprozess und dem Frontalangriff auf den bundesdeutschen Sozialstaat in Form der Agenda 2010 ließ das Mobilisierungspotenzial unserer aus PDS und WASG entstandenen Partei DIE LINKE nach. Die Rückkehr zu politischen Antworten, die in der Zeit des Widerstands gegen die Wendepolitik des Westens oder gegen die Agenda-2010-Politik der Nullerjahre richtig waren, ist kein erfolgversprechender Weg.

Gleichzeitig war bis Ende des vergangenen Jahres die Hälfte unserer Mitglieder erst in den vergangenen zehn Jahren der LINKEN beigetreten. Ein Drittel der Partei war Ende 2021 unter 30 Jahre alt. Mehr als 29.000 Genossinnen und Genossen sind in den vergangenen zehn Jahren durch Tod von uns gegangen oder haben unsere Partei durch Austritt verlassen. DIE LINKE unserer Zeit ist deshalb weder die alte PDS noch die frühere WASG.

Mit dieser Veränderung der Mitgliedschaft, die sich zwischen Ost und West ebenso wie zwischen Stadt und Land sehr unterschiedlich ausprägt, ging und geht ein Wandel des politischen Selbstverständnisses einher. Welche Themen besondere Bedeutung haben und wie Politik gemacht wird. Was früher selbstverständlich schien oder toleriert wurde, steht heute in der Kritik.

Angesichts der Polarisierungen im gesellschaftlichen Diskurs über Flucht und Migration, über die ökologische Transformation zur Bekämpfung des Klimawandels und die Maßnahmen sowie deren Wirkung zur Bekämpfung der Pandemie wundert es nicht, dass sich diese auch in unserer Partei DIE LINKE abbilden. Gesellschaftlich umkämpfte Themen und Konflikte werden auch innerhalb unserer Partei DIE LINKE ausgetragen.

Doch diese selbstverständlichen Widersprüche oder Gegensätze einer Partei im fundamentalen Wandel stellen unsere Partei DIE LINKE aktuell vor eine existenzielle Zerreißprobe. Zu konstatieren ist, dass uns derzeit viele Mitglieder verlassen - mit unterschiedlichsten und vielfach diametral entgegengesetzten Begründungen.

Die Vorfälle sexistischen Verhaltens (#LinkeMeToo) haben darüber hinaus strukturelle Defizite offengelegt, die zügig und konsequent überwunden werden müssen.

Wir haben weder Zeit, unsere Probleme auszusitzen, noch können wir uns ein Scheitern leisten. Ganz klassisch müssen wir konstatieren: Es rettet uns kein höheres Wesen - uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun.

Unsere Kompass neu auszurichten bedeutet:

- Klarheit über unsere Grundwerte herzustellen und in diesem Sinne programmatisch zu arbeiten,
- unsere politische Kultur zu verändern sowie die Form der Zusammenarbeit und der

öffentlichen Kommunikation zu verbessern.

Unser Anspruch besteht darin, durch die Bewältigung unserer innerparteilichen Gegensätze und Widersprüche Erfahrungen zu sammeln, die uns in die Lage versetzen, auch die gesellschaftlichen Gegensätze und Widersprüche zu überwinden.

Unsere Grundwerte

Vor mehr als zehn Jahren beschloss der Erfurter Parteitag unser Parteiprogramm, das seitdem „Erfurter Programm“ genannt wird. Mit jeweils mehr als 95 Prozent der abgegebenen Stimmen wurde das Programm sowohl vom Parteitag als auch in einem Mitgliederentscheid bestätigt.

Wir haben uns zusammengeschlossen, so formulieren wir in der Präambel, zu einer neuen politischen Kraft, die für Freiheit und Gleichheit steht, konsequent für Frieden kämpft, demokratisch und sozial ist, ökologisch und feministisch, offen und plural, streitbar und tolerant. Gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland, in Europa und weltweit, mit Gewerkschaften und Bewegungen suchen wir nach alternativen Lösungen und gesellschaftlichen Alternativen. Wir wollen eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus aufbauen, in der die wechselseitige Anerkennung der Freiheit und Gleichheit jeder und jedes Einzelnen zur Bedingung der solidarischen Entwicklung aller wird. Wir kämpfen für einen Richtungswechsel der Politik, der den Weg zu einer grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft öffnet, die den Kapitalismus überwindet.

Die Voraussetzungen für Freiheit, Gleichheit und demokratische Kooperation sind nicht ohne die Errungenschaften der »bürgerlichen Gesellschaft« zu denken. Moderne Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte tragen auch emanzipatorische Potenziale in sich. Unter kapitalistischen Verhältnissen wurden demokratischen Beteiligungsformen und individuelle Freiheitsrechte »von unten« erstritten und abgerungen, teilweise »von oben« hervorgebracht. Sie bilden ein stets umkämpftes Feld.

Erreicht werden die politischen Ziele der LINKEN im Schoße der alten Gesellschaft, hier agieren wir um einer besseren Zukunft willen. Da, wo die Emanzipation des Individuums voranschreitet, wollen wir dies ausbauen, vorwärtstreiben und so »aufheben«. Da, wo Verhältnisse herrschen, die diese befreienden Potenziale fesseln sowie Gewalttätigkeit, Ausschluss, Ungleichheit und Naturzerstörung produzieren, setzen wir alles daran, sie zu überwinden.

Wirkliche Veränderung entsteht aus Erfahrungslernen, baut auf dem bisher Erreichten auf, ist also tätige Praxis, nicht eine Frage des bloßen Willens. Für eine LINKE heißt das, sich nicht nur über Akte der Befreiung dieser Potenziale Gedanken machen zu dürfen, sondern auch darüber nachzudenken, wie diese Potenziale unter den falschen Bedingungen trotzdem »in richtige Richtung« weiter wachsen.

Unser Ziel heißt Veränderung. Der Politikwechsel den wir anstreben bedeutet, dem Selbstbestimmungsanspruch der Menschen durch Erweiterung ihrer Gestaltungs- und Teilhabemöglichkeiten gerecht zu werden. Durch gemeinsames Handeln die praktische Erfahrung von Selbstermächtigung zu machen, statt beherrscht und regiert zu werden. Die umfassende gesellschaftliche Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft steht im Zentrum sozialistischer Politik. Ausgehend davon werden Strukturveränderungen zu Zwischenzielen, die Ausweitung der Mitbestimmung ermöglichen; strukturverändernde Reformen in diesem Sinne verbessern nicht nur den Alltag hier und heute, sie stellen zugleich die Voraussetzung zu weiteren Veränderungen dar.

Ohne die Mobilisierung von Mehrheiten für dieses Ziel wird Fortschritt, wie wir ihn denken, nicht zu haben sein. Die notwendige sozial-ökologische Transformation, die Bewältigung des Klimawandels, der solidarische Umgang mit Flucht und Migration, die

Herstellung von Resilienz angesichts von Pandemien, Naturkatastrophen und Kriegen gelingen nur, wenn wir gesellschaftliche Mehrheiten gewinnen. Dies gelingt weder von oben, schulmeisternd oder gar repressiv. Aus unserer Geschichte haben wir gelernt: Kein Zweck heiligt die Mittel. Weder in unserem Land noch anderswo. Unsere Methode ist deshalb die Aufklärung. Als sozialistische Gerechtigkeitspartei treten wir in die gesellschaftliche Debatte im Großen wie im Kleinen. Zukünftige Heilsversprechen können andere anbieten. Unsere Vision einer gerechten Gesellschaft soll sich bereits im Hier und Jetzt beweisen. Indem wir konkrete Verbesserungen und praktische Problemlösungen anbieten.

Lange hat sich linke Politik mehr über die Abgrenzung und Distanz oder die Nähe zu sozialdemokratischen Politiken definiert als über eine eigene demokratisch-sozialistische Gesellschaftsvorstellung – unsere Partei eingeschlossen. Entstanden unter anderem aus der Kritik zum damals neoliberalen Kurs der SPD, der rot-grünen Politik des Kabinetts Schröder-Fischer, stand die Ablehnung der neoliberalen Agenda-Politik lange Zeit im Zentrum unserer Politik.

Das hat viele Menschen mobilisiert und es hat auf die politische Diskussion eingewirkt. Den Mindestlohn, auf den die SPD heute so stolz ist und den sie als ihren Erfolg reklamiert, hätte es ohne den politischen Druck der LINKEN einerseits aber eben auch ohne die konkrete Regierungspolitik der SPD im Bund andererseits, nicht gegeben.

Wir haben als LINKE lange Zeit den Eindruck erweckt, die SPD und die Grünen seien bundespolitisch der »Hauptfeind«, während wir als LINKE landespolitisch mit beiden Parteien koalieren. Derlei Widersprüche aufzulösen bedeutet, unseren konkreten politischen Gebrauchswert als sozialistische Gerechtigkeitspartei eigenständig zu bestimmen. Nicht in Abgrenzung zu Mitte-Links-Parteien und auch nicht in der Behauptung, alle anderen Parteien seien unterschiedslos neoliberal. Es kann keine Rede davon sein, dass Parteien mehr oder weniger gleich seien. Die Unterschiede der Parteien sind in vielen Feldern tiefgreifend. Darüber hinaus nützt die analytisch falsche Annahme sogenannter Kartellparteien nur den antidemokratischen und autoritären Kräften.

DIE LINKE regiert derzeit in den Ländern Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Thüringen. In Thüringen stellt unsere Partei den Ministerpräsidenten. In Hamburg, Hessen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen sowie im Deutschen Bundestag gestalten wir linke Politik aus der Opposition heraus. Für die Durchsetzung unserer Ziele spielen wir auf der gesamten Klaviatur demokratischer Politik, der außerparlamentarischen und parlamentarischen Opposition ebenso wie in der Regierung oder der Tolerierung von Minderheitsregierungen. Die Entscheidung darüber treffen wir auf Parteitage oder durch Mitgliederentscheide.

In unserer politischen Praxis sind wir erfolgreich und wir machen Fehler. Das eine ist nicht ohne das andere zu haben. Wir treffen Entscheidungen, die sich rückblickend als falsch herausstellen können. Damit offen umzugehen und die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen, verstehen wir als selbstverständlichen Lernprozess.

Deshalb wurden auch Fehler in der Arbeit unserer Landesregierungen selbstkritisch aufgearbeitet. Wir haben dadurch viel über die Begrenzungen und auch die Widersprüche sozialistischer Gerechtigkeitspolitik im Alltag gelernt. Begrenzungen und Widersprüche im Handeln sind freilich nicht auf die linke Regierungspolitik beschränkt – sie sind Begleiterscheinung und Treibstoff aller linken Gestaltungspolitik.

Damit wir Widersprüche und Begrenzungen in unserer Politik erkennen können, müssen wir uns politisch weiterentwickeln. Hierzu gehört ein fortlaufender programmatischer Prozess, der nicht unsere Grundsätze über Bord wirft, sondern die inhaltlichen,

strategischen und programmatischen Grundlagen unserer Politik überprüft und diskutiert. In einer Zeit der multiplen Krisen, in einer Phase, in der sich die Haarrisse innerhalb der neoliberalen Hegemonie zu manifesten Brüchen verstärkten und neue Bewegungen neue Fragen aufwerfen, wollen wir als DIE LINKE nicht stehen bleiben.

Marx formulierte in den Randglossen zum Gothaer Programm ironisch: „Lassalle wußte das Kommunistische Manifest auswendig wie seine Gläubigen die von ihm verfassten Heilsschriften“. Wir haben unserem Programm das Gedicht Bertolt Brechts „Fragen eines lesenden Arbeiters“ vorangestellt. Es endet mit den Zeilen: „So viele Berichte. So viele Fragen.“.

Wir wollen deshalb Fragen stellen und gemeinsam mit unseren Partnerinnen und Partnern in Bewegungen, der kritischen Wissenschaft und auch in befreundeten Parteien ebenso wie im ständigen Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern Antworten formulieren. Es ist kein Ausdruck von Schwäche, sondern ein Zeichen von Ehrlichkeit und Stärke, Fragen und Widersprüche zuzulassen um diese gemeinsam aufzulösen. Dies ist der Grundwerte- und programmatische Prozess, den wir einleiten werden.

Unsere politische Kultur, Zusammenarbeit und Kommunikation

Durch unsere Arbeit und unser Handeln bieten wir Orientierung und wollen Beispiel geben für eine gesellschaftliche Haltung, die antidemokratischen Kräften und autoritären Tendenzen klar entgegentritt. Die Solidarität und den Zusammenhalt, den wir gemeinsam mit Vielen für diese Gesellschaft erstreiten wollen, müssen wir in unserer Partei selbst leben.

Dafür müssen wir unsere politische Kultur erneuern. Wir können nicht mehr die Augen davor verschließen, dass wir uns vielfach selbst blockieren. Selbst dort, wo wir uns einig sind und kraftvoll gemeinsam für einander und unsere politische Forderungen eintreten, dominiert das Bild einer zerstrittenen und sich selbst blockierenden Partei, in der politische Funktionär:innen nicht miteinander um die beste Lösung ringen, sondern sich gegenseitig öffentlich bekämpfen.

Die demokratisch-sozialistische Strömung, die wir als Partei DIE LINKE darstellen, speist sich aus vielen Traditionsgewässern. Auf dem Sonderparteitag der SED/PDS brachen wir mit dem Stalinismus in der kommunistischen Bewegung. Eine Lehre daraus war die Überzeugung, dass Tendenzen, Plattformen und Fraktionen nie mehr unterdrückt werden dürfen, sondern die Vielfalt der Positionen die politische Kultur und Debatte unserer Partei bereichert.

Der Stillstand unserer programmatisch-inhaltlichen Debatte einerseits und die politischen Selbstblockaden andererseits haben dazu beigetragen, dass die Vielfalt der Positionen innerhalb unserer Partei DIE LINKE keinen vielstimmigen Chor mehr erzeugt, sondern in relevanten Fragen sich gegenseitig ausschließende Positionen vertreten werden.

Über das politische Profil unserer Partei und die politische Richtung entscheiden jedoch die Mitglieder, die von ihnen gewählten Gremien der Partei, also Parteitage und Vorstände, nicht aber die Zugänge zu Talkshows, Vertreter:innen der Medien oder die Reichweite in sozialen Netzwerken.

Für diesen kritischen Zustand unserer Partei tragen Viele die Verantwortung und die Kritik an diesem Zustand muss die selbstkritische Betrachtung des eigenen Handelns einschließen. Die selbstkritische Benennung dieser Defizite, die keineswegs selbstverständlich ist für Parteien, ist unser gemeinsamer erster Schritt zur Erneuerung. Wir wollen mit dieser Erneuerung, durch das gemeinsame Handeln Vieler dazu beitragen, Vertrauen wiederzugewinnen. Vertrauen in die Solidität unserer Forderungen, in die Attraktivität der Mitgliedschaft und Mitarbeit in unserer Partei.

Unverzichtbar dafür ist die gemeinsame Politikentwicklung von Partei und Fraktionen, vom Gemeinderat über die Kreis- und Landtage bis zum Deutschen Bundestag, ebenso wie

der Vertreter:innen unserer Partei in kommunaler Verwaltung oder Regierungen.

Unsere Satzung formuliert in Paragraph 6 Rechte und Pflichten der Mandatsträger:innen. Sie haben das Recht, aktiv an der politischen Willensbildung innerhalb der Partei mitzuwirken, von der Partei bei der Ausübung ihres Mandates unterstützt zu werden und sie sind verpflichtet, sich loyal und solidarisch gegenüber der Partei zu verhalten, die programmatischen Grundsätze der Partei zu vertreten sowie die demokratische Willensbildung in der Partei bei der Wahrnehmung des Mandates zu berücksichtigen.

Auf Bundesebene wollen wir im Lichte dessen u.a. den Bundesausschuss als höchstes Gremium zwischen den Bundesparteitagen, als Länderrat und Gremium der gemeinsamen, kohärenten Politikentwicklung von Partei und Fraktion sowie auch der Landesregierungen weiterentwickeln.

Die gute Nachricht: Wir fangen nicht bei Null an. Wir haben als Partei viele Erfahrungen gemacht, die wir ausgewertet haben. Hierauf können wir aufbauen. Aus den guten Praxen („best practice“) wollen wir für die gesamte Partei lernen. Dabei gibt es nicht eine gleiche Lösung für alle: Die Rahmenbedingungen sind in Ost und West, Stadt und Land, zum Teil unterschiedlich.

Die vor uns liegenden Aufgaben

Wir haben die Chance in einer Krise zu wachsen, wenn wir unsere neuen Mitglieder politisch mitnehmen und unsere langjährigen Mitglieder wieder stärker einbinden. Die Bundestagswahl 2021 war eine Zäsur, eine Niederlage für DIE LINKE. Wahlen, aber auch politische Erfolge insgesamt, werden durch Klarheit im Inhalt, Authentizität der Personen und eine engagierte Mitgliedschaft gewonnen. Plakate, Zeitungen und Presseerklärungen allein gewinnen nicht die Herzen der Menschen und auch nicht die Wahlen in der Bundesrepublik. Notwendig ist ebenso eine Mitgliedschaft, die sicht- und vor allem auch ansprechbar ist, die verankert ist und Vertrauen genießt. Die authentisch als Botschafterin der sozialistischen Gerechtigkeitspartei wirkt, für die Ziele der Solidarität und Demokratie brennt. Dies kann niemand schaffen, außer wir selbst.

Die Rückmeldungen aus unserer Mitgliedschaft waren deutlich und wir nehmen sie ernst: Nötig ist mehr Einigkeit, mehr Debatte untereinander, klare Entscheidungen statt Formelkompromisse und mehr Kontakt vor Ort – untereinander und mit Bürgerinnen und Bürgern. Wir arbeiten daran: Wahrnehmbar und aktiv vor Ort, glaubwürdig und verlässlich in unseren Positionen. Für und mit denjenigen, die in sozialen Kämpfen um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen einen spürbaren Unterschied machen.

Unsere Wahlniederlagen schränken unsere Ressourcen ein. Dies betrifft nicht allein die parlamentarischen Vertretungen, sondern auch die Finanzen der Partei insgesamt. Wir werden mit weniger Ressourcen mehr erreichen müssen. Dies wird uns dann gelingen, wenn wir Menschen für unsere Partei gewinnen. Sowohl Menschen, die neu zu uns kommen aber auch Mitglieder, die uns verlassen haben. Wir wollen Mitglieder, die uns verlassen haben, weil sie die Hoffnung in die Erneuerung unserer Partei aufgegeben haben, ermutigen, mit uns gemeinsam die Erneuerung Wirklichkeit werden zu lassen. Dies wird nicht sofort gelingen. Aber jeder Schritt in diese Richtung kann dazu beitragen.

In einer Gesellschaft, in der der Ton rauer wird, wollen wir der Ort der Solidarität sein, an dem Genoss:innen Gemeinschaft finden. Dies muss sich in all unseren Handlungen ausdrücken. Aus #LinkeMeToo ziehen wir Konsequenzen. Wir schaffen professionelle Strukturen und Regelungen in unserer Satzung, die dafür Sorge tragen sollen, dass Fehlverhalten sanktioniert und Betroffene geschützt und unterstützt werden. Eine Kultur des Wegschauens und des Bagatellisierens von Fehlverhalten tolerieren wir nicht. Wir wirken ihr entgegen. Weil wir zwar die Vision einer

gerechten Gesellschaft verfolgen, aber wissen, dass patriarchale Strukturen, Machtasymmetrien und autoritär geprägte Persönlichkeiten um unsere Partei und damit letztlich um uns keinen Bogen machen, sondern wir selbst Teil davon sind.

Der Generationswechsel in unserer Partei wird oft als kultureller und politischer Gegensatz erlebt. Vielfalt der Milieus, der Generationen, der Herkünfte und der Selbstbeschreibungen ist bereichernd. Sie ist zugleich herausfordernd und kann als überfordernd erlebt werden. Deshalb werden wir neue und offene Formate der Debattenkultur, der Mitmach-Möglichkeiten entwickeln. Wir werden genauer zuhören, um in unserer Partei der vielfältigen Lebenserfahrungen, der unterschiedlichen Lebenswelten Gelegenheiten und Räume zu schaffen, in denen sowohl gemeinsam als auch differenziert mitgemacht werden kann.

Es ist die Verantwortung von Vorständen, in der Aktivität vor Ort das Gemeinsame zu betonen, verschiedene Interessen zusammenzuführen und deutlich zu machen: Wir sind verschieden – aber gemeinsam für linke Ideen aktiv.

Alle Kreisverbände, besser noch die Ortsverbände, entwickeln Willkommensstrukturen und Projekte, in die neue Mitglieder niedrigschwellig einsteigen können. Wer zur LINKEN kommt, muss eine offene Kultur vorfinden, die Austausch und Aktivität stärker macht als Bürokratie und Routine; funktionierende Strukturen, die Angebote zur Beteiligung machen. Und es muss ein transparenter Wissenstransfer organisiert werden.

Unsere Treffen dürfen keine geschlossenen Veranstaltungen sein, sondern sind linke Ankerpunkte in der Gesellschaft: Sie müssen Orte des Austausches von politischen Ideen sein, Orte des gemeinsamen Planens und gegenseitigen Erlebens. Wenn Interessierte zum ersten Mal bei uns sind, sind sie ein Teil von uns, so wie wir Teil der Nachbarschaft, des Betriebes, der Bewegung oder der Wartenden im Jobcenter sind.

Wir wollen, dass DIE LINKE im Alltag der Menschen an ihrer Seite steht, dass wir gemeinsam mit Plan, Vision und in lockerer Atmosphäre für Verbesserungen kämpfen. Dazu gehört auch, Orte in der Partei zu schaffen, in denen wir ohne Beschlussdruck zusammenkommen, neue Erkenntnisse gewinnen, Erfahrungen austauschen, lachen und Interessen und Ziele ausloten können. Wir können Verbindungen zwischen den Menschen wieder stärken, wenn wir unsere Arbeitsweise umstellen. Im direkten Gespräch, in der direkten Erfahrung auf gelungenen Treffen, in gemeinsamen Kämpfen, sei es vor Ort oder bei weltumfassenden Themen.

Perspektive 2025: In Opposition und Regierung erfolgreich sein. Zu alter Stärke zurückkehren.

Der Erneuerungsprozess unserer Partei verfolgt zunächst die Perspektive 2025. Bis dahin wollen wir zu alter Stärke zurückkehren. Wir wollen neue Mitglieder hinzu und ehemalige Mitglieder zurückgewinnen. Wir wollen Menschen begeistern, mit uns Politik zu machen und sie ermutigen, uns ihre Stimme bei Wahlen zu geben.

In den kommenden zwei Jahren stehen wichtige Wahlen an. Im nächsten Jahr werden die Landtage in Bayern und Hessen sowie die Bürgerschaft in Bremen gewählt. In Schleswig-Holstein finden Kommunalwahlen statt. In diese Wahlen gehen wir mit unterschiedlichen Voraussetzungen und Zielen.

In Bayern wollen wir wachsen und den Wahlkampf nutzen, um in der Fläche sichtbar zu sein. Als sozialistische Gerechtigkeitspartei wollen wir erkennbare Alternativen zur Politik der Christsozialen und dem bräsigen Konservatismus der Freien Wähler formulieren. Wir machen deutlich: Weder die CSU noch die Freien Wähler stehen für „das Bayern“, auch wenn sie das gern behaupten. In der Flüchtlings- und Migrationspolitik, bei Umwelt- und Naturschutz, dem Ausbau der Demokratie statt Polizeigesetzen und Verschärfung der inneren Sicherheit sowie in einer modernen Gesellschaftspolitik zeigen wir, wie bunt Bayern ist.

Bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein wollen wir den Dialog fortsetzen und

verstärken, den wir im Landtagswahlkampf 2022 begonnen und geführt haben. Die konkreten Sorgen und Probleme vor Ort, sei es die Mietenentwicklung in den Städten, insbesondere im Hamburger Umland, die Sorgen abgehängter Regionen u.a.m. werden wir thematisieren, Alternativen anbieten und wir wollen Menschen einladen, gemeinsam mit uns in den kommunalen Vertretungen für konkrete Verbesserungen einzutreten und für uns als Kandidat:innen anzutreten.

Der hessische Landtag hat für unsere Partei eine besondere Bedeutung. Hier gelang uns seinerzeit der erste Einzug in einen Flächenlandtag der alten Bundesländer. Nur in Hessen sind wir derzeit in einem westlichen Flächenland im Landesparlament. Ob NSU-Skandal, Flughafenausbau, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Wir formulieren linke Alternativen zur schwarz-grünen Politik. Der Anspruch, Hessen grüner und gerechter zu machen, wurde erkennbar nicht eingelöst. Als sozialistische Gerechtigkeitspartei werden wir deshalb die Unverzichtbarkeit einer starken linken Stimme im Landtag deutlich machen.

Seit 2019 regiert DIE LINKE erfolgreich in Bremen. Im Gesundheits- und im Wirtschaftsressort haben unsere Senator:innen über den Zeitraum der Pandemie hinweg gezeigt, wie linke Gestaltungspolitik gerade in Krisenzeiten ausbuchstabiert wird. In der rot-grün-roten Koalition ist DIE LINKE die treibende Kraft sozial-ökologischer Stadtentwicklung. Wir wollen im Frühjahr 2023 bei der Bürgerschaftswahl in Bremen als starke linke Kraft zeigen, dass wir Verantwortung für soziale und ökologische Gerechtigkeit übernehmen.

In neun Bundesländern, also mehr als der Hälfte aller Länder, finden im Frühjahr 2024 Kommunalwahlen statt. In der Kommunalpolitik sind Tausende für DIE LINKE aktiv – als Mandatsträger:innen, als sachkundige Bürger:innen oder auch als politisch gewählte Verwaltungsbeamt:innen. Darüber hinaus sind Tausende Mitglieder vor Ort aktiv als Vorstände in Bürger:inneninitiativen und in Vereinen, in Elternvertretungen, in migrantischen oder antifaschistischen Selbstorganisationen und Bündnissen, in Selbsthilfegruppen, in Stadtteilzentren und Bürgerhäusern. Sie alle geben unserer Partei ein erkennbares Gesicht. Wir wollen die Kommunalwahlen 2024 nutzen, um unsere Verankerung vor Ort, in den Dörfern, Gemeinden und Städten, den Landkreisen und Bezirksvertretungen zu verstärken. Wir werden übergreifende Themen und Angebote formulieren und zugleich Lösungen für die konkreten Sorgen und Herausforderungen vor Ort anbieten. Wir wollen mehr Menschen ansprechen, für uns vor Ort Verantwortung zu übernehmen und gemeinsam mit uns und für uns als Kandidat:innen anzutreten.

Die ostdeutschen Landtagswahlen sind für uns naturgemäß von großer Bedeutung. Bei den vergangenen Wahlen 2019 mussten wir in Sachsen und in Brandenburg herbe Verluste konstatieren. Wir wollen diesen Prozess umkehren und wieder stärker werden. Zweistellige Ergebnisse sind unser Anspruch. Die Kenia-Koalitionen in Potsdam und Dresden sind nicht in der Lage, den sozial-ökologischen Umbau auszugestalten und für soziale Gerechtigkeit sowie gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen zu sorgen. Die ostdeutsche Gesellschaft ist in einem Umbruch. Die Nachwendezeit ist zu Ende gegangen, doch die Erfahrungen der vergangenen dreißig Jahre, u.a. geprägt von Massenarbeitslosigkeit, Abwanderung, Niedriglöhnen und weiterhin bestehenden Ungerechtigkeiten zwischen West und Ost, sitzen tief. Während der autoritäre Rechtspopulismus diese Erfahrungen für das Schüren von Ressentiments und eine Politik der Ausgrenzung nutzt, wollen wir durch Optimismus und Mut einerseits sowie die Wiederherstellung einer konkreten Politik des „Kümmerismus“ andererseits die Zivilgesellschaft stärken.

Seit 2014 regiert DIE LINKE in Thüringen und stellt mit Bodo Ramelow den ersten und bislang einzigen Ministerpräsidenten Deutschlands. Seit 2019 hat die rot-rot-grüne Koalition keine Ein-Stimmen-Mehrheit mehr, sondern regiert als Minderheitskoalition – allen Widrigkeiten zum Trotz erfolgreich. Wir wollen bei der Landtagswahl in

Thüringen nicht weniger als erneut zur stärksten politischen Kraft zu werden. Der verantwortungslosen Politik von FDP und CDU, die mit dem Tabubruch im Frühjahr 2020 einen 24-Stunden-FDP-Ministerpräsidenten von Gnaden der Rechtsextremisten wählten, setzen wir die Zusammenarbeit und die erfolgreiche soziale, demokratische und ökologische Gestaltungspolitik des Bündnisses aus LINKEN, SPD und Grünen entgegen.

Solidarity in Europe – Kurs auf die Europawahl 2024

Die Europawahl ist entscheidend. Für uns als Partei DIE LINKE ist diese Wahl die Zwischenbilanz unseres Erneuerungsprozesses. An diesem Ergebnis bemisst sich, ob es uns gelungen ist, als linke Kraft, als sozialistische Gerechtigkeitspartei Vertrauen zurück und neues Profil gewonnen zu haben.

Wir gehen in diese Europawahl mit einem unmissverständlichen Kurs: Wir wollen diese Europäische Union zu einer sozial und ökologisch gerechten, friedlichen und demokratischen Gemeinschaft entwickeln. Dies bedeutet an vielen Stellen einen klaren Kurswechsel hin zu einer humanitären Migrationspolitik, wirksamen Maßnahmen zum Abbau sozialer und regionaler Ungerechtigkeit durch eine wirksame Sozialunion und den Schutz von Arbeitnehmer:innenrechten. Wir wollen eine noch wirksamere Umwelt- und Klimaschutzpolitik, die durch eine sozial gerechte Transformation der fossilen Industrien gestützt wird. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit müssen in allen EU-Mitgliedsstaaten Gültigkeit haben. Wir treten gemeinsam mit unseren europäischen linken, grünen und alternativen Partner:innen für Frieden, Humanität und Weltoffenheit ein und damit allen autoritären Populisten entgegen, die mit Brexit, illiberalen Demokratien oder durch Austerität die europäische Idee untergraben. Unsere Antwort darauf lautet: Solidarity in Europe (Solidarität in Europa).

DIE LINKE Mitmachpartei – Kommunal und Digital

Die Partei muss als lebendige Mitgliederpartei zu erleben sein. Gemeinsam arbeiten und kämpfen, gemeinsam gewinnen und auch mal verlieren, gemeinsam lachen und trauern. Diejenigen, die für uns Verantwortung übernehmen wollen, die für ein Amt oder Mandat kandidieren, die unterstützen wir und sind auch dann an ihrer Seite, wenn wir verloren statt gewonnen haben.

Persönliche Gespräche, sei es an der Haustür, am Gartenzaun oder an einem Infostand, der aktiv gestaltet ist und zum Dialog einlädt, sind das mit Abstand effektivste und wirkungsvollste Mittel, um mit Interessierten zu reden und sie zum Mitmachen einzuladen. Gleiches gilt für unsere Mitglieder: Keine E-Mail kann das persönliche Gespräch mit ihnen, direkt oder auch am Telefon, ersetzen. Unsere Mitglieder sind diejenigen, die im Alltag linke Themen in der Gesellschaft setzen und vor Ort Wähler*innen überzeugen.

Jede Gliederung der Partei, die keine persönlichen Gespräche mit Bürger:innen, ob an der Haustür, oder ähnlichen direkten Formen, führt, verschenkt Potenzial. Wenn Kreisverbände ein Prozent ihrer Wähler:innen als Mitglieder gewinnen würden, würden sie ihre Mitgliederzahl verdoppeln.

Die Rahmenbedingungen dafür sind unterschiedlich, die Kräfte und Ressourcen nicht gleich verteilt. Wir wollen uns deshalb erreichbare Ziele setzen, aktiv in das Gespräch kommen, dort wo wir wissen, dass wir Bürger:innen wieder antreffen. Wir möchten unsere neuen Mitglieder motivieren, sich dabei mit ihren Erfahrungen einzubringen.

Hauptamtliche und sehr aktive ehrenamtliche Genoss:innen befähigen wir, andere darin zu bestärken, stückweise mehr Verantwortung zu übernehmen. Aus Interessierten werden erst

Unterstützer:innen, dann Mitstreiter:innen und schließlich Mitglieder. Um dies zu erreichen, verändern wir unsere Arbeitsweise und unsere Kultur auf allen Ebenen der Partei und in den Parlamenten.

Alle Kreisverbände, besser noch die Ortsverbände, entwickeln Willkommensstrukturen und Projekte, in die neue Mitglieder niedrigschwellig einsteigen können. Hierzu gehören gemeinsame Räume der Begegnung, an denen wir ohne Beschlussdruck zusammenkommen, Erfahrungen austauschen, lachen und uns kennenlernen können. Ob das gemeinsame Basteln von Schildern für die nächste Demonstration oder politische Wissensvermittlung über ein Quiz: Unsere Mitgliederversammlungen können abwechslungsreich sein, sollen Spaß machen und niedrigschwellig ein Mitmachen ermöglichen.

Eine freundliche, einladende Parteikultur ist unser Anspruch. Damit sich Menschen auf unseren Versammlungen wohlfühlen, eingebunden und auch eingeladen fühlen. Dazu sind oft nicht nur die groben Abläufe und Verfahrensregeln wichtig, sondern auch die Aufmerksamkeit im Kleinen, die „Soft-Skills“ einer freundlichen Atmosphäre. Gerade weil das Einfache manchmal so schwer ist, geht es beispielsweise um Fragen, wie: Werden Menschen bspw. über eine „Runde“ eingebunden, damit nicht nur die sprechen, die sich immer zu Wort melden? Gibt es Vorstellungsrunden, wenn neue Mitglieder zu uns stoßen? Werden Abkürzungen und Abläufe erklärt? Haben die Mitglieder unserer Partei, die Veranstaltungen besuchen, bewerten und dann auch den Verantwortlichen vor Ort Feedback geben und Verbesserungsvorschläge unterbreiten können?

Bundesweite Onlineangebote (wie der „Super Tuesday“) zur konkreten politischen Praxis, die auch das Handwerkszeug für das eigene Engagement vermitteln, werden wir fortsetzen.

Unsere Ressourcen sind begrenzt, deshalb schwächt uns Eigenbrötelei, stärkt uns wiederum gemeinsame abgestimmte Politik – bundesweit und vor Ort. Kampagnen sind kein Selbstzweck, sondern erleichtern politische Aktivität. In den Kampagnen ist die Partei an verschiedenen Orten gleichzeitig sichtbar und wiedererkennbar.

Das öffentlichkeitswirksame Arbeiten vor Ort, das die Kampagne der Bundespartei nutzt, soll Teil der Kultur unserer Kreisverbände und vor allem Ortsverbände sein. Die Beteiligung von anfangs 50 auf nunmehr 180 Kreisverbänden an öffentlichen Aktionen unserer Kampagnen ist gut. Wir wollen dies ausbauen: Kampagnengruppen vor Ort gehen an Haustüren und Nachbarschaften, laden zu Treffen ein und kämpfen vor Ort für konkrete Verbesserungen. Es werden lokale Kampagnenpläne erarbeitet, Verantwortlichkeiten verteilt und benannt, damit Interessierte unkompliziert dazu kommen können.

Der Parteivorstand hat einen Kampagnenrat (bestehend aus Parteivorstand, Ländern und Fachleuten) auf den Weg gebracht, der zusammen mit einem Aktivenrat (aus Kreis- und Ortsverbänden und weiteren Aktiven) die Schwerpunkte fokussieren und ausarbeiten wird. Wir nehmen damit den Aufbau der politischen Arbeit von unten in den Blick.

Wir sind eine lernende Partei. Die Gesellschaft verändert sich und wir verändern uns mit unseren Mitgliedern. Wir wollen politische Bildung als Teil von alltäglicher Parteiarbeit in den Kreisverbänden stärken. Aus gemeinsamer Praxis und deren Reflexion erarbeiten wir uns einen gemeinsamen Blick auf die Welt, auf linke Perspektiven, Alternativen und Strategien und Praxis. Sowohl langjährige als auch neue Mitglieder haben Fragen – zu einzelnen Themen, aber auch grundsätzlich. Linke Positionen müssen sich immer wieder dem radikalen Zweifel stellen. Dafür ist die offene Debatte im Orts- und Kreisverband der richtige Ort. Geschützte Räume für politische Debatten und den Austausch tragen zu einer solidarischen Kultur in der Partei bei. Wir lernen auch, solche Debatten gut und attraktiv zu führen. Den zwanglosen Zwang des besseren Arguments zu schätzen, statt vermeintliche Geländegewinne im Kampf zwischen Strömungen oder um politischen Einfluss erzielen zu wollen. Die Auseinandersetzung mit inhaltlichen Positionen, Ansätzen und Praxis von Organisierung, Strukturaufbau und (Wahl-)Kampagnen ist zentral, um eine gemeinsame Praxis zu entwickeln. Es geht darum: Im Wissen um unsere Pluralität geeint handeln.

Wir werden auch künftig keine Unternehmensspenden annehmen. Stattdessen werben wir um die ehrenamtliche Unterstützung und die Kleinspenden der Vielen, mit denen wir diese Gesellschaft besser machen wollen. Wir sind auf viel Leidenschaft und ehrenamtliches Engagement angewiesen.

Die Bundespartei fördert Multiplikator:innen für die Bildungsarbeit: Kampagnen-, Wahlkampf- und Mitgliederverantwortliche, Teamer:innen, Multiplikator:innen und Organizer:innen. Wir schaffen für sie Austauschorte und stärken entsprechende Ansätze in den Kreisverbänden.

Praktische Bildungsarbeit ist attraktiv: In den letzten Jahren haben wir mehr als 2 500 Menschen darin ausgebildet, selbst Organisationsprozesse anzustoßen und Verantwortung zu übernehmen. Wir wissen, dass es möglich ist. Nun übertragen wir diese Erfahrungen auf die gesamte Partei.

Konkret wird unsere Arbeit als sozialistische Gerechtigkeitspartei vor Ort. Dort sind wir konkret erfahrbar. Dort engagieren sich unsere Mitglieder. Die unterschiedlichen Kämpfe um demokratische Beteiligung, gegen Privatisierungen der Daseinsvorsorge aber für deren öffentliche oder genossenschaftliche Erbringung, für bezahlbares Wohnen, zukunftsfähigen Nahverkehr, Inklusion im Alltag und für gebührenfreie Bildung sind für uns Teil einer Strategie des Kommunalsozialismus.

Deshalb wollen wir die Arbeit in den Kommunalvertretungen stärker mit der alltäglichen Parteiarbeit und unseren Bündnispartner:innen vor Ort verbinden. Wir setzen den Fokus auf Konflikte, die wir als LINKE zusammen mit interessierten Nachbar:innen gewinnen können. In der Kommunalpolitik entwickeln und verwirklichen wir „im Kleinen“, was wir am Großen verändern wollen. Kommunale Erfolge machen Mut und Lust auf Mehr.

Wir wollen die Erfolge, die unsere kommunalen Mandatsträger:innen gemeinsam mit den Menschen erzielen, übertragbar machen und mit den zentralen Schwerpunktsetzungen kombinieren. Bis 2024 werden wir gemeinsam mit der BAG Kommunalpolitik, den Kommunalpolitischen Foren und allen hier aktiven Gliederungen ein Unterstützungsangebot für die kommunalpolitische Arbeit aufbauen.

Digitale Infrastruktur muss die Arbeit erleichtern, unnötige Bürokratie abbauen und unsere Arbeit effizienter machen. Tausende Chatgruppen in den sozialen Netzwerken, diverse Cloudlösungen in den Ländern und uneinheitliche Datenbankstrukturen sind ein Zeichen für unser Bemühen, um digitale Modernisierung, die wir nunmehr weiter professionalisieren. Unser Ziel sind unkomplizierte Lösungen. Dafür bauen wir die Plattform der DIE-LINKE.APP weiter aus und schaffen endlich die Schnittstellen zu einer professionellen linken Mitglieder- und Aktiven-Datenbank. In ihr soll alles zusammenkommen: Mitglieder können eintreten; sie haben Zugriff auf Inhalte und wichtige Infrastruktur und können sich mit anderen Mitgliedern vernetzen. Die eigenen Mitgliederdaten, einen kommunalpolitischen Musterantrag finden, die neuesten Kommunikationslinien oder FAQs, den Leitfaden für die nächsten Haustürgespräche – je nach Funktion alles aus einer Hand. Wir schaffen eine Verknüpfung zu den im Einsatz befindlichen Wordpress- und Typo3-Websites und sorgen dafür, dass unsere Mitglieder Termine künftig an einem statt an vielen verschiedenen Orten und Medien eintragen und suchen müssen. Damit beseitigen wir auch die oft angemahnte Kommunikationslücke, alle Informationen und Termine sollen darüber bereitgestellt, sowie Befragungen und Abstimmungen möglich und die Einführung eines optionalen Online-Mitgliederentscheids geprüft werden.

Dafür sind finanzielle Mittel erforderlich. Wir werden bei der Beschlussfassung über den Haushaltsplan entsprechende Prioritäten unter knapper werdenden finanziellen Ressourcen der Partei festlegen müssen.

Wir werden dafür werben, dass die Digitalisierung und Modernisierung unserer Partei

auch durch finanzielle Beiträge der Mitglieder unterstützt wird. Unsere Bitte lautet deshalb, dass jedes unserer Mitglieder für diesen Zweck bis 2025 durchschnittlich einen Euro monatlich mehr zum Mitgliedsbeitrag bezahlt. Klar ist, dass die Bereitschaft dafür wächst, je attraktiver wir sind, je ernsthafter und offensiver wir die Erneuerung der Partei DIE LINKE Realität werden lassen. Packen wir es an! Wir haben eine Welt zu gewinnen!

Antrag L02.001.2: Änderungsantrag zu L02-01

Änderungsantrag zu L02-01

Antragsteller*in:

LV Rheinland-Pfalz

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1

- + **DIE LINKE aufbauen!**
DIE LINKE neu denken!

Zeile 6 - 9

- 2 Die Wahlergebnisse der LINKEN bei den letzten Wahlen sind für uns herbe Niederlagen.
- 3 Auch wenn DIE LINKE insgesamt viele (junge) Mitglieder gewinnt, ist in Kreis- und
- 4 Landesverbänden die Basis der Aktiven oft klein, reichen die Ressourcen häufig nicht,
- 5 um alle Aufgaben in Partei, Bündnissen und Kommunen abzudecken oder neue Mitglieder
- 6 einzubinden. DIE LINKE wird Vertrauen, Verankerung und Wahlen (zurück)gewinnen. Als
- 7 sozialistische Partei setzen wir auf das Engagement der Vielen gegen den Egoismus der
- 8 Wenigen. ~~Daraus ergeben sich Konsequenzen für die Arbeitsweisen und für die~~
- 9 ~~Parteientwicklung.~~

Zeile 14 - 15

- 14 Wir ~~müssen~~werden unsere Arbeitsweisen daraufhin überprüfen, ob sie diesem Anspruch gerecht
- 15 ~~werden.~~ Jeder werden. Die Bundespartei, jeder Kreisverband, jeder Landesverband und jeder
- 16 Vorstand müssenmuss sich
- 17 fragen, ob die eigene Arbeitsweise, das Auftreten und der Umgang miteinander dazu
- 18 beitragen, dass Menschen aus unseren Dörfern und Nachbarschaften gerne bei uns
- 19 mitmachen und das Gefühl haben, bei uns ein politisches Zuhause zu finden. Es braucht
- 20 eine lokale politische Schwerpunktsetzung die gleichzeitig als EINE LINKE Stimme

Zeile 22 - 26

- 21 Die gute Nachricht: Wir fangen nicht bei null an. Wir haben als Partei viele
- 22 Erfahrungen gemacht, die wir ausgewertet haben. Hierauf können wir aufbauen. ~~Aus den~~
- 23 ~~guten Praxen („best practice“) wollen wir für die gesamte Partei lernen.~~ Dabei gibt
- 24 es nicht eine gleiche Lösung für alle: Die Rahmenbedingungen sind in Ost und West,
- 25 Stadt und Land zum Teil unterschiedlich. ~~Als Bundespartei konzentrieren wir uns~~
- 26 ~~darauf, zu stärken, was in Stadt und Land funktioniert:~~

Antrag L02.002.1: Änderungsantrag zu L02-01

Änderungsantrag zu L02-01

Antragsteller*in:

KV Wendland, Geraer Sozialistischer Dialog

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2

- 2 DIE LINKE als sozialistische Partei kämpft für eine Welt, in der alle Menschen in Frieden, sozialem Wohlstand und Würde leben können. Anders als andere Parteien sind wir kein Wahlverein, in dem wir unsere Inhalte für Parlamentssitze vermarkten. Wir wissen, dass wir die gesellschaftliche Entwicklung im Sinne der Mehrheit nur in die Hand nehmen können, wenn wir die Mehrheit dazu bringen, selber Teil der Veränderung zu sein. Genau dafür braucht es DIE LINKE, insbesondere angesichts der gesellschaftlichen Krise und wachsenden Herausforderungen unserer Zeit. Diesem Anspruch müssen wir gerecht werden. Die Wahlergebnisse der LINKEN bei den letzten Wahlen sind für uns herbe Niederlagen.
- 3 Auch wenn DIE LINKE insgesamt viele (junge) Mitglieder gewinnt, ist in Kreis- und
4 Landesverbänden die Basis der Aktiven oft klein, reichen die Ressourcen häufig nicht,
5 um alle Aufgaben in Partei, Bündnissen und Kommunen abzudecken oder neue Mitglieder
6 einzubinden. DIE LINKE will Vertrauen, Verankerung und Wahlen (zurück)gewinnen. Als
7 sozialistische Partei setzen wir auf das Engagement der Vielen gegen den Egoismus der
8 Wenigen. Daraus ergeben sich Konsequenzen für die Arbeitsweisen und für die
9 Parteientwicklung.

Antrag L02.002.2: Änderungsantrag zu L02-01

Änderungsantrag zu L02-01

Antragsteller*in:

BV Tempelhof-Schöneberg, Nicole Fritsche-Schmidt (Nordrhein-Westfalen), Amid Rabieh (Nordrhein-Westfalen, TP), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2 - 8

- 2 Die ~~Wahlergebnisse der LINKEN bei den letzten Wahlen sind für uns herbe Niederlagen.~~
Wahlergebnisse der LINKEN sind katastrophal und Ausdruck einer existenzbedrohenden Krise der Partei. Wir verlieren Wählerinnen und Wähler in allen Bevölkerungsgruppen, besonders stark aber bei sozial benachteiligten Menschen.
- 3 Auch ~~wenn DIE LINKE insgesamt viele (junge) Mitglieder gewinnt~~unter Gewerkschaftsmitgliedern bröckelt die Zustimmung dramatisch. Lag DIE LINKE hier 2017 noch vor Grünen und FDP, ist in-
~~Kreis- und-~~
- 4 ~~Landesverbänden die Basis der Aktiven oft klein, reichen die Ressourcen häufig nicht,~~
5 ~~um alle Aufgaben in Partei, Bündnissen und Kommunen abzudecken oder neue Mitglieder~~
6 ~~einzubinden. DIE LINKE will Vertrauen, Verankerung und Wahlen (zurück)gewinnen~~sie heute bei
7 diesen Bevölkerungsgruppen die schwächste der im Bundestag vertretenen Parteien. Als
8 sozialistische Partei setzen~~ind wir~~ aufverpflichtet das ~~Engagement der Vielen gegen den Egoismus~~
~~der~~
- 9 ~~Wenigen~~zu ändern. Will DIE LINKE sich in Stadt und Land, bei Jung und Alt - egal welchen
Geschlechts -, hier Geborenen wie Eingewanderten sowie Menschen mit Behinderungen wieder
verankern, muss sie die Leute in ihrem Alltag abholen: bei ihren Bedürfnissen und Erfahrungen.
DIE LINKE muss auch Menschen erreichen, für die ihre Arbeit, Familie oder andere Tätigkeiten
wichtiger sind als politischer Aktivismus. Wir wollen zudem die stetig wachsende Zahl der
Nichtwählerinnen und Nichtwähler ansprechen und zeigen, dass sich ihr Vertrauen in uns für sie
lohnt. Dies gilt umso mehr für diejenigen, die uns früher bereits gewählt haben und nun ihre
Stimme anderen Parteien geben. Daraus ergeben sich Konsequenzen für die Arbeitsweisen und
für die
9 Parteientwicklung.

Begründung

Ein Antrag zum organisatorischen Aufbau von DIE LINKE nach einer Serie Wahlniederlagen und einer existentiellen Krise, sollte am Anfang genauer darauf eingehen, aus welchen Wählergruppen überdurchschnittlich viele sich von DIE LINKE abgewendet haben. Die schwammige Formulierung im ursprünglichen Leitantrag, dass wir „auf das Engagement der Vielen gegen den Egoismus der Wenigen“ setzen ist ungenügend und wird dem Ernst der Situation nicht gerecht.

Antrag L02.003.1: Änderungsantrag zu L02-02

Änderungsantrag zu L02-02

Antragsteller*in: KV Wendland, Geraer Sozialistischer Dialog

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 27

27 Mitglieder ~~und Wahlen~~ gewinnen und mit ihnen die Gesellschaft verändern

Antrag L02.006.1: Änderungsantrag zu L02-01

Änderungsantrag zu L02-01

Antragsteller*in: Linus Hagemann (BV Charlottenburg-Wilmersdorf), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), Moritz Fröhlich (BAG Grundeinkommen)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 6

2 Die Wahlergebnisse der LINKEN bei den letzten Wahlen sind für uns herbe Niederlagen.
3 Auch wenn DIE LINKE insgesamt viele (junge) Mitglieder gewinnt, ist in Kreis- und
4 Landesverbänden die Basis der Aktiven oft klein, reichen die Ressourcen häufig nicht,
5 um alle Aufgaben in Partei, Bündnissen und Kommunen abzudecken oder neue Mitglieder
6 einzubinden. DIE LINKE will Vertrauen, und Verankerung ~~und Wahlen~~-(zurück)gewinnen. Nur so
können wir auch bei Wahlen erfolgreich sein. Als
7 sozialistische Partei setzen wir auf das Engagement der Vielen gegen den Egoismus der
8 Wenigen. Daraus ergeben sich Konsequenzen für die Arbeitsweisen und für die
9 Parteientwicklung.

Begründung

Als LINKE sollten wir unsere Wählerinnen und Wähler ernst nehmen. Wir sehen sie zuerst als Menschen mit politischen Anliegen. Das "Gewinnen" von Wahlen ist diesem Aspekt unterzuordnen. Die Trennung in zwei Sätze unterstreicht dies.

Antrag L02.009.1: Änderungsantrag zu L02-01

Änderungsantrag zu L02-01

Antragsteller*in: KV Düsseldorf

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 9

2 Die Wahlergebnisse der LINKEN bei den letzten Wahlen sind für uns herbe Niederlagen.
3 Auch wenn DIE LINKE insgesamt viele (junge) Mitglieder gewinnt, ist in Kreis- und
4 Landesverbänden die Basis der Aktiven oft klein, reichen die Ressourcen häufig nicht,
5 um alle Aufgaben in Partei, Bündnissen und Kommunen abzudecken oder neue Mitglieder
6 einzubinden. DIE LINKE will Vertrauen, Verankerung und Wahlen (zurück)gewinnen. Als
7 sozialistische Partei setzen wir auf das Engagement der Vielen gegen den Egoismus der
8 Wenigen. Daraus ergeben sich Konsequenzen für die Arbeitsweisen und für die
9 Parteientwicklung.

Angesichts der aktuell existenziellen Krise der Partei ist der Parteivorstand in der Pflicht, für eine Atmosphäre innerhalb der Partei zu sorgen, in der zukünftig Debatten auf sachlicher Ebene ohne Herabsetzung und Diffamierung von Personen geführt werden.

Dies zu unterstützen entwickelt er zur Beschlussfassung durch den nächsten Parteitag ergänzende Satzungsregelungen für die in § 37 der Bundessatzung vorgesehenen Schlichtungs- und Schiedsverfahren. Ziel sollte die satzungsgestützte Einrichtung proaktiver „mobiler Mediationsteams“ sein, zu wählen auf den verschiedenen Parteiebenen (Bundes-, Landes- und Kreisebene). Über Früherkennung und Mediation ist deren Aufgabe, in streitigen Debatten und Diskussionen der Gefahr eines drohenden parteischädigenden Ausufers präventiv erfolgreich zu begegnen.

Begründung

Während des Wahlkampfes sind wir des Öfteren damit konfrontiert worden, dass die Menschen, mit denen wir ins Gespräch gekommen sind, sich zwar mit der Politik der LINKEN identifizieren können, uns aber nicht wählen, weil sie die Art und Weise der innerparteilichen Diskussion abschreckt.

Auch wir, die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes DIE LINKE Düsseldorf, registrieren mit Erschrecken eine Entwicklung der vergangenen Jahre, die dazu führt, dass Diskussionen zunehmend auf der persönlichen und nicht auf der sachlichen Ebene geführt werden. Diskussionen auch innerhalb der Partei sind notwendig, um eine gemeinsame Politik zu formen. Wenn allerdings die Diskussionen mit Diffamierungen und persönlichen Angriffen geführt werden, können sie weder zu einem guten Ergebnis führen, noch zu einer gemeinsamen Tragfähigkeit.

Wir sind es leid, dass unsere Arbeit an der Basis auf diese Art und Weise von den übergeordneten Ebenen der Partei ad absurdum geführt werden. Wir sind es leid, in Gesprächen Verhaltensweisen von Parteimitgliedern verteidigen zu müssen, die wir selbst nicht akzeptieren können. Wir sind es leid, mitanzusehen, dass wir immer weniger Mitglieder zur Parteiarbeit motivieren können.

Die Wahl des neuen Parteivorstandes sollte ein Neuanfang für DIE LINKE werden. Dazu gehört aber ein fairer und solidarischer Umgang mit allen Mitgliedern, auch wenn sie eine andere Meinung vertreten.

Antrag L02.017.1: Änderungsantrag zu L02-01

Änderungsantrag zu L02-01

Antragsteller*in:

KV Wendland, Geraer Sozialistischer Dialog

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 17 - 18

14 Wir müssen unsere Arbeitsweisen daraufhin überprüfen, ob sie diesem Anspruch gerecht
15 werden. Jeder Kreisverband, jeder Landesverband und jeder Vorstand müssen sich
16 fragen, ob die eigene Arbeitsweise, das Auftreten und der Umgang miteinander dazu

17 beitragen, dass Menschen ~~aus unseren Dörfern und Nachbarschaften gerne bei uns~~
18 ~~mitmachen und das Gefühl haben, bei uns ein politisches Zuhause~~ Freude daran entwickeln, sich
19 für die gemeinsamen Interessen einzusetzen und zu findorganisieren. Es braucht
20 eine lokale politische Schwerpunktsetzung die gleichzeitig als EINE LINKE Stimme
erkennbar ist.

Antrag L02.02 1.1: Änderungsantrag zu L02-01

Änderungsantrag zu L02-01

Antragsteller*in:

BAG Bewegungslinke

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 21 - 26

21 Dafür stellen wir offensive Wendepunkte nach vorne, denn wir wollen das Leben der Mehrheit
verbessern und die Menschen im Land begeistern, mit uns entschiedene Schritte in eine soziale
und ökologische Zukunft zu gehen. Die Wendepunkte sind realistisch und radikal - und gewinnbar,
weil sie in Bewegungen und Konflikten einen Ausdruck gefunden haben und große Teile der
Gesellschaft sie befürworten.
Unsere offensiven Wendepunkte sind: #Klimawende mit den Beschäftigten, #Frieden und
Abrüstung, #bundesweiter Mietendeckel, #Entlastung im Gesundheitswesen.
Die gute Nachricht: Wir fangen nicht bei null an. Wir haben als Partei viele
22 Erfahrungen gemacht, die wir ausgewertet haben. Hierauf können wir aufbauen. Aus den
23 guten Praxen („best practice“) wollen wir für die gesamte Partei lernen. Dabei gibt
24 es nicht eine gleiche Lösung für alle: Die Rahmenbedingungen sind in Ost und West,
25 Stadt und Land zum Teil unterschiedlich. Als Bundespartei konzentrieren wir uns
26 darauf, zu stärken, was in Stadt und Land ~~funktioniert:~~funktioniert.

Begründung

Wir werben mit den Wendepunkten für eine ehrliche Funktionsbeschreibung der LINKEN, die motivierend ist und die alle Mitglieder erklären und erzählen können. Die Grundlage für eine verbindliche Schwerpunktsetzung ist und bis zur nächsten Bundestagswahl mit konkreten Schritten und Konzepten für die Praxis verbunden wird. Die uns in den nächsten Jahren für die Oppositionsrolle orientiert, wenn Erwartungen von SPD- und Grünen-Wähler:innen in Widersprüche geraten, die aber zugleich ein Ausblick sind, was von einer wieder erstarkten LINKEN in Verantwortung zu erwarten wäre. Die Wendepunkte sind nicht weniger als ein Kurzprogramm einer positiven Beschreibung, was wir durchsetzen wollen, zu den eher defensiven roten Haltelinien aus dem Erfurter Programm.

Wir brauchen als Partei DIE LINKE eine neue Funktionsbeschreibung, die den Wähler:innen einen Gebrauchswert vermittelt und die Mitglieder im Schlaf aufsagen können. Die vorgeschlagenen Wendepunkte bieten der Partei spektrenübergreifend einen orientierenden Rahmen, in dem alle Gremien, Gliederungen und Mitglieder wirksam handeln und gestalten können:

1. Wendepunkte sind nicht einfach ausgedacht. Sie sind keine Marketing- oder PR-Strategie, sondern formulieren legitime Erwartungen und Ansprüche auf ein glückliches und gesundes Leben.
2. Wendepunkte sind große Schritte – wie der Mietendeckel, die Klimawende oder die Abschaffung der Fallpauschalen. Sie haben in Bewegungen und gesellschaftlichen Konflikten einen Ausdruck gefunden.
3. Wendepunkte betonen unsere Alleinstellungsmerkmale und sind dennoch für große Teile der Gesellschaft anschlussfähig – sie sind gewinnbar, obwohl es nur DIE LINKE will.

4. Wendepunkte sind parlamentarisch und außerparlamentarisch gleichermaßen gut zu bearbeiten und drücken eine offensive Haltung und Durchsetzungsperspektive aus. Sie sind Schwerpunkt, wenn wir im Kreisverband Aktionen planen und Kernaufgabe, wenn wir Ausschuss- und Parlamentsarbeit leisten.
5. Wendepunkte sind integrierend und auf der Höhe der Zeit. Alle Spektren unserer Partei können sich mit ihnen identifizieren. Keiner muss seine Grundüberzeugungen aufgeben oder im innerparteilichen Schützengraben verharren.
6. Wendepunkte sind gewinnbar, wenn wir die Blockaden der letzten Jahre lösen und die Partei reformieren, um Ressourcen, Zeit und Know-How stärker an die Basis zu verlagern. Wir brauchen dazu weniger Saal und weniger Papier, und mehr Stadtteil und Power an den Haustüren.
7. Wendepunkte sind realistisch durchzusetzen, wenn wir in den kommenden Jahren 100.000 Mitglieder sammeln, die zusammen mit uns an ihnen arbeiten. Sie lassen sich an keine Führungsperson oder Vorstand delegieren, sondern nur in der ersten Person erstreiten.

Es liegt an uns zu beweisen, dass wir an den Wendepunkten unseres Lebens neue Stärke gewinnen können. Wir sind davon überzeugt, dass DIE LINKE nach der kräftezehrenden Pandemie an den großen gesellschaftlichen Handlungssträngen Klima, Frieden, Mieten und Pflege den Kopf heben kann.

Lasst uns dazu eine motivierende neue LINKE Funktionsbeschreibung entwickeln und zeigen, dass wir wieder gewinnen wollen und bis zur nächsten Bundestagswahl auch mit weniger Geld wieder viel mehr Menschen erreichen können.

Antrag L02.026.1: Änderungsantrag zu L02-01

Änderungsantrag zu L02-01

Antragsteller*in:

Sozialistische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 26

- 21 Die gute Nachricht: Wir fangen nicht bei null an. Wir haben als Partei viele
- 22 Erfahrungen gemacht, die wir ausgewertet haben. Hierauf können wir aufbauen. Aus den
- 23 guten Praxen („best practice“) wollen wir für die gesamte Partei lernen. Dabei gibt
- 24 es nicht eine gleiche Lösung für alle: Die Rahmenbedingungen sind in Ost und West,
- 25 Stadt und Land zum Teil unterschiedlich. Als Bundespartei konzentrieren wir uns
- 26 darauf, zu stärken, was in Stadt und Land ~~funktioniert~~funktioniert.

Notwendig ist eine sozialistische Massenpartei, die in der arbeitenden Klasse, den breiten Schichten des Volkes, in Stadt und Land, bei Jung und Alt, bei allen Geschlechtern, bei Einheimischen wie Eingewanderten verankert ist. Um diesem Ziel näher zu kommen, muss DIE LINKE verbindend und vereinheitlichend wirken - über kulturelle und Differenzen in einzelnen politischen Haltungen hinweg. Wirklich verbindende Klassenpolitik bedeutet die Betonung der gemeinsamen Interessen im Sinne der Solidarität und gleichen Rechte und Chancen aller hier lebenden Menschen, der ökologischen Nachhaltigkeit, des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit. Es geht um gemeinsame Politik und Machtzuwachs für die Entrechteten, gegen die alltäglichen Zumutungen und die Politik des Kapitals und der Superreichen, gegen Rassismus, Sexismus, Wohnungsnot, Kriminalität und Gewalt. Das unterschiedslose Aufeinandertürmen von Maximalforderungen aus allen Einzelgruppen und Bewegungen verbunden mit der Anforderung, alle müssten immer alle diese Positionen vertreten und wer dies nicht tut, darf nicht dabei sein, erschwert die Bildung breiter Bündnisse, starker Bewegungen und einer erfolgreichen LINKEN. DIE LINKE darf sich und erst recht ihre Wähler:innenschaft nicht auf aktivistische und radikale Kerne verengen, sondern muss möglichst viele „normale“ Menschen ansprechen und für Unterstützung und Mitarbeit gewinnen. Dazu braucht es auch populäre Persönlichkeiten, die in

Talkshows ein Millionenpublikum erreichen und eine konstruktive Zusammenarbeit der verschiedenen Kräfte in unserer Partei.

DIE LINKE muss eine Partei sein, in der auch Menschen aktiv sein und Funktionen und Mandate übernehmen können, deren Leben nicht primär aus politischer Aktivität besteht, sondern für die Arbeit, Familie oder auch andere Tätigkeiten wichtiger sind. Sie braucht eine Verankerung in und Verbindung zu all den Bereichen, in denen die Menschen tätig sind: Betriebe, Bildungseinrichtungen, Initiativen und Bewegungen, Verbänden, örtlichen Vereinen usw. Sie muss eine Parteikultur entwickeln, die neben inhaltlichen Debatten und „Sitzungssozialismus“ Aktionen durchführt, an denen sich viele beteiligen können und die auch Möglichkeiten für Geselligkeit bietet. In dieser Partei mitzuwirken soll Freude an der freien Entwicklung aller bedeuten und einen klaren Gebrauchswert haben.

Um mehr Erwerbstätige als Mitglieder zu gewinnen, muss außerdem die Beitragstabelle überarbeitet bzw. die Mitgliedsbeiträge für Gering- und Normalverdiener gesenkt werden.

Auseinandersetzungen zwischen Personen und Parteiflügeln um den richtigen Kurs gibt es in nahezu jeder Partei. Doch diese müssen auf eine Weise geführt werden, die nicht ausgrenzt und spaltet und die auf persönliche Angriffe und Diffamierungen verzichtet. Wir setzen uns dafür ein, hier einen Neuanfang zu starten und ungeachtet politischer Differenzen in einzelnen Punkten respektvoll und konstruktiv zusammenzuarbeiten und dies vor allem auch öffentlich zu demonstrieren.

Parteitage sollten daher nicht von Mandatsträger:innen und bezahlten Mitarbeiter:innen aus Partei, Fraktion oder Stiftung dominiert werden, wenn sich kollektive Vernunft durchsetzen soll - hier wie bei der Besetzung von Vorständen - muss über eine Quotierung zugunsten der ehrenamtlich tätigen Mitglieder nachgedacht werden.

Begründung

Es ist notwendig, bevor es in Einzelpunkte geht, die zentralen Zielsetzungen und Zielgruppen für die Partei DIE LINKE deutlich zu machen und einige Punkte, was das für die Arbeitsweise der Partei bedeutet. Die Textteile entstammen Antrag P10

Antrag L02.028.1: Änderungsantrag zu L02-02

Änderungsantrag zu L02-02

Antragsteller*in: KV Wendland, Geraer Sozialistischer Dialog

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 28 - 31

- 28 ~~Linke Parteien ohne Mitglieder und Umfeld funktionieren nicht, sie haben keine~~
29 ~~Verankerung. Linke Parteien ohne Wahlerfolge~~ Linke Parteien, die sich von der sozialen
Wirklichkeit entfernen, sterben einen schleichenden Tod. Partei-
30 und Mitgliederentwicklung hängen eng ~~mit Wahlerfolgen~~ zusammen. ~~Diese Erfolge gilt es~~ mit den
Möglichkeiten, die Gesellschaft grundlegend
31 zu ~~organisieren~~ verbessern.

Antrag L02.030.1: Änderungsantrag zu L02-02

Änderungsantrag zu L02-02

Antragsteller*in: LV Rheinland-Pfalz

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 30 - 31

28 Linke Parteien ohne Mitglieder und Umfeld funktionieren nicht, sie haben keine
29 Verankerung. Linke Parteien ohne Wahlerfolge sterben einen schleichenden Tod. Partei-
30 und Mitgliederentwicklung hängen eng mit Wahlerfolgen zusammen. ~~Diese Erfolge gilt es~~
31 ~~zu organisieren~~ Wir müssen mit unseren Forderungen wieder die Herzen der Menschen erreichen
und die Interessen im Spektrum links der Mitte vereinen.

Zeile 32 - 36

32 Die Zahlen sind eindeutig: Wo wir nah bei den Menschen, ~~an ihrer Haustür waren, waren_ und~~
ihren Sorgen und Nöten sind, sind
33 die Wahlergebnisse signifikant besser. Dort, wo wir unkomplizierte Angebote zum
34 Mitmachen hatten, wo wir ~~mit~~ Neumitgliedern ~~an die Haustüren gegangen sind~~ eingebunden
haben, wuchsen
35 ~~dreiviertel der entsprechenden~~ Wahlkampfstrukturen. ~~Trotz des schlechten~~
36 ~~Wahlergebnisses konnten wir 6-500 neue Mitglieder gewinnen.~~

Zeile 49

37 Wir haben die Chance in einer Krise zu wachsen, wenn wir unsere neuen Mitglieder
38 politisch mitnehmen und unsere langjährigen Mitglieder wieder stärker einbinden. Die
39 Bundestagswahl 2021 war eine Zäsur, eine Niederlage für DIE LINKE. Wahlen, aber auch
40 politische Erfolge insgesamt, werden durch Klarheit im Inhalt, Authentizität der
41 Personen und eine engagierte Mitgliedschaft gewonnen. Plakate, Zeitungen und
42 Presseerklärungen allein gewinnen nicht die Herzen der Menschen und auch nicht die
43 Wahlen in der Bundesrepublik. Notwendig ist ebenso eine Mitgliedschaft, die in der
44 Gesellschaft sicht- und vor allem auch ansprechbar ist, die verankert ist und
45 Vertrauen genießt, als Botschafterin einer anderen, einer sozialistischen Welt,
46 wirkt, für die Ziele der Solidarität und Demokratie brennt. Dies kann niemand
47 schaffen, außer wir selbst. Wir haben auch deshalb verloren, weil die Verankerung
48 unserer Mitgliedschaft in der Gesellschaft zurückgegangen ist. Unser Ziel muss es
49 ~~deshalb sein, in den nächsten 10 Jahren~~ eine starke LINKE ~~mit 100-000 Mitgliedern~~
50 aufzubauen. Wir wissen deshalb - und genauso wichtig bleibt es -, dass wir an uns und
51 der Einbindung unserer Mitglieder arbeiten müssen.

Zeile 53 - 55

52 Die Rückmeldungen aus der Mitgliedschaft waren deutlich: Die Genoss*innen wünschen
53 sich mehr Einigkeit, mehr Debatte untereinander, mehr Kontakt zur Partei vor Ort und mehr
Möglichkeit für niedrigschwellige Aktionen. Wir
54 arbeiten daran: Wahrnehmbar und aktiv vor Ort, glaubwürdig, klar und verlässlich in unseren
55 Positionen, und diejenigen an der Seite derjenigen, die in sozialen Kämpfen um bessere Arbeits-
und
56 Lebensbedingungen einen spürbaren Unterschied machen - dann gewinnen wir wieder
57 Wahlen.

Antrag L02.031.1: Änderungsantrag zu L02-02

Änderungsantrag zu L02-02

Antragsteller*in:

BV Tempelhof-Schöneberg, Nicole Fritsche-Schmidt (Nordrhein-

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 31

28 Linke Parteien ohne Mitglieder und Umfeld funktionieren nicht, sie haben keine
29 Verankerung. Linke Parteien ohne Wahlerfolge sterben einen schleichenden Tod. Partei-
30 und Mitgliederentwicklung hängen eng mit Wahlerfolgen zusammen. Diese Erfolge gilt es
31 zu organisieren. Wir wollen und müssen unsere Mitgliederzahlen steigern: zum einen, indem wir Mitglieder wiedergewinnen, die uns verlassen haben, zum anderen, indem wir neue Mitglieder dazugewinnen.

Antrag L02.033.1: Änderungsantrag zu L02-02

Änderungsantrag zu L02-02

Antragsteller*in: LV Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 33 - 35

32 Die Zahlen sind eindeutig: Wo wir nah bei den Menschen, an ihrer Haustür waren, waren
33 die Wahlergebnisse signifikant besser. ~~Dort, wo wir unkomplizierte Angebote zum~~
34 ~~Mitmachen hatten, wo wir mit Neumitgliedern an die Haustüren gegangen sind, wuchsen~~
35 ~~dreiviertel der entsprechenden Wahlkampfstrukturen.~~ Trotz des schlechten
36 Wahlergebnisses konnten wir 6 500 neue Mitglieder gewinnen.

Begründung

75 % der Wahlkampfstrukturen „sind gewachsen“ – was bedeutet das? Im Vergleich zu was sind sie gewachsen? Und vor allem: Wie stark? Das alles ist unklar, der Satz kann daher weg.

Antrag L02.039.1: Änderungsantrag zu L02-02

Änderungsantrag zu L02-02

Antragsteller*in: KV Wendland, Geraer Sozialistischer Dialog

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 39

37 Wir haben die Chance in einer Krise zu wachsen, wenn wir unsere neuen Mitglieder
38 politisch mitnehmen und unsere langjährigen Mitglieder wieder stärker einbinden. Die
39 Bundestagswahl 2021 war eine Zäsur, eine Niederlage für DIE LINKE. Wahlen, ~~aber auch vor allem~~
40 auch
41 politische Erfolge insgesamt, werden durch Klarheit im Inhalt, Authentizität der
42 Personen und eine engagierte Mitgliedschaft gewonnen. Plakate, Zeitungen und
43 Presseerklärungen allein gewinnen nicht die Herzen der Menschen und auch nicht die
43 Wahlen in der Bundesrepublik. Notwendig ist ebenso eine Mitgliedschaft, die in der

44 Gesellschaft sicht- und vor allem auch ansprechbar ist, die verankert ist und
45 Vertrauen genießt, als Botschafterin einer anderen, einer sozialistischen Welt,
46 wirkt, für die Ziele der Solidarität und Demokratie brennt. Dies kann niemand
47 schaffen, außer wir selbst. Wir haben auch deshalb verloren, weil die Verankerung
48 unserer Mitgliedschaft in der Gesellschaft zurückgegangen ist. Unser Ziel muss es
49 deshalb sein, in den nächsten 10 Jahren eine starke LINKE mit 100 000 Mitgliedern
50 aufzubauen. Wir wissen deshalb - und genauso wichtig bleibt es -, dass wir an uns und
51 der Einbindung unserer Mitglieder arbeiten müssen.

Antrag L02.047.1: Änderungsantrag zu L02-02

Änderungsantrag zu L02-02

Antragsteller*in:

LV Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 47 - 48

37 Wir haben die Chance in einer Krise zu wachsen, wenn wir unsere neuen Mitglieder
38 politisch mitnehmen und unsere langjährigen Mitglieder wieder stärker einbinden. Die
39 Bundestagswahl 2021 war eine Zäsur, eine Niederlage für DIE LINKE. Wahlen, aber auch
40 politische Erfolge insgesamt, werden durch Klarheit im Inhalt, Authentizität der
41 Personen und eine engagierte Mitgliedschaft gewonnen. Plakate, Zeitungen und
42 Presseerklärungen allein gewinnen nicht die Herzen der Menschen und auch nicht die
43 Wahlen in der Bundesrepublik. Notwendig ist ebenso eine Mitgliedschaft, die in der
44 Gesellschaft sicht- und vor allem auch ansprechbar ist, die verankert ist und
45 Vertrauen genießt, als Botschafterin einer anderen, einer sozialistischen Welt,
46 wirkt, für die Ziele der Solidarität und Demokratie brennt. Dies kann niemand
47 schaffen, außer wir selbst. ~~Wir haben auch deshalb verloren, weil die Verankerung~~
48 ~~unserer Mitgliedschaft in der Gesellschaft zurückgegangen ist.~~ Unser Ziel muss es
49 deshalb sein, in den nächsten 10 Jahren eine starke LINKE mit 100 000 Mitgliedern
50 aufzubauen. Wir wissen deshalb - und genauso wichtig bleibt es -, dass wir an uns und
51 der Einbindung unserer Mitglieder arbeiten müssen.

Begründung

1. Die Behauptung, dass die Verankerung der (bestehenden/aktuellen) Mitgliedschaft „in der Gesellschaft“ zurückgegangen ist, ist zu belegen. Sind unsere Mitglieder seltener Mitglied in Vereinen? Reden sie weniger mit anderen Menschen? Sind sie auf Arbeit isoliert und haben weniger Freund*innen als früher? Gibt es dazu empirische Daten?
2. Sollte sich der Satz auf die Reduktion der Verankerung durch Reduktion der Mitgliederzahl beziehen, wäre der Nachweis zu erbringen, dass dies tatsächlich in einem ursächlichen Zusammenhang mit den Wahlergebnissen steht. „Viele Mitglieder -> Wahl(erfolge)“ ist eine gängige Erzählung. Statistisch lässt sich eine Korrelation tatsächlich erkennen - das sagt aber nichts über die Richtungswirkung aus. „(Wahl)Erfolge = Attraktivität -> Eintritte“ sind die andere mögliche Richtung des Zusammenhangs.
3. Die Änderung spricht sich keineswegs gegen Verankerung, mehr Mitglieder usw. aus - aber dagegen, so einfach diese Ursache-Wirkung-Behauptung aufzustellen. Wir lassen uns in der Gegenrede zu diesem ÄA gerne vom Gegenteil überzeugen.

Antrag L02.054.1: Änderungsantrag zu L02-02

Antragsteller*in: LV Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 54 - 57

52 Die Rückmeldungen aus der Mitgliedschaft waren deutlich: Die Genoss*innen wünschen
53 sich mehr Einigkeit, mehr Debatte untereinander, mehr Kontakt zur Partei vor Ort. Wir
54 arbeiten daran: ~~Wahrnehmbar und aktiv vor Ort, glaubwürdig und verlässlich in unseren-~~
55 ~~Positionen, und diejenigen, die in sozialen Kämpfen um bessere Arbeits- und~~
56 ~~Lebensbedingungen einen spürbaren Unterschied machen - dann gewinnen wir wieder~~
57 ~~Wahlen.~~

Begründung

Der zu streichend Satz enthält keine auch nur ansatzweise konkrete Umsetzungsperspektive. Er kann weg und wir sollten uns abgewöhnen, solche Lorient-Bundestagsrede-Sätze in Anträge zu schreiben.

Antrag L02.056.1: Änderungsantrag zu L02-02

Änderungsantrag zu L02-02

Antragsteller*in: KV Wendland, Geraer Sozialistischer Dialog

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 56 - 57

52 Die Rückmeldungen aus der Mitgliedschaft waren deutlich: Die Genoss*innen wünschen
53 sich mehr Einigkeit, mehr Debatte untereinander, mehr Kontakt zur Partei vor Ort. Wir
54 arbeiten daran: Wahrnehmbar und aktiv vor Ort, glaubwürdig und verlässlich in unseren
55 Positionen, und diejenigen, die in sozialen Kämpfen um bessere Arbeits- und
56 Lebensbedingungen einen spürbaren Unterschied machen - dann ~~gewinn~~werden wir auch wieder
57 ~~Wahlen~~gesellschaftlich wirksamer.

Antrag L02.057.1: Änderungsantrag zu L02-02

Änderungsantrag zu L02-02

Antragsteller*in: OV Bad Cannstatt - Mühlhausen - Münster

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 57

52 Die Rückmeldungen aus der Mitgliedschaft waren deutlich: Die Genoss*innen wünschen
53 sich mehr Einigkeit, mehr Debatte untereinander, mehr Kontakt zur Partei vor Ort. Wir
54 arbeiten daran: Wahrnehmbar und aktiv vor Ort, glaubwürdig und verlässlich in unseren
55 Positionen, und diejenigen, die in sozialen Kämpfen um bessere Arbeits- und
56 Lebensbedingungen einen spürbaren Unterschied machen - dann gewinnen wir wieder
57 Wahlen.

Keine Privilegien für Abgeordnete und Parteifunktionär*innen

Der Wahlerfolg der KPÖ in Graz erklärt sich zu einem guten Teil dadurch, dass die Parlamentsvertreter*innen seit Jahrzehnten von ihren Diäten und Bezügen aktuell maximal 2.000 Euro für sich beanspruchen und alles darüber hinaus für die Bewegung und für soziale Hilfen spenden. Dadurch heben sich die KPÖ-Vertreter*innen materiell nicht von ihren Mitgliedern, Unterstützer*innen und Wähler*innen ab und das verschafft ihnen Glaubwürdigkeit. DIE LINKE muss diesem Beispiel folgen. DIE LINKE darf kein Platz für Karrierist*innen und abgehobene Politiker*innen sein. Abgeordnete müssen sich verpflichten, alles was über einen Durchschnittslohn hinausgeht an die Partei und soziale Bewegungen abzuführen. Gehälter von Hauptamtlichen des Apparats und der Rosa-Luxemburg-Stiftung sind ebenfalls auf den Durchschnittslohn zu begrenzen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag L02.059.1: Änderungsantrag zu L02-03

Änderungsantrag zu L02-03

Antragsteller*in:	BV Tempelhof-Schöneberg, Nicole Fritsche-Schmidt (Nordrhein-Westfalen), Amid Rabieh (Nordrhein-Westfalen, TP)
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 59 - 62

59 ~~Im~~Das Zeitfenster bis ~~zu einem Wahlerfolg bei der nächsten Bundestagswahl 2025 liegen~~
60 ~~vor der LINKEN einige Meilensteine. Bei einigen geht es uns ums Gewinnen, bei anderen~~
61 ~~darum, nicht zu verlieren. Darauf muss sich die Partei nicht~~zur nächsten Bundestagswahl ist nicht
groß. Um zukünftig wieder Wahlen zu gewinnen und den negativen Trend umzukehren, müssen wir eine Antwort darauf finden, warum unsere Partei mit ihrem sozialen und friedenspolitischen Profil an Stimmen bei Wählerinnen und Wählern verliert, obwohl ihre Sorgen durch höhere Inflation und Energiepreise sowie den Krieg in der Ukraine stark zunehmen. Um wieder stärkeren Rückhalt zu gewinnen, sollten die Aktivitäten der Partei auf die Berücksichtigung folgender Kriterien überprüft werden: Erstens eine inhaltliche Fokussierung auf die Kernthemen soziale Ungleichheit, Frieden, eine gerechte Umwelt- und Klimapolitik sowie die Stärkung von Demokratie und Freiheitsrechten. Zweitens der Gebrauch einer allgemein verständlichen Sprache. Drittens die Steigerung der Glaubwürdigkeit: Denn nur ~~wegen der~~ wenn unsere Botschaft bei den Menschen ankommt und sie uns abnehmen, dass wir willens und in der Lage sind einen echten Politikwechsel durchzusetzen, ist es aus ihrer Sicht sinnvoll, der LINKEN ihre Stimme zu geben. Wer Erfolg haben will, muss seine Hausaufgaben machen und eine deutlich erkennbare Alternative zu den sonstigen Parteien bieten, um wahrgenommen zu werden. Das wird umso dringlicher, weil die Herausforderungen mit geschrumpften Ressourcen bewältigt werden müssen. Darauf muss sich die Partei konzentrieren.

63 Zweifelsfrei sind alle Landtagswahlen für DIE
63 LINKE wichtig, einige aber noch wichtiger. Schlüsselstellungen nehmen die
64 Landtagswahlen in Bayern und Hessen 2023 sowie die ostdeutschen Kommunalwahlen 2024
65 ein. Ein Einzug in Hessen kann uns für die nächsten Wahlen Rückenwind geben. Daher
66 müssen wir dort strategisch ansetzen und investieren. Gleiches gilt für die
67 Kommunalwahlen 2024. Und im Hinblick auf die danach folgenden, für uns ebenfalls
68 herausgehoben wichtigen Landtagswahlen im Herbst 2024 in Brandenburg, Sachsen und
69 Thüringen. Eine Steigerung der Mandate ist der Motivationsmotor für die Partei, aber

70 auch das Signal, dass mit der LINKEN (wieder) gerechnet werden muss. Wir müssen also
71 hier alles auf Sieg stellen und von Seiten der Bundespartei investieren. Wir müssen
72 auch alle Anstrengung darauf richten, im Oktober in Niedersachsen wieder in den
73 Landtag einzuziehen und bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen im Mai 2023 das
74 Ergebnis mindestens zu halten. Wir brauchen Projekte, die Wahlkämpfe und
75 Verankerungsaufbau zusammenbringen, zentral koordiniert zur Unterstützung der
76 Landesverbände, deren Strukturen regelmäßig als prekär angesehen werden müssen.
77 Natürlich müssen die Landtagswahlen in Niedersachsen intensiv unterstützt und Bremen
78 muss verteidigt werden. Dazu braucht es die Unterstützung der gesamten Partei. Dazu
79 haben wir ein Konzept auf den Weg gebracht, das auch finanziell unterlegt ist. Dieses
80 Konzept werden wir nach den Erfahrungen in Niedersachsen für den Wahlkampf in Bremen
81 weiterentwickeln. Ziel dabei ist auch, dass sich die neu geschaffene Struktur über
82 die im Prozess gewonnen Mitglieder nach 2025 selbst trägt. Auf dieser Grundlage
83 müssen dann auch die beiden zentralen Wahlen Europa 2024 und Bundestagswahl 2025
84 vorbereitet werden.

Begründung

Mit der Ausnahme, dass die Landtagswahlen in Hessen Rückenwind geben sollen und die Wahlen im Herbst 2024 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen mit einer „Steigerung der Mandate“ zum „Motivationsmotor für die Partei“ werden sollen, weswegen diese Wahlen besonders von der Bundespartei unterstützt werden sollten, wird in dem gesamten Absatz „Wahlen gewinnen“ kein konkreter Weg oder eine Strategie genannt, wie bis zur nächsten Bundestagswahl der negative Trend umgedreht werden soll. Stattdessen ist eine Aneinanderreihung von Plattitüden zu finden, wie z.B. „Bei einigen geht es uns ums Gewinnen, bei anderen darum, nicht zu verlieren“, „Wir müssen also hier alles auf Sieg stellen“ oder „Wir müssen auch alle Anstrengung darauf richten (...) in den Landtag einzuziehen“. Ein ominöses Konzept wird erwähnt, aber mit keinem Wort darauf eingegangen, was es zum Inhalt hat. Das ist in der aktuellen Lage ungenügend.

Antrag L02.06 1.1: Änderungsantrag zu L02-03

Änderungsantrag zu L02-03

Antragsteller*in:

LV Bremen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 61 - 65

59 Im Zeitfenster bis zu einem Wahlerfolg bei der nächsten Bundestagswahl 2025 liegen
60 vor der LINKEN einige Meilensteine. Bei einigen geht es uns ums Gewinnen, bei anderen
61 darum, nicht zu verlieren. ~~Darauf muss sich die Partei nicht nur wegen der~~
62 ~~geschrumpften Ressourcen konzentrieren. Zweifelsfrei sind alle Landtagswahlen für DIE-~~
63 ~~LINKE wichtig, einige aber noch wichtiger. Schlüsselstellungen nehmen die~~
64 ~~Landtagswahlen in Bayern und Hessen 2023 sowie die ostdeutschen Kommunalwahlen 2024-~~
65 ~~ein.~~ Ein Einzug in Hessen kann uns für die nächsten Wahlen Rückenwind geben. Daher
66 müssen wir dort strategisch ansetzen und investieren. Gleiches gilt für die
67 Kommunalwahlen 2024. Und im Hinblick auf die danach folgenden, für uns ebenfalls
68 herausgehoben wichtigen Landtagswahlen im Herbst 2024 in Brandenburg, Sachsen und
69 Thüringen. Eine Steigerung der Mandate ist der Motivationsmotor für die Partei, aber
70 auch das Signal, dass mit der LINKEN (wieder) gerechnet werden muss. Wir müssen also
71 hier alles auf Sieg stellen und von Seiten der Bundespartei investieren. Wir müssen
72 auch alle Anstrengung darauf richten, im Oktober in Niedersachsen wieder in den

73 Landtag einzuziehen und bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen im Mai 2023 das
74 Ergebnis mindestens zu halten. Wir brauchen Projekte, die Wahlkämpfe und
75 Verankerungsaufbau zusammenbringen, zentral koordiniert zur Unterstützung der
76 Landesverbände, deren Strukturen regelmäßig als prekär angesehen werden müssen.
77 Natürlich müssen die Landtagswahlen in Niedersachsen intensiv unterstützt und Bremen
78 muss verteidigt werden. Dazu braucht es die Unterstützung der gesamten Partei. Dazu
79 haben wir ein Konzept auf den Weg gebracht, das auch finanziell unterlegt ist. Dieses
80 Konzept werden wir nach den Erfahrungen in Niedersachsen für den Wahlkampf in Bremen
81 weiterentwickeln. Ziel dabei ist auch, dass sich die neu geschaffene Struktur über
82 die im Prozess gewonnen Mitglieder nach 2025 selbst trägt. Auf dieser Grundlage
83 müssen dann auch die beiden zentralen Wahlen Europa 2024 und Bundestagswahl 2025
84 vorbereitet werden.

Begründung

Hier wird keine nachvollziehbare Prioritätensetzung getroffen. Es geht nicht, dass die Bürgerschaftswahl in Bremen 2023, wo wir die erste Regierungsbeteiligung in einem westdeutschen Bundesland und ein zweistelliges Ergebnis verteidigen, NICHT genannt wird unter den ‚wichtigen‘ Landtagswahlen.

Antrag L02.062.1: Änderungsantrag zu L02-03

Änderungsantrag zu L02-03

Antragsteller*in:

LV Niedersachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 62 - 65

59 Im Zeitfenster bis zu einem Wahlerfolg bei der nächsten Bundestagswahl 2025 liegen
60 vor der LINKEN einige Meilensteine. Bei einigen geht es uns ums Gewinnen, bei anderen
61 darum, nicht zu verlieren. Darauf muss sich die Partei nicht nur wegen der
62 geschrumpften Ressourcen konzentrieren. ~~Zweifelsfrei~~ Alle Landtagswahlen sind ~~alle~~
~~Landtagswahlen~~ für DIE
63 LINKE wichtig; ~~einige aber noch wichtiger. Schlüsselstellungen nehmen die~~
64 ~~Landtagswahlen in Bayern und Hessen 2023.~~ In den kommenden Monaten müssen wir in
Niedersachsen und Bremen sowie ~~die~~ anschließend Bayern, Hessen und im Jahr darauf bei den
65 ~~ein. Ein Einzug in Hessen kann uns für die nächsten Wahlen Rückenwind geben~~ gemeinsam einen
engagierten Wahlkampf führen. Daher
66 müssen wir dort strategisch ansetzen und investieren. Gleiches gilt für die
67 Kommunalwahlen 2024. Und im Hinblick auf die danach folgenden, für uns ebenfalls
68 herausgehoben wichtigen Landtagswahlen im Herbst 2024 in Brandenburg, Sachsen und
69 Thüringen. Eine Steigerung der Mandate ist der Motivationsmotor für die Partei, aber
70 auch das Signal, dass mit der LINKEN (wieder) gerechnet werden muss. Wir müssen also
71 hier alles auf Sieg stellen und von Seiten der Bundespartei investieren. Wir müssen
72 auch alle Anstrengung darauf richten, im Oktober in Niedersachsen wieder in den
73 Landtag einzuziehen und bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen im Mai 2023 das
74 Ergebnis mindestens zu halten. Wir brauchen Projekte, die Wahlkämpfe und
75 Verankerungsaufbau zusammenbringen, zentral koordiniert zur Unterstützung der
76 Landesverbände, deren Strukturen regelmäßig als prekär angesehen werden müssen.
77 Natürlich müssen die Landtagswahlen in Niedersachsen intensiv unterstützt und Bremen

78 muss verteidigt werden. Dazu braucht es die Unterstützung der gesamten Partei. Dazu
79 haben wir ein Konzept auf den Weg gebracht, das auch finanziell unterlegt ist. Dieses
80 Konzept werden wir nach den Erfahrungen in Niedersachsen für den Wahlkampf in Bremen
81 weiterentwickeln. Ziel dabei ist auch, dass sich die neu geschaffene Struktur über
82 die im Prozess gewonnen Mitglieder nach 2025 selbst trägt. Auf dieser Grundlage
83 müssen dann auch die beiden zentralen Wahlen Europa 2024 und Bundestagswahl 2025
84 vorbereitet werden.

Begründung

Selbsterklärend

Antrag L02.073.1: Änderungsantrag zu L02-03

Änderungsantrag zu L02-03

Antragsteller*in: LV Bremen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 73 - 74

59 Im Zeitfenster bis zu einem Wahlerfolg bei der nächsten Bundestagswahl 2025 liegen
60 vor der LINKEN einige Meilensteine. Bei einigen geht es uns ums Gewinnen, bei anderen
61 darum, nicht zu verlieren. Darauf muss sich die Partei nicht nur wegen der
62 geschrumpften Ressourcen konzentrieren. Zweifelsfrei sind alle Landtagswahlen für DIE
63 LINKE wichtig, einige aber noch wichtiger. Schlüsselstellungen nehmen die
64 Landtagswahlen in Bayern und Hessen 2023 sowie die ostdeutschen Kommunalwahlen 2024
65 ein. Ein Einzug in Hessen kann uns für die nächsten Wahlen Rückenwind geben. Daher
66 müssen wir dort strategisch ansetzen und investieren. Gleiches gilt für die
67 Kommunalwahlen 2024. Und im Hinblick auf die danach folgenden, für uns ebenfalls
68 herausgehoben wichtigen Landtagswahlen im Herbst 2024 in Brandenburg, Sachsen und
69 Thüringen. Eine Steigerung der Mandate ist der Motivationsmotor für die Partei, aber
70 auch das Signal, dass mit der LINKEN (wieder) gerechnet werden muss. Wir müssen also
71 hier alles auf Sieg stellen und von Seiten der Bundespartei investieren. Wir müssen
72 auch alle Anstrengung darauf richten, im Oktober in Niedersachsen wieder in den
73 Landtag einzuziehen ~~und bei~~. Bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen im Mai 2023 ~~das~~
verteidigen wir die erste LINKE Regierungsbeteiligung in einem westdeutschen Bundesland und
ein zweistelliges Ergebnis mindestens zu halten. Wir brauchen Projekte, die Wahlkämpfe und
75 Verankerungsaufbau zusammenbringen, zentral koordiniert zur Unterstützung der
76 Landesverbände, deren Strukturen regelmäßig als prekär angesehen werden müssen.
77 Natürlich müssen die Landtagswahlen in Niedersachsen intensiv unterstützt und Bremen
78 muss verteidigt werden. Dazu braucht es die Unterstützung der gesamten Partei. Dazu
79 haben wir ein Konzept auf den Weg gebracht, das auch finanziell unterlegt ist. Dieses
80 Konzept werden wir nach den Erfahrungen in Niedersachsen für den Wahlkampf in Bremen
81 weiterentwickeln. Ziel dabei ist auch, dass sich die neu geschaffene Struktur über
82 die im Prozess gewonnen Mitglieder nach 2025 selbst trägt. Auf dieser Grundlage
83 müssen dann auch die beiden zentralen Wahlen Europa 2024 und Bundestagswahl 2025
84 vorbereitet werden.

Begründung

Bremen unter ‚ferner liefern‘ abzuhandeln, mit einem Satz ‚natürlich müssen wir auch‘, ist eine

politische Abwertung, die der bundesweiten Bedeutung der Bürgerschaftswahl und der ersten RGR-Regierung im Westen nicht angemessen ist. Die Tatsache, dass wir derzeit an vier Landesregierungen beteiligt sind, die immerhin ein Zehntel der bundesdeutschen Bevölkerung vertreten, ist einer der funktionierenden Aktivposten der Partei in dieser schwierigen Phase.

Antrag L02.075.1: Änderungsantrag zu L02-03

Änderungsantrag zu L02-03

Antragsteller*in: LV Rheinland-Pfalz

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 75 - 84

59 Im Zeitfenster bis zu einem Wahlerfolg bei der nächsten Bundestagswahl 2025 liegen
60 vor der LINKEN einige Meilensteine. Bei einigen geht es uns ums Gewinnen, bei anderen
61 darum, nicht zu verlieren. Darauf muss sich die Partei nicht nur wegen der
62 geschrumpften Ressourcen konzentrieren. Zweifelsfrei sind alle Landtagswahlen für DIE
63 LINKE wichtig, einige aber noch wichtiger. Schlüsselstellungen nehmen die
64 Landtagswahlen in Bayern und Hessen 2023 sowie die ostdeutschen Kommunalwahlen 2024
65 ein. Ein Einzug in Hessen kann uns für die nächsten Wahlen Rückenwind geben. Daher
66 müssen wir dort strategisch ansetzen und investieren. Gleiches gilt für die
67 Kommunalwahlen 2024. Und im Hinblick auf die danach folgenden, für uns ebenfalls
68 herausgehoben wichtigen Landtagswahlen im Herbst 2024 in Brandenburg, Sachsen und
69 Thüringen. Eine Steigerung der Mandate ist der Motivationsmotor für die Partei, aber
70 auch das Signal, dass mit der LINKEN (wieder) gerechnet werden muss. Wir müssen also
71 hier alles auf Sieg stellen und von Seiten der Bundespartei investieren. Wir müssen
72 auch alle Anstrengung darauf richten, im Oktober in Niedersachsen wieder in den
73 Landtag einzuziehen und bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen im Mai 2023 das
74 Ergebnis mindestens zu halten. Wir brauchen Projekte, die Wahlkämpfe und
75 Verankerungsaufbau zusammenbringen, ~~zentral koordiniert zur Unterstützung der~~
76 ~~Landesverbände, deren Strukturen regelmäßig als prekär angesehen werden müssen.~~
77 Natürlich müssen die Landtagswahlen in Niedersachsen intensiv unterstützt und Bremen
78 muss verteidigt werden. Dazu braucht es die Unterstützung der gesamten Partei. ~~Dazu~~
79 ~~haben wir ein Konzept auf den Weg gebracht, das auch finanziell unterlegt ist. Dieses~~
80 ~~Konzept werden wir nach den Erfahrungen in Niedersachsen für den Wahlkampf in Bremen~~
81 ~~weiterentwickeln. Ziel dabei ist auch, dass sich die neu geschaffene Struktur über~~
82 ~~die im Prozess gewonnen Mitglieder nach 2025 selbst trägt. Auf dieser Grundlage~~
83 ~~müssen dann auch~~ Und wir müssen jetzt schon den Fokus auf die beiden zentralen Wahlen Europa
2024 und Bundestagswahl 2025
84 richten, um gut vorbereitet ~~werden zu sein.~~

Antrag L02.077.1: Änderungsantrag zu L02-03

Änderungsantrag zu L02-03

Antragsteller*in: LV Bremen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 77 - 81

59 Im Zeitfenster bis zu einem Wahlerfolg bei der nächsten Bundestagswahl 2025 liegen

60 vor der LINKEN einige Meilensteine. Bei einigen geht es uns ums Gewinnen, bei anderen
61 darum, nicht zu verlieren. Darauf muss sich die Partei nicht nur wegen der
62 geschrumpften Ressourcen konzentrieren. Zweifelsfrei sind alle Landtagswahlen für DIE
63 LINKE wichtig, einige aber noch wichtiger. Schlüsselstellungen nehmen die
64 Landtagswahlen in Bayern und Hessen 2023 sowie die ostdeutschen Kommunalwahlen 2024
65 ein. Ein Einzug in Hessen kann uns für die nächsten Wahlen Rückenwind geben. Daher
66 müssen wir dort strategisch ansetzen und investieren. Gleiches gilt für die
67 Kommunalwahlen 2024. Und im Hinblick auf die danach folgenden, für uns ebenfalls
68 herausgehoben wichtigen Landtagswahlen im Herbst 2024 in Brandenburg, Sachsen und
69 Thüringen. Eine Steigerung der Mandate ist der Motivationsmotor für die Partei, aber
70 auch das Signal, dass mit der LINKEN (wieder) gerechnet werden muss. Wir müssen also
71 hier alles auf Sieg stellen und von Seiten der Bundespartei investieren. Wir müssen
72 auch alle Anstrengung darauf richten, im Oktober in Niedersachsen wieder in den
73 Landtag einzuziehen und bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen im Mai 2023 das
74 Ergebnis mindestens zu halten. Wir brauchen Projekte, die Wahlkämpfe und
75 Verankerungsaufbau zusammenbringen, zentral koordiniert zur Unterstützung der
76 Landesverbände, deren Strukturen regelmäßig als prekär angesehen werden müssen.
77 ~~Natürlich müssen die Landtagswahlen in Niedersachsen intensiv unterstützt und Bremen~~
78 ~~muss verteidigt werden. Dazu braucht es die Unterstützung der gesamten Partei. Dazu~~
79 ~~haben wir ein Konzept auf den Weg gebracht, das auch finanziell unterlegt ist. Dieses~~
80 ~~Konzept werden wir nach den Erfahrungen in Niedersachsen für den Wahlkampf in Bremen~~
81 ~~weiterentwickeln.~~ Ziel dabei ist auch, dass sich die neu geschaffene Struktur über
82 die im Prozess gewonnen Mitglieder nach 2025 selbst trägt. Auf dieser Grundlage
83 müssen dann auch die beiden zentralen Wahlen Europa 2024 und Bundestagswahl 2025
84 vorbereitet werden.

Begründung

Erstens Wiederholung, Niedersachsen und Bremen sind schon weiter oben genannt, und zweitens Abwertung – eine Formulierung im Stil von ‚und dann gibt es ja auch noch‘ wird der Bedeutung dieser Wahlen nicht gerecht und ist den Landesverbänden nicht zuzumuten. Ein Konzept aufzuführen, das inhaltlich nicht beschrieben ist und das bislang nicht mit den Landesverbänden diskutiert wurde, geht ebenfalls nicht.

Antrag L02.077.2: Änderungsantrag zu L02-03

Änderungsantrag zu L02-03

Antragsteller*in:

Hanna Wanke (Bayern · Nr. 230)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 77 - 78

59 Im Zeitfenster bis zu einem Wahlerfolg bei der nächsten Bundestagswahl 2025 liegen
60 vor der LINKEN einige Meilensteine. Bei einigen geht es uns ums Gewinnen, bei anderen
61 darum, nicht zu verlieren. Darauf muss sich die Partei nicht nur wegen der
62 geschrumpften Ressourcen konzentrieren. Zweifelsfrei sind alle Landtagswahlen für DIE
63 LINKE wichtig, einige aber noch wichtiger. Schlüsselstellungen nehmen die
64 Landtagswahlen in Bayern und Hessen 2023 sowie die ostdeutschen Kommunalwahlen 2024
65 ein. Ein Einzug in Hessen kann uns für die nächsten Wahlen Rückenwind geben. Daher
66 müssen wir dort strategisch ansetzen und investieren. Gleiches gilt für die
67 Kommunalwahlen 2024. Und im Hinblick auf die danach folgenden, für uns ebenfalls

68 herausgehoben wichtigen Landtagswahlen im Herbst 2024 in Brandenburg, Sachsen und
69 Thüringen. Eine Steigerung der Mandate ist der Motivationsmotor für die Partei, aber
70 auch das Signal, dass mit der LINKEN (wieder) gerechnet werden muss. Wir müssen also
71 hier alles auf Sieg stellen und von Seiten der Bundespartei investieren. Wir müssen
72 auch alle Anstrengung darauf richten, im Oktober in Niedersachsen wieder in den
73 Landtag einzuziehen und bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen im Mai 2023 das
74 Ergebnis mindestens zu halten. Wir brauchen Projekte, die Wahlkämpfe und
75 Verankerungsaufbau zusammenbringen, zentral koordiniert zur Unterstützung der
76 Landesverbände, deren Strukturen regelmäßig als prekär angesehen werden müssen.
77 ~~Natürlich müssen die Landtagswahlen in Niedersachsen intensiv unterstützt und Bremen-~~
78 ~~muss verteidigt werden.~~ Dazu braucht es die Unterstützung der gesamten Partei. Dazu
79 haben wir ein Konzept auf den Weg gebracht, das auch finanziell unterlegt ist. Dieses
80 Konzept werden wir nach den Erfahrungen in Niedersachsen für den Wahlkampf in Bremen
81 weiterentwickeln. Ziel dabei ist auch, dass sich die neu geschaffene Struktur über
82 die im Prozess gewonnen Mitglieder nach 2025 selbst trägt. Auf dieser Grundlage
83 müssen dann auch die beiden zentralen Wahlen Europa 2024 und Bundestagswahl 2025
84 vorbereitet werden.

Begründung

Dieser Satz doppelt nur das vorher schon gesagte und wirkt außerdem sprachlich sehr aggressiv. Daher bin ich der Meinung, er kann problemlos gestrichen werden.

Antrag L02.084.1: Änderungsantrag zu L02-03

Änderungsantrag zu L02-03

Antragsteller*in:

OV Bad Cannstatt - Mühlhausen - Münster

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 84

59 Im Zeitfenster bis zu einem Wahlerfolg bei der nächsten Bundestagswahl 2025 liegen
60 vor der LINKEN einige Meilensteine. Bei einigen geht es uns ums Gewinnen, bei anderen
61 darum, nicht zu verlieren. Darauf muss sich die Partei nicht nur wegen der
62 geschrumpften Ressourcen konzentrieren. Zweifelsfrei sind alle Landtagswahlen für DIE
63 LINKE wichtig, einige aber noch wichtiger. Schlüsselstellungen nehmen die
64 Landtagswahlen in Bayern und Hessen 2023 sowie die ostdeutschen Kommunalwahlen 2024
65 ein. Ein Einzug in Hessen kann uns für die nächsten Wahlen Rückenwind geben. Daher
66 müssen wir dort strategisch ansetzen und investieren. Gleiches gilt für die
67 Kommunalwahlen 2024. Und im Hinblick auf die danach folgenden, für uns ebenfalls
68 herausgehoben wichtigen Landtagswahlen im Herbst 2024 in Brandenburg, Sachsen und
69 Thüringen. Eine Steigerung der Mandate ist der Motivationsmotor für die Partei, aber
70 auch das Signal, dass mit der LINKEN (wieder) gerechnet werden muss. Wir müssen also
71 hier alles auf Sieg stellen und von Seiten der Bundespartei investieren. Wir müssen
72 auch alle Anstrengung darauf richten, im Oktober in Niedersachsen wieder in den
73 Landtag einzuziehen und bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen im Mai 2023 das
74 Ergebnis mindestens zu halten. Wir brauchen Projekte, die Wahlkämpfe und
75 Verankerungsaufbau zusammenbringen, zentral koordiniert zur Unterstützung der
76 Landesverbände, deren Strukturen regelmäßig als prekär angesehen werden müssen.
77 Natürlich müssen die Landtagswahlen in Niedersachsen intensiv unterstützt und Bremen
78 muss verteidigt werden. Dazu braucht es die Unterstützung der gesamten Partei. Dazu

79 haben wir ein Konzept auf den Weg gebracht, das auch finanziell unterlegt ist. Dieses
80 Konzept werden wir nach den Erfahrungen in Niedersachsen für den Wahlkampf in Bremen
81 weiterentwickeln. Ziel dabei ist auch, dass sich die neu geschaffene Struktur über
82 die im Prozess gewonnen Mitglieder nach 2025 selbst trägt. Auf dieser Grundlage
83 müssen dann auch die beiden zentralen Wahlen Europa 2024 und Bundestagswahl 2025
84 vorbereitet werden.

Lieber richtig in die Opposition als falsch in die Regierung

Die Kriegs- und Aufrüstungspolitik von Grünen und SPD zeigen in aller Deutlichkeit, dass diese Parteien den Machterhalt und die Machtausdehnung der herrschenden Klasse betreiben. Notfalls auch mit militärischen Mitteln. Es gibt mit SPD und Grünen kein gemeinsames Lager. In vier Landesregierungen regiert DIE LINKE mit. Die Grundgesetzänderung für das 100-Milliarden-Euro Sondervermögen der Bundeswehr ist im Bundesrat zustimmungspflichtig. Für den Fall, dass diese Bundesländer zustimmen und/oder sich enthalten bedeutet dies eine Kapitulation von DIE LINKE in der Friedensfrage und verschärft die Glaubwürdigkeitskrise enorm. Die betroffenen Landesverbände werden aufgefordert, in diesem Fall die Koalition zu verlassen und die andern Parteien für ihre Zustimmung zu den 100 Milliarden bei gleichzeitiger massiver Unterfinanzierung von Gesundheits- und Bildungswesen sowie dem öffentlichen Verkehr, Umwelt- und Klimaschutz anzugreifen.

Trotz 59,1% Zustimmung für die Enteignung aller Immobilienunternehmen mit mehr als 3.000 Wohnungen in Berlin wollen SPD und Grüne die Enteignung mit allen Tricks verhindern. Die Einrichtung einer sogenannten Expert*innenkommission, die ein Jahr oder sogar 1 ½ Jahre prüfen soll und nicht öffentlich tagt ist Teil dieser Verhinderungsstrategie. DIE LINKE fordert die dringend notwendige Umsetzung des Volksentscheids in Berlin und die Enteignung der Immobilienkonzerne bundesweit. Entschädigung darf es nur für Kleinaktionär*innen und bei nachgewiesener Bedürftigkeit (z.B. für in Pensionsfonds angelegte Renten) geben. Zur Durchsetzung dieses Ziels beteiligt sich DIE LINKE aktiv am Aufbau einer starken Mieter*innenbewegung. Die Fraktion von DIE LINKE im Bundestag und alle Landtagsfraktionen werden aufgefordert entsprechende Anträge zur Enteignung in die Parlamente einzubringen, um bundesweit für Öffentlichkeit und Klassenpolarisierung in dieser Frage zu sorgen.

Der Bundesparteitag fordert den Landesverband Berlin auf, die fortgesetzten Maßnahmen des Senats zur Verzögerung und Nichtumsetzung des Volksentscheids, geplante Verschlechterungen für die Mieter*innen der landeseigenen Wohnungsgesellschaften zum Anlass zu nehmen, die Koalition zu verlassen. Die Beteiligung der Linken an einer Koalitionsregierung, die den Volksentscheid verhindern will und den Immobilienkonzernen den roten Teppich ausbreitet, schädigt genauso die Glaubwürdigkeit der LINKEN wie die der PDS im Jahr 2005 als sie in der Berliner Landesregierung dem Verkauf von 60.000 landeseigenen Wohnungen zugestimmt hat.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag L02.086.1: Änderungsantrag zu L02-04

Änderungsantrag zu L02-04

Antragsteller*in:

KV Wendland, Geraer Sozialistischer Dialog

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 86

86 Wer zur LINKEN kommt, muss **spüren:erkennen:** Hier gibt es gemeinsam eine Welt zu gewinnen -

87 hier arbeiten Gleichgesinnte an kleinen und großen Erfolgen, hier kämpfen Menschen
88 gemeinsam gegen Ungerechtigkeit. Aber zu oft werden Interessierte und Mitglieder auf
89 unseren Versammlungen mit Konflikten und entsprechende Verfahren konfrontiert, die
90 sie selbst nicht lösen können. Stattdessen sollen Interessierte und Mitglieder sofort
91 in der Partei ankommen, eine gute Zeit haben und sich für das engagieren können, was
92 ihnen wichtig ist. Es ist die Verantwortung von Vorständen, in der Aktivität vor Ort
93 das Gemeinsame zu betonen, verschiedene Interessen zusammenzuführen und deutlich zu
94 machen: Wir sind verschieden - aber gemeinsam für linke Ideen aktiv.

Antrag L02.101.1: Änderungsantrag zu L02-04

Änderungsantrag zu L02-04

Antragsteller*in:

KV Wendland, Geraer Sozialistischer Dialog

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 101 - 102

96 Alle Kreisverbände, besser noch die Ortsverbände, entwickeln Willkommensstrukturen
97 und Projekte, in die neue Mitglieder niedrigschwellig einsteigen können. Unsere
98 Partei befindet sich im Umbruch: Etwa jedes fünfte Mitglied unserer Partei ist in den
99 letzten vier Jahren zu uns gestoßen. Das ist für uns eine immense Verantwortung: Wer
100 zur LINKEN kommt, muss also eine offene Kultur vorfinden, die Austausch und Aktivität
101 stärker macht als Bürokratie und Routine; funktionierende demokratische Strukturen, die
Angebote
zur Beteiligung machen herausfordern. Und es muss ein transparenter Wissenstransfer organisiert
103 werden. Sonst gehen die Kenntnisse über viele Angebote, die Landesverbände- und
104 Bundespartei zur Verfügung stellen, verloren und müssen mühsam wieder zusammengesucht
105 werden.

Antrag L02.105.1: Änderungsantrag zu L02-04

Änderungsantrag zu L02-04

Antragsteller*in:

linksjugend ['solid]

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 105

96 Alle Kreisverbände, besser noch die Ortsverbände, entwickeln Willkommensstrukturen
97 und Projekte, in die neue Mitglieder niedrigschwellig einsteigen können. Unsere
98 Partei befindet sich im Umbruch: Etwa jedes fünfte Mitglied unserer Partei ist in den
99 letzten vier Jahren zu uns gestoßen. Das ist für uns eine immense Verantwortung: Wer
100 zur LINKEN kommt, muss also eine offene Kultur vorfinden, die Austausch und Aktivität
101 stärker macht als Bürokratie und Routine; funktionierende Strukturen, die Angebote
102 zur Beteiligung machen. Und es muss ein transparenter Wissenstransfer organisiert
103 werden. Sonst gehen die Kenntnisse über viele Angebote, die Landesverbände- und
104 Bundespartei zur Verfügung stellen, verloren und müssen mühsam wieder zusammengesucht
105 werden werden. Damit wir alle Genoss*innen in die Arbeit von Orts- und Kreisverbänden sowie in
die Landes- und Bundesebene einbinden können, laden die entsprechenden Vorstandsgremien
die Genoss*innen zur Diskussion über die Aufgaben emanzipatorischer, linker Führung ein, um

gemeinsam Erwartungen zu diskutieren und Ziele zur Verbesserung zu setzen.

Antrag L02.105.2: Änderungsantrag zu L02-04

Änderungsantrag zu L02-04

Antragsteller*in: KV Freiburg

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 96 - 105

96 Alle Kreisverbände, besser noch die Ortsverbände, entwickeln Willkommensstrukturen
97 und Projekte, in die neue Mitglieder niedrigschwellig einsteigen können. Unsere
98 Partei befindet sich im Umbruch: Etwa jedes fünfte Mitglied unserer Partei ist in den
99 letzten vier Jahren zu uns gestoßen. Das ist für uns eine immense Verantwortung: Wer
100 zur LINKEN kommt, muss also eine offene Kultur vorfinden, die Austausch und Aktivität
101 stärker macht als Bürokratie und Routine; funktionierende Strukturen, die Angebote
102 zur Beteiligung machen. Und es muss ein transparenter Wissenstransfer organisiert
103 werden. Sonst gehen die Kenntnisse über viele Angebote, die Landesverbände- und
104 Bundespartei zur Verfügung stellen, verloren und müssen mühsam wieder zusammengesucht
105 werden.

Die Führungsgremien der Partei, in Parteistrukturen und parlamentarischen Vertretungen sind der Mitgliedschaft und dem programmatischen Selbstverständnis verpflichtet. Sie stehen in der Verantwortung in ständiger Rückbindung mit der Mitgliedschaft zu handeln und zu kommunizieren. Wir sind eine Partei, die von der Mitgliedschaft getragen wird, keine Partei der Funktionäre! Besonders in der Außendarstellung erwarten und fordern wir von unseren führenden Genoss*innen ein größeres Bewusstsein für ihr eigenes Aussenauftreten und die Auswirkungen desselben für die gesamte Partei.

Antrag L02.105.3: Änderungsantrag zu L02-04

Änderungsantrag zu L02-04

Antragsteller*in: LV Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 105

96 Alle Kreisverbände, besser noch die Ortsverbände, entwickeln Willkommensstrukturen
97 und Projekte, in die neue Mitglieder niedrigschwellig einsteigen können. Unsere
98 Partei befindet sich im Umbruch: Etwa jedes fünfte Mitglied unserer Partei ist in den
99 letzten vier Jahren zu uns gestoßen. Das ist für uns eine immense Verantwortung: Wer
100 zur LINKEN kommt, muss also eine offene Kultur vorfinden, die Austausch und Aktivität
101 stärker macht als Bürokratie und Routine; funktionierende Strukturen, die Angebote
102 zur Beteiligung machen. Und es muss ein transparenter Wissenstransfer organisiert
103 werden. Sonst gehen die Kenntnisse über viele Angebote, die Landesverbände- und
104 Bundespartei zur Verfügung stellen, verloren und müssen mühsam wieder zusammengesucht
105 ~~werden~~werden.

Mit solchen Angeboten gibt es bereits Erfahrungen, auf die zurückgegriffen werden kann. Einige seien an dieser Stelle beispielhaft aufgeführt:
- Gemeinsame Räume der Begegnung schaffen: Ob ein Angebot „Fit mit LINKS“, in dem sich

unsere Mitglieder zum gemeinsamen Sporttreiben zusammenfinden, Tanzabende im Anschluss an Parteitage, gemeinsame Subbotniks im Stadtteil oder offene Skatturniere: Das alles können Orte sein, an denen wir ohne Beschlussdruck zusammenkommen, Erfahrungen austauschen, lachen und uns kennenlernen können.

- Andere Formate in Mitgliederversammlungen: Bühne, Mikro, Tagungsleitung?

Frontalbeschallung, Vortrag, Tagesordnung? Das geht auch anders! Ob das gemeinsame Basteln von Schildern für die nächste Demonstration oder politische Wissensvermittlung über ein Quiz: Unsere Mitgliederversammlungen können abwechslungsreich sein, sollen Spaß machen und niedrigschwellig ein Mitmachen ermöglichen.

- Einbindung von Neumitgliedern: Zentrale oder dezentrale Treffen mit Neumitgliedern gibt es bereits in vielen Gliederungen. Doch besonders wichtig ist eine persönliche Ansprache, ein erstes Gespräch und das „Dranbleiben“ danach. Pat*innen können Neumitglieder zu Parteitag begleiten und Fragen beantworten. Die Funktionsweise der Partei wird in kleinen Handreichungen oder einem Wiki erklärt und die Tagungsleitungen auf Parteitag achten darauf, so zu sprechen, dass auch das gestern eingetretene Mitglied versteht, was eigentlich passiert. Neumitglieder können proaktiv zu Parteitagen höherer Ebenen eingeladen werden und eine exklusive kleine Führung bekommen. Mentoringprogramme ermöglichen es, auch „hinter die Kulissen“ von Fraktionen und Hauptamt zu schauen.

- Wissensvermittlung und Wissenstransfer: Auf „Akademien“ oder Einzelworkshops kann viel Wissen vermittelt werden - nicht trocken, sondern ganz praktisch. Warum nicht ein „How to Infostand“, in dem die Teilnehmer*innen sowohl die Rolle der Mitglieder als auch der Bürger*innen einnehmen? Warum starten Wahlkämpfe nicht mit einem freundlichen „Plakatwettbewerb“, bei dem die schnellste und schönste Aufhängung prämiert werden? Doch auch das „interne“ Wissen muss weitergegeben werden: Gliederungen sollten aktiv angehalten werden, Mitglieder in die jeweiligen Parteitags-Kommissionen zu entsenden. Jede Leitung einer Antrags-, Wahl- oder Mandatsprüfungskommission sollte mit neuen Stellvertreter*innen arbeiten, die proaktiv in die Kommissionsleitung eingeführt werden.

- Für eine freundliche Parteikultur: Damit sich Menschen auf unseren Versammlungen wohlfühlen, eingebunden und auch eingeladen fühlen, sind oft nicht nur die groben Abläufe und Verfahrensregeln wichtig, sondern auch die Aufmerksamkeit im Kleinen, die „Soft-Skills“ einer freundlichen Atmosphäre. Werden Menschen bspw. über eine „Runde“ eingebunden, damit nicht nur die sprechen, die sich immer zu Wort melden? Gibt es Vorstellungsrunden, wenn neue Mitglieder zu uns stoßen? Werden Abkürzungen und Abläufe erklärt? Hier ein Weiterbildungsangebot oder eine Handreichung zu schaffen, mit denen Mitglieder unserer Partei Veranstaltungen besuchen, bewerten und dann auch den Verantwortlichen vor Ort Feedback geben und Verbesserungsvorschläge unterbreiten können, wäre ein überlegenswerter Ansatz.

Begründung

Viele der aufgezählten Beispiele gibt es innerhalb unseres Landesverbandes und sind eine Anregung dessen, was möglich ist. Andere gibt es (noch) nicht, sind aber wohl auch eine Überlegung wert.

Antrag L02.106.1: Änderungsantrag zu L02-04

Änderungsantrag zu L02-04

Antragsteller*in:

LV Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 106 - 112

~~106 Unsere Treffen dürfen keine geschlossenen Veranstaltungen sein, sondern sind linke~~

~~107 Ankerpunkte in der Gesellschaft: Sie müssen Orte des Austausches von politischen
108 Ideen sein, Orte des gemeinsamen Planens und gegenseitigen Erlebens. Wenn
109 Interessierte zum ersten Mal bei uns sind, sind sie ein Teil von uns, so wie wir Teil
110 der Nachbarschaft, des Betriebes, der Bewegung oder der Wartenden im Jobcenter sind.
111 Wir wollen, dass DIE LINKE im Alltag der Menschen an ihrer Seite steht, dass wir
112 gemeinsam mit Plan, Vision und in lockerer Atmosphäre für Verbesserungen kämpfen.~~

Begründung

Dieser Abschnitt enthält im Kern: nichts. Man liest das, nickt kurz mit dem Kopf, um anschließend direkt achselzuckend weiterzumachen wie vorher. In Anträgen, wo es um unsere konkrete Praxis geht, braucht es aber konkrete Umsetzungsperspektiven.

Antrag L02.111.1: Änderungsantrag zu L02-04

Änderungsantrag zu L02-04

Antragsteller*in: KV Wendland, Geraer Sozialistischer Dialog

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 111 - 112

106 Unsere Treffen dürfen keine geschlossenen Veranstaltungen sein, sondern sind linke
107 Ankerpunkte in der Gesellschaft: Sie müssen Orte des Austausches von politischen
108 Ideen sein, Orte des gemeinsamen Planens und gegenseitigen Erlebens. Wenn
109 Interessierte zum ersten Mal bei uns sind, sind sie ein Teil von uns, so wie wir Teil
110 der Nachbarschaft, des Betriebes, der Bewegung oder der Wartenden im Jobcenter sind.
111 Wir wollen, ~~dass als Mitglieder von~~ DIE LINKE ~~im Alltag der Menschen an ihrer Seite steht, dass wir~~
gemeinsam mit ~~Plan, Vision und in lockerer Atmosphäre~~ anderen Menschen den Alltag verändern
und zusammen für Verbesserungen kämpfen.

Antrag L02.113.1: Änderungsantrag zu L02-04

Änderungsantrag zu L02-04

Antragsteller*in: LV Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 113 - 118

~~113 Dazu gehört auch, Orte in der Partei zu schaffen, in denen wir ohne Beschlussdruck
114 zusammenkommen, neue Erkenntnisse gewinnen, Erfahrungen austauschen, lachen und
115 Interessen und Ziele ausloten können. Wir können Verbindungen zwischen den Menschen
116 wieder stärken, wenn wir unsere Arbeitsweise umstellen. Im direkten Gespräch, in der
117 direkten Erfahrung auf gelungenen Treffen, in gemeinsamen Kämpfen, sei es vor Ort
118 oder bei weltumfassenden Themen.~~

Begründung

Dieser Abschnitt enthält im Kern: nichts. Man liest das, nickt kurz mit dem Kopf um anschließend

direkt achselzuckend weiterzumachen wie vorher. In Anträgen, wo es um unsere konkrete Praxis geht, braucht es aber konkrete Umsetzungsperspektiven.

Antrag L02.126.1: Änderungsantrag zu L02-04

Änderungsantrag zu L02-04

Antragsteller*in: KV Soest

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 126

124 In einer Gesellschaft, in der der Ton rauer wird, sind wir der Ort, an dem
125 Genoss*innen wieder Kraft tanken können. Wir sind ihr politisches Zuhause. Wir sind
126 der Ort der Hoffnung. Im persönlichen Kontakt entsteht Vertrauen.

In der LINKEN ist kein Platz für Rassismus, Sexismus und Diskriminierung. Das werden wir mit veränderten Strukturen untermauern und vorbeugen.

Antrag L02.126.2: Änderungsantrag zu L02-04

Änderungsantrag zu L02-04

Antragsteller*in: KV Freiburg

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 126

124 In einer Gesellschaft, in der der Ton rauer wird, sind wir der Ort, an dem
125 Genoss*innen wieder Kraft tanken können. Wir sind ihr politisches Zuhause. Wir sind
126 der Ort der Hoffnung. Im persönlichen Kontakt entsteht Vertrauen.

Basisdemokratische Verfahren: Beteiligung schaffen und Mitglieder einbinden

Wir wollen alle unsere Mitglieder gleichberechtigt an wichtigen Entscheidungen der Partei beteiligen. Dazu wollen wir Strukturen schaffen und Verfahren aufbauen, die den parteiweiten Austausch und die Meinungsbildung ermöglichen und fördern. Der Parteivorstand ist verpflichtet, Verfahren zum Austausch mit der Mitgliedschaft und zur parteiinternen Meinungsbildung zu entwickeln und anzuwenden. Wir wollen zu einer Partei werden, die Grundsatzfragen und politische Debatten auf allen Ebenen in offenem, respektvollen und parteiweisem Dialog klärt. Die Auswahl von Kandidierenden soll in Zukunft und die Aufstellung von Wahllisten durch basisdemokratische Entscheidungen der Mitgliedschaft geschehen. Spitzenpersonal soll von der gesamten Mitgliedschaft gewählt werden. Breite Beteiligung der Mitgliedschaft bei der Auswahl von Kandidierenden sorgt für Transparenz in den Auswahlverfahren und stiftet verstärkte Identifikation von Mitgliedschaft und Partei. Die Parteiführung ist verpflichtet, die Entwicklung dementsprechender Strukturen voranzutreiben.

Für die notwendigen Satzungsänderungen zur Durchführung von Urwahlen bei Wahlen zu Vorstandsämtern und Listenplätzen bereitet der Parteivorstand am kommenden Parteitag die Wahl einer Kommission vor. Die Wahl dieser Kommission soll durch die Delegierten erfolgen. Insbesondere unserer Partei verbundene Jurist*innen und Politikwissenschaftler*innen sollen eingeladen werden, für die Kommission zu kandidieren. Diese Basisdemokratiekommission soll

einen Änderungsvorschlag zur Satzung erarbeiten, der beim übernächsten Parteitag entschieden werden.

Begründung

Basisdemokratische Beteiligung ist ein Grundwert linker Politik. Gleichheit und Gleichberechtigung sind für uns zentrale Grundwerte. Wir sind immer wieder angehalten, diese Werte auch und ganz besonders innerhalb unserer Partei vorzuleben. Flache Hierarchien befördern demokratisches und solidarisches Arbeiten miteinander. Durch direkte Einbindung in die Entscheidungen der Partei schaffen wir auf der gesamten Breite der Partei, Möglichkeiten und Motivation sich niederschwellig einzubringen. In anderen Parteien ist die Wahl von Kandidierenden durch die Mitgliedschaft bereits länger gängige Praxis. Mitgliederentscheide zur Auswahl von Spitzenpersonal schaffen Sichtbarkeit für die Partei und können Sympathisanten und Interessierte dazu bewegen in die Partei einzutreten.

Als Linke kämpfen wir für eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft und der Wirtschaftsordnung. Deshalb brauchen wir eine nachhaltige und umfassende Demokratisierung unserer Parteistrukturen, unserer Entscheidungswege und unserer Verfahren zur Meinungsbildung, die unsere Ansprüche bereits in unserer Partei Wirklichkeit werden lässt.

Antrag L02.128.1: Änderungsantrag zu L02-05

Änderungsantrag zu L02-05

Antragsteller*in:	Dr. Julia Bonk (SV Dresden)
--------------------------	-----------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 128

128 Um in die Breite zu kommen, nutzen wir die Kontakte, die unsere Mitglieder haben: Wir alle stehen in Lebensverhältnissen, die uns mit Menschen unterschiedlichster Hintergründe verbinden. Wir kommunizieren unsere Ansichten offen und entwickeln im Gespräch neue Antworten.
Bei der Erarbeitung unserer Programmatik und Initiativen beziehen wir verstärkt die Bevölkerung mit ein. Wir laden zum Infostand nicht nur ein, um unsere Sichtweisen bekannt zu machen, sondern um neue zu entdecken. Viele von uns tun das. Lasst uns in öffentlichen Foren unsere Antworten zusammen mit der Bevölkerung entwickeln.

129 Menschen kommen zur LINKEN, wenn wir sie persönlich einladen. Persönliche Gespräche,
130 sei es an der Haustür, am Gartenzaun oder an einem Infostand, der aktiv gestaltet ist
131 und zum Dialog einlädt, sind das mit Abstand effektivste und wirkungsvollste Mittel,
132 um mit Interessierten zu reden und sie zum Mitmachen einzuladen. Gleiches gilt für
133 unsere Mitglieder: Keine E-Mail kann das persönliche Gespräch mit ihnen, direkt oder
134 auch am Telefon, ersetzen. Unsere Mitglieder sind diejenigen, die im Alltag linke
Themen in der Gesellschaft setzen und vor Ort Wähler*innen überzeugen.

Antrag L02.128.2: Änderungsantrag zu L02-05

Änderungsantrag zu L02-05

Antragsteller*in:	KV Wendland, Geraer Sozialistischer Dialog
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 128 - 129

128 Menschen kommen zur LINKEN, wenn wir sie persönlich einladen. ~~Persönliche~~Alltägliche
Gespräche,
129 sei es an der Haustür, an der Kasse, am Gartenzaun oder an einem Infostand, der aktiv gestaltet
ist
130 und zum Dialog einlädt, sind das mit Abstand effektivste und wirkungsvollste Mittel,
131 um mit Interessierten zu reden und sie zum Mitmachen einzuladen. Gleiches gilt für
132 unsere Mitglieder: Keine E-Mail kann das persönliche Gespräch mit ihnen, direkt oder
133 auch am Telefon, ersetzen. Unsere Mitglieder sind diejenigen, die im Alltag linke
134 Themen in der Gesellschaft setzen und vor Ort Wähler*innen überzeugen.

Antrag L02.144.1: Änderungsantrag zu L02-06

Änderungsantrag zu L02-06

Antragsteller*in: LV Rheinland-Pfalz

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 144 - 154

144 DIE LINKE muss ~~reale~~lernen, über ihre Erfolge im Kleinen wie im Großen besser zu informieren
und gleichzeitig konkrete Verbesserungen im Alltag ~~durchsetzen. Aus erfolgreichen-~~
145 ~~Modellprojekten in einkommensarmen Nachbarschaften (PV-Beschluss 2020/137i) haben wir-~~
146 ~~ein Konzept LINKEN Organizings für die aktivierende Parteiarbeit entwickelt, erprobt-~~
147 ~~und für den ländlichen Raum spezifiziert: LINKES Organizing „stärkt mit-~~
148 ~~systematischer organisierender Arbeit linke Inhalte und linke Parteigliederungen vor-~~
149 ~~Ort. Organizing im Parteikontext etabliert persönliche Beziehungen und unkomplizierte-~~
150 ~~Beteiligungsformen, führt aktivierende Kampagnen durch und bildet Interessierte-~~
151 ~~praktisch aus (PV-Beschluss 2018/151i).“ Wir hören den~~der Menschen vor Ort zu und
152 streiten mit ihnen gemeinsam für Verbesserungen, dann gewinnen wir auch neue-
153 Mitglieder, verankern die Partei, bauen Schritt für Schritt linke Gegenmacht auf und
154 steigern so die Ergebnisse bei Wahlen. umzusetzen. LINKES Organizing ist zu einem wichtigen
Instrument innerhalb der Arbeit und Politik der LINKEN geworden, welches wir weiterverfolgen
müssen. Gleichzeitig ist das nicht das Ende der Entwicklung von politischen Kampagnen. Wir
haben noch keine ausreichenden Antworten für Initiativen in strukturell schwächeren und
ländlichen Regionen und setzen noch zu sehr auf die Kommunikation über unsere Strukturen und
unsere Hierarchien. Das macht uns langsam und verursacht vermeidbare Kosten auf allen
Ebenen.
Seit der Parteigründung haben sich die Strukturen und Arbeitsweisen der LINKEN nur wenig
geändert. Viele unserer Kommunikations- und Arbeitswege sind kein Ausdruck moderner
Organisationsentwicklung – hier müssen wir uns verändern.

Zeile 155 - 156

~~155 Der Ansatz des LINKEN Organizings hat Auswirkungen auf Arbeitsweisen, Kampagnen,~~
~~156 politische Bildung, Digitalisierung und auf Kommunal- und Landespolitik.~~

Antrag L02.154.1: Änderungsantrag zu L02-06

Änderungsantrag zu L02-06

Antragsteller*in: KV Wendland, Geraer Sozialistischer Dialog

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 154

144 DIE LINKE muss reale Verbesserungen im Alltag durchsetzen. Aus erfolgreichen
145 Modellprojekten in einkommensarmen Nachbarschaften (PV-Beschluss 2020/137i) haben wir
146 ein Konzept LINKEN Organizings für die aktivierende Parteiarbeit entwickelt, erprobt
147 und für den ländlichen Raum spezifiziert: LINKES Organizing „stärkt mit
148 systematischer organisierender Arbeit linke Inhalte und linke Parteigliederungen vor
149 Ort. Organizing im Parteikontext etabliert persönliche Beziehungen und unkomplizierte
150 Beteiligungsformen, führt aktivierende Kampagnen durch und bildet Interessierte
151 praktisch aus (PV-Beschluss 2018/151i).“ Wir hören den Menschen vor Ort zu und
152 streiten mit ihnen gemeinsam für Verbesserungen, dann gewinnen wir auch neue
153 Mitglieder, verankern die Partei, bauen Schritt für Schritt linke Gegenmacht auf und
154 steigern so auch die Ergebnisse bei Wahlen.

Antrag L02.155.1: Änderungsantrag zu L02-06

Änderungsantrag zu L02-06

Antragsteller*in:	LV Sachsen
-------------------	------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 155 - 156

~~155 Der Ansatz des LINKEN Organizings hat Auswirkungen auf Arbeitsweisen, Kampagnen,
156 politische Bildung, Digitalisierung und auf Kommunal- und Landespolitik.~~

Begründung

Es wäre auch bitter, wenn es ein Ansatz „ohne Auswirkungen“ wäre. Nur kann man sich den Satz sparen, wenn man die Auswirkungen nicht benennt.

Antrag L02.158.1: Änderungsantrag zu L02-07

Änderungsantrag zu L02-07

Antragsteller*in:	LV Rheinland-Pfalz
-------------------	--------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 158

158 Kreis- und Ortsverbände ~~müssen rausgehen und erfahren, was~~ haben ihre Augen und Ohren schon vielfach bei den Menschen ~~wichtig ist,~~ Viele unserer Mitglieder sind in Vereinen und Verbänden verankert und Teile innerhalb der Stadtteil- und Dorfgemeinschaft. Organisatorische Hürden und lange Wege machen jedoch die Arbeit vor Ort kompliziert. Überkommene Strukturen führen nicht dazu, dass wir eine agile und moderne LINKE Kraft sind, die als Anlaufpunkt gesehen wird, Daran wollen wir arbeiten,
159 sehen, wer schon aktiv ist, einladen, verbinden, gemeinsam Strategien und Pläne
160 entwickeln, wer man ist und wofür man kämpft - und wie das zusammenhängt mit dem
161 Streit für eine gerechte Gesellschaft insgesamt.

Zeile 162 - 167

~~162 Hauptamtliche und sehr aktive ehrenamtliche Genoss*innen müssen andere darin stärken,~~
~~163 stückweise mehr Verantwortung zu übernehmen. Aus Interessierten werden erst~~
~~164 Unterstützer*innen, dann Mitstreiter*innen und schließlich Mitglieder. Um dies zu~~
~~165 erreichen, müssen wir unsere Arbeitsweise und unsere Kultur auf allen Ebenen der~~
~~166 Partei und in den Parlamenten verändern. Hauptamtliche Ressourcen müssen darauf~~
~~167 fokussieren.~~ Die verlorenen Wahlen haben Konsequenzen für unsere Ressourcen müssen darauf fokussieren dies zwingt uns neue Wege zu gehen und uns zu verändern. Wir arbeiten daran die unterschiedlichen Ebenen der Partei besser zu verzahnen und gemeinsame Projekte für bessere (Online-) Zusammenarbeit, gemeinsame Plattformen und Kostenersparnisse in der Verwaltung zu generieren. Unser erklärtes Ziel ist es, unseren Output zu stärken und Zeitkontingente für die Unterstützung der ehrenamtlichen Strukturen zu schaffen.

Antrag L02.158.2: Änderungsantrag zu L02-07

Änderungsantrag zu L02-07

Antragsteller*in:

LV Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 158 - 161

~~158 Kreis- und Ortsverbände müssen rausgehen und erfahren, was den Menschen wichtig ist,~~
~~159 sehen, wer schon aktiv ist, einladen, verbinden, gemeinsam Strategien und Pläne~~
~~160 entwickeln, wer man ist und wofür man kämpft – und wie das zusammenhängt mit dem~~
~~161 Streit für eine gerechte Gesellschaft insgesamt.~~

Zeile 162 - 167

~~162 Hauptamtliche und sehr aktive ehrenamtliche Genoss*innen müssen andere darin stärken,~~
~~163 stückweise mehr Verantwortung zu übernehmen. Aus Interessierten werden erst~~
~~164 Unterstützer*innen, dann Mitstreiter*innen und schließlich Mitglieder. Um dies zu~~
~~165 erreichen, müssen wir unsere Arbeitsweise und unsere Kultur auf allen Ebenen der~~
~~166 Partei und in den Parlamenten verändern. Hauptamtliche Ressourcen müssen darauf~~
~~167 fokussieren.~~

Begründung

Okay, Kreis- und Ortsverbände müssen „rausgehen“. Wohin? Oder aus sich selbst? Und wie? Was sollen sie da tun? Und wir müssen „unsere Arbeitsweise und unsere Kultur auf allen Ebenen der Partei und in den Parlamenten verändern“ – aha. Und wie? Wie ist die Arbeitsweise und Kultur derzeit? Was soll sich ändern? Eine erste, sehr kleine Änderung unserer Arbeitsweise wäre, auf solche Textpassagen zu verzichten und die Dinge konkret zu machen.

Antrag L02.167.1: Änderungsantrag zu L02-07

Änderungsantrag zu L02-07

Antragsteller*in:

KV Freiburg

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 167

162 Hauptamtliche und sehr aktive ehrenamtliche Genoss*innen müssen andere darin stärken,
163 stückweise mehr Verantwortung zu übernehmen. Aus Interessierten werden erst
164 Unterstützer*innen, dann Mitstreiter*innen und schließlich Mitglieder. Um dies zu
165 erreichen, müssen wir unsere Arbeitsweise und unsere Kultur auf allen Ebenen der
166 Partei und in den Parlamenten verändern. Hauptamtliche Ressourcen müssen darauf
167 fokussieren.

Als gesamte Partei, egal ob in Vorständen oder als einfaches Mitglied, tragen wir eine Verantwortung für das Wohlergehen aller unserer Mitglieder. Die Ereignisse von #LinkeMeToo haben gezeigt, dass wir bei der Erfüllung dieser Aufgabe versagt haben. Dafür müssen wir Verantwortung übernehmen. In Zukunft müssen wir sicherstellen, dass Strukturen, die in der Vergangenheit Aufklärung und den Schutz von Betroffenen verhindert haben, aufgebrochen werden. Die Partei verpflichtet sich Awareness-Strukturen zu schaffen, gemäß ihres feministischen, gegen jegliche Diskriminierung gerichteten Grundverständnisses.

Antrag L02.167.2: Änderungsantrag zu L02-07

Änderungsantrag zu L02-07

Antragsteller*in:

BAG Betrieb & Gewerkschaft

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 167

162 Hauptamtliche und sehr aktive ehrenamtliche Genoss*innen müssen andere darin stärken,
163 stückweise mehr Verantwortung zu übernehmen. Aus Interessierten werden erst
164 Unterstützer*innen, dann Mitstreiter*innen und schließlich Mitglieder. Um dies zu
165 erreichen, müssen wir unsere Arbeitsweise und unsere Kultur auf allen Ebenen der
166 Partei und in den Parlamenten verändern. Hauptamtliche Ressourcen müssen darauf
167 fokussieren.

Gewerkschaftliche und Betriebliche Verankerung

Die Herstellung gewerkschaftlicher und betrieblicher Verankerung muss auf allen Ebenen der Partei - der Bundes-, der Landes- und der Kreisverbandsebene - zu einer zentralen Aufgabe im Parteaufbau werden. Wir wollen die Interessen der abhängig Beschäftigten nicht nur vertreten, sondern mit ihnen gemeinsam die Kämpfe um gute Arbeits- und Lebensbedingungen führen. Dazu müssen Diskussion und Aktivität der Partei an den betrieblichen Realitäten anknüpfen. Veränderung braucht ein gesellschaftliches Subjekt und das können nur die Beschäftigten in den Betrieben sein, die sich in Gewerkschaften organisieren und im Bündnis mit weiteren gesellschaftlichen Akteuren die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen erkämpfen. Gewerkschaften sind dabei für uns nicht lediglich einer weitere NGO, sondern der natürliche Organisationsrahmen der abhängig Beschäftigten und damit auch für uns ein zentraler Bezugspunkt. Wir wollen deshalb gewerkschaftliche Kämpfe unterstützen und diese gleichzeitig mit denen von weiteren Bündnissen und Organisationen verbinden. Dazu müssen wir Teil der Klasse sein. Der Aufbau von Gewerkschaftsräten auf der Ebene der Landesverbände und ein regelmäßiger Dialog mit den Gewerkschaften wird dazu ebenso notwendig sein wie die Unterstützung der Kämpfe gegen Betriebsschließungen, für Entlastung oder gute Tarifabschlüsse. Der Strukturaufbau der Partei muss deshalb die Arbeit mit und in Gewerkschaften als zentrales Element beinhalten.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag L02.169.1: Änderungsantrag zu L02-08

Änderungsantrag zu L02-08

Antragsteller*in:

KV Freiburg

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 169 - 186

~~169 Unsere Ressourcen sind begrenzt, deshalb schwächt uns Eigenbrötelei, stärkt uns
170 wiederum gemeinsame abgestimmte Politik – bundesweit und vor Ort. Kampagnen sind kein
171 Selbstzweck, sondern erleichtern politische Aktivität. In den Kampagnen ist die
172 Partei an verschiedenen Orten gleichzeitig sichtbar und wiedererkennbar.
173 Berichterstattung in lokalen Medien und auf der Bundesebene verstärken sich. Das
174 öffentlichkeitswirksame Arbeiten vor Ort, das die Kampagne der Bundespartei nutzt,
175 sollte Teil der Kultur unserer Kreisverbände und vor allem Ortsverbände sein. Die
176 Beteiligung von anfangs 50 auf nunmehr 180 Kreisverbänden an öffentlichen Aktionen
177 unserer Kampagnen ist gut, muss aber weiter ausgebaut werden: Kampagnengruppen vor
178 Ort gehen an Haustüren und Nachbarschaften, laden zu Treffen Kampagnen sind ein und kämpfen
vor Ort
179 für konkrete Verbesserungen. Es werden lokale Kampagnenpläne erarbeitet,
180 Verantwortlichkeiten verteilt und benannt, damit Interessierte unkompliziert dazu
181 kommen können. Der inhaltliche Rahmen unserer Kampagne und die bundesweite
182 Koordinierung wurde vom Parteivorstand beschlossen. Dieser hat einen Kampagnenrat
183 (bestehend aus Parteivorstand, Ländern und Fachleuten) auf den Weg gebracht, der
184 zusammen mit einem Aktivenrat (aus Kreis- und Ortsverbänden und weiteren Aktiven) die
185 Schwerpunkte fokussieren und ausarbeiten wird. Wir nehmen damit den Aufbau der
zentrales Instrument, mit dem wir die Welt verändern. Hier fließen unsere parteiinterne
Aufbauarbeit, die Bündnisarbeit und die Aufrufe zur politischen Selbstermächtigung der
Menschen und die Arbeit von unten in den in den Gremien zusammen. Wenn unsere Politik
Menschen erreichen und überzeugen soll, dann muss sie mit den Menschen gemeinsam
entwickelt werden. In Kampagnen manifestiert sich unser Politikverständnis: Wir machen Politik
für und mit Menschen, nicht für Institutionen oder Gremien. Unser Blick richtet sich dabei immer
auf die Ausgegrenzten und die Zurückgelassenen.
Unsere Kampagnenräte müssen den Mitgliedern in der Partei und in den Kampagnen die Fähigkeit
vermitteln, in ihren jeweiligen Prozessen erfolgreich zu sein und die Werkzeuge zur Verfügung
stellen, eigene Prozesse zu gestalten. Die inhaltliche Schwerpunktsetzung wird mit der gesamten
Partei abgestimmt~~

Begründung

Kampagnen sind weit mehr als ein Instrument des innerparteilichen Marketings. Es geht um viel mehr als nur um die Entwicklung medialer Präsenz. Unsere Kampagnen müssen in der Lebenswirklichkeit der Menschen verankert sein und müssen den Raum für Selbstermächtigung schaffen. Wir machen Kampagnen nicht mit dem Ziel mediale Präsenz zu entwickeln, sondern um Verhältnisse zu ändern.

Antrag L02.173.1: Änderungsantrag zu L02-08

Änderungsantrag zu L02-08

Antragsteller*in:

LV Rheinland-Pfalz

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 172 - 186

169 Unsere Ressourcen sind begrenzt, deshalb schwächt uns Eigenbrötelei, stärkt uns
170 wiederum gemeinsame abgestimmte Politik - bundesweit und vor Ort. Kampagnen sind kein
171 Selbstzweck, sondern erleichtern politische Aktivität. In den Kampagnen ist die
172 Partei an verschiedenen Orten gleichzeitig sichtbar und ~~wiedererkennbar.~~
173 Berichterstattung in lokalen Medien und auf der Bundesebene verstärken wieder erkennbar. Hierzu
174 bedarf es einer Kampagnen-Planung, welche sich.~~Das~~
175 öffentlichkeitswirksame Arbeiten vor Ort, das die Kampagne der Bundespartei nutzt,
176 sollte Teil der Kultur unserer stärker an den Bedürfnissen der Landes- und Kreisverbände und vor-
177 allem Ortsverbände sein. Die
178 Beteiligung von anfangs 50 auf nunmehr 180 Kreisverbänden an öffentlichen Aktionen
179 unserer Kampagnen ist orientiert. Nicht jedes Thema entfaltet die gleiche Relevanz in allen Teilen
180 der Republik, gleichzeitig gibt es gesellschaftliche Debatten, die schnell und gut, muss aber weiter-
181 ausgebaut werden: Kampagnengruppen vor
182 Ort gehen an Haustüren und Nachbarschaften, laden zu Treffen ein und kämpfen vor Ort
183 für konkrete Verbesserungen. Es aufbereitet aufgegriffen werden lokale Kampagnenpläne
184 erarbeitet,
185 Verantwortlichkeiten verteilt und benannt, damit Interessierten müssen. An dieser Stelle sind wir
186 oftmals zu schwerfällig und unsere überbordenden Hierarchien und Entscheidungswege machen
187 uns langsam. DIE LINKE braucht eine gemeinsame Plattform nach dem Baukastenprinzip, in der
188 thematisches Material zu aktuellen Debatten und Kernthemen vereinigt sind, so dass Mitglieder
189 und Gliederungen unkompliziert dazu
190 kommen auf die Straße gehen können. Der inhaltliche Rahmen unserer Kampagne und die
191 bundesweite
192 Koordinierung wurde vom Parteivorstand beschlossen. Dieser hat einen Kampagnenrat
193 (bestehend aus Parteivorstand, Ländern und Fachleuten) auf den Weg gebracht, der
194 zusammen Dies mit einem Aktivenrat (aus Kreis- und Ortsverbänden und weiteren Aktiven) die
195 Schwerpunkte fokussieren und ausarbeiten wird. Wir nehmen damit den Aufbau der
196 politischen Arbeit von unten in den BlickKampagnenplan zu verzahnen, der Höhe- und Endpunkte
197 aufweist, ist eine Art der Kommunikation die wir neu denken und lernen müssen.

Antrag L02.190.1: Änderungsantrag zu L02-09

Änderungsantrag zu L02-09

Antragsteller*in: linksjugend ['solid]

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 190 - 199

188 Wir sind eine lernende Partei. Die Gesellschaft verändert sich und wir verändern uns
189 mit unseren Mitgliedern. Wir wollen politische Bildung als Teil von alltäglicher
190 Parteiarbeit in den Kreisverbänden stärken. Aus Wissenschaft, philosophischer bzw. politischer
191 Theorie, gemeinsamer Praxis und deren
192 Reflexion erarbeiten wir uns einen gemeinsamen Blick auf die Welt, auf linke
193 Perspektiven, Alternativen und Strategien und Praxis. Sowohl langjährige als auch
194 neue Mitglieder haben Fragen - zu einzelnen Themen, aber auch grundsätzlich. Linke
195 Positionen müssen sich immer wieder dem radikalen Zweifel stellen. Dafür ist die
196 offene Debatte im Kreisverband der richtige Ort. Geschützte Räume für politische

196 Debatte und Austausch tragen zu einer solidarischen Kultur in der Partei bei. Die
197 Auseinandersetzung mit inhaltlichen Positionen, Ansätzen und Praxis von
198 Organisierung, Strukturaufbau und (Wahl-)Kampagnen ist zentral, um eine gemeinsame
199 Praxis zu entwickeln. Es geht darum: Im Wissen um unsere Pluralität geeint handeln. Dabei
braucht eine gute Debatte auch Bildungselemente davor. Egal ob Mitglieder erst kürzlich
eingetreten sind oder schon lange mitarbeiten: politische Bildung geht nicht ohne Theorie. Theorie
und Praxis brauchen einander, deshalb wollen wir neben praktischen Schulungen auch
Möglichkeiten zur theoretischen Bildung. Wir streben in Sachen Bildung eine häufigere und engere
Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und mit dem Bildungsnetz des Jugendverbands
an.

Antrag L02.194.1: Änderungsantrag zu L02-09

Änderungsantrag zu L02-09

Antragsteller*in: KV Wendland, Geraer Sozialistischer Dialog

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 194

188 Wir sind eine lernende Partei. Die Gesellschaft verändert sich und wir verändern uns
189 mit unseren Mitgliedern. Wir wollen politische Bildung als Teil von alltäglicher
190 Parteilarbeit in den Kreisverbänden stärken. Aus gemeinsamer Praxis und deren
191 Reflexion erarbeiten wir uns einen gemeinsamen Blick auf die Welt, auf linke
192 Perspektiven, Alternativen und Strategien und Praxis. Sowohl langjährige als auch
193 neue Mitglieder haben Fragen - zu einzelnen Themen, aber auch grundsätzlich. Linke
194 Positionen müssen sich immer wieder dem radikalen Zweifel stellen, sich bereits gewonnener
Erkenntnisse vergewissern, geschichtsbewusst sein und auf den Schultern linker Klassiker
aufbauen. Dafür ist die
195 offene Debatte im Kreisverband der richtige Ort. Geschützte Räume für politische
196 Debatte und Austausch tragen zu einer solidarischen Kultur in der Partei bei. Die
197 Auseinandersetzung mit inhaltlichen Positionen, Ansätzen und Praxis von
198 Organisierung, Strukturaufbau und (Wahl-)Kampagnen ist zentral, um eine gemeinsame
199 Praxis zu entwickeln. Es geht darum: Im Wissen um unsere Pluralität geeint handeln.

Antrag L02.199.1: Änderungsantrag zu L02-09

Änderungsantrag zu L02-09

Antragsteller*in: KV Wendland, Geraer Sozialistischer Dialog

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 199

188 Wir sind eine lernende Partei. Die Gesellschaft verändert sich und wir verändern uns
189 mit unseren Mitgliedern. Wir wollen politische Bildung als Teil von alltäglicher
190 Parteilarbeit in den Kreisverbänden stärken. Aus gemeinsamer Praxis und deren
191 Reflexion erarbeiten wir uns einen gemeinsamen Blick auf die Welt, auf linke
192 Perspektiven, Alternativen und Strategien und Praxis. Sowohl langjährige als auch
193 neue Mitglieder haben Fragen - zu einzelnen Themen, aber auch grundsätzlich. Linke
194 Positionen müssen sich immer wieder dem radikalen Zweifel stellen. Dafür ist die

195 offene Debatte im Kreisverband der richtige Ort. Geschützte Räume für politische
196 Debatte und Austausch tragen zu einer solidarischen Kultur in der Partei bei. Die
197 Auseinandersetzung mit inhaltlichen Positionen, Ansätzen und Praxis von
198 Organisierung, Strukturaufbau und (Wahl-)Kampagnen ist zentral, um eine gemeinsame
199 Praxis zu entwickeln. Es geht darum: Im Wissen um unsere Pluralität geeint handeln. Dafür ist es
wichtig, dass Mitglieder sich für gesellschaftliche Kämpfe qualifizieren, um so auch in den
alltäglichen Auseinandersetzungen konfliktfähiger zu werden.

Antrag L02.199.2: Änderungsantrag zu L02-09

Änderungsantrag zu L02-09

Antragsteller*in:

Sozialistische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 199

188 Wir sind eine lernende Partei. Die Gesellschaft verändert sich und wir verändern uns
189 mit unseren Mitgliedern. Wir wollen politische Bildung als Teil von alltäglicher
190 Parteiarbeit in den Kreisverbänden stärken. Aus gemeinsamer Praxis und deren
191 Reflexion erarbeiten wir uns einen gemeinsamen Blick auf die Welt, auf linke
192 Perspektiven, Alternativen und Strategien und Praxis. Sowohl langjährige als auch
193 neue Mitglieder haben Fragen - zu einzelnen Themen, aber auch grundsätzlich. Linke
194 Positionen müssen sich immer wieder dem radikalen Zweifel stellen. Dafür ist die
195 offene Debatte im Kreisverband der richtige Ort. Geschützte Räume für politische
196 Debatte und Austausch tragen zu einer solidarischen Kultur in der Partei bei. Die
197 Auseinandersetzung mit inhaltlichen Positionen, Ansätzen und Praxis von
198 Organisierung, Strukturaufbau und (Wahl-)Kampagnen ist zentral, um eine gemeinsame
199 Praxis zu entwickeln. Es geht darum: Im Wissen um unsere Pluralität geeint handeln.
Gleichzeitig ist es erforderlich, stärker als in den vergangenen Jahren wieder Grundlagen der
politischen Orientierung, Programmatik und Tradition der LINKEN in der Bildungsarbeit auf allen
Ebenen zu behandeln. Wichtige Bestandteile sind eine marxistisch fundierte Kritik des
gegenwärtigen Kapitalismus und seiner sozialen, ökologischen und politischen Widersprüche
sowie die Geschichte der sozialen und sozialistischen Bewegungen und der internationalen
Verhältnisse und die Konzeption eines demokratischen Sozialismus. Zentrale Grundlage dafür ist
das Erfurter Parteiprogramm.

Antrag L02.203.1: Änderungsantrag zu L02-09

Änderungsantrag zu L02-09

Antragsteller*in:

LV Rheinland-Pfalz

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 203 - 208

200 Wir nehmen keine Unternehmensspenden. Wir sind auf viel Leidenschaft und
201 ehrenamtliches Engagement angewiesen. Die Bundespartei fördert Multiplikator*innen
202 für die Bildungsarbeit: Kampagnen-, Wahlkampf- und Mitgliederverantwortliche,
203 Teamer*innen, Multiplikator*innen und Organizer*innen. ~~Wir schaffen für sie-~~
204 ~~Austauschorte und stärken entsprechende Ansätze in den Kreisverbänden. Praktische-~~

205 ~~Bildungsarbeit ist attraktiv: In den letzten Jahren haben wir mehr als 2 500 Menschen-~~
206 ~~darin ausgebildet, selbst Organisationsprozesse anzustoßen und Verantwortung zu~~
207 ~~übernehmen. Wir wissen~~
208 Gleichzeitig erkennen wir an, dass es möglich ist, jetzt müssen wir es auf die gesamte
Partei übertragen! die Lebensentwürfe der Menschen unterschiedlich sind und damit auch die
Möglichkeiten der Beteiligung an Bildungsangeboten. Wir schaffen niedrigschwellige Angebote
und eine Videoplattform, die Bildungsinhalte frei abrufbar macht. Dies vereinfacht die Arbeit und
den Wissenstransfer für alle. Lineare Austauschangebote zu bestimmten Zeiten sind weiterhin
wichtig für die innerparteiliche Diskussion; sind aber nicht das Ende der Geschichte.

Antrag L02.208.1: Änderungsantrag zu L02-09

Änderungsantrag zu L02-09

Antragsteller*in: linksjugend ['solid]

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 208

200 Wir nehmen keine Unternehmensspenden. Wir sind auf viel Leidenschaft und
201 ehrenamtliches Engagement angewiesen. Die Bundespartei fördert Multiplikator*innen
202 für die Bildungsarbeit: Kampagnen-, Wahlkampf- und Mitgliederverantwortliche,
203 Teamer*innen, Multiplikator*innen und Organizer*innen. Wir schaffen für sie
204 Austauschorte und stärken entsprechende Ansätze in den Kreisverbänden. Praktische
205 Bildungsarbeit ist attraktiv: In den letzten Jahren haben wir mehr als 2 500 Menschen
206 darin ausgebildet, selbst Organisationsprozesse anzustoßen und Verantwortung zu
207 übernehmen. Wir wissen, dass es möglich ist, jetzt müssen wir es auf die gesamte
208 Partei übertragen!

Wir wollen Feminismus als Thema stärker in den Vordergrund stellen, sowohl auf struktureller als
auf inhaltlicher Ebene. Es muss mehr Bildung über reproduktive Rechte, Awareness und
Genderforschung geben, die für alle zugänglich sind. Außerdem sollten FLINTA*-Plena (Plena, die
offen sind für Frauen und Lesben sowie für Personen, die intergeschlechtlich, nichtbinär,
transgeschlechtlich oder ageschlechtlich sind) in Orts- und Kreisverbänden und bei Parteitag
Standard sein, um männerdominierte Debatten zu vermeiden und Schutzräume zu bieten.

Antrag L02.208.2: Änderungsantrag zu L02-09

Änderungsantrag zu L02-09

Antragsteller*in: LV Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 208

200 Wir nehmen keine Unternehmensspenden. Wir sind auf viel Leidenschaft und
201 ehrenamtliches Engagement angewiesen. Die Bundespartei fördert Multiplikator*innen
202 für die Bildungsarbeit: Kampagnen-, Wahlkampf- und Mitgliederverantwortliche,
203 Teamer*innen, Multiplikator*innen und Organizer*innen. Wir schaffen für sie
204 Austauschorte und stärken entsprechende Ansätze in den Kreisverbänden. Praktische
205 Bildungsarbeit ist attraktiv: In den letzten Jahren haben wir mehr als 2 500 Menschen
206 darin ausgebildet, selbst Organisationsprozesse anzustoßen und Verantwortung zu

207 übernehmen. Wir wissen, dass es möglich ist, jetzt müssen wir es auf die gesamte
208 Partei übertragen! Bundesweite Onlineangebote (wie der „Super Tuesday“) zur konkreten politischen Praxis, die auch das Handwerkszeug für das eigene Engagement vermitteln, soll es auch weiterhin geben.

Begründung

Das war ein sehr sinnvolles Angebot und immerhin etwas konkretes. Wir würden uns freuen, wenn es so etwas in der Art weiterhin gibt.

Antrag L02.209.1: Änderungsantrag zu L02-10

Änderungsantrag zu L02-10

Antragsteller*in: LV Rheinland-Pfalz

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 209

209 Große Visionen und kleine Schritte~~Der Veränderung Rechnung tragen—Die inhaltliche Weiterentwicklung organisieren~~

Zeile 210 - 215

210 ~~Die Gesellschaft, die ganze Welt, verändert sich. Vieles, was früher~~
211 ~~selbstverständlich war, steht heute in Frage. Sozialismus muss immer eine Antwort auf~~
212 ~~die gegenwärtigen Verhältnisse geben. Deshalb müssen~~ DIE LINKE braucht klare
Zukunftsvisionen. Wir reden zu wenig über die 30h-Woche, zu wenig über die Besteuerung von
Maschinen- und Roboter-Stunden, zu wenig über unsere ~~Analysen und Antworten~~
213 ~~immer überdacht werden. Unser Kompass ist~~ Vision der Arbeit in der Zukunft und geben oft nur
unklare Antworten auf die Frage wie wir Ökologie und soziale ~~und ökologische Gerechtigkeit und~~
214 ~~Frieden. Das bleibt. Der Kompass muss in großen Umbrüchen neu ausgerichtet werden.~~
215 ~~Das ist selbstverständlich~~ Absicherung in Zukunft verbinden wollen. Das muss sich ändern. DIE
LINKE benötigt wieder eine gemeinsame Vision - ein großes Ziel, hinter dem wir uns vereinigen
können und wollen.

Hierfür müssen wir uns programmatisch weiterentwickeln und anpassen. Viele Antworten, welche unseren Gründungskonsens bilden, behalten weiterhin ihre Gültigkeit - jedoch gibt es viele offene Fragen, auf die wir keine oder nur unzureichende Antworten haben.

Diese Visionen gilt es mit Leben zu füllen. Wenn wir es nicht schaffen, die Schritte zu unseren Zielen zu beschreiben und den Menschen ein eindeutiges Angebot zu machen, werden viele unserer Versuche scheitern. Wahlen gewinnt man oftmals nicht mit den besten Argumenten, auch wenn wir diese häufig haben, sondern indem man die Herzen der Menschen gewinnt. Wir wollen eine sympathische, unmissverständliche, aber auch kämpferische LINKE, die den Millionären und Großkonzernen die Stirn bietet. Dafür brauchen wir die Facharbeiterin ebenso, wie die Studierende, den Transferleistungs-Beziehenden und den Rentner.

Zeile 216 - 218

216 ~~Seit der Bundestagswahl haben sich viele Mitglieder mit Anregungen und Beiträgen zur~~
217 ~~inhaltlichen Weiterentwicklung zu Wort gemeldet. Wir sind mittendrin in einem~~
218 ~~Verständigungsprozess. Das ist gut so.~~

Zeile 219 - 224

~~219 Der Parteivorstand hat vor allem drei Felder benannt, auf dem wir die parteiinterne
220 Diskussion organisieren: Der sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und
221 Infrastruktur, ein neuer Aufbruch im Osten und friedliche Außenpolitik und einen
222 solidarischen Internationalismus. Dazu gehört die Veränderung der Arbeit und der
223 Arbeiter*innenklasse und wie verbindende Klassenpolitik im Umbau der Wirtschaft
224 aussehen muss. Hinzu kommt, dass wir uns auf die wichtigen Europawahlen vorbereiten.~~

Zeile 225 - 228

~~225 Diesen Diskussionsprozess wollen wir verstetigen, thematisch erweitern und die
226 Diskussion mit gesellschaftlichen Bündnispartnern führen. Es liegt in der
227 Verantwortung des Parteivorstands, diesen Prozess zu koordinieren, Teilergebnisse
228 zusammenzuführen und zu einem Abschluss zu bringen.~~

Zeile 229 - 231

~~229 Für diesen innerparteilichen Diskussions- und Klärungsprozess brauchen wir geeignete
230 Foren, Formen und Räume. Wir wollen Dauerkonflikte überwinden. Wir stellen in den
231 Mittelpunkt: gemeinsame Perspektiven entwickeln und gemeinsam aktiv werden.~~

Zeile 232 - 235

~~232 Neben der inhaltlichen Aktualisierung steht dabei die Aufgabe im Zentrum, den
233 politischen Ort der LINKEN angesichts veränderter gesellschaftlicher Bedingungen neu
234 zu bestimmen. Es ist Zeit für eine erneuerte sozialistische Partei. Nur wenn wir uns
235 verändern, können wir wieder Vertrauen gewinnen.~~

Zeile 236 - 240

~~236 Veränderung heißt dabei ausdrücklich nicht, sich an den Zeitgeist anzupassen. Es geht
237 darum, DIE LINKE als sozialistische Partei weiterzuentwickeln und ihre linken
238 Kernpositionen auf der Höhe der Zeit fortzuentwickeln: durch Aktualisierung linker
239 Antworten auf inzwischen aufgekommene neue gesellschaftliche Fragen. Es geht nicht
240 darum, etwas zu verlieren, sondern ganz im Gegenteil darum, etwas zu gewinnen.~~

Zeile 241 - 244

~~241 Indem wir uns den aktuellen Fragen stellen, können wir an Ansehen und Zustimmung bei
242 jenen gewinnen, für deren Interessen wir uns einsetzen. Und das wiederum ist die
243 Voraussetzung dafür, neu auf Attacke zu schalten und wieder erfolgreicher in die
244 Gesellschaft zu wirken.~~

Antrag L02.209.2: Änderungsantrag zu L02-10

Änderungsantrag zu L02-10

Antragsteller*in:

LV Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 209

~~209 Der Veränderung Rechnung tragen – Die inhaltliche Weiterentwicklung organisieren~~

Zeile 210 - 215

~~210 Die Gesellschaft, die ganze Welt, verändert sich. Vieles, was früher
211 selbstverständlich war, steht heute in Frage. Sozialismus muss immer eine Antwort auf
212 die gegenwärtigen Verhältnisse geben. Deshalb müssen unsere Analysen und Antworten
213 immer überdacht werden. Unser Kompass ist soziale und ökologische Gerechtigkeit und
214 Frieden. Das bleibt. Der Kompass muss in großen Umbrüchen neu ausgerichtet werden.
215 Das ist selbstverständlich.~~

Zeile 216 - 218

~~216 Seit der Bundestagswahl haben sich viele Mitglieder mit Anregungen und Beiträgen zur
217 inhaltlichen Weiterentwicklung zu Wort gemeldet. Wir sind mittendrin in einem
218 Verständigungsprozess. Das ist gut so.~~

Zeile 219 - 224

~~219 Der Parteivorstand hat vor allem drei Felder benannt, auf dem wir die parteiinterne
220 Diskussion organisieren: Der sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und
221 Infrastruktur, ein neuer Aufbruch im Osten und friedliche Außenpolitik und einen
222 solidarischen Internationalismus. Dazu gehört die Veränderung der Arbeit und der
223 Arbeiter*innenklasse und wie verbindende Klassenpolitik im Umbau der Wirtschaft
224 aussehen muss. Hinzu kommt, dass wir uns auf die wichtigen Europawahlen vorbereiten.~~

Zeile 225 - 228

~~225 Diesen Diskussionsprozess wollen wir verstetigen, thematisch erweitern und die
226 Diskussion mit gesellschaftlichen Bündnispartnern führen. Es liegt in der
227 Verantwortung des Parteivorstands, diesen Prozess zu koordinieren, Teilergebnisse
228 zusammenzuführen und zu einem Abschluss zu bringen.~~

Zeile 229 - 231

~~229 Für diesen innerparteilichen Diskussions- und Klärungsprozess brauchen wir geeignete
230 Foren, Formen und Räume. Wir wollen Dauerkonflikte überwinden. Wir stellen in den
231 Mittelpunkt: gemeinsame Perspektiven entwickeln und gemeinsam aktiv werden.~~

Zeile 232 - 235

~~232 Neben der inhaltlichen Aktualisierung steht dabei die Aufgabe im Zentrum, den
233 politischen Ort der LINKEN angesichts veränderter gesellschaftlicher Bedingungen neu
234 zu bestimmen. Es ist Zeit für eine erneuerte sozialistische Partei. Nur wenn wir uns
235 verändern, können wir wieder Vertrauen gewinnen.~~

Zeile 236 - 240

~~236 Veränderung heißt dabei ausdrücklich nicht, sich an den Zeitgeist anzupassen. Es geht
237 darum, DIE LINKE als sozialistische Partei weiterzuentwickeln und ihre linken
238 Kernpositionen auf der Höhe der Zeit fortzuentwickeln: durch Aktualisierung linker
239 Antworten auf inzwischen aufgekommene neue gesellschaftliche Fragen. Es geht nicht
240 darum, etwas zu verlieren, sondern ganz im Gegenteil darum, etwas zu gewinnen.~~

Zeile 241 - 244

~~241 Indem wir uns den aktuellen Fragen stellen, können wir an Ansehen und Zustimmung bei
242 jenen gewinnen, für deren Interessen wir uns einsetzen. Und das wiederum ist die
243 Voraussetzung dafür, neu auf Attacke zu schalten und wieder erfolgreicher in die
244 Gesellschaft zu wirken.~~

Begründung

Abstract dieses Abschnitts: Irgendwas verändert sich, also muss man sich auch verändern. Wo es Fragen gibt, gibt es Antworten oder es wäre gut, wenn es welche gäbe. Diesdas Prozess verstetigen, erweitern, koordinieren, auswerten, zusammenführen und natürlich gemeinsam, aktiv nach vorne, los jetzt. Aber nicht nur Weiterentwickeln, auch Fortentwickeln, Perspektivenentwickeln! Weil wo kämen wir sonst hin?! Neben Klärungsprozess auch: Verständigungsprozess. Der Diskussionsprozess darf dabei aber nicht hinten runterfallen! Nicht hinten runter fallen darf auch: Umwelt, Frieden, Arbeit, Wirtschaft aber auch Osten, Sozialismus, Internationalismus.

Antrag L02.214.1: Änderungsantrag zu L02-10

Änderungsantrag zu L02-10

Antragsteller*in: KV Wendland, Geraer Sozialistischer Dialog

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 214

210 Die Gesellschaft, die ganze Welt, verändert sich. Vieles, was früher
211 selbstverständlich war, steht heute in Frage. Sozialismus muss immer eine Antwort auf
212 die gegenwärtigen Verhältnisse geben. Deshalb müssen unsere Analysen und Antworten
213 immer überdacht werden. Unser Kompass ist soziale und ökologische Gerechtigkeit und
214 Frieden und die Überwindung des Profitinteresses. Das bleibt. Der Kompass muss in großen
Umbrüchen neu ausgerichtet werden.
215 Das ist selbstverständlich.

Antrag L02.219.1: Änderungsantrag zu L02-10

Änderungsantrag zu L02-10

Antragsteller*in: linksjugend ['solid]

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 219 - 222

219 ~~Der Parteivorstand hat~~ Wir wollen vor allem ~~drei Felder benannt, auf dem wir die~~ auf vier Feldern
eine parteiinterne
220 Diskussion organisieren: Der sozialistisch-ökologischen Umbau von Wirtschaft und
221 Infrastruktur, ein neuer Aufbruch im Osten ~~und~~ gelebter Feminismus in der Partei und der
Gesellschaft, friedliche Außenpolitik ~~und~~ sowie einen
222 solidarischen Internationalismus. Wir setzen uns für eine sozialistische, vom Patriarchat und
Diskriminierung befreite Gesellschaft ein. Dazu gehört die Veränderung der Arbeit und der
223 Arbeiter*innenklasse und wie verbindende Klassenpolitik im Umbau der Wirtschaft
224 aussehen muss. Hinzu kommt, dass wir uns auf die wichtigen Europawahlen vorbereiten.

Zeile 225

225 Diesen Diskussionsprozess wollen wir mit inhaltlicher Bildung und Theoretisierung verstetigen, thematisch erweitern und die
226 Diskussion mit gesellschaftlichen Bündnispartnern führen. Es liegt in der
227 Verantwortung des Parteivorstands, diesen Prozess zu koordinieren, Teilergebnisse
228 zusammenzuführen und zu einem Abschluss zu bringen.

Zeile 230

229 Für diesen innerparteilichen Diskussions- und Klärungsprozess brauchen wir geeignete
230 Foren, Formen und Räume. Wir wollen Dauerkonflikte ~~überwinden~~ in einer höheren Form der politischen Theorie und Praxis aufheben und so inhaltlich und im Fremdbild zu neuer Stärke gelangen. Wir stellen in den
231 Mittelpunkt: gemeinsame Perspektiven entwickeln und gemeinsam aktiv werden.

Zeile 240

236 Veränderung heißt dabei ausdrücklich nicht, sich an den Zeitgeist anzupassen. Es geht
237 darum, DIE LINKE als sozialistische Partei weiterzuentwickeln und ihre linken
238 Kernpositionen auf der Höhe der Zeit fortzuentwickeln: durch Aktualisierung linker
239 Antworten auf inzwischen aufgekommene neue gesellschaftliche Fragen. Es geht nicht
240 darum, etwas zu verlieren, sondern ganz im Gegenteil darum, etwas zu gewinnen oder auch allgemein die Fähigkeit wiederzuerlernen, Gewinne auszumachen und herbeizuführen. Auch innerparteilich wollen wir Machtstrukturen bekämpfen und eine sensible Diskussionskultur pflegen, um ein offenes Gespräch für all diese Fragen zu ermöglichen. Der Themenfindungsprozess wird transparent und basisdemokratisch stattfinden, also nicht nur mit Menschen aus allen Landesvorständen, sondern durch direkte Anfragen an alle Mitglieder. Hierbei spielt eine überaus große Rolle innerparteiliche Grenzüberschreitungen konsequent aufzuarbeiten und abzuwenden, noch bevor sie entstehen.

Antrag L02.219.2: Änderungsantrag zu L02-10

Änderungsantrag zu L02-10

Antragsteller*in:

Parteiivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 219 - 224

219 ~~Der Parteivorstand hat vor allem drei Felder benannt, auf dem wir die parteiinterne~~
220 ~~Diskussion organisieren: Der sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und~~
221 ~~Infrastruktur, ein neuer Aufbruch im Osten und friedliche Außenpolitik und~~ In den letzten Jahren hat sich die Vielfalt und der Pluralismus der Partei zunehmend zu einer Vielstimmigkeit einander widersprechender Positionen entwickelt. Auf eine sich verändernde politische Wirklichkeit, neue Fragestellungen wurde nur ungenügend und allzu oft widersprüchlich reagiert. Wir brauchen eine politisch-programmatische Weiterentwicklung, einen
222 ~~solidarischen Internationalismus. Dazu gehört die Veränderung der Arbeit und der~~
223 ~~Arbeiter*innenklasse und wie verbindende Klassenpolitik im Umbau der Wirtschaft~~
224 ~~aussehen muss. Hinzu kommt, dass wir~~ neuen Grundkonsens in einer veränderten politischen und gesellschaftlichen Lage. Der Parteivorstand hat bisher Felder benannt, auf dem wir die parteiinterne Diskussion organisieren: Der Neoliberalismus ist in der Krise; zugleich steht mit dem Ausstieg aus den fossilen Energien ein tiefgreifender Umbau der Wirtschaft, des

Verkehrssystemen, der Landwirtschaft, von Arbeits- und Lebensweisen auf der Tagesordnung. Hier gilt es unser politisch-programmatischen Ansätze zur Verbindung des notwendigen ökologischen Umbaus mit sozialen Garantien, Demokratisierung der Wirtschaft und Ausweitung gesellschaftlicher Kontrolle weiterzuentwickeln. Insbesondere der Krieg Russlands gegen die Ukraine verdeutlicht die Notwendigkeit unsere friedens- und außenpolitischen Positionen weiterzuentwickeln. Wie kann eine neue Friedensordnung, gemeinsame Sicherheit in einer multipolaren Welt aussehen? Welche Sicherheitsgarantien soll es statt der NATO für bedrohte Staaten geben? Wie kann eine Demokratisierung der Vereinten Nationen und eine Stärkung des Völkerrechts erreicht werden? Dies sind nur einige der Fragen, die sich uns auf die wichtigen stellen. Wir sehen eine zunehmende Kluft zwischen aufstrebenden und strukturschwachen Regionen. Stärkung des Öffentlichen, Weiterentwicklung unserer strukturpolitischen Positionen müssen unsere Antwort auf regionale Ungleichheit in Ost und West sein. Den Europawahlen vorbereiten im Jahr 2024 wird eine entscheidende Bedeutung zu kommen. Deshalb gilt es noch in diesem Jahr mit der Erarbeitung unseres europapolitischen Programms für diese Wahlen zu beginnen, um unser Ziel eines friedlichen, sozialen und ökologischen Europas mit der Kritik am gegenwärtigen Zustand und der aktuellen Politik der EU zu entwickeln.

Zeile 225

- 225 Diesen politisch-programmatischen Diskussionsprozess wollen wir verstetigen, thematisch erweitern und die
- 226 Diskussion mit gesellschaftlichen Bündnispartnern führen. Es liegt in der
- 227 Verantwortung des Parteivorstands, diesen Prozess zu koordinieren, Teilergebnisse
- 228 zusammenzuführen und zu einem Abschluss zu bringen.

Zeile 230

- 229 Für diesen innerparteilichen Diskussions- und Klärungsprozess brauchen wir geeignete
- 230 Foren, Formen und Räume. Der Parteivorstand wird beauftragt, bis September hierzu konkrete Vorschläge zu entwickeln. Wir wollen Dauerkonflikte überwinden. Wir stellen in den
- 231 Mittelpunkt: gemeinsame Perspektiven entwickeln und gemeinsam aktiv werden.

Antrag L02.231.1: Änderungsantrag zu L02-10

Änderungsantrag zu L02-10

Antragsteller*in:	Mischa Kreutzer (BAG Grundeinkommen, SV Leipzig), BAG Grundeinkommen
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 231

- 229 Für diesen innerparteilichen Diskussions- und Klärungsprozess brauchen wir geeignete
- 230 Foren, Formen und Räume. Wir wollen Dauerkonflikte überwinden. Wir stellen in den
- 231 Mittelpunkt: gemeinsame Perspektiven entwickeln und gemeinsam aktiv werden.
- Nach Diskussionen folgen Entscheidungen. Bei wichtigen Entscheidungen wollen wir die demokratische Mitbestimmung aller Mitglieder stärken und in Entscheidungsprozesse einbinden. Dazu wollen wir das Instrument des Mitgliederentscheids nutzen und weiterentwickeln. Ein bundesweiter basisdemokratischer Mitgliederentscheid in 15 Jahren ist zu wenig. Wir wollen alle Möglichkeiten prüfen: Zu effizienten Mitgliederentscheiden gehören neben den klassischen Briefwahlen auch digitale und hybride Varianten.

Begründung

Wir sprechen von Mitmach- oder Mitgliederpartei und Basis. Unsere Mitglieder und ihre Meinungen sind uns wichtig. Aus diesem Grund wollen wir sie beteiligen und suchen Formate und Räume zum inhaltlichen Austausch. Wenn uns dieser inhaltliche Austausch so wichtig ist, wieso dürfen die Mitglieder dann nicht auch mitbestimmen. Denn zur demokratischen Beteiligung gehört eben auch Mitbestimmung. Also brauchen Formate zur Beteiligung auch jene zur Mitbestimmung. Als sehr gutes Instrument haben wir bereits: den Mitgliederentscheid. Wenn wir ernsthaft möchten, dass sich Mitglieder breit beteiligen, müssen sie auch entscheiden dürfen - sonst bleibt es ein folgenloser Meinungsaustausch. Auch im Entscheidungsprozess sollten wir den Schritt ins 21. Jahrhundert gehen und den Prüfauftrag „Für die Einführung eines optionalen Online-Mitgliederentscheids“, welcher bereits seit dem 12./13. November 2016 Beschlusslage des Bundesausschusses ist, entsprechend durchführen.

Antrag L02.231.2: Änderungsantrag zu L02-10

Änderungsantrag zu L02-10

Antragsteller*in: KV Soest

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 231

- 229 Für diesen innerparteilichen Diskussions- und Klärungsprozess brauchen wir geeignete
230 Foren, Formen und Räume. Wir wollen Dauerkonflikte überwinden. Wir stellen in den
231 Mittelpunkt: gemeinsame Perspektiven entwickeln und gemeinsam aktiv werden.

DIE LINKE vereint verschiedene Traditionen und Richtungen, wir müssen die gemeinsamen Projekte für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen neu bestimmen, um erfolgreich zu sein. Mit dem nächsten Bundesparteitag und der Urabstimmung zum Grundeinkommen werden wir dazu Entscheidungen fällen. Mitgliederbefragungen zu Personal- und inhaltlichen Fragen müssen die Regel werden.

Antrag L02.236.1: Änderungsantrag zu L02-10

Änderungsantrag zu L02-10

Antragsteller*in: KV Soest

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 236

- 236 Veränderung heißt dabei ausdrücklich nicht, sich an den Zeitgeist anzupassen. ~~Es geht~~
Sympathien für das Putin-Regime und für Querdenkenertum wären in der LINKEN fehl am Platz. Es geht
237 darum, DIE LINKE als sozialistische Partei weiterzuentwickeln und ihre linken
238 Kernpositionen auf der Höhe der Zeit fortzuentwickeln: durch Aktualisierung linker
239 Antworten auf inzwischen aufgekommene neue gesellschaftliche Fragen. Es geht nicht
240 darum, etwas zu verlieren, sondern ganz im Gegenteil darum, etwas zu gewinnen.

Antrag L02.244.1: Änderungsantrag zu L02-10

Antragsteller*in: KV Kassel

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 244

241 Indem wir uns den aktuellen Fragen stellen, können wir an Ansehen und Zustimmung bei
242 jenen gewinnen, für deren Interessen wir uns einsetzen. Und das wiederum ist die
243 Voraussetzung dafür, neu auf Attacke zu schalten und wieder erfolgreicher in die
244 Gesellschaft zu wirken.

Die Bundestagsfraktion prägt durch ihre öffentliche Wahrnehmung das Bild der Partei. Sie trägt, auch angesichts großer Ressourcen, eine besondere Verantwortung, wie die LINKE wahrgenommen, sich in Zukunft entwickeln wird und wie wir unsere Möglichkeiten nutzen, um in der Gesellschaft einen Unterschied zu machen. Die Krise der LINKEN können wir nur überwinden, wenn uns eine andere Arbeitsweise zwischen Partei und Fraktion gelingt. Unabhängig davon, ob wir demnächst die Ausübung der Mandate zeitlich begrenzen (PV-Beschluss 2022/241), empfehlen wir allen Abgeordneten unserer Partei, die länger als zwei Legislaturperioden im Bundestag sitzen, sich zu fragen, ob sie zeitnah ihren Platz für Nachrückende freimachen wollen. Um einer Erneuerung auf allen Ebenen gerecht zu werden und Ausdruck zu verleihen, legen wir den Mitgliedern der Bundestagsfraktion nahe, zeitnah eine neue Fraktionsspitze in enger Zusammenarbeit mit dem neuen Parteivorstand zu finden. Strukturelle Veränderungen, die wir etwa ausgehend von #linkemetoo in der Partei entwickeln, müssen sich auch in der Fraktion widerspiegeln. Nur mit einem gemeinsamen Aufbruch auf allen Ebenen können wir der LINKEN zu neuer Stärke verhelfen.

Begründung

Partei sollte prominentere und führende Rolle gegenüber den Personen in den Parlamenten haben; Amtszeitbegrenzung ist eine von mehreren Möglichkeiten, um problematisches Verhältnis zwischen Parlament und Parteivorstand zu adressieren

Antrag L02.245.1: Änderungsantrag zu L02-11

Änderungsantrag zu L02-11

Antragsteller*in: BAG Bewegungslinke

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 245

~~245~~ **Landesverbände**

Bundestagsfraktion

246

Die Bundestagsfraktion prägt durch die öffentliche Wahrnehmung maßgeblich das Bild der Partei. Sie trägt, auch angesichts großer Ressourcen, eine besondere Verantwortung, wie die LINKE wahrgenommen und sich in Zukunft entwickeln wird und wie wir unsere Möglichkeiten nutzen, um in der Gesellschaft einen Unterschied zu machen. Mit den Ergebnissen ihrer Anfragen an die Bundesregierung werden Gliederungen auf Kreis- und Landesebene unterstützt, mit den Reden unserer Abgeordneten wollen wir Menschen ohne starke Lobby eine Stimme geben.

Um einer Erneuerung auf allen Ebenen gerecht zu werden und Ausdruck zu verleihen, fordert der Bundestag unsere Bundestagsfraktion auf, bis zum Oktober 2022 eine neue Fraktionsspitze zu wählen, die zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der neuen Parteiführung bereit ist und dafür Sorge trägt, dass die Mitglieder der Fraktion die Beschlüsse der Partei achten und vertreten. Strukturelle Veränderungen, die etwa ausgehend von #linkemetoo in der Partei entwickelt und umgesetzt werden, müssen sich auch in der Fraktion widerspiegeln.

247

Landesverbände

Begründung

Nur mit einem gemeinsamen Aufbruch auf allen Ebenen können wir der LINKEN zu neuer Stärke verhelfen. In der Partei wurde mit der Entscheidung zu Neuwahlen des Parteivorstands ein entsprechender Schritt getan, während sich in der Bundestagsfraktion nach den Bundestagswahlen keine Veränderung an der Spitze ergeben hat.

Doch auch die neuen Beschlüsse des Bundestagparteitags sind nichts wert, wenn weiterhin prominente Mitglieder der Partei öffentlich abweichende Positionen vertreten oder in der Fraktion regelmäßig neue Forderungen entwickelt und ohne Rückkopplung mit dem PV nach außen vertreten werden. Die existenzielle Krise der Partei macht dabei deutlich, dass wir kein weiteres Jahr bis zur regulären Neuwahl des Fraktionsvorstandes warten können, sondern sofort Personal an Partei- und Fraktionsspitze brauchen, das im Team und vertrauensvoll miteinander arbeiten kann und möchte sowie regelmäßig gemeinsame Kommunikationslinien abstimmt.

Antrag L02.246.1: Änderungsantrag zu L02-11

Änderungsantrag zu L02-11

Antragsteller*in: LV Rheinland-Pfalz

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 246 - 252

246 ~~Wir übertragen die Erfahrungen aus den Wahlkampfprojekten (siehe „Wahlen gewinnen!“)~~
247 ~~mit Unterstützung der Bundesgeschäftsstelle~~ Wir erkennen die unterschiedlichen
Entwicklungsstände und Ressourcen in alle Länder, um erfolgreiche Ansätze
den Landesverbänden an und arbeiten gleichzeitig an der Übertragung von positiven Erfahrungen
aus den Wahlkampfprojekten. Erfolgreiche Ansätze des organisierenden Wahlkampf- und
Parteiaufbaus ~~zu werden wir ebenso stärken wie neue und alternative Ansätze.~~ Ziel ist es, über die
249 oben genannten Methoden Mitglieder zu gewinnen und die Verankerung und Wahrnehmung im
250 Alltag zu erhöhen. ~~Nach zwei bis drei Jahren soll der Mitgliederzuwachs den Prozess-~~
251 ~~tragen. Wir legen~~ Gemeinsam mit den Landesverbänden müssen die unterschiedlichen Ansätze
und Instrumente diskutiert werden und eine ehrliche Evaluation stattfinden. Darauf aufbauend
entwickeln wir ein Konzept vor, das auf erste Erfolge vor der nächsten
für die kommenden Wahlkämpfe, um zielsicher und an der Realität orientiert einen Neustart zur
Bundestagswahl zielt erreichen zu können.

Antrag L02.246.2: Änderungsantrag zu L02-11

Änderungsantrag zu L02-11

Antragsteller*in: LV Niedersachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 246 - 249

246 In unseren Landesverbänden organisiert sich die Partei mit ihren Gliederungen vor Ort. Sie tragen damit erheblich zur gesellschaftlichen Verankerung, zur Bildung ihrer Mitglieder und zur überregionalen Zusammenarbeit bei. Hierfür brauchen sie eine personell- sowie finanziell bessere Unterstützung. Auch die Vernetzung der Landesverbände muss erheblich gestärkt werden, damit sie voneinander lernen und politische Kämpfe zusammenführen können. Von der Partei getroffene programmatische Schwerpunkte müssen gemeinsam mit Leben gefüllt werden. Politische Initiativen, Kampagnen und Wahlen sollen zukünftig stärker in kollektiver Verantwortung mit und zwischen den Landesverbänden abgesprochen werden. Dazu zählt auch die stärkere Unterstützung untereinander bei jeweiligen Kommunal- und Landtagswahlen.

Wir übertragen die Erfahrungen aus den Wahlkampfprojekten (siehe „Wahlen gewinnen!“) mit Unterstützung der Bundesgeschäftsstelle in alle Länder, um erfolgreiche Ansätze des organisierenden Wahlkampf- und Parteaufbaus zu stärken. Ziel ist es, über die oben genannten Methoden, Mitglieder zu gewinnen und die Verankerung und Wahrnehmung im Alltag zu erhöhen. Nach zwei bis drei Jahren soll der Mitgliederzuwachs den Prozess tragen. Wir legen ein Konzept vor, das auf erste Erfolge vor der nächsten Bundestagswahl zielt.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag L02.277.1: Änderungsantrag zu L02-12

Änderungsantrag zu L02-12

Antragsteller*in:

KV Wendland, Geraer Sozialistischer Dialog

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 277

273 Wir setzen den Fokus auf Konflikte, die wir als LINKE zusammen mit interessierten
274 Nachbar*innen gewinnen können. In der Kommunalpolitik entwickeln und verwirklichen
275 wir „im Kleinen“, was wir am Großen verändern wollen. Eine sozialistische
276 Kommunalpolitik hat im Blick, welche konkreten Veränderungen den Weg zu einer anderen
277 Gesellschaft jenseits des Kapitalismus ebnen können. In der Kommune geht es eben nicht nur um die Frage von längs- und querparken. Das Wirken für Frieden, soziale Gerechtigkeit und gegen Rechts beginnt hier. Kommunalpolitische Erfolge
278 machen Mut auf Mehr. Wir wollen die Erfolge, die unsere kommunalpolitischen
279 Mandatsträger*innen gemeinsam mit den Menschen erzielen, übertragbar machen und mit
280 den zentralen Schwerpunktsetzungen kombinieren. Bis 2024 werden wir gemeinsam mit der
281 BAG Kommunalpolitik, den Kommunalpolitischen Foren und allen hier aktiven
282 Gliederungen ein Unterstützungsangebot für die kommunalpolitische Arbeit aufbauen.

Antrag L03.001.1: Ersetzungsantrag zum Leitantrag L03

Antragsteller*in:

KV Erlangen-Höchstädt, KV Herford, LV Hessen, weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Ohne Wenn und Aber gegen Krieg und Aufrüstung!

Nein zu Russlands Krieg - für den sofortigen Truppenrückzug

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist völkerrechtswidrig und brandgefährlich. Der Krieg muss beendet werden. Die russischen Truppen müssen unverzüglich abziehen. Es gibt keine Alternative zum Frieden.

Unsere Solidarität gilt der Bevölkerung in der Ukraine, den Millionen von Menschen, deren Leben zerstört wird: Den Verletzten, den Angehörigen, die Tote zu beklagen haben, den Traumatisierten, den Geflüchteten. Unsere Solidarität gilt den Ukrainer*innen, die sich gegen den russischen Angriff verteidigen und auch den Russ*innen, die sich trotz großer Repressionen, Verhaftungen und Gewalt in Russland gegen diesen Krieg ihrer Regierung stellen.

In diesem Krieg geht es der Putin-Administration um eine brutale Durchsetzung von Macht und geopolitischen Interessen. Putin hat diese imperialistischen und chauvinistischen Bestrebungen ausführlich in Wort und Schrift begründet.

Dieser Krieg ist nicht nur ein Krieg Russlands *gegen* die Ukraine, er ist auch ein Krieg *um* die Ukraine, nämlich ein Machtkampf zwischen der NATO (der EU und USA) auf der einen und Russland auf der anderen Seite. Dieser Krieg verdeutlicht, dass die innerimperialistischen Widersprüche wachsen und der Kampf um Einflussphären schon heute militärisch geführt und sich zukünftig weiter verschärfen wird.

Nein zu Waffenlieferungen

Die Ausweitung des Krieges in weitere Regionen, die Einbeziehung der NATO und damit die Gefahr einer nuklearen Eskalation sind nicht auszuschließen. Russland hat Atomwaffen. Griffe die NATO ein, würde ein Krieg mit Atomwaffen drohen, der eine existentielle Bedrohung für die Menschheit und die Umwelt bedeuten würde. Es gibt keine militärische Lösung des Konfliktes. Deeskalation ist das Gebot der Stunde; dieser Krieg muss umgehend beendet werden.

DIE LINKE lehnt Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete ab. Insbesondere die Lieferung von schweren Waffen sind ein Beitrag zur Eskalation des Krieges. Sie verlängern den Krieg, während eine politische Lösung in weite Ferne rückt. Die Ukraine ist in den vergangenen Jahren von den USA und anderen westlichen Staaten stark aufgerüstet worden und wird es weiterhin. Von Ende Januar bis Anfang Mai hat die Ukraine fast 30 Mrd. Euro an Waffenlieferungen und finanziellen Leistungen von den USA, Kanada, Großbritannien, Polen und Deutschland erhalten, allein die USA haben weitere 20 Mrd. Dollar Militärhilfe angekündigt. Einerseits wird gesagt, man sei nicht Kriegspartei, andererseits liefert man Waffen – das passt nicht zusammen.

Kein Wirtschaftskrieg

Sanktionen werden damit begründet, dass sie die russische Regierung zwingen würden, den Krieg zu beenden. Bisher ist das nicht absehbar.

Die aktuell getroffenen Sanktionsmaßnahmen bedeuten vor allem harte Einschnitte für die einfache Bevölkerung in Russland. Es besteht zudem die Gefahr, dass die Sanktionen, die tief in die russische Wirtschaft eingreifen, dazu führen, dass sich große Teile der russischen Bevölkerung mit der Putin-Regierung gegen „den Westen“ solidarisieren. Das schwächt oppositionelle Kräfte in Russland und führt nicht dazu,

dass in Russland mehr Widerstand gegen das Putin-Regime geleistet wird.

Zudem ist zu befürchten, dass der begonnene Wirtschaftskrieg lang und weitreichend sein wird. Der Krieg und die Sanktionen treiben gleichzeitig Preise für Nahrungsmittel in die Höhe. Hungersnöte in armen Regionen der Erde drohen.

All das ist Teil der Eskalationslogik. Wir sehen die Folgen dieses massiven Machtkampfes, der auf dem Rücken der arbeitenden Menschen und Armen weltweit auch auf einer wirtschaftlichen Ebene geführt wird. Jeden Tag, den der Krieg länger andauert, wird die Ukraine mehr in Trümmer gelegt, Menschen mehr traumatisiert und Gesellschaften zerstört, Lebensperspektiven vernichtet. Oberste Maxime muss sein, den Krieg zu beenden. Das kann nur mit politischen Mitteln gehen.

Keine Doppelstandards

Die russische Regierung unter Putin trägt die Verantwortung für den Angriffskrieg. Wir können allerdings nicht ausblenden, dass dem ein Konflikt zwischen der NATO und Russland vorausging, für den auch die NATO-Staaten eine Mitverantwortung haben, zum Beispiel weil sie die NATO-Osterweiterung und das EU-Assoziierungsabkommen vorangetrieben haben. So wurde über 30 Jahre lang versäumt, eine stabile europäische Friedensordnung zu organisieren.

Der völkerrechtswidrige Krieg Putins macht die völkerrechtswidrigen Kriege der NATO nicht vergessen und vergeben. Die NATO ist und bleibt ein Bündnis zur Durchsetzung der imperialistischen Interessen der westlichen Staaten. Auch hier darf es keine Doppelstandards geben.

Außerdem sind Katar und die Emirate am Krieg im Jemen beteiligt, der in der deutschen Öffentlichkeit faktisch nicht vorkommt und eine der größten humanitären Katastrophen unserer Zeit ist. Diese Doppelmoral der herrschenden Politiker*innen weisen wir zurück. Für uns gilt absolute Klarheit gegen Krieg und gegen Menschenrechtsverletzungen – egal von wem.

Eine globale Hochrüstungsspirale ist der falsche Weg – auch in Deutschland

In den letzten 15 Jahren hat nicht nur die russische Regierung ihre Waffensysteme modernisiert, Kampfdrohnen entwickelt und die Rüstungsexporte gesteigert. Die NATO hat eine „schnelle Eingreiftruppe“ aufgebaut, ihre Truppenstationierung an der Ostflanke sowie ihre Marinepräsenz verstärkt, ein Raketenabwehrsystem in Rumänien und Polen installiert und hält regelmäßig Manöver an Russlands Westgrenze ab.

Krieg als Mittel der Politik ist auch in Deutschland normal geworden und soll jetzt sogar im Grundgesetz abgesichert werden. Mit der Einrichtung eines „Sondervermögens Bundeswehr“ über 100 Mrd. Euro, der Ankündigung der Umsetzung des 2%-Ziels der NATO (d.h. 2% des BIP in Rüstung) sowie der Beschaffung von Kampfdrohnen und atomwaffenfähigen F-35-Kampffjets setzt die Ampel-Koalition lang gehegte Pläne zur Stärkung der militärischen Rolle Deutschlands um. Dabei geht es ihr nicht um das berechnete Sicherheitsbedürfnis der Menschen, die durch diesen Krieg verunsichert sind, oder um Verteidigung. Es geht darum, Deutschland nicht nur als Wirtschaftsmacht, sondern auch als Militärmacht für die härter werdenden Kämpfe um Einflussphären zu rüsten. Dieser Kurs wird seit den 90er Jahren forciert, seit 2014 orientierte die Große Koalition auf Auslandseinsätze und „Landes- und Bündnisverteidigung.“ Bereits von 2014-2021 wuchs der Militärhaushalt um 50%. SPD, Grüne und FDP nutzten nun – gemeinsam mit CDU – den Krieg Russlands gegen die Ukraine aus, um die Bevölkerung auf die Militarisierung der Außenpolitik einzuschwören. Das Geld wird an anderer Stelle fehlen und es scheint wie Hohn angesichts kaputtgesparter Schulen und Krankenhäuser, überlasteter Pfleger*innen oder armer Rentner*innen, wenn plötzlich die Milliarden für Rüstung lockergemacht werden. Bezahlen müssen diese Aufrüstungswelle die Lohnabhängigen und Armen, indem sie mehr schufteten und erwirtschafteten und gleichzeitig den Gürtel enger schnallen sollen.

Es geht nicht um Demokratie vs. Autokratie

Die Erklärung der Bundesregierung legt nahe, es handele sich bei der geplanten Aufrüstung um eine Reaktion auf Russlands Krieg, um die Verteidigung der Demokratie gegen die Autokratie.

Die Aufrüstung des Westens dient nicht der Verteidigung der Demokratie, denn Militarismus geht auch immer einher mit einem Abbau der Demokratie, mit einer gesellschaftlichen Verrohung, mit einem Rückschritt in den Geschlechterrollen, mit Einschränkungen von politischen und gewerkschaftlichen Rechten und mit der Eröffnung von rigider Sparpolitik.

Weder die deutsche noch irgendeine andere Außenpolitik ist im Kapitalismus auf sogenannte „Werte“ ausgelegt, sondern sie orientiert sich an knallharten politischen und ökonomischen Interessen, die zur Not mit militärischer Stärke abgesichert werden.

Der Kampf für Frieden und der Kampf für Demokratie gehören zusammen.

Aber Demokratie und Gerechtigkeit lassen sich nicht dadurch erzielen, dass Staaten andere Staaten „im Namen der Demokratie“ bombardieren und sanktionieren.

Geopolitischer Ausblick und globale Machtverhältnisse

Nach dem Ende des Kalten Krieges geht es heute um eine Neuaufteilung der Welt zwischen den Großmächten, um Einflusszonen und mögliche neue Machtallianzen. Dazu wird nicht immer zum Mittel des Krieges gegriffen. Dort, wo es möglich ist, wird bevorzugt, Kapitalinteressen mit wirtschaftlichen Mitteln, Verträgen und auch auf diplomatischem Wege durchzusetzen. Gelingt dies nicht, werden diese Interessen auch robust abgesichert. Das konnte man bei bisherigen Kriegen wie in Jugoslawien, Tschetschenien, Afghanistan, Irak, Georgien, Libyen, Syrien u.v.m. sehen. Alle waren Kriege, in denen es direkt oder indirekt um geopolitische und um ökonomische Interessen ging.

Sowohl die Massivität, mit der Russland aktuell den Krieg führt als auch die Heftigkeit der Reaktion seitens der USA, EU und der NATO sind Ausdruck davon, dass derzeit weltweite geopolitische Machtverschiebungen vonstattengehen, die über den Ukraine-Krieg hinausreichen. Dabei besteht das Hauptkonfliktpotenzial um Einflussphären und die entscheidenden Märkte der Zukunft zwischen den zwei ökonomisch größten Weltmächten: Der aktuellen Nummer Eins USA und der ökonomisch immer weiter aufstrebenden Weltmacht China. Um diese Märkte und Ressourcen werden diese beiden Mächte, aber auch alle anderen Großmächte – darunter die drittstärkste Wirtschaftsmacht EU – konkurrieren. Dabei werden im jeweiligen eigenen Interesse mögliche neue Allianzen geschmiedet und robuste Machtkämpfe ausgetragen werden.

All diese Vorgänge sollten uns ein Warnsignal sein: In den kommenden Jahren steigt die Gefahr von heißen Kriegen und vielen Stellvertreterkriegen bei der Neuaufteilung der Welt unter den Großmächten.

Die Rolle der EU

Krieg und Militarismus befeuern Nationalismus und Rassismus überall. Wir setzen dagegen auf internationale Solidarität.

Deutschland als ökonomisch stärkste Macht in der EU ist bestrebt, mit der Atommacht Frankreich zusammen auch die EU zu einer schlagkräftigen Militärunion auszubauen. Schritte und Maßnahmen auf diesem Weg wurden bereits eingeleitet. Bereits 2016 wurde in der EU-Globalstrategie festgehalten, dass die EU in der Lage sein muss, wichtige Handelsrouten und Seewege im eigenen Interesse zu sichern – zur Not auch militärisch. Nach der Ankündigung, dass Großbritannien aus der EU austritt, wurden unter der Abkürzung PESCO die ständige, strukturierte militärische Zusammenarbeit der EU aktiviert und verschiedene Instrumente zur Förderung militärischer Zusammenarbeit und gemeinsamer schlagkräftiger Waffentechnologie in der EU eingerichtet. Der im März

2022 beschlossene „strategische Kompass“ bettet diese Zielsetzung, die bereits geschaffenen Instrumente und weiterhin noch „benötigte“ militärische Kapazitäten in eine Gesamtstrategie ein, um die EU zu rüsten für eine Zeit der großen Rivalität unter den Weltmächten und der Neuaufteilung der Welt.

Aktiv werden gegen den Krieg!

Wir rufen auf, gemeinsam auf die Straße zu gehen und eine Protestbewegung gegen den Krieg Russlands gegen die Ukraine, gegen die Eskalation durch die NATO und gegen die Aufrüstungspläne der Bundesregierung aufzubauen. Wir unterstützen den „Appell: Nein zum Krieg!“ und Mobilisierungen der Friedensbewegung gegen Krieg und das 100 Mrd. Euro Rüstungspaket der Ampelkoalition.

Unsere Aufgabe als Linke in Deutschland ist es, den Kampf gegen die massive Aufrüstung der Bundeswehr und der EU, die nicht den Frieden sichert, sondern die Kriegsgefahr erhöht, ins Zentrum zu stellen.

Wir brauchen breite Bündnisse von Initiativen, Gewerkschaften, Bewegungen und Vereinen. Wir fordern von der Bundesregierung, auf einen Waffenstillstand hinzuwirken und diplomatische Lösungen voranzutreiben, die den Krieg in der Ukraine stoppen und den russischen Truppenabzug zum Ziel haben.

Wir fordern schon seit Jahren eine humane Migrationspolitik statt der tödlichen Abschottung an den EU-Außengrenzen. Während die USA und alle EU-Staaten sich erfreulicherweise bereit erklärt haben, Geflüchtete aus der Ukraine aufzunehmen und ihnen relativ unbürokratisch zu helfen, wird weiterhin gegen Geflüchtete aus anderen Kriegsgebieten der Welt, wie aus Syrien und Afghanistan, mit harten Bandagen gekämpft, um sie aus der EU rauszuhalten. Wir stehen für eine humane Migrationspolitik für alle Menschen in Not. Für Deserteur*innen fordern wir das Asylrecht.

Wir fordern, keine weiteren Schritte der Eskalation zu unterstützen: Keine Osterweiterung der NATO, keine Verlegung von weiteren Bundeswehrtruppen an die russische Westgrenze.

DIE LINKE muss ihre friedenspolitischen Positionen stark machen, sie muss eine klare Stimme sein, die den Wahnsinn der Aufrüstung auf Kosten der lohnabhängigen Menschen und Armen infrage stellt. Sie muss sich stark machen für Deeskalation und Diplomatie statt Krieg, an jeder Stelle.

Die Grenzen verlaufen für uns nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten.

Begründung

Dies ist ein Ersetzungsantrag zum Leitantrag 03: Keine Aufrüstung, kein Krieg.
Begründung erfolgt mündlich.

Antrag L03.001.2: Ersetzungsantrag zum Leitantrag L03

Antragsteller*in:

BAG Frieden und internationale Politik, Thomas Kachel (BAG Frieden und internationale Politik), Isabelle Casel (KV Rhein-Berg, BAG Frieden und internationale Politik), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Die Waffen nieder! Den Krieg beenden statt immer mehr Waffen liefern

„Ich dachte immer, jeder Mensch sei gegen den Krieg. Bis ich herausfand, dass es

welche gibt, die dafür sind, besonders die, die nicht hingehen müssen.“ (Erich Maria Remarque)

DIE LINKE verurteilt den völkerrechtswidrigen Einmarsch Russlands in die Ukraine. Dieser Einmarsch schafft unzähliges Leid und ist, wie jeder Angriffskrieg, durch nichts zu rechtfertigen. Wir lehnen Krieg als Mittel der Politik ab. Die Menschenrechtsverletzungen in diesem Krieg müssen von einer unabhängigen Untersuchungskommission unter Leitung der UN untersucht und geahndet werden. Der Ukraine ihre eigenständige Staatlichkeit abzusprechen, ist eine weitere grundlegende Verletzung des Völkerrechts. Es gilt alles zu tun, damit dieser Krieg so schnell wie möglich beendet wird und die russischen Truppen abgezogen werden. „Die Waffen nieder, und zwar bedingungslos!“ muss daher das Motto dieser Tage sein. In Russland gehen mutige Menschen auf die Straße gegen den Krieg. Im Süden Europas, in Italien und Griechenland, leisten Arbeiterinnen und Arbeiter Widerstand gegen den Krieg und blockieren Waffenlieferungen in die Ukraine. Ebenso blockieren Menschen russische Militärtransporte in Belarus. Sie sind uns Beispiel und Vorbild. Unsere Solidarität gilt den Opfern aller aktuellen Kriege, von der Ukraine über Kurdistan und Mali bis nach Jemen.

Der Krieg in der Ukraine ist allerdings nicht ohne seine Vorgeschichte zu verstehen. Mitnichten gab es in den letzten Jahren eine "naive Entspannungspolitik" des Westens, die angeblich zu diesem Krieg geführt hätte. Von 1990 - vom Wortbruch gegenüber Gorbatschow in der Frage der NATO-Osterweiterung, über die einseitige Kündigung der ABM- (2002), A-KSE- (2004), INF-(2017) und Open Skies- (2019) Rüstungsbegrenzungsverträge, bis zum Aufbau eines NATO-Raketenschirms an den Grenzen Russlands, der von der russischen Seite verdächtigt wird, die nukleare Zweitschlagsfähigkeit Russlands zu unterminieren (von 2002 bis jetzt) - auch das Agieren von NATO und EU im Osten Europas kannte bis heute nur eine Richtung: Eskalation. Dies hat entscheidend dazu beigetragen, dass das nach dem Kalten Krieg entstandene Vertrauen in Europa - Teil der Friedensdividende - systematisch zerstört wurde. Die seit 20 Jahren immer weiter stur vorangetriebene Erweiterung der NATO in Richtung Osten kritisierte selbst der Papst unlängst: Möglicherweise habe das "Bellen der Nato vor Russlands Tür" zu Wut geführt, wurde er zitiert, "eine Wut, von der ich nicht weiß, ob man sagen kann, dass sie provoziert wurde, aber vielleicht erleichtert".

Der Putsch gegen die gewählte Regierung Janukowitsch in Kiew im Jahr 2014 wurde vom Westen tatkräftig finanziell und logistisch unterstützt. Darauf erfolgte die verfassungswidrige Sezession und völkerrechtswidrige Integration der Krim durch Russland, und die Unterstützung für die sog. Volksrepubliken im Donbass. Jegliche irgendwie geartete Entspannung dieses Konflikts wurde durch die jahrelange, absichtsvolle Nicht-Umsetzung des Minsker Abkommens torpediert: Durch die OSZE kontrollierte freie Wahlen in den Donbassgebieten z.B., wie Steinmeier sie noch selbst verhandelt hatte, wurden durch die Blockadehaltung der Ukraine, Frankreichs und Deutschlands verhindert.[1] Diese Politik schaffte nur geteilte Sicherheit, und damit massive Unsicherheit. Das Konzept der gemeinsamen Sicherheit in Europa bleibt deshalb ein zentrales friedenspolitisches Ziel für DIE LINKE.

Die Bundesrepublik Deutschland steht in Verantwortung gegenüber allen Opfern des faschistischen Vernichtungskriegs von 1941-45 in der Sowjetunion. Die Vorstellung, dass deutsche Waffen heute das Töten zwischen Ukrainern und Russen befördern sollen, ist unerträglich. Mit den Waffenlieferungen aus Deutschland fällt die letzte friedenspolitische Maxime, die als Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg und der Niederlage des deutschen Faschismus und Militarismus erwachsen ist. [2]

Es ist auch erschreckend, wie schnell die Ziele für diese Waffenlieferungen in den letzten Wochen hierzulande umdefiniert worden sind. Erst hieß es, Waffen würden

geliefert, um den völkerrechtswidrigen Krieg Russlands durch die Stärkung der ukrainischen Verteidigung und eine Verhandlungslösung zu beenden. Mittlerweile werden Rüstungslieferungen in die Ukraine genehmigt, um den Krieg gegen Russland zu gewinnen. Friedensverhandlungen werden aktiv torpediert, wie Boris Johnsons Erpressung gegenüber Zelensky demonstriert, als der bei den Istanbul-Verhandlungen Ende März Einigungswillen mit Russland zeigte (Ukrainskaja Prawda engl., 5.5.22).[3] Also nicht nur Russland, sondern auch der angeblich werte-geleitete Westen ist bereit, das Leben von immer mehr Ukrainern in einem Stellvertreterkrieg zu opfern – und die deutsche Ampelregierung stimmt dem zu. Im diesem beiderseitigen Streben nach Sieg gibt es aber keine Gewinner, sondern nur Verlierer. Deshalb gilt es nun durch ernsthafte Verhandlungen mit auch in den Augen der Ukraine schmerzhaften Zugeständnissen, wie die Akzeptanz der Neutralität, einen Verständigungsfrieden herbeizuführen und somit den Frieden zu gewinnen, nicht den Krieg.

Viele Menschen in unserem Land bewegt aktuell die Furcht vor einem Eskalieren des Krieges – bis hin zu einer möglichen atomaren Vernichtung Europas. Das Tolerieren von deutschen Kriegsfreiwilligen, die Lieferung schwerer Waffen, und die Ausbildung ukrainischer Soldaten bringen die Bundesrepublik immer näher an den Rand der Kriegsbeteiligung, wie selbst der wissenschaftliche Dienst des Bundestags feststellt.[4] In der NATO werden bereits Pläne zur Entsendung von NATO-Truppen in die Ukraine diskutiert und Forderungen nach einer direkten Kriegsbeteiligung gegen Russland erhoben. DIE LINKE tritt allen Plänen und Handlungen, die geeignet sind, die Bundesrepublik zur Kriegspartei in diesem Krieg zu machen, entschieden entgegen. Ein kriegerischer Konflikt NATO-Russland hätte verheerende Folgen für Europa bis hin zu einem alles vernichtenden Atomkrieg. Die Konsequenz aus dieser Gefahrensituation heißt für die LINKE auch, sich mit aller Macht für das Verbot und die Abschaffung aller Atomwaffen in Europa und weltweit zu engagieren.

Zugleich will die Bundesregierung einen 100 Milliarden schweren kreditfinanzierten Aufrüstungsfonds auflegen, der auch noch im Grundgesetz verankert werden soll. Wir sagen NEIN zu dieser Aufrüstungsverpflichtung mit Verfassungsrang. Damit würde das sogenannte 2%-Aufrüstungsziel der NATO übererfüllt und Deutschland gemäß den Militärausgaben mit rund 75 Mrd. € der Staat mit dem größten Militärbudget in Europa – größer als selbst das russische Budget. Und das angesichts der Tatsache, dass allein die europäischen NATO-Staaten schon heute eine mindestens zweifache Überlegenheit in der Anzahl der SoldatInnen, und eine stellenweise bis zu vierfache Überlegenheit bei schweren Waffensystemen über Russland haben.[5] Statt diesen Rüstungswahnsinn auf die Schiene zu setzen, fordern wir einen Sonderfonds für massive Investitionen in sichere, erneuerbare und preiswerte Energien. Abrüsten für soziale Sicherheit und Klimaschutz ist das Gebot der Stunde.

Wir stehen für Sanktionen gegen konkrete Kriegsprofiture. Um solchen Sanktionen aber Glaubwürdigkeit zu verleihen, dürfen sie nicht nur im Fall Russlands angewandt werden. DIE LINKE tritt allen Ansinnen entgegen, Wirtschaftssanktionen aufzulegen, die die Bevölkerung in der Bundesrepublik und Russland treffen. Ein sofortiger Energieimportstopp würde die Wirtschaft schwer schädigen und hätte den Verlust von Millionen von Arbeitsplätzen zur Folge, auch und insbesondere in Ostdeutschland. Entsprechenden Forderungen aus der Ampel-Koalition und der Union sowie vielen Medienvertretern muss eine klare Absage erteilt werden.

In geschichtlicher Verantwortung, angesichts der Untaten des faschistischen Dritten Reiches gegenüber beiden Ländern, steht die Bundesrepublik Deutschland in der Pflicht, alles zu tun, um die militärische Dynamik des Krieges in der Ukraine zu bekämpfen, und das Primat der Diplomatie wiederherzustellen. Die LINKE fordert:

- Die Forderung zum sofortigen Waffenstillstand, und einem Rückzug der russischen Truppen aus der Ukraine aufrecht zu erhalten;

- Sanktionen gegen den Personenkreis zu implementieren, der für die Entscheidung zu diesem Angriffskrieg verantwortlich ist
- Waffenlieferungen, die den Konflikt weiter aufheizen, sofort einzustellen, und auch andere Staaten dazu aufzufordern, sowie den Zufluss von ‚Freiwilligen‘ in diesen Krieg zu unterbinden
- auf eine mittelfristige Rückkehr zu einem neuen Minsk-III-Abkommen hinzuarbeiten, in dem die Neutralität der Ukraine unter Sicherung ihrer Souveränität und territorialen Integrität verankert wird, wie es die ukrainische Verfassung bis 2014 vorsah.
- Dafür einzutreten, dass auch die russischsprachige Minderheit in der Ukraine ein Recht auf Autonomie, und volle, auch sprachlich-kulturelle, Rechte erhält.
- Zu einer zeitnahen, umfassenden Aussprache zur europäischen Sicherheitsstruktur im Rahmen der OSZE zu einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz einzuladen. Sie muss, wie die KSZE, eine neue Struktur der gemeinsamen Sicherheit auf dem Kontinent zum Ziel haben.
- am Ziel einer Ersetzung der NATO durch ein solches inklusives Sicherheitssystem unter Einschluss Russlands festzuhalten. Die Ost-Erweiterung der NATO hat ihre Kontraproduktivität erwiesen und muss gestoppt werden.
- sich von ungezielten, flächendeckenden Sanktionen, die v.a. die Bevölkerung treffen, zu distanzieren und diese für Deutschland aufzuheben
- Den aus der Ukraine nach Deutschland kommenden Menschen verstärkt unbürokratische sofortige Hilfe zu gewährleisten, und jegliche restriktiven Aufenthaltsregelungen aufzuheben
- sich klar gegen Tendenzen der Russophobie ebenso einzusetzen, wie sich auch gegen die Verherrlichung des Krieges zu positionieren: Russland ist nicht Putin.
- Die Projekte der Volksdiplomatie zwischen Deutschland und den beiden Ländern, wie z.B. die Städtepartnerschaft Suhl-Kaluga, besser zu unterstützen, um über Kontakte der Verständigung zwischen den Menschen einer Konfrontation zwischen den Staaten entgegenwirken zu können.
- Abrüsten statt Aufrüsten! die freiwerdenden Mittel für Soziales, Bildung, Kultur, Gesundheit, Wohnen und Klimapolitik zu verwenden.
- Keine neuen Kampfbomber für die in Deutschland gelagerten Atomwaffen anzuschaffen, den Abzug der US-Atomwaffen von deutschem Boden und den Beitritt der Bundesrepublik zum Atomwaffenverbotsvertrag endlich einzuleiten.
- Keine Militarisierung von Jugend und Bildung – Bundeswehr raus aus Schulen und Universitäten!
- Keine neue Wehrpflicht!

Die LINKE wird ihre friedenspolitischen Aktivitäten intensivieren. Der Parteivorstand wird

- mit den hier gefassten Positionen öffentlich und parteiintern zu Friedensaktivitäten mobilisieren,
- bei der Europäische Linken eine europaweite Friedensoffensive starten,
- VertreterInnen der Friedensbewegung zu einer gemeinsamen Aktionsberatung einladen und die Friedensbewegung unterstützen.

Die Waffen nieder - statt noch mehr Waffen!

Begründung

Ersetzungsantrag zum Leitantrag L03

[1] <https://www.dw.com/de/steinmeier-formel-sprengkraft-f%C3%BCr-die-ukraine/a-50679595>

[2] Zum Stichwortgeber immer neuer Rüstungsexporte wird ausgerechnet der ukrainische Botschafter Andrij Melnyk, der nicht nur ein glühender Verehrer des Nazikollaborateurs und Antisemiten Stepan Bandera ist, sondern auch das faschistische Asow-Bataillon gegen Kritiker in Schutz nimmt und seinem ethnischen Hass freie Bahn lässt, wenn er ausdrücklich alle Russen zum Feind erklärt.

<https://www.n-tv.de/politik/Melnyk-Alle-Russen-sind-jetzt-unsere-Feinde-article23251316.html>

[3] <https://www.pravda.com.ua/eng/news/2022/05/5/7344206/>

[4] <https://www.bundestag.de/resource/blob/892384/d9b4c174ae0e0af275b8f42b143b2308/WD-2-019-22-pdf-data.pdf>

[5] Vgl. International Institute for Strategic Studies: Military Balance, London 2022.

Antrag L03.001.3: Ersetzungsantrag zum Leitantrag L03

Antragsteller*in:

BAG Frieden und internationale Politik

Der Parteitag möge beschließen:

Ohne Wenn und Aber gegen Krieg und Aufrüstung

Nein zu Russlands Krieg. Für den sofortigen Truppenrückzug.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist völkerrechtswidrig und brandgefährlich. Der Krieg muss beendet werden. Die russischen Truppen müssen unverzüglich abziehen. Es gibt keine Alternative zum Frieden.

Unsere Solidarität gilt der Bevölkerung in der Ukraine, den Millionen von Menschen, deren Leben zerstört wird: Den Verletzten, den Angehörigen, die Tote zu beklagen haben, den Traumatisierten, den Geflüchteten. *Die Menschenrechtsverletzungen in diesem Krieg müssen von einer unabhängigen Untersuchungskommission unter Leitung der UN untersucht und geahndet werden.* Unsere Solidarität gilt den Ukrainer*innen, die sich gegen den russischen Angriff verteidigen und auch den Russ*innen, die sich trotz großer Repressionen, Verhaftungen und Gewalt in Russland gegen diesen Krieg ihrer Regierung stellen. *Unsere Solidarität gilt den Opfern aller aktuellen Kriege, von der Ukraine über Kurdistan und Mali bis nach Jemen.*

In diesem Krieg geht es der Putin-Administration um eine brutale Durchsetzung von Macht und geopolitischen Interessen. Putin hat diese *nationalistischen* Bestrebungen ausführlich in Wort und Schrift begründet. *Dem steht ein ukrainischer Nationalismus gegenüber, der seit Jahren die russisch-sprachige Bevölkerung diskriminiert und einer friedlichen Lösung des gewaltsamen Konflikts in der Ostukraine entgegensteht.*

Der Krieg in der Ukraine ist nicht ohne seine Vorgeschichte zu verstehen. Mitnichten gab es in den letzten Jahren eine "naive Entspannungspolitik" des Westens, die angeblich zu diesem Krieg geführt hätte. Von 1990 - vom Wortbruch gegenüber Gorbatschow in der Frage der NATO-Osterweiterung, über die einseitige Kündigung der ABM- (2002), A-KSE- (2004), INF-(2017) und Open Skies- (2019) Rüstungsbegrenzungsverträge, bis zum Aufbau eines NATO-Raketenschirms an den Grenzen Russlands - auch das Agieren von NATO und EU im Osten Europas kannte bis heute letztendlich nur eine Richtung: Konfrontation. Dies hat entscheidend dazu beigetragen, dass das nach dem Kalten Krieg entstandene Vertrauen in Europa - Teil der Friedensdividende - systematisch zerstört wurde. Die seit 20 Jahren immer weiter vorangetriebene Erweiterung der NATO in Richtung Osten kritisierte selbst der Papst unlängst.

Dieser Krieg ist nicht nur ein Krieg Russlands gegen die Ukraine, er ist auch ein Krieg um die Ukraine; nämlich ein Machtkampf zwischen der NATO (der EU und USA) auf

der einen und Russland auf der anderen Seite. Dieser Krieg verdeutlicht, dass die innerimperialistischen Widersprüche wachsen und der Kampf um Einflussphären schon heute militärisch geführt und sich zukünftig weiter verschärfen wird.

Nein zu Waffenlieferungen.

Sowohl die Ausweitung des Krieges in weitere Regionen, die Einbeziehung der NATO und damit die Gefahr einer nuklearen Eskalation sind nicht auszuschließen. Russland hat Atomwaffen. Griffe die NATO ein, würde ein Krieg mit Atomwaffen drohen, der eine existentielle Bedrohung für die Menschheit und die Umwelt bedeuten würde. Es gibt keine militärische Lösung des Konfliktes. Deeskalation ist das Gebot der Stunde, dieser Krieg muss umgehend beendet werden.

DIE LINKE lehnt Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete ab. Insbesondere die Lieferung von schweren Waffen sind ein Beitrag zur Eskalation des Krieges. Sie verlängern den Krieg, während eine politische Lösung in weite Ferne rückt. Die Ukraine ist in den vergangenen Jahren von den USA und anderen westlichen Staaten stark aufgerüstet worden und wird es weiterhin. Von Ende Januar bis Anfang Mai hat die Ukraine fast 30 Mrd. Euro an Waffenlieferungen und finanziellen Leistungen von den USA, Kanada, Großbritannien, Polen und Deutschland erhalten, allein die USA haben weitere 20 Mrd. Dollar Militärhilfe angekündigt. Einerseits wird gesagt, man sei nicht Kriegspartei, andererseits liefert man Waffen – das passt nicht zusammen.

Die Bundesrepublik Deutschland steht in Verantwortung gegenüber allen Opfern des faschistischen Vernichtungskriegs von 1941-45 in der Sowjetunion. Die Vorstellung, dass deutsche Waffen heute das Töten zwischen Ukrainern und Russen befördern sollen, ist unerträglich.

Kein Wirtschaftskrieg!

Sanktionen werden damit begründet, dass sie die russische Regierung zwingen würden, den Krieg zu beenden. Bisher ist das nicht absehbar.

Die aktuell getroffenen Sanktionsmaßnahmen bedeuten vor allem harte Einschnitte für die einfache Bevölkerung in Russland. Es besteht zudem die Gefahr, dass die Sanktionen, die tief in die russische Wirtschaft eingreifen, dazu führen, dass sich große Teile der russischen Bevölkerung mit der Putin-Regierung gegen „den Westen“ solidarisieren. Das schwächt oppositionelle Kräfte in Russland und führt nicht dazu, dass in Russland mehr Widerstand gegen das Putin-Regime geleistet wird.

Zudem ist zu befürchten, dass der begonnene Wirtschaftskrieg lang und weitreichend sein wird. Der Krieg und die Sanktionen treiben gleichzeitig Preise für Nahrungsmittel in die Höhe. Hungersnöte in armen Regionen der Erde *spitzen sich zu. Das von der EU-Kommission geforderte Embargo von russischem Öl und Gas lehnt DIE LINKE ab, weil dies den Krieg absehbar nicht behindern wird, aber mit massiven Schäden für die Umwelt und die Wirtschaft und erheblichen Kosten für die Menschen (nicht nur) in Deutschland verbunden wäre.*

All das ist Teil der Eskalationslogik. Wir sehen die Folgen dieses massiven Machtkampfes, der auf dem Rücken der arbeitenden Menschen und Armen weltweit auch auf einer wirtschaftlichen Ebene geführt wird. Jeden Tag, den der Krieg länger andauert, wird die Ukraine mehr in Trümmer gelegt, Menschen mehr traumatisiert und Gesellschaften zerstört, Lebensperspektiven vernichtet. Oberste Maxime muss sein, den Krieg zu beenden. Das kann nur mit politischen Mitteln gehen.

Keine Doppelstandards

Die russische Regierung unter Putin trägt die Verantwortung für den Angriffskrieg. Wir können allerdings nicht ausblenden, dass dem ein Konflikt zwischen der NATO und Russland vorausging, für den auch die NATO-Staaten eine Mitverantwortung haben, zum Beispiel weil sie die NATO-Osterweiterung und das EU-Assoziierungsabkommen

vorangetrieben haben. So wurde über 30 Jahre lang versäumt, eine stabile europäische Friedensordnung zu organisieren.

Der völkerrechtswidrige Krieg Putins macht die völkerrechtswidrigen Kriege der NATO nicht vergessen und vergeben. Die NATO ist und bleibt ein Bündnis zur Durchsetzung der imperialistischen Interessen der westlichen Staaten. Auch hier darf es keine Doppelstandards geben.

Außerdem sind Katar und die Emirate am Krieg im Jemen beteiligt, der in der deutschen Öffentlichkeit faktisch nicht vorkommt und eine der größten humanitären Katastrophen unserer Zeit ist. Diese Doppelmoral der herrschenden Politiker*innen weisen wir zurück. Für uns gilt absolute Klarheit gegen Krieg und gegen Menschenrechtsverletzungen – egal von wem.

Eine globale Hochrüstungsspirale ist der falsche Weg – auch in Deutschland

In den letzten 15 Jahren hat nicht nur die russische Regierung ihre Waffensysteme modernisiert, Kampfdrohnen entwickelt und die Rüstungsexporte gesteigert. Die NATO hat eine „schnelle Eingreiftruppe“ aufgebaut, ihre Truppenstationierung an der Ostflanke sowie ihre Marinepräsenz verstärkt, ein Raketenabwehrsystem in Rumänien und Polen installiert und hält regelmäßig Manöver an Russlands Westgrenze ab.

Krieg als Mittel der Politik ist auch in Deutschland normal geworden und soll jetzt sogar im Grundgesetz abgesichert werden. Mit der Einrichtung eines „Sondervermögens Bundeswehr“ über 100 Mrd. Euro, der Ankündigung der Umsetzung des 2%-Ziels der NATO (d.h. 2% des BIP in Rüstung) sowie der Beschaffung von Kampfdrohnen und atomwaffenfähigen F-35-Kampffjets setzt die Ampel-Koalition lang gehegte Pläne zur Stärkung der militärischen Rolle Deutschlands um. Dabei geht es ihr nicht um das berechnete Sicherheitsbedürfnis der Menschen, die durch diesen Krieg verunsichert sind oder um Verteidigung. Es geht darum, Deutschland nicht nur als Wirtschaftsmacht, sondern auch als Militärmacht für die härter werdenden Kämpfe um Einflussphären zu rüsten.

Dieser Kurs wird seit den 90er Jahren forciert, seit 2014 orientierte die Große Koalition auf Auslandseinsätze und „Landes- und Bündnisverteidigung.“ Bereits von 2014-2021 wuchs der Militärhaushalt um 50%. SPD, Grüne und FDP nutzten nun – gemeinsam mit CDU – den Krieg Russlands gegen die Ukraine aus, um die Bevölkerung auf die Militarisierung der Außenpolitik einzuschwören. Das Geld wird an anderer Stelle fehlen und es scheint wie Hohn angesichts kaputtgesparter Schulen und Krankenhäuser, überlasteter Pfleger*innen oder armer Rentner*innen, wenn plötzlich die Milliarden für Rüstung locker gemacht werden. Bezahlen müssen diese Aufrüstungswelle die Lohnabhängigen und Armen, indem sie mehr schufteten und erwirtschafteten und den Gürtel enger schnallen sollen.

Es geht nicht um Demokratie vs. Autokratie

Die Erklärung der Bundesregierung legt nahe, es handele sich bei der geplanten Aufrüstung um eine Reaktion auf Russlands Krieg, um die Verteidigung der Demokratie gegen die Autokratie.

Die Aufrüstung des Westens dient *ebenso wenig* der Verteidigung der Demokratie, denn Militarismus geht auch immer einher mit einem Abbau der Demokratie, mit einer gesellschaftlichen Verrohung, mit einem Rückschritt in den Geschlechterrollen, mit Einschränkungen von politischen und gewerkschaftlichen Rechten und mit der Eröffnung von rigider Sparpolitik.

Weder die deutsche noch irgendeine andere Außenpolitik ist im Kapitalismus auf sogenannte „Werte“ ausgelegt, sondern orientiert sich an knallharten politischen und ökonomischen Interessen, die zur Not mit militärischer Stärke abgesichert werden. Der Kampf für Frieden und der Kampf für Demokratie gehören zusammen. Aber Demokratie und Gerechtigkeit lassen sich nicht dadurch erzielen, dass Staaten andere Staaten „im

Namen der Demokratie“ bombardieren und sanktionieren.

Geopolitischer Ausblick und globale Machtverhältnisse.

Nach dem Ende des Kalten Krieges geht es heute um eine Neuaufteilung der Welt zwischen den Großmächten, um Einflusszonen und mögliche neue Machtallianzen. Dazu wird nicht immer zum Mittel des Krieges gegriffen, dort wo es möglich ist, wird bevorzugt, Kapitalinteressen mit wirtschaftlichen Mitteln, Verträgen und auch auf diplomatischem Wege durchzusetzen. Gelingt dies nicht, werden diese Interessen auch robust abgesichert. Das konnte man bei bisherigen Kriegen wie in Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Georgien, Libyen, Syrien u.v.m. sehen. Alle waren Kriege, in denen es direkt oder indirekt um geopolitische und um ökonomische Interessen ging.

Sowohl die Massivität, mit der Russland aktuell den Krieg führt als auch die Heftigkeit der Reaktion seitens der USA, EU und der NATO sind Ausdruck davon, dass derzeit weltweite geopolitische Machtverschiebungen vorstattengehen, die über den Ukraine-Krieg hinausreichen. Dabei besteht das Hauptkonfliktpotenzial um Einflussphären und die entscheidenden Märkte der Zukunft zwischen den zwei ökonomisch größten Weltmächten:

Die aktuelle Nummer Eins USA und die ökonomisch immer weiter aufstrebende Weltmacht China. Um diese Märkte und Ressourcen werden diese beiden Mächte, aber auch alle anderen Großmächte – darunter die drittstärkste Wirtschaftsmacht EU – konkurrieren. Dabei werden im jeweiligen eigenen Interesse mögliche neue Allianzen geschmiedet und robuste Machtkämpfe ausgetragen werden.

All diese Vorgänge sollten uns ein Warnsignal sein: In den kommenden Jahren steigt die Gefahr von heißen Kriegen und vielen Stellvertreterkriegen bei der Neuaufteilung der Welt unter den Großmächten.

Die Rolle der EU

Krieg und Militarismus befeuern Nationalismus und Rassismus überall. Wir setzen dagegen auf internationale Solidarität.

Deutschland als ökonomisch stärkste Macht in der EU ist bestrebt, mit der Atommacht Frankreich zusammen auch die EU zu einer schlagkräftigen Militärunion auszubauen. Schritte und Maßnahmen auf diesem Weg wurden bereits eingeleitet. Bereits 2016 wurde in der EU-Globalstrategie festgehalten, dass die EU in der Lage sein muss, wichtige Handelsrouten und Seewege im eigenen Interesse zu sichern – zur Not auch militärisch.

Nach der Ankündigung, dass Großbritannien aus der EU austritt, wurde unter der Abkürzung PESCO wurde die ständige, strukturierte militärische Zusammenarbeit der EU aktiviert und verschiedene Instrumente zur Förderung militärischer Zusammenarbeit und gemeinsamer schlagkräftiger Waffentechnologie in der EU eingerichtet. Der im März 2022 beschlossene „strategische Kompass“ bettet diese Zielsetzung, die bereits geschaffenen Instrumente und weiterhin noch „benötigte“ militärische Kapazitäten in eine Gesamtstrategie ein, um die EU zu rüsten für eine Zeit der großen Rivalität unter den Weltmächten und der Neuaufteilung der Welt

Aktiv werden gegen den Krieg!

Wir rufen auf, gemeinsam auf die Straße zu gehen und eine Protestbewegung gegen den Krieg Russlands gegen die Ukraine, gegen die Eskalation durch die NATO und gegen die Aufrüstungspläne der Bundesregierung aufzubauen. Wir unterstützen den „Appell: Nein zum Krieg.“ und Mobilisierungen der Friedensbewegung gegen Krieg und das 100 Mrd. Euro Rüstungspaket der Ampelkoalition.

Unsere Aufgabe als Linke in Deutschland ist es, den Kampf gegen die massive Aufrüstung der Bundeswehr und der EU, die nicht den Frieden sichert, sondern die Kriegsgefahr erhöht, ins Zentrum zu stellen.

Wir brauchen breite Bündnisse von Initiativen, Gewerkschaften, Bewegungen und

Vereinen. Wir fordern von der Bundesregierung, auf einen Waffenstillstand hinzuwirken und diplomatische Lösungen voranzutreiben, die den Krieg in der Ukraine stoppen und den russischen Truppenabzug zum Ziel haben.

Wir fordern schon seit Jahren eine humane Migrationspolitik statt der tödlichen Abschottung an den EU-Außengrenzen. Während die USA und alle EU-Staaten sich erfreulicherweise bereit erklärt haben, Geflüchtete aus der Ukraine aufzunehmen und ihnen relativ unbürokratisch zu helfen, wird weiterhin gegen Geflüchtete aus anderen Kriegsgebieten der Welt, wie aus Syrien und Afghanistan, mit harten Bandagen gekämpft, um sie aus der EU rauszuhalten. Wir stehen für eine humane Migrationspolitik für alle Menschen in Not. Für Deserteur*innen fordern wir das Asylrecht.

Wir fordern, keine weiteren Schritte der Eskalation zu unterstützen. *Der Krieg muss schnellstmöglich durch Verhandlungen beendet werden. Keine weitere Osterweiterung der NATO, keine Verlegung von weiteren Bundeswehrtruppen an die russische Westgrenze. Wir halten fest am Ziel einer Ersetzung der NATO durch ein inklusives europäisches Sicherheitssystem unter Einschluss Russlands.*

DIE LINKE muss ihre friedenspolitischen Positionen stark machen, sie muss eine klare Stimme sein, die den Wahnsinn der Aufrüstung auf Kosten der lohnabhängigen Menschen und Armen infrage stellt. Sie muss sich stark machen für Deeskalation und Diplomatie statt Krieg, an jeder Stelle.

Die Grenzen verlaufen für uns nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten.

Die LINKE wird ihre friedenspolitischen Aktivitäten intensivieren. Der Parteivorstand wird

- *mit den hier gefassten Positionen öffentlich und parteiintern zu Friedensaktivitäten mobilisieren,*
- *bei der Europäische Linken eine europaweite Friedensoffensive starten,*
- *Vertreter*innen der Friedensbewegung zu einer gemeinsamen Aktionsberatung einladen und die Friedensbewegung unterstützen.*

Begründung

Es handelt sich um eine geänderte Version des Ersetzungsantrags "Ohne Wenn und Aber gegen Krieg und Aufrüstung" der Antragsteller:innen Christine Buchholz, Özlem Demirel und weiterer zum Leitantrag L03. Die gegenüber diesem Antrag geänderten Textteile sind zur Markierung kursiv gesetzt. Es wird angestrebt, sich mit diesen Antragsteller:innen zu verständigen, dass diese Änderungen an ihrem Antrag übernommen werden, so dass bestenfalls keine oder nur wenige Differenzen bestehen bleiben und dieser Antrag dann wieder zurückgezogen wird. Für den Fall, dass der Ersetzungsantrag Beratungsgrundlage wird, müsste dann nur noch über wenige ggf. nicht geeinte Änderungen abgestimmt werden, die dann mündlich begründet würden. Im Falle einer solchen Einigung würde auch der Ersetzungsantrag zum L03 der BAG Frieden und internationale Politik zurückgezogen zugunsten dieses dann geänderten Ersetzungsantrages.

Antrag L03.001.4: Ersetzungsantrag zum Leitantrag L03

Antragsteller*in:

BV Hamburg-Nord

Der Parteitag möge beschließen:

Deeskalation ist das Gebot der Stunde

Das Eingreifen der EU, Nato und Deutschland führt zu einer weiteren Eskalation des völkerrechtswidrig von Russland in die Ukraine getragenen Krieges.

Die Lieferungen von schweren Waffen verlängern den Krieg, das Grauen und das Leid für die vom Krieg betroffenen Menschen und eine politische Lösung rückt in die weite Ferne.

Eine weitere Ausweitung in andere Regionen oder gar eine nukleare Eskalation ist nicht auszuschließen.

Die Orientierung auf militärische Lösungen bei nahezu vollständiger Abwesenheit der Diplomatie ist in der Auseinandersetzung mit einer atomaren Großmacht extrem gefährlich, riskant und verantwortungslos.

Ein Frieden, der kein Siegfrieden ist, kann nur auf Diplomatie, die die Interessen aller Konfliktparteien berücksichtigt, basieren.

In dieser Situation ist es notwendig und fordern wir dazu auf:

- Rückkehr zur Diplomatie – zur Klärung der wechselseitigen Interessen und Suche nach einem gangbaren Weg für die Konfliktparteien.
- Abkehr von den Verschärfungen des Krieges – ein Ende für die Waffenlieferungen insbesondere schwerer Waffen an die Ukraine.

Vor allem muss auf sofortigen Waffenstillstand hingewirkt und verhindert werden, dass andere europäische Staaten in den Krieg eintreten.

Die historische Verantwortung Deutschland und das Erbe der Entspannungspolitik Willy Brandts verpflichten dazu.

Nein zum Wirtschaftskrieg

Der Imperativ der Deeskalation gilt auch für den Wirtschaftskrieg des Westens gegen Russland.

Die aktuell getroffenen Sanktionsmaßnahmen mit der Zielsetzung „Russlands Wirtschaft zu zerstören“ bedeuten vor allem harte Einschnitte für die Lohnabhängigen und Armen in Russland. Sanktionen führen nicht dazu, dass der Druck aus der Bevölkerung zur Beendigung des Krieges auf die russische Regierung steigt. Es entsteht im Gegenteil eine Solidarisierung der Bevölkerung mit der Regierung gegen den „Westen“. Das schwächt oppositionelle Kräfte, die sich für den Frieden und gegen den Krieg aussprechen.

In Deutschland und der EU darf die aktuelle Situation nicht den Blick auf die aktuellen und zukünftigen Erfordernisse für eine deutsche und europäische Energiesicherheit verstellen.

Eine Sanktionspolitik, die die angestrebte Energiewende und die extremen wirtschaftlichen Folgekosten für die eigenen Menschen und Wirtschaft nicht beachtet, ist Wahnsinn. Es droht Energiearmut für große Teile der Bevölkerung.

Dauerhafte Sanktionen mit der erklärten Absicht der ökonomischen Zerstörung Russlands dürfen/können kein Ziel deutscher Politik sein. Und das extrem umweltzerstörerische Frackinggas aus den USA darf angesichts der Klimakrise keine Alternative sein.

Der Krieg und die Sanktionen treiben die Lebensmittelpreise in ungeahnte Höhe. Die weltweite Versorgung mit Lebensmitteln und Energieträgern darf nicht als Folge dieser Entwicklungen kollabieren. Die Menschen aus den unbeteiligten Ländern des globalen Südens dürfen nicht die Opfer dieser Entwicklung werden.

Deshalb stellen wir uns entschieden gegen den Wahnsinn der Kriegspolitik und machen uns stark für unsere friedenspolitischen Positionen, für Diplomatie und Deeskalation.

Daher lehnt DIE LINKE die 100 Milliarden Euro des „Sondervermögen Bundeswehr“ und die damit zur Debatte stehende Verankerung des NATO-2-Prozent-Ziels im Grundgesetz ab.

Den Krieg in der Ukraine werden diese Mittel und Waffen weder stoppen noch verkürzen.

Vielmehr hat das neue globale Wettrüsten der vergangenen Jahre die verschärfte Konfrontation der großen Machtblöcke mit verursacht und eskaliert weiter. Die Folge sind bereits jetzt steigende Inflation und Preise und empfindliche Einschnitte im

Sozialen. Die ohnehin enorme Ungleichheit wächst weiter, die große Mehrheit leidet und Profiteure sind die großen (Rüstungs-)Konzerne. Auch ist die mit diesen Mitteln geplante Aufrüstung nicht auf die Landesverteidigung ausgerichtet – die unter anderem auf der Einkaufsliste stehenden F35-Tarnkappenbomber sind aggressives Angriffskriegsgerät und sollen zudem der atomaren Teilhabe dienen. Wir setzen auf Internationalismus, Völkerverständigung und globale Kooperation.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

Die Einreichung dieses Ersetzungsantrags ist verbunden mit der Aufforderung an die Antragsteller*innen des Antrags L03 sowie alle Antragsteller*innen von auf diesen bezogene Alternativ-, Ersetzungs- und Änderungsanträgen, sich auf einen gemeinsamen Text zu einigen, der die hier gefassten Grundpositionen als Eckpunkte beinhaltet.

Antrag L03.00 1.5: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in:

BO Regionsverband Süd-West (Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1

- 1 ~~Keine Aufrüstung, kein Krieg~~ **Die Kriege stoppen. Schritte zur Abrüstung jetzt!** Für eine neue Friedensordnung und internationale
- 2 Solidarität

Begründung

Der neue Titel ist zugleich aktuell und trägt auch mittel- bis langfristig.

Antrag L03.00 1.6: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in:

KV Unna

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1 - 2

- 1 ~~Keine~~ **Gegen Aufrüstung, kein Krieg. Für eine neue Friedensordnung und internationale Solidarität** **Krieg!**

Zeile 3 - 8

- 3 ~~Wir leben in Zeiten tiefer Krisen. Der Angriff Russlands auf die Ukraine und die~~
- 4 ~~zunehmenden geopolitischen Rivalitäten unterschiedlicher imperialer Machtansprüche~~
- 5 ~~bergen die Gefahr eines globalen Flächenbrandes, eines atomaren Krieges und weiterer~~
- 6 ~~Stellvertreterkriege. Sie drängen die Bekämpfung der Klimakatastrophe in~~ In einer Zeit, in der die
- 7 kapitalistische wirtschaftliche und nationale Konkurrenz um Absatzmärkte, Ressourcen, billige
- 8 Arbeitskräfte, Böden und Einflussphären unter den
- 7 ~~Hintergrund. Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit zu; autoritäre und rechte~~
- 8 ~~Kräfte erstarken.~~ heuchlerischen Masken der westlichen "Werte und Freiheit" (Freiheit für das
- 9 Kapital) oder der "Interessen und Schutz der Nation und des Volkes" (Interessen des Kapitals) die
- 10 Menschheit erneut vor die Fratze einer militärischen globalen Katastrophe zwingt, können und
- 11 dürfen wir eine weitere Aufrüstung und Eskalation nicht mittragen!

Wir sagen NEIN zum Zwei-Prozent-Ziel der NATO für Rüstungsausgaben und NEIN zu 100-Milliarden-EURO Sondervermögen für die Bundeswehr. Stattdessen radikale Abrüstung und Investitionen in Soziales, Bildung, Gesundheit und Klimaschutz.

Wir stehen ein für ein sofortiges Verbot von Rüstungsexporten, Verstaatlichung der kriegsanheizenden Rüstungsindustrie und ihre Umstellung auf zivile Produkte.

Schluss mit imperialistischen Kriegen und Besatzung. Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr.

Unser Mitgefühl gilt der leidenden arbeitenden Bevölkerung in der Ukraine und Weltweit. Sie hat ein Recht auf Selbstverteidigung gegen imperialistische Invasoren. Genau diese lohnabhängige

arbeitende Bevölkerung unterstützen wir! Keine Unterstützung von Kapitalist:innen und oder Oligarch:innen, die unter dem Banner der “nationalen Verteidigung” für ihre eigenen Reichtümer kämpfen und die Menschen dafür in Kanonenfutter verwandeln.

Eine wirkliche gerechte Verteidigung, ist eine von der einfachen arbeitenden Bevölkerung organisierte Verteidigung unter eigener Flagge und nicht der Flagge des Kapitals und ökonomischer Interessen!

Auch die russische Bevölkerung leidet unter dem Einfluss des Krieges und der Sanktionen. Sanktionen, die die russische Bevölkerung weiter in Putins Arme treiben. Sie geben ihm genügend Möglichkeiten, um sich als “Verteidiger” der Interessen der einfachen russischen Bevölkerung zu präsentieren und von ihr noch mehr abzuverlangen. Krisengebeutel und hungrig, lässt sich kein Widerstand gegen Putin organisieren. Deshalb lehnen wir Sanktionen gegen die einfache russische Bevölkerung ab.

Zeile 9 - 14

~~9 Wir verurteilen den verbrecherischen Angriffskrieg Russlands aufs Schärfste. Unsere
10 Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die leiden, Widerstand leisten oder
11 flüchten müssen. Unsere Solidarität gehört ebenso den Menschen in Russland, die sich
12 gegen den Krieg stellen, desertieren und dafür Verfolgung befürchten müssen; den
13 Menschen, die sich weltweit gegen Krieg stellen, und die Menschen auf der Flucht
14 unterstützen.~~

Begründung

Dieser Krieg, aber auch alle anderen Kriege allgemein, haben viel weitreichendere Ursachen und Quellen als erst einmal nüchtern angenommen werden würde.

Antrag L03.003.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in:	LV Hessen
-------------------	-----------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3 - 8

3 Wir leben in Zeiten tiefer Krisen. Geopolitische Rivalitäten nehmen zu. Die Vormachtstellung der
4 USA ist nicht mehr unangefochten. ~~Der Angriff Russlands auf die Ukraine und die~~
5 ~~zunehmenden geopolitischen Rivalitäten unterschiedlicher imperialer Machtansprüche~~
6 unipolare Machtanspruch wird von aufsteigenden Wirtschaftsmächten - wie etwa den BRICS-
7 Staaten - in Frage gestellt. Diese geopolitischen Verschiebungen haben große Sprengkraft.
8 Rivalitäten bergen die Gefahr eines globalen Flächenbrandes, eines atomaren Krieges und
weiterer
6 Stellvertreterkriege. Sie drängen die Bekämpfung der Klimakatastrophe in den
7 Hintergrund. Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit zu; autoritäre und rechte
8 Kräfte erstarben.
In dieser gefährlichen geopolitischen Situation stellt DIE LINKE den Erhalt des Friedens in den
Vordergrund ihrer Politik.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

Antrag L03.003.2: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in: BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3 - 7

- 3 Wir leben in Zeiten ~~tiefer~~von Krisen und Kriegen. Der Angriff Russlands auf die Ukraine und die
4 zunehmenden geopolitischen Rivalitäten unterschiedlicher imperialer ~~Machtansprüche~~
Mächte bergen die Gefahr eines ~~globalen Flächenbrandes~~Eskalation, eines atomaren Krieges und
weiterer lokaler Kriege oder sogenannter
6 Stellvertreterkriege. Sie drängen die Bekämpfung der Klimakatastrophe in den
7 Hintergrund. Kriege stellen den Klimawandel völlig infrage. Die soziale Ungleichheit spitzt sich
weltweit weiter zu; autoritäre und rechte
8 Kräfte erstarren.

Begründung

Der Begriff Krise steht für sich. Es gibt unterschiedliche Machtzentren, die so benannt werden sollten. Der Begriff "Stellvertreterkriege" ist nicht hinreichend für diese Beschreibung, zumal es auch andere, lokale Kriege, auf der Welt gibt bzw. geben könnte, die auf jeweils nationalen/nationalistischen Machtansprüchen in Regionen der Welt begründet sind. Der Begriff "Eskalation" ist zur Beschreibung der Situation besser geeignet.

Antrag L03.003.3: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in: KV Marburg-Biedenkopf

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3 - 8

- ~~3 Wir leben in Zeiten tiefer Krisen. Der Angriff Russlands auf die Ukraine und die
4 zunehmenden geopolitischen Rivalitäten unterschiedlicher imperialer Machtansprüche
5 bergen die Gefahr eines globalen Flächenbrandes, eines atomaren Krieges und weiterer
6 Stellvertreterkriege. Sie drängen die Bekämpfung der Klimakatastrophe in den
7 Hintergrund. Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit zu; autoritäre und rechte
8 Kräfte erstarren.~~

Zeile 9

- 9 Die dominante neoliberale Formation des Kapitalismus hat zu einer objektiven Proletarisierung
weiterer gesellschaftlicher Schichten geführt. Die fortschreitende Konkurrenz hat einerseits zum
Zurückdrängen erkämpfter sozialer Absicherung von Teilen der Arbeiterklasse geführt (Hartz IV &
Agenda 2010), andererseits wird versucht, die verschärfte Konkurrenz auf subjektiver Ebene
durch Abgrenzung (Rassismus, Sexismus, etc.) zu begegnen. Die innerkapitalistischen Kämpfe um
Märkte spitzen sich in der verschärften Konkurrenz auch weltweit zu. Das Feindbild des

autokratischen Chinas und Russlands lenkt ab von den Interessensgesetzen um Produktions- und Absatzmärkte. Der daraus folgende Nationalismus und die Abschottung entfachten Konflikte in reale Kriege. Was diese Kriege weltweit anrichten - viele davon mit Beteiligung der NATO und der Bundesregierung, ist in Jugoslawien, Irak, Afghanistan, Jemen, Ägypten, Libyen, Syrien und zuletzt in der Ukraine zu

beobachten. Kriege sind darin die eskalativste Form der Gewaltanwendung, die unmittelbar Leid, Tod und Zerstörung hervorbringen. Diese Art der Politik lehnen wir ab!

10

Deshalb müssen alle Kampfhandlungen, Waffenlieferungen und Sanktionen umgehend eingestellt werden. Der aktuelle Angriff der russischen Armee in der Ukraine ist unmenschlich und brandgefährlich. Er ist eine grundfalsche Reaktion auf die aggressive Aufrüstung und Ausweitung der NATO. Wir ~~verurteilen den verbrecherischen Angriffskrieg Russlands aufs Schärfste. Unsere~~ wirken für die Abrüstung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Friedenssystem für Europa inklusive Russlands, mit gleichberechtigter und verbindlicher kultureller, wirtschaftlicher und politischer Partnerschaft. Das allein entwickelt Frieden und ermöglicht soziale und demokratische Fortschritt in allen Ländern. Das Gebot der Stunde heißt Deeskalation, Abrüstung und Diplomatie. Unsere

10 Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die leiden, Widerstand leisten oder
11 flüchten müssen. Unsere Solidarität gehört ebenso den Menschen in Russland, die sich
12 gegen den Krieg stellen, desertieren und dafür Verfolgung befürchten müssen; den
13 Menschen, die sich weltweit gegen Krieg stellen, und die Menschen auf der Flucht
14 unterstützen.

Begründung

Die Ursachen von Krieg sind nicht nur aus dem Tagesgeschehen heraus zu erklären, sondern sind fester Bestandteil der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Die internationalen Krisen und Konflikte sind nicht nur auf die Ukraine zu reduzieren, sondern haben weltweite Auswirkungen vom Kapitalismus. Die Auswirkungen der Kriege anderer Länder dürfen ebenso nicht vergessen werden.

Antrag L03.003.4: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in:	BV Tempelhof-Schöneberg, MdB Sahra Wagenknecht (Nordrhein-Westfalen), Prof. Dr. Norman Paech, weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3 - 8

~~3 Wir leben in Zeiten tiefer Krisen. Der Angriff Russlands auf die Ukraine und die
4 zunehmenden geopolitischen Rivalitäten unterschiedlicher imperialer Machtansprüche
5 bergen die Gefahr eines globalen Flächenbrandes, eines atomaren Krieges und weiterer
6 Stellvertreterkriege. Sie drängen die Bekämpfung der Klimakatastrophe in den
7 Hintergrund. Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit zu; autoritäre und rechte
8 Kräfte erstarken.~~

»Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.« Dieser Satz des französischen Sozialisten Jean Jaurès ist leider hochaktuell. Die kapitalistischen Krisen mehren und vertiefen sich. Der Kampf um Macht, Profit und Einflusssphären wird wieder skrupellos mit militärischen Mitteln ausgetragen.

9

Die Gefahr einer Eskalation bis hin zu einem III. Weltkrieg und einem nuklearen Inferno ist größer als jemals seit dem Ende des Kalten Krieges.

Wir verurteilen jedweden Bruch des Völkerrechts, wer auch immer diesen begeht. Ob es der jüngste Krieg Russlands gegen die Ukraine ist oder die völkerrechtswidrigen Kriege der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten in Jugoslawien, in Afghanistan, im Irak, in Libyen und anderswo oder auch der brutale Krieg der von Saudi-Arabien geführten Militärallianz im Jemen – das Gewaltverbot der UNO gilt für alle. Es darf nicht länger mit zweierlei Maß gemessen werden.

10

Für den völkerrechtswidrigen Krieg Russlands gegen die Ukraine gibt es keine Rechtfertigung. Zugleich sind wir nicht bereit, ihn aus seinem geopolitischen und historischen Kontext zu lösen. Daher schweigen wir nicht zu den Entwicklungen, die maßgeblich dazu beitrugen, dass Russland heute in der Ukraine Krieg führt. Wir schweigen nicht zur wortbrüchigen NATO-Osterweiterung, nicht zu dem mit 5 Milliarden Dollar von den USA unterstützten Regime-Change auf dem Maidan, nicht zur Ablehnung des Minsker Abkommens durch die ukrainische Regierung.

Die jahrelange demonstrative Missachtung der von russischer Seite artikulierten Sicherheitsinteressen führte in diesen nicht zu rechtfertigenden Krieg, in dem wieder unschuldige Menschen getötet und große Zerstörungen angerichtet werden sowie Millionen auf der Flucht sind. Auch viele westliche Diplomaten, so der frühere US-Botschafter in Moskau und heutige CIA-Chef William Burns haben die NATO-Expansion gen Osten als »unnötige Provokation« bezeichnet und vor der Fortsetzung dieser Politik gewarnt.

11

Wir verurteilen diesen Krieg und alle für seine Entstehung Verantwortlichen.

Zeile 9 - 14

~~9 Wir verurteilen den verbrecherischen Angriffskrieg Russlands aufs Schärfste. Unsere
10 Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die leiden, Widerstand leisten oder
11 flüchten müssen. Unsere Solidarität gehört ebenso den Menschen in Russland, die sich
12 gegen den Krieg stellen, desertieren und dafür Verfolgung befürchten müssen; den
13 Menschen, die sich weltweit gegen Krieg stellen, und die Menschen auf der Flucht
14 unterstützen.~~

Zeile 15 - 24

~~15 Seit Jahren betreibt Russland eine Politik, die darauf zielt, die postsowjetischen
16 Staaten unter dem Einfluss Russlands zu halten: Indem versucht wird, autoritäre
17 Vasallen-Regime einzurichten oder – wo das nicht gelingt –, die Staaten zu
18 destabilisieren. Kasachstan, Transnistrien, die Niederschlagung der belarussischen
19 Aufstände legen über diese Politik deutlich Zeugnis ab. Russland ist eines der
20 geostrategischen Machtzentren im fossilen Kapitalismus, in dem unterschiedliche
21 Akteure um Zugang zu Ressourcen und Einflussphären kämpfen, auch mit dem Mittel des
22 Krieges. Es wird deutlich, dass Russland eine imperialistische Politik verfolgt.
23 Legitimiert wird diese Politik gegenüber der eigenen Bevölkerung durch eine
24 nationalistische, militaristische und autokratische Großmachtideologie.~~

Zeile 25 - 30

~~25 DIE LINKE ist dem Frieden, dem Völkerrecht und der internationalen Solidarität
26 verpflichtet. Wir messen nicht mit zweierlei Maß. Wir nehmen keine Verletzung des
27 Völkerrechts hin. Wir stehen an der Seite der Menschen, die sich gegen autokratische
28 Regime und Diktaturen, gegen Krieg und Ausbeutung für eine gerechte Welt einsetzen.
29 Diesen und nicht Staaten gilt unsere Loyalität. Wir verteidigen die Menschenrechte,
30 alle Menschenrechte an jedem Ort.~~

Begründung

Die Begründung erfolgt mündlich.

Antrag L03.003.5: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in:	BV Treptow-Köpenick, Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3 - 8

3 ~~Wir leben in Zeiten tiefer Krisen. Der Angriff Russlands auf die Ukraine und die~~
4 ~~zunehmenden geopolitischen Rivalitäten unterschiedlicher imperialer Machtansprüche~~
5 ~~bergen die Gefahr eines globalen Flächenbrandes, eines atomaren Krieges und weiterer~~
6 ~~Stellvertreterkriege. Sie drängen die Bekämpfung der Klimakatastrophe in den~~
7 ~~Hintergrund. Die soziale Ungleichheit spitzt~~völkerrechtswidrige Aggression Russlands gegen die
Ukraine birgt die Gefahr eines globalen Flächenbrandes und eines atomaren Krieges. Sie drängt
die Bekämpfung der Klimakatastrophe und die sich ~~weltweit zu; autoritäre und rechte-~~
8 ~~Kräfte erstarken.~~zuspitzende soziale Ungleichheit in den Hintergrund.

Begründung

Am Anfang des Textes sollte der russische Angriffskrieg im Mittelpunkt stehen und nicht auf geopolitische Rivalitäten eingegangen werden. Dass autoritäre Kräfte und rechte Kräfte erstarken, ist als pauschale Aussage z.B. aufgrund des Wahlausgangs in Slowenien falsch und hat wenig mit dem Ukrainekrieg zu tun.

Antrag L03.003.6: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in:	Geraer Sozialistischer Dialog, BV Hamburg-Mitte, LAG FIP Hamburg
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3 - 8

3 Wir leben in Zeiten ~~tiefer Krisen~~einer tiefen Kapitalismuskrise. Der Angriff Russlands auf die
Ukraine ~~und die~~
ist Ausdruck von zunehmenden geopolitischen Rivalitäten unterschiedlicher imperialer
Machtansprüche
5 ~~bergen, die~~ die Gefahr eines globalen Flächenbrandes, eines atomaren Krieges und weiterer
6 Stellvertreterkriege bergen. Sie drängen die Bekämpfung der Klimakatastrophe in den
7 Hintergrund. Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit zu; autoritäre und rechte
8 Kräfte erstarken. Eine friedenspolitische, soziale und ökologische Wende ist dringend erforderlich!

Begründung

Die Krise beginnt nicht mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine.

Die LINKE und die Linke weltweit sind gefragt, die Alternative als progressive Beantwortung der gesellschaftlichen Entscheidungssituation stärker herauszubilden.

Antrag L03.005.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in: KV Soest

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 5 - 6

- 3 Wir leben in Zeiten tiefer Krisen. Der Angriff Russlands auf die Ukraine und die
4 zunehmenden geopolitischen Rivalitäten unterschiedlicher imperialer Machtansprüche
5 bergen die Gefahr eines globalen Flächenbrandes, ~~eines atomaren Krieges und weiterer~~
6 ~~Stellvertreterkriege~~ mit atomarer Eskalation. Sie drängen die Bekämpfung der Klimakatastrophe
in den
7 Hintergrund. Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit zu; autoritäre und rechte
8 Kräfte erstarken.

Antrag L03.007.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in: Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 7 - 8

- 3 Wir leben in Zeiten tiefer Krisen. Der Angriff Russlands auf die Ukraine und die
4 zunehmenden geopolitischen Rivalitäten unterschiedlicher imperialer Machtansprüche
5 bergen die Gefahr eines globalen Flächenbrandes, eines atomaren Krieges und weiterer
6 Stellvertreterkriege. Sie drängen die Bekämpfung der Klimakatastrophe in den
7 Hintergrund. Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit ~~zu~~; zu. Die Komplexität der Probleme
nimmt zu. Katastrophen werden sich häufen und dementsprechend haben viele Menschen Angst
vor einer ungewissen Zukunft. Die Sehnsucht nach einfachen Antworten stärkt dabei vor allem
autoritäre und rechte
8 Kräfte ~~erstarken~~.

Begründung

Es könnte der Eindruck entstehen, aus der sozialen Ungleichheit ergibt sich die Konsequenz, dass autoritäre und rechte Kräfte erstarken. Das Problem ist komplexer.

Antrag L03.009.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in: LV Hessen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 9

- 9 Wir verurteilen den verbrecherischen Angriffskrieg Russlands aufs Schärfste. ~~Unsere~~, genauso wie die völkerrechtswidrigen Kriege der NATO. Unsere
10 Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die leiden, Widerstand leisten oder
11 flüchten müssen. Unsere Solidarität gehört ebenso den Menschen in Russland, die sich
12 gegen den Krieg stellen, desertieren und dafür Verfolgung befürchten müssen; den
13 Menschen, die sich weltweit gegen Krieg stellen, und die Menschen auf der Flucht
14 unterstützen.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

Antrag L03.009.2: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in:	BV Treptow-Köpenick, Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 9 - 14

- 9 Wir verurteilen den ~~verbrecherischen~~ Angriffskrieg und die Kriegsverbrechen Russlands aufs
Schärfste. ~~Unsere~~
und setzen uns für eine Bestrafung der Verantwortlichen ein. Unsere Solidarität gilt den
Menschen in der Ukraine, die leiden, ~~Widerstand leisten und sich verteidigen~~ oder
11 flüchten ~~müssen. Unsere Solidarität gehört ebenso den Menschen in Russland, die sich~~
12 ~~gegen den Krieg stellen, desertieren und dafür Verfolgung befürchten müssen; den~~
13 ~~Menschen, die sich weltweit gegen Krieg stellen, und die Menschen auf der Flucht~~
14 ~~unterstützen.~~

Begründung

Russische Kriegsverbrechen haben zweifelsfrei stattgefunden, auch wenn das genaue Ausmaß noch nicht überall bekannt ist. Darauf verweist der Änderungsantrag und fordert eine Bestrafung der Verantwortlichen ein.

Antrag L03.009.3: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in:	KV Soest
--------------------------	----------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 9

- 9 Wir verurteilen den ~~verbrecherischen~~ völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands und die von

Russland begangenen Kriegsverbrechen aufs Schärfste. Unsere
10 Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die leiden, Widerstand leisten oder
11 flüchten müssen. Unsere Solidarität gehört ebenso den Menschen in Russland, die sich
12 gegen den Krieg stellen, desertieren und dafür Verfolgung befürchten müssen; den
13 Menschen, die sich weltweit gegen Krieg stellen, und die Menschen auf der Flucht
14 unterstützen.

Begründung

Wir sollten explizit die Kriegsverbrechen nennen, damit man uns das nicht vorwirft.

Antrag L03.010.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in:	Geraer Sozialistischer Dialog, BV Hamburg-Mitte, LAG FIP Hamburg
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 10 - 11

9 Wir verurteilen den verbrecherischen Angriffskrieg Russlands aufs Schärfste. Unsere
10 Solidarität gilt ~~den Menschen in der Ukraine~~allen den Menschen, die leiden, Widerstand leisten
oder
11 flüchten müssen. Unsere Solidarität gehört ~~ebenso den Menschen in~~auch den Menschen in der
Ukraine und Russland, die sich
12 gegen den Krieg stellen, desertieren und dafür Verfolgung befürchten müssen; den
13 Menschen, die sich weltweit gegen Krieg stellen, und die Menschen auf der Flucht
14 unterstützen.

Begründung

Solidarität ist unteilbar.

Antrag L03.015.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in:	KV Marburg-Biedenkopf
--------------------------	-----------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 15 - 24

15 ~~Seit Jahren betreibt Russland eine Politik, die darauf zielt, die postsowjetischen~~
16 ~~Staaten unter dem Einfluss Russlands zu halten: Indem versucht wird, autoritäre~~
17 ~~Vasallen Regime einzurichten oder – wo das nicht gelingt –, die Staaten zu~~
18 ~~destabilisieren. Kasachstan, Transnistrien, die Niederschlagung der belarussischen~~
19 ~~Aufstände legen über diese Politik deutlich Zeugnis ab. Russland ist eines der~~
20 ~~geostrategischen Machtzentren im fossilen Kapitalismus, in dem unterschiedliche~~
21 ~~Akteure um Zugang zu Ressourcen und Einflusssphären kämpfen, auch mit dem Mittel~~Nach
Jahrzehnten der Eroberung neuer Märkte in östlicher Richtung und deren militärische NATO-

Einbindung hat der krisengeschüttelte US-Imperialismus beim Griff nach der Ukraine (besonders 2014 ff.) die Eskalationsspirale hochgefährlich und eskalativ weit gedreht. Die Aufkündigung des Krieges. Es wird deutlich, dass Russland eine imperialistische Politik verfolgt. Legitimiert wird diese Politik gegenüber der eigenen Bevölkerung durch eine nationalistische, militaristische und autokratische Großmachtideologie. INF-Vertrags seitens der Trump-Regierung, die militärische Einbindung der Ukraine als NATO-Beitrittskandidatin und das von der Bundesregierung forcierte EU-Assoziierungsabkommen mit der Ukraine samt neoliberaler Marktöffnung und militärischer Zusammenarbeit mit der EU heizten den Konflikt weiter an. Die Antwort der russischen Regierung militärisch in die Ukraine einzugreifen ist ein folgenschwerer Fehler. Dieser Krieg hätte verhindert werden können. Warnungen und Engagement der Friedensbewegung, für Abrüsten statt Aufrüsten, gegen die Osterweiterung der NATO, und für Völkerverständigung für Frieden, sind umso richtiger intensiviert zu verfolgen.

Zeile 25 - 30

~~DIE LINKE ist dem Frieden, dem Völkerrecht und der internationalen Solidarität verpflichtet. Wir messen nicht mit zweierlei Maß. Wir nehmen keine Verletzung des Völkerrechts hin. Wir stehen an der Seite der Menschen, die sich gegen autokratische Regime und Diktaturen, gegen Krieg und Ausbeutung für eine gerechte Welt einsetzen. Diesen und nicht Staaten gilt unsere Loyalität. Wir verteidigen die Menschenrechte, alle Menschenrechte an jedem Ort.~~

Begründung

Die Kontextualisierung des Konflikts, der bis Februar 2022 bereits knapp 14.000 Tote kostete, kann nicht ungesagt bleiben. Wir müssen als LINKE den Konflikt ganzheitlich verstehen, wenn wir ihn als einzige Kraft auch lösen möchten. Gleichzeitig hat die Friedensbewegung, der wir als LINKE angehören, vor diesem Konflikt schon länger gewarnt. Die erneute Eskalation muss deshalb an allen Stellschrauben, militärisch, politisch, ökonomisch und kulturell erfasst und auch gelöst werden.

Antrag L03.015.2: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in:	BO Süd-West (KV Hannover)
-------------------	---------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 15 - 24

~~Seit Jahren betreibt Russland eine Politik, die darauf zielt, die postsowjetischen Staaten unter dem Einfluss Russlands zu halten: Indem versucht wird, autoritäre Vasallen-Regime einzurichten oder – wo das nicht gelingt –, die Staaten zu destabilisieren. Kasachstan, Transnistrien, die Niederschlagung der belarussischen Aufstände legen über diese Politik deutlich Zeugnis ab.~~ Russland ist eines der geostrategischen Machtzentren im, von fossilen Brennstoffen getriebenen, Kapitalismus, in dem unterschiedliche Akteure um Zugang zu Ressourcen und Einflussphären kämpfen, auch mit dem Mittel des Krieges. Es wird deutlich, dass Russland eine imperialistische Politik verfolgt. Legitimiert wird diese Politik gegenüber der eigenen Bevölkerung durch eine nationalistische, militaristische und autokratische Großmachtideologie. Die weiteren geostrategischen Machtzentren sind Nordamerika (USA, Kanada), die EU-Staaten und im asiatischen Raum insbesondere China, Japan und Australien.

Begründung

Die Aussagen und Behauptungen in Zeilen 15- 19 sind im wesentlichen unzutreffend. Zudem fehlt es hier an der Benennung und Charakterisierung der andern Machtzentren in der Welt der Kapitalismus. Zum Begriff "fossiler Kapitalismus" haben mich Mitglieder und Kollegen*innen gefragt, was der denn bedeuten soll.

Antrag L03.015.3: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in:	BV Treptow-Köpenick, Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 15 - 19

15 Seit Jahren betreibt Russland eine Politik, die darauf ~~zielt, die postsowjetischen~~
16 ~~Staaten unter dem Einfluss Russlands zu halten: Indem~~abzielt, den Einflussbereich der alten
17 Sowjetunion wiederherzustellen. Es wird versucht ~~wird~~, autoritäre
18 Vasallen-Regime einzurichten oder - wo das nicht gelingt -, die Staaten zu
19 destabilisieren. ~~Kasachstan, Transnistrien, die Niederschlagung der belarussischen~~
~~Aufstände legen über diese Politik deutlich Zeugnis ab, aufzulösen oder Territorien mit~~
20 militärischer Gewalt und Krieg zu okkupieren. Russland ist eines der
21 geostrategischen Machtzentren im fossilen Kapitalismus, in dem unterschiedliche
22 Akteure um Zugang zu Ressourcen und Einflussphären kämpfen, auch mit dem Mittel des
23 Krieges. Es wird deutlich, dass Russland eine imperialistische Politik verfolgt.
24 Legitimiert wird diese Politik gegenüber der eigenen Bevölkerung durch eine
nationalistische, militaristische und autokratische Großmachtideologie.

Begründung

Nicht alle postsowjetischen Staaten befinden sich unter dem Einfluss Russlands. Daher bildet die Formulierung, dass Russland den Herrschaftsbereich der alten Sowjetunion wiederherstellen will, die Realität besser ab. Die Beschreibung der konkreten Einmischungen und Militärinterventionen Russlands ist an dieser Stelle nicht nötig und außerdem unvollständig, da z.B. Georgien fehlt.

Antrag L03.015.4: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in:	Geraer Sozialistischer Dialog, BV Hamburg-Mitte, LAG FIP Hamburg
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 15 - 22

15 Seit Jahren ~~betreibt~~betreiben die NATO-Staaten und Russland eine Politik, die darauf zielt, die
16 postsowjetischen
17 Staaten unter dihrem Einfluss ~~Russlands~~-zu halten: Indem versucht wird, autoritäre
17 Vasallen-Regime einzurichten oder - wo das nicht gelingt -, die Staaten zu

18 destabilisieren. Kasachstan, Transnistrien, die Niederschlagung der belarussischen
19 Aufstände oder zahlreiche farbige Revolutionen legen über diese Politik deutlich Zeugnis ab.
Russland ist eines der
20 geostrategischen Machtzentren im fossilen Kapitalismus, in dem unterschiedliche
21 Akteure um Zugang zu Ressourcen und Einflussphären kämpfen, auch mit dem Mittel des
22 Krieges. Es wird deutlich, dass Russland ~~eine imperialistische Politik verfolgt~~ die aggressive
Erweiterung der NATO mit aggressiver Machtpolitik beantwortet.
23 Legitimiert wird diese Politik gegenüber der eigenen Bevölkerung durch eine
24 nationalistische, militaristische und autokratische Großmachtideologie.

Begründung

Wenn schon, denn schon Äquidistanz. Ursache und Wirkung sollte man nicht verwechseln.

Antrag L03.15.5: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in:

Sozialistische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 15 - 24

15 ~~Seit Jahren betreibt Russland eine Politik, die darauf zielt, die postsowjetischen~~
16 ~~Staaten unter dem Einfluss~~ Dieser Krieg ist nicht nur ein Krieg Russlands zu halten: Indem
~~versucht wird, autoritäre~~
17 ~~Vasallen-Regime einzurichten oder – wo das nicht gelingt –, die Staaten zu~~
18 ~~destabilisieren. Kasachstan, Transnistrien, die Niederschlagung der belarussischen~~
19 ~~Aufstände legen über diese Politik deutlich Zeugnis ab. Russland ist eines der~~
20 ~~geostrategischen Machtzentren im fossilen Kapitalismus, in dem unterschiedliche~~
21 ~~Akteure gegen die Ukraine, er ist auch ein Krieg um Zugang zu Ressourcen und Einflussphären~~
~~kämpfen, auch mit dem Mittel des~~
22 ~~Krieges. Es wird deutlich~~ die Ukraine; nämlich ein Machtkampf zwischen der NATO (der EU und
USA) auf der einen und Russland auf der anderen Seite. Die russische Regierung unter Putin trägt
die Verantwortung für den Angriffskrieg. Wir können allerdings nicht ausblenden, dass Russland-
~~eine imperialistische Politik verfolgt-~~
23 ~~Legitimiert wird diese Politik gegenüber der eigenen Bevölkerung durch eine~~
24 ~~nationalistische, militaristische und autokratische Großmachtideologie~~ dem ein Konflikt zwischen
der NATO und Russland vorausging, für den auch die NATO-Staaten eine Mitverantwortung haben,
zum Beispiel weil sie die NATO-Osterweiterung und das EU-Assoziierungsabkommen
vorangetrieben haben. So wurde über 30 Jahre lang versäumt, eine stabile europäische
Friedensordnung zu organisieren. Der völkerrechtswidrige Krieg Putins macht auch die
völkerrechtswidrigen Kriege der NATO nicht vergessen und vergeben. Die NATO ist und bleibt ein
Bündnis zur Durchsetzung der imperialistischen Interessen der westlichen Staaten. Auch hier darf
es keine Doppelstandards geben.

Begründung

Es wird der notwendigen kritischen Analyse der Lage und ihrer Hintergründe nicht gerecht, wenn ausschließlich auf Russland abgehoben wird. Entwicklungen der internationalen Politik und die der Ukraine v.a. seit dem verfassungswidrigen Umsturz 2014 spielen eine zentrale Rolle. Zudem muss widersprochen werden, wenn öffentlich geredet wird, als sei dies der erste Krieg in Europa seit Ende

des zweiten Weltkriegs und als habe nur oder v.a. Russland völkerrechtswidrige Kriege geführt. Die ersetzenden Textteile stammen aus dem Alternativantrag „Ohne Wenn und Aber gegen Krieg und Aufrüstung“.

Antrag L03.015.6: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in: LV Hessen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 15 - 19

15 ~~Seit Jahren betreibt Russland eine Politik, die darauf zielt, die postsowjetischen~~
16 ~~Staaten unter dem Einfluss Russlands zu halten: Indem versucht wird, autoritäre~~
17 ~~Vasallen-Regime einzurichten oder – wo das nicht gelingt –, die Staaten zu~~
18 ~~destabilisieren. Kasachstan, Transnistrien, die Niederschlagung der belarussischen~~
19 ~~Aufstände legen über diese Politik deutlich Zeugnis ab.~~ Russland ist eines der
20 geostrategischen Machtzentren im fossilen Kapitalismus, in dem unterschiedliche
21 Akteure um Zugang zu Ressourcen und Einflussphären kämpfen, auch mit dem Mittel des
22 Krieges. Es wird deutlich, dass Russland eine imperialistische Politik verfolgt.
23 Legitimiert wird diese Politik gegenüber der eigenen Bevölkerung durch eine
24 nationalistische, militaristische und autokratische Großmachtideologie.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

Antrag L03.024.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in: KV Darmstadt

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 24

15 Seit Jahren betreibt Russland eine Politik, die darauf zielt, die postsowjetischen
16 Staaten unter dem Einfluss Russlands zu halten: Indem versucht wird, autoritäre
17 Vasallen-Regime einzurichten oder - wo das nicht gelingt -, die Staaten zu
18 destabilisieren. Kasachstan, Transnistrien, die Niederschlagung der belarussischen
19 Aufstände legen über diese Politik deutlich Zeugnis ab. Russland ist eines der
20 geostrategischen Machtzentren im fossilen Kapitalismus, in dem unterschiedliche
21 Akteure um Zugang zu Ressourcen und Einflussphären kämpfen, auch mit dem Mittel des
22 Krieges. Es wird deutlich, dass Russland eine imperialistische Politik verfolgt.
23 Legitimiert wird diese Politik gegenüber der eigenen Bevölkerung durch eine
24 nationalistische, militaristische und autokratische Großmachtideologie. Dieser Krieg ist nicht nur ein Krieg Russlands gegen die Ukraine, er ist auch ein Krieg um die Ukraine, nämlich ein Machtkampf zwischen der NATO (der EU und USA) auf der einen und Russland auf der anderen Seite. Dieser Krieg verdeutlicht, dass die innerimperialistischen Widersprüche wachsen und der Kampf um Einflussphasen schon heute militärisch geführt und sich zukünftig weiter verschärfen wird. Die Ausweitung des Krieges in weitere Regionen, die Einbeziehung der NATO

und damit die Gefahr einer nuklearen Eskalation sind nicht auszuschließen. Es gibt keine militärische Lösung des Konfliktes. Deeskalation ist das Gebot der Stunde; dieser Krieg muss umgehend beendet werden.

Antrag L03.024.2: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in: LV Hessen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 24

15 Seit Jahren betreibt Russland eine Politik, die darauf zielt, die postsowjetischen
16 Staaten unter dem Einfluss Russlands zu halten: Indem versucht wird, autoritäre
17 Vasallen-Regime einzurichten oder - wo das nicht gelingt -, die Staaten zu
18 destabilisieren. Kasachstan, Transnistrien, die Niederschlagung der belarussischen
19 Aufstände legen über diese Politik deutlich Zeugnis ab. Russland ist eines der
20 geostrategischen Machtzentren im fossilen Kapitalismus, in dem unterschiedliche
21 Akteure um Zugang zu Ressourcen und Einflussphären kämpfen, auch mit dem Mittel des
22 Krieges. Es wird deutlich, dass Russland eine imperialistische Politik verfolgt.
23 Legitimiert wird diese Politik gegenüber der eigenen Bevölkerung durch eine
24 nationalistische, militaristische und autokratische Großmachtideologie.

Dennoch vergessen wir nicht die Ursachen des Krieges. Die Osterweiterung der EU und der NATO müssen als solche Ursachen klar benannt werden. Das aggressive Durchsetzen von ökonomischen und geopolitischen Interessen des Westens, verbunden mit dem Zurückdrängen Russlands - nach dem Ende der Sowjetunion - gehören zur Vorgeschichte des Krieges in der Ukraine. Die Missachtung der Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen Russlands legitimieren nicht den völkerrechtswidrigen Krieg, dennoch müssen sie für einen Waffenstillstand und dauerhaften Frieden beachtet werden.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

Antrag L03.025.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in: BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 25 - 30

25 DIE LINKE ist dem Frieden, dem Völkerrecht ~~und~~ der internationalen Solidarität
26 und der Völkerverständigung verpflichtet. Wir messen nicht mit zweierlei Maß. Wir nehmen keine
27 Verletzung des Völkerrechts hin. Wir wollen die Völkerverständigung weiter ausbauen. Deshalb stehen wir an der
Seite der Menschen, die sich gegen ~~autokratische~~
28 ~~Regime und~~ Diktaturen, gegen Krieg ~~und~~ Ausbeutung, Unterdrückung und Sklaverei wehren,
dagegen kämpfen und sich für eine gerechte Welt soziale Sicherheit und Gerechtigkeit in ihren

- Ländern einsetzen–
29 ~~Diesen und nicht Staaten, diese erkämpfen und verwirklichen und die sie verwirklicht haben. Den~~
"Verdammten dieser Erde" gilt unsere ~~Loyalität~~Solidarität und Unterstützung. Wir verteidigen die
Menschenrechte–
30 ~~alle Menschenrechte an jedem Ort.~~

Begründung

Konkretisierung der Aussagen. "Autokratische Regimes" sind gleichbedeutend mit Diktaturen und kann deshalb wegfallen. Der Begriff Loyalität beschreibt eine Hierarchiesituation, die es im Kontext internationaler Solidarität nicht geben kann und ist klar abzulehnen. Insbesondere die Aussage "Alle Menschenrechte an jedem Ort" wäre eine Selbstüberforderung unserer Partei oder müsste weiter konkretisiert werden, was wir hier getan haben. Gerne mehr mündlich dazu.

Antrag L03.026.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in:	Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf), Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 26 - 27

- 25 DIE LINKE ist dem Frieden, dem Völkerrecht und der internationalen Solidarität
26 verpflichtet. Wir messen nicht mit zweierlei Maß. Wir ~~nehmen keine Verletzung des~~
27 ~~Völkerrechts hin. Wir~~ stehen an der Seite der Menschen, die sich gegen autokratische
28 Regime und Diktaturen, gegen Krieg und Ausbeutung für eine gerechte Welt einsetzen.
29 Diesen und nicht Staaten gilt unsere Loyalität. Wir verteidigen die Menschenrechte,
30 alle Menschenrechte an jedem Ort.

Begründung

Das Völkerrecht ist eine zivilisatorische Errungenschaft. Daher sind wir ihm verpflichtet (Zeile 26). Aber es steht in bestimmten Fällen mit der Verteidigung der Menschenrechte im Konflikt (Zeile 30). Solche Situationen muss man im Einzelfall entscheiden. Sonst kommt man in Situationen wie in Ruanda (Genozide) oder Syrien (Einsatz von Giftgas gegen die Bevölkerung), wo die Berufung auf das Völkerrecht (und den Grundsatz der Nichteinmischung) mitunter dazu dient, nichts gegen die massive Verletzung der Menschenrechte (die wir an jedem Ort verteidigen wollen) zu unternehmen.

Antrag L03.027.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in:	KV Marburg-Biedenkopf
--------------------------	-----------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 27 - 28

- 25 DIE LINKE ist dem Frieden, dem Völkerrecht und der internationalen Solidarität
26 verpflichtet. Wir messen nicht mit zweierlei Maß. Wir nehmen keine Verletzung des

- 27 Völkerrechts hin. ~~Wir stehen an der Seite der Menschen, die sich gegen autokratische-~~
28 ~~Regime und Diktaturen, gegen~~ Unsere allgemeine Haltung geht von den friedenspolitischen
Grundsätzen aus. Kriege sind darin die eskalativste Form der Gewaltanwendung, die unmittelbar
Leid, Tod und Zerstörung hervorbringen. Diese Art der Politik lehnen wir ab! Wir setzen entgegen
den kapitalistischen Wolfsgesetzen auf Zusammenarbeit, Dialog und Kooperation. Deshalb setzen
wir uns ein für Frieden, soziale Gleichheit und für die Erhaltung der Natur statt Konkurrenz, Krieg
und ~~Ausbeutung für eine gerechte Welt einsetzen.~~Umweltzerstörung.
29 Diesen und nicht Staaten gilt unsere Loyalität. Wir verteidigen die Menschenrechte,
30 alle Menschenrechte an jedem Ort.

Begründung

Das Messen von zweierlei Maß ist nicht richtig, weshalb unsere grundsätzliche Haltung gestärkt gehört. Das Wording von „autokratischen Regime und Diktaturen“ verharmlost die Kriegsverbrechen z.B. im Irak, die von der vermeintlichen Demokratie der USA über 500.000 Tote gekostet hat. Demokratien waren es, die Jugoslawien gebombt haben, den faschistischen Putsch in Chile unterstützt haben, Syrien plattgebombt haben – und es massiv verweigern Geflüchtete aufzunehmen. Es ist kein Konflikt zwischen Demokratien und Autokratien, sondern ein Konflikt zwischen Klassen, zwischen unten und oben, der ebenso in den USA geführt wird wie wir als LINKE diesen Konflikt auch in der BRD führen.

Antrag L03.027.2: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in:	Sozialistische Linke
--------------------------	----------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 27 - 28

- 25 DIE LINKE ist dem Frieden, dem Völkerrecht und der internationalen Solidarität
26 verpflichtet. Wir messen nicht mit zweierlei Maß. Wir nehmen keine Verletzung des
27 Völkerrechts hin. Wir stehen an der Seite der Menschen, die sich gegen ~~autokratische-~~
28 ~~Regime und Diktaturen~~ Unterdrückung und Abbau demokratischer Rechte, gegen Krieg und
Ausbeutung für eine gerechte Welt einsetzen.
29 Diesen und nicht Staaten gilt unsere Loyalität. Wir verteidigen die Menschenrechte,
30 alle Menschenrechte an jedem Ort.

Begründung

Wir wenden uns gegen Unterdrückung und Abbau demokratischer Rechte überall, nicht nur in (vom Westen so bezeichneten) autoritären Regimen und Diktaturen. Die Hauptaufgabe liegt dabei immer im eigenen Land. Wir dürfen auch nicht zulassen, dass der Einsatz für Menschenrecht und Demokratie instrumentalisiert wird für geopolitisch begründete Politik gegen bestimmte Staaten.

Antrag L03.029.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in:	AG Cuba sí
--------------------------	------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 29

25 DIE LINKE ist dem Frieden, dem Völkerrecht und der internationalen Solidarität
26 verpflichtet. Wir messen nicht mit zweierlei Maß. Wir nehmen keine Verletzung des
27 Völkerrechts hin. Wir stehen an der Seite der Menschen, die sich gegen autokratische
28 Regime und Diktaturen, gegen Krieg und Ausbeutung für eine gerechte Welt einsetzen.
29 Diesen ~~und nicht Staaten~~ gilt unsere Loyalität. Wir verteidigen die Menschenrechte,
30 alle Menschenrechte an jedem Ort.

Begründung

Eine pauschale Negierung von Solidarität mit Regierungen und Staaten halten wir für falsch. Unter welchen Bedingungen sich DIE LINKE auch mit Regierungen und Staaten solidarisch zeigen sollte, haben wir im Antrag L03-03-Ä37: Änderungsantrag zu L03-03 dargelegt ("Im Zentrum der internationalistischen Solidarität der LINKEN stehen der Mensch und die Würde des Menschen. Zugleich ist DIE LINKE solidarisch mit allen Bewegungen, Organisationen, Parteien und Regierungen sowie Staaten auf der ganzen Welt, die sich für Frieden, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, solidarische Wirtschaftsbeziehungen und gegen Imperialismus, Neokolonialismus, Armut sowie Ausbeutung von Mensch und Natur einsetzen und versuchen in ihren Ländern gesellschaftspolitische Alternativen zum Kapitalismus zu entwickeln.")

Antrag L03.03.1.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in:	KV Marburg-Biedenkopf
-------------------	-----------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 31 - 33

31 Zur Beendigung des ~~russischen~~ Krieges ~~gegen die Ukraine fordern wir einen sofortigen~~
32 ~~Waffenstillstand und Verhandlungen mit dem Ziel des vollständigen Rückzugs russischer~~
33 ~~Truppen aus~~ der Ukraine ist Deeskalation, Abrüstung und Diplomatie notwendig. Alle
Kampfhandlungen, Waffenlieferungen, Ausbildungsmissionen und auch Sanktionen müssen
gestoppt werden.

Zeile 34 - 40

34 • ~~Statt Waffenlieferungen in Kriegsgebiete müssen nichtmilitärische Möglichkeiten~~
35 ~~erweitert werden: Sanktionen müssen sich gegen die ökonomische Machtbasis des~~
36 ~~Systems Putin, die Konzentration von Reichtum in den Händen weniger, richten.~~
37 Die ~~Bundesregierung muss ihrer Verantwortung~~ Ukraine zusammen mit Finnland, Schweden
38 etc. muss zur entmilitarisierten und blockfreien Zone verhandelt werden als Brückenstaat
39 zwischen Ost und West. Diese muss Hilfen von der Weltgemeinschaft erhalten, um
40 Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, zivile Infrastruktur und Sozialprogramme massiv auszuweiten.
Statt Rüstung, Waffen und Krieg müssen die zivilisatorischen Katastrophen (soziale
Ungleichheit, Naturzerstörung, Geschlechtergerechtigkeit und Krieg) aufgehalten werden durch
gigantische Investitionen. Nur so kann eine „Solidarität mit der Ukraine“ wirklich aussehen. Es
gibt keine Notwendigkeit für ~~das Einfrieren von diesen~~
~~Vermögenswerten russischer Oligarchen im nationalen und europäischen Rahmen~~
~~nachkommen. Ein Transparenzgesetz, welches die Verschleierung von Vermögen~~
~~erschwert, ist dringend notwendig~~ eine militärische Intervention. Im Gegenteil muss die Logik
des Militarismus beendet werden, damit zivile, demokratische und diplomatische Strukturen

und Initiativen, insbesondere in und mit der UN, entwickelt und gestärkt werden.

Begründung

1. Für Frieden sind alle Formen kriegerischer Auseinandersetzung zu beenden - dazu gehören auch Deutsche Waffenlieferungen wie auch Ausbildungsmissionen.
2. Statt der Logik des Militarismus und der gewaltvollen Konfliktlösung (z.B. auch mit sogenannten Sanktionen) ist die Logik des Friedens und der demokratischen Entwicklung voranzubringen.
3. Ausländische Militärstützpunkte müssen weg

Antrag L03.03 1.2: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in:

Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf), Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 31 - 33

- 31 Zur Beendigung des russischen Krieges gegen die Ukraine fordern wir ~~einen sofortigen~~
32 ~~Waffenstillstand und Verhandlungen mit dem Ziel des~~den vollständigen ~~Rückzugs~~Rückzug
russischer
33 Truppen aus der Ukraine- und einen entsprechenden Waffenstillstand, der den Weg zu ernsthaften Friedensverhandlungen freimacht. Ein stabiler Friede ist nur zu erreichen, wenn die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine wiederhergestellt wird, die legitimen Sicherheitsinteressen der Russischen Föderation und Rechte nationaler Minderheiten angemessen berücksichtigt werden. Dabei ist klar: Es braucht mehr als Appelle. Angreifer Russland muss an den Verhandlungstisch gezwungen werden. Wir stehen für eine Politik, die Demokratie, Frieden und Völkerrecht mit möglichst zivilen Mitteln verteidigt und Alternativen zur militärischen Logik stark macht - ohne gegenüber brutaler Gewalt klein bei zu geben. Wir unterstützen den Widerstand gegen Diktatur und Krieg!

Begründung

Um zu wirklichen Friedensverhandlungen zu kommen, braucht es den Rückzug russischer Truppen und einen Waffenstillstand. Im Unterschied zum Leitantrag präzisieren wir, auf welchen Prämissen eine Friedenslösung basieren sollte.

Antrag L03.033. 1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in:

KV Soest

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 33

- 31 Zur Beendigung des russischen Krieges gegen die Ukraine fordern wir einen sofortigen
32 Waffenstillstand und Verhandlungen mit dem Ziel des vollständigen Rückzugs russischer

- 33 Truppen aus der Ukraine. Wir erkennen das Recht des ukrainischen Volkes auf Selbstverteidigung gegen den russischen Angriff an. Es muss vermieden werden, durch Einmischung von außen einen atomaren Krieg zu provozieren.

Begründung

Es sollte selbstverständlich sein, wenn wir uns die Bundeswehr als reine Verteidigungsarmee wünschen (Zeile 108), dass wir auch der Ukraine das Recht auf Verteidigung zustehen. Keine Waffenlieferungen könnte man sonst so lesen, dass wir der Ukraine dies absprechen. Auch könnte man so lesen, dass wir unsolidarisch mit der Ukraine sind, deshalb ist die Problematik von Waffenlieferungen zu benennen (Eskalation, Ausweitung, falsche Hände).

Antrag L03.034.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in: linksjugend ['solid]

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 34 - 35

- 34 • ~~Statt Waffenlieferungen in Kriegsgebiete müssen nichtmilitärische Möglichkeiten-~~
35 ~~erweitert werden:~~ Sanktionen müssen sich gegen die ökonomische Machtbasis des
36 Systems Putin, die Konzentration von Reichtum in den Händen weniger, richten.
37 Die Bundesregierung muss ihrer Verantwortung für das Einfrieren von diesen
38 Vermögenswerten russischer Oligarchen im nationalen und europäischen Rahmen
39 nachkommen. Ein Transparenzgesetz, welches die Verschleierung von Vermögen
40 erschwert, ist dringend notwendig.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag L03.034.2: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in: BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 34 - 40

- 34 • Statt Rüstungsexporte und Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete müssen
35 nichtmilitärische Möglichkeiten
36 erweitert werden: Sanktionen müssen sich aktuell gegen die ökonomische Machtbasis des
37 ~~Systems Putin, die~~ Systems Putin", der Konzentration von Reichtum in den Händen weniger im
38 heutigen Russland, richten.
39 Die Bundesregierung muss ihrer Verantwortung für das Einfrieren von diesen

40 Vermögenswerten russischer Oligarchen im nationalen und europäischen Rahmen nachkommen. Ein Transparenzgesetz, welches die Verschleierung von Vermögen ~~erschwer~~verboten, ist dringend notwendig.

Begründung

mündlich

Antrag L03.034.3: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in: KV Soest

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 34

- 34 • Statt Waffenlieferungen in Kriegsgebiete, die eskalieren und in die falschen Hände geraten
35 können, müssen nichtmilitärische Möglichkeiten
36 erweitert werden: Sanktionen müssen sich gegen die ökonomische Machtbasis des
37 Systems Putin, die Konzentration von Reichtum in den Händen weniger, richten.
38 Die Bundesregierung muss ihrer Verantwortung für das Einfrieren von diesen
39 Vermögenswerten russischer Oligarchen im nationalen und europäischen Rahmen
40 nachkommen. Ein Transparenzgesetz, welches die Verschleierung von Vermögen
erschwert, ist dringend notwendig.

Begründung

Es sollte selbstverständlich sein, wenn wir uns die Bundeswehr als reine Verteidigungsarmee wünschen (Zeile 108), dass wir auch der Ukraine das Recht auf Verteidigung zustehen. Keine Waffenlieferungen könnte man sonst so lesen, dass wir der Ukraine dies absprechen. Auch könnte man so lesen, dass wir unsolidarisch mit der Ukraine sind, deshalb ist die Problematik von Waffenlieferungen zu benennen (Eskalation, Ausweitung, falsche Hände).

Antrag L03.034.4: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in: BV Treptow-Köpenick, Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 34 - 36

- 34 • ~~Statt Waffenlieferungen in Kriegsgebiete müssen nichtmilitärische~~Alle nichtmilitärischen
35 Möglichkeiten
36 ~~erweitert~~müssen konsequent genutzt werden: Sanktionen müssen sich gegen alle
ökonomischen, technologischen, wissenschaftlichen, finanz-, und handelspolitischen
Fähigkeiten Russlands richten, die geeignet sind, dessen Kriegsfähigkeit aufrecht zu erhalten.
Sie müssen sich auch gegen die ökonomische und politische Machtbasis des
Systems Putin, die Konzentration von Reichtum in den Händen weniger, ~~richten-~~ willfähiger
Oligarchen, richten.

37 Die Bundesregierung muss ihrer Verantwortung für das Einfrieren von diesen
38 Vermögenswerten russischer Oligarchen im nationalen und europäischen Rahmen
39 nachkommen. Ein Transparenzgesetz, welches die Verschleierung von Vermögen
40 erschwert, ist dringend notwendig.

Begründung

Der Absatz im Leitantrag läuft im Wesentlichen auf eine Begrenzung von Sanktionen gegen Oligarchen hinaus. Wir halten dies für völlig unzureichend. Sanktionen müssen sich gegen die Kriegsfähigkeit Russlands und die ökonomische und politische Machtbasis des System Putin richten.

Antrag L03.034.5: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in: LV Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 34 - 40

- 34 • ~~Statt Waffenlieferungen in Kriegsgebiete müssen nichtmilitärische~~ Nichtmilitärische
35 Möglichkeiten
36 erweitert werden: Sanktionen müssen sich gegen die ökonomische Machtbasis des
37 Systems Putin, die Konzentration von Reichtum in den Händen weniger, richten.
38 ~~Die Bundesregierung muss der Ukraine in ihrer Verantwortung für das Einfrieren von diesen~~
39 ~~Vermögenswerten russischer Oligarchen im nationalen und europäischen Rahmen~~
40 ~~nachkommen. Ein Transparenzgesetz, welches die Verschleierung von Vermögen~~
erschwert, ist dringend notwendig Verteidigung beizustehen, müssen ausgeschöpft werden. Im
Falle eines Angriffskrieges leisten wirtschaftliche Sanktionen einen Beitrag dazu, die
Verhandlungsmacht gegenüber dem Aggressor zu erhöhen und so einen gerechten Frieden zu
verhandeln. Dazu müssen diese Sanktionen konsequent den russischen Staat, die russische
politische Elite und die kriegswichtigen Industrien treffen.

Zeile 41 - 47

- 41 • ~~Die aktuell getroffenen Sanktionsmaßnahmen bedeuten vor allem harte Einschnitte~~ Die
42 Machtbasis des Systems Putin ist die Konzentration von Reichtum und politischer Macht in den
43 Händen weniger. Die Bundesregierung muss ihrer Verantwortung
44 für die einfache Bevölkerung in Russland. Es besteht zudem die Gefahr, dass die
45 Sanktionen, die tief in die russische Wirtschaft eingreifen, dazu führen, dass
46 sich große Teile der russischen Bevölkerung mit der Putin-Regierung gegen „den
47 Westen“ solidarisieren. Das schwächt oppositionelle Kräfte in Russland und führt
nicht dazu, dass in Russland mehr Widerstand gegen das Putin-Regime geleistet
wird. Einfrieren von diesen Vermögenswerten russischer Oligarchen im nationalen und
europäischen Rahmen nachkommen. Ein Transparenzgesetz, welches die Verschleierung von
Vermögen erschwert, ist dringend notwendig. Die Einrichtung eines internationalen
Finanzregisters, wie zum Beispiel von Thomas Piketty gefordert, ist notwendig und überfällig.

Zeile 48 - 49

- 48 • ~~Die Einrichtung eines internationalen Finanzregisters, wie zum Beispiel von~~
49 ~~Thomas Piketty gefordert,~~ Exportverbote von für die russische Rüstungsindustrie relevanten
Gütern bedeuten weniger Waffen. Dies schließt Exportverbote für Dual-Use Güter, welche für

militärische und zivile Nutzung verwendbar sind, ein. Ebenso ist ~~notwendig und überfällig~~ das Einfrieren russischer Staatsguthaben bei nichtrussischen Banken für die Dauer des Krieges ein effizientes Mittel, den Import von Waffensystem und rüstungsrelevanten Gütern finanziell und logistisch zu erschweren. Dafür muss die Bundesregierung diplomatisch auch außerhalb der an den existierenden Sanktionen beteiligten Staaten werben.

Antrag L03.035.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in: Geraer Sozialistischer Dialog, BV Hamburg-Mitte, LAG FIP Hamburg

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 35 - 40

- 34 • Statt Waffenlieferungen in Kriegsgebiete müssen nichtmilitärische Möglichkeiten
35 erweitert werden: ~~Sanktionen müssen sich gegen die ökonomische Machtbasis des~~
36 ~~Systems Putin, die Konzentration von Reichtum in den Händen weniger, richten.~~
37 ~~Die Bundesregierung muss ihrer Verantwortung für das Einfrieren von diesen~~
38 ~~Vermögenswerten russischer Oligarchen im nationalen Deeskalation und europäischen Rahmen~~
39
40 ~~nachkommen. Ein Transparenzgesetz, welches die Verschleierung von Vermögen~~
~~erschwert, ist dringend notwendig~~ diplomatische Verhandlungen sind der einzige Weg zum
Frieden.

Begründung

Sanktionen sind Teil der Kriegslogik – nur Frieden schafft Frieden.

Antrag L03.040.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in: linksjugend ['solid]

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 40

- 34 • Statt Waffenlieferungen in Kriegsgebiete müssen nichtmilitärische Möglichkeiten
35 erweitert werden: Sanktionen müssen sich gegen die ökonomische Machtbasis des
36 Systems Putin, die Konzentration von Reichtum in den Händen weniger, richten.
37 Die Bundesregierung muss ihrer Verantwortung für das Einfrieren von diesen
38 Vermögenswerten russischer Oligarchen im nationalen und europäischen Rahmen
39 nachkommen. Ein Transparenzgesetz, welches die Verschleierung von Vermögen
40 erschwert, ist dringend notwendig.
- Wir solidarisieren uns mit dem Widerstand der ukrainischen Bevölkerung gegen den russischen Angriff. Unsere besondere Solidarität gilt dabei insbesondere der besonders marginalisierten ukrainischen Linken. Wir unterstützen direkte Aktionen des zivilen Ungehorsams und der Sabotage in den russisch besetzten Gebieten.

- Wir schließen uns den Forderungen nach einem Schuldenschnitt für die Ukraine an, um einen Wiederaufbau nach dem Krieg zu ermöglichen und die Abhängigkeit der Ukraine von Kreditgeber*innen zu verringern.

Begründung

In dem Antrag kommt aus unserer Sicht zu kurz, dass Ukrainer*innen auch handelnde Subjekte und nicht nur Spielbälle geopolitischer Konflikte sind. Durch diese Formulierung wollen wir unsere Solidarität mit dem ukrainischen Widerstand deutlich machen und dabei nicht-militärische Formen des Widerstands besonders in den Fokus nehmen. Zusätzlich wollen wir die Forderung der ukrainischen Linken nach einem Schuldenschnitt für die Ukraine unterstützen.

Antrag L03.04 1. 1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in:	BV Treptow-Köpenick, Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 41 - 47

- 41 • ~~Die aktuell getroffenen Sanktionsmaßnahmen bedeuten vor allem harte Einschnitte~~
 42 ~~für die einfache Bevölkerung in Russland. Es besteht zudem die Gefahr, dass die~~
 43 ~~Sanktionen, die tief in die russische Wirtschaft eingreifen, dazu führen, dass~~
 44 ~~sich große Teile der russischen Bevölkerung mit der Putin-Regierung gegen „den~~
 45 ~~Westen“ solidarisieren. Das schwächt oppositionelle Kräfte in Russland und führt~~
 46 ~~nicht dazu, dass in Russland mehr Widerstand gegen das Putin-Regime geleistet~~
 47 ~~wird.~~

Zeile 51 - 57

- 50 • Wir wollen Energieunabhängigkeit und dafür den Ausbau Erneuerbarer Energien in
 51 Deutschland und Europa deutlich beschleunigen. Die ~~Möglichkeiten, den Import von~~
 52 ~~fossilen Energieträgern aus Russland~~ Finanzierung von Putins Regime durch Energieimporte
 53 muss schnellstmöglich ~~stärker einzuschränken,~~
 54 ~~müssen ausgenutzt werden. Dies, beim Erdöl spätestens bis Ende des Jahres, gestoppt werden.~~
 55 Die Bundesregierung muss Sorge dafür tragen, dass es nicht zu einem sozioökonomischen
 56 Absturz in den betroffenen Regionen kommt. Außerdem darf jedoches nicht zu einer
 57 Verlängerung ~~des-~~
~~Kohleabbaus~~ von Kohleabbau und -nutzung in Deutschland oder einer Renaissance der
 Atomkraft führen.
 Preissteigerungen für Energie müssen sozial ausgeglichen werden, so dass Strom
 und Heizung sowie Benzin auch für alle bezahlbar sind. ~~Dafür~~ Wir fordern 100 Milliarden für
sozial-ökologische Energiesicherheit statt für Aufrüstung! Damit wollen wir in den nächsten vier
Jahren Mittel für den Ausbau des Schienennetzes und des ÖPNV, Sanierungen im
Gebäudebereich, für einen Energiepreisdeckel, Stärkung ökologischer Stadtwerke, der
Rekommunalisierung der Netze und den Ausbau erneuerbarer Energien bereitstellen. Das hilft
die europäischen Demokratien und ihre Wirtschaft langfristig unabhängig von fossilen
Diktaturen zu machen. So schaffen wir nachhaltig Sicherheit durch einen sozial-ökologischen
Umbau. Das Geld dafür ist da: Mineralölkonzerne wie Shell haben ~~wir~~ ihren Gewinn um mehr als
~~LINKE klare-~~
~~Vorschläge eingebracht~~ 100% gesteigert. Sie müssen zur Kasse gebeten werden, unter anderem

durch eine Kriegsgewinnsteuer.

Begründung

Dieser Absatz ist hochproblematisch, weil er faktisch allen bisher getroffenen Sanktionen gegen Russland eine Absage erteilt. Er würde damit ein völlig falsches und auch widersprüchliches Signal aussenden. Die Aussage, dass sich große Teile der russischen Bevölkerung aufgrund der Sanktionen mit dem Krieg Putins solidarisieren würden, verkennt, dass es diese Unterstützung leider schon länger und völlig unabhängig von Sanktionen gibt.

Antrag L03.042.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in: BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 42 - 47

- 41 • Die aktuell getroffenen Sanktionsmaßnahmen bedeuten vor allem harte Einschnitte
42 für die ~~einfache Bevölkerung in Russland. Es besteht zudem die Gefahr, dass die gesamte~~
43 Bevölkerung in Russland.
44 Sanktionen, die tief in die russische Wirtschaft eingreifen, ~~dazu führen, dass~~
45 dazu, dass sich vermutlich große Teile der ~~russischen~~ Bevölkerung mit der Putin-Regierung
46 gegen ~~„den~~
47 Westen“ die gegen Russland agierenden westlichen Machtzentren solidarisieren. Das
~~schwächt~~kann oppositionelle Kräfte in Russland weiter schwächen und führt
nicht dazu, dass ~~in Russland mehr Widerstand gegen das Putin-Regime geleistet~~
~~wird. sie innenpolitisch mit der Forderung an Putin lauter werden kann, den Krieg gegen die~~
Ukraine zu beenden.

Begründung

Der Begriff gesamte Bevölkerung ist diskriminierungsfrei. Der Fokus sollte hier im Kern auf die Bewegung gegen den Krieg in Russland selbst gerichtet werden. Ansonsten unkonkrete Aussagen in ihrer Wirkung. Die Opposition in Russland gegen den Krieg ist ohnehin schon sehr schwach.

Antrag L03.044.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in: KV Soest

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 44 - 47

- 41 • Die aktuell getroffenen Sanktionsmaßnahmen bedeuten vor allem harte Einschnitte
42 für die einfache Bevölkerung in Russland. Es besteht zudem die Gefahr, dass die
43 Sanktionen, die tief in die russische Wirtschaft eingreifen, dazu führen, dass
44 sich große Teile der russischen Bevölkerung mit ~~der Putin-Regierung~~ dem Putin-Regime gegen
45 „den

46 Westen“ solidarisieren. Das schwächt oppositionelle Kräfte in Russland und führt
47 nicht dazu, dass in Russland mehr Widerstand gegen das Putin-Regime geleistet
wird. - [Putin muss weg!](#)

Begründung

Wenn man es einmal Regime nennt, sollte man es auch so beibehalten.
Eine 100-prozentig klare Positionierung zu Putin durch DIE LINKE ist nötig.

Antrag L03.048.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in: Antikapitalistische LINKE

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 47

- 41 • Die aktuell getroffenen Sanktionsmaßnahmen bedeuten vor allem harte Einschnitte
42 für die einfache Bevölkerung in Russland. Es besteht zudem die Gefahr, dass die
43 Sanktionen, die tief in die russische Wirtschaft eingreifen, dazu führen, dass
44 sich große Teile der russischen Bevölkerung mit der Putin-Regierung gegen „den
45 Westen“ solidarisieren. Das schwächt oppositionelle Kräfte in Russland und führt
46 nicht dazu, dass in Russland mehr Widerstand gegen das Putin-Regime geleistet
47 wird.
- [Wir lehnen Wirtschaftssanktionen als ökonomische Kriegsführung gegen die Bevölkerung ab, die nicht die Herrschenden trifft und fordern LINKE-Abgeordnete auf, diesen nicht zuzustimmen.](#)

Antrag L03.048.2: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in: Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf), Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 49

- 48 • Die Einrichtung eines internationalen Finanzregisters, wie zum Beispiel von
49 Thomas Piketty gefordert, ist notwendig und überfällig. [Außerdem braucht es ein ein zentrales, transparentes Immobilienregister.](#)

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag L03.050.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in:

Geraer Sozialistischer Dialog, BV Hamburg-Mitte, LAG FIP
Hamburg

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 50 - 54

- 50 • Wir wollen ~~Energieunabhängigkeit und dafür den Ausbau Erneuerbarer Energien in-~~
51 ~~Deutschland und Europa deutlich beschleunigen. Die Möglichkeiten, den Import~~Unabhängigkeit
52 von
53 fossilen ~~Energieträgern aus Russland schnellstmöglich stärker einzuschränken,-~~
54 ~~müssen ausgenutzt werden.~~Energien und dafür den Ausbau Erneuerbarer Energien weltweit
deutlich beschleunigen. Dies ~~darf jedoch nicht zu einer Verlängerung des~~
~~Kohleabbaus in Deutschland oder einer Renaissance der Atomkraft führen.~~ gelingt nur durch
internationale Kooperation.
55 Preissteigerungen für Energie müssen sozial ausgeglichen werden, so dass Strom
56 und Heizung auch für alle bezahlbar sind. Dafür haben wir als LINKE klare
57 Vorschläge eingebracht.

Begründung

Wir wollen auch keine Abhängigkeit von den USA, Katar usw., sondern wirkliche ökologische und soziale Entwicklung.

Antrag L03.05 1.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in:

LV Hessen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 51 - 55

- 50 • Wir wollen Energieunabhängigkeit und dafür den Ausbau Erneuerbarer Energien in
51 Deutschland und Europa deutlich beschleunigen. ~~Die Möglichkeiten, den Import von-~~
52 ~~fossilen Energieträgern aus Russland schnellstmöglich stärker einzuschränken,-~~
53 ~~müssen ausgenutzt werden~~Dazu gehört auch eine Drosselung der Importe fossiler
54 Energieträger. Dies darf jedoch nicht zu einer Verlängerung des
55 Kohleabbaus in Deutschland oder einer Renaissance der Atomkraft führen.
Auch den Import von umweltschädlichem Fracking-Gas lehnen wir ab. Preissteigerungen für
56 Energie müssen sozial ausgeglichen werden, so dass Strom
57 und Heizung auch für alle bezahlbar sind. Dafür haben wir als LINKE klare
Vorschläge eingebracht.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

Antrag L03.05 1.2: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in:

BV Treptow-Köpenick, Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 51 - 57

- 50 • Wir wollen Energieunabhängigkeit und dafür den Ausbau Erneuerbarer Energien in
51 Deutschland und Europa deutlich beschleunigen. Die ~~Möglichkeiten, den Import von~~
52 ~~fossilen Energieträgern aus Russland~~ Finanzierung von Putins Regime durch Energieimporte
53 muss schnellstmöglich ~~stärker einzuschränken,~~
54 ~~müssen ausgenutzt werden. Dies, beim Erdöl spätestens bis Ende des Jahres, gestoppt werden.~~
55 Die Bundesregierung muss Sorge dafür tragen, dass es nicht zu einem sozioökonomischen
Absturz in den betroffenen Regionen kommt. Außerdem darf ~~jedoch~~es nicht zu einer
56 Verlängerung ~~des~~
57 ~~Kohleabbaus~~ von Kohleabbau und -nutzung in Deutschland oder einer Renaissance der
Atomkraft führen.

Preissteigerungen für Energie müssen sozial ausgeglichen werden, so dass Strom und Heizung sowie Benzin auch für alle bezahlbar sind. ~~Dafür~~ Wir fordern 100 Milliarden für sozial-ökologische Energiesicherheit statt für Aufrüstung! Damit wollen wir in den nächsten vier Jahren Mittel für den Ausbau des Schienennetzes und des ÖPNV, Sanierungen im Gebäudebereich, für einen Energiepreisdeckel, Stärkung ökologischer Stadtwerke, der Rekommunalisierung der Netze und den Ausbau erneuerbarer Energien bereitstellen. Das hilft die europäischen Demokratien und ihre Wirtschaft langfristig unabhängig von fossilen Diktaturen zu machen. So schaffen wir nachhaltig Sicherheit durch einen sozial-ökologischen Umbau. Das Geld dafür ist da: Mineralölkonzerne wie Shell haben ~~wir~~ ihren Gewinn um mehr als LINKE klare ~~Vorschläge eingebracht~~ 100% gesteigert. Sie müssen zur Kasse gebeten werden, unter anderem durch eine Kriegsgewinnsteuer.

Begründung

Wir konkretisieren hier die Aussage des Leitantrages, dass der Import fossiler Energieträger aus Russland schnellstmöglich stärker eingeschränkt werden muss. Beim Erdöl ist dies bis Ende des Jahres möglich, was Russlands Staatseinnahmen erheblich treffen würde, da dies Russland aufgrund fehlender Transportkapazitäten nicht ohne weiteres durch Exporte in andere Länder kompensieren kann. Wir finden es auch besser, nicht nur auf Vorschläge zu verwiesen, sondern diese hier auch klar auszuführen. Ganz wichtig sind in diesem Zusammen das sozial-ökologische Sondervermögen für Energiesicherheit sowie die Übergewinnsteuer.

Antrag L03.055.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in:

Sozialistische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 55

- 50 • Wir wollen Energieunabhängigkeit und dafür den Ausbau Erneuerbarer Energien in
51 Deutschland und Europa deutlich beschleunigen. Die Möglichkeiten, den Import von

52 fossilen Energieträgern aus Russland schnellstmöglich stärker einzuschränken,
53 müssen ausgenutzt werden. Dies darf jedoch nicht zu einer Verlängerung des
54 Kohleabbaus in Deutschland oder einer Renaissance der Atomkraft führen.
55 Das von der EU-Kommission geforderte Embargo von russischem Öl und Gas lehnt DIE LINKE
ab, weil dies den Krieg absehbar nicht behindern wird, aber mit massiven Schäden für die
Umwelt und die Wirtschaft und erheblichen Kosten für die Menschen (nicht nur) in Deutschland
verbunden wäre. Preissteigerungen für Energie müssen sozial ausgeglichen werden, so dass
56 Strom
56 und Heizung auch für alle bezahlbar sind. Dafür haben wir als LINKE klare
57 Vorschläge eingebracht.

Begründung

Weitergehende Erläuterungen siehe Begründung zu Antrag G09, Antragsheft 2, S. 29ff.

Antrag L03.056.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 56 - 57

- 50 • Wir wollen Energieunabhängigkeit und dafür den Ausbau Erneuerbarer Energien in
51 Deutschland und Europa deutlich beschleunigen. Die Möglichkeiten, den Import von
52 fossilen Energieträgern aus Russland schnellstmöglich stärker einzuschränken,
53 müssen ausgenutzt werden. Dies darf jedoch nicht zu einer Verlängerung des
54 Kohleabbaus in Deutschland oder einer Renaissance der Atomkraft führen.
55 Preissteigerungen für Energie müssen sozial ausgeglichen werden, so dass Strom
56 und Heizung auch für alle bezahlbar sind. Die gegenwärtigen Rekordgewinne im Geschäft mit
57 Öl und Gas müssen abgeschöpft werden. Dafür haben wir als LINKE klare
Vorschläge eingebracht.
- Preisdeckel für Gasimporte: Zwischen 2015 und 2020 lag der Gaspreis bei
durchschnittlich 16 Euro pro Megawattstunde, gegenwärtig bei rund 100 Euro. Die
gestiegenen Gaspreise führen zu Rekorderlösen bei Russland und treiben gleichzeitig die
Inflation in den importierenden Ländern an. Die Lieferung russischen Gas ist jedoch an
Pipelines gebunden, Lieferströme können deshalb nicht umgelenkt werden. Die
Nachfragemacht der EU kann zur Deckelung des Gaspreises genutzt werden. Wir fordern:
eine Deckelung des Abnahmepreises auf das Vorkriegsniveau - das trifft Putins
Kriegskasse und dämpft den Preisanstieg für Verbraucher*innen und Industrie
hierzulande.

Antrag L03.057.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in: KV Düsseldorf

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 57

- 50 • Wir wollen Energieunabhängigkeit und dafür den Ausbau Erneuerbarer Energien in
51 Deutschland und Europa deutlich beschleunigen. Die Möglichkeiten, den Import von
52 fossilen Energieträgern aus Russland schnellstmöglich stärker einzuschränken,
53 müssen ausgenutzt werden. Dies darf jedoch nicht zu einer Verlängerung des
54 Kohleabbaus in Deutschland oder einer Renaissance der Atomkraft führen.
55 Preissteigerungen für Energie müssen sozial ausgeglichen werden, so dass Strom
56 und Heizung auch für alle bezahlbar sind. Dafür haben wir als LINKE klare
57 Vorschläge eingebracht.
- Für den Machtkampf um die Ukraine müssen die Menschen auf der ganzen Welt einen hohen Preis zahlen. Die Menschen in der Ukraine werden getötet und vertrieben, aber auch die Bevölkerung Russlands leidet unter wirtschaftlichen Einschränkungen, die ausbleibenden Weizenlieferungen verschärfen die Hungersnöte und die höheren Heiz-, Lebensmittel- und Transportkosten in Deutschland treffen v.a. die finanzschwachen Menschen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag L03.058.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in:	Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf), Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 58 - 59

- 58 • Russland ist mehr als Putin! ~~Auch in dieser Situation~~ Osteuropa besteht heute aus einer Vielzahl
59 unabhängiger Staaten, die das Recht haben, über ihre Entwicklung souverän zu entscheiden.
Trotz der russischen Aggression gegen die Ukraine wollen wir
60 zivilgesellschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Beziehungen ~~weiter~~ in all diese Länder
61 erhalten, um uns damit dem wachsenden Nationalismus entgegenzustellen. Wir
62 wollen die Zusammenarbeit mit fortschrittlichen, menschenrechtlich engagierten
63 und linken Akteuren in Russland, der Ukraine und Belarus sowie den anderen
64 osteuropäischen Ländern vertiefen. Wir stehen gegen Stimmungsmache gegen
Russ*innen hierzulande und unterstützen progressive Kräfte gegen Putin.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag L03.063.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in:	BV Treptow-Köpenick
--------------------------	---------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 63 - 64

- 58 • Russland ist mehr als Putin! Auch in dieser Situation wollen wir
59 zivilgesellschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Beziehungen weiter
60 erhalten, um uns damit dem wachsenden Nationalismus entgegenzustellen. Wir
61 wollen die Zusammenarbeit mit fortschrittlichen, menschenrechtlich engagierten
62 und linken Akteuren in Russland, der Ukraine und Belarus sowie den anderen
63 osteuropäischen Ländern vertiefen. Wir ~~stehen gegen Stimmungsmache gegen-~~
64 ~~Russ*innen hierzulande und~~ stellen uns gegen jeglichen anti-slawischen Rassismus. Menschen
aus allen ehemaligen Sowjetrepubliken sind Teil unserer Gesellschaft. Niemand darf aufgrund
seiner Sprache pauschal für den Krieg verantwortlich gemacht werden. Wir unterstützen
progressive Kräfte gegen Putin.

Begründung

Mit der ursprünglichen Formulierung, dass Stimmungsmache gegen Russ*innen hierzulande betrieben werde, wird der Antrag leider der Komplexität des Themas nicht gerecht. Es werden nicht nur "Russ*innen" angegriffen, sondern vielmehr als Russ*innen gelesene Menschen. Diese können russischsprechende Deutsche, die in Kasachstan geboren worden sind, sein, aber eben auch russische Staatsbürger*innen, aber auch russischsprechende geflohene Ukrainer*innen. Deshalb sollte die Formulierung aus der Erklärung von Partei und Bundestagsfraktion vom 8. Mai genutzt werden, die der Komplexität des Phänomens Rechnung trägt. Des Weiteren wird so auch der anti-slawische Rassismus als Problem klar benannt.

Antrag L03.065.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in:	KV Marburg-Biedenkopf
-------------------	-----------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 65 - 72

- 65 • Geflüchtete, egal welcher Herkunft, müssen schneller und unbürokratischer aufgenommen
66 werden. ~~Wir unterscheiden nicht-~~
67 ~~zwischen Geflüchteten aus der Ukraine oder anderen Ländern: Menschenrechte sind-~~
68 ~~unteilbar. Die Geflüchteten sollen in unserer Gesellschaft schnell ankommen-~~
69 ~~können und schnell in dezentrale Unterbringung und~~ Dass dieses möglich ist, sieht man an
70 ~~Arbeitsmöglichkeiten-~~
71 ~~kommen. Kriegsdienstverweigerer*innen und Deserteur*innen müssen Asyl bekommen.-~~
72 ~~Durch den Krieg gegen die Ukraine mussten und müssen so viele Menschen fliehen-~~
~~wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg in Europa. Die~~ vorbildhaften Umgang mit den
Geflüchteten aus der Ukraine. Diese Regelungen müssen für alle Geflüchteten gelten. So soll
Geflüchteten das Ankommen erleichtert werden, indem sie schnell dezentral untergebracht
werden und Arbeitsmöglichkeiten bekommen. Damit dies überall gelingt, sollen die Kosten
~~müssen~~ innerhalb
der EU gerecht verteilt werden. Auch Kriegsdienstverweigerer*innen und Deserteur*innen
müssen Asyl bekommen.

Begründung

DIE LINKE muss sich ganz klar von einer Zwei-Klassen-Geflüchteten-Politik distanzieren. Wir sind

unteilbar solidarisch mit allen Menschen.

Antrag L03.066.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in:

BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 66 - 72

65 • Geflüchtete müssen schneller aufgenommen werden. Wir unterscheiden nicht
66 zwischen Geflüchteten aus der Ukraine oder anderen Ländern: ~~Menschenrechte sind~~ Das
67 Menschenrecht auf Asyl ist
68 unteilbar. ~~Die~~ Das bedeutet für uns, dass alle Geflüchteten unabhängig von ihrem Status
69 unverzüglich das Recht auf die Regelleistungen aus dem SGB II erhalten müssen. Das
70 Asylbewerber*innenleistungsgesetz gehört sofort abgeschafft, denn: Kriegsflüchtlinge sind alle
71 gleich, ob aus der Ukraine oder einem anderen Teil der Welt. Alle Geflüchteten sollen in unserer
72 Gesellschaft schnell ankommen
können und schnell in dezentrale ~~Unterbringung und an~~ Wohnprojekte und Zugang zu
Arbeitsmöglichkeiten
kommen. Kriegsdienstverweigerer*innen und Deserteur*innen müssen ~~Asyl bekommen.~~
gleichermaßen das Recht auf Asyl wie Kriegsflüchtlinge erhalten.
Durch den Krieg gegen die Ukraine ~~mussten und müssen so viele Menschen~~ fliehen
so viele Menschen wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg in Europa. Die Kosten müssen
innerhalb
der EU gerecht verteilt und von allen Mitgliedsstaaten getragen werden.

Begründung

Es geht uns darum, die unteilbaren Menschenrechte zu konkretisieren und für die andauernde Situation zu präzisieren, um allen Geflüchteten Gleichbehandlung zu Teil werden zu lassen, inklusive der Deserteur*innen. Ukrainische Geflüchtete erhalten bekanntlich unverzüglich das Recht auf die RL aus dem SGB II.

Antrag L03.072.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in:

Linus Hagemann (BV Charlottenburg-Wilmersdorf), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), Moritz Fröhlich (BAG Grundeinkommen)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 72

65 • Geflüchtete müssen schneller aufgenommen werden. Wir unterscheiden nicht
66 zwischen Geflüchteten aus der Ukraine oder anderen Ländern: Menschenrechte sind
67 unteilbar. Die Geflüchteten sollen in unserer Gesellschaft schnell ankommen
68 können und schnell in dezentrale Unterbringung und an Arbeitsmöglichkeiten
69 kommen. Kriegsdienstverweigerer*innen und Deserteur*innen müssen Asyl bekommen.
70 Durch den Krieg gegen die Ukraine mussten und müssen so viele Menschen fliehen

71 wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg in Europa. Die Kosten müssen innerhalb
72 der EU gerecht verteilt werden.

- Wir fordern dazu auf, den Rassismus gegenüber den Einreisewilligen an den Grenzen zu Belarus und Ukraine zu beenden. Wir fordern die europäischen Nachbarländer auf, an den Grenzen vorbehaltlos alle Menschen passieren zu lassen, gleich welcher Hautfarbe.

Begründung

Flüchtlinge werden an den Grenzen und auch nach der Einreise in ein sicheres Land nach wie vor ungleich behandelt. Der Erfolg, einem Krieg und damit der Gefährdung des eigenen Lebens zu entkommen, darf weder von Hautfarbe, Religion oder sexueller Orientierung noch von Staatsangehörigkeit abhängen.

Antrag L03.073.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in:	BV Treptow-Köpenick
--------------------------	---------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 73

- 73 • Die Ukraine war bereits vor dem Angriff Russlands das ärmste Land Europas. Um die soziale
74 Lage der Menschen in der Ukraine nach dem Krieg zu verbessern, unterstützen wir die
Forderung von ukrainischen Linken nach einem Schuldenschnitt für die Ukraine. Des Weiteren
unterstützen wir die ukrainische Linke und Gewerkschaftsbewegung in ihrem Kampf gegen die
neoliberale Reform des Arbeitsrechts auch und gerade in Kriegszeiten. Wir stehen an der Seite
all derer, die für eine sozial gerechte Entwicklung der Ukraine streiten - ihnen gilt unsere
Solidarität!
- 74 • Die Reduzierung russischer und der weitgehende Ausfall ukrainischer
75 Weizenimporte verschärft die Gefahr einer Hungerkatastrophe insbesondere in
76 großen Teilen Afrikas. Die Bundesregierung muss Sondermittel für das UN-
77 Ernährungsprogramm zur Verfügung stellen und auf internationaler Ebene endlich
wirksam gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln vorgehen.

Begründung

In dem Leitantrag werden viele wichtige Punkte einer LINKEN Außenpolitik benannt und diskutiert. Jedoch fehlt die soziale Frage in den Antworten auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine. DIE LINKE sollte sich der Kampagne ukrainischer Linker, die zum Beispiel von unserer Schwesterpartei Left Alliance aus Finnland unterstützt wird, anschließen und einen Schuldenschnitt für die Ukraine fordern (<https://www.cancel-ukrainian-debt.org/>). Ebenso sollte die ukrainische Linke und Gewerkschaftsbewegung in ihrem Kampf gegen die weitere neoliberale Reformierung des Arbeitsrechts gerade auch in Kriegszeiten unterstützt werden (https://www.opendemocracy.net/en/odr/ukraines-new-labour-law-wartime/?fbclid=IwAR01T9wFs7wrrlqPqGfhjxWJB5_Mc10M_mlgaZyZfsg1wWUs9tpNfSaTgg). Hier könnten zum Beispiel die Bundesregierung aufgefordert werden, im Rahmen von Hilfspaketen für die Ukraine auf den Stop dieser Reform hinzuwirken. Mit diesen Forderungen richten wir den Fokus auch auf Fragen der sozialen Gerechtigkeit und einer Perspektive für die Mehrheit der Menschen in der Ukraine, die die anderen Parteien in Deutschland nicht im Blick haben.

Antrag L03.074.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in:

BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 74 - 77

- 73 • Die Reduzierung russischer und der weitgehende Ausfall ukrainischer
74 ~~Weizenim~~Getreideexporte verschärft die Gefahr einer Hungerkatastrophe insbesondere in
75 großen Teilen Afrikas, obwohl weltweit genügend Getreide verfügbar ist. Die expansive
76 Preisspekulation mit Getreide an den Warenterminbörsen verhindern ebenfalls dessen Import
77 in viele Länder. Profitgierige Börsenspekulanten*innen und Handelsgesellschaften sind hier die
einzigsten Gewinner*innen. Die Bundesregierung muss ~~Sondermittel für das UN-~~
~~Ernährungsprogramm zur Verfügung stellen und~~ auf internationaler Ebene, in der UNO-
Vollversammlung, umgehend eine Initiative ergreifen, um endlich
wirksam gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln vorgehen ~~- zu können.~~ Dies gehört auch zur
Unteilbarkeit der Menschenrechte - des Menschenrechtes auf das eigene Leben!

Begründung

mündlich und: Die Forderung nach Sondermitteln für die UN durch die BRg. ist der falsche Weg, weil er erneut die Spekulanten*innen an den Warenterminbörsen weiter begünstigt und nicht die explodierenden Preise infrage stellt.

Antrag L03.077.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in:

linksjugend ['solid]

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 77

- 73 • Die Reduzierung russischer und der weitgehende Ausfall ukrainischer
74 Weizenimporte verschärft die Gefahr einer Hungerkatastrophe insbesondere in
75 großen Teilen Afrikas. Die Bundesregierung muss Sondermittel für das UN-
76 Ernährungsprogramm zur Verfügung stellen und auf internationaler Ebene endlich
77 wirksam gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln vorgehen.

Internationale Solidarität konkret machen!

Als sozialistische Partei wollen wir dabei auch Formen internationaler Solidarität entwickeln, die über Appelle an den deutschen Staat hinausgehen. Neben Formen des direkten Widerstands hier in Deutschland, bspw. in Form von zivilem Ungehorsam oder Streiks gegen Unterstützung von unterdrückerischen Regimen, wollen wir Formen der materiellen Solidarität mit Linken auf der ganzen Welt entwickeln.

Als ersten Schritt dazu wird der Parteivorstand eine Spendenkampagne in Solidarität mit linken Kräften in der Ukraine entwickeln, die Widerstand gegen den russischen Angriffskrieg leisten, wie bspw. an die Organisationen "Operation Solidarity" und "Sotsialnyi Rukh"

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag L03.077.2: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Antragsteller*in: KV Soest

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 77

- 73 • Die Reduzierung russischer und der weitgehende Ausfall ukrainischer
74 Weizenimporte verschärft die Gefahr einer Hungerkatastrophe insbesondere in
75 großen Teilen Afrikas. Die Bundesregierung muss Sondermittel für das UN-
76 Ernährungsprogramm zur Verfügung stellen und auf internationaler Ebene endlich
77 wirksam gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln vorgehen. Darüber hinaus sollen weniger
Flächen zur Tierfutterproduktion für die Massentierhaltung verwendet werden dürfen.

Begründung

Es darf nicht auf Kosten des Naturschutz gehen, wenn wir unsere Flächen ineffizient nutzen.

Antrag L03.078.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

Antragsteller*in: BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 78

- 78 ~~Keine Aufrüstung~~Abrüstung ins Grundgesetz

Begründung

Der Begriff Abrüstung muss permanent von uns als Friedens- und Abrüstungspartei als Priorität benannt werden und betonen was wir wollen und nicht, was wir nicht wollen.

Antrag L03.080.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

Antragsteller*in: Geraer Sozialistischer Dialog, BV Hamburg-Mitte, LAG FIP Hamburg

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 80

- 79 Im Windschatten des Entsetzens über den Krieg betreibt die Bundesregierung eine

80 Politik, in der die Solidarität ~~der Menschen~~ mit den Menschen in der Ukraine für ein gigantisches
81 Aufrüstungsprogramm missbraucht wird. Mit dieser Explosion der Rüstungsausgaben ist
82 aber weder den Menschen in der Ukraine geholfen, noch werden damit Frieden und
83 Sicherheit geschaffen, einzig die Rüstungskonzerne profitieren.

Begründung

„Linke Solidarität bezieht sich nicht auf Staaten, sondern auf Menschen...“ (s. Zeile 242-243)

Antrag L03.084.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

Antragsteller*in: LV Rheinland-Pfalz

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 84

84 Mit dem ~~„Sondervermögen“~~ „Sondervermögen“ für die Bundeswehr von 100 Milliarden Euro wird
das von der
85 NATO geforderte Ziel, 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Rüstung auszugeben,
86 übererfüllt. Der von der Bundesregierung verkündete Kurswechsel bedeutet nicht nur
87 die massive Verschiebung von Ressourcen vom Kampf gegen den Klimaschutz und sozialer
88 Sicherheit hin zum Militär, sondern auch eine damit verbundene Militarisierung der
89 Gesellschaft insgesamt. Die Verankerung des Sondervermögens im Grundgesetz bedeutet,
90 dass Aufrüstung zum Verfassungsziel wird.

Begründung

redaktionell

Antrag L03.084.2: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

Antragsteller*in: BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 84 - 90

84 Mit dem ~~„Sondervermögen“~~ beschlossenen „Sondervermögen“ für die Bundeswehr von 100
Milliarden Euro wird das ~~von der~~
in der NATO ~~geforderte~~ ohne rechtsverbindlichen Vertrag vereinbarte Ziel, 2 Prozent des jährlich
steigenden Bruttoinlandsproduktes für ~~Rüstung~~ die weitere Aufrüstung auszugeben,
86 ~~übererfüllt~~ völlig entgrenzt. Der von der Bundesregierung verkündete und gesetzgeberisch
umgesetzte Kurswechsel bedeutet nicht nur
87 die massive Verschiebung von Ressourcen vom Kampf ~~gegen~~ für den Klimaschutz und sozialer
88 Sicherheit hin ~~zum~~ zu immer mehr Militär, sondern auch eine damit verbundene Militarisierung der
89 Gesellschaft insgesamt. Die Verankerung des ~~Sondervermögens im Grundgesetz bedeutet,~~
„Sondervermögens“ (im Klartext: weitere Schulden) im Grundgesetz bedeutet,
90 dass Aufrüstung zum Verfassungsziel wird. Hochrüstung und Militarisierung können aber kein

Verfassungsziel sein! Das widerspricht dem Sinn des Grundgesetzes. Wir fordern statt dessen Abrüstung als Verfassungsziel im Grundgesetz. Wir schlagen der Friedensbewegung und allen Gewerkschaften und Sozialverbänden vor, dafür eine gemeinsame Initiative zu entwickeln und umzusetzen.

Begründung

mündlich

Antrag L03.086.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

Antragsteller*in:	Geraer Sozialistischer Dialog, BV Hamburg-Mitte, LAG FIP Hamburg
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 86

84 Mit dem „Sondervermögen für die Bundeswehr von 100 Milliarden Euro wird das von der
85 NATO geforderte Ziel, 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Rüstung auszugeben,
86 übererfüllt. ~~Der~~ie von der Bundesregierung verkündete ~~Kurswechsel~~Verschärfung des
militaristischen Kurses bedeutet nicht nur
87 die massive Verschiebung von Ressourcen vom Kampf gegen den Klimaschutz und sozialer
88 Sicherheit hin zum Militär, sondern auch eine damit verbundene Militarisierung der
89 Gesellschaft insgesamt. Die Verankerung des Sondervermögens im Grundgesetz bedeutet,
90 dass Aufrüstung zum Verfassungsziel wird.

Begründung

Die Aufrüstung ist nicht ganz neu – Abrüstung wäre ein richtiger Kurswechsel.

Antrag L03.089.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

Antragsteller*in:	Geraer Sozialistischer Dialog, BV Hamburg-Mitte, LAG FIP Hamburg
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 89 - 90

84 Mit dem „Sondervermögen für die Bundeswehr von 100 Milliarden Euro wird das von der
85 NATO geforderte Ziel, 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Rüstung auszugeben,
86 übererfüllt. Der von der Bundesregierung verkündete Kurswechsel bedeutet nicht nur
87 die massive Verschiebung von Ressourcen vom Kampf gegen den Klimaschutz und sozialer
88 Sicherheit hin zum Militär, sondern auch eine damit verbundene Militarisierung der
89 Gesellschaft insgesamt. Die Verankerung des Sondervermögens im Grundgesetz ~~bedeutet,~~
widerspricht dem Friedensgebot des Grundgesetzes und bedeutet,
90 dass Aufrüstung zum Verfassungsziel wird. Das ist zu verhindern!

Begründung

Die Verfassungsänderung ist verfassungswidrig und muss verhindert werden – zugunsten eines Sozial- und Rechtsstaats, der den Namen verdient.

Antrag L03.09 1.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

Antragsteller*in:	BV Treptow-Köpenick, Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 91 - 97

91 ~~Diese „Zeitenwende“ wurde ohne gesellschaftliche Debatte verkündet. In ihren~~
92 ~~Wahlprogrammen hatten SPD und Grüne noch Abrüstung und mehr Geld für Entwicklung~~
93 ~~versprochen. Langjährige Kritik an Aufrüstung, dem Einsatz von Waffensystemen wie~~
94 ~~„Killerdrohnen“ wird von den Koalitionsparteien ignoriert. Nach 1998 unter Gerhard~~
95 ~~Schröder tritt auch die nächste Regierung mit einem SPD-Kanzler als erstes großes~~
96 ~~Politikprojekt mit einer Verschiebung der deutschen Politik in Richtung~~
97 ~~Militarisierung und Krieg auf die Bühne.~~

Begründung

Wir sollten uns in diesem Text nicht mehr mit der Politik konkurrierender Parteien auseinandersetzen, sondern unsere Positionen festlegen.

Antrag L03.09 1.2: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

Antragsteller*in:	BO Süd-West (KV Hannover)
--------------------------	---------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 91 - 97

91 ~~Diese „Zeitenwende“ wurde ohne gesellschaftliche Debatte verkündet. In ihren~~
92 ~~Wahlprogrammen hatten SPD und Grüne noch Abrüstung und mehr Geld für Entwicklung~~
93 ~~versprochen. Langjährige Kritik an Aufrüstung, dem Einsatz von Waffensystemen wie~~
94 ~~„Killerdrohnen“ wird von den Koalitionsparteien ignoriert. Nach 1998 unter Gerhard~~
95 ~~Schröder tritt auch die nächste Regierung mit einem SPD-Kanzler Dieser fundamentale, irrtümlich~~
~~als erstes großes~~
96 ~~Politikprojekt.~~ „Zeitenwende“ bezeichnete Kurswechsel wurde ohne gesellschaftliche Debatte
verkündet. In ihren Wahlprogrammen hatten SPD und Grüne noch Abrüstung und mehr Geld für
die Entwicklungszusammenarbeit versprochen. Ihre langjährige Kritik an Aufrüstung, dem Einsatz
von Waffensystemen wie „Killerdrohnen“ wird von den Koalitionsparteien nun über Bord
geworfen. Nach 1998 unter der rot-grünen Regierung Schröder/Fischer tritt auch die nächste
Regierung mit einem SPD-Kanzler und grünen Vizekanzler zu allererst mit einer Verschiebung der
deutschen Politik in Richtung
zu einer nachhaltig verstärkten Militarisierung und Kriegerweiterter Kriegsführungsfähigkeit

Deutschlands auf die Bühne(Welt-)Bühne.

Begründung

Aussagekraft verstärken und: Es handelt sich bei der vollzogenen GG-Änderung und den Haushaltsbeschlüssen am 3.6. 2022 nicht um ein "erstes Pilotprojekt", sondern um eine Hochrüstungsoffensive der Ampelkoalition. Das Pilotprojekt zu nennen, wäre eine Verharmlosung.

Antrag L03.092. 1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

Antragsteller*in:	Ökologische Plattform
--------------------------	-----------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 92

91 Diese „Zeitenwende“ wurde ohne gesellschaftliche Debatte verkündet. In ihren
92 Wahlprogrammen hatten SPD und GrüneBündnis 90 noch Abrüstung und mehr Geld für
Entwicklung
93 versprochen. Langjährige Kritik an Aufrüstung, dem Einsatz von Waffensystemen wie
94 „Killerdrohnen“ wird von den Koalitionsparteien ignoriert. Nach 1998 unter Gerhard
95 Schröder tritt auch die nächste Regierung mit einem SPD-Kanzler als erstes großes
96 Politikprojekt mit einer Verschiebung der deutschen Politik in Richtung
97 Militarisierung und Krieg auf die Bühne.

Begründung

Eine Stärkung der Waffenindustrie, Ölbohrungen im Watt, Abstandsregeln für Windkraftträder, Deals mit Katar, nicht einmal ein Tempolimit und grundsätzlich eine Politik, die das Pariser Abkommen brechen wird, entsprechen nicht dem, was grüne Politik ausmacht. Wir machen bei dem falschen Marketing nicht mehr mit. Greenwashing ganzer Parteien finden wir unmoralisch, unehrlich und vor allem verantwortungslos, wo wir so dringend echten Klimaschutz brauchen.

Antrag L03.093. 1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

Antragsteller*in:	Geraer Sozialistischer Dialog, BV Hamburg-Mitte, LAG FIP Hamburg
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 93

91 Diese „Zeitenwende“ wurde ohne gesellschaftliche Debatte verkündet. In ihren
92 Wahlprogrammen hatten SPD und Grüne noch Abrüstung und mehr Geld für Entwicklung
93 versprochen. Jetzt unterwerfen sie sich der CDU und FDP. Langjährige Kritik an Aufrüstung, dem
Einsatz von Waffensystemen wie
94 „Killerdrohnen“ wird von den Koalitionsparteien ignoriert. Nach 1998 unter Gerhard
95 Schröder tritt auch die nächste Regierung mit einem SPD-Kanzler als erstes großes
96 Politikprojekt mit einer Verschiebung der deutschen Politik in Richtung

Begründung

Konservative und Liberale sind die Scharfmacher, Opportunisten sind Möglichmacher.

Antrag L03.097.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

Antragsteller*in: LV Hessen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 97

91 Diese „Zeitenwende“ wurde ohne gesellschaftliche Debatte verkündet. In ihren
92 Wahlprogrammen hatten SPD und Grüne noch Abrüstung und mehr Geld für Entwicklung
93 versprochen. Langjährige Kritik an Aufrüstung, dem Einsatz von Waffensystemen wie
94 „Killerdrohnen“ wird von den Koalitionsparteien ignoriert. Nach 1998 unter Gerhard
95 Schröder tritt auch die nächste Regierung mit einem SPD-Kanzler als erstes großes
96 Politikprojekt mit einer Verschiebung der deutschen Politik in Richtung
97 Militarisierung und Krieg auf die Bühne. Damit wird eine militarisierte Politik Deutschlands festgeschrieben. Innenpolitisch werden finanzielle Mittel gebunden, die für Klima- und Sozialpolitik sowie den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur dringend gebraucht würden.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich

Antrag L03.098.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

Antragsteller*in: Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf), Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 101 - 104

98 Sogenannte „abschreckungsfähige Aufrüstung“ gaukelt Sicherheit vor statt sie zu
99 schaffen. Das NATO-Militärbudget umfasst 1,2 Billionen Dollar pro Jahr, also 60
100 Prozent der weltweiten (!) Militärausgaben. Die EU-Staaten geben viermal so viel für
101 Rüstung aus wie Russland (Militärbudget von 62 Milliarden Dollar). ~~Das genügt nicht, um Russland davon abzuhalten, NATO-Mitglieder anzugreifen? Dann schaffen auch 1,5 Billionen Dollar kein Mehr an Sicherheit. Frieden gibt es nur mit kontrollierter~~
102 ~~Abrüstung!~~
103 ~~Abrüstung!~~
104 ~~Abrüstung!~~

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag L03.99.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

Antragsteller*in:

BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 99 - 103

- 98 Sogenannte „abschreckungsfähige Aufrüstung“ gaukelt Sicherheit vor statt sie zu
99 schaffen. Das NATO-Militärbudget umfasst aktuell 1,2 Billionen Dollar pro Jahr, also 60
100 Prozent der weltweiten ~~(+)~~ Militärausgaben. ~~Die EU-Staaten geben viermal so viel für~~
101 ~~Rüstung aus wie Russland (Militärbudget von 62 Milliarden Dollar). Das genügt nicht,~~
102 ~~um Russland davon abzuhalten, NATO-Mitglieder anzugreifen? Dann schaffen~~Durch das
verabredete zwei-Prozentziel aller Nato-Mitgliedstaaten wird auch der Zusammenhang von Nato-
Mitgliedschaft und nationaler Haushaltspolitik und erweiterter Kriegsführungsfähigkeit deutlich
sichtbar. Deshalb bleibt es richtig, dass wir die (langfristige) Auflösung der Nato fordern. Die EU-
Staaten geben viermal so viel für Rüstung aus wie Russland (Militärbudget von 62 Milliarden
Dollar). Auch 1,5
103 ~~Billionen Dollar~~Billionen Dollar für die Hochrüstung von NATO und EU bewirken kein Mehr an
Sicherheit. Hochrüstung bedeutet Krieg. Welche Kriege wollen EU und NATO mit ihrem
Militärpotential wo führen? Einen sicheren Frieden gibt es nur in einem weltweiten System
kollektiver Sicherheit mit kontrollierter, nachhaltiger,
104 Abrüstung!

Begründung

Mit einer verstetigten Hochrüstung geht die gesteigerte Kriegsführungsfähigkeit einher, worüber sie auch offen sprechen. Sonst müssten die Nato-Staaten ja nicht aufrüsten.

Russland wird keine Nato-Mitglieder "konventionell" angreifen, wie jetzt die Ukraine, weil dies, erklärtermaßen, den sog. "Bündnisfall" der Nato und sofort zu einem weltweiten Atomkrieg eskalieren würde. Das bestimmt doch heute schon die Ängste von Millionen Menschen, nicht nur in unserem Land. Diese Gefahr der atomaren Eskalation und damit die Vermeidung, ist auch der heutigen russischen Führung klar.

Antrag L03.104.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

Antragsteller*in:

BV Tempelhof-Schöneberg, MdB Sahra Wagenknecht
(Nordrhein-Westfalen), Prof. Dr. Norman Paech, weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 104

- 98 Sogenannte „abschreckungsfähige Aufrüstung“ gaukelt Sicherheit vor statt sie zu
99 schaffen. Das NATO-Militärbudget umfasst 1,2 Billionen Dollar pro Jahr, also 60
100 Prozent der weltweiten (!) Militärausgaben. Die EU-Staaten geben viermal so viel für
101 Rüstung aus wie Russland (Militärbudget von 62 Milliarden Dollar). Das genügt nicht,
102 um Russland davon abzuhalten, NATO-Mitglieder anzugreifen? Dann schaffen auch 1,5
103 Billionen Dollar kein Mehr an Sicherheit. Frieden gibt es nur mit kontrollierter

104 Abrüstung! und nicht gegen Russland und China.

Begründung

Die Begründung erfolgt mündlich.

Antrag L03.104.2: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

Antragsteller*in: Hanna Wanke (Bayern · Nr. 230)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 104

98 Sogenannte „abschreckungsfähige Aufrüstung“ gaukelt Sicherheit vor statt sie zu
99 schaffen. Das NATO-Militärbudget umfasst 1,2 Billionen Dollar pro Jahr, also 60
100 Prozent der weltweiten (!) Militärausgaben. Die EU-Staaten geben viermal so viel für
101 Rüstung aus wie Russland (Militärbudget von 62 Milliarden Dollar). Das genügt nicht,
102 um Russland davon abzuhalten, NATO-Mitglieder anzugreifen? Dann schaffen auch 1,5
103 Billionen Dollar kein Mehr an Sicherheit. Frieden gibt es nur mit kontrollierter
104 Abrüstung! Folgerichtig fordern wir den Austritts Deutschlands aus der NATO und das sofortige
Ende der deutschen Beteiligung am weltweiten Wettrüsten.

Begründung

Unser Parteiprogramm fordert die Auflösung der NATO. Dazu kann es nur kommen, wenn einige Länder vorangehen, den Schritt wagen, aus diesem Kriegs Bündnis auszutreten. Als einzige linke und ernstzunehmende Friedenspartei im Deutschen Bundestag, sollten wir diese Forderung stellen. Nicht nur um den Kriegstreibern von Ampel, Union und AfD etwas entgegen zu stellen, sondern auch, weil wir als sozialistische und internationalistische Partei den Grundsatz einer friedlichen Politik und einer Politik der Völkerverständigung vertreten. Diesem Grundsatz steht die NATO nicht nur im Ukraine-Konflikt weiterhin diametral entgegen.

Antrag L03.105.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

Antragsteller*in: KV Soest

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 105

105 Die Bundeswehr ist nicht unterausgestattet, unterfinanziert, sondern kaputt reformiert! Milliarden
Euro wurden in den vergangenen
106 Jahren an Beraterverträge versenkt. Mit der von der Bundesregierung angekündigten
107 Aufrüstung hätte Deutschland nach den USA und China den drittgrößten Militäretat. Wir
108 wollen die Bundeswehr auf die Landesverteidigung beschränken, Auslandseinsätze
109 beenden und sie in keine neuen entsenden. Der Rüstungsetat muss sinken.

Begründung

Wenn Soldaten ihre Ausrüstung selber besorgen müssen, weil es die Bundeswehr nicht schafft, dann ist diese unterausgestattet. Oder wenn Panzer, Flieger oder Hubschrauber nicht fliegen können, weil Ersatzteile fehlen, dann ist diese unterausgestattet. Unsere Bundeswehr ist mit ihrem zentralen Beschaffungswesen und ihrer Ausrichtung auf Auslandseinsätze kaputt reformiert worden.

Antrag L03.105.2: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

Antragsteller*in: Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf), Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 105 - 109

105 Die Bundeswehr ist finanziell nicht unterausgestattet! Milliarden Euro wurden in den vergangenen
106 Jahren ~~an~~ durch völlig unnütze Beraterverträge ~~versenkt~~ und ein ineffizientes Beschaffungswesen
vergeudet. Mit der von der Bundesregierung angekündigten
107 Aufrüstung hätte Deutschland nach den USA und China den drittgrößten Militäretat. Wir
108 wollen die Bundeswehr vor allem auf die Landesverteidigung beschränken; und Auslandseinsätze
109 ~~beenden und sie in keine neuen entsenden~~ deutlich reduzieren. Der Rüstungsetat muss sinken.

Begründung

Geld wird bei der Bundeswehr vor allem durch ein ineffizientes Beschaffungswesen verschwendet. Die Bundeswehr rein auf die Landesverteidigung zu beschränken, ist auch vor dem Hintergrund, dass wir die NATO durch ein kollektives Sicherheitssystem ersetzen wollen, nicht ernsthaft realisierbar. Die Beendigung ALLER Auslandseinsätze der Bundeswehr kann in ein ähnliches kommunikatives Desaster wie bei der Afghanistan-Abstimmung führen.

Antrag L03.105.3: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

Antragsteller*in: BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 105 - 109

105 ~~Die Bundeswehr ist nicht unterausgestattet~~ Die Bundeswehr war nie "unterausgestattet" und
unterfinanziert! Milliarden Euro wurden in den vergangenen
106 ~~Jahren an Beraterverträge versenkt. Mit der von der Bundesregierung angekündigten~~
107 ~~Aufrüstung hätte Deutschland nach den USA und China den drittgrößten Militäretat. Wir~~
108 ~~wollen die Bundeswehr auf die Landesverteidigung beschränken, Auslandseinsätze~~
109 ~~beenden und sie in keine neuen entsenden.~~ Jahrzehnten an sogenannte Beraterfirmen und die
Rüstungskonzerne verschenkt, weil z.B. sämtliche Rüstungsprojekte expotentielle
Preissteigerungen zur Folge hatten und haben. Bekannt ist den gleiche Akteuren*innen in der
neuen Bundesregierung, dass für öffentlichen Auftragsvergaben, und das sind Rüstungsaufträge,
schon seit jeher ein Automatismus an Preissteigerung zugebilligt wird. Der ~~Rüstungsetat muss~~
~~sinken~~ deutsche "Verteidigungshaushalt" war und ist ein Selbstbedienungsladen für die deutsche
und internationale Rüstungsindustrie. Dies zeigt sich auch an den explodieren Aktienkursen und

den knallenden Sektkorken der Internationale der Rüstungslobby als Spekulation auf die weiterhin "rosige" Zukunft für sie. Mit der von der Bundesregierung jüngst beschlossenen Aufrüstung hat Deutschland nach den USA und China sofort den drittgrößten Militäretat in der Welt. Wir wollen die Bundeswehr auf die Landesverteidigung beschränken, Auslandseinsätze beenden und sie in keine neuen entsenden. Die Senkung des Rüstungsetats ist eine wesentliche Voraussetzung für wirksame und nachhaltige Abrüstung.

Begründung

Der Textvorschlag spricht für sich selbst und passt so in den Leitantrag.

Antrag L03.107.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

Antragsteller*in:	KV Düsseldorf
--------------------------	---------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 107

- 105 Die Bundeswehr ist nicht unterausgestattet! Milliarden Euro wurden in den vergangenen
106 Jahren an Beraterverträge versenkt. Mit der von der Bundesregierung angekündigten
107 Aufrüstung hätte Deutschland nach den USA und China den drittgrößten Militäretat. Hier geht es nicht um die Verteidigung, sondern um Absicherung von deutschen imperialistischen Interessen. Deutschland und die anderen EU-Staaten nutzen die Verunsicherung der Bevölkerung angesichts der russischen Aggression, um eine ungeheure Aufrüstung durchzusetzen. Um einen nachhaltigen Frieden zu schaffen, gibt es aber keine Alternative zur Abrüstung. Aufrüstung hingegen erhöht die Kriegswahrscheinlichkeit. Wir
108 wollen die Bundeswehr auf die Landesverteidigung beschränken, Auslandseinsätze
109 beenden und sie in keine neuen entsenden. Der Rüstungsetat muss sinken.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag L03.108.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

Antragsteller*in:	KV Düsseldorf
--------------------------	---------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 108

- 105 Die Bundeswehr ist nicht unterausgestattet! Milliarden Euro wurden in den vergangenen
106 Jahren an Beraterverträge versenkt. Mit der von der Bundesregierung angekündigten
107 Aufrüstung hätte Deutschland nach den USA und China den drittgrößten Militäretat. Wir
108 wollen die Bundeswehr zuerst auf die Landesverteidigung beschränken, Auslandseinsätze
109 beenden und sie in keine neuen entsenden. Der Rüstungsetat muss sinken.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag L03.109.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

Antragsteller*in: KV Soest

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 109

105 Die Bundeswehr ist nicht unterausgestattet! Milliarden Euro wurden in den vergangenen
106 Jahren an Beraterverträge versenkt. Mit der von der Bundesregierung angekündigten
107 Aufrüstung hätte Deutschland nach den USA und China den drittgrößten Militäretat. Wir
108 wollen die Bundeswehr auf die Landesverteidigung beschränken, Auslandseinsätze
109 beenden und sie in keine neuen entsenden. Der Rüstungsetat muss langfristig sinken und effizienter genutzt werden.

Begründung

Eine Bundeswehr, welche ihre Aufgabe der Landesverteidigung wahrnehmen möchte, muss erst einmal umgestaltet werden. Das kostet Geld und deshalb ist aktuell von einer schnellen Senkung abzusehen. Deshalb muss erst einmal der vorhandene Etat effektiver genutzt werden und dann verkleinert.

Antrag L03.109.2: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

Antragsteller*in: Geraer Sozialistischer Dialog, BV Hamburg-Mitte, LAG FIP Hamburg

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 109

105 Die Bundeswehr ist nicht unterausgestattet! Milliarden Euro wurden in den vergangenen
106 Jahren an Beraterverträge versenkt. Mit der von der Bundesregierung angekündigten
107 Aufrüstung hätte Deutschland nach den USA und China den drittgrößten Militäretat. Wir
108 wollen die Bundeswehr auf die Landesverteidigung beschränken, Auslandseinsätze
109 beenden und sie in keine neuen entsenden. Die Bundeswehr muss schrittweise abgerüstet werden bis hin zu ihrer Auflösung. Der Rüstungsetat muss ~~sinken~~ radikal gekürzt und zu Gunsten sozialer Politik ebenso aufgelöst werden.

Begründung

Bundeswehr und Militarismus schaffen keine Sicherheit, sie schaden der Wohlfahrt aller.
„DIE LINKE verfolgt langfristig das Ziel eines Deutschlands, eines Europas ohne Armeen, einer Welt ohne Kriege. Das Grundgesetz verbietet die Vorbereitung von und Teilhabe an Angriffskriegen. Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen – diesem Gebot muss wieder Geltung verschafft werden.“ (Erfurter Programm)

Antrag L03.110.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

Antragsteller*in: BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 110 - 114

- 110 ~~Die politische~~ Für DIE LINKE gibt es keine Alternative ~~besteht darin: investieren wir in Aufrüstung-~~
~~oder in-~~
- 111 ~~Klimaschutz,~~ in Klimaschutz, in benutzbare Schulen und Kitas, in ~~den Ausbau nachhaltiger~~ Pflege-
~~und den sozialgerechten, bezahlbare (Sozial-)Wohnungen, den sozial gerechten~~ Umbau von
- 112 Wirtschaft und ~~Gesellschaft? Unsere Antwort ist klar: Wir wollen den Klimawandel-~~
113 ~~bekämpfen und soziale Gerechtigkeit schaffen, statt in den Tod-~~ Gesellschaft sowie in den Erhalt
der zivilen Infrastruktur und damit der Schaffung von nützlichen und sicheren Arbeitsplätzen zu
investieren. ~~DIE~~
Weil wir zusammen mit anderen gesellschaftlichen Kräften den Klimawandel wirksam bekämpfen
und soziale Gerechtigkeit schaffen wollen und nicht in den Tod und Verderben durch Militär und
Krieg. DIE LINKE ist Teil der gesellschaftlichen Bewegung gegen die neue Aufrüstung-
Hochrüstung, für Frieden und Abrüstung und einen nachhaltigen Klimaschutz

Begründung

mündlich und :

Wir müssen in unserem LT 03 nicht die Hochrüstung bzw. eine weitere Militarisierung, auch nicht rethorisch oder "aufklärerisch", als "Alternative" beschreiben, wenn wir sie doch längst infrage stellen. Es gibt keine "erneute" Aufrüstung, sondern eine gesteigerte Hochrüstung. "Aufrüstung" findet permanent sowohl durch steigende Militärhaushalte, Wirtschaftswachstum und insbesondere technologisch statt, WENN dies eine starke Friedensbewegung unter Einschluss unserer Partei, den DGB-Gewerkschaften und den Sozialverbänden nicht aufhält.

Antrag L03.115.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

Antragsteller*in: BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 115 - 117

- 115 In den vergangenen Jahr~~zehnten~~ sind Abrüstungsverträge insbesondere und zuerst von den USA
gekündigt oder gar nicht erst
- 116 unterzeichnet worden - ein schweres Versäumnis. Die Atomwaffenmächte kommen ihrer
- 117 Abrüstungsverpflichtung aus dem Nichtverbreitungsvertrag nicht mehr nach.

Begründung

mündlich

Antrag L03.118.1: Änderungsantrag zu L03-02

Antragsteller*in: BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 118 - 120

- 118 • Die UN-Vollversammlung hat mit großer Mehrheit für einen Atomwaffenverbotsvertrag (AVV)
119 gestimmt,
120 der Anfang 2021 in Kraft getreten ist. Mit der Unterzeichnung könnte die Bundesregierung eine positive politische "Führungsrolle" in Europa übernehmen, anstatt für weitere Hochrüstung. Wir fordern die Bundesregierung auf, den Vertrag jetzt endlich zu unterzeichnen.

Begründung

"jetzt endlich" erklärt sich aus dem zeitlichen Zusammenhang seit 2021.

Antrag L03.120.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

Antragsteller*in: KV Marburg-Biedenkopf

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 120

- 118 • Die UN-Vollversammlung hat für einen Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) gestimmt,
119 der Anfang 2021 in Kraft getreten ist. Wir fordern die Bundesregierung auf, den
120 Vertrag zu unterzeichnen sowie alle Atomwaffen aus Deutschland abzuziehen.

Antrag L03.121.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

Antragsteller*in: BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 121 - 122

- 121 • ~~Deutschland soll~~ Die Bundesregierung muss sich für ~~eine Wiederauflage des Vertrags zur~~
122 ~~Ächtung von-~~ Mittelstreckenraketen einen neuen Vertrag über die Abrüstung und Vernichtung von Mittel- und Kurzstreckenraketen sowie die Abschaffung von dagegen bestehenden und vorgesehenen Raketenabwehrsystemen in ganz Europa zwischen den USA, Frankreich, Großbritannien, der NATO und Russland und seinen Verbündeten einsetzen. DIE LINKE fordert sie dazu auf und unterstützt die Friedensbewegung bei einer möglichen Kampagne für dieses Ziel.

Begründung

"Ächtung" (?) würde nicht reichen; es bestand auch nie ein solcher Vertrag zwischen Russland und den USA. Zwischen der Sowjetunion und den USA wurde am 8. Dezember 1987 ein Vertrag über den Abbau und die Liquidierung ihrer Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite in Europa geschlossen, der von den USA unter der Regierung Trump ca. 2018/19 aufgekündigt wurde. Dadurch ist die Atomkriegsgefahr in Europa nach dem Ende dieser sehr konkreten Bedrohung bis 1989 erneut rasant angestiegen. Allerdings dürfen dabei die atomaren Kurz- und Mittelstreckenraketen Frankreichs und Großbritanniens nicht mehr ausgelassen werden.

Nur die Abschaffung und überprüfbare Vernichtung dieser Atomwaffen und von den dagegen gerichteten Raketenabwehrsystemen vermindert die Atomkriegsgefahr in ganz Europa und darüber hinaus.

Antrag L03.124.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

Antragsteller*in: BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 124

- 123 • Die geplante Anschaffung von F35-Bombern ist nicht nur unverantwortlich teuer,
124 sondern dient auch der sogeannten „nuklearen Teilhabe“ Deutschlands im Rahmen der NATO. Dadurch wird die Atomkriegsgefahr ebenfalls weiter erhöht. Die "nukleare Teilhabe" muss beendet werden, bevor die neuen F35-Atombomber gekauft werden. Die dafür vorgesehenen US-Atomsprengeköpfe müssen aus Deutschland abgezogen werden, spätestens im Rahmen eines Abrüstungsvertrages über Kurz- und Mittelstreckenwaffen. DIE LINKE fordert die Bundesregierung dazu auf und unterstützt die Kampagnen gegen die sog. "nukleare Teilhabe", also den möglichen Atomwaffeneinsatz durch die Bundeswehr in Europa.

Begründung

mündlich

Antrag L03.125.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

Antragsteller*in: BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 125 - 127

- 125 • ~~Dies ist brandgefährlich~~ Alles, was jetzt den Weg der erneuten Hochrüstung vorantreibt, ist
126 eskalierend und hat mit Landesverteidigung nichts zu tun. ~~Die-~~
127 ~~"nukleare Teilhabe"~~ Im Angesicht des "nur" k o n v e n t i o n e l l e n Krieges Russlands gegen die und in der Ukraine, den für alle klar erkennbaren unverstellbaren Schäden in der gesamten Infrastruktur der Ukraine und dem nicht enden wollenden menschlichen Leid durch Tod, Verletzung, Flucht und Vertreibung ist es jetzt ebenso notwendig, Verträge über konventionelle Rüstungskontrolle und Abrüstung von der Bundesregierung zu fordern. Zugleich muss
~~ausgesetzt, die US-amerikanischen Atomsprengeköpfe-~~
~~müssen aus Deutschland abgezogen~~ der OSZE in ihrer Bedeutung im Kontext

vertrauensbildender Maßnahmen wieder ein wirksamer Stellenwert gegeben werden. Ein erster Schritt bei uns wäre die sofortige Beendigung der Verladung und Durchleitung von Waffensystemen aller Art durch Deutschland in die Ukraine. Immer mehr Waffen verlängern den Krieg, eskalieren ihn weiter und tragen weder zu seinem schnellen Ende noch zur Beendigung von Kampfhandlungen, Kriegsverbrechen und Grausamkeiten bei.

Begründung

mündlich und:

Nur mit der Forderung an die Bunderegierung, sich (wieder) für Abrüstungsverhandlungen über konventionelle Waffen einzusetzen, geben wir der Forderung nach Abrüstung mehr Fundament.

Antrag L03.125.2: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

Antragsteller*in:	BV Treptow-Köpenick, Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 127

- 125 • Dies ist brandgefährlich und hat mit Landesverteidigung nichts zu tun. Die
126 "nukleare Teilhabe" muss ausgesetzt, die US-amerikanischen Atomsprengköpfe
127 müssen aus Deutschland abgezogen werden. Verhandlungen zwischen NATO und Russland über die Eliminierung taktischer Atomwaffen vom Atlantik bis zum Ural sind dringend geboten.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag L03.126.1: Änderungsantrag zu L03-02

Änderungsantrag zu L03-02

Antragsteller*in:	LV Rheinland-Pfalz
--------------------------	--------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 126

- 125 • Dies ist brandgefährlich und hat mit Landesverteidigung nichts zu tun. Die
126 "nukleare Teilhabe" muss ~~ausgesetzt~~beendet, die US-amerikanischen Atomsprengköpfe
127 müssen aus Deutschland abgezogen werden.

Begründung

Begründung erfolgt gegebenenfalls mündlich

Antrag L03.129.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in:

Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf), Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 129 - 134

- 129 In der medialen Debatte wird der Krieg oft als ~~Konflikt zwischen autoritären und~~
130 ~~demokratischen Systemen und als~~ „Rückkehr des Krieges nach Europa“ dargestellt.
131 Dieses Bild ist falsch. ~~DIE LINKE misst nicht mit zweierlei Maß, das bedeutet auch:~~
132 ~~Wir vergessen nicht, dass vor~~Vor etwa 30 Jahren ~~mit den Jugoslawienkriegen~~wurden in
Jugoslawien Kriege ausgetragen, vor 20
133 ~~Jahren mit dem „Kosovo Krieg“~~Jahren im „Kosovo“, vor acht Jahren ~~mit der Annexion der Krim das~~
134 ~~Völkerrecht gebrochen~~ wurde militärisch die Krim abgespalten.

Begründung

Für uns hat der Krieg AUCH die Dimension eines Konfliktes zwischen autokratischen und demokratischen Systemen. Es ist offensichtlich, dass Russland in zahlreichen Staaten autokratische und diktatorische Regierungen unterstützt.

Antrag L03.132.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in:

BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 132 - 133

- 129 In der medialen Debatte wird der Krieg oft als Konflikt zwischen autoritären und
130 demokratischen Systemen und als „Rückkehr des Krieges nach Europa“ dargestellt.
131 Dieses Bild ist falsch. DIE LINKE misst nicht mit zweierlei Maß, das bedeutet auch:
132 Wir vergessen nicht, dass vor etwa 30 Jahren mit den ~~Jugoslawienkriegen, vor 20-~~
133 ~~Jahren mit dem „Kosovo Krieg“~~, auch von der damaligen deutschen Bundesregierung ausgelöst
Bürgerkriegen im Jugoslawien, 1999 mit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Nato gegen
die Republik Serbien, im Jahr 2001 mit dem Überfall der USA-geführten Nato-Koalition auf den
Staat Afghanistan, 2003 mit dem Angriffskrieg der USA und weiterer Staaten auf den irakischen
Staat oder vor acht Jahren mit der Annexion der Krim ~~das~~als Teil der Ukraine das
134 Völkerrecht gebrochen wurde.

Begründung

mündlich

Antrag L03.133.1: Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in:

LV Rheinland-Pfalz

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 133

129 In der medialen Debatte wird der Krieg oft als Konflikt zwischen autoritären und
130 demokratischen Systemen und als „Rückkehr des Krieges nach Europa“ dargestellt.
131 Dieses Bild ist falsch. DIE LINKE misst nicht mit zweierlei Maß, das bedeutet auch:
132 Wir vergessen nicht, dass vor etwa 30 Jahren mit den Jugoslawienkriegen, vor 20
133 Jahren mit dem ~~„Kosovo-Krieg“~~ Angriffskrieg der NATO unter deutscher Beteiligung gegen
Jugoslawien, vor acht Jahren mit der Annexion der Krim das
134 Völkerrecht gebrochen wurde.

Zeile 136

135 Die NATO kann nicht für sich beanspruchen „die Demokratie“ zu vertreten. Sie ist ein
136 Militärbündnis, das - wie deutlich am Mitgliedstaat Türkei und seinem völkerrechtswidrigen
Angriffskrieg gegen kurdische Kämpfer in Nordirak und Nordsyrien zu sehen ist - (geo-
137)strategische Fragen höher wertet als demokratische Werte. Nach dem Ende des Kalten
138 Krieges haben sich die westlichen Staaten mit ihrer überwältigenden wirtschaftlichen
139 und militärischen Macht und der NATO vielfach (siehe Kosovo- oder Irakkrieg) über
140 Institutionen wie die UN und das Völkerrecht hinweggesetzt. Das stand im Fokus LINKER
141 Kritik. Dabei wurden imperiale Kriege jenseits der NATO zu wenig beachtet, wie etwa
142 die militärischen Interventionen von Russland in Tschetschenien und Syrien. Die USA
143 und ihre Verbündeten auf der einen, China und Russland auf der anderen Seite haben
144 den Sicherheitsrat und die Vereinten Nationen in den vergangenen Jahren blockiert und
145 die UN in Konfliktlagen weitestgehend handlungsunfähig gemacht.

Zeile 157 - 160

156 „Vor vierzig Jahren, mitten im Kalten Krieg (zielte) der sogenannte „Palme-Bericht“
157 ~~(...)~~(...) darauf ab, durch das entspannungspolitische Konzept der gemeinsamen Sicherheit
zur Überwindung des Ost-West-Konflikts beizutragen ~~(...)~~(...): Der Frieden in der Welt muss
sich auf ein Engagement für das gemeinsame Überleben statt auf die Drohung durch
~~gegenseitige Auslösung~~ Gründen gegenseitige Auslöschung gründen. Angesichts der drohenden
Ausweitung des bewaffneten
161 Konflikts in der Ukraine sehen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften die
internationale Staatengemeinschaft in der Verantwortung, sich zu besinnen: Niemand
ist wirklich sicher, bevor es nicht alle sind. Militärische Machtdemonstrationen und
die gegenseitige Androhung und Anwendung bewaffneter Gewalt münden in Tod und Elend.
Was wir brauchen ist ein neues Verständnis von Sicherheit. Wir können die globalen
Probleme von heute nur gemeinsam lösen. Dafür braucht es eine Politik der
gesamteuropäischen Kooperation. Krieg ist keine Lösung!“

Zeile 205

202 Aktive Friedenspolitik im 21. Jahrhundert verlangt die aktive Bekämpfung des
203 Klimawandels. Wir wollen eine Alternative zum fossilen Kapitalismus als
204 gesamteuropäische Entwicklungsperspektive: globale Investitionen in Energiewende und
205 einen gerechten sozial-~~ökologischer~~ ökologischen Umbau statt Wettrüsten und Rückschritte zu
206 fossiler Energie. EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen hat fossile und atomare

207 Energie als nachhaltig eingestuft. Das ist Greenwashing statt Energiewende. Wir
208 fordern ein groß angelegtes Investitionsprogramm, um in ganz Europa Erneuerbare
209 Energien zu fördern.

Begründung

Begründung erfolgt gegebenenfalls mündlich

Antrag L03.135.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in:	Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf), Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 135

135 Im weltweiten Konflikt zwischen Autoritarismus und Demokratie stehen wir klar auf Seiten der Demokratie. Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte sind politische Errungenschaften, die auch von Generationen von Linken und Antifaschist*innen hart erkämpft wurden. Für Autokraten darf es kein Verständnis, keine Relativierung geben. Demokratische Institutionen verbessern die Ausgangsbedingungen für Veränderung und stellen praktische Ansatzpunkte für weiteren Fortschritt und Emanzipation dar. Wir verteidigen sie gegen autoritäre Tendenzen im Inneren wie gegen ihre Bedrohung von außen durch einen autoritären Kapitalismus a la Putin. Für Demokratieverachtung und die Verharmlosung von Diktaturen ist in unseren Reihen kein Platz. Wir wollen die Demokratie ausweiten und über ihre sozialen Beschränkungen im Neoliberalismus hinausgehen, nicht dahinter zurück.

136 Die NATO kann nicht für sich beanspruchen „die Demokratie“ zu vertreten. Sie ist ein
136 Militärbündnis, das - wie deutlich am Mitgliedstaat Türkei zu sehen ist - (geo-
137)strategische Fragen höher wertet als demokratische Werte. Nach dem Ende des Kalten
138 Krieges haben sich die westlichen Staaten mit ihrer überwältigenden wirtschaftlichen
139 und militärischen Macht und der NATO vielfach (siehe Kosovo- oder Irakkrieg) über
140 Institutionen wie die UN und das Völkerrecht hinweggesetzt. Das stand im Fokus LINKER
141 Kritik. Dabei wurden imperiale Kriege jenseits der NATO zu wenig beachtet, wie etwa
142 die militärischen Interventionen von Russland in Tschetschenien und Syrien. Die USA
143 und ihre Verbündeten auf der einen, China und Russland auf der anderen Seite haben
144 den Sicherheitsrat und die Vereinten Nationen in den vergangenen Jahren blockiert und
145 die UN in Konfliktlagen weitestgehend handlungsunfähig gemacht.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag L03.135.2: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in:	KV Soest
--------------------------	----------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 135 - 137

135 ~~Die NATO kann nicht für sich beanspruchen „die Demokratie“ zu vertreten~~Die NATO darf nicht mit
136 einem demokratischen Bündnis verwechselt werden. Sie ist und bleibt ein
137 ~~Militärbündnis, das – wie deutlich am Mitgliedstaat Türkei zu sehen ist – in dem~~ (geo-
138)strategische ~~Fragen höher wertet als~~Belange Gewicht haben und nicht demokratische Werte.
139 Dies sieht man aktuell deutlich am Mitgliedstaat Türkei. Nach dem Ende des Kalten
140 Krieges haben sich die westlichen Staaten mit ihrer überwältigenden wirtschaftlichen
141 und militärischen Macht und der NATO vielfach (siehe Kosovo- oder Irakkrieg) über
142 Institutionen wie die UN und das Völkerrecht hinweggesetzt. Das stand im Fokus LINKER
143 Kritik. Dabei wurden imperiale Kriege jenseits der NATO zu wenig beachtet, wie etwa
144 die militärischen Interventionen von Russland in Tschetschenien und Syrien. Die USA
145 und ihre Verbündeten auf der einen, China und Russland auf der anderen Seite haben
den Sicherheitsrat und die Vereinten Nationen in den vergangenen Jahren blockiert und
die UN in Konfliktlagen weitestgehend handlungsunfähig gemacht.

Antrag L03.135.3: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in:	BV Treptow-Köpenick, Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 137 - 141

135 Die NATO kann nicht für sich beanspruchen „die Demokratie“ zu vertreten. Sie ist ein
136 Militärbündnis, das - wie deutlich am Mitgliedstaat Türkei zu sehen ist - (geo-
137)~~strategische~~strategischen Fragen ~~höher wertet als demokratische Werte~~Priorität eingeräumt wird.
138 Nach dem Ende des Kalten
139 Krieges haben sich die westlichen Staaten mit ihrer überwältigenden wirtschaftlichen
140 und militärischen Macht und der NATO vielfach (siehe Kosovo- oder Irakkrieg) über
141 Institutionen wie die UN und das Völkerrecht hinweggesetzt. Das stand im Fokus LINKER
142 Kritik. Dabei wurden andere imperiale Kriege ~~jenseits der NATO~~ zu wenig beachtet, wie etwa
143 die militärischen Interventionen von Russland in Tschetschenien und Syrien. Die USA
144 und ihre Verbündeten auf der einen, China und Russland auf der anderen Seite haben
145 den Sicherheitsrat und die Vereinten Nationen in den vergangenen Jahren blockiert und
die UN in Konfliktlagen weitestgehend handlungsunfähig gemacht.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag L03.136.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in:	BV Tempelhof-Schöneberg, MdB Sahra Wagenknecht (Nordrhein-Westfalen), Prof. Dr. Norman Paech, weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 136

135 Die NATO kann nicht für sich beanspruchen „die Demokratie“ zu vertreten. Sie ist ein
136 Militärbündnis, das - wie deutlich am Mitgliedstaat Türkei, vor allem aber an den USA zu sehen ist
- (geo-
137)strategische Fragen höher wertet als demokratische Werte. Nach dem Ende des Kalten
138 Krieges haben sich die westlichen Staaten mit ihrer überwältigenden wirtschaftlichen
139 und militärischen Macht und der NATO vielfach (siehe Kosovo- oder Irakkrieg) über
140 Institutionen wie die UN und das Völkerrecht hinweggesetzt. Das stand im Fokus LINKER
141 Kritik. Dabei wurden imperiale Kriege jenseits der NATO zu wenig beachtet, wie etwa
142 die militärischen Interventionen von Russland in Tschetschenien und Syrien. Die USA
143 und ihre Verbündeten auf der einen, China und Russland auf der anderen Seite haben
144 den Sicherheitsrat und die Vereinten Nationen in den vergangenen Jahren blockiert und
145 die UN in Konfliktlagen weitestgehend handlungsunfähig gemacht.

Begründung

Die Begründung erfolgt mündlich.

Antrag L03.136.2: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in:	LV Hessen
-------------------	-----------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 136 - 142

135 Die NATO kann nicht für sich beanspruchen „die Demokratie“ zu vertreten. Sie ist ein
136 ~~Militärbündnis~~Kriegsbündnis, das - wie deutlich ~~am Mitgliedstaat~~an den Mitgliedsstaaten USA und
Türkei zu sehen ist - (geo-
137)strategische Fragen höher wertet als demokratische Werte. Nach dem Ende des Kalten
138 Krieges haben sich die westlichen Staaten mit ihrer überwältigenden wirtschaftlichen
139 und militärischen Macht und der NATO vielfach (siehe Kosovo- oder Irakkrieg) über
140 Institutionen wie die UN und das Völkerrecht hinweggesetzt. ~~Das stand~~Als Teil der deutschen
Friedensbewegung steht dies im Fokus LINKER
141 Kritik. Dabei ~~wurden~~beachten wir auch imperiale Kriege jenseits der NATO ~~zu wenig beachtet, wie~~
~~etwa~~
142 ~~die militärischen Interventionen von Russland in Tschetschenien und Syrien. Die USA. Die USA~~
143 und ihre Verbündeten auf der einen, China und Russland auf der anderen Seite haben
144 den Sicherheitsrat und die Vereinten Nationen in den vergangenen Jahren blockiert und
145 die UN in Konfliktlagen weitestgehend handlungsunfähig gemacht.

Zeile 185

- 185 • ~~Waffenlieferungen lehnen wir ab, insbesondere in Krisen- und Kriegsgebiete.~~ Wir
186 wollen zivile Konfliktbearbeitung ausbauen. Die für den zivilen Friedensdienst
187 zur Verfügung gestellten Mittel müssen systematisch erhöht werden. International
188 bereits bewährte Instrumente, wie unbewaffnetes ziviles Peacekeeping, müssen im
189 Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit stärker gefördert werden. Die Milliarden,
190 die bisher für Kriege ausgegeben werden, wollen wir für Hilfe bei der
191 Bewältigung internationaler Krisen und Katastrophen einsetzen. Ein wirksamer
192 Katastrophenschutz benötigt ausgebildete Helfer*innen, kein Militär, sondern

193 Ärzt*innen, Techniker*innen oder Wissenschaftler*innen.

Zeile 242 - 244

238 Eine neue Friedensordnung wird nur entstehen, wenn eine weltweite Bewegung für
239 Frieden von unten Druck auf die jeweiligen Regierungen macht. DIE LINKE und die
240 Europäische Linke (EL) sind Teil dieser Bewegungen. Wir treten für ein Europa ein,
241 dass nicht die Rüstungsspirale und Militarismus befeuert. Wir stehen auf der Seite
242 der Demokratie- und Friedensbewegungen überall. Menschenrechte sind unteilbar. ~~Link~~Die
243 Solidarität der LINKEN bezieht sich ~~nicht auf Staaten, sondern~~ auf soziale
244 ~~Bewegungen und~~ Bewegungen, auf Klassen und progressive Parteien sowie linke Regierungen
weltweit. Wir setzen auf gesellschaftliche Mobilisierung, eine aktive
245 Zivilgesellschaft weltweit und auf eine globale Klassenpolitik für eine gerechte und
246 friedliche Welt.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

Antrag L03.137.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in:	Geraer Sozialistischer Dialog, BV Hamburg-Mitte, LAG FIP Hamburg
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 137

135 Die NATO kann nicht für sich beanspruchen „die Demokratie“ zu vertreten. Sie ist ein
136 Militärbündnis, das - wie deutlich am Mitgliedstaat Türkei zu sehen ist - (geo-
137)strategische Fragen höher wertet als demokratische Werte. Daher halten wir fest an unserem Ziel
der Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter
Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat. Nach dem Ende des Kalten
138 Krieges haben sich die westlichen Staaten mit ihrer überwältigenden wirtschaftlichen
139 und militärischen Macht und der NATO vielfach (siehe Kosovo- oder Irakkrieg) über
140 Institutionen wie die UN und das Völkerrecht hinweggesetzt. Das stand im Fokus LINKER
141 Kritik. Dabei wurden imperiale Kriege jenseits der NATO zu wenig beachtet, wie etwa
142 die militärischen Interventionen von Russland in Tschetschenien und Syrien. Die USA
143 und ihre Verbündeten auf der einen, China und Russland auf der anderen Seite haben
144 den Sicherheitsrat und die Vereinten Nationen in den vergangenen Jahren blockiert und
145 die UN in Konfliktlagen weitestgehend handlungsunfähig gemacht.

Begründung

Der Krieg in der Ukraine, die NATO-Politik und die Aktualität des Erfurter Programms.

Antrag L03.139.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in:	BO Süd-West (KV Hannover)
--------------------------	---------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 139 - 144

135 Die NATO kann nicht für sich beanspruchen „die Demokratie“ zu vertreten. Sie ist ein
136 Militärbündnis, das - wie deutlich am Mitgliedstaat Türkei zu sehen ist - (geo-
137)strategische Fragen höher wertet als demokratische Werte. Nach dem Ende des Kalten
138 Krieges haben sich die westlichen Staaten mit ihrer überwältigenden wirtschaftlichen
139 und militärischen Macht und der NATO vielfach (siehe KosovoKrieg gegen Serbien/Kosovo- oder
Irakkrieg) über
140 Institutionen wie die UN und das Völkerrecht hinweggesetzt. Das stand im Fokus LINKER
141 Kritik. Dabei wurden ~~imperiale~~-Kriege jenseits der NATO zu wenig beachtet, wie ~~etwa-~~
142 ~~die militärischen Interventionen von Russland z.B. der innerstaatliche Krieg Russlands in~~
Tschetschenien ~~und. In~~ Syrien führten und führen alle interessierten Gross- und Mittelmächte
weiterhin Krieg. Die USA
143 und ihre Verbündeten auf der einen, China und Russland auf der anderen Seite haben
144 den Sicherheitsrat und die Vereinten Nationen in den vergangenen Jahren je nach Interessenlage
blockiert und
145 die UN in Konfliktlagen weitestgehend handlungsunfähig gemacht.

Begründung

mit den Veränderungen und Ergänzungen im Antragstext ist alles erklärt.

Antrag L03.140.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in:	KV Düsseldorf
-------------------	---------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 140 - 145

135 Die NATO kann nicht für sich beanspruchen „die Demokratie“ zu vertreten. Sie ist ein
136 Militärbündnis, das - wie deutlich am Mitgliedstaat Türkei zu sehen ist - (geo-
137)strategische Fragen höher wertet als demokratische Werte. Nach dem Ende des Kalten
138 Krieges haben sich die westlichen Staaten mit ihrer überwältigenden wirtschaftlichen
139 und militärischen Macht und der NATO vielfach (siehe Kosovo- oder Irakkrieg) über
140 Institutionen wie die UN und das Völkerrecht hinweggesetzt. ~~Das stand im Fokus LINKER-~~
141 ~~Kritik. Dabei wurden imperiale Kriege jenseits der NATO zu wenig beachtet, wie etwa-~~
142 ~~die militärischen Interventionen von Russland in Tschetschenien und Syrien. Die USA-~~
143 ~~und ihre Verbündeten auf der einen, China und Russland auf der anderen Seite haben~~
144 ~~den Sicherheitsrat und die Vereinten Nationen in den vergangenen Jahren blockiert und~~
145 ~~die UN in Konfliktlagen weitestgehend handlungsunfähig gemacht.~~

Zeile 146 - 150

146 ~~Insbesondere in den osteuropäischen Staaten ist der Wunsch nach einer Mitgliedschaft-~~
147 ~~in der NATO durch den russischen Angriffskrieg gewachsen, der Krieg hat so der NATO-~~
148 ~~vermeintlich neue Legitimation verliehen. Allerdings sind die Versuche der NATO, eine-~~
149 ~~„neue Weltordnung“ zu installieren, vielfach gescheitert, oft mit katastrophalen-~~
150 ~~Folgen.~~ Letztlich hat die geopolitische Ausrichtung der NATO das Denken in
151 geopolitischen Einflusszonen und ein Wettrüsten insbesondere zwischen der NATO,

152 Russland und China befördert. Diese Spirale der weltweiten Hochrüstung und des
153 Einsatzes von Krieg als Mittel der Durchsetzung hegemonialer Interessen ist
154 brandgefährlich. Der DGB hat zu Recht daran erinnert, dass Abrüstung und
155 Entspannungspolitik gerade in Zeiten der Konfrontation überlebenswichtig sind:

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag L03.146.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in:	KV Soest
--------------------------	----------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 146 - 152

146 ~~Insbesondere in den~~Nicht nur in den nord- und osteuropäischen Staaten ist der berechtigte
Wunsch nach ~~einer Mitgliedschaft~~
147 ~~in der NATO durch den russischen Angriffskrieg~~kollektiver Sicherheit gewachsen, ~~der Krieg hat so~~
~~der NATO~~
148 ~~vermeintlich neue Legitimation verliehen. Allerdings sind die Versuche der NATO, eine~~
149 ~~„neue Weltordnung“ zu installieren, vielfach gescheitert, oft mit katastrophalen~~
150 ~~Folgen. Letztlich hat die geopolitische.~~ Ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem und Abrüstung
würden den Frieden sichern. Die bisherige Ausrichtung der NATO wird diesem Ziel nicht gerecht.
Allerdings sind die aktuellen Lösungsansätze vielfach gescheitert, oft mit katastrophalen Folgen.
Letztlich hat sich das Denken in
151 geopolitischen Einflusszonen und ein Wettrüsten ~~insbesondere zwischen der NATO,~~
152 ~~Russland und China befördert~~in der gesamten Welt gefestigt. Diese Spirale der weltweiten
Hochrüstung und des
153 Einsatzes von Krieg als Mittel der Durchsetzung hegemonialer Interessen ist
154 brandgefährlich. Der DGB hat zu Recht daran erinnert, dass Abrüstung und
155 Entspannungspolitik gerade in Zeiten der Konfrontation überlebenswichtig sind:

Begründung

Überall in Europa wächst der Wunsch nach kollektiver Sicherheit durch den russischen Angriffskrieg, auch in Deutschland, auch bei unseren Wähler*innen. Diese NATO ist aber aus unserer Sicht die falsche Lösung für das Problem.

Alle Ansätze auch außerhalb der NATO sind gescheitert. Keine zwei Maßstäbe!

Antrag L03.146.2: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in:	BV Treptow-Köpenick, Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 146

146 Insbesondere in den osteuropäischen Staaten sowie in Schweden und Finnland ist der Wunsch
nach einer Mitgliedschaft
147 in der NATO durch den russischen Angriffskrieg gewachsen, der Krieg hat so der NATO
148 vermeintlich neue Legitimation verliehen. Allerdings sind die Versuche der NATO, eine
149 „neue Weltordnung“ zu installieren, vielfach gescheitert, oft mit katastrophalen
150 Folgen. Letztlich hat die geopolitische Ausrichtung der NATO das Denken in
151 geopolitischen Einflusszonen und ein Wettrüsten insbesondere zwischen der NATO,
152 Russland und China befördert. Diese Spirale der weltweiten Hochrüstung und des
153 Einsatzes von Krieg als Mittel der Durchsetzung hegemonialer Interessen ist
154 brandgefährlich. Der DGB hat zu Recht daran erinnert, dass Abrüstung und
155 Entspannungspolitik gerade in Zeiten der Konfrontation überlebenswichtig sind:

Begründung

Hier sind Schweden und Finnland unbedingt zu nennen, da beide Staaten den Wunsch erklärt haben, der NATO beitreten zu wollen.

Antrag L03.146.3: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in:

BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 146 - 154

146 ~~In~~ ~~insbesondere in den osteuropäischen~~ In einigen Staaten, wie Schweden und Finnland, ist der
Wunsch nach einer Mitgliedschaft
147 in der NATO durch den russischen Angriffskrieg gewachsen, der Krieg hat so der NATO
148 vermeintlich neue Legitimation verliehen. ~~Allerdings sind die Versuche der NATO, eine~~
149 ~~„neue Weltordnung“ zu installieren, vielfach gescheitert, oft mit katastrophalen~~
150 ~~Folgen. Letztlich hat die~~ Dadurch wird die Interessenssphäre, der Handlungsraum und die
Handlungsoptionen der Nato direkt an die Grenzen Russlands ausweitete. Die geopolitische
Ausrichtung der NATO, insbesondere durch das fortwährende Hegemoniestreben der USA und
ihre ständige Militärpräsenz auf dem gesamten Erdball, hat das Denken in
151 geopolitischen Einflusszonen und ein drohendes Wettrüsten insbesondere zwischen der NATO,
152 der EU, Russland und China befördert. Diese Spirale der weltweiten Hochrüstung und des
153 Einsatzes von Krieg als Mittel der Durchsetzung hegemonialer Interessen ~~ist~~
154 ~~brandgefährlich~~ steigert die Weltkriegsgefahr. Der DGB hat zu Recht daran erinnert, dass
Abrüstung und
155 Entspannungspolitik gerade in Zeiten der Konfrontation überlebenswichtig sind:

Begründung

Die "neue Weltordnung" ist der Kapitalismus imperialer Prägung durch die USA seit 1991/92. Es ist auch gescheitert, sondern das Bestreben von EU, USA, Japan findet sich in der Globalisierung der Märkte wieder. Es wird durch die Antragverfasser*innen nicht klar, wo was gescheitert sei oder was konkret gemeint ist. Ist zum Beispiel der Krieg gegen Jugoslawien 1999 oder Afghanistan 2001 bis 2022 gemeint?

Es droht dann eine neues Wettrüsten, wenn die Pläne der Nato auf Erweiterung oder die Erhöhung aller Rüstungshaushalte aller Nato-Staaten weiterhin ansteigen oder wenn die UNO nicht bald eine

Abrüstungskonferenz durchführt, wie in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts.

Antrag L03.146.4: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in: BV Treptow-Köpenick, Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 148 - 152

146 Insbesondere in den osteuropäischen Staaten ist der Wunsch nach einer Mitgliedschaft
147 in der NATO durch den russischen Angriffskrieg gewachsen, der Krieg hat so der NATO
148 vermeintlich neue Legitimation verliehen. ~~Allerdings sind die Versuche der NATO, eine~~
149 ~~„neue Weltordnung“ zu installieren, vielfach gescheitert, oft mit katastrophalen~~
150 ~~Folgen.~~ Letztlich hat ~~die geopolitische Ausrichtung der NATO~~ das Denken in
151 geopolitischen Einflusszonen und einzu einem Wettrüsten insbesondere zwischen der NATO,
152 Russland und China befördert geführt. Diese Spirale der weltweiten Hochrüstung und des
153 Einsatzes von Krieg als Mittel der Durchsetzung hegemonialer Interessen ist
154 brandgefährlich. Der DGB hat zu Recht daran erinnert, dass Abrüstung und
155 Entspannungspolitik gerade in Zeiten der Konfrontation überlebenswichtig sind:

Begründung

Die Formulierung, dass die NATO eine neue Weltordnung installieren wollte, schließt an verbreitete Verschwörungstheorien an und spiegelt die reale Entwicklung nicht wieder. Die geopolitische Ausrichtung der NATO war in den letzten Jahren unter den Mitgliedsstaaten eher umstritten (Macron bezeichnete sie als hirntot, Trump als überflüssig). Erst die russische Aggression gegen die Ukraine hat wieder für ein geschlossenes Feindbild und eine erneute Konjunktur des Paktes gesorgt.

Antrag L03.148.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in: BV Treptow-Köpenick, Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 148 - 152

146 Insbesondere in den osteuropäischen Staaten ist der Wunsch nach einer Mitgliedschaft
147 in der NATO durch den russischen Angriffskrieg gewachsen, der Krieg hat so der NATO
148 vermeintlich neue Legitimation verliehen. ~~Allerdings sind die Versuche der NATO, eine~~
149 ~~„neue Weltordnung“ zu installieren, vielfach gescheitert, oft mit katastrophalen~~
150 ~~Folgen.~~ Letztlich hat ~~die geopolitische Ausrichtung der NATO~~ das Denken in
151 geopolitischen Einflusszonen und einzu einem Wettrüsten insbesondere zwischen der NATO,
152 Russland und China befördert geführt. Diese Spirale der weltweiten Hochrüstung und des
153 Einsatzes von Krieg als Mittel der Durchsetzung hegemonialer Interessen ist
154 brandgefährlich. Der DGB hat zu Recht daran erinnert, dass Abrüstung und
155 Entspannungspolitik gerade in Zeiten der Konfrontation überlebenswichtig sind:

Begründung

Die Formulierung, dass die NATO eine neue Weltordnung installieren wollte, schließt an verbreitete Verschwörungstheorien an und spiegelt die reale Entwicklung nicht wieder. Die geopolitische Ausrichtung der NATO war in den letzten Jahren unter den Mitgliedsstaaten eher umstritten (Macron bezeichnete sie als hirntot, Trump als überflüssig). Erst die russische Aggression gegen die Ukraine hat wieder für ein geschlossenes Feindbild und eine erneute Konjunktur des Paktes gesorgt.

Antrag L03.150.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in:

OV Bad Cannstatt - Mühlhausen - Münster

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 150

146 Insbesondere in den osteuropäischen Staaten ist der Wunsch nach einer Mitgliedschaft
147 in der NATO durch den russischen Angriffskrieg gewachsen, der Krieg hat so der NATO
148 vermeintlich neue Legitimation verliehen. Allerdings sind die Versuche der NATO, eine
149 „neue Weltordnung“ zu installieren, vielfach gescheitert, oft mit katastrophalen

150 Folgen. Der Bundesparteitag DIE LINKE spricht sich gegen alle Versuche von Politiker*innen der Partei DIE LINKE aus, die friedenspolitischen Grundsätze des Erfurter Programms zu relativieren, weil diese angesichts des russischen Einmarsches in die Ukraine angeblich nicht mehr zeitgemäß seien. Wir brauchen in unserer Partei keine Debatte für mehr Aufrüstung; konsequente Abrüstung ist das Gebot der Stunde. Wir müssen auch nicht unser Verhältnis zur NATO neu überdenken. Es bleibt dabei: „wir fordern die Auflösung der NATO....den Austritt aus den militärischen Strukturen des Militärbündnis ...striktes Verbot von Rüstungsexporten. Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen. Alle ausländischen Militärbasen in Deutschland müssen geschlossen werden“ (Erfurter Programm). Angesichts des Charakters der NATO als Kriegsbündnis imperialistischer Staaten fordern wir den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO.

Letztlich hat die geopolitische Ausrichtung der NATO das Denken in
151 geopolitischen Einflusszonen und ein Wettrüsten insbesondere zwischen der NATO,
152 Russland und China befördert. Diese Spirale der weltweiten Hochrüstung und des
153 Einsatzes von Krieg als Mittel der Durchsetzung hegemonialer Interessen ist
154 brandgefährlich. Der DGB hat zu Recht daran erinnert, dass Abrüstung und
155 Entspannungspolitik gerade in Zeiten der Konfrontation überlebenswichtig sind:

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag L03.168.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in:

LV Hessen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 168 - 171

168 ~~Wir halten daran fest, dass~~ Der völkerrechtswidrige Krieg ~~kein Mittel der Politik sein~~

- 169 ~~darf~~ Russlands macht die völkerrechtswidrigen Kriege der NATO nicht vergessen. Die ~~multipolare-~~
Weltordnung mit ihren verschiedenen NATO ist und bleibt ein Bündnis zur Durchsetzung der
imperialen ~~Machtzentren braucht~~ Interessen der westlichen Staaten. Deshalb halten wir an
unserer Position fest, dass die NATO aufgelöst und durch eine ~~neue~~
gemeinsame internationale Sicherheits- und Friedensordnung, die das Völkerrecht und die
171 ~~Mittelpunkt stellt~~ unter Einschluss Russlands ersetzt werden muss.

Antrag L03.168.2: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in: KV Kassel

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 168 - 171

- 168 ~~Wir halten daran fest, dass~~ Der völkerrechtswidrige Krieg kein Mittel der Politik sein
~~darf~~ Russlands macht die völkerrechtswidrigen Kriege der NATO nicht unvergessen. Die
~~multipolare-~~
169 ~~Weltordnung mit ihren verschiedenen imperialen Machtzentren braucht~~ NATO ist und bleibt ein
Bündnis zur Durchsetzung der imperialistischen Interessen der westlichen Staaten. Deshalb
halten wie an unserer Position fest, dass die NATO aufgelöst und durch eine neue
gemeinsame internationale Sicherheits- und Friedensordnung, die das Völkerrecht und die
171 ~~Mittelpunkt stellt~~ unter Einschluss Russlands ersetzt werden muss.

Begründung

Konkretisierung und deutlichere Positionierung
Beschluss des KV Kassel-Stadt Fortführung der KMV am 30.05.2022

Antrag L03.168.3: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in: BV Treptow-Köpenick, Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach
(Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 168

- 168 Wir halten daran fest, dass Krieg kein Mittel der Politik sein darf, die Selbstverteidigung
gegenüber einer Aggression bleibt jedoch legitim. Die multipolare
169 Weltordnung mit ihren verschiedenen imperialen Machtzentren braucht eine neue
170 Friedensordnung, die das Völkerrecht und die Organisationen des Völkerrechts in den
171 Mittelpunkt stellt.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag L03.172.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 172 - 173

~~172 **1. — Frieden durch kollektive Sicherheit, Verbindlichkeit des Völkerrechts und**~~
~~173 **Abrüstung.**~~

Zeile 174 - 180

~~174 Ein Gleichgewicht des Schreckens gibt keine Sicherheit. Sicherheit gibt es nur, wenn~~
~~175 alle sicher sind. Deshalb streiten wir für ein Sicherheitssystem, in dem nicht~~
~~176 Machtblöcke gegeneinander aufgestellt sind, sondern sich Staaten und Staatenbündnisse~~
~~177 gegenseitig binden. Wir treten langfristig für eine globale Friedensordnung unter~~
~~178 Einschluss aller Akteure ein, auch wenn dies durch den russischen Angriff auf die~~
~~179 Ukraine aktuell unmöglich erscheint. Abrüstung muss zentraler Bestandteil einer neuen~~
~~180 Friedensordnung sein. Wir setzen uns für ein demokratisches, soziales, ökologisches~~
~~181 und friedliches Europa und eine solche EU ein, die der Abrüstung verpflichtet ist.~~

Zeile 182 - 184

~~182 • Den Internationalen Strafgerichtshof wollen wir stärken. Auch wesentliche NATO-~~
~~183 Staaten haben das Römische Statut nicht unterschrieben, um sich vor~~
~~184 Strafverfolgung zu schützen — das muss anders werden!~~

Zeile 194 - 201

~~194 **2. — Friedenspolitik heißt auch: Überwindung von Armut und Umwelterstörung.**~~
~~195 Wir treten dafür ein, dass die UN-Nachhaltigkeitsziele 2030 wichtigster~~
~~196 Orientierungspunkt für die Außenpolitik Deutschlands und die EU werden. Die~~
~~197 Beseitigung von Hunger und extremer Ungleichheit, umfangreiche Konfliktprävention und~~
~~198 Abrüstung sind die Voraussetzungen für Frieden auf unserem Planeten. Wir wollen gute~~
~~199 Arbeit und Umweltstandards entlang der globalen Lieferketten garantieren. Es braucht~~
~~200 einen internationalen Ausgleichsmechanismus, der die Staaten mit Exportüberschüssen~~
~~201 auf ausgeglichene Handelsbilanzen verpflichtet.~~

Friedenspolitische Positionen weiterentwickeln

Zeile 202 - 209

~~202 Aktive Friedenspolitik im 21. Jahrhundert verlangt die aktive Bekämpfung des~~
~~203 Klimawandels. Wir wollen eine Alternative zum fossilen Kapitalismus als~~
~~204 gesamteuropäische Entwicklungsperspektive: globale Investitionen in Energiewende und~~
~~205 einen gerechten sozial-ökologischer Umbau statt Wetttrüsten und Rückschritte zu~~
~~206 fossiler Energie. EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen hat fossile und atomare~~
~~207 Energie als nachhaltig eingestuft. Das ist Greenwashing statt Energiewende. Wir~~
~~208 fordern ein groß angelegtes Investitionsprogramm, um in ganz Europa Erneuerbare~~
~~209 Energien zu fördern.~~

Wir werden gemeinsam in einem breiten und demokratischen Diskussionsprozess in der Partei und mit Bündnispartner*innen, Wissenschaftler*innen und Zivilgesellschaft an einer

Weiterentwicklung der friedenspolitischen Positionen der LINKEN arbeiten. Der friedenspolitische Grundkonsens der LINKEN bleibt dabei erhalten. Darin wollen wir unter anderem Vorschläge zu folgenden Fragestellungen erarbeiten:

210

- Welche Art von allgemeinen und/oder gezielten Sanktionen sind in bestimmten Konstellationen sinnvoll und unterstützenswert?
 - Welche Maßnahmen sind aus unserer Sicht sinnvoll, Ländern wie Moldawien oder Georgien, die real von einem aggressiven Nachbarn militärisch bedroht sind, auch ohne NATO tatsächliche Sicherheit zu bieten?
 - Wie könnten ein System der kollektiven Sicherheit in einer multipolaren Welt und die ersten Schritte dahin aussehen? Was schlagen wir für die EU und ihre Mitgliedsstaaten vor? Soll die EU aus unserer Sicht eine Rolle bei der Sicherheitsarchitektur spielen?
 - Welche linken Ansätze für eine Demokratisierung der Vereinten Nationen unterstützen wir?
- Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand und die Internationale Kommission des Parteivorstandes, diesen Diskussionsprozess zu organisieren und auf dieser Basis Optionen zu erarbeiten, die auf dem Bundesparteitag der LINKEN im Jahre 2023 zur Abstimmung gestellt werden.

Zeile 210 - 216

~~210 Deutschland als einer der Hauptverursacher des Klimawandels muss deutlich mehr Mittel
211 für den globalen Süden bereitstellen, um dort Entwicklungen hin zur Klimaneutralität
212 zu ermöglichen. Wir fordern auf UN-Ebene einen Kompensationsfonds für die Folgen von
213 Klimawandel und Kolonialismus, der von den Industriestaaten finanziert wird,
214 insbesondere von ehemaligen Kolonialmächten. Solange die Länder im globalen Süden
215 ihren Eigenbedarf nicht aus Ökostrom decken können, lehnen wir Wasserstoffimporte aus
216 diesen Ländern ab.~~

Zeile 0 - 217

0

3. — Die UNO reformieren und stärken

Zeile 218 - 221

~~218 In einem ersten Schritt müssen die sozialen und wirtschaftspolitischen Kompetenzen,
219 beispielsweise im Wirtschafts- und Sozialrat der UN (ECOSOC), gestärkt und exklusive
220 Foren wie die G7 überwunden werden. Die UN-Generalversammlung soll gegenüber dem
221 Sicherheitsrat und der Einfluss der Länder des Globalen Südens mehr Gewicht erhalten.~~

Zeile 222 - 231

~~222 Die Sonderorganisationen der UN, wie das Welternährungsprogramm (WFP), die
223 Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) oder
224 das Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) sind aufgrund von Unterfinanzierung nicht in der
225 Lage, den Krisen angemessen zu begegnen. Die reichen Mitgliedsländer müssen endlich
226 ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen und die Finanzierungslücke schließen. Das
227 Welternährungsprogramm (WFP), die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die
228 internationale Arbeitsorganisation (ILO), das Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) müssen
229 finanziell entsprechend ihrer Aufgaben ausgestattet werden. Statt des Sondervermögens
230 von 100 Milliarden Euro für Rüstungsausgaben könnte mehr Geld für die aufgezählten
231 UN-Organisationen viel zur Verhinderung zukünftiger Kriege beitragen.~~

Zeile 232 - 235

~~232 Wir werden gemeinsam in einem breiten und demokratischen Diskussionsprozess in der
233 Partei und mit Bündnispartner*innen, Wissenschaftler*innen und Zivilgesellschaft an
234 einer Aktualisierung der friedenspolitischen Positionen der LINKEN arbeiten, der
235 friedenspolitische Gründungskonsens der LINKEN bleibt dabei erhalten.~~

Zeile 236 - 237

~~236 Darin wollen wir unter anderem Vorschläge erarbeiten, wie die UNO demokratisiert und
237 kollektive Sicherheit in einer Zeit mit mehreren Großmächten erreicht werden kann.~~

Antrag L03.179.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in:

Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf), Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 179

174 Ein Gleichgewicht des Schreckens gibt keine Sicherheit. Sicherheit gibt es nur, wenn
175 alle sicher sind. Deshalb streiten wir für ein Sicherheitssystem, in dem nicht
176 Machtblöcke gegeneinander aufgestellt sind, sondern sich Staaten und Staatenbündnisse
177 gegenseitig binden. Wir treten langfristig für eine globale Friedensordnung unter
178 Einschluss aller Akteure ein, auch wenn dies durch den russischen Angriff auf die
179 Ukraine aktuell unmöglich ~~erscheint~~ ist. Abrüstung muss zentraler Bestandteil einer neuen
180 Friedensordnung sein. Wir setzen uns für ein demokratisches, soziales, ökologisches
181 und friedliches Europa und eine solche EU ein, die der Abrüstung verpflichtet ist.

Begründung

Eine globale Friedensordnung unter Einschluss Russlands erscheint aktuell nicht nur unmöglich, sie ist es. Wir würden hiermit ein falsches Signal aussenden.

Antrag L03.181.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in:

KV Düsseldorf

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 181

174 Ein Gleichgewicht des Schreckens gibt keine Sicherheit. Sicherheit gibt es nur, wenn
175 alle sicher sind. Deshalb streiten wir für ein Sicherheitssystem, in dem nicht
176 Machtblöcke gegeneinander aufgestellt sind, sondern sich Staaten und Staatenbündnisse
177 gegenseitig binden. Wir treten langfristig für eine globale Friedensordnung unter
178 Einschluss aller Akteure ein, auch wenn dies durch den russischen Angriff auf die
179 Ukraine aktuell unmöglich erscheint. Abrüstung muss zentraler Bestandteil einer neuen
180 Friedensordnung sein. Wir setzen uns für ein demokratisches, soziales, ökologisches

181 und friedliches Europa und eine solche EU ein, ~~die der Abrüstung verpflichtet ist.~~ Den in den EU-Verträgen immer mehr verankerten Zwang zur militärischen Aufrüstung; die Entwicklung eigener militärischer Verbände und Strategien der EU und die wachsende Militarisierung der Außenpolitik der einzelnen EU-Mitglieder stellen wir uns entgegen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag L03.182.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in:	BV Treptow-Köpenick, Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf), Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 182 - 183

- 182 • Den Internationalen Strafgerichtshof wollen wir stärken. ~~Auch wesentliche NATO-~~
183 Staaten wie China, Russland, USA und die Türkei haben das Römische Statut nicht
unterschrieben, um sich vor
184 Strafverfolgung zu schützen - das muss anders werden!

Begründung

Die USA und die Türkei sind die eingingen Nato-Staaten, die das Römische Statut nicht unterschrieben haben. Außerdem ist nicht nachvollziehbar, warum ausgerechnet Russland in dieser Aufzählung fehlt.

Antrag L03.183.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in:	BO Süd-West (KV Hannover)
--------------------------	---------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 183 - 184

- 182 • Den Internationalen Strafgerichtshof wollen wir stärken. Auch wesentliche NATO-
183 Staaten haben das Römische Statut nicht unterschrieben, um ~~sich vor~~
184 Strafverfolgung ~~zu schützen—das muss anders werden!~~ wegen Kriegsverbrechen zu vermeiden.
Wir fordern die Bunderegierung auf, ihrerseits alle Nato-Mitglieder offiziell aufzufordern, das Römische Statut zu unterzeichnen.

Begründung

Das etwas anders werden muß, ist für den Anspruch unerer Partei banal, wenn es um (bekannte) Kriegsverbrechen und Kriegverbrecher weltweit geht.

Antrag L03.185.1: Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in: Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf), Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 185

- 185 • **Waffenlieferungen** lehnen wir nicht grundsätzlich ab, insbesondere soweit sie in Krisen- und
186 Kriegsgebiete einem konkreten Konflikt bei klarer Verantwortlichkeit des Aggressors für die
187 Verteidigung erforderlich sind. Wir
188 wollen zivile Konfliktbearbeitung ausbauen. Die für den zivilen Friedensdienst
189 zur Verfügung gestellten Mittel müssen systematisch erhöht werden. International
190 bereits bewährte Instrumente, wie unbewaffnetes ziviles Peacekeeping, müssen im
191 Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit stärker gefördert werden. Die Milliarden,
192 die bisher für Kriege ausgegeben werden, wollen wir für Hilfe bei der
193 Bewältigung internationaler Krisen und Katastrophen einsetzen. Ein wirksamer
Katastrophenschutz benötigt ausgebildete Helfer*innen, kein Militär, sondern
Ärzt*innen, Techniker*innen oder Wissenschaftler*innen.

Begründung

Mit guten Gründen setzt sich die LINKE gegen Waffenexporte ein. In diesem konkreten Fall geht es aber um Nothilfe nach Art. 51 der UN-Charta. Waffenlieferung an die Ukraine werden auch von linken und anarchistischen Gruppen in der Ukraine und anderen linken Parteien in Osteuropa gefordert. Das heißt nicht, dass allen Wünschen der Ukraine sofort und in vollem Umfang nachgekommen wird. Insbesondere darf es nicht zu einem Beschuss russischen Territoriums kommen.

Antrag L03.185.2: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in: BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 185

- 185 • Rüstungsexporte und **Waffenlieferungen aller Art** lehnen wir vollständig ab, insbesondere in
186 Krisen- und Kriegsgebiete egal wohin. Wir
187 wollen zivile Konfliktbearbeitung ausbauen. Die für den zivilen Friedensdienst
188 zur Verfügung gestellten Mittel müssen systematisch erhöht werden. International
189 bereits bewährte Instrumente, wie unbewaffnetes ziviles Peacekeeping, müssen im
190 Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit stärker gefördert werden. Die Milliarden,
191 die bisher für Kriege ausgegeben werden, wollen wir für Hilfe bei der
192 Bewältigung internationaler Krisen und Katastrophen einsetzen. Ein wirksamer
193 Katastrophenschutz benötigt ausgebildete Helfer*innen, kein Militär, sondern
Ärzt*innen, Techniker*innen oder Wissenschaftler*innen.

Begründung

Es kann bei der Ablehnung keine Einschränkung geben. Ansonsten stellen wir unser Menschenrechtsverständnis wieder infrage.

Antrag L03.186.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in: BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 186 - 193

185 • Waffenlieferungen lehnen wir ab, insbesondere in Krisen- und Kriegsgebiete. Wir
186 wollen zivile die Konfliktbearbeitung ausbauen. Die für den zivilen Friedensdienst
187 zur Verfügung gestellten Mittel müssen systematisch erhöht werden. International
188 bereits ~~bewährte~~benutzte Instrumente, wie unbewaffnetes ~~ziviles~~ Peacekeeping, müssen auf
189 ihre Wirksamkeit im
190 Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit ~~stärker gefördert~~überprüft und neu konzipiert
191 werden. Die Milliarden,
192 die bisher für Kriege ausgegeben werden, wollen wir für Hilfe bei der
193 Bewältigung internationaler Krisen und Katastrophen einsetzen. Ein wirksamer
Katastrophenschutz benötigt ausgebildete Helfer*innen, ~~kein Militär, sondern~~
Ärzt*innen, Techniker*innen ~~oder~~und Wissenschaftler*innen. Einsatz von Militär jeder Art ist
dabei für uns ausgeschlossen.

Begründung

"Peacekeeping" ist ein Begriff aus der politischen Aservatenkammer des CIA (USA), dient der Destabilisierung von den Interessen der USA oder anderer westlicher Staaten entgegenstehenden Regierungen oder Bewegungen meist in Entwicklungsländern. Dies gehört zunächst mal überprüft, bevor wir das als Linke bejubeln.

weiter mündlich

Antrag L03.193.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in: KV Freiburg

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 193

185 • Waffenlieferungen lehnen wir ab, insbesondere in Krisen- und Kriegsgebiete. Wir
186 wollen zivile Konfliktbearbeitung ausbauen. Die für den zivilen Friedensdienst
187 zur Verfügung gestellten Mittel müssen systematisch erhöht werden. International
188 bereits bewährte Instrumente, wie unbewaffnetes ziviles Peacekeeping, müssen im
189 Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit stärker gefördert werden. Die Milliarden,
190 die bisher für Kriege ausgegeben werden, wollen wir für Hilfe bei der
191 Bewältigung internationaler Krisen und Katastrophen einsetzen. Ein wirksamer
192 Katastrophenschutz benötigt ausgebildete Helfer*innen, kein Militär, sondern
193 Ärzt*innen, Techniker*innen oder Wissenschaftler*innen.

- DIE LINKE fordert die Wahrung politischer, sozialer und rechtlicher Standards für ethnische, sprachliche/geographische und religiöse Minderheiten bei uns und in allen Ländern.

Begründung

Die Vermeidung von Ausgrenzung, Benachteiligung, Unterdrückung, Verachtung, Hetze oder Verfolgung von Minderheiten, muss auch als Präventivmaßnahme zur Vermeidung von Bürgerkriegen und zwischen staatlichen "Einmischungskriegen" verstanden werden. Ethnische und religiöse Gegensätze und der Versuch erzwungener nationaler Homogenisierungen waren ein zentraler Faktor in Bürgerkriegen und Interventionskriegen in Europa seit 1991. Die Wahrung und Garantie von Minderheitenrechten, die Schaffung föderativer Strukturen, sowie lokaler und ethnisch und religiöser Autonomie, sind daher zentrale Instrumente einer präventiven Friedenspolitik, innerhalb und außerhalb der EU.

Antrag L03.194.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in:	BV Treptow-Köpenick, Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf), Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 198 - 201

194 **2. Friedenspolitik heißt auch: Überwindung von Armut und Umweltzerstörung.**
 195 Wir treten dafür ein, dass die UN-Nachhaltigkeitsziele 2030 wichtigster
 196 Orientierungspunkt für die Außenpolitik Deutschlands und die EU werden. Die
 197 Beseitigung von Hunger und extremer Ungleichheit, umfangreiche Konfliktprävention und
 198 Abrüstung sind die Voraussetzungen für Frieden auf unserem Planeten. ~~Wir wollen gute-~~
 199 ~~Arbeit und Umweltstandards entlang der globalen Lieferketten garantieren. Es braucht~~
 200 ~~einen internationalen Ausgleichsmechanismus, der die Staaten mit Exportüberschüssen~~
 201 ~~auf ausgeglichene Handelsbilanzen verpflichtet.~~

Zeile 202 - 209

202 ~~Aktive Friedenspolitik im 21. Jahrhundert verlangt die aktive Bekämpfung des~~
 203 ~~Klimawandels. Wir wollen eine Alternative zum fossilen Kapitalismus als~~
 204 ~~gesamteuropäische Entwicklungsperspektive: globale Investitionen in Energiewende und~~
 205 ~~einen gerechten sozial-ökologischer Umbau statt Wetttrüsten und Rückschritte zu~~
 206 ~~fossiler Energie. EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen hat fossile und atomare~~
 207 ~~Energie als nachhaltig eingestuft. Das ist Greenwashing statt Energiewende. Wir~~
 208 ~~fordern ein groß angelegtes Investitionsprogramm, um in ganz Europa Erneuerbare~~
 209 ~~Energien zu fördern.~~

Zeile 210 - 216

210 ~~Deutschland als einer der Hauptverursacher des Klimawandels muss deutlich mehr Mittel~~
 211 ~~für den globalen Süden bereitstellen, um dort Entwicklungen hin zur Klimaneutralität~~

~~2-12 zu ermöglichen. Wir fordern auf UN-Ebene einen Kompensationsfonds für die Folgen von
2-13 Klimawandel und Kolonialismus, der von den Industriestaaten finanziert wird,
2-14 insbesondere von ehemaligen Kolonialmächten. Solange die Länder im globalen Süden
2-15 ihren Eigenbedarf nicht aus Ökostrom decken können, lehnen wir Wasserstoffimporte aus
2-16 diesen Ländern ab.~~

Begründung

Wir haben keine inhaltliche Kritik an der gestrichenen Passage. Das Thema wird aber besser und ausführlicher im Leitantrag des PV zum sozial-ökologischen Umbau behandelt. Eine (unvollständige) Doppelung ist unnötig und kontraproduktiv.

Antrag L03.197.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in: BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 197 - 201

194 **2. Friedenspolitik heißt auch: Überwindung von Armut und Umweltzerstörung.**
195 Wir treten dafür ein, dass die UN-Nachhaltigkeitsziele 2030 wichtigster
196 Orientierungspunkt für die Außenpolitik Deutschlands und die EU werden. Die
197 Beseitigung von Hunger, Elend und extremer ~~Ungleichheit~~ Armut, umfangreiche Konfliktprävention
und
198 Abrüstung sind die Voraussetzungen für Frieden, vergleichbare Entwicklungschancen für Staaten,
ethnische Minderheiten und Individuen und damit der zunehmenden Schaffung sozialer Sicherheit
für alle auf unserem Planeten. Wir wollen ~~g~~Gute
199 Arbeit und Umweltstandards entlang der globalen Lieferketten ~~garantieren~~ durchgesetzt wissen
und werden uns zusammen mit unseren Bruder- und Schwesterparteien in anderen Ländern, der
Europäischen Linken/Linksparteien, mit den Gewerkschaften und Sozialverbänden in Europa und
dafür einsetzen. Es braucht
200 einen internationalen Ausgleichsmechanismus, der die Staaten mit Exportüberschüssen
201 auf ausgeglichene Handelsbilanzen verpflichtet. Die angeblich beschlossene Transaktionsteuer
muss von der EU wirksam umgesetzt werden.

Begründung

Wir kämpfen gegen Ungleichheit insgesamt.

i.w. mündlich

Antrag L03.203.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in: Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 203

202 Aktive Friedenspolitik im 21. Jahrhundert verlangt die aktive Bekämpfung des
203 ~~Klimawandels~~ Klimawandels. Klimapolitik ist zweifach mit ihr verknüpft. Zum einen führen die
Folgen des Klimawandels zu Kriegen, z.B. bei Konflikten um Wasser und so zu Elend, Vertreibung
und Flucht. Zum anderen sind Waffenproduktion und Krieg selbst nicht
nur verantwortlich für humanitäre Katastrophen, sondern auch für extreme Zerstörung
lebensnotwendiger Umwelt. Wir wollen eine Alternative zum fossilen Kapitalismus als
204 gesamteuropäische Entwicklungsperspektive: globale Investitionen in Energiewende und
205 einen gerechten sozial-ökologischer Umbau statt Wettrüsten und Rückschritte zu
206 fossiler Energie. EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen hat fossile und atomare
207 Energie als nachhaltig eingestuft. Das ist Greenwashing statt Energiewende. Wir
208 fordern ein groß angelegtes Investitionsprogramm, um in ganz Europa Erneuerbare
209 Energien zu fördern.

Begründung

Antragstellerin BAG Ökologische Plattform

Die vorgeschlagene Formulierung ist eine an dieser Stelle notwendige Ergänzung und direkt dem 15-Punkte-Plan der LINKEN zu Klimaschutz entnommen:

https://www.die-linke.de/fileadmin/download/parteivorstand/2020-2022/beschluesse/2021-09-06_15_punkte_punkte_klimaschutz.pdf

Antrag L03.203.2: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in:	BO Süd-West (KV Hannover)
--------------------------	---------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 203 - 209

202 Aktive Friedenspolitik im 21. Jahrhundert verlangt die aktive Bekämpfung des
203 Klimawandels. Wir wollen eine Alternative zum durch die fossilen Brennstoffe dominierten
Kapitalismus als
204 gesamteuropäische Entwicklungsperspektive: globale Investitionen in ~~Energiewende und die~~
Energiewende und
205 einen gerechten sozial-~~ökologischer~~ökologischen Umbau statt Wettrüsten und Rückschritte zu
206 fossiler Energie. EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen hat fossile und atomare
207 Energie als nachhaltig eingestuft. Das ist ~~Greenwashing statt Energiewende. Wir~~
"Greenwashing" statt nachhaltiger Energiewende. Wir fordern ein ~~groß angelegtes~~
Investitionsprogramm, um in ganz Europa Erneuerbare
209 Energien wirksam und nachhaltig zu fördern.

Begründung

Was soll eine groß angelegtes Investitionsprogram sein, wenn es hier nicht zumindest skizziert wird?
weiter mündlich

Antrag L03.213.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in:	BO Süd-West (KV Hannover)
--------------------------	---------------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 213 - 214

210 Deutschland als einer der Hauptverursacher des Klimawandels muss deutlich mehr Mittel
211 für den globalen Süden bereitstellen, um dort Entwicklungen hin zur Klimaneutralität
212 zu ermöglichen. Wir fordern auf UN-Ebene einen Kompensationsfonds für die Folgen von
213 Klimawandel und Kolonialismus, der von den hochentwickelten Industriestaaten der "imperialen
Machtzentren" finanziert wird,
214 insbesondere auch von ehemaligen und bestehenden Kolonialmächten. Solange die Länder im
globalen Süden
215 ihren Eigenbedarf nicht aus Ökostrom decken können, lehnen wir Wasserstoffimporte aus
216 diesen Ländern ab.

Begründung

jetzt sollten wir im Sprachduktus, wie am Anfang des LT03 beschrieben, bleiben. Es gibt auch heute noch Kolonialmächte, wie z.B. Frankreich und Großbritannien.

Antrag L03.214.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in:	LV Bremen
--------------------------	-----------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 214 - 216

210 Deutschland als einer der Hauptverursacher des Klimawandels muss deutlich mehr Mittel
211 für den globalen Süden bereitstellen, um dort Entwicklungen hin zur Klimaneutralität
212 zu ermöglichen. Wir fordern auf UN-Ebene einen Kompensationsfonds für die Folgen von
213 Klimawandel und Kolonialismus, der von den Industriestaaten finanziert wird,
214 insbesondere von ehemaligen Kolonialmächten. ~~Solange die Länder im globalen Süden~~
215 ~~ihren Eigenbedarf nicht aus Ökostrom decken können, lehnen wir~~ Für die Energiewende
bestimmter Industriezweige wird in erheblichem Umfang Wasserstoff importiert werden. Das ist
auf Dauer nur dann vertretbar, wenn der Wasserstoff klimaneutral erzeugt wird, da sonst lediglich
CO2-Emissionen ins Exportland verschoben werden. Wir fordern daher, dass Wasserstoffimporte
aus Ländern des globalen Südens so gestaltet werden, dass sie auch einen Beitrag zur
klimaneutralen Energiewende in
216 diesen Ländern ~~ab~~ selbst leisten.

Begründung

Die Umstellung insbesondere der Stahlindustrie auf Wasserstoff ist ein notwendiger Schritt, der erhebliche Investitionen erfordert. Dasselbe gilt für die Erzeugung von Wasserstoff in großen Mengen aus Ökostrom. Das kann man nicht so verknüpfen, dass erst die klimaneutrale Wasserstoffproduktion aufgebaut wird und dann die Stahlproduktion umgestellt wird, weil man Zeit verliert und weil insbesondere Länder des globalen Südens keinen Wasserstoff produzieren werden, wenn es dafür noch gar keine Nachfrage gibt.

Richtig ist, Verträge zu fordern, in denen die Gewinne aus der Wasserstoffwirtschaft auch dafür verwendet werden, die Herstellerländer klimaneutral zu machen.

Ferner ist die Formulierung „ihren Eigenbedarf nicht aus Ökostrom decken können“ nicht korrekt. Es geht darum, den Energiebedarf aus erneuerbaren Energien zu decken, aber das muss ja nicht in jedem Fall den Umweg über Stromerzeugung gehen.

Antrag L03.217.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in: KV Düsseldorf

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 217

217 **3. ~~Die UNO reformieren und stärken~~Friedensbewegung aufbauen!**

Zeile 218 - 221

218 ~~In einem ersten Schritt müssen die sozialen und wirtschaftspolitischen Kompetenzen,~~
219 ~~beispielsweise im Wirtschafts- und Sozialrat der UN (EGOSOC), gestärkt und exklusive~~
220 ~~Foren wie die G7 überwunden werden. Die UN-Generalversammlung soll gegenüber~~Wir bauen
breite Bündnisse von Initiativen, Gewerkschaften und Bewegungen gegen Hochrüstung und Krieg
auf. Eine besondere Rolle kommt dem
221 ~~Sicherheitsrat und der Einfluss der Länder des Globalen Südens mehr Gewicht~~
~~erhalten~~#DerAppell zu mit deren Initiator*innen wir eine Verankerung der Aufrüstung im
Grundgesetz verhindern und den weiteren Widerstand gegen Aufrüstung organisieren wollen.

Zeile 222 - 231

222 ~~Die Sonderorganisationen der UN, wie das Welternährungsprogramm (WFP), die~~
223 ~~Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) oder~~
224 ~~das Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) sind aufgrund von Unterfinanzierung nicht in der~~
225 ~~Lage, den Krisen angemessen zu begegnen. Die reichen Mitgliedsländer müssen endlich~~
226 ~~ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen und die Finanzierungslücke schließen. Das~~
227 ~~Welternährungsprogramm (WFE), die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die~~
228 ~~internationale Arbeitsorganisation (ILO), das Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) müssen~~
229 ~~finanziell entsprechend ihrer Aufgaben ausgestattet werden. Statt des Sondervermögens~~
230 ~~von 100 Milliarden Euro für Rüstungsausgaben könnte mehr Geld für die aufgezählten~~
231 ~~UN-Organisationen viel zur Verhinderung zukünftiger Kriege beitragen.~~

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag L03.221.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in: Michael Efler (Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf), Jan Libbertz (Hamburg), Elke Breitenbach (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 221

218 In einem ersten Schritt müssen die sozialen und wirtschaftspolitischen Kompetenzen,
219 beispielsweise im Wirtschafts- und Sozialrat der UN (ECOSOC), gestärkt und exklusive
220 Foren wie die G7 überwunden werden. Die UN-Generalversammlung soll gegenüber dem
221 Sicherheitsrat und der Einfluss der Länder des Globalen Südens mehr Gewicht erhalten. Das Vetorecht im Sicherheitsrat muss schrittweise abgeschafft werden.

Begründung

Die Abschaffung bzw. Einschränkung de Vetorechtes ist eine der zentralen Forderungen in der Debatte um die UNO-Reform seit vielen Jahren. Das Vetorecht ist immer wieder von den Großmächten genutzt worden, um Verurteilungen von (häufig selbst geführten) Kriegen oder Menschenrechtsverletzungen zu verhindern.

Antrag L03.232.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in: Antikapitalistische LINKE

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 232 - 235

232 ~~Wir werden gemeinsam in einem breiten und demokratischen Diskussionsprozess in der~~
233 ~~Partei und mit Bündnispartner*innen, Wissenschaftler*innen und Zivilgesellschaft an~~
234 ~~einer Aktualisierung der~~ Der Bundesparteitag DIE LINKE spricht sich gegen alle Versuche von
Politiker:innen der Partei DIE LINKE aus, die friedenspolitischen Positionen der LINKEN arbeiten,
~~der-~~
235 ~~friedenspolitische Gründungskonsens der LINKEN~~ Grundsätze des Erfurter Programms zu
relativieren, weil diese angesichts des russischen Einmarsches in die Ukraine angeblich nicht
mehr zeitgemäß seien. Wir brauchen in unserer Partei keine Debatte für mehr Aufrüstung,
konsequente Abrüstung ist das Gebot der Stunde. Wir müssen auch nicht unser Verhältnis zur
NATO neu überdenken. Es bleibt dabei erhalten: dabei: „wir fordern die Auflösung der NATO..., den
Austritt aus den militärischen Strukturen des Militärbündnis ..., striktes Verbot von
Rüstungsexporten. Den Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen. Alle ausländischen
Militärbasen in Deutschland müssen geschlossen werden“ (Erfurter Programm)

Zeile 236 - 237

236 ~~Darin wollen wir unter anderem Vorschläge erarbeiten, wie die UNO demokratisiert und~~
237 ~~kollektive Sicherheit in einer Zeit mit mehreren Großmächten erreicht werden kann.~~

Antrag L03.232.2: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in: Geraer Sozialistischer Dialog, BV Hamburg-Mitte, LAG FIP
Hamburg

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 232 - 235

- 232 Wir haben neu erkannt, wie zentral eine klare friedenspolitische Position und Praxis der Partei ist.
Wir werden gemeinsam in einem breiten und demokratischen Diskussionsprozess in der
233 Partei und mit Bündnispartner*innen, Wissenschaftler*innen und Zivilgesellschaft an
234 einer AktualisierungSchärfung der friedenspolitischen Positionen der LINKEN arbeiten, der
235 friedenspolitische Gründungskonsens der LINKEN - strikte Gewaltfreiheit, soziale Entwicklung und internationalistische Solidarität - bleibt dabei erhalten.

Begründung

Die Steigerung von Militarismus und deutscher Großmachtspolitik erfordert nicht die Relativierung des Programms, sondern neuen Elan für ihre praktische Verwirklichung.

Antrag L03.232.3: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in: BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 232 - 235

- 232 ~~Wir werden~~DIE LINKE strebt im Ergebnis des 8. Parteitages eine Friedens- und
Abrüstungskonferenz gemeinsam ~~in einem breiten und demokratischen Diskussionsprozess in der~~
233 ~~Partei und mit Bündnispartner*innen, Wissenschaftler*innen und Zivilgesellschaft~~der Rosa-
Luxemburg-Stiftung und Akteur*innen der Friedensbewegung in ihrer gesamten Breite an
234 ~~einer Aktualisierung der friedenspolitischen Positionen der LINKEN arbeiten, der~~
235 ~~friedenspolitische Gründungskonsens der LINKEN bleibt dabei erhalten.~~

Begründung

Ein "breiter und demokratischer Diskussionsprozess in der Partei" ist hinsichtlich eine angeblichen "Aktualisierung" unserer friedenspolitischen Positionen nicht notwendig. Die friedenspolitischen Positionen unseres Parteiprogramms, dass am 23. Oktober 2011 durch den Parteitag beschlossen und durch einen Mitgliederentscheid im Dezember 2011 bestätigt wurde, haben auch jetzt Bestand, sind weiterhin zutreffend und sind aktuell wie am ersten Tag. Wir haben unsere Expertise und Kompetenz zu allen friedenspolitischen Themen und Problemen, auch den aktuellen, schon in unserer Partei versammelt. Nutzen wir diese doch endlich proaktiv für unser politische Arbeit! Dies gilt für den gesamten Abschnitt **4.6.** und insbesondere für die Abschnitte mit den Überschriften "**Frieden in Solidarität statt Kriege**", "**Abrüstung und strukturelle Nichtangriffsfähigkeit**" sowie "**Internationale Zusammenarbeit und Solidarität**".

Eine eigene friedens- und abrüstungspolitische Konferenz in Kooperation der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Akteuren*innen der Friedensbewegung wäre vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine sinnvoll

Antrag L03.236.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in: BO Süd-West (KV Hannover)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 236 - 237

- 236 ~~Darin wollen wir unter anderem Vorschläge erarbeiten, wie die~~ Die demokratische Struktur der
UNO ~~demokratisiert~~ und
- 237 ~~kollektive~~ ihrer Institutionen kann durch eine verbindlichere finanzielle Absicherung durch die
wirtschaftlich stärksten Mitglieder aus den imperialien Machtzentren gesichert werden. Ein
weltweites System kollektiver Sicherheit kann auch in einer ~~Zeit mit mehreren~~
~~Großmächten~~ Situation mehrerer imperialer Machtzentren erreicht werden ~~kann~~.

Begründung

Die Forderung nach einer "Demokratisierung" der UNO bezieht sich offensichtlich auf die im Antragstext in den Zeilen 216 bis 231 gemachten Aussagen über die unsichere und wechselvolle bzw. zeitweilig immer wieder mangelhafte finanzielle Ausstattung der UNO-Institutionen. Dazu müssen wir aber nicht unser Parteiprogramm in Teilen infrage stellen oder "aktualisieren", geschweige denn einen "breiten und demokratischen Diskussionsprozess" führen wollen. Die finanziellen Probleme der UNO sind leider nicht neu und längst bekannt. Davon hängt also nicht eine angeblich fehlende Aktualität unseres Parteiprogramms von 2011 ab. Hier heißt es dazu (Zitat): "Dafür bedarf es der überfälligen Reform, was größere Rechte der UN, größere ökonomische Rechte, größere Effektivität der UNO-Organisationen und eine bessere Legitimation des UN-Sicherheitsrates umschließt. Insbesondere fehlt eine stärkere Repräsentanz afrikanischer und lateinamerikanischer Staaten. Notwendig ist auch die Verankerung größerer Rechte der größer gewordenen Generalversammlung. Aber auch Regionalorganisationen wie die OSZE können spezifische Beiträge zur Verwirklichung der Charta-Ziele leisten." was hat davon an Aktualität verloren???

Antrag L03.242.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in:	AG Cuba sí
--------------------------	------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 242 - 246

- 238 Eine neue Friedensordnung wird nur entstehen, wenn eine weltweite Bewegung für
239 Frieden von unten Druck auf die jeweiligen Regierungen macht. DIE LINKE und die
240 Europäische Linke (EL) sind Teil dieser Bewegungen. Wir treten für ein Europa ein,
241 dass nicht die Rüstungsspirale und Militarismus befeuert. Wir stehen auf der Seite
242 der Demokratie- und Friedensbewegungen überall. Menschenrechte sind unteilbar. ~~Linke-~~ Im
Zentrum der internationalistischen
- 243 Solidarität ~~bezieht sich nicht auf Staaten, sondern auf~~ der LINKEN stehen der Mensch und die
Würde des Menschen, auf soziale
- 244 ~~Bewegungen und Klassen. Wir setzen auf gesellschaftliche Mobilisierung, eine aktive~~
245 ~~Zivilgesellschaft weltweit und auf eine globale Klassenpolitik für eine gerechte und~~
246 ~~friedliche.~~ Zugleich ist DIE LINKE solidarisch mit allen Bewegungen, Organisationen, Parteien und
Regierungen sowie Staaten auf der ganzen Welt-, die sich für Frieden, das
Selbstbestimmungsrecht der Völker, solidarische Wirtschaftsbeziehungen und gegen
Imperialismus, Neokolonialismus, Armut sowie Ausbeutung von Mensch und Natur einsetzen und
versuchen in ihren Ländern gesellschaftspolitische Alternativen zum Kapitalismus zu entwickeln.

Begründung

Unsere Partei DIE LINKE kämpft „für internationale Solidarität und Kooperation zur Verbesserung der Lebensbedingungen aller Menschen.“ So steht es in unserem Parteiprogramm. Und weiter heißt es dort: „Wir solidarisieren uns mit allen, die für Frieden, soziale und politische Gerechtigkeit und die Verwirklichung der Menschenwürde streiten“. Ja, wir als LINKE müssen uns mit allen solidarisieren – auch mit Regierungen –, die sich diesen Zielen verpflichtet fühlen und ihrem staatlichen Handeln diese Ziele verfolgen und umsetzen.

Die Einschränkung linker Solidarität auf „Menschen, auf soziale Bewegungen und Klassen“, wie es im Leitantrag „Keine Aufrüstung, kein Krieg. Für eine neue Friedensordnung“ heißt, würde für unsere Partei DIE LINKE folgendes bedeuten:

1. Wir würden fortschrittlichen Regierungen, die für ihre Länder das Recht auf Selbstbestimmung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung durchsetzen wollen (Zivil- und Sozialpakt der UNO, 1966), die Programme gegen Armut und Unterentwicklung in ihren Ländern realisieren und die sich von neokolonialen Strukturen, aus wirtschaftlicher Abhängigkeit und politischer Einmischung von außen befreien wollen, die Solidarität entziehen.

2. Diese Einschränkung linker Solidarität würde in letzter Konsequenz auch bedeuten, die Solidarität mit dem sozialistischen Staat Kuba zu beenden.

Dies widerspäche sowohl unserem Parteiprogramm als auch den Beschlüssen von Parteitag, dem Bundesausschuss und dem Parteivorstand. Der Parteivorstand hat zuletzt am 14. Februar 2021 folgendes zu Kuba beschlossen: "DIE LINKE war, ist und bleibt solidarisch mit dem sozialistischen Kuba und seiner Revolution."

Das sozialistische Kuba ist Mitinitiator der Friedenszone Lateinamerika, das staatliche Handeln Kubas orientiert auf eine soziale und solidarische Wirtschaftsordnung und eine solidarische Zusammenarbeit zwischen den Ländern. Kubas Initiativen u.a. für die Schaffung von ALBA und CELAC, die Einsätze der kubanischen Henry-Reeve-Brigade und die unzähligen Ärztemissionen Kubas belegen das.

Linke Solidarität darf das sozialistische Kuba nicht im Stich lassen. Linke Solidarität muss die Unterstützung progressiven Bewegungen, Parteien und Regierungen in Lateinamerika, im globalen Süden und in der ganzen Welt mit einschließen.

Und letztlich: Wie sollte sich denn unsere Partei verhalten, wenn wir – entsprechend dem vorliegenden Leitantrag – nur mit Menschen, sozialen Bewegungen und Klassen solidarisch wären, wenn diese Akteure sich als Wahlbündnisse organisieren und in Regierungsverantwortung kämen? Müssten wir dann unsere Solidarität beenden, weil es sich nun um staatliche Akteure handelt?

Antrag L03.243.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in:

Sozialistische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 243

238 Eine neue Friedensordnung wird nur entstehen, wenn eine weltweite Bewegung für
239 Frieden von unten Druck auf die jeweiligen Regierungen macht. DIE LINKE und die
240 Europäische Linke (EL) sind Teil dieser Bewegungen. Wir treten für ein Europa ein,
241 dass nicht die Rüstungsspirale und Militarismus befeuert. Wir stehen auf der Seite
242 der Demokratie- und Friedensbewegungen überall. Menschenrechte sind unteilbar. Linke
243 Solidarität bezieht sich ~~nicht auf Staaten, sondern~~ auf Menschen, auf soziale
244 Bewegungen und Klassen. Wir setzen auf gesellschaftliche Mobilisierung, eine aktive
245 Zivilgesellschaft weltweit und auf eine globale Klassenpolitik für eine gerechte und

Begründung

Es ist wirklichkeitsfremd und verfehlt, Staaten ganz auszuklammern, denn es muss auch darum gehen zu verteidigen, was es in der Charta der Vereinten Nationen steht: „Jeder Staat hat das Recht, seine politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Ordnung frei zu wählen und zu entwickeln.“ Zudem sind viele solidarisch mit Kuba, mit Israel, aktuell mit der Ukraine, oder anderen Staaten.

Antrag L03.244.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in:

Geraer Sozialistischer Dialog, BV Hamburg-Mitte, LAG FIP
Hamburg

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 244

238 Eine neue Friedensordnung wird nur entstehen, wenn eine weltweite Bewegung für
239 Frieden von unten Druck auf die jeweiligen Regierungen macht. DIE LINKE und die
240 Europäische Linke (EL) sind Teil dieser Bewegungen. Wir treten für ein Europa ein,
241 dass nicht die Rüstungsspirale und Militarismus befeuert. Wir stehen auf der Seite
242 der Demokratie- und Friedensbewegungen überall. Menschenrechte sind unteilbar. Linke
243 Solidarität bezieht sich nicht auf Staaten, sondern auf Menschen, auf soziale
244 ~~Bewegungen und Klassen~~ Bewegungen und Klassenkämpfe von unten. Wir setzen auf
gesellschaftliche Mobilisierung, eine aktive
245 Zivilgesellschaft weltweit und auf eine globale Klassenpolitik für eine gerechte und
246 friedliche Welt.

Begründung

Wir sind schließlich nicht mit beiden Klassen solidarisch.

Antrag L03.246.1: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in:

OV Bad Cannstatt - Mühlhausen - Münster

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 246

238 Eine neue Friedensordnung wird nur entstehen, wenn eine weltweite Bewegung für
239 Frieden von unten Druck auf die jeweiligen Regierungen macht. DIE LINKE und die
240 Europäische Linke (EL) sind Teil dieser Bewegungen. Wir treten für ein Europa ein,
241 dass nicht die Rüstungsspirale und Militarismus befeuert. Wir stehen auf der Seite
242 der Demokratie- und Friedensbewegungen überall. Menschenrechte sind unteilbar. Linke
243 Solidarität bezieht sich nicht auf Staaten, sondern auf Menschen, auf soziale
244 Bewegungen und Klassen. Wir setzen auf gesellschaftliche Mobilisierung, eine aktive
245 Zivilgesellschaft weltweit und auf eine globale Klassenpolitik für eine gerechte und

246 friedliche Welt.

„Der Krieg um die Ukraine bestätigt den Satz von Jean Jaurès: „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich, wie die Wolke den Regen.“ Die beste Friedenspolitik ist daher der Aufbau einer sozialistischen Arbeiter*innenbewegung weltweit und der Kampf gegen die tieferen Ursachen von Militarismus und Krieg - das kapitalistische System. Nur eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft, die Schaffung einer Welt, in der nicht mehr der Profit einiger Weniger regiert, wird nachhaltigen Frieden erreichen können.

Wir betrachten es als eine wichtige Aufgabe der LINKEN auf den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Krieg hinzuweisen und in der Antikriegsbewegung für antikapitalistische Positionen einzutreten.“

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag L03.246.2: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Antragsteller*in:	Sozialistische Linke
--------------------------	----------------------

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 246

238 Eine neue Friedensordnung wird nur entstehen, wenn eine weltweite Bewegung für
239 Frieden von unten Druck auf die jeweiligen Regierungen macht. DIE LINKE und die
240 Europäische Linke (EL) sind Teil dieser Bewegungen. Wir treten für ein Europa ein,
241 dass nicht die Rüstungsspirale und Militarismus befeuert. Wir stehen auf der Seite
242 der Demokratie- und Friedensbewegungen überall. Menschenrechte sind unteilbar. Linke
243 Solidarität bezieht sich nicht auf Staaten, sondern auf Menschen, auf soziale
244 Bewegungen und Klassen. Wir setzen auf gesellschaftliche Mobilisierung, eine aktive
245 Zivilgesellschaft weltweit und auf eine globale Klassenpolitik für eine gerechte und
246 friedliche Welt.

Aktiv werden gegen den Krieg! Wir rufen auf, gemeinsam auf die Straße zu gehen und eine Protestbewegung gegen den Krieg Russlands gegen die Ukraine, gegen die Eskalation durch die NATO und gegen die Aufrüstungspläne der Bundesregierung aufzubauen. Wir unterstützen den „Appell: Nein zum Krieg“ und Mobilisierungen der Friedensbewegung gegen Krieg und das 100 Mrd. Euro Rüstungspaket der Ampelkoalition. Unsere Aufgabe als Linke in Deutschland ist es, den Kampf gegen die massive Aufrüstung der Bundeswehr und der EU, die nicht den Frieden sichert, sondern die Kriegsgefahr erhöht, ins Zentrum zu stellen. Wir brauchen breite Bündnisse von Initiativen, Gewerkschaften, Bewegungen und Vereinen. Wir fordern von der Bundesregierung, auf einen Waffenstillstand hinzuwirken und diplomatische Lösungen voranzutreiben, die den Krieg in der Ukraine stoppen und den russischen Truppenabzug zum Ziel haben.

Begründung

Bisher fehlt im Antrag eine Aktionsorientierung, die muss ergänzt werden. Der Text stammt aus dem Alternativantrag „Ohne Wenn und Aber gegen Krieg und Aufrüstung“.

Antrag L03.246.3: Änderungsantrag zu L03-03

Änderungsantrag zu L03-03

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 246

238 Eine neue Friedensordnung wird nur entstehen, wenn eine weltweite Bewegung für
239 Frieden von unten Druck auf die jeweiligen Regierungen macht. DIE LINKE und die
240 Europäische Linke (EL) sind Teil dieser Bewegungen. Wir treten für ein Europa ein,
241 dass nicht die Rüstungsspirale und Militarismus befeuert. Wir stehen auf der Seite
242 der Demokratie- und Friedensbewegungen überall. Menschenrechte sind unteilbar. Linke
243 Solidarität bezieht sich nicht auf Staaten, sondern auf Menschen, auf soziale
244 Bewegungen und Klassen. Wir setzen auf gesellschaftliche Mobilisierung, eine aktive
245 Zivilgesellschaft weltweit und auf eine globale Klassenpolitik für eine gerechte und
246 friedliche Welt.

Aktiv werden gegen den Krieg!

Wir rufen auf, gemeinsam auf die Straße zu gehen und eine Protestbewegung gegen den Krieg Russlands gegen die Ukraine, gegen die Eskalation durch die NATO und gegen die Aufrüstungspläne der Bundesregierung aufzubauen. Wir unterstützen den „Appell: Nein zum Krieg!“ und Mobilisierungen der Friedensbewegung gegen Krieg und das 100 Mrd. Euro Rüstungspaket der Ampelkoalition. Unsere Aufgabe als Linke in Deutschland ist es, den Kampf gegen die massive Aufrüstung der Bundeswehr und der EU, die nicht den Frieden sichert, sondern die Kriegsgefahr erhöht, ins Zentrum zu stellen.

Wir brauchen breite Bündnisse von Initiativen, Gewerkschaften, Bewegungen und Vereinen. Wir fordern von der Bundesregierung, auf einen Waffenstillstand hinzuwirken und diplomatische Lösungen voranzutreiben, die den Krieg in der Ukraine stoppen und den russischen Truppenabzug zum Ziel haben.

Wir fordern schon seit Jahren eine humane Migrationspolitik statt der tödlichen Abschottung an den EU-Außengrenzen. Während die USA und alle EU-Staaten sich erfreulicherweise bereit erklärt haben, Geflüchtete aus der Ukraine aufzunehmen und ihnen relativ unbürokratisch zu helfen, wird weiterhin gegen Geflüchtete aus anderen Kriegsgebieten der Welt, wie aus Syrien und Afghanistan, mit harten Bandagen gekämpft, um sie aus der EU rauszuhalten. Wir stehen für eine humane Migrationspolitik für alle Menschen in Not. Für Deserteur*innen fordern wir das Asylrecht.

Wir fordern, keine weiteren Schritte der Eskalation zu unterstützen: Keine Osterweiterung der NATO, keine Verlegung von weiteren Bundeswehrtruppen an die russische Westgrenze. Wir fordern die Streichung der Auslandsschulden der Ukraine und solidarisieren uns mit den Kämpfen von ukrainischen Gewerkschafter*innen gegen die Deregulierung des Arbeitsrechts unter dem Kriegsrecht und für soziale und demokratische Rechte.

DIE LINKE muss ihre friedenspolitischen Positionen stark machen; sie muss eine klare Stimme sein, die den Wahnsinn der Aufrüstung auf Kosten der lohnabhängigen Menschen und Armen infrage stellt. Sie muss sich stark machen für Deeskalation und Diplomatie statt Krieg, an jeder Stelle.

Die Grenzen verlaufen für uns nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten.

Antrag L03.257.1: Änderungsantrag zu L03-01

Änderungsantrag zu L03-01

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 57

- 50 • Wir wollen Energieunabhängigkeit und dafür den Ausbau Erneuerbarer Energien in
51 Deutschland und Europa deutlich beschleunigen. Die Möglichkeiten, den Import von
52 fossilen Energieträgern aus Russland schnellstmöglich stärker einzuschränken,
53 müssen ausgenutzt werden. Dies darf jedoch nicht zu einer Verlängerung des
54 Kohleabbaus in Deutschland oder einer Renaissance der Atomkraft führen.
55 Preissteigerungen für Energie müssen sozial ausgeglichen werden, so dass Strom
56 und Heizung auch für alle bezahlbar sind. Dafür haben wir als LINKE klare
57 Vorschläge eingebracht. [DIE LINKE ist gegen Nord Stream 2.](#)

Antrag L04.126.1: Änderungsantrag zu L04

Änderungsantrag zu L04

Antragsteller*in: Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 126

125 Mit Beginn des Ukraine-Krieges haben sich auch die innenpolitischen Verhältnisse
126 verändert. SPD und ~~Grüne~~Bündnis 90 gehören zu den offenen Befürwortern von Aufrüstung und
127 Militarisierung, in den bürgerlichen Massenmedien wird die Friedensbewegung als
128 „Putins fünfte Kolonne“ diffamiert.

Begründung

Eine Stärkung der Waffenindustrie, Ölbohrungen im Watt, Abstandsregeln für Windkraftträder, Deals mit Katar, nicht einmal ein Tempolimit und grundsätzlich eine Politik, die das Pariser Abkommen brechen wird, entsprechen nicht dem, was grüne Politik ausmacht. Wir machen bei dem falschen Marketing nicht mehr mit. Greenwashing ganzer Parteien finden wir unmoralisch, unehrlich und vor allem verantwortungslos, wo wir so dringend echten Klimaschutz brauchen.

Antrag L04.311.1: Änderungsantrag zu L04

Änderungsantrag zu L04

Antragsteller*in: Ökologische Plattform, BAG Wirtschaftspolitik

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 311 - 314

~~311 Wir senden den Impuls an alle Menschen: Lasst uns eine basisdemokratische,
312 emanzipatorische und globale Gesellschaft entwerfen, die geprägt ist vom Respekt
313 gegenüber der Natur und im Umgang miteinander. Denn es gibt weder einen friedlichen
314 noch einen grünen oder sozialen Kapitalismus.~~

Wir senden den Impuls an alle Menschen: Lasst uns eine basisdemokratische, emanzipatorische und globale Gesellschaft entwerfen, die geprägt ist vom Respekt gegenüber der Natur und im Umgang miteinander. Dazu starten wir eine Kommunikationsoffensive, wofür im Abschnitt "solidarisch leben und wirtschaften..." ein konkreter Vorschlag unterbreitet wird. Denn es gibt weder einen friedlichen noch einen grünen oder sozialen Kapitalismus.

315

Solidarisch leben und wirtschaften – für Frieden eintreten, sozial-ökologischen Umbau vorantreiben!

Die bürgerliche Gesellschaft mit ihrer kapitalistischen Wirtschaftsweise bringt große Teile der Weltbevölkerung um ein menschenwürdiges Leben. Sie bedroht das Menschsein und die Menschheit. 50 Jahre nach dem ersten Bericht des Club of Rome, der eine Übernutzung der globalen Ressourcen feststellte, werden forciert natürliche Lebensbedingungen zerstört. Seit 1995 stattfindende UN-Klimakonferenzen haben den Anstieg der globalen Erwärmung nicht gestoppt. Darunter leiden die global Ärmsten bereits seit Jahrzehnten. Die Hauptverursacher ihrer Nöte und Bedrohungen sind die Herrschenden in den Zentren der kapitalistischen

Wirtschaftsweise. Mit ihrem Profitstreben, mit der uns aufgezwungenen Lebensweise, mit ihrer „Sicherheits-“, Militarierungs- und Rüstungspolitik werden die Ressourcen zur Lösung der globalen Probleme vernichtet. Die Herrschenden führen Kriege, treiben Menschen zur Flucht, schaffen neue Kriegsgefahren einschließlich eines globalen Atomkrieges.

DIE LINKE. als sozialistische Partei, die das Soziale in das Zentrum ihrer Politik gestellt hat und an der Vision einer Gesellschaft der Freien und Gleichen festhält, hat der herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik den Kampf angesagt. Sie sieht sich gefordert, ihr Ringen um Frieden, solidarisches Wirtschaften und somit um einen gerechten sozial-ökologischen Umbau zu intensivieren. DIE LINKE. will alle Formen und Instrumente demokratischer Politik nutzen, um die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland und der Europäischen Union wirksamer zu beeinflussen. Insbesondere will sie das gesellschaftliche Wirtschaftsleben demokratisieren. Das gelingt nur, wenn wir uns selbst verändern.

Daher starten wir eine Kommunikationsoffensive und werden sofort konkret:

316

1. Die Mitglieder der Partei, ihre Gliederungen, Zusammenschlüsse bzw. Arbeitsgemeinschaften und Vorstände sind aufgerufen, lokale und regionale Foren zur Schaffung von Frieden, zum sozial-ökologischen Umbau und daher zum solidarischen Wirtschaften organisieren und durchführen. Dort werden Erfahrungen, Vorstellungen, Projekte und Vorschläge, die auf Frieden, solidarisches und daher insbesondere ökologisch verantwortungsvolles Handeln zielen, diskutiert. Ein mögliches Motto ist: „Frieden schaffen, solidarisch wirtschaften damit das Leben für alle lebenswert sein kann – bei uns, in der EU und in Europa, weltweit“.
2. Der Parteivorstand bildet eine Arbeitsgruppe, die die Ergebnisse der Foren analysiert und Vorschläge für weitergehende bzw. vernetzende Aktivitäten bzw. Vorhaben unterbreitet. Die Arbeitsgruppe bereitet ein bundesweites Forum der Partei zur Friedenpolitik, zum solidarischen Wirtschaften und so zum sozial-ökologischen Umbau vor. Es soll im Kontext mit einer zentralen Veranstaltung bzw. Konferenz, die praktische Problemlösungen und Konzepte der Partei möglichst öffentlichkeitswirksam präsentiert und debattiert, veranstaltet werden. Das Forum und die Veranstaltung werden eine Tagung des Parteitages spätestens im Jahre 2024 vorbereiten bzw. mit dieser verbunden sein.
3. Die Arbeitsgruppe organisiert die Herausgabe eines Materials für die innerparteiliche politische Bildung, das „Friedenspolitik“, „solidarisches Wirtschaften“ wie sozial-ökologischen Umbau erklärt. Es wird Zusammenhänge zwischen der Ökonomie, dem Sozialen, der Ökologie und der Demokratie aufzeigen, Diskussionen anregen und auf konkretes politisches Handeln zielen. Unsere Öffentlichkeitsarbeit wird die friedenspolitische und die ökologische Dimension in unserer Gesamtpolitik wie die entsprechenden wirtschaftspolitischen Konzepte der Partei offensiver kommunizieren.
4. Auf den unter 1. und 2. genannten Foren bzw. auf der zentralen Veranstaltung/Konferenz und der Tagung des Parteitages interessiert insbesondere, wie die verschiedenen Formen demokratischer Politik – von der Straßenblockade aus Protest (z. B. gegen Castor- und Rüstungstransporte), über partizipative Prozesse, Aktivitäten im politischen Alltag, parlamentarische Arbeit und Teilhabe an Verwaltungs- und Regierungshandeln – koordiniert genutzt werden können, um unsere Politikwirksamkeit zu erhöhen. Dabei werden Probleme und Widersprüche offen und solidarisch debattiert.
5. Von den fachpolitischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern der LINKEn in den Parlamenten, Verwaltungen bzw. Regierungen wird erwartet, dass sie sich in die Vorbereitung und Durchführung der Foren aktiv einbringen. Die in der Bundesstiftung und im Stiftungsverbund der RLS tätigen Genossinnen und Genossen der Partei sind aufgerufen, sich an der innerparteilichen politischen Bildung und insbesondere an der Erarbeitung des unter Punkt 3. genannten Bildungsmaterials engagiert zu beteiligen.

Begründung

Viele der aktuellen Krisenanalysen bieten aktuell keine Perspektive und man bleibt mit der Frage nach dem "wie weiter" ratlos stehen. Eine Kommunikationsoffensive der Partei hilft uns, unseren Wählerinnen und Wählern wie gesellschaftskritisch-denkenden Demokratinnen und Demokraten den Willen zur Selbstveränderung deutlich zu machen. Sie hilft uns weiter, in der Alltagspolitik, in der Arbeit an Konzepten zur Lösung konkreter Probleme wie in der Erarbeitung bzw. Überarbeitung unserer Strategie und Programmatik voranzukommen. Wir schaffen mit dem Vorschlag einen Prozess, an dem alle beteiligt sein konnten und der die Erfahrungen der Basis, wo auch immer sie ist, mit aufnimmt.

Antrag L05.001.1: Änderungsantrag zu L05

Änderungsantrag zu L05

Antragsteller*in:

KV Landkreis Rostock

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1 - 8

- 1 1. ~~Entsprechend des in der Präambel des Parteiprogramms von 2011 programmierten~~
2 ~~Ziels~~ Wir sind die Partei des demokratischen Sozialismus und unser Ziel ist eine sozialistische
3 Gesellschaft.
4 Als einigende Klammer und Alleinstellungsmerkmal intensiviert die Partei ~~ihre Anstrengungen~~
5 ~~zur~~ die Entwicklung von Konzeptionen ~~zur Erreichung dieses Ziels und~~ für eine künftige
6 sozialistische Gesellschaft sowie von daraus
7 hervorgehenden direkt umsetzbaren Entwicklungspfaden. Damit verbunden ist die
8 Aktivierung von gesellschaftlichen Bewegungen für eine ~~nicht~~achkapitalistische
Wirtschaftsordnung und eine sozialistische Gesellschaft. ~~Die~~ IE LINKE muss dabei
~~der Gerinnungspunkt aller~~ alle Kräfte ~~werden~~, die für eine Umwälzung des
Wirtschaftssystems hin zu ~~einem System mit~~ einer sozialistischen Grundzügen Gesellschaft
kämpfen, sammeln und sich an die Spitze stellen.

Zeile 9 - 16

- 9 2. ~~Zur Realisierung dieser Aufgaben werden in Verantwortung des Parteivorstandes~~
10 ~~Projektgruppen zu allen wesentlichen gesellschaftlichen Bereichen unter~~
11 ~~Einbeziehung möglichst vieler kompetenter Aktivisten gebildet. Diese~~
12 ~~Projektgruppen haben die Aufgabe, eine kritische Analyse der aktuellen Zustände~~
13 ~~in dem jeweiligen Bereich vorzunehmen, erhaltenswerte und zu beseitigende~~
14 ~~Elemente zu bestimmen, Modelle und Praktiken für nachkapitalistische Formen und~~
15 ~~Strukturen in dem Bereich zu entwickeln und~~ Es werden konkrete Aktivitäten für aktuelle
16 Kämpfe vorzuschlagen. Zukunftskonzepte für eine sozialistischen Gesellschaft entwickelt.
Durch den Parteivorstand werden Projektgruppen zu wesentlichen gesellschaftlichen
Bereichen gebildet: zur Friedenspolitik sowie zu Sicherheitsfragen und zur Rüstung, zur
Finanzwirtschaft und zu Börsen, zur Ökologie, zur Verwaltung und demokratischen Mitwirkung,
zur Wirtschaft, zum Handel, zur Infrastrukturpolitik, zur Landwirtschaft, zur Wissenschaft, zum
Gesundheitswesen, zum Rechtswesen, zum Bildungswesen und zu Kunst und Kultur.
Querschnittsthemen, die in allen Projektgruppen berücksichtigt werden müssen sind: Ökologie,
Inklusion, Gleichstellung und Perspektiven des globalen Südens. In alle Projektgruppen müssen
kompetente Aktivist:innen und die BAG's einbezogen werden.
Weiterhin wird eine Grundsatzgruppe unter Einbeziehung von Wissenschaftler:innen gebildet,
die in enger Wechselbeziehung mit allen anderen Projektgruppen die philosophischen und
gesellschaftspolitischen Grundlagen für die Systemänderungen erarbeitet. Diese Gruppe hat
die Aufgabe, die Ergebnisse der Projektgruppen zu einem Gesamtmodell als Ziel der
gesellschaftlichen Veränderungen zusammenzufassen.
Alle Gruppen haben die Aufgabe, eine kritische Analyse der aktuellen Zustände und der
existierenden Vorschläge in dem jeweiligen Bereich vorzunehmen, erhaltenswerte und zu
beseitigende Elemente zu bestimmen, Theorien, Modelle und Praktiken für nachkapitalistische
Formen und Strukturen in dem Bereich zu entwickeln.
Erste Zwischenergebnisse sollen als Orientierungen für Wahlkämpfe bis zum Januar 2024
vorliegen.

Zeile 17 - 19

- 17 3. ~~Es wird~~ Aus den Zukunftskonzepten werden Aktivitäten für aktuelle Aufgaben abgeleitet.
Im Rahmen der Arbeit der Projektgruppen werden neben den konzeptionellen Arbeiten die
beteiligten Aktivist:innen bei aktuellen Kämpfen unterstützt.
18 Aus den entwickelten Konzepten werden Vorschläge für mögliche Aktivitäten zu partiellen
19 Veränderungen im Parteivorstand eine Grundsatzgruppe unter Einbeziehung kompetenter
~~Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gebildet~~ gegenwärtigen System abgeleitet. Es
können Prozesse auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt werden, die die-
~~philosophischen und~~
~~gesellschaftspolitischen Grundlagen für die Systemänderungen erarbeitet.~~ dann unter den
künftigen sozialistischen Bedingungen weitergeführt werden.

Begründung

*(Versehentlich wurde ein früherer Entwurf des Antrags statt der beschlossenen Endfassung versandt.
Dies ist nun die beschlossene Version.)*

Die Partei hat zwei relativ selbstständige, einander bedingende Grundaufgaben.

1. Nutzung der für sie vorhandenen Möglichkeiten zu Initiierung und Unterstützung von Maßnahmen, insbesondere in Parlamenten, die die Lebensverhältnisse aller hier lebenden Menschen verbessern und zur Verdeutlichung der Grenzen kapitalistischer Wirtschaftsweisen
2. Kritische Analyse der aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse und theoretisch fundierte Konzipierung und Verbreitung von Modellen und Entwicklungspfaden für wesentliche Bereiche einer künftigen nachkapitalistischen Gesellschaft

Der Antrag entspricht dem in der Präambel des Parteiprogramms von 2011 proklamierten Ziels eines demokratischen Sozialismus. Unserer Auffassung nach liegen die hauptsächlichen Gründe für die Wahlniederlagen in den letzten Jahren darin, dass die Partei ihr Profil verloren hat und ihr Alleinstellungsmerkmal, einzige sozialistische Kraft zu sein, verblasst ist. Es fehlt an einer einigenden Klammer für die notwendige Pluralität der Meinungen. Uns eint das gemeinsame Ziel des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft und die Unbeugsamkeit gegen alle Beharrungskräfte.

Die Notwendigkeit gesellschaftlicher Veränderungen ist so dringend wie nie zuvor. Die weitere Existenz der Menschheit wird durch drei aktuelle Gefahren bedroht, einen atomaren Weltkrieg, eine ökologische Krise und die Auswirkungen eines ungebremsten wirtschaftlichen Wachstums. Während durch einen Atomkrieg große Teile der Menschheit in Sekunden ausgelöscht werden können, führt die multiple ökologische Krise jetzt schon zu einem Sterben auf Raten. Die kapitalistische Reproduktion basiert auf unbezahlter Arbeit und globaler Ausbeutung, ihr systemimmanentes Expansionsstreben ist an seine Grenzen gekommen. Es ist wissenschaftlich und historisch erwiesen, dass für alle drei Bedrohungen ursächlich das globale finanzkapitalistische Wirtschaftssystem verantwortlich ist. Eine grundlegende Umwälzung dieses Wirtschaftssystems ist deshalb eine aktuelle welthistorische Aufgabe, an der sich weltweit alle sozialistischen Parteien führend beteiligen sollten.

Das Ziel der Umwälzung ist eine Welt, in der sozialistische Merkmale dominieren,

- eine Welt, in der es keine Atomwaffen, keine Waffenindustrie, keine Börsen und keine kapitalistischen Großkonzerne gibt;
- eine Welt, in der die Billionen für Rüstung den Organen der UNO für die Bewältigung der von ihr beschlossenen 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs) zur Verfügung gestellt werden;
- eine Welt mit einer nachhaltigen Wirtschaft, mit starken Genossenschaften und mittelständischen Unternehmen, mit erweiterten demokratischen Grundrechten und mit einem ausgebauten System der demokratischen Mitwirkung in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Die Strategie unserer Partei, dieses Ziel mittels eines Politikwechsels auf bundespolitischer Ebene durch eine Transformation von oben zu erreichen, ist gescheitert.

Es müssen alle vorhandenen Konzepte und Ideen für diese gesellschaftlichen Veränderungen aufgearbeitet, zusammengefasst, ergänzt und popularisiert werden. Mit seinem Buch „Die Utopie des Sozialismus“, Berlin 2021, hat Klaus Dörre dazu einen bedeutsamen Schritt getan, der Fundament für weitere Arbeiten sein kann.

Die bisher vom Institut für Gesellschaftsanalyse der RLS entwickelten Konzepte, die der Parteiarbeit

und insbesondere dem Bundestagswahlkampf zugrunde lagen, haben sich nicht bewährt. Es ist eine theoretische Neuorientierung erforderlich.

Potenziale für den Kampf für eine sozialistische Gesellschaft liegen in den 40 % der 16 bis 29-jährigen, die im Januar dieses Jahres bei einer repräsentativen Befragung der Meinung waren, dass der Kapitalismus nicht das bestmögliche Wirtschaftssystem ist, sowie bei den Massen mit der Gesellschaft unzufriedener Arbeiter:innen.

